

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung  
(Ed.)

**Research Report**

## Chancen für einen langen Aufschwung. Jahresgutachten 1984/85

Jahresgutachten, No. 1984/85

**Provided in Cooperation with:**

German Council of Economic Experts

*Suggested Citation:* Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Ed.) (1984) : Chancen für einen langen Aufschwung. Jahresgutachten 1984/85, Jahresgutachten, No. 1984/85, Bundestag, Bonn

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/75262>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Unterrichtung durch die Bundesregierung

### Jahresgutachten 1984/85 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

#### Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967<sup>1)</sup> legt der Sachverständigenrat sein einundzwanzigstes Jahresgutachten vor<sup>2)</sup>.

2. Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich, bei deutlich verbesserter Konstitution, im konjunkturellen Aufwind. Es ist Raum da für mehr Investitionen. Die Erfolge in der Inflationsbekämpfung, in der Sanierung der Staatsfinanzen, in der Überwindung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts der frühen achtziger Jahre sowie in der Verbesserung der Ertragsbedingungen der Unternehmen sind gemeinschaftlich erzielt worden, von der Geldpolitik, von der Finanzpolitik, von der Lohnpolitik. Jedes war hier Vorbedingung für das andere. Auch die Nutzung der so gewonnenen und weiter zu vermehrenden Chancen einer verbesserten Konstitution der Volkswirtschaft muß durch ein gutes Zusammenspiel aller gelingen.

<sup>1)</sup> Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1968/69 erläutert.

<sup>2)</sup> Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

In der Frage der konstitutionellen Bedingungen hat die Bundesrepublik international einen Vorsprung. Daß die Wirtschaft ihn dynamisch nutzt, darauf kommt jetzt alles an; es ist die Hoffnung im Inland wie im Ausland.

Der Versuch, die Bedeutung dieser konstitutionellen Faktoren für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft herauszuarbeiten und aufzuzeigen, bei welchem Verhalten in Politik und Wirtschaft die hier erreichten Verbesserungen trotz fortdauernder Belastungsfaktoren Basis einer möglichst langen Periode der Expansion bei Stabilität sein können, prägt dieses Jahresgutachten. Allgegenwärtig ist darin die bisher ungelöst gebliebene Aufgabe, nun auch dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes näherzukommen. Wir sehen hier keinen Anlaß zur Resignation, warnen aber auch vor Illusionen. Was zur Vorbereitung größerer Schritte in Richtung eines hohen Beschäftigungsstandes getan wurde, sollte nicht deshalb klein geschrieben werden, weil es bisher nur verhindert hat, daß entgegen verbreiteter Befürchtung die Entfernung von diesem zentralen Ziel noch größer geworden ist. Aber es besteht auch Anlaß zu mahnen, daß eine fortdauernde Verletzung dieses Ziels keine Gewöhnung an hohe Dauerarbeitslosigkeit bewirken darf. So wenig man den Staat in einer umfassenden Verantwortung für einen hohen Beschäftigungsstand sehen darf, so sehr Chance und Würde des einzelnen im selbstverantworteten Handeln liegen, so sehr ist doch die Gesellschaft im ganzen zuständig für Bedingungen, unter denen die Chance des einzelnen, seinen Erwerb selbst zu suchen, eine faire Chance ist. Es kann keine Rede davon sein, daß es unmöglich ist, solche Bedingungen wiederherzustellen.

Wir sehen den Staat in der nächsten Zukunft nicht konjunkturpolitisch gefordert. Aber es geht weiterhin um bedeutsame Fragen der Kursbestimmung für die Finanzpolitik auf längere Sicht. Das Bemühen, die ständige Neuverschuldung des Staates weiter zu senken, das sich als so dringlich erwiesen hat, und die Aufgabe, die Steuerlast der Bürger zu verringern, konkurrieren um den Spielraum, den eine Politik weiterhin nur schwach steigender Staatsausgaben schaffen kann. Der Mut zum einen fordert von Regierungen und Parlamenten Selbstvertrauen und Beharrlichkeit beim anderen.

3. Wie in früheren Jahren sind die Mitglieder des Rates nicht bei allen Fragen zu einem einheitlichen Urteil gelangt. Der bei weitem größte Teil dieses Gutachtens wird jedoch von allen Mitgliedern des Rates gemeinsam getragen. Professor Dieter Mertens sieht die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten zur Lösung der Beschäftigungsprobleme teilweise anders als die Mehrheit des Sachverständigenrates. Dies betrifft vor allem die Frage des Bedarfs an ergänzenden nachfrageseitig ansetzenden Maßnahmen und die Frage der erforderlichen verteilungspolitischen Rücksichten bei der Wahl einer Strategie. Auch zur beschäftigungspolitischen Bedeutung von Arbeitszeitverkürzungen und Änderungen des Arbeitsrechts vertritt er eine andere Auffassung als die Mehrheit des Rates. Er hat

seine abweichende Meinung an den entsprechenden Stellen im Gutachten zum Ausdruck gebracht.

4. Der gesetzlichen Regelung entsprechend schied Professor Dr. Hans-Jürgen Krupp, Berlin, am 29. Februar 1984 aus dem Sachverständigenrat aus. Herr Krupp hatte dem Sachverständigenrat seit dem 1. März 1982 angehört. Als sein Nachfolger wurde Professor Dr. Dieter Mertens, Erlangen, durch den Bundespräsidenten für fünf Jahre in den Sachverständigenrat berufen.

Am 2. Mai 1984 legte Professor Dr. Kurt Schmidt, Mainz, gemäß § 7 Abs. 3 des Sachverständigenratsgesetzes gegenüber dem Bundespräsidenten sein Amt als Mitglied des Sachverständigenrates nieder. Herr Schmidt hatte dem Sachverständigenrat seit dem 15. August 1974 angehört. Als seinen Nachfolger berief der Bundespräsident am 26. Juli 1984 Professor Dr. Dieter Pohmer, Tübingen, für die Zeit bis zum 28. Februar 1986 in den Sachverständigenrat.

5. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sowie mit dem Präsidenten und den Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu erörtern.

Die Urteilsbildung des Rates erleichterten Berichte des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit.

Wie in früheren Jahren hat der Rat Vertreter der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Mit Vertretern der Kommission der Europäischen Gemeinschaften führte der Rat Gespräche über die wirtschaftlichen Probleme der Gemeinschaft.

6. Mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen und Forschungsinstituten hat der Rat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Hinweise vermittelt haben.

Professor Dr. Ulrich Meyer, Münster, Professor Dr. Werner Neubauer, Saarbrücken, Dr. Hans-Hagen Härtel, Hamburg, sowie Ltd. Regierungsdirektor Heinrich Lützel und Regierungsdirektor Dr. Carsten Stahmer vom Statistischen Bundesamt haben dem Rat ihre Auffassungen zu den methodischen Fragen bei der Deflationierung des Sozialprodukts dargelegt und standen für eine eingehende Diskussion zur Verfügung. Professor Dr. Paul Klemmer, Bochum, hat dem Sachverständigenrat mit einer Expertise zur kritischen Bestandsaufnahme der regionalen Wirtschaftspolitik geholfen. Mit Professor Dr. Harald Gerfin, Konstanz, führte der Rat ein Gespräch über die aktuellen wirtschaftlichen Probleme im Lichte der neueren

keynesianischen Makroökonomik. Professor Dr. William A. Niskanen, Washington, Mitglied des amerikanischen Sachverständigenrates und Dr. Jan K. Hartzell, Bonn, besuchten den Rat zu einer Aussprache über die wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Mit Dr. Horst Schulmann, Washington, erörterte der Sachverständigenrat Probleme der internationalen Finanzmärkte im Zusammenhang mit den hochverschuldeten Ländern.

7. Wieder hat der Deutsche Industrie- und Handelstag durch kurzfristige Umfragen bei den Kammern dem Sachverständigenrat besonders aktuelle Informationen zukommen lassen.

8. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten fanden wir wertvolle Unterstützung durch Professor Dr. Hermann Albeck, Saarbrücken, Dr. Hans J. Barth, Basel, Dr. Hans-Hagen Härtel, Hamburg, Diplom-Volkswirt Cornelia Meurer, München, Dr. Hermann Naust, Saarbrücken, Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel, und Professor Dr. Carsten Thoroë, Göttingen. Ihnen allen gilt der Dank des Rates.

9. Die volkswirtschaftliche und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben wie immer den Sachverständigenrat bei seinen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten und ihm bei der Materialbeschaffung wertvolle Hilfe geleistet.

Unterstützung bei der Beschaffung von Informationen und statistischem Material hat der Sachverständigenrat auch durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaft und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gefunden.

10. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Wie wenn dies selbstverständlich wäre, haben sich viele Mitarbeiter des Amtes in weit über das Normale hinausgehendem Maße für die Aufgaben des Rates eingesetzt. Dies gilt besonders für die Angehörigen der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Außer dem Leiter Herrn Ltd. Regierungsdirektor Ulrich Maurer und dessen Stellvertreter Herrn Oberregierungsrat Wolfgang Glöckler haben als ständige Mitarbeiter Frau Regierungsinspektorin Barbara Gutzmann, Frau Ursula Wildeman, Herr Friedrich Egli, Herr Peter Leonhardt und Herr Karl Seewald den Rat mit unerschöpflicher Geduld unterstützt. Allen Beteiligten zu danken ist dem Rat ein besonderes Anliegen.

Frau Ursula Wildeman ist jetzt seit 20 Jahren Mitarbeiterin des Sachverständigenrates. Sie kümmert sich in ebenso verlässlicher wie einfühlsamer und fürsorglicher Weise über die normalen Sekretariatsgeschäfte hinaus um die vielen Dinge, die ein reibungsloses Arbeiten erleichtern.

11. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner Mitarbeiter nicht

erstellen können. Dem wissenschaftlichen Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an: Diplom-Volkswirt Roswitha Beck, Dr. Ute Geipel, Dr. Werner Graßl, Dr. Hans Jäckel, Dr. Jürgen Pfister, Dr. Rolf Schneider, Diplom-Volkswirt Gerhard Ziebarth.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Ernst-Moritz Lipp, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, 20. November 1984

**Ernst Helmstädter    Dieter Mertens    Dieter Pohmer    Hans Karl Schneider    Olaf Sievert**

## Inhalt

	Seite
<b>Eine kürzere Fassung</b> .....	1
<b>Erstes Kapitel: Die wirtschaftliche Lage</b> .....	23
<i>Teil A: Der internationale Rahmen</i> .....	23
I. Aufschwung mit Risiken .....	23
II. Die Vereinigten Staaten und die Weltwirtschaft .....	26
Vereinigte Staaten in der Führung .....	26
Hohe Zinsen, starker Dollar .....	28
III. Aufschwung in Japan, geringe Dynamik in Europa .....	31
Japan im Zeichen hoher Leistungsbilanzüberschüsse .....	31
Europa: Aufschwung ohne Kraft .....	31
IV. Lebhafter Welthandel, anhaltende Verschuldungsprobleme .....	41
V. Europäische Gemeinschaft: Nationale Interessen vor Gemeinsamkeit .....	44
<i>Teil B: Die Binnenkonjunktur 1984</i> .....	49
I. Überblick .....	49
II. Export als Konjunkturmotor .....	50
Kräftige Impulse vom Welthandel .....	50
Mehr Nachfrage, höhere Gewinnmargen — immer noch hohe Zinsen .....	52
Höhere Einkommen — höherer privater Verbrauch .....	58
Mäßige Ausweitung der Staatsnachfrage .....	59
Gefestigter Produktionsanstieg .....	59
Höherer Auslastungsgrad bei geringem Potentialwachstum .....	61
III. Rückschlag in der Bauwirtschaft .....	63
IV. Kein Durchbruch am Arbeitsmarkt .....	66
Zur Struktur der Arbeitslosigkeit .....	69
Jugendliche beim Übergang in die Berufswelt .....	73
Arbeitsmarktpolitik bei anhaltender Unterbeschäftigung .....	74
V. Neue Akzente in der Tarifpolitik .....	77
VI. Kapitalstruktur und Rentabilität der Unternehmen auf mittlere Sicht .....	84
Mangel an Eigenkapital .....	84
Noch unzureichende Kapitalrentabilität .....	88
Entwicklung und Verteilung der Rendite im verarbeitenden Gewerbe .....	90
VII. Geringer Geldwertschwund .....	92
VIII. Mehr Produktion — mehr Einkommen .....	96
Zur Reallohnposition der Arbeitnehmer .....	99
IX. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht .....	103
Kräftiger Anstieg der Ausfuhr .....	103
Geringerer Einfluß des Dollarkurses auf den Kapitalverkehr .....	106
Ohne Protektionismus wettbewerbsfähig bleiben .....	108

	Seite
X. Geldpolitik: Sicherung der Erfolge bei der Stabilisierung des Geldwertes .....	111
Zielgerechte Expansion der Zentralbankgeldmenge .....	111
Zur Feinststeuerung .....	116
Abgeschwächte monetäre Expansion .....	118
Mehr privater Kredit, weniger öffentlicher Kredit .....	119
XI. Finanzpolitik: Weiter sinkende Defizite .....	124
Geringer Anstieg der öffentlichen Ausgaben .....	124
Veränderte Steuerstruktur .....	131
Abnehmende konjunkturelle Impulse im Aufschwung .....	133
Sozialversicherung — Probleme noch nicht gelöst .....	138
XII. Was ist das reale Sozialprodukt? .....	139
<b>Zweites Kapitel: Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1985 .....</b>	<b>144</b>
I. Die Ausgangslage und die Annahmen für die Prognose .....	144
II. Die Weltkonjunktur im Jahre 1985 .....	145
III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur .....	147
<b>Drittes Kapitel: Wirtschaftspolitik für 1985 und danach .....</b>	<b>156</b>
<i>Teil A: Aufgaben und Möglichkeiten .....</i>	<i>156</i>
I. Ziele und Wirklichkeit .....	156
II. Was die Wirtschaftspolitik vermag .....	157
Gegen Illusionen .....	157
Gegen Resignation .....	162
Für dynamischen Wettbewerb .....	166
III. Die große Chance der kommenden Jahre: Mehr Expansion bei Stabilität .....	168
Zur Aufgabenverteilung .....	173
Eine andere Meinung .....	174
<i>Teil B: Zu den Politikbereichen im einzelnen .....</i>	<i>177</i>
I. Finanzpolitik .....	177
Konsolidierungsfortschritte auch 1985 .....	177
Öffentliche Haushalte in der mittelfristigen Finanzplanung .....	180
II. Geldpolitik .....	182
III. Tarifpolitik: Arbeitszeit und Löhne .....	184
IV. Arbeitsmarktpolitik .....	188
V. Steuerungsfehler im Marktprozeß .....	195
Umweltschutzpolitik: Mehr Beschäftigung durch Umweltschutz? ..	195
Regionale Wirtschaftspolitik: Neue Herausforderungen .....	199
Agrarpolitik: Ohne Perspektive .....	203
<b>Viertes Kapitel: Handlungsspielraum für die Finanzpolitik .....</b>	<b>208</b>
I. Optionen .....	208
II. Qualitative Konsolidierung und Steuerreform .....	211
Zur Ausgabenseite .....	211
Steuersenkung — Steuerreform .....	212

	Seite
Senkung der Grenzsteuersätze .....	214
Entlastung der Investitionen .....	215
Reform der Familienbesteuerung .....	220
III. Ein Resümee .....	221

### Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	225
II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft .....	227
III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates .....	228
IV. Methodische Erläuterungen .....	229
V. Statistischer Anhang .....	238
Sachregister .....	347

## Verzeichnis der Schaubilder

	Seite		Seite
1 Zur Konjunktorentwicklung in den Vereinigten Staaten .....	27	19 Umsatzrendite im verarbeitenden Gewerbe .....	91
2 Langfristige Zinssätze in ausgewählten Ländern .....	29	20 Zur Preisentwicklung .....	93
3 Produktion und Arbeitsmarkt in ausgewählten Ländern .....	32	21 Weltmarktpreise ausgewählter Rohstoffe	94
4 Entwicklung des Außenwertes ausgewählter Währungen .....	33	22 Zur Preisentwicklung im Zyklus .....	95
5 Zur Außenhandelsituation ausgewählter Länder .....	35	23 Zur Entwicklung des Realzinses .....	102
6 Zur Exportentwicklung .....	51	24 Reallohnposition und Zinskosteneffekt ..	102
7 Zur Gewinnentwicklung im verarbeitenden Gewerbe .....	55	25 Zur Entwicklung des Außenhandels .....	105
8 Eigene Finanzierungsmittel und Bruttoinvestitionen .....	56	26 Leistungsbilanz .....	108
9 Investitionsgüternachfrage .....	57	27 Kapitalverkehr der Bundesrepublik mit dem Ausland .....	107
10 Zum Ausgabeverhalten der privaten Haushalte .....	58	28 Zur Zielvorgabe der Bundesbank .....	112
11 Produktion im verarbeitenden Gewerbe und Bauhauptgewerbe .....	60	29 Bereinigte Zentralbankgeldmenge .....	113
12 Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential .....	61	30 Zur Entwicklung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes .....	116
13 Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe .....	62	31 Geldmarktoperationen und Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank .....	117
14 Arbeitsproduktivität in der Gesamtwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe ..	62	32 Zur Entwicklung des Geldvolumens .....	118
15 Zur Konjunkturentwicklung im Bauhauptgewerbe .....	63	33 Kredite an inländische Nichtbanken .....	120
16 Zur Lage auf dem Arbeitsmarkt .....	67	34 Entwicklung ausgewählter Zinsen .....	122
17 Die Lage am Arbeitsmarkt .....	69	35 Zur Struktur der Steuereinnahmen .....	132
18 Zur Rendite im verarbeitenden Gewerbe	91	36 Realwert des Bruttosozialprodukts und Bruttosozialprodukt in Preisen von 1976 .	142
		37 Sozialprodukt und wichtige Komponenten .....	148
		38 Zur mittelfristigen Finanzplanung der öffentlichen Haushalte .....	181

## Verzeichnis der Tabellen im Text

	Seite		Seite
1 Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder ..	24	19 Zur Entwicklung der Lohnquote .....	103
2 Zur Entwicklung der Lohnstückkosten und der Reallohnposition in wichtigen Industrieländern .....	25	20 Wichtige Posten der Zahlungsbilanz .....	104
3 Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland .....	36	21 Weltmarktanteile bei ausgewählten Gütergruppen .....	110
4 Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz ausgewählter Länder .....	42	22 Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge .....	114
5 Wirtschaftsdaten ausgewählter Entwicklungsländer .....	43	23 Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	117
6 Zum Europäischen Währungssystem .....	47	24 Emission und Erwerb von Wertpapieren ..	123
7 Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse .....	53	25 Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte .....	125
8 Die Entwicklung am Arbeitsmarkt .....	68	26 Finanzpolitisch wichtige Ereignisse .....	126
9 Zur Struktur der Zugänge und Abgänge an Arbeitslosen .....	70	27 Das Aufkommen wichtiger Einzelsteuern	131
10 Zur Struktur der Arbeitslosigkeit .....	71	28 Steuereinnahmen nach Steuergruppen ..	133
11 Zur Dauer der Arbeitslosigkeit .....	72	29 Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte .....	134
12 Zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt .....	73	30 Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht .....	136
13 Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen .....	75	31 Realwert des Sozialprodukts .....	141
14 Wichtige Vereinbarungen zur Arbeitszeit	79	32 Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern	146
15 Verteilung des Volkseinkommens .....	96	33 Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen .....	150
16 Rentenniveau .....	98	34 Einnahmen und Ausgaben des Staates ..	154
17 Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte .....	99	35 Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1985 ..	178
18 Zur Entwicklung der Reallohnposition ...	100	36 Die öffentlichen Haushalte 1985 in konjunktureller Sicht .....	179
		37 Optionen für die Finanzpolitik .....	210

## Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

	Seite		Seite
1* Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern .....	243	20* Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt .....	270
2* Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern .....	244	21* Verteilung des Volkseinkommens .....	272
3* Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern .....	245	22* Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen .....	273
4* Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in den wichtigen Industrieländern .....	246	23* Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten .....	274
5* Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern .....	247	24* Produktivität und Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen .....	275
6* Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern .....	248	25* Verwendung des Sozialprodukts .....	276
7* Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern .....	249	26* Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts .....	280
8* Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern .....	250	27* Bruttoinvestitionen .....	282
9* Außenhandel in wichtigen Industrieländern .....	251	28* Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen .....	284
10* Wechselkurse .....	253	29* Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte .....	286
11* Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse .....	254	30* Käufe der privaten Haushalte im Inland .....	288
12* Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern .....	256	31* Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt .....	289
13* Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern .....	258	32* Einnahmen und Ausgaben des Staates ..	292
14* Energieerzeugung in ausgewählten Ländern .....	259	33* Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte .....	294
15* Energieverbrauch im internationalen Vergleich .....	260	34* Kassenmäßige Steuereinnahmen .....	296
16* Bevölkerung und Erwerbstätigkeit .....	262	35* Verschuldung der öffentlichen Haushalte .....	297
17* Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen .....	263	36* Vermögensbildung und ihre Finanzierung .....	298
18* Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit .....	264	37* Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang .....	300
19* Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen .....	266	38* Zahlungsmittelbestände und Kredite ....	302
		39* Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe .....	303
		40* Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe .....	306
		41* Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe .....	308

	Seite		Seite
42* Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe .....	311	59* Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen .....	332
43* Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe .....	312	60* Index der Grundstoffpreise .....	333
44* Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe .....	314	61* Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte .....	334
45* Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe .....	315	62* Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise .....	335
46* Baugenehmigungen .....	316	63* Index der Ausführpreise .....	336
47* Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ..	317	64* Index der Einfuhrpreise .....	337
48* Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe ..	319	65* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Bedarfsgruppen .....	338
49* Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe .....	320	66* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Haupt-/Untergruppen .....	339
50* Einzelhandelsumsatz .....	321	67* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Haupt-/Untergruppen .....	340
51* Zahlungsbilanz .....	322	68* Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung und nach Haushaltstypen .....	341
52* Kapitalverkehr mit dem Ausland .....	324	69* Löhne und Gehälter .....	342
53* Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte .....	326	70* Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern .....	343
54* Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik .....	327	71* Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern .....	344
55* Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik .....	328	72* Energieverbrauch nach Bereichen .....	345
56* Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik .....	329	73* Entwicklung im Mineralölbereich .....	346
57* Warenausfuhr nach Ländergruppen .....	330		
58* Wareneinfuhr nach Ländergruppen .....	331		

## Statistische Materialquellen — Abkürzungen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

AFG	=	Arbeitsförderungsgesetz
BA	=	Bundesanstalt für Arbeit
BMA	=	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMBW	=	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMF	=	Bundesministerium der Finanzen
BML	=	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	=	Bundesministerium für Wirtschaft
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EG	=	Europäische Gemeinschaften, Brüssel/Luxemburg
ERP	=	Marshallplan
ESVG	=	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EWS	=	Europäisches Währungssystem
FE	=	Forschung und Entwicklung
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
IAB	=	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IAO/ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation, Genf
IWF/IMF	=	Internationaler Währungsfonds, Washington
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD	=	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris
Öffa	=	Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC	=	Organisation erdölexportierender Länder, Wien
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SAEG	=	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg/Brüssel
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR	=	Sonderziehungsrechte
UN	=	Vereinte Nationen, New York
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

**Zeichenerklärung**

- - nichts
- 0        - weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
- .        - kein Nachweis
- ...      - Angaben fallen später an
- oder | - der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
- ×        - Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

## Eine kürzere Fassung

### Der internationale Rahmen (Ziffern 1 ff.)

1\*. Im Jahre 1984 hat der Aufschwung in einigen großen Industrieländern, angeführt von den Vereinigten Staaten, an Kraft gewonnen. In den meisten anderen Ländern setzte sich die wirtschaftliche Belebung nur verhalten fort. Nach langen Jahren der Schwäche sind weithin die Investitionen wieder gestiegen, teilweise sogar kräftig. Noch stärker nahm der Warenaustausch zwischen den Ländern zu. Der Importsog, der von den Industrieländern, namentlich von den Vereinigten Staaten, ausging, hat auch den Handel mit den Entwicklungsländern spürbar belebt und dort die Produktion gesteigert. In Amerika fanden seit Anfang 1983 mehr als 6 Millionen Menschen zusätzlich Arbeit. In Europa reichte dagegen die konjunkturelle Erholung für einen Anstieg der Beschäftigung nicht aus; jeder neunte Arbeitnehmer war hier 1984 ohne Arbeit.

2\*. Die Fehlentwicklungen der Vergangenheit — unzureichende Anpassung an veränderte weltwirtschaftliche Bedingungen, steigende Inflationsraten — hatten zu einer lang anhaltenden Stabilisierungskrise und zur Verschärfung der Beschäftigungsprobleme geführt. Als Folge dieser Fehlentwicklungen sind die Konsolidierungsprobleme zu sehen, denen ungeachtet der inzwischen erreichten Fortschritte noch immer viele Unternehmen, öffentliche Haushalte und ganze Volkswirtschaften gegenüberstehen. Die konjunkturelle Erholung in den Industrieländern, insbesondere der kraftvolle Aufschwung in den Vereinigten Staaten, haben jedoch der Welt neuen Mut gegeben.

3\*. Die Dynamik des Aufschwungs in den Vereinigten Staaten ist unterschätzt worden. Zu sehr hatte die jüngste Erfahrung hartnäckiger Stagnation und Rezession die Prognosen bestimmt; mehr als eine normale konjunkturelle Aufwärtsbewegung schien nicht wahrscheinlich. Tatsächlich kam es aber zu einem kräftigen Boom mit einem gewaltigen Beschäftigungsschub. Hohes Wachstum und eine deutliche Steigerung der Beschäftigung werden wieder als erreichbar angesehen. Dies der Welt vorgeführt zu haben, ist das Verdienst der Vereinigten Staaten. In Europa dagegen sind noch Pessimismus und Zukunftsangst verbreitet, ein Klima, das Wachstumsdynamik nicht begünstigt. Über die starke amerikanische Importnachfrage hat auch die übrige Welt teil am amerikanischen Aufschwung. Wegen des starken Dollar und der hohen Zinsen, die mit dem amerikanischen Weg verbunden sind, muß hierfür ein hoher Preis entrichtet werden.

4\*. Soweit die hohe Kapitalnachfrage in den Vereinigten Staaten sich über Kapitalimport durchsetz-

te, war eine geringere Investitionstätigkeit außerhalb der Vereinigten Staaten ein Gegenposten für die anregenden Impulse, die dort der zusätzliche Export in die Vereinigten Staaten setzte. Man kann dagegen einwenden: Gute Schuldner sind weltweit knapp geworden, und so gesehen ist es ein Vorteil für die Welt gewesen, daß Amerika Kapital anzog, es an seine Investoren in Form von Steuergeschenken weiterleitete und die übrige Welt durch Gütereinfuhr am heimischen Expansionsprozeß beteiligte. Es gibt jedoch auch Länder, die international nicht an Kreditfähigkeit eingebüßt haben und außerdem gerade versuchen, ihre öffentlichen Haushalte in Ordnung zu bringen, nicht zuletzt, um privater Kreditnachfrage mehr Raum zu geben. Für sie wären niedrigere Zinsen und folglich eine höhere Inlandsnachfrage allemal günstiger gewesen.

5\*. Die wichtigste konstitutionelle Verbesserung vieler Volkswirtschaften ist in der Eindämmung der Inflation zu sehen. Länder, in denen bereits in den vergangenen Jahren der Preisauftrieb spürbar zurückgegangen war, konnten ihre Erfolge sichern oder vergrößern. Anderen Ländern gelang 1984 ein beachtlicher Schritt nach vorn. Der Anstieg der Verbraucherpreise lag in den OECD-Ländern 1984 bei 5 vH. Am stärksten war die Dämpfung des Preisauftriebs in den Ländern, in denen sich die Lohnsteigerungen spürbar zurückbildeten. Im Durchschnitt der Industrieländer stiegen die Löhne noch um rund 6 vH. Die Produktivitätszuwächse waren vielfach hoch. So kam es, daß die Arbeitskosten, bezogen auf das gesamte Produkt, in einigen Ländern nurmehr geringfügig zunahmen. Die Ertragssituation der Unternehmen hat sich deutlich verbessert.

6\*. Die Weltrohstoffpreise gaben, als der Dollar im Frühjahr 1984 an Wert gewann, nach. Auch die Ölpreise blieben unter Druck; gegenüber Anfang 1984 sind die Marktnotierungen gefallen. Im Jahresdurchschnitt lag das Niveau der Rohstoffpreise nur wenig höher als 1983. Übersehen wird meistens der Zusammenhang zwischen der Aufwertung des Dollar und der Senkung der Dollarpreise auf den Rohstoffmärkten. Die Höherbewertung des amerikanischen Dollar als der Währung, in der weltweit Rohstoffpreise notiert und Lieferverträge abgeschlossen werden, ändert am Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf den Weltmärkten nicht direkt etwas. Wenn die Währung höher bewertet wird, in der die Preise ausgedrückt sind, also der Wertmaßstab sich ändert, dann verringern sich die Preisgebote der Käufer und die Angebotspreise der Verkäufer entsprechend. Beobachtet man etwas anderes, so hätte das nicht direkt etwas mit der Änderung des Wertmaßstabes zu tun, sondern mit gleichzeitig auftretenden Änderungen der Marktverhältnisse. Zu den Ursachen dafür gehörte nur unter vielem anderen

auch die Auswirkung der Dollaraufwertung auf die Wirtschaft in aller Welt und darüber — insoweit indirekt und nirgendwo unmittelbar erkennbar — auf Angebot und Nachfrage an den Rohstoffmärkten.

Deshalb ist die Verteuerung der Rohstoffpreise außerhalb Amerikas eher als konjunkturelle Bewegung zu sehen und weniger als inflatorischer Impuls im Zusammenhang mit der Aufwertung des Dollar (Ziffer 166).

7\*. Von den Kapitalkosten kam kein spürbarer Beitrag zur Verbesserung der Angebotsbedingungen. Die Vereinigten Staaten boten den internationalen Kapitalanlegern sogar höhere Zinsen als 1983. In den meisten anderen Ländern waren zwar niedrigere Zinsen zu zahlen; doch angesichts der Erfolge bei der Inflationsbekämpfung und der Fortschritte bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen waren sie immer noch sehr hoch.

8\*. Die Probleme, die auf der Weltwirtschaft lasten, sind trotz der unübersehbaren Fortschritte und trotz des Aufschwungs in den Industrieländern nach wie vor groß. Die hohe amerikanische Kapitalnachfrage, die staatliche wie die private, verschaffte sich zwar über entsprechend hohe Zinsgebote das nötige Kapitalangebot, und der Kurs des Dollar sorgte für das zum Kapitalimport passende Leistungsbilanzdefizit. Die Vereinigten Staaten schieben aber die Aufgaben, die in der unausweichlichen Korrektur der Defizite im Staatshaushalt und der Leistungsbilanz liegen, vor sich her.

Die Gefahr einer akuten Finanzkrise in der Welt scheint gebannt. Im Zusammenspiel von Schuldnerländern und Gläubigerländern, von privaten Banken und internationalen Organisationen konnten Fortschritte erzielt werden bei der Aufgabe, die Zahlungsverpflichtungen der hoch verschuldeten Länder zu strecken. Dort liegt aber nicht das eigentliche Problem. Trotz mancher sichtbarer Erfolge sind in den Schuldnerländern noch enorme Anpassungsanstrengungen nötig. Und wo Zinsverpflichtungen nicht in produktiven Investitionen wurzeln, nehmen die Anpassungslasten weiter zu.

Die Industrieländer haben zwar für eine kräftige Belebung des Welthandels gesorgt, vielfach aber ihre Importbarrieren erhöht und so die Exportmöglichkeiten für die Schuldnerländer erschwert. Die Überwindung der Schwierigkeiten der Entwicklungsländer kann unmöglich werden, wenn sich dies nicht ändert. Auch die wirtschaftliche Dynamik der Welt im ganzen würde sich kaum dauerhaft erholen.

9\*. In der Europäischen Gemeinschaft sind in diesem Jahr in einigen der dringendsten Fragen Entscheidungen getroffen worden. Die Beschlüsse zur Dämpfung des Ausgabenanstiegs im Agrarbereich und die Einigung über die Erhöhung der Mehrwertsteuereinnahmen der Gemeinschaft dürften — wenn auch noch nicht in diesem und im nächsten Jahr — zur Entspannung der Haushaltslage beitragen. Offen ist, ob im Haushalt künftig mehr Raum

für andere gemeinschaftliche Aktivitäten bleibt. Im Hinblick auf das Begehren Großbritanniens nach finanzieller Entlastung wurde eine für mehrere Jahre gültige Regelung getroffen.

Auf längere Sicht tragfähige Lösungen stellen die jetzt unternommenen Schritte in ihrer Mehrzahl jedoch nicht dar. Die Reform des Agrarsystems weist in eine ordnungspolitisch bedenkliche Richtung und birgt zudem handelspolitischen Konfliktstoff (Ziffern 428 ff.). Mit der Beitragsregelung für Großbritannien wurde erstmals dem problematischen Konzept des „Nettozahlersaldos“ eines Mitgliedslandes und dem dahinterstehenden Prinzip des „gerechten Rückflusses“ gleichsam offiziell Geltung verschafft.

Vergleichsweise wenig Probleme gab es in diesem Jahr im Europäischen Währungssystem, dessen Kursgefüge sich als überraschend stabil erwies.

### Die Binnenkonjunktur 1984

(Ziffern 49 ff.)

10\*. In der Bundesrepublik hat sich der Aufschwung wieder gefestigt.

Das Jahr begann mit hochgespannten Erwartungen. Die Indikatoren zur Konjunkturlage zeigten steil nach oben, erste Erfolge bei der Überwindung der Wachstumsschwäche schienen greifbar. Diese Zuversicht ging im Frühjahr teilweise verloren, als der Arbeitskampf sich zuspitzte und Unsicherheit um sich griff, ob der unvermutete Abfall der Produktion nicht tiefliegende Gründe habe. Plötzlich galt der Aufschwung vielerorts als gefährdet. Prognosen wurden nach unten korrigiert. Nach und nach haben sich die günstigen fundamentalen Faktoren aber durchgesetzt. Die Zukunft wird wieder günstiger gesehen.

11\*. Im Ergebnis ist die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr trotz der zeitweiligen Schwäche um 2 1/2 vH gesteigert worden; das war so viel, wie es optimistischen Setzungen im Herbst vergangenen Jahres entsprach. Der Abbau der hohen Arbeitslosigkeit ist noch nicht vorangekommen. Nachdem die Anzahl der Arbeitslosen ab der Jahreswende zunächst noch einmal enttäuschend lange gestiegen war, ist sie nun seit September doch zurückgegangen; die Anzahl der Kurzarbeiter hat sich weiter stark verringert. Der Preisauftrieb hat sich nochmals mehr als erwartet abgeschwächt; für den Verbraucher war die Kaufkraft des Geldes gegen Jahresende aber immer noch 2 vH niedriger als vor einem Jahr. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist weit vorangekommen (Ziffern 226 ff.). In Anbetracht des Überschusses in der Leistungsbilanz und der Verbesserung im Kapitalverkehr könnte allenfalls die Entwicklung des D-Mark-Dollar-Kurses Anlaß geben, der Lage nicht ohne Einschränkungen das Prädikat „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ zuzusprechen (Ziffern 189 ff.).

Der Aufschwung hat an Kraft nicht eingebüßt.

**12\*.** Motor der Konjunktur war 1984 der Export. Dem Volumen nach sind 8 vH mehr Waren ausgeführt worden als im Vorjahr. Ausschlaggebend dafür war, daß die konjunkturellen Auftriebskräfte weltweit an Kraft gewonnen haben. Die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit trug aber ebenfalls dazu bei, und nicht nur wegen der Unterstützung vom Wechselkurs her. Wettbewerbsvorteile sind auch auf den Märkten im Inland wirksam geworden. Die Einfuhr von Fertigerzeugnissen hat sich in ihrem Anstieg abgeflacht. Daß ausländische Anbieter nur wenig zurückgedrängt werden konnten, lag an deren Bereitschaft, eher bei den Preisen Einbußen hinzunehmen als an Marktanteilen zu verlieren. Das hat aber zugleich inflatorische Impulse von außen klein gehalten.

Mit den Erfolgen im Außenhandel ging eine nur mäßige Nachfrage im Inland einher. Soweit es dabei um zinsabhängige Inlandsnachfrage geht, ist unübersehbar, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen dem wechselkursbedingten Teil der Erfolge im Außenhandel und dem zinstreibenden Kapitalsog aus Amerika. Im ganzen konnten die Produktionskapazitäten aber höher ausgelastet werden, und die Absatzerwartungen haben sich weiter aufgehellt. Schon im vergangenen Jahr hatten die Unternehmen gezeigt, daß sie auch bei unterausgelasteten Kapazitäten, also noch geringer aktueller Nachfrage, bereit sind, mehr zu investieren, wenn die Chancen auf künftige rentable Produktion vom Verhältnis der Kosten und Preise her wieder zuverlässiger einzuschätzen sind und der Mut zu Neuerungen wächst. Die Unsicherheit beim Investieren hat sich nun durch die verbesserten Absatz-erwartungen weiter verringert.

**13\*.** Die Tarifabschlüsse haben für das Wirtschaftsgeschehen in diesem Jahr eine zentrale Rolle gespielt. Diesmal ging es nicht nur um Einkommenssteigerungen, sondern auch um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit und der Lebensarbeitszeit, um die Flexibilisierung der Arbeitszeit und um eine längere Laufzeit der Tarifverträge. In der Metallindustrie und in der Druckindustrie sind nach dem harten Arbeitskampf Tarifverträge mit einer Laufzeit von zwei Jahren zustande gekommen, die für dieses Jahr eine mäßige, im Jahre 1985 sodann eine größere Steigerung der Stundenlöhne vorsehen.

**14\*.** Die Regelungen zur Flexibilität der Arbeitszeit enthalten Möglichkeiten, die Belastungen aus der Arbeitszeitverkürzung geringer zu halten, als es ohne solche Regelungen möglich wäre. In Grenzen eröffnen sie auch Chancen, individuelle oder gruppenspezifische Arbeitszeitwünsche besser als zuvor zu berücksichtigen. Im ganzen ist der Rahmen für eine flexiblere und differenziertere Arbeitszeitgestaltung für die Gesamtbelegschaft, wie sie der Tarifvertrag für die Metallindustrie vorsieht, zwar noch vergleichsweise eng gezogen. Aber die Regelungen zur Flexibilität sind doch ein wichtiger Schritt in tarifpolitisches Neuland.

Kennzeichnend für die Tarifverträge, die eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit brachten, ist eine

für Arbeitszeitverkürzungen vergleichsweise kurze Laufzeit mit der Gefahr eines erneuten Konflikts über die Arbeitszeit im Herbst des Jahres 1986, allerdings auch mit der Chance, schon bald die bis dahin gemachten Erfahrungen bei späteren Verträgen nutzen zu können. Dagegen ist die Laufzeit für Lohnvereinbarungen mit mehr als zwei Jahren vergleichsweise lang. Die Arbeitgeber haben dabei in Kauf genommen, daß wegen des vereinbarten Lohnausgleichs für die Arbeitszeitverkürzungen die Lohnkosten für 1985 einen größeren Sprung aufweisen werden, in der Regel 5,9 vH. Einen Gegenposten für diesen Lohnausgleich findet man teilweise schon in den geringen Lohnsteigerungen für das Jahr 1984. Die Arbeitgeber mögen einer erst im nächsten Jahr zu verkräftenden Kostensteigerung geringeres Gewicht beigemessen haben. Unsicher ist freilich, ob die Märkte dann diese Lohnsteigerung so vollständig im Preis vergüten werden, wie man es sich vorgestellt und kalkuliert haben mag. In der Frage, wie die zeitliche Verteilung des Einkommensanstiegs über die mehr als zweijährige Laufzeit der Verträge aussehen sollte, ließen sich die Tarifparteien offensichtlich von dem Ziel einer im Verlauf stetigen Steigerung der monatlichen Einkommen der Beschäftigten leiten. Der aus diesem Grunde unetige Anstieg der Stundenlöhne wurde in Kauf genommen.

**15\*.** Die Arbeitskosten sind im Jahre 1984, berücksichtigt man den Zuwachs an Produktivität, erneut nur wenig gestiegen. Trotz der unerwartet starken Verteuerung der eingeführten Vorprodukte, waren daher auch die Gesamtkosten nicht viel höher als im Vorjahr. Dabei ist zu berücksichtigen, daß von den Kapitalkosten — anders als in vergleichbaren Aufschwungsphasen üblich — keine weitere Entlastung kam. So trug die zurückhaltende Lohnpolitik dazu bei, daß sich in diesem Jahr trotz der teuren Einfuhr und trotz der unverändert hohen Kapitalkosten höhere Stückgewinne und eine weitere Verringerung des Preisauftriebs zugleich einstellten (Ziffern 63 ff.). Das ist für einen Aufschwung eine lehrbuchhaft gute Vorstellung.

**16\*.** Die günstigen Bedingungen fürs Investieren — höhere Nachfrage, geringer Kostenanstieg, mehr eigene Mittel — haben auch in diesem Jahr dafür gesorgt, daß die Investitionsneigung im Verlauf des Jahres weiter zunahm (Ziffern 73 ff.).

Wenn diese gleichwohl eher bescheiden ausgefallen ist, so unter anderem deshalb, weil die Meßlatte für die Rentabilität von Investitionen höher gelegt ist: Für weitgehend risikofreie Finanzanlagen werden nach Abzug der Inflationsrate sehr hohe Zinsen geboten. Hinzu kommt, daß das Investieren weithin risikoreicher geworden ist. Die Investitionserträge müssen eine höhere Risikoprämie versprechen, wenn das Projekt zur Durchführung kommen soll. Zu den Gründen, die das Investieren von der Finanzierungseite her riskanter gemacht haben, ist die relative Zunahme kurzfristiger Verschuldung und vor allem die Abnahme der Eigenkapitalquote über einen langen Zeitraum hin zu zählen. Für die allmähliche Verringerung der Eigenkapitalquote der

Unternehmen gibt es verschiedene Ursachen, zum Teil ist sie Ausdruck der lang anhaltenden Verschlechterung der Ertragslage; es gibt aber auch Gründe, die für Kapitalgeber und für Unternehmen den Weg der Fremdfinanzierung attraktiver erscheinen ließen.

Eine schmale Eigenkapitalbasis führt bei Fehlinvestitionen oder gesamtwirtschaftlich ungünstigen Entwicklungen eher zu einer Gefährdung der Existenz eines Unternehmens. Wir haben diesen Fragen einen besonderen Abschnitt gewidmet (Ziffern 142ff.). Für das vergangene Jahr und wohl auch für 1984 ist erstmals seit langem wieder ein Anstieg der Eigenkapitalquote zu verzeichnen, und die Rentabilität von Sachvermögen hat sich deutlich erholt.

**17\*.** In der Abrechnung für 1984 war das Ergebnis für die Ausrüstungen und die Bauten der Unternehmen zwar enttäuschend, nur 1 $\frac{1}{2}$  vH höhere Investitionen als 1983. Dieser geringe Zuwachs gibt die Investitionsneigung aber unzutreffend wieder; wegen der Investitionszulage waren Vorhaben teilweise in das Jahr 1983 vorgezogen worden, und im Jahre 1984 sind sie teilweise wegen des Arbeitskampfes verzögert worden. Im vierten Vierteljahr dürften die Ausrüstungsinvestitionen immerhin um 10 vH höher sein als im Tiefpunkt der Rezession im vierten Vierteljahr 1982.

**18\*.** Geringere Preissteigerungen bedeuten weniger Kaufkraftschwund. Die Zurückhaltung bei der Steigerung der Nominallöhne (+3 $\frac{1}{2}$  vH) endete, anders als zunächst erwartet, nicht in einem vollen Verzicht auf höhere Reallöhne (+1 vH). Dafür hat der unvermindert scharfe Preiswettbewerb gesorgt. Bemerkenswert war auch, daß die verfügbaren Einkommen trotz der vielfältigen Kürzungen von sozialen Leistungen in diesem Jahr stärker zunahm als im Vorjahr, im wesentlichen weil nicht mehr ganz so viele Arbeitnehmer arbeitslos wurden und weit viel weniger von Kurzarbeit betroffen waren. Die Verbrauchsneigung blieb hoch, sie hat sich aber nicht verstärkt. Die Verbraucher haben aufs Jahr gesehen für 9 Mrd DM mehr Güter und Dienstleistungen gekauft. Das war ein etwa ebenso starker Zuwachs wie im Vorjahr (Ziffern 75ff.).

**19\*.** Daß es im zweiten Jahr einer Aufwärtsbewegung zu einer Beruhigung des Preisauftriebs kam, ist nicht ungewöhnlich; auch früher zogen die Preise meist erst in der Hochkonjunktur stärker an. Nach unserem Urteil ist in den gestiegenen D-Mark-Preisen für Rohstoffe kein inflatorischer Impuls angelegt; dieser Anstieg ist — ruft man sich noch einmal das Zusammenspiel von Dollarkurs und Rohstoffpreisen in Erinnerung — im wesentlichen als eine konjunkturelle Bewegung zu sehen. Sorge bereitet aber, daß der höhere Anstieg der Güterpreise im Ausland schon seit längerem nicht mehr durch eine Aufwertung der D-Mark ausgeglichen wird. In diesem Jahr ist der Inflationsimport über den direkten internationalen Preiszusammenhang zwar noch kaum wirksam geworden, hierin liegen aber gewisse Gefahren für die weitere Preisentwicklung.

**20\*.** Der unerwartet stark verminderte Preisauftrieb hat bei der gegebenen Ausweitung der Geldversorgung den Expansionspielraum der Volkswirtschaft erhöht. Nachdem der Zuwachs an Zentralbankgeld vom Jahresende 1982 bis zum Herbst 1983 großzügig bemessen worden war, hat die Bundesbank seither das Geldangebot wesentlich knapper gehalten. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge war im September um 4,2 vH höher als ein Jahr zuvor. Zu Beginn früherer Aufschwünge hatte die Bundesbank die Wirtschaft reichlicher mit Geld versorgt als dieses Mal. Die Erfahrung, später zur Bekämpfung inflatorischer Tendenzen restriktive Maßnahmen ergreifen zu müssen, stand gegen die Neuaufnahme einer solchen Politik. Die Geldpolitik hat dem Aufschwung in diesem Jahr keine Hilfestellung gegeben, sie hat ihn aber auch nicht gehemmt (Ziffern 209ff.).

**21\*.** Bei Bund, Ländern und Gemeinden hat sich das Verhältnis von Ausgaben und Einnahmen in diesem Jahr erneut verbessert. Die Ausgaben sind im dritten Jahr hintereinander weniger gestiegen, als das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential gewachsen ist. Stärker haben die Steuereinnahmen zugenommen. So konnte die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte weiter zurückgeführt werden. Das von konjunkturellen und sonstigen außergewöhnlichen Einflüssen bereinigte Defizit, das im Vorjahr noch 30 $\frac{1}{2}$  Mrd DM betragen hatte, verringerte sich auf 21 $\frac{1}{2}$  Mrd DM. Dieses bereinigte Defizit entspricht etwa dem Verschuldungsverhalten des Staates im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1977.

Mit der Rückführung der Haushaltsfehlbeträge in den letzten Jahren veränderte sich die Struktur von Ausgaben und Einnahmen. Statt Subventionen abzubauen, hat der Staat der Landwirtschaft und den gewerblichen Unternehmen noch mehr Hilfen gewährt als zuvor. Der Anteil öffentlicher Investitionen an den Gesamtausgaben hat sich beträchtlich verringert. Die Zunahme der Personalausgaben konnte deutlich gebremst werden.

**22\*.** In zweierlei Hinsicht gibt es Enttäuschungen. Am Arbeitsmarkt zeigen sich bisher nur schwache Lichtblicke. In der Bauwirtschaft verstärken sich die Schwächetendenzen.

Die Zunahme der Bauinvestitionen von 1 vH in diesem Jahr gibt kein zutreffendes Bild von der Lage der Bauwirtschaft. Die Unternehmen und der Staat bauen zwar wieder vermehrt, die Aufträge im Wohnungsbau sind aber seit Jahresbeginn immer weiter zurückgegangen. Das gleiche gilt seit dem Sommer für die Bautätigkeit. Die expansiven Impulse, die von der Wirtschaftspolitik ausgehen, haben nur vorübergehend eine Besserung gebracht. Erneut bestätigt sich die Erfahrung, daß konjunkturelle Sonderprogramme vielfach nur eine zeitliche Vorverlagerung von privater Nachfrage bewirken. Nun fällt schon zu einer Zeit Baunachfrage aus, in der die übrigen Faktoren, die die Neigung zum Bauen bestimmen, die Baukonjunktur noch immer belasten. Viele die im Wohnungsbau investieren wollten, sind verunsichert. Im Verhältnis zu den aktuellen und

erwartbaren Mieten und Immobilienpreisen sind die Baukosten und die Zinsen einfach zu hoch. Und wer im Eigenheim wohnen will, muß sehr hohe Belastungen tragen. So erscheint das Angebot an Wohnraum als reichlich; es ist auch reichlich, gemessen an dem, was beim derzeitigen Niveau der Mieten und der Eigentümerbelastungen an Nachfrage auftritt. Nichts ist eigentlich überraschend daran. Die Anpassung der Volkswirtschaft an höhere Realzinsen kommt im kapitalintensivsten Sektor, der Wohnungswirtschaft, notwendigerweise am langsamsten voran. So mußten in diesem Jahr noch mehr Baufirmen als 1983 aus dem Markt ausscheiden. Die übrigen haben keinen Anreiz, für mehr als den Ersatz alter Maschinen zu sorgen (Ziffern 90 ff.).

Die Arbeitslosigkeit war im Herbst des Jahres kaum niedriger als vor einem Jahr. Der Eindruck, die wirtschaftliche Belebung könnte früh am Arbeitsmarkt Wirkung zeigen, hat getrogen. Die Anzahl der Beschäftigten ist in diesem Jahr zwar erstmals seit 1981 nur noch wenig zurückgegangen, aber erst gegen Ende des Jahres scheinen die Unternehmen ihren Personalstand merklich erhöht zu haben. Immerhin haben sich die Möglichkeiten, eine Stelle zu finden, leicht verbessert. Anscheinend waren auch mehr Menschen bei der Stellensuche erfolgreich, die vorher noch nicht oder zumindest sehr lange nicht berufstätig waren. Im Herbst dieses Jahres waren wesentlich weniger Jugendliche unter zwanzig Jahren arbeitslos als ein Jahr zuvor (Ziffern 103 ff.).

#### Die voraussichtliche Entwicklung (Ziffern 254 ff.)

23\*. Die deutsche Wirtschaft dürfte auch 1985 auf expansivem Kurs bleiben. Das sollte nicht strittig sein. Die Voraussetzungen dafür sind so gut wie lange nicht mehr, und daß sich daran im nächsten Jahr etwas ändern könnte, halten wir nicht für sehr wahrscheinlich. Zur Diskussion steht derzeit nur das weitere Tempo des Aufschwungs, ob es sich, wie manche Beobachter annehmen, verlangsamt oder ob es sich beschleunigt.

Für eine Verlangsamung mag auf den ersten Blick sprechen, daß die wirtschaftliche Erholung sich nach dem Ende der Arbeitskämpfe nicht mit dem erwarteten Schwung fortsetzte. Die Produktion zeigte im Herbst 1984 ein nur wenig höheres Niveau als am Jahresbeginn. Die Schatten, die die Streiks nicht nur auf die direkt betroffenen, sondern auch auf andere Bereiche geworfen haben, sind länger, als es zunächst schien. Ein Vergleich des Produktionsniveaus vor und nach den Arbeitskämpfen ist freilich problematisch, weil die Entwicklung am Jahresanfang wohl schon von der Sorge vor Lieferausfällen bestimmt war. Viele Unternehmen hatten die Produktion hoch gefahren und die Läger aufgestockt. Aus diesem Grund ist das Bild, das die Statistik bisher zeichnet, nicht einfach zu interpretieren. Für sich allein ist es sicher keine tragfähige Basis für eine Prognose. Selbst wenn man dazu neigte, die

Entwicklung seit dem Frühjahr als Abschwächung zu deuten, sollte man daraus keine weitreichenden Schlüsse ziehen. In allen Konjunkturzyklen bis zur Mitte der siebziger Jahre gab es immer wieder sogenannte Zwischenhochs und Zwischentiefs. Und auch die langgestreckte Erholungsphase von 1975 bis 1980 war nicht frei von Stockungen, die mancherlei Irritationen auslösten.

24\*. Bevor wir unsere Prognose für das nächste Jahr begründen, gehen wir kurz auf die Annahmen, die ihr zugrunde liegen, ein. Sie betreffen zunächst den Kurs der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Finanzpolitik und der Geldpolitik.

— Die Finanzpolitik ist auch 1985 bemüht, den Ausgabenanstieg in engen Grenzen zu halten. Nach den derzeit vorliegenden Plänen steigen die Ausgaben der Gebietskörperschaften um 2 vH, der Staatsverbrauch und die Investitionen deutlich stärker, die Übertragungen hingegen schwächer. Der konjunkturelle Impuls wird um 6½ Mrd DM abnehmen; er bildet sich damit wesentlich weniger zurück, als in den vergangenen Jahren 1983 und 1984.

— Die Geldpolitik verlangsamt die Geldmengenexpansion nicht. Ende 1984 wird die Zentralbankgeldmenge etwa 5 vH höher sein als Ende 1983; im nächsten Jahr wird die Bundesbank auf eine Expansionsrate in derselben Größenordnung hinwirken. Gravierende außenwirtschaftliche Störungen, die den geldpolitischen Kurs beeinträchtigen könnten, gehören nicht zu den Annahmen der Prognose. Zu alledem paßt ein weiterer leichter Rückgang der Zinsen.

25\*. Zum Datenkranz rechnen wir auch die Annahme über die Lohnentwicklung. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß wir die Setzung für die Löhne nicht als eine Prognose und schon gar nicht als eine Zielprojektion verstanden wissen wollen, die Eingang in die lohnpolitische Diskussion finden muß. Diesmal ist die Situation allerdings etwas anders, weil 1985 in gewichtigen Branchen tarifpolitische Vereinbarungen wirksam werden, die schon 1984 ausgehandelt wurden. In den Tarifbereichen mit Wochenarbeitszeitverkürzung von 1½ Stunden wurde außer einem Lohnausgleich in Höhe von 3,9 vH ein Anstieg der Löhne und Gehälter je Beschäftigten um 2 vH vereinbart. Für die 1985 neu abzuschließenden Verträge in anderen Bereichen haben wir angenommen, daß sich die Erhöhungen in der Nachbarschaft der Lohnsteigerungen des Jahres 1984 halten.

Zu unseren Annahmen gehört, daß die vereinbarte Differenzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit von einem erheblichen Teil der Unternehmen in die Praxis umgesetzt wird. Anderenfalls würde der Kosteneffekt der Arbeitszeitverkürzung stärker zu Buche schlagen, als wir es unterstellt haben.

26\*. Was das internationale Umfeld anbelangt, so wird unsere Vorausschau von der Vorstellung einer anhaltenden wirtschaftlichen Erholung in den meisten westlichen Industrieländern geprägt. Dies wird

auch den hochverschuldeten Entwicklungsländern helfen; die Gefahr einer internationalen Verschuldungskrise erscheint derzeit als gering.

Das Wechselkursgefüge wird vermutlich auch 1985 von einem starken Dollar bestimmt sein. Für das Europäische Währungssystem haben wir für die Prognose angenommen, daß Anpassungen der Wechselkurse einstweilen kein Thema sein werden, obwohl die Preise in anderen Ländern stärker steigen als in der Bundesrepublik.

#### Die Weltkonjunktur im Jahre 1985

27\*. Unserer Einschätzung der Entwicklung der Weltkonjunktur im Jahre 1985 liegt die Vorstellung zugrunde, daß es im allgemeinen nicht zu Kursänderungen der Wirtschaftspolitik kommt. Bei der Finanzpolitik rechnen wir daher mit einer Fortsetzung der Konsolidierungspolitik außerhalb der Vereinigten Staaten und mit noch höheren Defiziten dort. In der Summe der Industrieländer werden die Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten bezogen auf das Sozialprodukt 1985 noch deutlich höher sein als in den Jahren 1979/80, also vor der letzten Rezession. Die Geldpolitik wird im kommenden Jahr in den meisten Ländern, so unsere Annahme, für eine Ausweitung der Geldmenge sorgen, die eine Finanzierung des erwarteten Anstiegs des Sozialprodukts ohne Friktionen erlaubt. Ein mäßiger Rückgang der Zinsen würde dazu passen, zumal überwiegend mit einer leichten weiteren Verringerung des Preisauftriebs zu rechnen ist und in keinem Land mit einer Verstärkung.

28\*. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird 1985 in den Industrieländern insgesamt voraussichtlich weniger stark zunehmen als in diesem Jahr. Hinter dieser Vorstellung steht eine Kräftigung des Aufschwungs in Europa und eine Abschwächung in den Vereinigten Staaten.

Nach der starken Ausweitung der Produktion von Mitte 1983 bis Mitte 1984 ist in den Vereinigten Staaten im kommenden Jahr mit einem geringeren Wachstumstempo zu rechnen. Die amerikanische Wirtschaft wird freilich in ihren Expansionschancen unterschiedlich beurteilt. Die Schätzungen für die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahre 1985 reichen von 3 vH bis 4 $\frac{1}{2}$  vH. In unsere Rechnung ist eine mittlere Annahme von 3 $\frac{1}{2}$  vH eingegangen. In Europa wird sich die konjunkturelle Erholung im kommenden Jahr fortsetzen. Nach einem Anstieg des Sozialprodukts in diesem Jahr um reichlich 2 vH ist für 1985 mit einer Zunahme um gut 2 $\frac{1}{2}$  vH zu rechnen. Dahinter wiederum steht die Vorstellung einer vergleichsweise regen Investitionstätigkeit. Dies ist um so auffälliger, wenn man die hohen Zinsen, den deshalb und aus anderen Gründen schwachen Wohnungsbau und die Konsolidierungsanstrengungen der öffentlichen Haushalte in vielen Ländern mit ins Bild nimmt. In der Zunahme der Investitionen kommen die verbesserten Rahmenbedingungen in vielen Volkswirtschaften zum Ausdruck. Der Zuwachs des Sozialprodukts reicht freilich noch nicht für einen

Anstieg der Beschäftigung aus, der die Arbeitslosigkeit auch nur konstant halten könnte. Die Arbeitslosenquote dürfte nach Schätzungen der OECD von 11 vH in diesem Jahr auf 11 $\frac{1}{2}$  vH im Jahre 1985 steigen.

29\*. Der Welthandel wird nach den Schätzungen internationaler Organisationen auch 1985 kräftig zunehmen. Aufs ganze Jahr gesehen dürfte die Steigerung 5 $\frac{1}{2}$  vH betragen. Allerdings dürfte das Expansionstempo im Laufe des Jahres etwas abnehmen. Dies wird im wesentlichen von der Verlangsamung des Aufschwungs in den Vereinigten Staaten bestimmt. Die Einfuhr der europäischen Länder wird vermutlich mit nahezu unverändertem Tempo zunehmen. Das gleiche gilt für die OPEC-Länder, die die Phase drastisch eingeschränkter Importe verlassen haben. Die Entwicklungsländer dürften ihre Importe sogar stärker ausweiten als in diesem Jahr.

#### Die Binnenkonjunktur im Jahre 1985

30\*. Die konjunkturelle Dynamik wird im Jahre 1985 vor allem von den Investitionen kommen, und zwar von den Ausrüstungsinvestitionen, nicht von den Bauinvestitionen. Die Erträge der Unternehmen haben sich in den letzten drei Jahren deutlich erholt, teils wegen zunehmender Stückgewinne, teils wegen höherer Absatzmengen, aber auch wegen steuerlicher Erleichterungen. Es ist nicht zu übersehen, daß sich inzwischen die Rentabilität von Sachinvestitionen erheblich verbessert hat — auch und gerade im Vergleich zu Finanzanlagen, bei denen die Rendite mittlerweile wieder sinkt.

Wägt man die Argumente, die für und die gegen einen kräftigen Investitionsaufschwung sprechen, sorgfältig gegeneinander ab, dann finden sich derzeit die meisten auf der Haben-Seite. Die wichtigsten davon haben wir im ersten Kapitel dargelegt:

- die deutliche Verbesserung der Erträge
- die positiven Absatzerwartungen insbesondere im Exportgeschäft
- die wieder höhere Kapazitätsauslastung
- die wachsende Bereitschaft zur Modernisierung.

31\*. Wer im Wettbewerb mithalten will, darf nicht auf die Gunst der Stunde warten, welche die Auftragsbücher füllt. Der größere Teil der Unternehmen, auch und gerade in Branchen, die im Strukturwandel auf der Schattenseite stehen, hat erkannt, daß sich Märkte nur mit eigenen Anstrengungen halten und ausbauen lassen. Der hohe Dollarkurs ist sicher zum Glücksfall für manches Unternehmen geworden. Bewahren lassen sich die Gewinne aus dem Export freilich nur, wenn sie alsbald in neue Produkte und in neue Fertigungsverfahren investiert werden und so für festen Stand sorgen, wenn der Wind des internationalen Wettbewerbs wieder steifer weht.

**32\*** Die verfügbaren Eigenmittel der Unternehmen erlauben einen größeren Schub bei den Investitionen. Noch wichtiger scheint uns aber zu sein, daß die Unternehmen allen Anlaß haben, die Verbesserung der Investitionsbedingungen nicht nur als vorübergehend anzusehen. Die überschaubaren Rahmenbedingungen sind günstig. Vor allem müssen die Unternehmen nicht mehr wie in früheren Jahren fürchten, daß ihre Zukunftspläne durch eine neuerliche Stabilisierungskrise gestört werden.

**33\*** Optimistisch stimmen diesmal auch die Ergebnisse des Ifo-Investitionstests vom Spätsommer 1984. Danach zeichnet sich bei den Investitionsausgaben des verarbeitenden Gewerbes (Ausrüstungen und Bauten zusammengenommen) für das nächste Jahr eine Zuwachsrate von rund 10 vH ab. Eine ähnlich hohe Steigerungsrate fand sich zuletzt in den Plänen für das Jahr 1979. Dabei ist zu bedenken, daß die Investitionsbudgets im Aufschwung fast immer nachträglich aufgestockt werden, der Vollzug also 1985 noch über die Pläne hinausgehen kann.

Bemerkenswert ist, daß die Bauwirtschaft trotz der ungünstigen Perspektiven keine weitere Kürzung der Investitionsbudgets ins Auge faßt. Hier hat der starke Rückgang in diesem Jahr (-17 vH) bereits einen kräftigen Kapazitätsabbau eingeleitet, so daß nun anscheinend die Ersatzinvestitionen nicht weiter schrumpfen.

**34\*** Im ganzen haben wir uns von der Erwartung leiten lassen, daß die Schubkraft vieler positiver Faktoren ausreicht, die Investitionskonjunktur anzutreiben. Wir rechnen damit, daß die Ausrüstungsinvestitionen 1985 um 10 vH höher sein werden als 1984 (Tabelle).

**35\*** Das Exportgeschäft wird auch 1985 schwungvoll sein. Der Anreiz, mehr zu produzieren und mehr zu investieren, bleibt von daher groß.

Es sind vor allem drei Gründe, auf die wir unsere Einschätzung stützen:

- Die deutsche Exportwirtschaft hat bei den derzeitigen Wechselkursen erhebliche preisliche Wettbewerbsvorteile gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Diese werden, wie die verhaltene Entwicklung der Ausführpreise zeigt, in erster Linie zur Ausweitung des Absatzes und nicht zur Aufbesserung der Gewinnmargen genutzt.
- Der Aufschwung in der Welt setzt sich fort, und seine Basis wird breiter. Für die deutsche Exportwirtschaft spielt die verstärkte Ausweitung des innereuropäischen Handels eine ausschlaggebende Rolle (positiver Regionalstruktureffekt).
- In den meisten Ländern kommt die Dynamik von der Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen. Auf Ausrüstungsgüter entfällt ein großer Teil des deutschen Exports. So beflügelt der Export nicht nur die Investitionen der deutschen Unter-

nehmen; die Investitionen „draußen“ treiben auch zugleich den heimischen Export (positiver Sortimentseffekt).

Unserer Prognose liegt die Erwartung zugrunde, daß die Warenausfuhr im nächsten Jahr dem Volumen nach mit einer Rate von etwa 7 vH steigt, was etwa ebenso viel wäre wie in diesem Jahr.

**36\*** Die Einschätzung der Entwicklung bei den Investitionen und beim Export ist ein wichtiger Eckstein der Prognose, denn sie gibt Hinweise auf das künftige Einstellungsverhalten der Unternehmen. Positive Erwartungen, wie sie gegenwärtig in vielen Bereichen vorherrschen, lassen sich so ausdeuten, daß nun wieder eine Aufstockung des Personalbestandes ins Auge gefaßt wird. Es gibt Anzeichen dafür, daß es schon im zweiten Halbjahr 1984 verstärkt zu Einstellungen gekommen ist, die Anzahl der Beschäftigten also erstmals seit 1980 nicht mehr abgenommen, sondern wieder leicht zugenommen hat. Wir erwarten, daß sich diese Entwicklung fortsetzt. Im Verlauf des nächsten Jahres dürften etwa 250 000 bis 300 000 Personen zusätzlich eine Beschäftigung finden; im Durchschnitt des Jahres wären dann 200 000 mehr beschäftigt. In diesem Punkt unterscheidet sich unsere Einschätzung von anderen bisher bekanntgewordenen Prognosen, die, vor allem weil darin ein schwächerer Anstieg der Produktion erwartet wird, zu einer weniger günstigen Einschätzung gelangt sind. Mitbestimmend für unser Urteil ist die Überlegung, daß im kommenden Jahr die Auslastung der Sachkapazitäten fast wieder ein normales Niveau erreicht, der auslastungsbedingte Produktivitätsfortschritt also schon weitgehend ausgeschöpft ist. Eine Ausweitung der Produktion in dem von uns angenommenen Umfang läßt sich unter diesen Bedingungen nur mit zusätzlichen Arbeitskräften erreichen.

**37\*** Finden wieder mehr Menschen einen Arbeitsplatz, so schafft das — in der Summe — auch wieder mehr Einkommen. Damit verbessern sich zugleich die Voraussetzungen für ein höheres Niveau des privaten Verbrauchs. Nach unseren Berechnungen werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 1985 um 4 1/2 vH zunehmen; davon geht 1 Prozentpunkt auf die Zunahme der Anzahl der Beschäftigten zurück.

Die wichtigsten Komponenten, die Einkommen der Arbeitnehmer und die der Bezieher von Sozial-einkommen, lassen sich schon recht zuverlässig abgreifen. Ob die höheren Einkommen auch zu entsprechend höheren Konsumausgaben führen, ist allerdings ungewiß. Unser Eindruck ist, daß sich in letzter Zeit das Konsumklima wieder bessert, die privaten Haushalte also im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten durchaus kaufbereit sind. Wir haben daher unterstellt, daß es im nächsten Jahr bei einer unveränderten Sparquote bleibt (11 1/2 vH). Da der Verlust an Kaufkraft für die Verbraucher auf das ganze Jahr gesehen mit 2 vH sogar noch etwas geringer sein dürfte als in diesem Jahr (2 1/2 vH), kann der private Verbrauch in realer Rechnung 1985 um 2 1/2 vH zunehmen; das wäre ein spürbar stärkerer Anstieg als 1984 (1 vH).

**Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen**  
Schätzung für das 2. Halbjahr 1984 und Vorausschau auf das Jahr 1985  
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1983	1984	1985	1984		1985	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
<b>Verwendung des Sozialprodukts</b>							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch .....	+ 4,1	+ 3½	+ 4½	+ 3,7	+ 4	+ 4	+ 5
Staatsverbrauch .....	+ 2,7	+ 3½	+ 3½	+ 3,4	+ 4	+ 4	+ 3½
Anlageinvestitionen .....	+ 4,8	+ 3	+ 6	+ 4,1	+ 2	+ 5½	+ 6½
Ausrüstungen .....	+ 8,5	+ 2½	+ 13	+ 0,5	+ 4	+ 15	+ 11½
Bauten .....	+ 2,5	+ 3½	+ 1½	+ 6,4	+ 1	- ½	+ 3
Vorratsveränderung .....	x	x	x	x	x	x	x
Außenbeitrag .....	x	x	x	x	x	x	x
Ausfuhr .....	+ 0,2	+ 10	+ 9½	+ 8,5	+ 12	+ 10	+ 9½
Einfuhr .....	+ 0,1	+ 10	+ 9	+ 11,5	+ 8½	+ 8	+ 9½
Bruttosozialprodukt .....	+ 4,5	+ 4½	+ 5½	+ 4,2	+ 4½	+ 4½	+ 6
In Preisen von 1976:							
Privater Verbrauch .....	+ 1,1	+ 1	+ 2½	+ 0,6	+ 2	+ 2½	+ 3
Staatsverbrauch .....	- 0,0	+ 1	+ 1	+ 0,6	+ 2	+ 1½	+ 1
Anlageinvestitionen .....	+ 3,1	+ ½	+ 4	+ 1,4	+ 0	+ 4	+ 4½
Ausrüstungen .....	+ 6,1	+ ½	+ 10	- 1,5	+ 2	+ 12	+ 8½
Bauten .....	+ 0,9	+ 1	- 0	+ 3,5	- 1	- 2	+ 1½
Ausfuhr .....	- 1,3	+ 7	+ 6½	+ 5,5	+ 8	+ 7	+ 6½
Einfuhr .....	+ 0,5	+ 5½	+ 6½	+ 7,0	+ 4	+ 5	+ 7½
Bruttosozialprodukt .....	+ 1,3	+ 2½	+ 3	+ 2,2	+ 2½	+ 2½	+ 3½
Realwert des Bruttosozialprodukts <sup>1)</sup> .....	+ 1,9	+ 2	+ 3½	+ 1,7	+ 2	+ 2½	+ 4
<b>Preisentwicklung</b>							
Privater Verbrauch .....	+ 2,9	+ 2½	+ 2	+ 3,0	+ 2	+ 2	+ 2
Bruttosozialprodukt .....	+ 3,2	+ 2	+ 2	+ 2,0	+ 2	+ 2	+ 2
Letzte inländische Verwendung .....	+ 2,6	+ 2½	+ 2	+ 2,5	+ 2½	+ 2	+ 2
<b>Entstehung des Sozialprodukts</b>							
Erwerbstätige .....	- 1,7	- ½	+ 1	- 0,5	+ 0	+ ½	+ 1
Arbeitszeit <sup>2)</sup> .....	+ 0,2	+ 0	- ½	+ 0,4	- 0	- 1	- ½
Arbeitsvolumen .....	- 1,6	- 0	+ 0	- 0,1	- 0	- 0	+ ½
Produktivität .....	+ 2,6	+ 2½	+ 3	+ 2,4	+ 3	+ 3	+ 3
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976 .....	+ 1,0	+ 2½	+ 3	+ 2,2	+ 2½	+ 2½	+ 3½
<b>Verteilung des Volkseinkommens</b>							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit .....	+ 1,7	+ 3½	+ 4½	+ 2,9	+ 3½	+ 4½	+ 5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen .....	+ 11,2	+ 7	+ 6½	+ 5,3	+ 8½	+ 5½	+ 8
Volkseinkommen .....	+ 4,2	+ 4½	+ 5½	+ 3,5	+ 5	+ 5	+ 6
Reales Volkseinkommen <sup>1)</sup> .....	+ 1,6	+ 2	+ 3½	+ 1,0	+ 2½	+ 2½	+ 4
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit <sup>3)</sup> .....	+ 0,4	+ 2	+ 3½	+ 1,6	+ 2	+ 3½	+ 4
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen .....	+ 12,9	+ 7½	+ 7	+ 4,6	+ 10	+ 5	+ 8½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte <sup>4)</sup> .....	+ 2,3	+ 3½	+ 4½	+ 3,6	+ 4	+ 4	+ 4½

<sup>1)</sup> Inflationsbereinigt mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung.

<sup>2)</sup> Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

<sup>3)</sup> Nettolohn- und -gehaltssumme.

<sup>4)</sup> Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

**38\***. Auf das Bild für 1985 fällt freilich nicht nur Licht, sondern auch Schatten. Ein belastendes Moment ist die schlechte Situation der Bauwirtschaft, bedingt vor allem durch den starken Nachfrage-rückgang im Wohnungsbau. Seit Jahresbeginn sind hier die Auftragseingänge um rund ein Fünftel geschrumpft. Die Auftragsbestände sind derzeit so niedrig wie lange nicht mehr. Man wird sich deshalb darauf einstellen müssen, daß der Wohnungsbau auch 1985 noch weiter zurückgeht. Sinkende Zinsen könnten zwar zögernde Investoren wieder aus der Reserve locken; das würde die Abwärtsbewegung bremsen. An eine Umkehr der Entwicklung wäre aber selbst in diesem Falle erst im späteren Teil des Jahres zu denken.

Günstiger ist derzeit die Situation im gewerblichen Bau und im öffentlichen Bau. Wir haben angenommen, daß der Anstieg der Produktion im gewerblichen und im öffentlichen Bau im Verlauf des Jahres 1985 etwas stärker ausfällt als der Rückgang im Wohnungsbau. Für die gesamten Bauinvestitionen stellt sich das so dar: Sie werden bis zum Frühjahr noch etwas zurückgehen, dann aber wieder steigen. Dieser Verlauf kommt in der Zuwachsrate für den Vorjahresvergleich, wie sie in unserem Tableau ausgewiesen ist, nicht zum Ausdruck. Weil die Zunahme im weiteren Jahresverlauf nicht stärker ausfällt als der Rückgang in der Zeit davor, ergibt sich für das gesamte Jahr ein nahezu unverändertes Niveau.

**39\***. Der Wiederanstieg der öffentlichen Investitionen ist kein Indiz für ein geändertes Ausgabenverhalten von Bund, Ländern und Gemeinden im ganzen. Bislang zeichnet sich ab, daß die Ausgaben der Gebietskörperschaften mit 2 vH um rund 1½ Prozentpunkte schwächer zunehmen werden, als das Produktionspotential wächst, den im nächsten Jahr zu erwartenden geringen Anstieg des Preisniveaus von 2 vH eingerechnet. Weil zudem die Steuerquote steigt — die Steuereinnahmen werden voraussichtlich 5½ vH höher sein als 1984 —, dürfte sich das Finanzierungsdefizit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, das 1984 noch 33 Mrd DM beträgt, auf 16½ Mrd DM halbieren. In der Abgrenzung der Finanzstatistik errechnet sich für 1985 ein Finanzierungssaldo des Gesamthaushalts von Bund, Ländern und Gemeinden von 29½ Mrd DM nach einer Neuverschuldung von 44½ Mrd DM in diesem Jahr. In dieser Rechnung sind kassenmäßige Steuereinnahmen von 416½ Mrd DM im Jahre 1984 und von 440½ Mrd DM im nächsten Jahr eingestellt.

**40\***. Nimmt man alles zusammen, dann ist es sehr wahrscheinlich, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einem höheren Tempo als in diesem Jahr wachsen wird. Wir veranschlagen den Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion für 1985 im Verlauf auf fast 4 vH und im Jahresdurchschnitt auf reichlich 3 vH.

**41\***. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, das wir von den vorhandenen Sachkapazitäten her ableiten, wird 1985 um höchstens 2 vH wachsen.

Das ist deutlich weniger als die von uns erwartete Zunahme der Produktion. Der Auslastungsgrad, der Ende 1984 schätzungsweise 95 vH beträgt, wird deshalb steigen; er dürfte bis Ende 1985 in der Gesamtwirtschaft wieder seinen längerfristigen Durchschnittswert erreichen.

**42\***. Zu den Faktoren, die die Konjunktur in diesem Jahr beflügelt haben, gehören die respektablen Erfolge bei der Inflationsbekämpfung. Es gibt gute Chancen, daß es auch im nächsten Jahr bei einem vergleichsweise niedrigen Anstieg des Preisniveaus bleibt.

Wir erwarten, daß sich im kommenden Jahr sowohl das Niveau der Verbraucherpreise als auch das gesamtwirtschaftliche Preisniveau nicht stärker erhöhen werden als 1984. Im Jahresdurchschnitt dürften die Verbraucherpreise um rund 2 vH höher sein als 1984. Zum Jahresende 1985 wird der Preisindex voraussichtlich um nicht mehr als 1½ vH bis 2 vH über den Stand vom Dezember 1984 hinausgehen.

**43\***. Die Zunahme der Produktion wird zwar den Bedarf an Arbeitskräften steigern, sie wird im nächsten Jahr aber noch keine deutliche Verringerung der Arbeitslosigkeit mit sich bringen. In Teilbereichen, wie in der Bauwirtschaft oder in der Stahlindustrie, in denen eine weitreichende strukturelle Anpassung vor sich geht, wird es auch noch zu Entlassungen kommen.

Das Angebot an Arbeitskräften wird sich im nächsten Jahr voraussichtlich nicht vergrößern. Bei den deutschen Erwerbspersonen gibt es zwar noch einen Zuwachs, das heißt, die Anzahl der jugendlichen Berufsanfänger, die auf den Arbeitsmarkt drängen, wird die Anzahl derjenigen übersteigen, die ihre berufliche Tätigkeit beenden, selbst wenn im nächsten Jahr eine größere Anzahl von Arbeitnehmern die vereinbarten Vorruhestandsregelungen in Anspruch nimmt, womit wir rechnen. Es gibt aber vermutlich wieder eine größere Anzahl ausländischer Arbeitnehmer, die in ihre Heimat zurückkehren und Arbeitsplätze frei machen.

Wie wir häufig dargelegt haben, gibt es nur grobe Anhaltspunkte dafür, wie stark die Anzahl der Personen, die bei den Arbeitsämtern als arbeitslos gemeldet sind, abnimmt, wenn aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung die Beschäftigung steigt. So werden im kommenden Jahr wieder verstärkt Arbeitskräfte einen Arbeitsplatz suchen und finden, die noch nicht oder längere Zeit nicht mehr berufstätig waren. Die Anzahl der Arbeitslosen wird also weniger sinken, als die Anzahl der Beschäftigten steigt. Wir haben angenommen, daß sich die 1985 zusätzlich eingestellten Arbeitskräfte zu etwa zwei Dritteln aus arbeitslos gemeldeten Personen rekrutieren. Die Arbeitslosigkeit ginge danach im Jahresverlauf um knapp 200 000 und im Jahresdurchschnitt um reichlich 100 000 zurück. Es gäbe dann aber Ende 1985 — saisonbereinigt — noch immer mehr als 2 Millionen Arbeitslose.

**44\***. Unsere Prognose beschreibt eine Entwicklung, die wir aus heutiger Sicht für am wahrschein-

lichsten halten. Bei den Einzelschätzungen kann und wird es vermutlich Abweichungen zur Prognose geben. Daß die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt sehr viel anders verläuft — sehr viel schlechter oder sehr viel besser — erwarten wir aber nicht. Wir sehen daher auch davon ab, Alternativrechnungen zu präsentieren, wie wir es getan haben, wenn uns das Schätzrisiko besonders groß erschien.

### Wirtschaftspolitik für 1985 und danach

#### Ziele und Wirklichkeit (Ziffern 285 ff.)

45\*. Beeindruckend ist: Gravierende Fehlentwicklungen konnten in wenigen Jahren beseitigt werden. Energische Inflationsbekämpfung hat die deutsche Volkswirtschaft dem Ziel der Geldwertstabilität nahe gebracht. Die Geldpolitik fand dabei die Unterstützung der Finanzpolitik und der Lohnpolitik. Das schwere außenwirtschaftliche Ungleichgewicht der frühen achtziger Jahre ist überwunden. Bemerkenswert ist auch, daß die konsequent auf diese Ziele gerichteten Anstrengungen nicht verhindert haben, daß eine wirtschaftliche Erholung in Gang kam. Obwohl sie in letzter Zeit vor allem außenwirtschaftlich begünstigt ist, kann man diese Erholung durchaus als ein Indiz dafür nehmen, daß die belebenden Rückwirkungen der stabilisierungspolitischen Erfolge alsbald die Oberhand gewannen gegenüber den unvermeidlich dämpfenden Einflüssen, die sich aus einem rasch fortschreitenden Entzug konjunkturstützender staatlicher Ausgabenimpulse nun einmal ergeben.

Noch unbefriedigend ist: Obwohl deutlich belebt, bleibt die Investitionstätigkeit auch im zweiten Jahr der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung noch weit hinter dem zurück, was für eine — allmähliche — Rückkehr zu einem angemessenen wirtschaftlichen Wachstum erforderlich erscheint. Die Ausweitung von Produktion und Beschäftigung stößt zwar in den weitaus meisten Bereichen nicht schon an Kapazitätsgrenzen des Produktionsapparates. Hier käme es darauf an, die Kapazitätsgrenzen frühzeitig hinauszuschieben, damit die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung sich nicht schon alsbald an ihnen bricht oder aus stabilitätspolitischen Rücksichten gebremst werden muß. Im ganzen muß man feststellen, daß das Ziel eines angemessenen wirtschaftlichen Wachstums — das Wachstum gemessen an der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten statt am tatsächlichen Zuwachs des Sozialprodukts — nicht nur verletzt ist, sondern auch für die Zukunft gefährdet erscheint.

Bedrückend ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, und die Sorge bleibt, diese werde sich auch in den kommenden Jahren nicht entscheidend verringern. Aufgrund der Entwicklung der Jahre 1983 und 1984 sowie der Vorausschau auf das Jahr 1985 sollte solche Sorge freilich nicht entstehen. Dies sind Jahre der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung, und es entspricht dem typischen konjunkturellen Ab-

laufmuster, daß Beschäftigung und Arbeitslosigkeit erst stark verzögert eine Verbesserung aufweisen. Auch während der letzten etwa fünfjährigen wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung — Mitte 1975 bis Mitte 1980 — sank die Beschäftigung zunächst noch, erst 1977 kam es zu einer deutlichen Umkehr, und bis zum Beginn der neuen wirtschaftlichen Stockung kamen dann doch fast eine Million Erwerbstätige zu neuem Verdienst. Die Lage ist heute allerdings wesentlich ernster, ganz abgesehen davon, daß auch von 1975 bis 1980 die Anzahl der Arbeitslosen nur um 200 000 abnahm.

46\*. Gegen die zunehmende Gewöhnung an hohe Arbeitslosigkeit ist anzugehen, die sich auch und gerade dann verfestigen kann, wenn es wirtschaftlich aufwärts geht, der Fortschritt beim Beschäftigungsziel aber gering bleibt. Niemand hat Vorteile aus hoher Arbeitslosigkeit. Über der Erinnerung an die ungunstigen Nebenfolgen einer Zeit anhaltender Übernachfrage am Arbeitsmarkt wird leicht vergessen, welchen Gewinn die Zeit eines hohen Beschäftigungsstandes gebracht hat, weit über das Wirtschaftliche hinaus, Gewinn an Unabhängigkeit der Menschen, an Überwindung von Existenzangst, an Ansehen und Würde der Arbeitnehmer in den wirtschaftlichen Beziehungen, an Zustimmung zu der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung, in der wir leben. Der Sachverständigenrat hat in einem früheren Gutachten einmal davon gesprochen, daß die Gesellschaft den Test ihrer Reife auf einen späteren Zeitpunkt verschiebt, wenn sie sich nicht zutraut, das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes wirklich ernst zu nehmen, etwa weil es auch Probleme gibt, mit denen ohne hohen Beschäftigungsstand leichter fertig zu werden ist (JG 87 Ziffer 257). Er sieht auch unter stark erschwerten Bedingungen seinen Auftrag weiterhin darin, solcher Einstellung entgegenzuwirken.

#### Was die Wirtschaftspolitik vermag (Ziffern 288 ff.)

##### Gegen Illusionen

47\*. Es gibt viele Versuche der Erklärung für die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und viele Vorstellungen für eine Therapie, aber keine Therapie, die zugleich in kurzer Frist und dauerhaft das Problem zu lösen versprechen könnte. Die Erfahrung hat gelehrt, und nicht nur in der Bundesrepublik: Sind Beschäftigungsprobleme nicht rein konjunkturellen Ursprungs, also ihrer Natur nach vorübergehend, so hat die Nutzung von Möglichkeiten, sie kurzfristig zu bekämpfen, allemal Nebenfolgen bei den anderen Zielen, die es früher oder später — eher früher — nötig machen, sich zu einem Kurswechsel zu entschließen, was oftmals bedingt, eine Stabilisierungskrise in Kauf nehmen zu müssen. Die engen internationalen wirtschaftlichen Zusammenhänge haben diese Zwangsläufigkeit noch verschärft.

Unausweichlich war der Wechsel in der Bundesrepublik von der Expansionspolitik der späten siebziger

ger zur Stabilisierungsanstrengung und Konsolidierungspolitik der letzten Jahre. Es wäre falsch, die bis zum Frühjahr 1980 günstige konjunkturelle Entwicklung als Beleg zu nehmen für die wohltätigen Wirkungen staatlicher Nachfrageimpulse. Dies wäre zu kurz gedacht. Ganz abgesehen davon, daß der Beginn der hartnäckigen wirtschaftlichen Stokung, die im Frühsommer 1980 einsetzte, der Wende in der Finanzpolitik vorausging, war die Fortsetzung des wirtschaftspolitischen Kurses der späten siebziger Jahre einfach nicht möglich, weil sich dessen Folgen im außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht, im Verfall des Wechselkurses, verbunden mit verstärkten inflatorischen Impulsen von außen, sowie in der zunehmenden Verschlechterung der Staatsfinanzen zeigten.

48\*. Vor diesem Hintergrund ist der Schwenk in der konzeptionellen wirtschaftspolitischen Orientierung, weg von der Nachfragepolitik hin zur Angebotspolitik, jedenfalls was den Schwerpunkt angeht, in der Bundesrepublik wie in anderen Ländern begründet gewesen.

Angebotspolitik zielt auf eine dauerhafte Verbesserung der Bedingungen, unter denen der einzelne in der privaten Wirtschaft seine Erwerbchancen sucht und wahrnimmt. Eine Illusion wäre es freilich, von der Angebotspolitik zu erwarten, daß sie zugleich dauerhaft und kurzfristig das zuwege bringen könnte, was die Nachfragepolitik zwar gelegentlich kurzfristig, aber nie dauerhaft geschafft hat. Und bloßer Ausdruck einer enttäuschten Illusion wäre es, wollte man schon heute feststellen, daß angesichts der fortdauernden Beschäftigungsprobleme auch die neue Ausrichtung der Wirtschaftspolitik als gescheitert gelten müsse. Wirtschaftliche Verhaltensweisen ändern sich nur allmählich. Wichtige gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, in die es hineinzuwirken, ja die es zu nutzen gilt, sind längerfristiger Natur. Und das Ausmaß der zu bewirkenden Veränderungen ist beträchtlich; der Bedarf an nachzuholendem Strukturwandel ist groß. So verständlich Ungeduld sein mag, sie ist kein guter Ratgeber. Mit den inzwischen erreichten Erfolgen der Geldwertstabilisierung und Haushaltskonsolidierung vor allem den Spielraum für die Anwendung der alten nachfragepolitischen Konzepte erneuert zu sehen, hieße der Ratio der neuen Wirtschaftspolitik genau entgegenhandeln und deren dauerhaft positive Wirkungen untergraben.

49\*. Die Einsicht, daß es gesamtwirtschaftliche Probleme gibt, die nicht auf der Nachfrageseite wurzeln, für die es aber auch keine befriedigend rasche Selbstheilung im Marktsystem gibt, wenn der Staat nichts tut, sollte allen gemeinsam sein können. Daß die Unsicherheit allen Wirtschaftens eine fundamentale — negative — Angebotsbedingung darstellt, ist eine Vorstellung, die mit am Anfang des auf J. M. Keynes zurückgehenden nationalökonomischen Denkens stand. Daß die gesamtwirtschaftlichen Probleme, die daraus erwachsen können, dann gleichwohl lange Zeit ausschließlich als Probleme der Nachfrageseite der Volkswirtschaft — und der Nachfragesteuerung — angese-

hen wurden, war nicht zwingend. Der Streit darüber, ob es ein Irrtum war, brauchte jedoch heute die Vertreter unterschiedlicher wirtschaftstheoretischer oder wirtschaftspolitischer Grundvorstellungen nicht mehr zu trennen. Das gilt im besonderen für die Frage der Notwendigkeit staatlicher Bemühungen, die Angebotsbedingungen zu verbessern, die Notwendigkeit des beharrlichen Strebens, alle nicht unbedingt nötigen Hindernisse möglicherweise lohnender Produktion zu beseitigen oder zu verkleinern. Was etwa der eine an Angebotspolitik schon aus prinzipiellen Gründen für nötig, im übrigen aber auch deshalb für hilfreich halten mag, weil er die Flexibilität der Löhne gegenüber dem, was beschäftigungspolitisch nötig und auch hinreichend wäre, für beklagenswert gering hält, mag zugleich der andere deshalb verlangen, weil er die Probleme der gesamtwirtschaftlichen Unsicherheit, die mit dem Investieren verbunden sind, prinzipiell nicht für kompensierbar hält durch Flexibilität der Löhne. Jedenfalls wäre es falsch, das angebotstheoretische Denken, wie es oft geschieht, als ausschließlich einer bestimmten nationalökonomischen Denktradition verhaftet anzusehen.

Der Sachverständigenrat hat bei allem beharrlichen Drängen auf eine zurückhaltende Lohnpolitik deren beschäftigungspolitische Möglichkeiten nie für hinreichend gehalten, alle gesamtwirtschaftlichen Koordinationsprobleme abzufangen. Er hat die Probleme der Unsicherheit beim Investieren, das Problem eines ausreichenden Angebots an privater Risikobereitschaft, den Bedarf an staatlicher Förderung solcher Bereitschaft, aber auch den Bedarf an erhöhter eigener Beteiligung des Staates — bei der Besteuerung — an den Investitionsrisiken von Anfang an mit ins Zentrum seines angebotspolitischen Konzepts gerückt.

50\*. Als Konsequenz illusionsloser Analyse der Lage gilt weithin das Drängen auf Arbeitszeitverkürzung aus beschäftigungspolitischen Gründen. Erneut ist darauf zu verweisen, wie groß die Gefahr ist, daß auch dieser Weg voller Illusionen beschritten wird. Der Sachverständigenrat hat sich mit diesen Fragen im letzten Jahresgutachten ausführlich befaßt (JG 83 Ziffer 365 und Ziffern 432 ff.). Kollektiv festgelegte Arbeitszeitverkürzungen haben, auch wenn man darauf achtet, daß sie nicht zu einer Erhöhung der Lohnkosten führen, nur einen geringen positiven Einfluß auf die Anzahl der Beschäftigten, zumal allgemeine Arbeitszeitverkürzungen. Hoch ist in diesem Falle der Preis, der dafür zu entrichten ist (und der zugleich seinerseits den erhofften Beschäftigungseffekt klein hält).

Auch bei dem Arbeitskampf dieses Jahres ist aber fraglich geblieben, ob der Preis voll ins Kalkül eingegangen ist. Vor allem, daß man mit Arbeitszeitverkürzung entweder die Kosten erhöht oder auf Einkommen und Nachfrage verzichten muß — eine Alternative, bei der man das eine wie das andere zu fürchten hat —, wird anscheinend erst im nachhinein voll bewußt. Wenn trotzdem das Urteil über die Ergebnisse des Arbeitskampfes nicht schlechthin negativ sein darf, so wegen der möglicherweise erheblichen positiven Bedeutung, die der Öffnung des

Weges zu mehr Flexibilität der Arbeitszeit zu kommt.

Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Dieter Mertens, vertritt zu der Frage nach der Wirkung der tariflichen Vereinbarungen über die Arbeitszeit ein anders akzentuiertes Urteil. Dieses Mitglied ist der Meinung, daß die vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen eine nennenswerte positive Bedeutung für die Beschäftigung haben. Unter Berücksichtigung weiterer Aspekte verdienen auch die in diesem Jahr getroffenen arbeitszeitpolitischen Vereinbarungen ein besseres Urteil (Ziffer 369).

#### Gegen Resignation

51\*. Wir haben uns den Handlungsmöglichkeiten zuzuwenden. Auch wer eine Senkung des Kostenniveaus in der Volkswirtschaft nicht als eine hinreichende Bedingung für einen hohen Beschäftigungsstand ansieht, braucht nicht zu bezweifeln, daß sie sehr wichtig ist. Hauptmöglichkeit für Kostensenkungen ist die Steigerung der Ergiebigkeit menschlicher Arbeit, die Steigerung der Produktivität. Nicht zu vernachlässigen ist daneben die Möglichkeit einer Senkung der Kosten der Staatstätigkeit einschließlich der Kosten der Beschaffung der Mittel hierfür durch öffentliche Abgabenregelungen.

Die Eindämmung der Kosten der Staatstätigkeit — eine Daueraufgabe im Sinne ständiger Revision der Staatsfinanzen — ist derzeit Teil der auf Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der auf Neuordnung der steuerlichen Regelungen gerichteten Bemühungen. Kostensenkung kann freilich auch heißen, bestimmte öffentliche Ausgaben zu erhöhen, dann nämlich, wenn diese für den Bürger mehr wert sind als sie kosten. Und sie kann — neben einer Steuersenkung im Gefolge einer Ausgabensenkung — weiter heißen, bestimmte Steuern durch andere zu ersetzen, dann nämlich, wenn die für Produktion und Beschäftigung schädlichen Rückwirkungen bei der einen Steuer größer sind als bei der anderen.

Aber alle solche Kostensenkungen bringen wenig oder nichts für die Lösung des Beschäftigungsproblems, wenn sie vollständig durch die Steigerung der Ansprüche an den Arbeitsertrag aufgezehrt werden. Von daher bleibt die Frage der Lohnhöhe mit im Zentrum aller beschäftigungspolitischen Überlegungen.

52\*. Kostenniveauneutrale beziehungsweise beschäftigungsneutrale Lohnpolitik treiben heißt die Lohndaten im vorhinein so setzen, daß es nicht vermehrter Preissteigerungen oder aber — bei einer auf Geldwertstabilität bedachten Notenbank — einer Verminderung der Produktion und Beschäftigung bedarf, um die Reallöhne passend zu den Marktbedingungen zu machen. Zurückhaltende Lohnpolitik heißt, hinter solchen neutralen Lohnsteigerungen zurückbleiben, um mehr Produktion und Beschäftigung rentabel werden zu lassen. Sie ist also allemal auf eine geringe Steigerung der Reallöhne eingestellt, unter Umständen auch auf die

Möglichkeit, daß die Reallöhne nicht steigen, in schwierigen Situationen sogar darauf, daß sie sinken. Das heißt nicht, daß der Anstieg der Reallöhne im nachhinein tatsächlich gering ausfallen wird. Die Preisentwicklung, die im Wettbewerb bestimmt wird, kann so günstig sein, daß das von der Lohnpolitik gemachte Angebot einer nur bescheidenen Reallohnsteigerung vom Markt nicht angenommen wird. Daß der Wettbewerb trotz der Vermachtung etlicher Märkte nach wie vor stark genug ist, dies hervorbringen, belegen die Erfahrungen der beiden vergangenen Jahre. Der vom Geldangebot her gegebene Finanzierungsspielraum kann dann stärker zur Finanzierung einer realen Expansion genutzt werden statt zur Finanzierung von Preissteigerungen.

Entgegentreten ist daher abermals dem Mißverständnis, daß zurückhaltende Lohnpolitik ihrem Wesen nach vor allem darauf abziele, eine auf Dauer angelegte Umverteilung von den Lohneinkommen zu den Gewinneinkommen zustande zu bringen. Das trifft nicht zu, jedenfalls nicht in dieser Allgemeinheit. Über die Höhe der Gewinne, zumal der dauerhaften, wird im Wettbewerb entschieden. Lohnpolitik bei Unterbeschäftigung soll darauf abzielen, daß mehr Unternehmen, mehr Betriebe, mehr Betriebsabteilungen erwarten, mit mehr oder neuer Produktion auf ihre Kosten zu kommen.

53\*. Von den für die kommenden Jahre anstehenden Aufgaben, die für den wirtschaftlichen Weg der Bundesrepublik große Bedeutung haben werden, halten wir die Neuregelungen der Steuern, die die Bürger zu zahlen haben, für besonders wichtig. Die Grenzbesteuerung der Einkommen und im besonderen die Steuern, die auf Investitionen lasten, deutlich zu senken, kann eine beschäftigungspolitisch entscheidende Tat sein. Diese Reform soll die Kosten privater Wirtschaftstätigkeit senken, die Anreize für die Anstrengungen des einzelnen kräftigen, die Anreize für den Weg in die Schattenwirtschaft herabsetzen, privatwirtschaftliche Risiken verringern, die Risikobeteiligung des Staates erhöhen.

54\*. Die ökonomische Antwort auf einen großen Teil der ökologischen Sorgen ist nicht so schwer, wie immer wieder angenommen wird. So sicher ist, daß ein am privaten Nutzen und Gewinn orientiertes Verhalten die Umwelt zu gefährden droht, wenn für eine Schädigung kein Preis zu zahlen ist, so sicher kann man das private Interesse an Nutzen und Gewinn als Anreiz verwenden, eine solche Gefährdung zu vermeiden. Wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz sind nicht im Widerspruch zueinander. Noch weniger gilt dies für Umweltschutz und hohen Beschäftigungsstand. Das Gegenteil kann richtig sein. Allerdings kommt alles auf die Bedingungen an. Wir haben diesen Fragen einen eigenen Abschnitt gewidmet (Ziffern 400 ff.).

55\*. Der Fall einer Neunachfrage nach Gütern des Umweltschutzes ist ein gutes Beispiel für die günstigen Beschäftigungswirkungen des Auftretens aller neuen (arbeitsteilig hergestellten) Güter. Soweit

diese — anders als die Verbesserungen des Umweltschutzes — marktfähige Güter sind, gibt es dabei außerdem den Vorteil, daß die Erhöhung des Beschäftigungsstandes keine Einbußen beim privat verfügbaren Realeinkommen voraussetzt.

56\*. Denkt man über die nationalen Grenzen hinweg, so hat man sofort die riesigen Vorteile einer Öffnung der Märkte vor sich. Denn was in einer geschlossenen Volkswirtschaft das Auftreten prinzipiell neuer Güter ist, das ist in einem System offener Volkswirtschaften das Neuauftreten von Gütern im wechselseitigen Handel. Mit dem Warenstrom in beiden Richtungen steigen in den beteiligten Ländern Produktion und Beschäftigung. Die weitere Öffnung der Märkte in Europa und der weltweite Abbau des Protektionismus sind daher nicht Randaufgaben der Wirtschaftspolitik, sie sind zentraler Bestandteil unserer beschäftigungspolitischen Möglichkeiten und das A und O aller internationalen Koordinationsaufgaben.

57\*. Senkung des Kostenniveaus durch Produktivitätssteigerungen sowie durch Senkung der Kosten der Staatstätigkeit und der Steuern, Nutzung neuer Güter, Nutzung der Vorteile des freien internationalen Güterausstauschs — diese drei bilden den Königsweg zu mehr Wohlstand und unter den gegenwärtigen Bedingungen zugleich den Königsweg zu mehr Beschäftigung.

**Die große Chance der kommenden Jahre:  
Mehr Expansion bei Stabilität  
(Ziffern 323 ff.)**

58\*. Die verbesserten Ausgangsbedingungen, die fortbestehenden Belastungsfaktoren und Risiken sowie die Handlungsmöglichkeiten und Verlaufsvorstellungen sind zusammenzufügen mit dem Ziel, erkennbar zu machen, daß und wie unter der Bedingung eines günstigen Zusammenspiels aller Beteiligten eine befriedigende gesamtwirtschaftliche Entwicklung, und nunmehr vor allem auch eine befriedigendere Beschäftigungsentwicklung, zustande kommen kann.

59\*. Basis der Zuversicht, daß es in den kommenden Jahren gelingen kann, auch beim Beschäftigungsziel voranzukommen, ist die Diagnose, daß die Voraussetzungen für eine langgezogene wirtschaftliche Aufwärtsbewegung mit durchgängig positiven, wenn auch nicht Jahr für Jahr gleich großen Wachstumsraten stark verbessert sind

- durch den Erfolg bei der Eindämmung der Inflation,
- durch die Erfolge bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen mit der Möglichkeit einer baldigen deutlichen Senkung der Steuerlast,
- durch die weitgehend inflationsfreie Verarbeitung einer realen Abwertung der D-Mark.

Diese gute Basis bietet eine Chance. Die Chance muß erst noch genutzt werden. Sie heißt: mehr Ex-

pansion bei Stabilität, dauerhaft wegen Stabilität. Sie ist in erster Linie zu nutzen durch die Wirtschaft, sie ist aber auch eine Chance für die Wirtschaftspolitik.

60\*. Zu guter Wirtschaftspolitik ist man gewiß auch gerade durch die Vereinigten Staaten, durch ihre Wirtschaftspolitik und ihre kraftvolle wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung herausgefordert, von dem alle anderen Länder beschämenden Erfolg in der Beschäftigungsentwicklung ganz zu schweigen. Doch Herausforderung kann nicht ohne Einschränkung heißen Aufforderung zum Nachmachen.

Positiv aufzunehmen ist allemal der Teil der amerikanischen Herausforderung, der in der Verbesserung der Wachstumsbedingungen liegt. Der schlechtere Teil — das riesige Staatsdefizit und in dessen Gefolge ein riesiges Leistungsbilanzdefizit — hat zwar den amerikanischen Gesamterfolg bisher nicht verhindert, möglicherweise sogar begünstigt. Vermutlich könnte sich aber kein anderes Land eine solche Vorstellung leisten, ohne an den internationalen Kapitalmärkten sanktioniert zu werden. Auch alle zusammen könnten nicht den gleichen Weg gehen. Es gehört zum berechtigten Teil der verbreiteten Klagen über die Vereinigten Staaten, daß sie, obwohl Führungsmacht, eine Wirtschaftspolitik treiben, die wegen ihrer Defizitfolgen bei den Staatshaushalten nicht verallgemeinerungsfähig ist.

Nimmt man alles zusammen und vernachlässigt über der Faszination des Gegenwärtigen nicht die Gefahren solcher strukturellen Verspannungen, so erscheint die Konstitution der deutschen Volkswirtschaft heute nicht schlechter als die der amerikanischen. Deren Zukunft ist mit den ungelösten Problemen der öffentlichen Haushalte und der Leistungsbilanz vorbelastet. Sie hat aber den Durchbruch zu neuer Wachstumsdynamik geschafft. Die deutsche Wirtschaftspolitik hingegen ist in den vergangenen Jahren vor allem den Weg der Solidität gegangen. Sie hat damit die Vergangenheit aufgeräumt und eine bessere Zukunft vorbereitet, hat diese Zukunft aber noch nicht gewonnen.

61\*. Es gilt zusammenzuhalten, was von der Wirtschaftspolitik für 1985 und danach im Rahmen einer Strategie für mehr und dauerhafte Expansion bei Stabilität zu wünschen ist.

— Die Geldpolitik mit ihrem zwar nicht unmittelbar meßbaren, aber machtvollen Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sollte den 1984 erreichten Kurs der Neutralität beibehalten. Das darf jetzt bedeuten: Die Geldmengenausweitung wird nicht weiter verlangsamt. Der Wirtschaft wird angekündigt, daß dies der Kurs für mehrere Jahre sein soll, solange die inflationsträchtigen gesamtwirtschaftlichen Widersprüche in Staat und Wirtschaft nicht wieder zunehmen und dadurch den für mehr Investitionen, Produktion und Beschäftigung erweiterten monetären Spielraum erneut verengen, bevor er dafür genutzt ist, wofür er gedacht ist.

- Die Finanzpolitik steht nach der Sanierung der Staatsfinanzen vor größeren Reformaufgaben. Sie sollte den Pfad einer Expansion der öffentlichen Ausgaben, die deutlich schwächer ist, als das Sozialprodukt in den mittelfristigen Plandaten zunimmt, weiterverfolgen. Sie sollte das Ziel der Konsolidierungspolitik näher bestimmen, indem sie angibt, ob künftig auch im Falle des konjunkturellen Gleichgewichts ein gewisser Teil der Staatsausgaben durch Kredite finanziert werden soll und gegebenenfalls ein wie großer Teil. Solche Entscheidungen, ergänzt um eine Vorstellung über das im weiteren anzustrebende Tempo der Annäherung an das Endziel der Konsolidierungspolitik, umreißen den Spielraum der Steuersenkungen, die das Konsolidierungsziel nicht gefährden und keine — möglicherweise unerwünschten — konjunkturellen Impulse in sich tragen.
- Die Lohnpolitik mit ihrem entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung von Kosten, Gewinnen und Gewinnerwartungen sollte ihren Kurs mäßiger Nominallohnsteigerungen, den sie in den vergangenen Jahren gefunden hat, fortsetzen. In der Arbeitszeitpolitik sollten die Tarifvertragsparteien den Weg zu einer größeren Flexibilisierung der Arbeitszeit ausbauen. Mehr Phantasie ist nötig, neue Wege zu konsensfähigen Formen einer größeren Lohndifferenzierung zu finden. Die Lohnpolitik würde damit ihren Teil beitragen, den von der Geldpolitik zu schaffenden monetären Spielraum möglichst stark für mehr Produktion und Beschäftigung zu nutzen.
- Die Außenwirtschaftspolitik muß mit unverminderter Energie internationalen Neigungen zum Protektionismus entgegenzutreten, ja, sie darf sich weder durch entgegenstehende inländische Interessen noch durch die weltweiten Rückschläge davon abhalten lassen, auf eine große, auf Liberalisierung gerichtete internationale Anstrengung zu dringen. Mehr internationale Arbeitsteilung bedeutet mehr Beschäftigung für alle, nicht weniger. Ohne sie wird es eine ausreichend starke Wachstumsdynamik nicht geben.
- Die Strukturpolitik sollte energischer werden in der Bekämpfung von Steuerungsfehlern im Marktsystem: in der Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen, Regulationen und Marktzugangsbeschränkungen, die einen dynamischen Wettbewerb behindern oder gar ausschließen, im Abbau von Subventionen, die zwar gezielt an einer Reihe von Stellen die Kosten senken, sie aber gesamtwirtschaftlich erhöhen und vor allem das Wettbewerbsfähige, das Zukunftsträchtige zugunsten des nicht mehr Wettbewerbsfähigen diskriminieren und oftmals ebenfalls krank werden lassen. Sie sollte helfen, den Umweltschutz beschäftigungspolitisch zur Chance statt zur Last werden zu lassen.
- Die Arbeitsmarktpolitik hat trotz ihrer im allgemeinen nur flankierenden Rolle in der Beschäftigungspolitik eine Aufgabe von zunächst weiter wachsender Bedeutung. Sie soll das Mög-

liche tun, die Situation und die Alternativen derer zu verbessern, die sonst im Wettbewerb mit anderen auch in den kommenden Jahren vom Arbeitsmarkt eine faire Erwerbchance nicht geboten bekommen.

62\*. Bei einer solchen Aufgabenteilung, verlässlich befolgt, kommen die einzelnen Politikbereiche nicht in Konflikt miteinander. Im Gegenteil, sie unterstützen sich gegenseitig, und nirgendwo muß befürchtet werden, die Aktion des anderen zerstöre die Erfolgserwartung, die sich mit dem eigenen Handeln verbindet. Alle zusammen sind sie auf die Chancen für einen höheren Beschäftigungsstand ausgerichtet. Die Notenbank stellt genügend Geld zur Verfügung, den Weg dahin bei Wahrung der Geldwertstabilität zu finanzieren. Die Lohnpolitik sorgt von der Kostenseite her dafür, daß das Angestrebte realisiert werden kann. Die Konsolidierungspolitik verweist die Kapitalanleger auf die privaten Investitionen. Die Steuerpolitik verstärkt die Anreize für die Investoren und alle anderen, die gebotenen Möglichkeiten auch zu nutzen. Auch die Gemeinden werden so gestellt, daß sie einen größeren Anreiz haben, sich am dynamischen Wettbewerb zu beteiligen. Der Abbau von Subventionen, unnötigen Regulierungen und sonstigen Wettbewerbsverzerrungen und Marktzugangsbeschränkungen beseitigt weitere Anreizstörungen, und zusammen mit einer Handelspolitik, die die Märkte offen hält oder weiter öffnet, zwingt er diejenigen, die wettbewerbsfähig sein können, zu äußersten Anstrengungen, gibt ihnen aber auch Aussicht auf Erfolg, weil nicht länger Erfolglose und Erfolgreiche gleich gut — genauer: gleich schlecht — gestellt werden. Die gesellschaftliche Entscheidung für mehr Umweltschutz, soweit durch die Bereitschaft aller gedeckt, die Kosten zu tragen, vermehrt die Menge an neuen Gütern, deren Produktion lohnend wird. Neuen Unternehmen, neuen Gütern und Produktionsverfahren wird zudem — weil das private Risiko hier größer ist als das gesamtwirtschaftliche — eine Starthilfe geboten im Rahmen der Förderung von Existenzgründungen und der Förderung von Forschung und Entwicklung, möglichst diskriminierungsfrei. Und nicht zuletzt: Die Sicherung eines scharfen Wettbewerbs, am wirksamsten durch robuste Liberalisierung im Außenhandel, sorgt nicht nur für Effizienz, sondern auch für ein erträgliches Verteilungsergebnis. Mehr sollte von der Wirtschaftspolitik nicht verlangt werden, aber auch nicht weniger.

63\*. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Dieter Mertens, vertritt wegen beschäftigungspolitischer Bedenken zu wichtigen Grundzügen des wirtschaftspolitischen Gesamturteils eine andere Auffassung. Dieses Mitglied begegnet der Vorstellung mit Skepsis, nach der mit Vorrang die angebotspolitischen Bedingungen der Wirtschaft weiter verbessert werden sollen — wichtige Bestandteile dieser Strategie sind eine weitere Senkung der Staatsquote und die wachstumsorientierte Begünstigung der Unternehmensgewinne durch eine zurückhaltende Lohnpolitik und durch steuerliche Entlastungen —

- weil diese Konzeption der Herausforderung durch die Massenarbeitslosigkeit nicht gerecht wird, und
- weil, nach Jahren der Verbesserung angebotspolitischer Bedingungen der Wirtschaft, diese Strategie solche beschäftigungspolitischen Erfolge nicht erbracht hat, daß man sich weiterhin auf die Fortsetzung dieser Linie verlassen darf. Die Arbeitslosigkeit hat sich trotz günstiger Entwicklungstendenzen der Wirtschaft noch bis in das Jahr 1984 hinein erhöht, und niemand erwartet unter den gegebenen wirtschaftspolitischen Perspektiven auf absehbare Zeit eine durchgreifende Besserung.

Dieses Mitglied des Rates zieht deswegen das Resümee daß die Wahrscheinlichkeit für den arbeitsmarktpolitischen Ertrag, den man zum Preis der verteilungspolitischen Folgen der vorgeschlagenen Linie erwarten könnte, nicht groß genug ist, als daß man dieser Linie vorbehaltlos zustimmen dürfte. Dies gilt um so mehr, je weniger nachfragepolitischen und arbeitszeitpolitischen Anstrengungen eine zumindest ergänzende Rolle zugebilligt wird, damit die Arbeitslosigkeit alsbald wieder auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden kann. Das Mitglied ist der Meinung, daß angebotspolitische Theorien nach Jahren wirtschaftspolitischer Umsetzung neu überdacht werden müssen (Ziffern 339 ff.).

#### Geldpolitik (Ziffern 357 ff.)

**64\*.** Gestellt ist die Frage, wie es mit der Geldpolitik 1985 und danach weitergehen soll.

Sonderprobleme wirft das Jahr 1985 aus heutiger Sicht nicht auf. Die Aussichten für eine weiterhin nur geringe Aufwärtsbewegung der Preise sind gut, wenn auch nicht ausgemacht ist, daß die Teuerung bei den Einfuhr Gütern, die mit der realen Abwertung der D-Mark zusammenhängt, bei zunehmender Konjunkturbelebung nicht doch noch stärker auf das Preisniveau durchschlägt; denn dann würden dämpfende Inlandseinflüsse schwächer werden. Nur bei einer kräftigen Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar, mit der voraussichtlich auch eine Stärkung der D-Mark im Europäischen Währungssystem einherginge, entfielen diese noch verbliebene Sorge. Weiter gehört zu unseren Erwartungen, daß der für Teilbereiche der Wirtschaft durch Tarifverträge über Lohnerhöhungen und Verkürzungen der Arbeitszeit schon fest programmierte verstärkte Kostenauftrieb in seinen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen eng begrenzt bleibt.

**65\*.** Trotz solcher Unsicherheit meinen wir, daß für die Geldpolitik des Jahres 1985 und danach nun die Bewahrung des Erreichten im Vordergrund steht gegenüber der Aufgabe, eine weitere Senkung der Geldentwertungsrates zu erzwingen. Mit dem Erreichten ist nicht nur die jetzt niedrige Inflationsrate gemeint, sondern vor allem der Abbau der inflationären Verspannungen im ganzen. Auch ein

Anstieg des Niveaus der Verbraucherpreise um nur 1½ bis 2 vH ist freilich noch nicht Geldwertstabilität, ist immer noch mehr, als mit Unvollkommenheiten der Preisstatistik bei der Berücksichtigung von Qualitätsänderungen der statistisch erfaßten Güter erklärt sein mag, zumal es nicht nur Verbesserungen, sondern auch Verschlechterungen der Qualität zu berücksichtigen gilt. Aber der Abstand zum eigentlichen Ziel ist wohl nicht mehr so groß, daß, berücksichtigt man die konjunkturelle Aufwärtsbewegung, in der wir uns befinden, die Notenbank das Mittel einer Verlangsamung der Geldmengen ausweitung, mit dem sie den Prozeß der Stabilisierung des Geldwertes angeführt hat, weiter anwenden müßte.

**66\*.** Mit der Überwindung der Inflation würde im Konzept der am Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten orientierten Geldmengensteuerung das Element eines Zuschlags wegen eines vorläufig für unvermeidlich zu haltenden weiteren Anstiegs des Preisniveaus entfallen. Dieses Element ist der Idee einer stetigen Ausweitung des Geldangebots immer fremd gewesen. Es war jedoch so unvermeidlich wie die „unvermeidlichen“ Preissteigerungen, da Inflationsgewöhnung nur allmählich überwunden werden kann. Jetzt ist die Brauchbarkeit dieses vom Sachverständigenrat selbst in die Diskussion eingeführten Konstrukts jedoch an ihrer Grenze angelangt.

**67\*.** Wir schlagen statt dessen vor, der Wirtschaft und dem Staat anzukündigen, die Bundesbank werde auf eine „mittelfristig normale“ Geldmengen ausweitung bedacht sein. Als eine mittelfristig normale Zunahme des Angebots an Zentralbankgeld sehen wir derzeit einen jährlichen Zuwachs der bereinigten Zentralbankgeldmenge von 4½ vH, allenfalls 5 vH an. Die Ankündigung sollte für mehrere Jahre gemeint sein. Sie brauchte nicht mehr als die mit dem Konzept einer stetigen Geldpolitik zu vereinbarenden Vorbehalte für den Fall gravierender Störungen von außen oder von innen einzuschließen.

Eine Jahresrate von 4½ vH bis 5 vH für die mittelfristige Ausweitung des Angebots an Zentralbankgeld halten wir für angemessen, aber auch für ausreichend, weil die Geldversorgung einem mittelfristigen Zuwachs des Sozialprodukts (in jeweiligen Preisen) von jährlich etwa 4½ vH Raum geben sollte. Es wäre an der Wirtschaft — den Unternehmen zusammen mit den Gewerkschaften, aber auch dem Staat —, den zusätzlichen monetären Spielraum möglichst stark für eine Steigerung der Produktion und möglichst wenig für Preissteigerungen zu nutzen. Die Geldmengenexpansion wäre auf 5 vH anzusetzen, wenn man sich der — nach wie vor nicht ganz sicheren — Vorstellung anschließt, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes dem Trend nach leicht sinkt.

Eine Geldmengenexpansion von 4½ bis 5 vH im Jahre 1985 würde einen Zuwachs des nominalen Sozialprodukts, der nennenswert mehr ausmachte als 4½ vH, nicht behindern. Die Geldversorgung ist schon heute reichlich genug, auch eine größere Pro-

duktion als die gegenwärtige geldseitig zu alimentieren; die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, mag sie auch im Trend sinken, könnte konjunkturrell noch deutlich steigen.

Die Bundesbank hat schon im vergangenen Jahr mit ihrer Zielvorgabe auch die Vorstellung einer Annäherung an eine mittelfristig normale Geldmengenausweitung verbunden. Diese Vorstellung sollte nun bekräftigt werden und die bisherige Darlegung zum Geldmengenziel nicht nur ergänzen, sondern ersetzen.

**68\*** Ein Problem bilden die starken Wechselkursbewegungen der vergangenen Jahre, besonders die beim Dollarkurs der D-Mark. Diese waren von Schwankungen im internationalen Kapitalverkehr bestimmt, nicht von Änderungen in den Bedingungen für den internationalen Handel. Nimmt man die Veränderungen im Inflationsgefälle sowie im Konjunkturgefälle zwischen Amerika und der Bundesrepublik zusammen, so hätten dazu jedenfalls keine Wechselkursänderungen gepaßt, wie wir sie erlebt haben, zumal wenn wir vom Kapitalverkehr zunächst einmal erwarten, daß er akute Spannungen, die vom Leistungsverkehr her kommen mögen, intertemporal auflöst und insoweit glättend auf die Wechselkursentwicklung einwirkt. Dies war jedoch nicht die Rolle des Kapitalverkehrs in den letzten Jahren.

Es ist durchaus in Ordnung, daß vom Kapitalverkehr her auch autonom Wechselkursbewegungen erzeugt werden, insoweit nämlich, als diese geldpolitisch bewirkten Zinsunterschieden zwischen den Währungsräumen entsprechen. Es ist ebenso in Ordnung, daß der Kapitalverkehr autonom Wechselkursveränderungen erzeugt, auch kräftige, insoweit die Kapitalströme für längerfristig zu haltenden Unterschieden in der Rendite von Vermögensanlagen folgen und zum Ausgleich solcher Unterschiede ein größerer Realtransfer (Exportüberschüsse oder Importüberschüsse) nötig ist. Hingegen ist es nicht in Ordnung, daß desorientierte Kapitalanleger mit ihren Anlageentscheidungen Wechselkurse erzeugen, die nur sie selbst — in ihrer Desorientiertheit — noch angemessen beziehungsweise akzeptabel finden, die aber zugleich Daten setzen für den Handelsverkehr, mit dem die Desorientiertheit der Kapitalanleger voll auf Exporteure und Importeure durchwirkt, sei es mit der Folge unstetiger Handelsströme, sei es — und dies dürfte noch wichtiger sein — mit der Folge einer Desorientierung bei Investitionsentscheidungen, die sich an erwartete Export- und Importbedingungen knüpfen und knüpfen sollen. Es ist nicht zu rechtfertigen, die Frage der Stabilität des Außenwerts einer Währung in jeder Hinsicht anders zu sehen als die der Stabilität ihres Binnenwerts. Der Mangel an Orientierung ist nicht einfach aus der Welt zu bringen, wurzelt er doch in der Unsicherheit der Zukunft, die großenteils unaufhebbar ist. Insoweit nützt auch kein Lamento, und die dezentrale Bewältigung des Problems durch risikobereite Kapitalanleger muß sogar als der bestmögliche Weg angesehen werden. Aber Desorientierung und Unsicherheit wurzeln auch in der Tatsache, daß die

Wirtschaftspolitik nicht die Orientierung gibt, die sie im Prinzip geben könnte. Sie gibt diese Orientierung nicht, weil sie selbst unstetig ist, jedenfalls unstetig in der Fähigkeit, Probleme zu lösen, und — vielleicht noch wichtiger — weil sie nicht (mehr) die Möglichkeit hat, das, was sie gegebenenfalls an Willen und Kraft zur Stetigkeit und zur Lösung allfälliger Probleme aufbringen könnte, vorweg einzubringen in ein Datum, für dessen Gültigkeit und Glaubwürdigkeit sie anschließend eintreten würde — dies war ja die Idee von Bretton Woods. Unsicherheit, die ein hoch arbeitsteiliges System so stark belastet, läßt sich auf das unvermeidbare Maß nur beschränken, wenn verlässlich wird, daß der je einzelne für seine Versprechungen voll mit seiner Fähigkeit einsteht, unvorhergesehene Schwierigkeiten selbst zu bewältigen. Das gilt auch für die Wirtschaftspolitik, und am Mangel an solcher Verlässlichkeit ist das System von Bretton Woods schließlich gescheitert.

**69\*** Interventionen von Notenbanken an den Devisenmärkten oder eine kurzfristig wechselkursorientierte Zinspolitik erreichen diesen Kern des Problems nicht. Deren Mißerfolg darf daher auch nicht verwundern. Nur eine auf Stabilität bedachte Politik in den Ländern der wichtigsten Weltwährungen, gleichgerichtet und durch Dauerhaftigkeit glaubwürdig geworden, kann ihn auflösen, das Problem von Vertrauensstörungen, die keinen ökonomischen Ursprung haben, aber wahrscheinlich ebenfalls nicht beseitigen.

Die Voraussetzungen für mehr, etwa für ein neues Festkurssystem nach dem Muster von Bretton Woods, sind nicht gegeben. Das Europäische Währungssystem hält immerhin regional Wechselkurschwankungen in Grenzen. Aber seine erstaunliche Stabilität ist teilweise trügerisch, ist teilweise entlehnt der spezifischen Stärke der Anlagewährung Dollar gegenüber der Anlagewährung D-Mark. Erst wenn die EG-Länder im ganzen die Aufgabe der Stabilisierung des Geldwerts befriedigend gelöst und — nicht minder wichtig — im freien Kapitalverkehr das Vertrauen der Märkte in ihre wiedergewonnene Stabilität erprobt haben, läßt sich hoffen, daß mit zunehmendem Gewicht des Währungsraums Europa auch das Problem der Instabilität im Verhältnis der Anlagewährungen Dollar und D-Mark kleiner wird. Erst dann sind auch wirkliche Fortschritte beim Ausbau des Europäischen Währungssystems möglich. Es hieße, den zweiten Schritt vor dem ersten tun, wollte man eine europäische Währung lancieren, bevor die wirtschaftspolitischen und die institutionellen Voraussetzungen dafür geschaffen sind, daß es eine gute Währung sein wird.

#### **Tariffpolitik: Arbeitszeit und Löhne** (Ziffern 367 ff.)

**70\*** In der Lohnpolitik dürfte das kommende Jahr nach den Turbulenzen der letzten Tarifrunde im Zeichen relativer Ruhe stehen. Dafür sprechen eine Reihe von Gründen, nicht zuletzt die Verlängerung der durchschnittlichen Laufzeit der geschlossenen

Verträge, die teilweise bis zum Jahre 1986 gelten. Die heftigen Auseinandersetzungen haben zu Irritationen geführt. Unklarheiten über die Zulässigkeit bestimmter Formen des Arbeitskampfes bergen Zündstoff für neuen Streit, es gibt Sorgen, die sich an die getroffenen Regelungen zur Arbeitszeitverkürzung knüpfen, so auf der einen Seite, daß diese eine nicht mehr zu bremsende Eigendynamik entfalten, und auf der anderen Seite, daß sie eine Entsolidarisierung der Arbeitnehmer begünstigen könnten. Das spricht dafür, dem Eintritt in tarifpolitisches Neuland erst einmal eine hinreichend lange Phase der Erprobung folgen zu lassen, bevor an weitere Schritte gedacht wird.

**71\*** Grundsätzlich hält der Sachverständigenrat nur Arbeitszeitverkürzungen für vertretbar, die nicht zu Kostenerhöhungen bei den Unternehmen führen. Für diesen Fall wäre wohl gegenüber dem, was sonst geschähe, mit einer Zunahme der Anzahl der Beschäftigten zu rechnen, was allerdings nur zu einem geringen Teil die ausfallenden Arbeitsstunden kompensieren würde. Generelle Kürzungen der Arbeitszeit führen auch bei Kostenneutralität zu einem niedrigeren Wachstumspfad, also zu weniger Produktion und zu weniger Einkommen sowie zu weniger Einnahmen des Staates und der Sozialversicherungen. Denn eine Kürzung der Arbeitszeit für alle bedeutet weniger Arbeit und damit weniger Einkommenserwerb auch für jene Beschäftigten, die dies gar nicht wollen.

Bei einer Differenzierung der individuellen Arbeitszeit nach den Wünschen der einzelnen Beschäftigten ist das anders. Die Sorge, daß bei Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich die Stundenlöhne besonders stark steigen, kann dann kleiner geschrieben werden, um so kleiner, je besser die individuellen Arbeitszeiten zu den individuellen Einkommenswünschen passen.

Auf die abweichende Meinung des Ratsmitglieds Dieter Mertens ist zu verweisen (Ziffern 369 ff.).

**72\*** Differenzierung der individuellen Arbeitszeiten steht indessen in einem gewissen Gegensatz zu wichtigen traditionellen Zielen der Gewerkschaftsbewegung.

Beim Lohn, bei der Arbeitszeit und beim Arbeitsschutz haben die Gewerkschaften bisher um bessere Standards gekämpft, die einheitlich für alle Arbeitnehmer galten. Sie waren als Ziele gut auszumachen und lagen im Mitgliederinteresse. Die Einhaltung der Standards war ferner gut zu kontrollieren. Dies diente dem angestrebten Prinzip der Gleichbehandlung und der Solidarität der Arbeitnehmer.

Es gibt heute Sorgen, die Bewegung hin zu stärker individuellen Regelungen, wie jetzt bei der Aufächerung der Wochenarbeitszeit, könnte dem Gleichbehandlungsprinzip und möglicherweise damit auch der gewerkschaftlichen Solidarität schaden. Solche Sorgen sitzen tief.

Die heutigen Strömungen der Individualisierung und Dezentralisierung, die von den Gewerkschaften

ambivalent beurteilt werden, machen nicht vor der Arbeitswelt halt. Die geringsten Schwierigkeiten einer Einbindung solcher Entwicklungen in die Politik der Arbeitnehmervertretungen werden sich da ergeben, wo über Rahmenvereinbarungen die Wünsche der Arbeitnehmer mit den betrieblichen Möglichkeiten in Einklang gebracht werden können.

Vielfalt und Freiheit individueller Entfaltung ist auch unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt ein erstrebenswertes Ziel. Von diesem Ziel müßten unter den Bedingungen der modernen Technologie weniger Abstriche um der Produktivität willen gemacht werden als zu früheren Zeiten. Diese Chancen sollten auch genutzt werden. Daß mit der jetzt möglichen individuellen Regelung der Arbeitszeit nur ein kleiner Schritt in diese Richtung getan wurde, trifft zu. Erfahrungen müssen gewonnen werden, ob und welche weiteren Schritte auch von seiten der Arbeitnehmer wünschenswert sind.

**73\*** Zurückhaltung ist von der Lohnpolitik auch im kommenden Jahr gefordert, wenn weiterhin Spielraum für eine Entlastung bei den Kosten gegeben werden soll und die Preissteigerungen gering bleiben sollen. So könnte mehr an Investitionen, an Produktion und Beschäftigung rentabel werden oder rentabel bleiben.

In der Diskussion darüber, was dies für den Umfang der Lohnsteigerungen im nächsten Jahr bedeutet, kann man darauf aufbauen, daß sich die Grundlinie der Lohnpolitik der vergangenen Jahre gesamtwirtschaftlich bewährt hat mit ihrer geteilten Wirkung einer Dämpfung des Preisauftriebs und einer Senkung des Kostenniveaus. Nichts spricht dagegen, sich auch 1985 quantitativ auf einem ähnlichen Pfad zu bewegen. Dafür spricht, daß unter solchen Umständen aus einer unverminderten Geldmengenausweitung, zu der wir der Bundesbank raten, eine gute reale Expansion entstehen kann. Das reale Kostenniveau würde abermals etwas sinken, ebenso die Inflationsrate; der Anstieg der Reallöhne würde vermutlich merklich größer ausfallen als 1984. Man mag hadern mit der Tatsache, daß er gleichwohl erneut geringer sein wird als wahrscheinlich der durchschnittliche Produktivitätszuwachs in der Wirtschaft. Damit auch Unternehmen am unteren Ende der Rentabilitätsskala am Markt bleiben oder derzeit noch darunter liegende auf diesem wieder Fuß fassen können, darf man sich freilich am durchschnittlichen Produktivitätsanstieg in der Wirtschaft nicht reich rechnen.

Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen kann nicht unbedenklich gefunden werden, was an Kostensteigerungen in der Metallindustrie für das Jahr 1985 programmiert ist. Wir haben zu facettieren versucht, warum wir gleichwohl meinen, es gäbe für viele Unternehmen — wenn sie die Chancen der Flexibilisierung nutzen — eine gute Möglichkeit nach dem kostenmäßig sehr günstigen Jahr 1984, nun auch die erhöhte Belastung im kommenden Jahr zu verkraften. Es fällt unter diese Bedingung, wenn wir sagen, daß das Jahr 1984 mit seinem heftigen Arbeitskampf und seinen zeitlich weiter als üblich reichenden Lohnregelungen keinen so

großen Schatten in die lohnpolitische Landschaft wirft, wie andere ihn sehen.

### Arbeitsmarktpolitik (Ziffern 378 ff.)

74\*. Angesichts der unverändert hohen Arbeitslosigkeit kann auch in der gegenwärtigen Aufschwungsphase auf erhebliche flankierende Anstrengungen der Arbeitsmarktpolitik nicht verzichtet werden.

Die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik leisten in verschiedener Hinsicht wichtige Beiträge zur Linderung der Arbeitsmarktprobleme: Einmal werden in einer Phase, in welcher der Markt vielen Arbeitskräften keine ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeit bietet, Qualifikationen und Motivationen erhalten, deren nachhaltige Beinträchtigung Wirtschaft und Gesellschaft teuer käme, weil sie später nur unter Schwierigkeiten und mit wachsenden Aufwendungen wieder rückgängig gemacht werden könnte. Der andere Aspekt liegt darin, daß Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Anzahl der Arbeitslosen unmittelbar vermindern.

75\*. Entlastung am Arbeitsmarkt wurde und wird durch weitere Initiativen angestrebt: Dazu zählen gesetzliche und tarifliche Regelungen, die es älteren Arbeitnehmern erleichtern, frühzeitig in den Ruhestand zu gehen, oder die Rückkehrbereitschaft ausländischer Arbeitnehmer fördern, ebenso wie Regelungen, die mehr Beweglichkeit im Beschäftigungssystem ermöglichen.

76\*. Besondere Aufmerksamkeit erfordert die zunehmende Anzahl langfristig Arbeitsloser und die Schwierigkeiten, die Jugendliche der stark besetzten Jahrgänge sowohl bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz wie mehr und mehr auch bei der Eingliederung ins Berufsleben nach Abschluß der Ausbildung haben. Zur Milderung dieser Probleme sind Ideen und Engagement in der Gesellschaft gefragt; der Sachverständigenrat berichtet über eine Reihe von Vorschlägen.

77\*. Die Bundesanstalt für Arbeit, die jetzt keinen Zuschuß mehr benötigt, wird weiterhin mit widersprüchlichen Erwartungen konfrontiert sein, die daraus resultieren, daß an sie sehr verschiedenartige Anforderungen gestellt werden, die oft in Konflikt miteinander liegen. Solche Erwartungen richten sich beispielsweise auf ihre Aufgabe als Träger der Sozialversicherung oder auf ihre Eignung, als „automatischer Stabilisator“ im Konjunkturablauf zu wirken, oder auf ihren Auftrag als Hauptakteur aktiver, das heißt vor allem vorbeugender Arbeitsmarktpolitik. Keine dieser Erwartungen konnte und kann sie in anhaltend schwierigen Phasen voll befriedigen, schon gar nicht die Erwartung, daß sie allen Vorstellungen gleichzeitig und gleichermaßen gerecht wird.

Überlegungen zur Lösung der Probleme gehen in divergierende Richtungen. Der Sachverständigen-

rat hat einige Diskussionsrichtungen schon früher einmal skizziert. Sie jetzt weiter zu verfolgen, hätte den Vorteil, daß die Diskussion ohne Zeitnot geführt werden könnte, weil derzeit ein unmittelbarer Entscheidungsdruck nicht besteht.

### Steuerungsfehler im Marktprozeß (Ziffern 400 ff.)

78\*. Wie in den vergangenen Jahren erörtert der Sachverständigenrat auch in diesem Gutachten wieder Fehlentwicklungen in einzelnen Bereichen der Volkswirtschaft, die sich derart verschärft haben, daß wirtschaftspolitische Entscheidungen unabweichlich geworden sind.

— Es gibt Problemregionen, die merklich hinter der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zurückbleiben und in denen vor allem die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch ist. Es sind teils die alten Regionen, teils aber auch neue. Bemerkenswert ist, daß inzwischen auch traditionelle Industriestandorte dazu zählen. Das Auftreten neuer Problemregionen und geänderte Problemdiagnosen bringen die Gefahr mit sich, daß die Förderung immer nur erweitert wird und die regionale Wirtschaftspolitik dadurch immer teurer wird. Deshalb muß sie ständig auf Einsparungsmöglichkeiten hin untersucht werden.

— Bei fortgesetzt ansteigender Überschußproduktion auf den Agrarmärkten war eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik unter dem Zwang der leeren Kassen der Europäischen Gemeinschaft nicht mehr zu umgehen. Nur durch einschneidende Maßnahmen konnte die Finanzierbarkeit der gemeinsamen Agrarpolitik gesichert werden; denn die längst überfällige, grundlegende Reform war immer wieder herausgezögert worden. Harte Anpassungslasten für die Landwirtschaft waren damit vorgezeichnet. Durch differenzierte Regelungen zur Eingrenzung der Überschußproduktion bei Milch und durch umfangreiche flankierende finanzielle Hilfen — allein über die beschlossenen Umsatzsteuervergünstigungen sollen der deutschen Landwirtschaft für den Zeitraum von 1984 bis 1991 mehr als 20 Mrd DM zufließen — hat man versucht, die Anpassungslasten zu mildern. Trotz mehrfacher Nachbesserungen der Beschlüsse ist die Unzufriedenheit groß, nicht nur in der Landwirtschaft, auch in den der Landwirtschaft nachgelagerten Bereichen, dem Landhandel und der Ernährungsindustrie. Die Agrarpolitik kann offenbar die Erwartungen, die sie selbst genährt hat und auch weiterhin nährt, nicht erfüllen.

— Viele der schlimmen Schäden im Naturhaushalt, die heute alle beklagen, gehen darauf zurück, daß, wer der Natur schadete, dafür nicht oder nicht in angemessener Höhe zu zahlen hatte. Lücken im rechtlichen Rahmen und eine nicht immer wirksame Anwendung des Umweltrechts führten dazu, daß die Belastungen des Natur-

haushalts überhand nahmen und sich im Laufe der Zeit viele große und kleine Schäden häuften. Über die Dringlichkeit der Aufgabe ist man sich allenthalben einig. Über das Wie des Umweltschutzes sind die Meinungen freilich geteilt. Streitig ist auch, ob Umweltschutz Arbeitsplätze kostet oder Arbeitsplätze schafft. Entscheidend für einen guten Ausgang bei der Beschäftigung ist, daß der durch Umweltschutz bedingten Produktivitätsminderung bei den Ansprüchen auf Realeinkommen Rechnung getragen wird. Dann schaffen die neuen Güter des Umweltschutzes mehr neue Arbeitsplätze als bei den umweltintensiv produzierten Gütern wegfallen.

#### Handlungsspielraum für die Finanzpolitik (Ziffern 438 ff.)

79\*. Bei der Konsolidierung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sind in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt worden. Das Staatsdefizit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beträgt in diesem Jahr noch 33 Mrd DM; davon entfallen auf konjunkturbedingte Mehrausgaben und Mindereinnahmen 11½ Mrd DM. Dabei ist berücksichtigt, daß der Bundesbankgewinn sehr viel höher ist, als für normal gehalten werden sollte. Legt man die vom Sachverständigenrat in seinen Jahresgutachten 1979 und vor allem 1981 zur Diskussion gestellten Maßstäbe an, so entspricht der Restbetrag von 21½ Mrd DM gerade einem Verschuldungsverhalten des Staates, das wir aus der Vergangenheit heraus als normal bezeichnen haben. Nach dieser Berechnung ist also das strukturelle Defizit vollständig abgebaut. Das bietet Grund genug, darüber nachzudenken, wie es weitergehen soll.

Mit der Rückführung des von konjunkturellen und sonstigen außergewöhnlichen Einflüssen bereinigten Defizits auf den Umfang des staatlichen Verschuldungsverhaltens im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1977 muß nämlich die Konsolidierungsaufgabe weder quantitativ noch qualitativ als erfüllt angesehen werden: in quantitativer Hinsicht gilt es zu überdenken, in welchem Umfang künftig die Besteuerung und die Neuverschuldung zur Finanzierung der Staatsausgaben herangezogen werden sollen. In qualitativer Hinsicht geht es um die Veränderung der Struktur der Ausgaben (und Ausgabenregelungen) sowie der Struktur der Einnahmenregelungen.

80\*. Mit der Eindämmung der Staatsausgaben gewinnt die Finanzpolitik wieder Handlungsspielraum. Die damit gewonnenen Möglichkeiten wollen wir zunächst losgelöst von der Finanzplanung der Bundesregierung diskutieren. Bei der Erörterung dieser Optionen nehmen wir an, daß weder die Staatsquote, die als Verhältnis der Staatsausgaben zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential definiert ist, noch die Steuerquote, unter der wir die Relation des Steueraufkommens zum Bruttosozialprodukt verstehen, künftig zunehmen sollen, weil eine weitere Erhöhung der wirtschaftlichen Aktivi-

tät des Staates oder eine Erhöhung der Abgabenlast das wirtschaftliche Wachstum ungünstig beeinflussen würde. Ferner schließen wir aus, daß die Kreditfinanzierungsquote — von konjunkturbedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen abgesehen — das Maß übersteigen soll, das wir in unseren Berechnungen bislang als Normalverschuldung geführt haben. Aus dem verbleibenden Feld der Möglichkeiten für den mittelfristigen Kurs der Finanzpolitik stellen wir drei heraus, die sich markant unterscheiden (Tabelle):

(1) Die Staatsquote wird auf dem Niveau des Jahres 1984 konstant gehalten, die steuerlichen Regelungen werden so korrigiert, daß die volkswirtschaftliche Steuerquote gegenüber 1984 nicht dauerhaft steigt und auch das konjunkturbereinigte Defizit im Verhältnis zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential konstant bleibt — erste Option.

(2) Die Staatsquote sowie die konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote werden gesenkt, die Steuerquote wird auf dem Niveau des Jahres 1984 konstant gehalten — zweite Option.

(3) Die Staatsquote und die Steuerquote werden gesenkt; wie bei der ersten Option wird die konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote konstant gehalten — dritte Option.

Jeder dieser drei Wege besitzt Vorzüge und Schwächen.

81\*. Da eine Verbesserung der Wachstumsbedingungen die wichtigste Voraussetzung für einen spürbaren Beschäftigungsanstieg bildet, genügt es bei den Steuerrechtsänderungen der kommenden Jahre nicht, die Tarife der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer zu senken; es gilt vielmehr auch zu prüfen, wie außerdem die Investitionen steuerlich entlastet werden können.

Was die Senkung der Steuersätze anbelangt, so ist die von der Bundesregierung vorgesehene Umstellung der Einkommensbesteuerung auf den Tarif T 1A ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ein erster Schritt — mehr nicht. Es besteht weiterer tarifpolitischer Handlungsbedarf, und zwar aus zwei Gründen:

— Zaghafte Senkungen der Steuersätze reichen nicht aus, das Wirtschaftswachstum wirksam genug zu fördern. Der erforderliche Spielraum für eine deutliche Ermäßigung der Grenzsteuersätze kann nötigenfalls im Rahmen einer großen Steuerreform durch eine Umstrukturierung der Steuern vom Einkommen, daneben auch durch weiterreichende Belastungsverschiebungen innerhalb des Steuersystems gewonnen werden.

— Die Tarifkorrektur ist bei einer progressiv gestalteten Einkommensteuer eine Daueraufgabe. Um die Steuerquote konstant zu halten, müssen die Steuersätze von Zeit zu Zeit ermäßigt werden, weil das Steueraufkommen schneller wächst als das Sozialprodukt.

82\*. Zwar dürfte sich eine Senkung der Grenzsteuersätze und insbesondere eine Abflachung der

Optionen für die Finanzpolitik<sup>1)</sup>

	Einheit	1984	1985	1986	1987	1988
<b>Mittelfristige Finanzplanung<sup>2)</sup></b>						
— Staatsquote <sup>3)</sup> .....	vH	31,7	31,3	31,0	30,6	30,2
— Steuerquote <sup>4)</sup> .....	vH	23,8	24,0	24,2	24,4	24,6
— Konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote <sup>5)</sup> .....	vH	- 1,8	- 1,6	- 1,0	- 0,5	+ 0,1
— Tatsächlicher Finanzierungssaldo .....	Mrd DM	-44 <sup>1/2</sup>	-29 <sup>1/2</sup>	-20 <sup>1/2</sup>	-10 <sup>1/2</sup>	+ 1
— Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo .....	Mrd DM	-34	-29 <sup>1/2</sup>	-24	-12	+ 1
<b>Optionen<sup>6)</sup></b>						
I: — Staatsquote .....	vH	31,5	31,5	31,5	31,5	31,5
— Steuerquote .....	vH	24,1	24,1	24,1	24,1	24,1
— Kreditfinanzierungsquote .....	vH	- 1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,8
— Finanzierungssaldo .....	Mrd DM	-34	-35	-36 <sup>1/2</sup>	-38	-39 <sup>1/2</sup>
— Verminderung der Steuerlast <sup>7)</sup> ..	Mrd DM	.	.	3	7	11 <sup>1/2</sup>
II: — Staatsquote .....	vH	31,5	31,3	31,0	30,6	30,2
— Steuerquote .....	vH	24,1	24,1	24,1	24,1	24,1
— Kreditfinanzierungsquote .....	vH	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 0,9	- 0,5
— Finanzierungssaldo .....	Mrd DM	-34	-34	-27	-19	-10 <sup>1/2</sup>
— Verminderung der Steuerlast <sup>7)</sup> ..	Mrd DM	.	.	3	7	11 <sup>1/2</sup>
III: — Staatsquote .....	vH	31,5	31,3	31,0	30,6	30,2
— Steuerquote .....	vH	24,1	24,0	23,6	23,1	22,7
— Kreditfinanzierungsquote .....	vH	- 1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,8
— Finanzierungssaldo .....	Mrd DM	-34	-35	-36 <sup>1/2</sup>	-38	-39 <sup>1/2</sup>
— Verminderung der Steuerlast <sup>7)</sup> ..	Mrd DM	.	<sup>1/2</sup>	12 <sup>1/2</sup>	26	40 <sup>1/2</sup>
<b>Plan der Bundesregierung</b>						
— Staatsquote <sup>3)</sup> .....	vH	31,7	31,3	31,0	30,6	30,2
— Steuerquote nach Steuersenkung <sup>4)</sup> ..	vH	23,8	24,0	23,7	23,9	23,6
— Finanzierungssaldo nach Steuersenkung .....	Mrd DM	-44 <sup>1/2</sup>	-29 <sup>1/2</sup>	-30 <sup>1/2</sup>	-21 <sup>1/2</sup>	-19
— Steuersenkung .....	Mrd DM	.	.	10	11	20
<b>Nachrichtlich:</b>						
Produktionspotential in jeweiligen Preisen .....	Mrd DM	1 836	1 903	1 977	2 066	2 159
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen .....	Mrd DM	1 746	1 838	1 921	2 007	2 098

<sup>1)</sup> In der Abgrenzung der Finanzstatistik. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>2)</sup> Für die Jahre 1984 und 1985 eigene Schätzung und Prognose. Für die Jahre 1986 bis 1988: Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen + 4<sup>1/2</sup> vH pro Jahr; Ausgabenanstieg + 3 vH pro Jahr; Steuereinnahmen: Erhöhung der Steuerquote um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr; sonstige Einnahmen: Zuwachs entsprechend der Wachstumsrate des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen schrittweise vermindert um den anomalen Teil des Bundesbankgewinns (1985: 5,5 Mrd DM) auf Null im Jahre 1988.

<sup>3)</sup> Ausgaben in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

<sup>4)</sup> Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts.

<sup>5)</sup> Finanzierungssaldo in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

<sup>6)</sup> Alle Quoten und Salden konjunkturbereinigt: Tatsächliche Quoten und Salden bereinigt um auslastungsbedingte Mehrausgaben und Mindereinnahmen, um die Investitionszulage (1984 und 1985) und um den anomalen Teil des Bundesbankgewinns.

<sup>7)</sup> Kumuliert.

Steuerprogression im Ergebnis auch günstig auf die Investitionsbereitschaft auswirken, doch halten wir daneben weitere Maßnahmen für angezeigt, die einer Verbesserung der Investitionsbedingungen dienen. Zum Teil kommen dafür Maßnahmen in Betracht, die auch unter dem Blickwinkel gerechter Steuerlastverteilung angemessen erscheinen und deshalb dauerhaft eingeführt werden sollten; andere Regelungen sind unter diesem Blickwinkel nicht unumstritten, könnten aber zumindest unter

dem Druck der längerfristigen Beschäftigungsprobleme akzeptabel erscheinen, zumal diese ihrerseits ebenfalls Verteilungsprobleme mit sich bringen. Nicht alle Rezepte, die in der steuerpolitischen Diskussion zur Investitionsförderung empfohlen werden, sind wirklich geeignet, ohne neue Wettbewerbsverzerrungen Unternehmen anzuregen, produktive Produktionsumwege einzuschlagen. Einige Möglichkeiten, auch nicht empfehlenswerte, sollen noch einmal beleuchtet werden:

- Verbesserung der Verlustkompensation,
- Steuerermäßigung für nicht entnommene Gewinne,
- Erleichterung der steuerlichen Abschreibung,
- Steuerermäßigung für Investitionsausgaben,
- Änderungen in der steuerlichen Behandlung der Zinsen,
- die Reform der Gemeindesteuern.

83\*. Eine mehr oder weniger starke Einkommensteuerprogression wird im allgemeinen für angemessen gehalten. Das richtige Maß dieses Begriffs läßt sich wissenschaftlich nicht bestimmen. Da aber davon ausgegangen werden muß, daß die Leistungsbereitschaft der meisten Menschen durch den Anstieg und die absolute Höhe der Grenzsteuersätze, die auf ihrem Einkommen lasten, bestimmt wird und daß die Besteuerung auch des investiv verwendeten Einkommens die Bedingungen für das Investieren beeinträchtigt, ergibt sich eine Konkurrenz zwischen den Zielsetzungen der Wachstumspolitik und der Steuerlastverteilung nach der Leistungsfähigkeit. Sie stellt sich so dar, daß der soziale Nutzen von mehr Wirtschaftswachstum gegen die Nutzen einbußen von weniger Verteilungsgerechtigkeit (politisch) abzuwägen ist (und umgekehrt). Die Entscheidung sollte in einer Situation nicht schwerfallen, in der eine bedrückend hohe — und verteilungspolitisch ihrerseits problematische — Arbeitslosigkeit besteht, die nur durch ein kraftvolles Wirtschaftswachstum spürbar abgebaut werden kann. Die Steuerpolitik hat eine Chance, hierzu beizutragen, eine Chance, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Dieter Mertens, hat Bedenken gegen einige der hier behandelten steuerpolitischen Vorstellungen, bei deren Verwirklichung seiner Meinung nach größere Umverteilungseffekte zuungunsten mittlerer und kleinerer Arbeitnehmereinkommen unvermeidlich wären (Ziffern 471 ff.).

84\*. Der Umfang, in dem beides — Senkung der Grenzsteuersätze und steuerliche Entlastung der Investitionen — geschehen kann, hängt von den Finanzierungsmöglichkeiten ab. Diese wiederum werden zunächst durch die Entscheidung bestimmt, wie die finanzpolitische Bewegungsfreiheit genutzt werden soll, die aus der Eindämmung der Staatsausgaben erwächst, anders ausgedrückt: in welchem Ausmaß der Handlungsspielraum für Steuersenkungen zur Verfügung steht. Dieses Volumen kann dann durch eine wachstumsfreundliche Umstrukturierung des Steuersystems nicht unbeträchtlich erweitert werden, indem „Steuervergünstigungen“ aller Art, insbesondere die verdeckten Subventionen, aber auch offene, reduziert und außerdem Verbrauchsteuern erhöht werden.

85\*. Bei unserem Versuch, den Rahmen der finanziellen Möglichkeiten für eine Steuerreform zu überschlagen, richten sich unsere Überlegungen auf das Jahr 1988, also das Ende der gegenwärtig

laufenden Periode für die Finanzplanung. Bei der Verteilung des Volumens auf einzelne Schritte der Reform in den Jahren 1986 bis 1988 sollte neben der konjunkturpolitischen Opportunität vor allem das Ziel, die Konsolidierungserfolge nicht zu gefährden, beachtet werden. Wir geben in diesem Gutachten einige Anhaltspunkte für den quantitativen Rahmen, in dem man sich von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der mittelfristigen Ausgabenplanung her zu bewegen hat.

86\*. Bei der ersten Option gibt es, wie erwähnt, einen mittelfristigen Handlungsspielraum aus einer Eindämmung der Staatsausgaben annahmegemäß nicht. Hier stünde den im Vergleich zur zweiten und dritten Strategie ständig höheren Staatsausgaben der Verzicht auf eine Senkung der konjunkturbereinigten Kreditfinanzierungsquote und der Steuerquote gegenüber. Der Sachverständigenrat teilt die Auffassung, daß dies nicht der bessere Weg zu mehr Produktion und Beschäftigung wäre. Auch mit dieser Strategie könnte sich jedoch eine Umstrukturierung des Steuersystems und ein Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen, der Spielraum für Steuersenkungen schüfe, verbinden.

Bei der zweiten Option wird der Handlungsspielraum, der aus der Senkung der Staatsquote erwächst, wie erwähnt, voll für die weitere Rückführung der Neuverschuldung des Staates genutzt; diese würde bis 1988 — konjunkturbereinigt — um etwa 24 Mrd DM sinken. Das damit begründete Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen verbesserte das allgemeine Wirtschaftsklima. Die Entlastung des Kapitalmarktes verbesserte die Bedingungen für private Investitionen, und zwar um so mehr, je länger dieser Weg begangen würde. Im Gegensatz zur ersten und dritten Option ist bei der zweiten auch die Zinsbelastung künftiger Haushaltsjahre wesentlich geringer. Den Weg der zweiten Option zu gehen würde allerdings in besonders hohem Maße erfordern, die Möglichkeit eines Abbaus der Subventionen und Steuervergünstigungen sowie eine Umstrukturierung des Steuersystems zu nutzen, da anderenfalls das Problem der zu hohen Abgabenlast ungelöst bliebe und auch für eine besondere steuerliche Entlastung der Investitionen kaum finanzieller Spielraum entstünde.

Die mittelfristige Finanzplanung und die Steuersenkungspläne der Bundesregierung kennzeichnen einen Weg, der in der Basis der zweiten Option ziemlich nahe kommt. Er unterscheidet sich allerdings von ihr in dem, was wir in diesem Falle ergänzend für notwendig halten. Eine Umstrukturierung in der Steuerlastverteilung ist — im Gegensatz zu den ursprünglichen Plänen des Bundesfinanzministers — nicht mehr vorgesehen.

Bei der dritten Option wird in Kauf genommen, daß die konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote auf dem Niveau des Jahres 1984 gehalten wird. Hier muß die Nutzung des entsprechend größeren Spielraums für Steuersenkungen für das sorgen, was bei der zweiten Option der Rückzug des Staates am Kapitalmarkt zuwege bringen kann. Eine besondere steuerliche Entlastung der Investitionen

würde es am ehesten rechtfertigen, bei der Senkung der öffentlichen Defizite weniger ehrgeizig zu sein als bei der zweiten Option.

87\*. Im Gesamtvergleich der hier analysierten Optionen halten wir für gegeben, daß bei entsprechender Ausgestaltung und jeweils unterschiedlicher Ergänzung die Strategiealternativen der Optionen zwei und drei gleichwertig sein können.

#### Für dynamischen Wettbewerb

88\*. Man sollte nicht nur ein Bild haben von den günstigen und belastenden Bedingungen, unter denen derzeit zu handeln ist, sowie ein Bewußtsein von den Handlungsmöglichkeiten, auf die es ankommt, sondern auch eine Vorstellung von dem Teil des marktwirtschaftlichen Geschehens, der für mehr Dynamik unentbehrlich ist, ja der diese Dynamik selbst ausmacht, den es also zu stimulieren, aber auch zu nutzen gilt. Zu reden ist vom dynamischen Wettbewerb.

Man darf durchaus zuspitzen: Daß wir zu wenig Investitionen, zu wenig rentable Arbeitsplätze, zu wenig Wachstum haben, liegt letztlich am Mangel an dynamischem Wettbewerb. Abzubauen, was ihm an unnötigen Hemmnissen im Wege steht, ist vornehmste Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Dabei gibt

es Hausaufgaben zu erledigen, wie sie in den Lehrbüchern der Wirtschaftspolitik gestellt werden, und darüber hinausgehende Herausforderungen. Im Augenblick scheint es so, daß bei den Hausaufgaben manches schon geleistet, anderes in Angriff genommen ist. Aber die Wirtschaftspolitik ist herausgefordert, dem Prozeß dynamischen Wettbewerbs, dem sie mehr Spielraum geschaffen hat, dessen Auftriebskräfte sie jedoch nicht beherrscht, mehr Schubkraft zu verleihen.

Bei der Wettbewerbspolitik wie bei der Technologiepolitik sollte klar sein, daß das Gesetz des Handelns bei den Wettbewerbern selbst liegt und liegen muß. Nichts von dem, was die Wirtschaftspolitik zur Förderung des dynamischen Wettbewerbs zu unternehmen vermag, reicht auch nur in die Nähe dessen, was unter dazu passenden Rahmenbedingungen das Interesse und die Initiativekraft der Wettbewerber selbst leisten. Es kommt, wenn wir wirtschaftlich, bei der Beschäftigung wie beim Einkommen, wieder rascher vorankommen wollen, auf eine neue Einstellung zum Wettbewerb an, zum dynamischen Wettbewerb.

In den vergangenen Jahren ist kaum ein Begriff so häufig zur Charakterisierung unserer wirtschaftlichen Probleme verwendet worden wie der Begriff der Anpassung. Es ist mehr als Anpassung erforderlich. Wir müssen Wettbewerbsvorsprung gewinnen.

## ERSTES KAPITEL Die wirtschaftliche Lage

### TEIL A Der internationale Rahmen

#### I. Aufschwung mit Risiken

1. Im Jahre 1984 hat der Aufschwung in einigen großen Industrieländern, angeführt von den Vereinigten Staaten, an Kraft gewonnen. In den meisten anderen Ländern setzte sich die wirtschaftliche Belebung nur verhalten fort. Nach langen Jahren der Schwäche sind weithin die Investitionen wieder gestiegen, teilweise sogar kräftig. Noch stärker nahm der Warenaustausch zwischen den Ländern zu. Der Importsog, der von den Industrieländern, namentlich von den Vereinigten Staaten, ausging, hat auch den Handel mit den Entwicklungsländern spürbar belebt und dort die Produktion gesteigert. In Amerika fanden seit Anfang 1983 mehr als 6 Millionen Menschen zusätzlich Arbeit. In Europa reichte dagegen die konjunkturelle Erholung für einen Anstieg der Beschäftigung nicht aus; jeder neunte Arbeitnehmer war hier 1984 ohne Arbeit.

2. Die Fehlentwicklungen der Vergangenheit — unzureichende Anpassung an veränderte weltwirtschaftliche Bedingungen, steigende Inflationsraten — hatten zu einer langanhaltenden Stabilisierungskrise und zur Verschärfung der Beschäftigungsprobleme geführt. Als Folge dieser Fehlentwicklungen sind die Konsolidierungsprobleme zu sehen, denen ungeachtet der inzwischen erreichten Fortschritte noch immer viele Unternehmen, öffentliche Haushalte und ganze Volkswirtschaften gegenüberstehen. Die konjunkturelle Erholung in den Industrieländern, insbesondere der kraftvolle Aufschwung in den Vereinigten Staaten, dessen Stärke nicht erwartet worden war, haben jedoch der Welt neuen Mut gegeben. Der Welthandel, der vom Anfang der achtziger Jahre an stagniert hatte, zeitweise sogar rückläufig war, nimmt seit Mitte 1983 wieder kräftig zu.

3. Die wichtigste konstitutionelle Verbesserung vieler Volkswirtschaften ist in der Eindämmung der Inflation zu sehen. Länder, in denen bereits in den vergangenen Jahren der Preisaufrtrieb spürbar zurückgegangen war, konnten ihre Erfolge sichern oder vergrößern. Anderen Ländern gelang 1984 ein beachtlicher Schritt nach vorn. Der Anstieg der Verbraucherpreise lag in den OECD-Ländern 1984 bei 5 vH (Tabelle 1).

Am stärksten war die Dämpfung des Preisaufrtriebs in den Ländern, in denen sich die Lohnsteigerungen spürbar zurückbildeten. Im Durchschnitt der Industrieländer stiegen die Löhne noch um rund

6 vH. Die Produktivitätszuwächse waren vielfach hoch. So kam es, daß die Arbeitskosten bezogen auf das gesamte Produkt in einigen Ländern nurmehr geringfügig zunahmen (Tabelle 2). Die Ertragssituation der Unternehmen hat sich deutlich verbessert.

Die Weltrohstoffpreise gaben, als der Dollar im Frühjahr 1984 an Wert gewann, nach. Auch die Ölpreise blieben unter Druck; gegenüber Anfang 1984 sind die Marktnotierungen gefallen. Im Jahresdurchschnitt lag das Niveau der Rohstoffpreise nur wenig höher als 1983.

4. Von den Kapitalkosten kam dagegen kein spürbarer Beitrag zur Verbesserung der Angebotsbedingungen. Die Vereinigten Staaten boten den internationalen Kapitalanlegern sogar höhere Zinsen als 1983. In den meisten anderen Ländern waren zwar niedrigere Zinsen zu zahlen; doch angesichts der Erfolge bei der Inflationsbekämpfung und der Fortschritte bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen waren sie immer noch sehr hoch.

5. Die Probleme, die auf der Weltwirtschaft lasten, sind trotz der unübersehbaren Fortschritte und trotz des Aufschwungs in den Industrieländern nach wie vor groß. Die hohe amerikanische Kapitalnachfrage, die staatliche wie die private, verschaffte sich zwar über entsprechend hohe Zinsgebote das nötige Kapitalangebot, und der Kurs des Dollar sorgte für das zum Kapitalimport passende Leistungsbilanzdefizit. Die Vereinigten Staaten schieben aber die Aufgaben, die in der unausweichlichen Korrektur der Defizite im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz liegen, vor sich her.

Nicht gelöst sind weiterhin die Probleme der hochverschuldeten Entwicklungsländer, vor allem in Lateinamerika. Diese Länder konnten zwar ihre Exporterlöse kräftig steigern. Bei manchen, die stark von der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten abhängen, bildete aber neben den zusätzlichen Zinszahlungen die Verteuerung der Einfuhr einen hohen Gegenposten. Der mit den hohen Zinsen einhergehende starke Dollar verteuerte ihre Einfuhr stärker, als ihre Preise bei der Rohstoffausfuhr stiegen. Immerhin konnten die lateinamerikanischen Länder ihre Leistungsbilanzungleichgewichte verringern. Zunächst einmal haben die Vorteile des Einfuhrsogs der Vereinigten Staaten die Nachteile überwogen, die sich aus dem amerikanischen Kapitalsog ergaben.

Die Gefahr einer akuten Finanzkrise in der Welt scheint gebannt. Im Zusammenspiel von Schuldner-

Tabelle 1

## Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Land	Bruttosozialprodukt <sup>1)</sup> )				Ausstattungsinvestitionen <sup>2)</sup> )				Ausfuhr <sup>2)</sup> )			
	1973-1982 <sup>10)</sup>	1982	1983	1984 <sup>11)</sup>	1973-1982 <sup>10)</sup>	1982	1983	1984 <sup>11)</sup>	1973-1982 <sup>10)</sup>	1982	1983	1984 <sup>11)</sup>
Bundesrepublik Deutschland.....	+ 1,7	- 1,1	+ 1,3	+ 2½	+ 1,4	- 5,7	+ 6,1	+ ½	+ 5,1	+ 4,6	- 1,3	+ 7
Belgien.....	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,4	+ 1½	+ 0,9	- 1,7	- 7,4	+ 4½	+ 3,4	+ 1,8	+ 0,0	+ 5½
Frankreich.....	+ 2,4	+ 2,0	+ 0,7	+ 1½	+ 2,2	+ 0,7	- 1,1	+ 3	+ 5,2	- 2,2	+ 3,9	+ 4½
Großbritannien.....	+ 0,8	+ 2,2	+ 3,2	+ 2	+ 1,5	+ 0,2	- 1,4	+ 14	+ 2,7	+ 1,2	+ 1,0	+ 6½
Italien.....	+ 2,1	- 0,4	- 1,2	+ 2½	- 0,2	- 9,5	- 9,1	+ 4½	+ 5,9	- 0,8	+ 4,0	+ 5½
Niederlande.....	+ 1,5	- 1,6	+ 0,4	+ 1½	+ 0,5	- 1,3	+ 1,3	+ 4	+ 2,2	- 0,9	+ 4,5	+ 5½
Schweiz.....	+ 0,3	- 1,5	+ 0,7	+ 2½	- 0,8	- 4,8	+ 6,5	+ 3½	+ 2,8	- 3,2	+ 0,9	+ 4½
Vereinigte Staaten ..	+ 1,9	- 2,1	+ 3,7	+ 7	+ 3,7	- 7,2	+ 2,5	+ 20½	+ 4,7	- 7,8	- 5,6	+ 4½
Japan.....	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,0	+ 5½	+ 5,5	+ 9,4	+ 2,0	+ 9½	+ 11,6	+ 3,5	+ 4,8	+ 16½
Land	Beschäftigung <sup>2)</sup> )				Arbeitslosigkeit <sup>6)</sup>				Verbraucherpreise <sup>2)</sup>			
	1973-1982 <sup>10)</sup>	1982	1983	1984 <sup>11)</sup>	1973-1982 <sup>11)</sup>	1982	1983	1984 <sup>11)</sup>	1973-1982 <sup>10)</sup>	1982	1983	1984 <sup>11)</sup>
Bundesrepublik Deutschland.....	- 0,6	- 1,8	- 1,7	- ½	+ 3,7	+ 6,9	+ 8,4	+ 8½	+ 5,0	+ 5,3	+ 3,3	+ 2½
Belgien.....	- 0,4	- 1,3	- 0,9	- 0	+ 7,5	+ 13,1	+ 14,4	+ 14½	+ 8,2	+ 8,7	+ 7,7	+ 6½
Frankreich.....	+ 0,1	+ 0,2	- 0,9	- 1	+ 5,1	+ 8,8	+ 8,9	+ 9½	+ 11,4	+ 11,8	+ 9,6	+ 7½
Großbritannien.....	- 0,5	- 1,5	- 0,6	- ½	+ 5,5	+ 10,6	+ 11,5	+ 12	+ 14,6	+ 8,6	+ 4,6	+ 5
Italien.....	+ 0,8	- 0,4	- 0,4	- 0	+ 6,9	+ 10,5	+ 11,9	+ 12½	+ 16,9	+ 16,6	+ 14,6	+ 11
Niederlande.....	+ 0,5	- 0,3	- 1,2	- 1½	+ 6,1	+ 11,7	+ 14,3	+ 15	+ 7,0	+ 6,0	+ 2,7	+ 3½
Schweiz.....	- 0,6	- 0,7	- 1,0	+ ½	.	+ 0,4	+ 0,9	+ 1	+ 4,4	+ 5,6	+ 3,0	+ 3
Vereinigte Staaten ..	+ 1,8	- 0,9	+ 1,4	+ 3½	+ 7,0	+ 9,7	+ 9,6	+ 7½	+ 9,0	+ 6,1	+ 3,2	+ 3½
Japan.....	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,7	+ 1	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,6	+ 2½	+ 8,3	+ 2,7	+ 1,9	+ 2
Land	Leistungsbilanz <sup>7)</sup>				Staatsquote <sup>8)</sup>				Staatsdefizit <sup>9)</sup>			
	1973-1982 <sup>12)</sup>	1982	1983	1984 <sup>11)</sup>	1973-1982 <sup>12)</sup>	1982 <sup>11)</sup>	1983 <sup>11)</sup>	1984 <sup>11)</sup>	1973-1982 <sup>12)</sup>	1982	1983	1984 <sup>11)</sup>
Bundesrepublik Deutschland.....	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ ½	47,3	49,9	48,9	48	- 3,3	- 3,4	- 2,7	- 1½
Belgien.....	- 1,1	- 3,1	- 0,7	- ½	47,5	58	58½	58½	- 9,5	- 12,7	- 13,4	- 11
Frankreich.....	- 0,2	- 2,2	- 0,8	- ½	44,7	50½	51½	53	- 1,7	- 2,5	- 3,2	- 3½
Großbritannien.....	- 0,1	+ 2,0	+ 0,7	+ ½	44,9	45	45	44½	- 2,8	- 2,4	- 3,3	- 2½
Italien.....	- 0,9	- 1,6	+ 0,1	- 0	44,6	55	57½	58	- 10,9	- 12,7	- 11,8	- 13½
Niederlande.....	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,6	+ 2½	56,7	61½	62½	61	- 4,9	- 7,2	- 5,1	- 4½
Schweiz.....	+ 3,2	+ 3,8	+ 3,1	+ 3½	28,7	30	30½	30½	.	- 0,8	- 0,8	- ½
Vereinigte Staaten ..	+ 0,0	- 0,4	- 1,2	- 2½	34,1	35½	35	34	- 1,2	- 3,8	- 4,1	- 3
Japan.....	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,8	+ 2½	29,5	34½	35	35	- 3,4	- 3,4	- 3,3	- 2

<sup>1)</sup> In konstanten Preisen: Bruttoinlandsprodukt für Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande und die Schweiz.

<sup>2)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

<sup>3)</sup> In konstanten Preisen.

<sup>4)</sup> Waren und Dienstleistungen in konstanten Preisen.

<sup>5)</sup> Zivile Erwerbstätige.

<sup>6)</sup> Für die EG-Länder: Anteil der registrierten Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen (für den EG-Gebrauch standardisierte nationale Angaben). Für die Schweiz: Anteil der als arbeitslos registrierten Personen an den gesamten Erwerbspersonen. Für die Vereinigten Staaten und Japan: Anteil der durch regelmäßige Haushaltsbefragungen (Stichproben) ermittelten Arbeitslosen an den Erwerbspersonen.

<sup>7)</sup> Leistungsbilanzsaldo im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt bzw. Bruttoinlandsprodukt.

<sup>8)</sup> Staatsausgaben im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt bzw. Bruttoinlandsprodukt. (Für die Schweiz: Laufende Ausgaben...)

<sup>9)</sup> Finanzierungssaldo (Überschuß: +, Defizit: -) der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt bzw. Bruttoinlandsprodukt.

<sup>10)</sup> Durchschnittlich jährliche Veränderung (geometrisches Mittel) in vH.

<sup>11)</sup> Eigene Schätzung.

<sup>12)</sup> Durchschnittlich jährliche Quote (arithmetisches Mittel).

Quellen: OECD; EG; für Bundesrepublik: Nationale Quellen

ländern und Gläubigerländern, von privaten Banken und internationalen Organisationen konnten Fortschritte erzielt werden bei der Aufgabe, die Zahlungsverpflichtungen der hochverschuldeten Länder zu strecken.

Dort liegt aber nicht das eigentliche Problem. Trotz mancher sichtbarer Erfolge sind in den Schuldnerländern noch enorme Anpassungsanstrengungen nötig. Und wo Zinsverpflichtungen nicht in produktiven Investitionen wurzeln, nehmen die Anpassungslasten weiter zu.

Tabelle 2

**Zur Entwicklung der Lohnstückkosten und der Reallohnposition in wichtigen Industrieländern**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Land	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Lohnkosten je Produkteinheit <sup>1)</sup>								
Bundesrepublik Deutschland .....	+ 4,1	+ 3,1	+ 3,6	+ 6,3	+ 4,8	+ 3,4	+ 0,4	+ 0,9 <sup>*)</sup>
Belgien .....	+ 7,9	+ 4,3	+ 4,7	+ 6,1	+ 6,1	+ 5,3	+ 5,5	+ 5,0
Dänemark .....	+ 8,4	+ 9,0	+ 7,8	+10,6	+ 9,8	+ 8,8	+ 4,7	+ 2,9
Frankreich .....	+10,6	+ 9,0	+ 9,8	+13,7	+13,2	+12,1	+ 9,4	+ 6,5
Griechenland .....	+21,1	+16,9	+20,3	+18,1	+23,4	+27,3	+17,7	+15,5
Großbritannien .....	+10,5	+ 9,9	+14,1	+22,2	+ 8,7	+ 5,3	+ 3,3	+ 4,0
Irland .....	+ 9,8	+12,7	+19,0	+18,8	+17,3	+12,0	+10,0	+ 7,5
Italien .....	+20,2	+13,7	+14,2	+19,0	+22,3	+17,5	+16,5	+10,0
Niederlande .....	+ 6,6	+ 5,6	+ 5,2	+ 5,4	+ 2,7	+ 4,8	+ 0,5	+ 1,5
Vereinigte Staaten .....	+ 5,4	+ 7,5	+ 9,0	+10,0	+ 7,7	+ 7,9	+ 2,7	+ 3,0
Kanada .....	+ 8,3	+ 5,4	+ 9,0	+12,0	+11,9	+12,0	+ 2,2	+ 3,5
Japan .....	+ 6,1	+ 2,6	+ 2,7	+ 3,9	+ 4,0	+ 2,7	+ 2,6	+ 1,5
Österreich .....	+ 6,2	+ 8,9	+ 2,0	+ 4,9	+ 8,2	+ 3,8	+ 1,9	+ 2,5
Schweden .....	+14,3	+ 9,4	+ 5,8	+10,5	+ 9,9	+ 5,3	+ 7,1	+ 6,5
Schweiz .....	- 0,3	+ 4,5	+ 2,4	+ 3,3	+ 5,9	+ 9,0	+ 3,3	+ 2,0
Reallohnposition <sup>2)</sup>								
Bundesrepublik Deutschland .....	- 0,3	- 0,7	- 0,3	+ 1,9	- 0,2	- 2,2	- 2,9	- 1,3
Belgien .....	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,6	- 2,1	- 1,7	- 0,9
Dänemark .....	- 1,9	- 0,4	- 1,5	+ 3,4	- 3,9	- 3,1	- 1,9	- 2,9
Frankreich .....	+ 1,3	- 0,9	- 0,9	+ 1,1	+ 0,9	- 0,4	- 0,8	- 2,3
Griechenland .....	+ 6,5	+ 3,1	+ 3,2	- 5,3	+ 3,2	+ 3,3	- 3,6	- 2,7
Großbritannien .....	- 5,3	- 0,1	- 0,0	+ 3,8	- 1,1	- 3,5	- 1,3	+ 0,9
Irland .....	- 1,0	+ 3,4	+ 5,4	+ 5,0	- 3,1	- 5,8	- 5,2	- 0,4
Italien .....	+ 0,5	+ 0,2	- 1,1	- 0,0	+ 3,7	- 0,6	+ 1,1	- 1,7
Niederlande .....	- 0,4	+ 1,4	+ 2,1	- 0,2	- 2,4	- 1,9	- 0,7	- 4,5
Vereinigte Staaten .....	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,7	- 2,2	+ 1,6	- 1,2	- 1,6
Kanada .....	+ 1,3	- 0,7	- 1,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,8	- 3,3	- 1,9
Japan .....	- 1,2	- 2,8	+ 0,4	- 1,5	- 1,7	- 0,3	+ 0,1	- 2,8
Österreich .....	+ 0,1	+ 2,2	- 4,2	- 0,6	+ 1,3	- 9,0	- 1,4	- 2,4
Schweden .....	+ 4,4	- 1,0	- 1,5	- 1,2	- 0,6	- 3,5	- 4,4	- 4,0
Schweiz .....	- 0,1	+ 1,6	- 0,0	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,4	- 0,8	- 1,7

<sup>1)</sup> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts, aus Angaben in Landeswährung; 1984 geschätzt. Quelle: DIW.

<sup>2)</sup> Veränderung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer deflationiert mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs abzüglich der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen, einschließlich des Einkommenseffekts aus der Veränderung des realen Austauschverhältnisses im Außenhandel der Gesamtwirtschaft (Terms of Trade). Quelle: OECD. Nicht ohne weiteres vergleichbar mit den Angaben in Tabelle 18.

<sup>\*)</sup> Eigene Schätzung.

Die hochverschuldeten Länder müssen bald ihre Zinszahlungen wieder aus Exporteinnahmen statt aus einer Neuverschuldung leisten können. Daß ein hoher Bestand an Auslandsschulden nicht zu Zahlungsschwierigkeiten und zu Problemen der Kreditwürdigkeit führen muß, zeigt das Beispiel mehrerer Länder des pazifischen Raums. Obwohl im Ausland hochverschuldet, steht die Kreditfähigkeit dieser Länder nicht in Frage.

Die Industrieländer haben zwar für eine kräftige Belebung des Welthandels gesorgt, vielfach aber ihre Importbarrieren erhöht und so die Exportmöglichkeiten für die Schuldnerländer erschwert. Die Überwindung der Schwierigkeiten der Entwicklungsländer kann unmöglich werden, wenn sich dies nicht ändert. Auch die wirtschaftliche Dynamik der Welt im ganzen würde sich kaum dauerhaft erholen.

## II. Die Vereinigten Staaten und die Weltwirtschaft

### Vereinigte Staaten in der Führung

6. Die Kraft des Aufschwungs in den Vereinigten Staaten ist unterschätzt worden. Zu sehr hatte die jüngste Erfahrung hartnäckiger Stagnation und Rezession die Prognosen bestimmt; mehr als eine normale konjunkturelle Aufwärtsbewegung schien nicht wahrscheinlich. Tatsächlich kam es aber zu einem kräftigen Boom mit einem gewaltigen Beschäftigungsschub. Hohes Wachstum und eine deutliche Steigerung der Beschäftigung werden wieder als erreichbar angesehen. Dies der Welt vorgeführt zu haben, ist das Verdienst der Vereinigten Staaten. In Europa dagegen sind noch Pessimismus und Zukunftsangst verbreitet, ein Klima, das Wachstumsdynamik nicht begünstigt. Über die starke amerikanische Importnachfrage hat auch die übrige Welt teil am amerikanischen Aufschwung. Wegen des starken Dollar und der hohen Zinsen, die mit dem amerikanischen Weg verbunden sind, muß hierfür ein hoher Preis entrichtet werden.

7. Die achtziger Jahre hatten auch für die Vereinigten Staaten mit einer schweren Hypothek begonnen. Schon in den späten sechziger Jahren angelegt, hatte sich als Folge einer nachgiebigen Geldpolitik in den siebziger Jahren zunehmend Inflationsgewöhnung ausgebreitet. Der Dollar verlor immer mehr an Wert, seine Rolle als internationale Reservewährung war bedroht. Hinzu kam eine schwache Kapitalbildung und eine nahezu stagnierende Produktivität, bei allerdings auch damals schon beachtlichen Beschäftigungszuwächsen.

Die Regierung trat 1981 mit dem Ziel an, dieser Probleme Herr zu werden: Eindämmung der Inflation durch eine konsequente Geldmengenpolitik, Abbau staatlicher Regulierungen, Anreize zum Sparen und Investieren durch Steuersenkungen und Abschreibungserleichterungen, Haushaltsausgleich bis 1984 durch die Rückführung der Staatsquote (JG 81 Ziffern 7 ff.). Nicht bei allen diesen ehrgeizigen Zielen konnte sie bislang Erfolge verbuchen.

8. Erfolgreich war die Wirtschaftspolitik zweifellos bei der Eindämmung der hohen Inflation. Der Geldwertschwund, der 1980 mehr als 13 vH ausgemacht hatte, konnte binnen dreier Jahre um zwei Drittel verringert werden, und dies zuletzt bei einer steilen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung. Der kraftvolle Aufschwung, der Ende 1982 mit der Belebung des privaten Verbrauchs und des Wohnungsbaus begonnen hatte, beschleunigte sich Anfang 1984 noch, als die Schubkraft stark steigender Investitionen hinzukam. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stieg in den ersten neun Monaten mit einer Jahresrate von 8½ vH. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen, deren Belebung im Sommer 1983 eingesetzt hatte, nahmen um 19 vH zu (Schaubild 1).

9. Die Kräfte, die den Aufschwung in den Vereinigten Staaten hervorbrachten, sind vielfältiger Natur. Anstöße gab es sowohl auf der Angebotsseite als auch auf der Nachfrageseite.

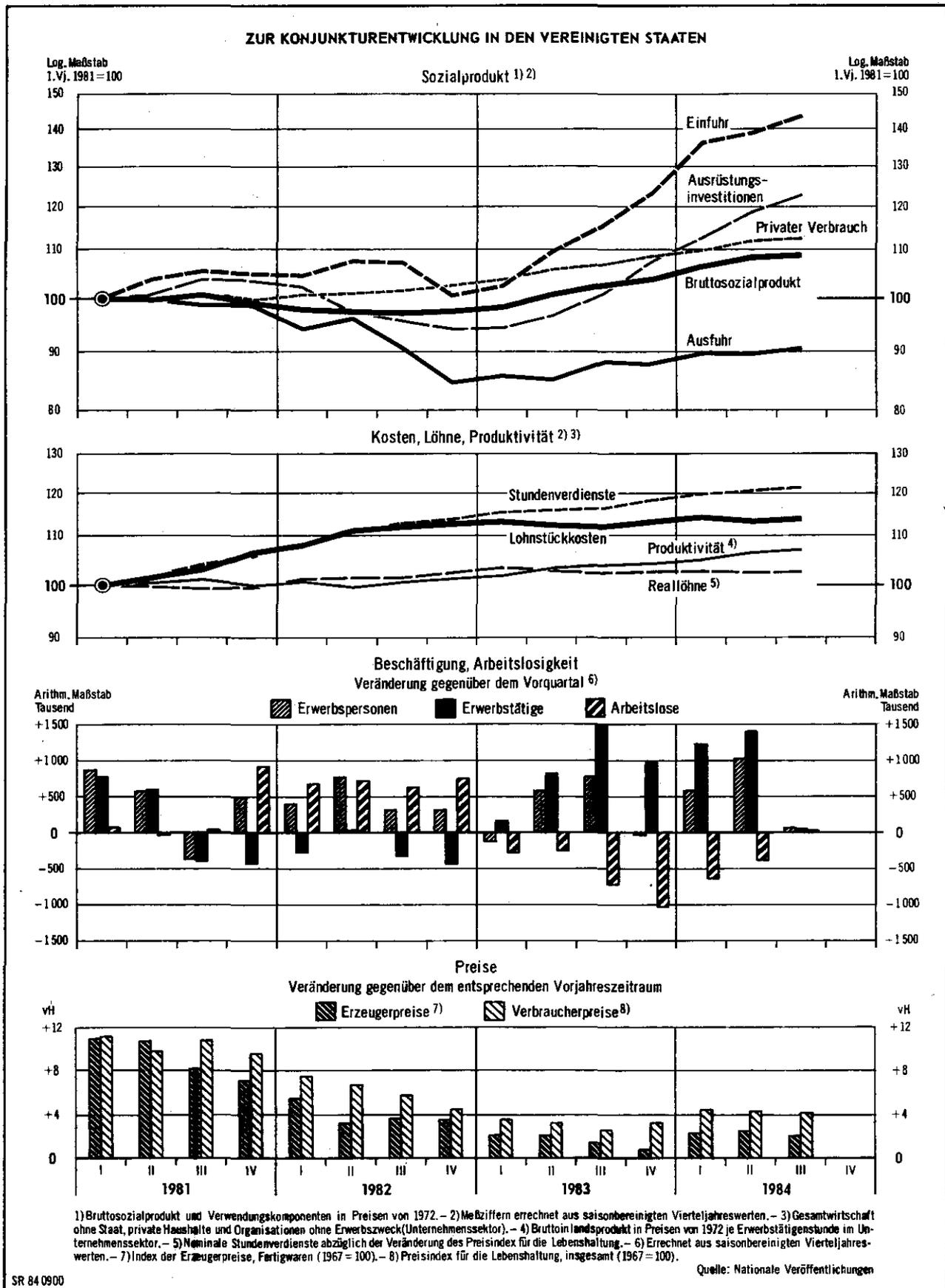
Von der Angebotsseite her betrachtet, haben die massiven Steuervorteile für Unternehmen, die zunächst vor allem zur Beseitigung der Scheinewinnbesteuerung gedacht waren, nun aber, angesichts der deutlich verringerten Geldentwertung, eine beachtliche Steuerentlastung darstellen, das Investieren rentabler gemacht und finanziell erleichtert. Schwach steigende Löhne, günstige Bedingungen für die Beschaffung von Eigenkapital und die Beseitigung bürokratischer Hemmnisse waren weitere wichtige Voraussetzungen.

Die erfolgreiche Eindämmung des Preisaufrichts ist auch der Kaufkraft der Konsumenten zugute gekommen. Sie entschädigte die Haushalte zu einem guten Teil für den Rückgang der Lohnsteigerungen auf knapp 5 vH. Der kräftige Beschäftigungszuwachs, die hohen Gewinneinkommen und die Steuererleichterungen, die im übrigen — anders als von der Regierung gedacht — die Sparquote kaum erhöhten, trugen ebenfalls dazu bei, daß die privaten Haushalte in der Summe über ein auch real deutlich gestiegenes Einkommen verfügten.

*Die breit angelegten Steuersenkungen haben über den gesamten Zeitraum der Jahre 1981 bis 1984 betrachtet weniger den privaten Haushalten als vielmehr den Unternehmen große Erleichterungen gebracht. Gemessen am Sozialprodukt sind die Unternehmenssteuern nach eineinhalb Jahren eines kräftigen Aufschwungs und zweistelliger Gewinnzuwächse noch wesentlich niedriger als in früheren Aufschwungsphasen. Betrachtet man dagegen die durchschnittliche Belastung der Einkommen mit Abgaben und sieht man von Konjunkturfaktoren ab, so zeigt sich, daß die Einkommensteuersenkungen der Jahre 1981 bis 1983 den privaten Haushalten keine nachhaltige Abgabentlastung gebracht haben. Die durchschnittliche Belastung der Einkommen mit Abgaben lag im ersten Vierteljahr 1984 etwa auf dem Niveau von Anfang 1981.*

10. Auf der Nachfrageseite wurde der Aufschwung vor allem von dem Impuls angetrieben, der von der Ausweitung der Staatsausgaben ausging. Anstöße kamen nur zeitweise auch von der Geldpolitik, die nach der Phase scharfer Restriktion (Mitte 1981 bis Mitte 1982) zunächst zu einem Pfad normaler Geldmengenausweitung zurückkehrte, dann sogar darüber hinausging, schon seit mehr als einem Jahr die

Schaubild 1



SR 84 0900

Zügel jedoch wieder straff hält. Es handelt sich insoweit nicht um die früher typische geldpolitisch unterstützte Nachfragepolitik.

Die Staatsquote, die infolge steigender Ausgaben für Sozialleistungen und Verteidigung bis zum Jahre 1982 kräftig angestiegen war, verharrte selbst im Aufschwungsjahr 1983 auf hohem Niveau. Unter solchen Umständen mußte die in Stufen vorgenommene Steuersenkung dazu führen, daß der Fehlbetrag im Bundeshaushalt immer größer wurde.

Trotz Ausgabenkürzungen an anderer Stelle und der Erhöhung einiger indirekter Steuern und trotz des über Erwarten guten Konjunkturverlaufs betrug der Fehlbetrag im Haushaltsjahr 1983/84 mehr als 175 Mrd Dollar. Die Bundesstaaten und die Gemeinden haben zwar seit Beginn des Aufschwungs erhöhte Haushaltsüberschüsse aufgrund vermehrter Steuereinnahmen erzielt, den kräftigen Anstieg des Defizits im Bundeshaushalt konnte dies allerdings bei weitem nicht ausgleichen. Zudem sind Überschüsse für die amerikanischen Bundesstaaten und Gemeinden normal; sie dienen der Einzahlung in Pensionskassen; ein Vergleich des amerikanischen öffentlichen Gesamthaushalts mit dem anderer Länder mit anderen Versorgungssystemen ist also problematisch.

Die hohe Kreditnachfrage des Staates bewirkte zusammen mit der Kreditnachfrage der Privaten über hohe Zinsen einen Sog auf Auslandskapital, der den Dollar hochtrieb und so den Kauf von Waren und Diensten aus dem Ausland anregte, während er den Export erschwerte. So gesehen stehen dem expansiven Nachfrageeffekt, der von den öffentlichen Haushalten ausging, als Abzugsposten die kontraktiven Rückwirkungen der riesigen Einfuhrüberschüsse gegenüber. Das Leistungsbilanzdefizit, das 1981 noch weniger als 5 Mrd Dollar betragen hatte, vergrößerte sich binnen drei Jahren auf über 95 Mrd Dollar. Zu einem erheblichen Teil bewirkte die expansive Haushaltspolitik also lediglich eine Änderung der Struktur zu Lasten der Exportwirtschaft und der mit Importen konkurrierenden Bereiche.

#### Hohe Zinsen, starker Dollar

11. Die Zurückführung der hohen amerikanischen Inflation ist ein Gewinn für alle. In den siebziger Jahren hatte die Inflation in den Vereinigten Staaten nicht nur das internationale Währungssystem schwer belastet, sondern es auch den anderen Ländern leicht gemacht, weniger auf Stabilität zu achten. Es war jedoch nicht zwingend, daß die Vereinigten Staaten zur Eindämmung der Inflation und zur Wiederbelebung der Wirtschaft einen Weg gewählt haben, der mit anhaltend hohen Zinsen verbunden ist (Schaubild 2).

Solange es galt, die Inflation zu bekämpfen, waren hohe Zinsen, auch hohe langfristige Zinsen, unvermeidlich, jedenfalls zunächst. Die wegen der Inflationsgewöhnung bereits hohen Zinsen stiegen als Folge der Inflationsbekämpfung durch Geldverknappung noch weiter an. Daß die Zinsen aber nach

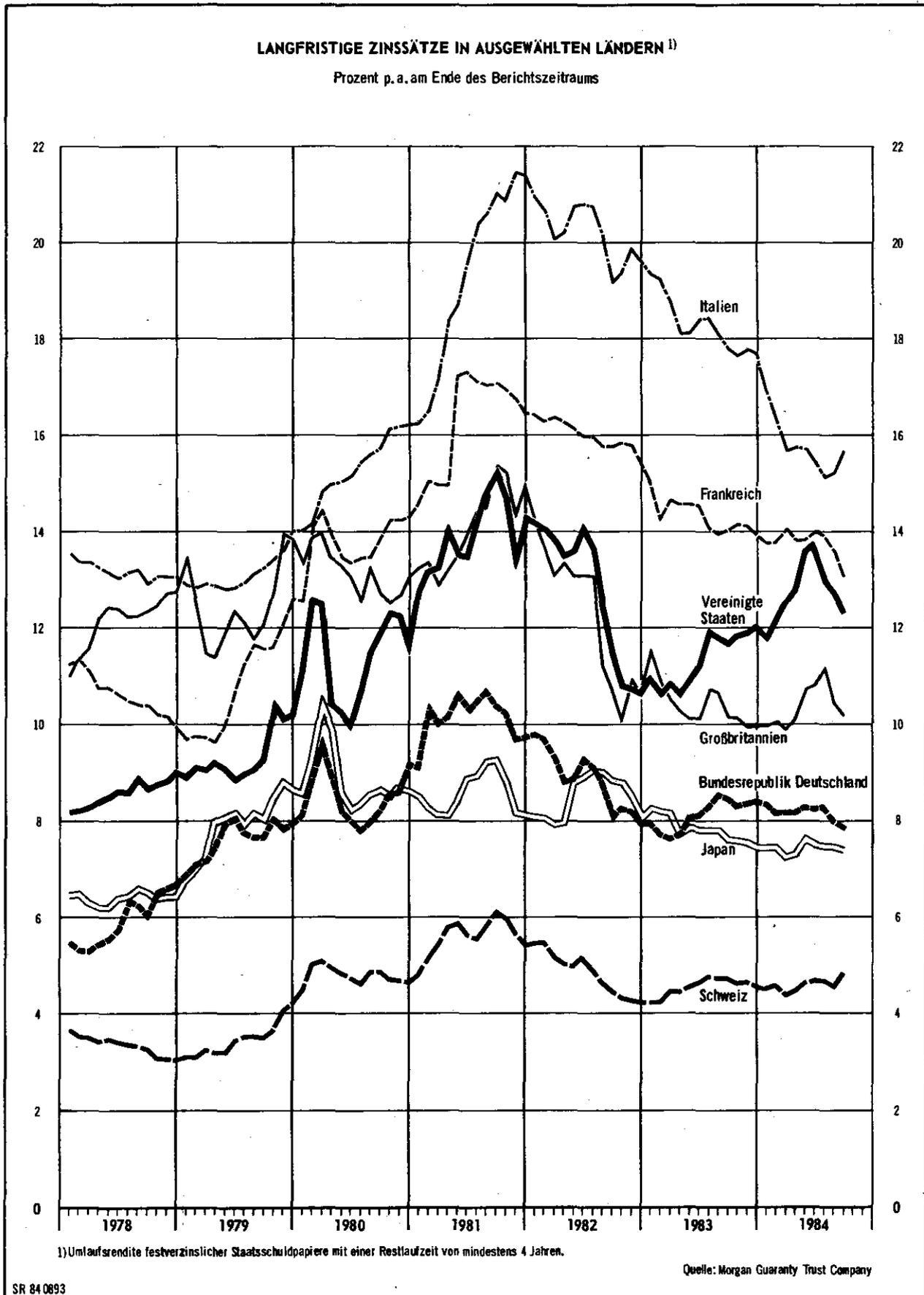
einer gewissen Niveaurektur hoch blieben, obwohl sich der Preisauftrieb stark abschwächte, kann nicht mehr der Inflationsbekämpfung zugeordnet werden. Und es ist bei sinkenden Inflationsraten auch keineswegs selbstverständlich, daß die Zinsen im Aufschwung steigen müssen.

12. Gewiß, vielfach ist zu beobachten, daß der Zins erst mit zeitlichem Abstand einer Verlangsamung im Preisauftrieb folgt. Auch wird oft darauf verwiesen, daß die Geldpolitik, so wie sie betrieben wurde, nicht zu einer Stabilisierung der Erwartungen und damit zu einer niedrigeren Risikoprämie im Zins beitragen konnte (JG 81 Ziffer 14). Von besonderer Bedeutung für die hohen amerikanischen Zinsen ist aber wohl die Finanzpolitik. Um die Kapitalgeber im Inland wie im Ausland zu bewegen, einen immer höheren Anteil amerikanischer Staatspapiere in ihre Portefeuilles aufzunehmen, mußte der Staat einen entsprechenden Zins bieten. Gleichzeitig hat er es den kreditsuchenden Unternehmen durch die Steuervorteile ermöglicht, beim Investieren die hohen Zinsen zu zahlen, die die Fremdkapitalgeber, gleichsam als Anteil an der steuerlich begünstigten Renditesteigerung der Unternehmen, forderten. Eigenkapitalrendite und Fremdkapitalrendite sind parallel gestiegen. Die Steuerentlastungen bei den Unternehmen verminderten zwar zugleich deren Kreditbedarf. Aber das davon bestimmte Defizit machte doch nur einen mäßig großen Teil des ganzen aus.

Nicht nur das aktuelle Defizit hat den Zins beeinflusst, sondern offensichtlich auch die Erwartung anhaltend hoher Defizite und dementsprechend hoher Zinsen. Dies wiederum hat die Bildung von Vertrauen auf dauerhaft niedrige Preissteigerungsraten verhindert, da wohl nach wie vor nicht ausgeschlossen wird, daß sich der Staat künftig über Inflation entschuldet.

13. Man kann für die Erklärung der hohen Zinsen auch die gestiegenen Unternehmenserträge vor Steuern heranziehen. Die verbesserten Investitionsbedingungen wären bei dieser Sichtweise der entscheidende Grund für die hohen Zinsen; diese wären gleichsam bloß deren Abbild, hervorgebracht durch die Neigung der Kapitalbesitzer, ihre Vermögen zugunsten des hochrentierlichen Sachkapitals umzuschichten. Die privaten Investitionen blieben in diesem Fall auch ohne staatliche Nachfrageimpulse kräftig und der Zins ohne hohe staatliche Defizite hoch.

14. Ohne die über hohe Zinsgebote geschaffene Bereitschaft des Auslandes, sich an der Finanzierung des amerikanischen Haushaltsdefizits zu beteiligen, wären die amerikanischen Zinsen noch höher, die privaten Investitionen geringer gewesen. Auf das gleiche lief hinaus, daß amerikanische Kapitalgeber, vor allem Banken, viel weniger Kapital im Ausland anlegten, als sie es zuvor getan hatten. Vielfach wurde sogar Kapital aus dem Ausland zurückgeholt. Noch 1982 hatten die Banken per Saldo 45 Mrd Dollar Kapital exportiert, 1983 fast 24 Mrd Dollar importiert.



15. Es war keineswegs selbstverständlich, daß die Bereitschaft des Auslandes, dem Staat und der Wirtschaft in Amerika Kredit zu geben oder dort direkt zu investieren, so groß und die den Wechselkurs treibende Dollarnachfrage so hoch war. In der Regel wird für ein Land, das konjunkturell voraus-eilt, die von hohen Einfuhren ausgehende und den Wechselkurs schwächende Devisennachfrage dominant. Das Land erlebt also eine Abwertung seiner Währung. Nur wenn sich gleichzeitig die Neigung des Auslands, dort mehr Kapital anzulegen, erhöht oder ein sehr hoher Zins geboten wird, kann dieser Effekt wettgemacht oder — wie im Falle der Vereinigten Staaten — sogar mehr als wettgemacht werden. Sehr hoch muß der Zins sein, weil mit steigendem Wechselkurs das Risiko künftiger Abwertung zunimmt, zumal ein extrem hohes Leistungsbilanzdefizit kaum auf die Dauer für finanzierbar gehalten wird. Ein anderer Erklärungsstrang wäre: Die Aufwertung des Dollar, der Ende der siebziger Jahre als eindeutig unterbewertet galt, ist Folge der erfolgreichen Eindämmung der Inflation sowie der verbesserten Sachkapitalrendite. Aber allein kann man die Dollarstärke damit kaum erklären. Die amerikanischen Zinsen wären dann wohl nicht so hoch. Die Zinsgebote des Staates und der erst so zustande gebrachte Kapitalzustrom waren bei der Entwicklung des Dollarkurses offensichtlich in der Führungsrolle.

16. Für andere Industrieländer bedeutete die Kombination aus hohen Zinsen in den Vereinigten Staaten und starkem Dollar einen erheblichen Disziplinierungszwang. Die schlechten Erfahrungen mit Abwertungen, deren positive Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit häufig durch mehr Inflation zunichte gemacht wurde, veranlaßten etliche Länder zu einer außenwirtschaftlich orientierten Geldpolitik. Für sie bedeutete dies höhere Zinsen, als es sonst der Fall gewesen wäre — zur Vermeidung inflationsbedingt noch höherer später.

Gründe für hohe Zinsen gab es aber auch außerhalb der Vereinigten Staaten genug. In der Inflationsbekämpfung sind zwar in vielen Ländern beachtliche Fortschritte erzielt worden, aber der Preisaufrtrieb etwa in Italien, in Frankreich, in Belgien, in Dänemark ist noch immer stark; für die geldpolitische Restriktion in diesen Ländern braucht man also keine Ursachen in den Vereinigten Staaten zu suchen. Und was die Finanzpolitik angeht, so werden die öffentlichen Haushalte mit Ausnahme weniger Länder noch immer in erheblichem Maße mit Kredit finanziert.

17. Der starke internationale Verbund der Finanzmärkte legt die Vorstellung von einem Weltkapitalmarkt nahe, wobei für die Zinsbildung auf diesem Markt der staatliche Kreditbedarf in der Welt von erheblicher Bedeutung ist. Dem steht nicht entgegen, daß der Zusammenhang der nationalen Kapitalmärkte durch flexible Wechselkurse prinzipiell gelockert ist; daraus folgt nur, daß für Kredite in Währungen, für die mit einer Abwertung gerechnet wird, höhere Zinsen gezahlt werden müssen.

Obwohl von den sieben großen OECD-Ländern drei Länder in den letzten Jahren die Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten im Verhältnis zum Sozialprodukt nahezu halbiert haben, ist das Defizit der Gruppe im ganzen im Verhältnis zum Sozialprodukt immer noch fast doppelt so hoch wie 1979 und nur etwa einen halben Prozentpunkt niedriger als 1982 und 1983. Das liegt vor allem an den Vereinigten Staaten.

18. Eine Erklärung der hohen Zinsen in der Welt bleibt ohne Berücksichtigung des großen Engagements vieler Banken in den hochverschuldeten Ländern unvollständig. Das unsicher gewordene Engagement, das bei einigen amerikanischen Banken das Eigenkapital deutlich übersteigt, hat deren Fähigkeit, aber auch die Bereitschaft anderer, Risiken zu tragen und neue Risiken einzugehen, vermindert. Eine verringerte Risikobereitschaft in der Welt bedeutet Verknappung des Kapitalangebots; genauer: der Anlagebereitschaft, und erhöhte Zinsen.

19. Soweit die hohe Kapitalnachfrage in den Vereinigten Staaten sich über Kapitalimport durchsetzte, war eine geringere Investitionstätigkeit außerhalb der Vereinigten Staaten ein Gegenposten für die anregenden Impulse, die dort der zusätzliche Export in die Vereinigten Staaten setzte. Man kann dagegen einwenden: Gute Schuldner sind weltweit knapp geworden, und so gesehen ist es ein Vorteil für die Welt gewesen, daß Amerika Kapital anzog, es an seine Investoren in Form von Steuergeschenken weiterleitete und die übrige Welt durch Gütereinfuhr am heimischen Expansionsprozeß beteiligte. Es gibt jedoch auch Länder, die international nicht an Kreditfähigkeit eingebüßt haben und außerdem gerade versuchen, ihre öffentlichen Haushalte in Ordnung zu bringen, nicht zuletzt, um privater Kreditnachfrage mehr Raum zu geben. Für sie wären niedrigere Zinsen und folglich eine höhere Inlandsnachfrage allemal günstiger gewesen (Ziffern 333 ff.).

20. Sieht man die Probleme der Weltwirtschaft vor allem kurzfristig, so sind die wohltätigen Rückwirkungen des amerikanischen Booms auf die Weltwirtschaft ohne Zweifel dominant gegenüber den negativen Rückwirkungen. Das gilt, wie erwähnt, auch für die Entwicklungsländer. Die schlechterdings spektakuläre Importbereitschaft der Vereinigten Staaten, die die Welt ebenso in Staunen versetzte wie der hohe Dollarkurs, war Korrelat einer konsequenten finanzpolitischen Wachstumsstimulierung im Innern. Ohne diese Importbereitschaft wäre der Kapitalimport und ohne den Kapitalimport der steile Aufschwung der heimischen Investitionskonjunktur nicht möglich gewesen. Verallgemeinerungsfähig in der Welt ist die Strategie der Vereinigten Staaten allerdings nicht, und sie birgt auch noch immer die Gefahr, daß sie in einer neuen Rezession endet, an der die Welt dann wiederum teilhaben würde.

### III. Aufschwung in Japan, geringe Dynamik in Europa

21. In Japan hat sich der Aufschwung 1984 gefestigt, wenn er auch an Kraft dem amerikanischen nicht gleichgekommen ist. In Europa ist die wirtschaftliche Dynamik demgegenüber gering geblieben. In einigen großen europäischen Ländern kam es im Frühjahr, zum Teil durch Sonderfaktoren bedingt, zu einem Rückgang der Produktion (Schaubild 3). In der zweiten Jahreshälfte hat sich die konjunkturelle Belebung aber wieder verstärkt.

#### Japan im Zeichen hoher Leistungsbilanzüberschüsse

22. Japan erzielte erneut einen Ausfuhrrekord. Besonders stark konnte es die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten steigern, die rund ein Drittel seiner gesamten Exporte abnehmen. Erfolgreich waren japanische Exporteure freilich auch in anderen Ländern, trotz zahlreicher Beschränkungen. Weniger kräftig nahm die Einfuhr zu. So kam es, daß sowohl die Handelsbilanz als auch die Leistungsbilanz mit größeren Überschüssen abschlossen als je zuvor.

Daß Japan an der Belebung des Welthandels überdurchschnittlich teil hatte, ist nicht zuletzt auf die günstigen wirtschaftlichen Bedingungen im Inland zurückzuführen, die die Wettbewerbsfähigkeit fördern. Hohe Produktivitätssteigerungen in der verarbeitenden Industrie trugen von Mitte 1983 an zu kräftig sinkenden Lohnstückkosten bei. Seit Ende 1983 hat sich die Investitionstätigkeit in einigen Sektoren beschleunigt; besonders hoch sind die Zuwachsraten in der Elektroindustrie, im Maschinenbau und im Dienstleistungssektor. Dagegen werden in den traditionellen Sektoren, wie etwa der Stahlindustrie und dem Schiffbau, weiterhin Kapazitäten abgebaut.

Im Unterschied zu anderen Ländern hat Japan seinen spektakulären Exporterfolg nicht mit einem Rückgang des Wechselkurses bezahlen müssen. Der Außenwert des Yen lag in den ersten neun Monaten 1984 um knapp 7 vH höher als vor Jahresfrist (Schaubild 4); auch real gerechnet bedeutete dies eine Aufwertung, wenn auch keine so große, da die Teuerungsrate in Japan deutlich hinter der Inflationsrate in den anderen Ländern zurückblieb.

In einem gewissen Widerspruch zum Gewicht Japans als Handelsmacht steht die geringe Bedeutung des Yen an den internationalen Finanzmärkten. Der Anteil japanischer Exporte an der Weltausfuhr ist mit über 8 vH fast so hoch wie der der Bundesrepublik, und als Hauptgläubiger der Welt dürfte Japan 1984 die Vereinigten Staaten übertroffen haben. Aber obwohl in der vergangenen Dekade und beschleunigt in den letzten Jahren Regulationen im Finanzwesen und Kapitalverkehrsbeschränkungen aufgehoben oder gelockert worden sind, ist ein spürbar größeres Gewicht des Yen an den internationalen Kapital- und Kreditmärkten — insbesondere bei der Begebung von Auslandsanleihen — und im Bestand internationaler Liquidität bislang nicht zu erkennen.

#### Europa: Aufschwung ohne Kraft

23. Großbritanniens Wirtschaft befindet sich im vierten Jahr einer langsamen, aber stetigen Aufwärtsbewegung. Ohne den langanhaltenden Arbeitskampf im Kohlebergbau, der zu spürbaren Produktionsausfällen führte und zeitweise Verunsicherung über den Fortgang der konjunkturellen Erholung aufkommen ließ, wäre die wirtschaftliche Expansion 1984 zweifellos deutlicher gewesen. Der Konsum, der in den vergangenen Jahren konjunkturelle Triebkraft gewesen war, nahm zwar nicht mehr so stark zu, dafür stieg der Export beschleunigt, und die Investitionstätigkeit belebte sich. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm aufs Jahr gesehen um 2 vH zu.

Die britische Wirtschaft war lange Zeit durch Wachstumsschwäche und hohe Inflationsraten, durch innovationshemmende Arbeitskämpfe und den Verlust traditioneller Absatzmärkte im ehemaligen Commonwealth gekennzeichnet. Als sich Ende der siebziger Jahre die Regierung für eine Bekämpfung der Inflation entschied, mußte dies notgedrungen, bis Stabilisierungserfolge erreicht waren, mit Beschäftigungseinbußen einhergehen. Daß England in die Rolle eines Ölförderlandes hineinwuchs, war auch nicht nur mit Vorteilen verbunden. Denn dies trieb den Pfundkurs in die Höhe, was zwar die Stabilisierungsanstrengungen unterstützte, die Beschäftigungsprobleme bei zunächst noch wenig verminderten Lohnsteigerungen aber noch größer machte. Inzwischen beginnen sich die hohen Stabilisierungskosten jedoch auszuzahlen.

Erste Erfolge des 1979 eingeleiteten Programms der neuen Regierung, die sich neben der Eindämmung der Inflation die Verbesserung der Wachstumsbedingungen und die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zum Ziel gesetzt hatte, zeigten sich in den vergangenen beiden Jahren. Die britische Industrie konnte seit 1981 Produktivitätszuwächse von jährlich bis zu 6 vH erzielen; die Lohnsteigerungen verringerten sich um mehr als ein Drittel. So kam es zu einer spürbaren Abflachung im Anstieg der Lohnstückkosten, und der Preisauftrieb wurde von 1981 bis 1983 auf weniger als die Hälfte herabgedrückt. Im Jahre 1984 hat sich der Lohnanstieg allerdings etwas beschleunigt, und die Produktivitätszuwächse waren nicht mehr so kräftig, so daß die Lohnstückkosten deutlich zunahm, freilich nicht in einem Maße, wie es in früheren Jahren der Fall war.

Die Steigerung des Produktionsergebnisses je Beschäftigten war zu einem großen Teil Folge des effizienteren Einsatzes von Arbeitskräften und der Einsparung nicht unbedingt benötigten Personals, aber auch des Verzichts auf unwirtschaftliche Produktion. Rigoros war der Kapazitätsabbau in der überwiegend staatlichen Stahlindustrie. Die jährliche Rohstahlerzeugung ist von 26 Mio Tonnen Anfang der siebziger Jahre auf gegenwärtig 15 Mio Tonnen, also um etwa zwei Fünftel, und die Beschäftigung um etwa zwei Drittel reduziert worden. Die Gesamtkosten je Tonne Stahl wurden spürbar gesenkt; im Jahre 1984 lagen sie nur noch geringfü-

Schaubild 3

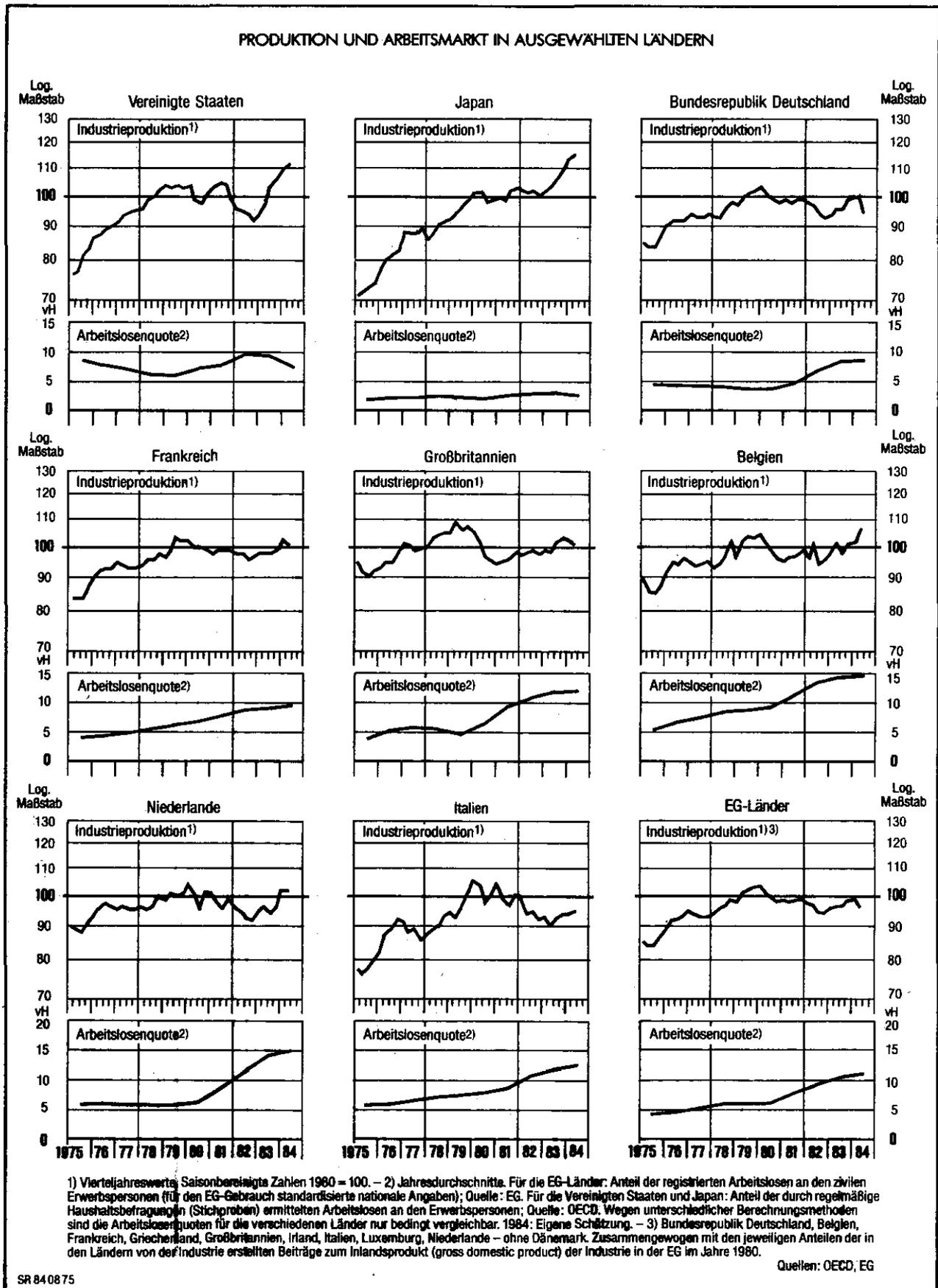
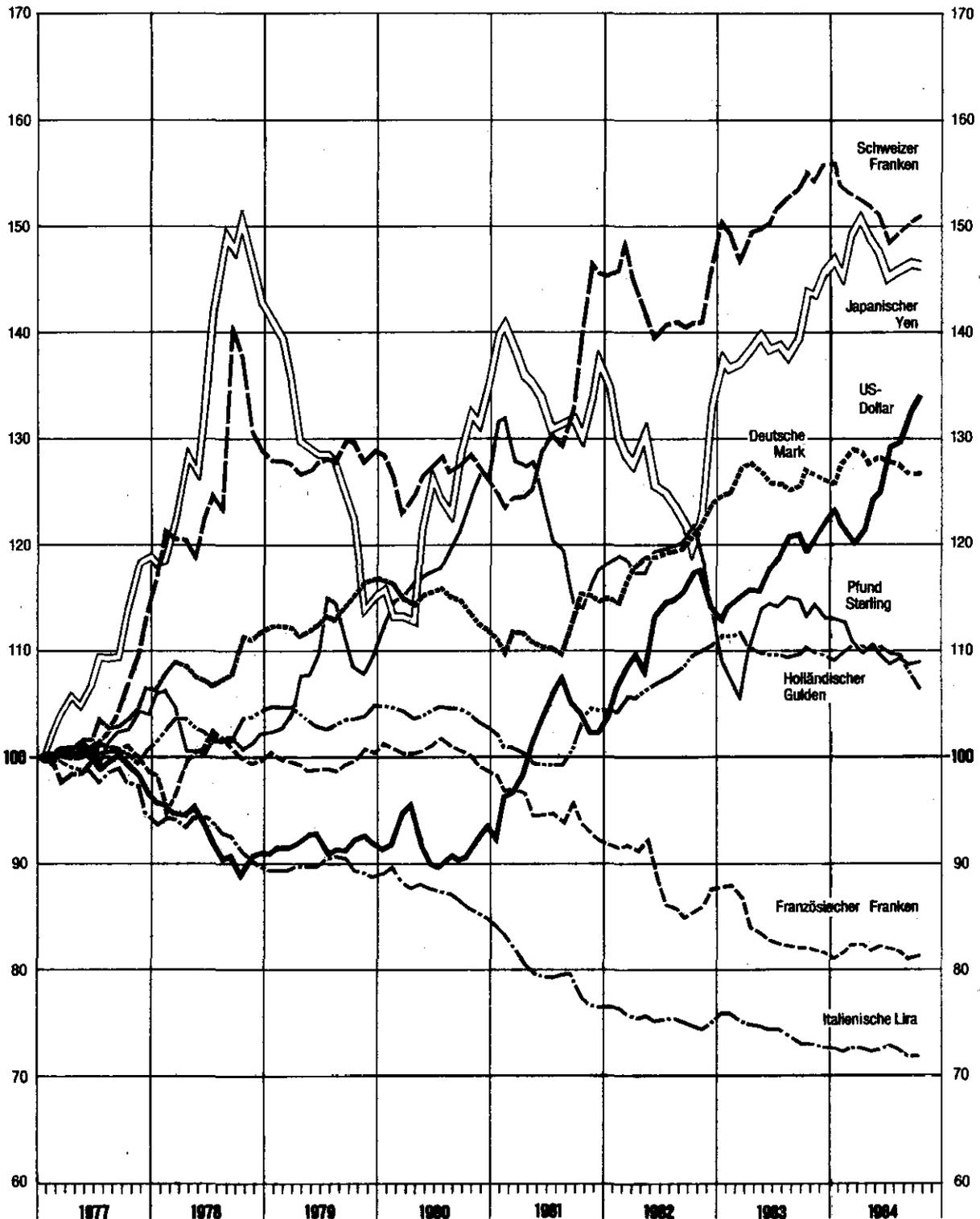


Schaubild 4

ENTWICKLUNG DES AUSSENWERTES AUSGEWÄHLTER WÄHRUNGEN<sup>1)</sup>

Januar 1977 = 100



1) Entwicklung des Außenwertes der Währung eines Landes gegenüber einer Gruppe von 23 Ländern, zusammengewogen mit den Anteilen der einzelnen Länder am deutschen Außenhandelsumsatz (Ausfuhr plus Einfuhr) im Durchschnitt der Jahre 1978 bis 1980; umgerechnet aus der Ursprungsreihe Ende 1972 = 100.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 840871

gig über den erzielbaren Preisen. Im Kohlebergbau hat der Kapazitätsabbau erst später begonnen und ist bislang weniger spektakulär gewesen. Hier nahm die Beschäftigung seit 1979 aber auch um 15 vH ab. Für die Jahre 1984/85 sieht die nationale Kohlebehörde einen Abbau von 20 000 Arbeitsplätzen, das sind weitere 10 vH, und eine Reduktion der Kohleförderung um 3 vH bis 4 vH vor. Zudem will sie über eine Beschränkung der Lohnsteigerungen die Förderkosten senken. In dem dramatischen Streik, der seit März 1984 andauert, versuchen die britischen Bergarbeiter, dies zu verhindern.

Dem rapiden Beschäftigungsabbau in alten Industrien standen zum Teil beachtliche Beschäftigungszuwächse in einigen Dienstleistungsbereichen, vereinzelt auch in der verarbeitenden Industrie gegenüber. Im Jahre 1984 konnte der Anstieg der Beschäftigung in einigen Sektoren den Abbau von Arbeitsplätzen an anderer Stelle erstmals ausgleichen. Die Arbeitslosigkeit ist aber bis zuletzt weiter gestiegen; über drei Millionen Arbeitskräfte sind ohne Beschäftigung.

Die Regierung ist um eine weitere Senkung der staatlichen Defizite bemüht; die öffentlichen Ausgaben sind 1984 real nicht gestiegen; beim Abbau der Neuverschuldung halfen auch die Erlöse aus der fortgesetzten Teilprivatisierung staatlicher Unternehmen.

Die Bank von England ließ 1984 einen Anstieg der Geldmenge Sterling M3 am oberen Rand des Korridors (6 vH bis 10 vH) zu. Die langfristigen Zinsen folgten den amerikanischen. Das Pfund Sterling verlor nicht nur gegenüber dem Dollar, sondern auch gegenüber anderen Währungen an Wert; dies führte zu einer starken Verteuerung der Importe. Zu einem weiteren Kursrückgang kam es, als der Ölpreis im Herbst 1984 unter Druck geriet.

24. Frankreich hat sich erst spät zu einer konsequenten Stabilisierungspolitik entschlossen. Auf dem Weg zu einer wirtschaftlichen Erholung ist es daher noch immer erheblich zurück. Die im Frühjahr 1983 eingeleiteten Restriktionsmaßnahmen sind indes nicht ohne Erfolg geblieben. Der Preis- und Kostenauftrieb, Haupthindernis für eine durchgreifende Belebung, hat um einiges abgenommen. Statt um 9½ vH, wie im letzten Jahr, sind die Verbraucherpreise 1984 im Jahresmittel nurmehr um 7½ vH gestiegen, und das Defizit in der Handelsbilanz hat sich um etwa ein Drittel verringert. Bei vorerst noch verhaltener Binnennachfrage hat der verstärkte Zuwachs der Nachfrage aus dem Ausland immerhin für einen Anstieg des realen Sozialprodukts von rund 1½ vH gesorgt. Die Arbeitslosigkeit hat dabei allerdings weiter zugenommen.

Zur Korrektur stehen nicht nur Fehlentwicklungen der letzten Jahre an, sondern ebenso wie in vielen anderen Ländern sind auch langfristige Versäumnisse wettzumachen. Die Rentabilität vieler Unternehmen hatte sich schon seit Mitte der siebziger Jahre ständig verschlechtert; eine Reihe von Großunternehmen weist riesige Verlustvorräte aus. Hierzu hatte zunächst vor allem der starke Anstieg der Löhne beigetragen. In den letzten Jahren ka-

men Regelungen hinzu, die es den Unternehmen verbieten oder erschweren, Personal, für das sie keine Arbeit haben, zu entlassen. Obendrein wurden den Unternehmen mehr und mehr Abgaben aufgelastet. Gegen den damit verbundenen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit brachten Abwertungen des Franken jeweils nur vorübergehend Hilfe, zumal sie die Einfuhr notwendiger Vorprodukte verteuerten (Schaubild 5). Weit schwerer als die Verluste von Marktanteilen im Ausland wog das Vordringen ausländischer Anbieter im Inland. Besonders zu spüren bekamen dies die Hersteller von Haushaltsmaschinen, Unterhaltungselektronik und Kraftfahrzeugen; betroffen waren aber auch viele Investitionsgüterhersteller.

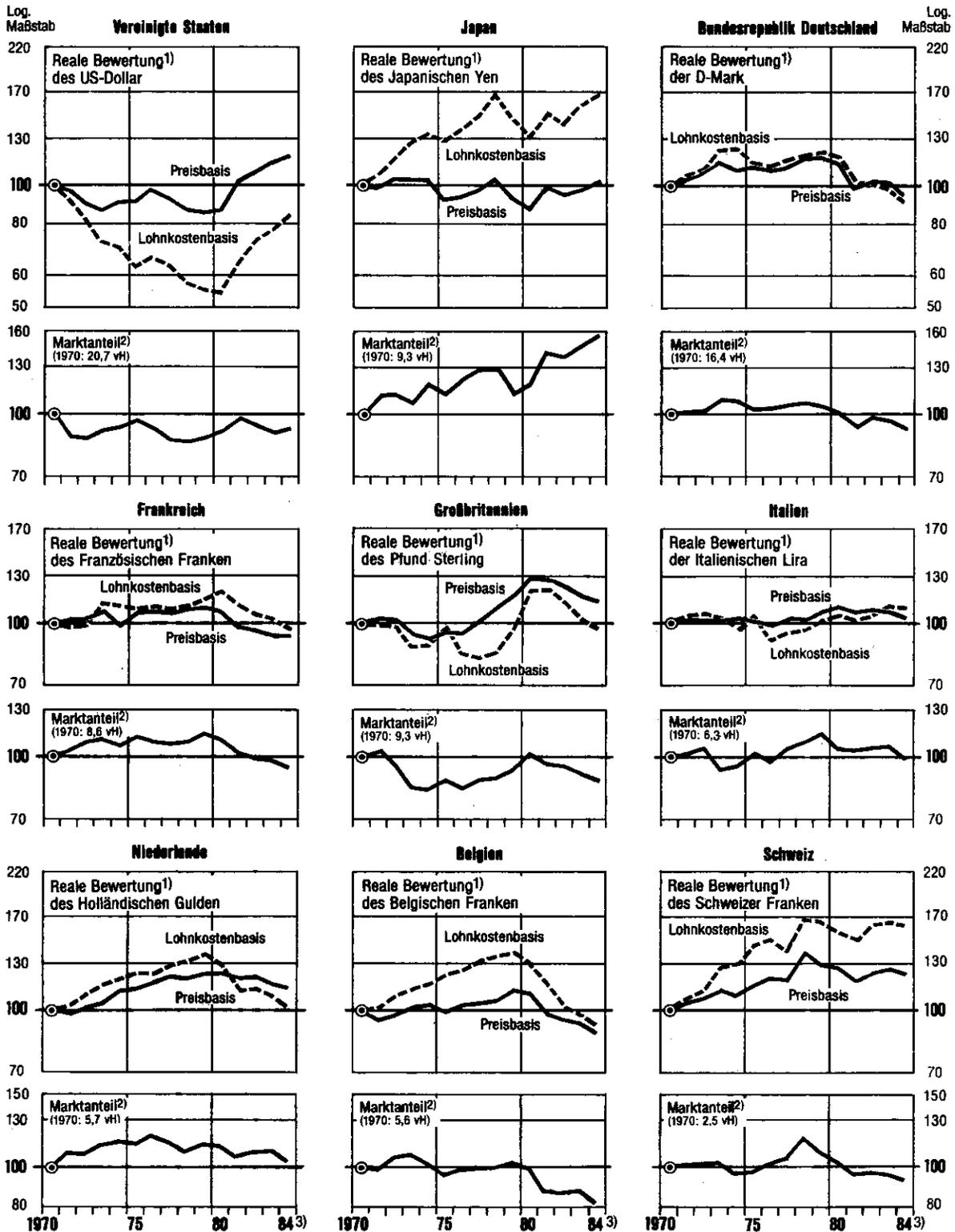
In der öffentlichen Diskussion stand die Verschlechterung wichtiger konstitutioneller Faktoren meist hinter dem zurück, was in der Finanzpolitik geschah. In den siebziger Jahren hatte die französische Regierung die Haushaltsdefizite in engen Grenzen gehalten. Mit der kräftigen Ausgabenexpansion kam es dann 1981 zu einer Abkehr von dieser Linie. Die Folgen trugen im Frühjahr 1983 mit dazu bei, eine scharfe Kehrtwendung unumgänglich zu machen. Bislang konnte die Ausgabendynamik allerdings nicht entscheidend eingedämmt werden, die Staatsquote in den letzten drei Jahren um mehr als 3 Prozentpunkte auf 52 vH hat steigen lassen. Zu diesem Sprung haben die Sozialausgaben und die Zinsausgaben am stärksten beigetragen, am wenigsten die Ausgaben für Investitionen. Gleichzeitig ist die investitions-hemmende Abgabenbelastung gestiegen; die Summe von Steuern und Sozialabgaben macht 1984 im Verhältnis zum Sozialprodukt 2 Prozentpunkte mehr aus als drei Jahre zuvor.

Die neue Regierung hat vor diesem Hintergrund die Rückführung des Haushaltsdefizits bei gleichzeitiger Senkung der Abgabenlast noch einmal als vordringlich herausgestellt und im übrigen die Akzente verstärkt auf die Modernisierung der Wirtschaft gesetzt (Tabelle 3). Indem der Staat den Unternehmen über Steuererleichterungen mehr von dem verdienten Geld beläßt, will er das Seine dazu beitragen, deren unzureichende Eigenkapitalausstattung zu verbessern. Gleichzeitig sind verstärkte Ausgabensteigerungen für die Forschungsförderung, aber auch im Ausbildungsbereich geplant. Dazu soll an anderer Stelle, und das heißt vornehmlich beim Staatsverbrauch, um so kürzer getreten werden.

25. In Italien ist es 1984 trotz der großen Probleme, die die verschiedenen Regierungen seit Jahren vor sich herschieben, zu einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um etwa 2½ vH und zu einem Ende des Beschäftigungsabbaus gekommen.

Das drängendste Problem ist nach wie vor die Eindämmung des riesigen staatlichen Kreditbedarfs, der in diesem Jahr auf über 98 000 Mrd Lire, das sind mehr als 16 vH des Sozialprodukts, angewachsen ist. Die italienische Notenbank versucht weiterhin, die monetäre Expansion trotz des hohen staatlichen Kreditbedarfs einigermaßen in Grenzen zu

ZUR AUSSENHANDELSSITUATION AUSGEWÄHLTER LÄNDER  
1970 = 100



1) Wechselkursbereinigte relative Veränderung der Durchschnittswerte der Ausfuhr bzw. der Lohnstückkosten gegenüber der Gruppe der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer, zusammengewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen der Länder an der Weltausfuhr. - 2) Anteil der Ausfuhr der Länder an der Gesamtausfuhr der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer. - 3) Eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank, DIW, OECD, UN

Tabelle 3

## Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
	<b>Internationale Ereignisse</b>
<b>1984</b>	
9. Januar	Der Exekutivausschuß des Internationalen Währungsfonds (IWF) beschließt, die Kreditvergabe im Rahmen des „erweiterten Zugangs zu den Mitteln des Fonds“ mit einigen Einschränkungen bis Ende 1984 zu verlängern.
15. März	Der IWF gibt bekannt, daß 142 Länder im Rahmen der 8. Allgemeinen Quotenüberprüfung einer Erhöhung der Quoten von 61 Mrd SZR auf 90 Mrd SZR zugestimmt haben.
30. April	Der IWF teilt mit, daß die Zentralbanken von 19 Industrieländern (ausgenommen USA) und Saudi-Arabien für das kommende Jahr Mittel in Höhe von insgesamt 6 Mrd SZR zur Verfügung stellen.
11. Juli	Die Konferenz der OPEC-Mitgliedstaaten beschließt, den offiziellen Ölpreis und die Fördermengen nicht zu ändern.
22. September	Der Interimsausschuß des IWF schlägt vor, die Regelung des „erweiterten Zugangs zu den Mitteln des Fonds“ bis 1985 zu verlängern.
	<b>Europäische Gemeinschaften</b>
<b>1983</b>	
13. November	Die EG-Kommission schlägt vor, das Stahlquotensystem bis Ende 1985 zu verlängern und Mindestpreise für gewisse Stahlerzeugnisse einzuführen.
30. November	Der EG-Ministerrat beschließt, die Einfuhrzölle auf japanische Kompaktschallplattengeräte für die Jahre 1984 und 1985 zu verdoppeln.
20. Dezember	Das Europäische Parlament billigt den EG-Haushalt für 1984. Die Eigenmittel werden bis zu einem Restbetrag von 43 Mio ECU voll ausgeschöpft.
<b>1984</b>	
26. Januar	Der EG-Ministerrat nimmt den Vorschlag über eine Verlängerung des Stahlquotensystems bis Ende 1985 mit einigen Änderungen an.
31. März	Der Rat der Landwirtschaftsminister einigt sich auf eine Reform der gemeinschaftlichen Agrarpolitik. Vorgesehen sind vor allem eine Senkung der Agrarpreise im Haushaltsjahr 1984/85 und eine stufenweise Abschaffung des Grenzausgleichs.
23. Mai	Die EG-Kommission legt einen Haushaltsentwurf vor, dessen Ausgabensatz mit 28,1 Mrd ECU die veranschlagten Einnahmen um 1,9 Mrd ECU übersteigt.
20. Juni	Der Rat der Landwirtschaftsminister beschließt neue Regeln für die Vergabe von Mitteln aus dem Europäischen Regionalfonds.
26. Juni	Die Regierungschefs der Mitgliedsländer einigen sich über die Erhöhung der Mehrwertsteuer-Eigenmittel der Gemeinschaft und über die Beitragsausgleichsregelung für Großbritannien und geben ihre Zustimmung zu den Plänen der deutschen Regierung, durch Änderungen bei der Mehrwertsteuer die aus dem Abbau des Grenzausgleichs entstehenden Einkommenseinbußen für Landwirte auszugleichen.
17. September	Die EG-Finanzminister ändern die Gewichte der EWS-Währungen im ECU und beziehen die Griechische Drachme ein.
10. Oktober	Das Europäische Parlament stimmt der vorher von ihm blockierten Auszahlung des als Beitragsausgleich für Großbritannien für das Jahr 1983 festgelegten Betrags von 750 Mio ECU zu.
25. Oktober	Das Europäische Parlament billigt den Nachtragshaushalt für 1984.
	<b>Belgien</b>
<b>1983</b>	
24. November	Die belgische Nationalbank hebt den Diskontsatz von 9% auf 10% und den Lombardsatz von 10% auf 11% an.

Datum	
<b>1984</b>	
16. Februar	In der Folge anhaltender Spannungen im EWS erhöht die belgische Nationalbank den Diskontsatz auf 11% und den Lombardsatz auf 12%.
11. Juli	Die Tarifpartner schließen ein Rahmenabkommen über eine Lohnerhöhung um 1,5 vH pro Jahr für 1985 und 1986 und über die verstärkte Bereitstellung von Teilzeitarbeitsplätzen. Sie treten in Verhandlungen über die allgemeine Einführung der 38-Stunden-Woche ein.
31. Juli	Der Haushaltsentwurf der Regierung für 1985 sieht eine Zunahme der Einnahmen um 6 vH und der Ausgaben um 4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> vH vor; der geplante Anstieg der Ausgaben ist geringer als der erwartete Anstieg des Preisniveaus. Das Defizit beläuft sich danach auf 10 vH des Brutto-sozialprodukts.
11. Oktober	Die Regierung senkt einige kontrollierte Energiepreise, um den Effekt der Dollaraufwertung zu verringern.
	<b>Dänemark</b>
<b>1983</b>	
7. November	Die Regierung gibt die Aufhebung von Kapitalexportheschränkungen mit Wirkung vom 1. Januar 1984 bekannt. Erleichtert wird vor allem der Kauf ausländischer Aktien.
16. Dezember	Nach einer Abstimmungsniederlage über ein Haushaltsgesetz löst die Regierung das Parla-ment auf und setzt Neuwahlen für den 10. Januar 1984 an.
<b>1984</b>	
23. Februar	Die wiedergewählte Regierung erhält für das umstrittene Haushaltsgesetz die Zustimmung des Parlaments.
15. August	Der Haushaltsentwurf der Regierung für 1985 sieht vor, daß die Ausgaben um 2 vH steigen, die Einnahmen sollen um 5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> vH zunehmen. Das Haushaltsdefizit soll von 8 vH auf 7 vH des Bruttosozialprodukts vermindert werden.
18. September	Die Nationalbank beschließt Maßnahmen zur Eindämmung der Kreditexpansion.
	<b>Frankreich</b>
<b>1983</b>	
25. November	Die staatliche Preiskommission kündigt an, die Preiskontrollen zum Teil bis Ende 1984 aufrechtzuerhalten.
7. Dezember	Die Regierung gibt Erleichterungen bei einigen Devisenbeschränkungen bekannt.
16. Dezember	Die Regierung kündigt an, daß die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst 1984 um nicht mehr als 5 vH zunehmen sollen.
<b>1984</b>	
9. Februar	Regierung und Tarifpartner kommen im Streit um die Finanzierung der Arbeitslosenversiche-rung zu einer Einigung. Sie bringt für die öffentliche Hand erhebliche Mehrkosten.
10. Februar	Die Regierung einigt sich auf ein Programm zur Umstrukturierung der Wirtschaft.
12. September	Die Regierung beschließt den Rahmen für den Haushaltsplan 1985. Die Ausgaben sollen um 6 vH, die Einnahmen um 5 vH zunehmen, das Defizit soll nicht mehr als 3 vH des Bruttosozial-produkts betragen, und die Steuerquote soll durch Ermäßigungen der Einkommensteuer und anderer Abgaben um 1 Prozentpunkt gesenkt werden.
26. September	Die Regierung ergreift arbeitsmarktpolitische Maßnahmen mit dem Ziel, bis Ende 1985 eine halbe Million neue Arbeitsplätze zu schaffen.
2. Oktober	Die Regierung erklärt, daß das Defizit im Haushalt 1984 mit 3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> vH des Bruttosozialprodukts höher ausfällt als geplant.
3. Oktober	Die Regierung beschließt, die Quellensteuer auf Kapitalerträge von ausländischen Anlegern abzuschaffen.

noch Tabelle 3

Datum	
	<b>Griechenland</b>
1983 30. November	Die Regierung legt dem Parlament den Haushaltsentwurf für das Jahr 1984 vor. Danach sollen die Ausgaben der Zentralregierung um 19,8 vH, die Einnahmen um 25,1 vH zunehmen. Das Defizit wird auf 10 vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt.
	<b>Großbritannien</b>
1984 13. März	Die Regierung legt den Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 1984/85 vor. Danach sollen die Ausgaben um 5 vH, die Einnahmen um etwa 8 vH zunehmen. Der Finanzierungsbedarf wird auf 2 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt (nach 3 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> vH im Haushaltsjahr 1983/84).
	<b>Italien</b>
1984 15. Februar	Nachdem die Gespräche der Tarifpartner über Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation gescheitert sind, beschließt die Regierung per Dekret, die automatische Lohnanpassung für 1984 um ein Viertel zu kappen und die Mieten einzufrieren.
16. Februar	Der Diskontsatz der Notenbank wird von 17% auf 16% gesenkt.
17. April	Nachdem das Dekret zur Begrenzung der automatischen Lohnanpassung im Parlament keine Billigung gefunden hat, erneuert es die Regierung im wesentlichen unverändert; die Begrenzung der Lohnanpassung wird aber auf sechs Monate von Februar an beschränkt.
5. Mai	Der Diskontsatz wird auf 15 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> % ermäßigt.
8. Juni	Das Parlament stimmt der Neufassung des Dekrets zur Eindämmung der Inflation zu.
17. Juli	Das Parlament setzt die jährliche Anpassung der Renten an die Inflation für 1984 aus.
31. Juli	Die Regierung beschließt eine Reihe von Steueränderungen. Die Mehrwertsteuersätze werden vereinheitlicht und betragen jetzt für die meisten Güter 9 vH beziehungsweise 18 vH. Außerdem werden die Bestimmungen für die Besteuerung von Selbständigen verschärft.
4. September	Der Diskontsatz wird von 15 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> % auf 16 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> % angehoben.
28. September	Der Haushaltsentwurf für 1985 sieht einen Ausgabenanstieg um 9 vH und eine Zunahme der Einnahmen um 11 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> vH vor. Das Defizit soll auf dem Stand des Jahres 1984 gehalten werden.
	<b>Japan</b>
1983 10. November	Die Regierung kündigt weitere Erleichterungen im Kapitalverkehr mit dem Ausland an. In einer bilateralen Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten werden Maßnahmen zur Förderung des Güterausstauschs zwischen den beiden Staaten beschlossen.
1984 19. Januar	Die Regierung legt Vorschläge für eine Einkommensteuerreform vor. Vorgesehen sind unter anderem eine Senkung des Spitzensteuersatzes von gegenwärtig 75 vH auf 70 vH, Steuererleichterungen für niedrige Einkommensgruppen und Steuerkredite für Investoren. Die Finanzierung soll über eine Anhebung verschiedener Verbrauchsteuern erfolgen.
25. Januar	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 1984/85 vor. Danach sollen die Ausgaben um 0,5 vH, die Einnahmen um 2,5 vH zunehmen. Das Defizit wird auf 4,3 vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt.
20. April	Die Regierung beschließt, drei Viertel der für das Haushaltsjahr 1984/85 vorgesehenen öffentlichen Investitionen in der ersten Hälfte des Haushaltsjahres zu tätigen.
22. Mai	Die Quellensteuer auf Zinserträge von Anleihen im Besitz von Ausländern in Höhe von 20 vH wird aufgehoben.
29. Mai	Die Regierung beschließt im Übereinkommen mit der Regierung der Vereinigten Staaten weitere Schritte zur Öffnung der Finanzmärkte in Japan und zur Deregulierung der Finanzmärkte.

Datum	
	<b>Niederlande</b>
<b>1983</b>	
15. Dezember	Das Parlament billigt für 1984 eine Kürzung der Beamtengehälter sowie der Sozialleistungen und der Mindestlöhne im öffentlichen Dienst um 3 vH.
<b>1984</b>	
18. September	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1985 vor. Die Ausgaben sollen um 1 vH, die Einnahmen um 2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> vH zunehmen. Das Defizit soll um 2 Mrd Gulden geringer ausfallen.
11. Oktober	Die Zweite Kammer mildert einige Sparbeschlüsse der Regierung für den Haushalt 1985 ab.
12. Oktober	Die Regierung schlägt ein Bündel von Maßnahmen zur Dämpfung des Kostenauftriebs und zur Flexibilisierung der Arbeitszeit vor.
	<b>Schweiz</b>
<b>1983</b>	
16. Dezember	Die Nationalbank gibt das Geldmengenziel für 1984 bekannt. Die Zentralbankgeldmenge soll um 3 vH zunehmen (erwarteter Anstieg des Sozialprodukts 3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> vH bis 4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> vH).
<b>1984</b>	
9. Mai	Die Regierung beschließt eine Anpassung der Einkommensteuer an die Geldentwertung in den Jahren 1982 und 1983. Der neue Tarif tritt 1985 in Kraft.
	<b>Vereinigte Staaten</b>
<b>1983</b>	
18. November	Der Kongreß billigt die Erhöhung der amerikanischen Quote beim Internationalen Währungsfonds (5,8 Mrd Dollar) und den amerikanischen Beitrag zu den Allgemeinen Kreditvereinbarungen (2,6 Mrd Dollar).
<b>1984</b>	
1. Februar	Der Präsident stellt den Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 1984/85 vor. Danach sollen die Ausgaben um 8,4 vH, die Einnahmen um 11,2 vH zunehmen. Das Defizit des Bundeshaushalts wird auf 180,4 Mrd Dollar veranschlagt, das entspricht 4,6 vH des Bruttosozialprodukts.
6. Februar	Die Notenbank überprüft die Zielvorgaben für die Geldpolitik für 1984. Die Geldmenge M 1 soll vom vierten Vierteljahr 1983 bis zum vierten Vierteljahr 1984 um 4 vH bis 8 vH zunehmen, die Geldmenge M 2 und die Geldmenge M 3 um 6 vH bis 9 vH.
27. Juni	Der Kongreß beschließt die Aufhebung der Quellensteuer für ausländische Kapitalanleger.
18. Juli	Eine Reihe von Änderungen auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite des Bundeshaushalts treten in Kraft, von denen eine Minderung des Defizits um 63 Mrd Dollar über einen Zeitraum von drei Jahren erwartet wird. Die Aufhebung der Quellensteuer für ausländische Kapitalanleger tritt durch Zustimmung des Präsidenten in Kraft.
25. Juli	Die Notenbank bestätigt die Geldmengenziele für 1984. Für 1985 soll die Zuwachsrate der Geldmenge M 3 ebenfalls 8 vH bis 9 vH betragen, die Obergrenze des Korridors für die Geldmenge M 1 und für die Geldmenge M 2 soll im Vergleich zu 1984 geringfügig herabgesetzt werden.
18. September	Der Präsident schlägt ein neues fünfjähriges Abkommen zur Begrenzung des Importanteils am amerikanischen Stahlmarkt von gegenwärtig 25 vH auf 20 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> vH vor.
1. Oktober	Der Kongreß beschließt eine Obergrenze für die Ausgaben im Haushaltsjahr 1984/85 von 932 Mrd Dollar. Das Defizit beträgt danach 181 Mrd Dollar.
9. Oktober	Der Kongreß billigt ein Gesetz, das Importbegünstigungen für Entwicklungsländer für weitere achteinhalb Jahre sowie Möglichkeiten zur Beschränkung von Importen aus Industrieländern vorsieht.

halten. In diesem Jahr gelang dies auch. Die Inflationsrate hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 14½ vH auf 11 vH zurückgebildet. Dazu dürfte auch die Entschlossenheit der Regierung beigetragen haben, den seit mehreren Jahren überaus kräftigen Anstieg der Löhne spürbar zu begrenzen. Doch die Verbesserungen stehen bislang auf tönernen Füßen. Viel hängt davon ab, ob die Gewerkschaften nach dem Auslaufen der für ein halbes Jahr vereinbarten abgeschwächten Lohnindexierung zu Zugeständnissen bereit sind und ob es der Regierung gelingen wird, den hohen staatlichen Kreditbedarf einzudämmen. Nach wie vor ist die Spannung zwischen der Geldpolitik und der Finanzpolitik beträchtlich.

Erstaunlich ist angesichts dessen die Flexibilität der italienischen Industrie. Strukturuntersuchungen haben ergeben, daß die seit Mitte der siebziger Jahre vergleichsweise kräftige Ausdehnung der Industrieproduktion unter anderem mit einer rapiden Zunahme von Betriebsgründungen einherging, darunter auch solchen, die durch die Ausgliederung von Produktionsstätten aus Großunternehmen entstanden. Die durchschnittliche Betriebsgröße hat sich im Zeitraum von Anfang der siebziger Jahre bis zu den frühen achtziger Jahren um ein Drittel vermindert. Vor allem die Großunternehmen, die sich zur Auslagerung von Betriebszweigen entschlossen und dies mit Rationalisierungsmaßnahmen verbanden, konnten beachtliche Einsparungen erzielen. Bemerkenswert ist, daß gerade diese Unternehmen in der ersten Jahreshälfte 1984 herausragende Produktionszuwächse erreichen konnten. Bemerkenswert ist im übrigen, daß Italien auch in traditionellen Industrien — Bekleidung, Schuhe und Möbel — durch hohe Qualität und anspruchsvolles Design zusätzliche Marktanteile erringen konnte, trotz der massiven Konkurrenz aufstrebender Entwicklungsländer.

26. In den meisten kleinen Ländern Europas ist es 1984 zu einer wirtschaftlichen Erholung gekommen. Schon im vergangenen Jahr war ihr Export im Zuge der Kräftigung des Welthandels angestiegen. Eine bessere Auslastung der Kapazitäten, geringere Lohnstückkosten sowie höhere Gewinne förderten nun auch die Investitionstätigkeit; besonders in den Niederlanden, in Dänemark, in Norwegen und in Schweden hat sie sich spürbar belebt. Für einen Abbau der Arbeitslosigkeit hat es aber noch nicht gereicht; vor allem die Niederlande und Belgien haben weiterhin mit gravierenden Beschäftigungsproblemen zu kämpfen.

27. Auffällig ist, daß ein Land mit reichen Gasvorkommen wie die Niederlande die volkswirtschaftlichen Belastungen der siebziger und der beginnenden achtziger Jahre nicht besser bewältigen konnte, da im Prinzip doch die Entdeckung eines Rohstoffs einer Volkswirtschaft Vorteile in Form eines Vermögenszuwachses und steigender Realeinkommen bringt.

Die Ausweitung der niederländischen Erdgasförderung hatte Ende der sechziger Jahre dazu geführt, daß Energie besonders billig war; so erlangten ener-

gieintensive Güter an der inländischen Produktion und im holländischen Exportsortiment allmählich einen sehr hohen Anteil. Bis zum Jahre 1973 zogen die betreffenden Sektoren aus den sinkenden Energiepreisen große Vorteile. Die beachtlichen Lohnsteigerungen, die dort erzielt werden konnten, zogen auch in den anderen Bereichen der Volkswirtschaft kräftige Lohnsteigerungen nach sich mit der Folge eines Rückgangs an Wettbewerbsfähigkeit.

Dann kam der Wechsel in den grundlegenden Bedingungen. Schon der erste große Ölpreisschub ließ die Nachfrage nach den nun teuren, energieintensiven Gütern weltweit rapide abnehmen. Die Kapazitäten in den energieintensiven Sektoren mußten verringert werden. Der Kapazitätsabbau und die starke Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit auch der übrigen verarbeitenden Industrie bedingten einen Beschäftigungsrückgang. Der Neuaufbau industrieller Aktivität zum Ausgleich der verlorenen aber ließ auf sich warten. Erst im Zuge der sich verschärfenden Arbeitsmarktsituation kam es nach 1978 zu einer spürbaren Abflachung im Anstieg der Löhne. Im Jahre 1983 konnten niederländische Exporteure erstmals wieder Marktanteile gewinnen.

Zu den Fehlentwicklungen im Verlauf der siebziger Jahre trug auch bei, daß der Staat einen Großteil seiner Einnahmen aus der Erdgasproduktion für Ausgabensteigerungen verwendete. Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst wurde erweitert, und die ohnehin relativ hohen staatlichen Sozialleistungen wurden kräftig aufgestockt. Als sich die Energienachfrage dann von Mitte der siebziger Jahre an weltweit abschwächte, zeigt sich, daß die Einnahmen aus der Gasproduktion kleiner waren als in den finanziellen Verpflichtungen des Staates verplant. So mußte mit der Industrie auch der Staatshaushalt schrumpfen, jedenfalls gegenüber dem, was an Expansion programmiert war.

Schon seit 1979 ist die Wirtschaftspolitik darauf ausgerichtet, den Zuwachs bei den Sozialausgaben einzudämmen, den Lohnanstieg zu dämpfen und die Wettbewerbsfähigkeit der niederländischen Industrie zu verbessern. Über eine strenge Einkommenspolitik ist es der Regierung gelungen, die Lohnstückkosten zu stabilisieren. Dies ging einher mit einer drastischen Beschränkung des privaten Verbrauchs. Die allgemeine Anpassung nach unten verschärfte die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter. Erst 1984, nach mehrjähriger Dämpfung des Kostenanstiegs, die schließlich auch bei abnehmenden Preissteigerungen eine merkliche Verbesserung der Unternehmenserträge zuließ, kam der Beschäftigungsabbau zu einem Ende.

In den Niederlanden sind eine Reihe von Anpassungsproblemen, mit denen fast alle Industrieländer zu tun hatten und noch haben, besonders deutlich hervorgetreten, weil dort die Fehlanpassung an billige Energie und die nötige Rückanpassung an teure der Entwicklung ein so klares Profil gaben.

28. In Belgien sind die großen wirtschaftlichen Sorgen trotz der Ende 1983 einsetzenden Erholung kaum geringer geworden. Die immer weiter stei-

gende Zinslast der öffentlichen Haushalte, die im Verhältnis zum Sozialprodukt mittlerweile jene Italiens überschritten hat, verminderte den Konsolidierungseffekt der schon seit längerem getroffenen zahlreichen Sparmaßnahmen. So konnte der Fehlbetrag im öffentlichen Haushalt noch nicht nennenswert verringert werden.

Die fortbestehenden Finanzierungsprobleme brachten Anfang 1984 den belgischen Franken im Europäischen Währungssystem einmal mehr unter Druck. Mitte März gab die Regierung daraufhin einen neuen Sanierungsplan bekannt. Vorgesehen ist, die Sozialleistungen schrittweise weiter zu kürzen, Steuervergünstigungen abzubauen, die öffentlichen Tarife anzuheben und die begrenzte Lohnindexierung beizubehalten. Erneut ging der private Verbrauch zurück. Positiv schlug hingegen zu Buche, daß belgische Unternehmen, deren Wettbewerbsfähigkeit sich bereits in den beiden vergangenen Jahren, auch von den Lohnkosten her, merklich verbessert hatte, 1984 weitere Marktanteilsgewinne im Export erzielen und ihre Kapazitäten stärker auslasten konnten. Da sich zugleich die Ertragslage weiter besserte, haben die Unternehmen trotz hoher Zinsen auch wieder etwas mehr investiert.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte 1984 um etwa 1½ vH größer ausfallen als 1983. Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich — mitbedingt durch zahlreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen — nicht weiter verschlechtert.

#### IV. Lebhafter Welthandel, anhaltende Verschuldungsprobleme

29. Der Welthandel hat 1984 kräftig zugenommen. In konstanten Preisen gerechnet war er um schätzungsweise 9 vH umfangreicher als im Vorjahr. Die dominierende Rolle spielte dabei der starke Importsoff der Vereinigten Staaten. Ins Gewicht fiel daneben aber auch der vermehrte Warenaustausch der übrigen Industrieländer untereinander. Der Beitrag der anderen Ländergruppen hielt sich indes in vergleichsweise engen Grenzen. Anhaltende Verschuldungsprobleme, durch die hohen Zinsen mitbedingt, zwangen in vielen Fällen weiterhin, bei der Einfuhr kurz zu treten. Im ganzen hätte der Welthandel freilich noch stärker expandieren können, wäre nicht weltweit die Neigung nach wie vor groß, mit protektionistischen Praktiken eigene Probleme auf andere abzuwälzen.

30. Die Staatshandelsländer haben seit Anfang der achtziger Jahre, als einige von ihnen die Devisen zur Bedienung ihrer Außenschuld nicht mehr erwirtschafteten, ihre Wirtschaftspläne vorrangig auf eine Verbesserung der Leistungsbilanz ausgerichtet. In den vergangenen beiden Jahren vollzogen sie die nötige Anpassung vielfach über eine Drosselung der Importe aus den westlichen Industrieländern. Im Jahr 1984 konnten sie diesen auch wieder mehr verkaufen. Da zugleich aber auch die Einfuhr von dort wieder zunahm, dürfte der Leistungsbilanzüberschuß gegenüber dem OECD-Raum in etwa dem des Vorjahres entsprechen.

31. Die OPEC-Staaten, die schon in den vergangenen Jahren infolge des weltweit nachlassenden Ölverbrauchs und des damit verbundenen Rückgangs der Ölpreise eine erhebliche Minderung ihrer Exporterlöse verzeichnet und im Zuge dessen auch ihre Importe spürbar vermindert hatten, haben 1984 nochmals ihre Einfuhr von Waren und Diensten gekürzt. Dazu gezwungen sahen sich vor allem die bevölkerungsreichen Ölländer, die in den Jahren hoher Einnahmen aus dem Export keine großen Reserven angesammelt hatten. Sie haben die Einfuhr so stark gedrosselt, daß ihre Leistungsbilanzdefizite auf weniger als die Hälfte zurückgingen (Tabelle 4).

32. Die nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländer boten auch 1984 ein uneinheitliches Bild. Beeindruckende Exporterfolge konnten in diesem wie schon im vergangenen Jahr die Staaten des pazifischen Raums erzielen. Die dort gegebenen günstigen Bedingungen fürs Produzieren und Investieren waren hierfür wichtige Voraussetzungen. Eine kräftige Importnachfrage in den Hauptabnehmerländern tat ihr übriges.

Umgekehrt war dies bei den Entwicklungsländern Afrikas. Hier kamen ungünstige Bedingungen im Inneren und eine vergleichsweise schwache Importnachfrage der Haupthandelspartner in Europa zusammen.

Über der Besorgnis um das internationale Schuldenproblem tritt die katastrophale Lage vieler Länder Afrikas in der wirtschaftspolitischen Diskussion vielfach in den Hintergrund. In den vergangenen Jahren sind dort die Einkommen gemessen am Bevölkerungszuwachs von einem ohnehin niedrigen Niveau ständig gesunken. Eine Umkehr dieser Entwicklung zeichnet sich nicht ab.

33. Die hochverschuldeten Länder Lateinamerikas konnten 1984 ihre Exporterlöse zwar spürbar steigern, die Zinslast nahm aber vielfach in gleichem Tempo zu. Damit sie ihre Einfuhr nach den vorangegangenen starken Beschränkungen wieder ausweiten konnten, verschuldeten sie sich weiter.

Was heute als das internationale Schuldenproblem bezeichnet wird, ist in erster Linie ein regionales Problem. Im wesentlichen handelt es sich um die Länder Lateinamerikas, abgesehen von einigen wenigen hochverschuldeten Ländern in Asien (Philippinen), in Afrika (Nigeria) und im Ostblock (Polen). Und selbst innerhalb der Gruppe der lateinamerikanischen Länder gibt es, was die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Voraussetzungen angeht, große Unterschiede. Einige Länder sind Ölexporteure, andere fast ohne eigene Energiequellen; einige verfügen über eine beachtliche industrielle Basis, andere sind vorwiegend auf den Export von landwirtschaftlichen Gütern und mineralischen Rohstoffen angewiesen, einige sehen sich großen politischen Problemen gegenüber, andere sind von politischen Wirren verschont geblieben. Mit Blick auf die Anpassungserfolge bildeten sich 1984 deutliche Unterschiede heraus.

Tabelle 4

## Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz ausgewählter Länder

Mio US-Dollar

Land	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984 <sup>1)</sup>
	Salden der Handelsbilanz <sup>2)</sup>							
Bundesrepublik Deutschland	+19 789	+25 490	+ 17 469	+ 10 393	+ 17 884	+26 700	+23 350	+ 19 500
Belgien-Luxemburg	- 1 214	- 1 048	- 2 511	- 3 714	- 2 818	- 1 900	- 300	+ 100
Dänemark	- 2 706	- 2 349	- 3 064	- 2 008	- 867	- 800	+ 200	- 400
Frankreich	- 2 835	+ 748	- 2 097	- 13 028	- 10 123	-15 500	- 8 209	- 5 500
Griechenland	- 3 261	- 3 608	- 5 167	- 5 719	- 5 377	- 4 800	- 4 300	- 4 300
Großbritannien	- 3 984	- 2 958	- 7 307	+ 2 866	+ 5 766	+ 4 100	- 1 085	- 5 300
Irland	- 820	- 1 067	- 2 320	- 2 223	- 2 223	- 1 100	- 100	+ 200
Italien	- 134	+ 2 898	- 952	- 16 336	- 10 586	- 7 925	- 3 078	- 3 300
Niederlande	- 244	- 1 471	- 1 406	- 1 409	+ 3 901	+ 4 500	+ 4 200	+ 4 500
EG-Länder	+ 4 591	+16 635	- 7 355	- 31 178	- 4 443	+ 3 275	+10 678	+ 5 500
Vereinigte Staaten	-31 091	-33 966	- 27 555	- 25 544	- 28 067	-36 500	-61 055	-109 000
Kanada	+ 2 949	+ 3 913	+ 3 923	+ 7 780	+ 6 627	+15 000	+14 886	+ 16 500
Japan	+17 311	+24 596	+ 1 845	+ 2 125	+ 19 967	+18 079	+31 454	+ 41 500
Österreich	- 3 857	- 2 982	- 3 746	- 5 983	- 4 224	- 3 000	- 3 300	- 3 400
Schweden	+ 310	+ 2 569	+ 818	- 399	+ 1 600	+ 800	+ 3 100	+ 5 100
Schweiz	+ 254	+ 721	- 1 536	- 4 795	- 2 565	- 1 400	- 2 300	- 3 200
OECD-Länder	-24 000	+ 5 000	- 40 000	- 74 000	- 28 000	-20 000	-15 000	- 48 000
OPEC-Länder <sup>3)</sup>	+61 000	+40 000	+114 000	+168 000	+126 000	+63 000	+52 000	+ 62 000
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) <sup>4)</sup>	-13 000	-24 000	- 36 000	- 55 000	- 67 000	-48 000	-24 000	- 12 000
	Salden der Leistungsbilanz							
Bundesrepublik Deutschland	+ 4 090	+ 9 017	- 6 052	- 15 748	- 5 814	+ 3 570	+ 4 052	+ 3 500
Belgien-Luxemburg	- 555	- 838	- 3 050	- 4 937	- 4 037	- 2 500	- 600	- 300
Dänemark	- 1 782	- 1 493	- 2 911	- 2 453	- 1 796	- 2 248	- 1 200	- 1 800
Frankreich	- 431	+ 6 999	+ 5 187	- 4 169	- 4 742	-12 070	- 4 433	- 2 000
Griechenland	- 1 078	- 955	- 1 887	- 2 209	- 2 408	- 1 886	- 1 900	- 2 000
Großbritannien	+ 94	+ 2 221	- 1 383	+ 7 520	+ 13 154	+ 9 000	+ 4 419	- 1 200
Irland	- 375	- 513	- 1 733	- 1 744	- 2 147	- 1 900	- 1 100	- 800
Italien	+ 2 465	+ 6 198	+ 5 479	- 9 681	- 8 117	- 5 466	+ 762	+ 100
Niederlande	+ 613	- 1 474	- 2 050	- 2 938	+ 2 913	+ 3 625	+ 3 600	+ 5 000
EG-Länder	+ 3 041	+19 162	- 8 400	- 36 359	- 12 994	- 9 875	+ 3 600	+ 500
Vereinigte Staaten	-14 510	-15 446	- 964	+ 421	+ 4 593	- 9 200	-41 562	- 96 600
Kanada	- 4 043	- 4 327	- 4 327	- 937	- 4 810	+ 2 200	+ 1 368	+ 1 400
Japan	+10 918	+16 534	- 8 754	- 10 746	+ 4 770	+ 6 850	+20 799	+ 31 500
Österreich	- 2 135	- 634	- 1 054	- 1 652	- 1 344	+ 714	+ 200	- 400
Schweden	- 2 124	- 282	- 2 365	- 4 451	- 2 720	- 3 600	- 1 100	+ 400
Schweiz	+ 3 441	+ 4 401	+ 2 444	- 540	+ 2 762	+ 3 900	+ 3 500	+ 2 800
OECD-Länder	-22 000	+12 000	- 29 000	- 70 000	- 28 000	-28 000	-25 000	- 66 000
OPEC-Länder <sup>3)</sup>	+27 000	- 1 000	+ 65 000	+111 000	+ 50 000	-15 000	-11 000	+ 200
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) <sup>4)</sup>	-13 000	-26 000	- 39 000	- 60 000	- 81 000	-64 000	-38 000	- 31 000

1) Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.

2) Einfuhr: fob, Ausfuhr: fob.

3) Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Oman, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

4) Afrika ohne Republik Südafrika, Mittel- und Südamerika, Asien ohne Japan und Staatshandelsländer, Ozeanien.

Quelle: OECD

Mexiko konnte bislang die größten Fortschritte verzeichnen. Es hat in den beiden vergangenen Jahren nicht nur die Produktion gesteigert und Fortschritte bei der Bekämpfung der Inflation und der Rückführung des Staatsdefizits erzielt, sondern auch Überschüsse in der Leistungsbilanz erwirtschaftet (Tabelle 5). Die internationalen Banken haben das honoriert. Sie streckten die Rückzahlungsfrist für drei Viertel der mexikanischen Schuld an ausländische Banken, das sind knapp 50 Mrd Dollar, auf 14 Jahre und senkten den Zinsaufschlag.

Brasilien war es 1983 immerhin gelungen, das Leistungsbilanzdefizit, das 1982 auf über 16 Mrd Dollar angewachsen war, auf weniger als die Hälfte zu reduzieren. Hierzu hatte nicht nur die Steigerung der Exporte nach den Vereinigten Staaten beigetragen, sondern auch die forcierte Substitution von Importen. Trotz wieder höherer Zinszahlungen konnte der Fehlbetrag in der Leistungsbilanz 1984 weiter abgebaut werden. Die Industrieproduktion, die in den Jahren 1981 bis 1983 um mehr als 15 vH zurückgegangen war, hat sich 1984 wieder etwas belebt, und der massive Beschäftigungsabbau der vergangenen Jahre kam zum Stillstand, wie die Angaben für einige Großstädte zeigen. Wenig Fortschritte gab es bislang bei der Rückführung des öffentlichen Defizits und der hohen Inflationsrate.

In Argentinien sind die nötigen Anpassungsaufgaben bisher am wenigsten angepackt worden. Der vorerst noch ungefestigte Demokratisierungsprozeß ließ kaum Maßnahmen zu, die mit großen Einschränkungen für die Bevölkerung verbunden gewesen wären.

34. Zu dem differenzierten Bild, das die einzelnen hochverschuldeten Länder bieten, paßt die in diesem Jahr von den Banken und internationalen Organisationen verfolgte Strategie, eine Bewältigung der Verschuldungskrise nur von Fall zu Fall, unter Berücksichtigung der Möglichkeiten und Notwendigkeiten der einzelnen Länder, anzupacken. Die langfristigen Umschuldungen im Falle Mexikos und Venezuelas stehen dafür.

In der gegenwärtigen Praxis der Banken, vor allem der amerikanischen, kommt zum Ausdruck, daß diese das Schuldenproblem als vorübergehendes Liquiditätsproblem sehen. Weniger geworden scheinen diejenigen zu sein, die einen Teil der gegenwärtigen Schulden als uneinbringlich ansehen und für eine Neubewertung der Schuld durch die Banken eintreten, sei es durch eine Abschreibung in der Bilanz, sei es durch einen Verzicht auf einen Teil des Schuldendienstes. Weniger geworden sind auch die Befürworter von Vorschlägen, nach denen den Banken die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre als uneinbringlich angesehenen Forderungen an bestehende oder neu zu schaffende internationale Organisationen mit einem Abschlag zu verkaufen, der geringer ist als ein etwa marktmäßig zu erwartender, und daß diese Organisationen die meist kurz- oder mittelfristigen Schulden in langfristige umwandeln; ein Teil der Verluste hätte bei diesen Vorschlägen allemal mit Steuergeldern der Industrieländer finanziert werden müssen.

Diskutiert wird nach wie vor, eine Minderung der Zinslast dadurch zu erreichen, daß Dollarkredite der hochverschuldeten Länder in niedriger verzins-

Tabelle 5

## Wirtschaftsdaten ausgewählter Entwicklungsländer

Land	Bruttosozialprodukt <sup>1)2)</sup>					Verbraucherpreise <sup>2)</sup>				
	1980	1981	1982	1983	1984 <sup>3)</sup>	1980	1981	1982	1983	1984 <sup>3)</sup>
Argentinien .....	+ 0,9	- 6,3	- 4,8	+ 2,0	+ 3½	+ 101	+ 105	+ 165	+ 344	+ 400
Brasilien .....	+ 7,2	- 1,6	+ 0,9	- 3,2	+ ½	+ 83	+ 106	+ 98	+ 142	+ 200
Mexiko .....	+ 8,3	+ 8,0	- 0,6	- 4,6	+ 2	+ 26	+ 28	+ 59	+ 102	+ 90
Süd-Korea .....	- 3,0	+ 6,9	+ 5,5	+ 9,5	+ 7½	+ 29	+ 21	+ 7,3	+ 3,4	+ 3
Land	Leistungsbilanz <sup>3)</sup>					Staatsdefizit <sup>4)</sup>				
	1980	1981	1982	1983	1984 <sup>3)</sup>	1980	1981	1982	1983	1984 <sup>3)</sup>
Argentinien .....	- 4,8	- 4,7	- 2,5	- 2,4	- 2	- 3,6	- 8,1	- 6,9	- 14,0	- 8
Brasilien .....	- 12,8	- 11,8	- 16,3	- 6,8	- 4½	- 7,1	- 12,4	- 15,2	- 16,7	- 9
Mexiko .....	- 8,2	- 13,9	- 5,8	+ 5,2	+ ½	- 3,1	- 6,7	- 10,0	- 11,7	...
Süd-Korea .....	- 5,3	- 4,6	- 2,7	- 1,6	- 1	- 4,2	- 5,2	- 4,2	- 1,6	...

<sup>1)</sup> In konstanten Preisen.

<sup>2)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

<sup>3)</sup> Mrd US-Dollar (Überschuß: +, Defizit: -).

<sup>4)</sup> Defizit des Haushalts der Zentralregierung in Prozent des Bruttosozialprodukts: Argentinien, Mexiko; Defizit des Gesamthaushalts des Staates in Prozent des Bruttosozialprodukts: Brasilien, Süd-Korea.

<sup>5)</sup> Eigene Schätzung.

Quelle: IWF

liche D-Mark-, Franken- oder Yen-Kredite umgewandelt werden, wie es etwa im Falle Mexikos vorgesehen ist. Dem Vorteil der geringeren Zinszahlungen steht aber das Risiko eines vielfach erwarteten Wertgewinns der genannten Währungen gegenüber. Ein Ausschalten dieses Risikos durch Kurssicherungsgeschäfte würde vermutlich den Zinsvorteil aufzehren.

#### V. Europäische Gemeinschaft: Nationale Interessen vor Gemeinsamkeit

35. In der Europäischen Gemeinschaft sind in diesem Jahr in einigen der drängendsten Fragen Entscheidungen getroffen worden. Die Beschlüsse zur Dämpfung des Ausgabenanstiegs im Agrarbereich und die Einigung über die Erhöhung der Mehrwertsteuereinnahmen der Gemeinschaft dürften — wenn auch noch nicht in diesem und im nächsten Jahr — zur Entspannung der Haushaltslage beitragen. Offen ist, ob im Haushalt künftig mehr Raum für andere gemeinschaftliche Aktivitäten bleibt. Im Hinblick auf das Begehren Großbritanniens nach finanzieller Entlastung wurde eine für mehrere Jahre gültige Regelung getroffen.

Auf längere Sicht tragfähige Lösungen stellen die jetzt unternommenen Schritte in ihrer Mehrzahl jedoch nicht dar. Die Reform des Agrarsystems weist in eine ordnungspolitisch bedenkliche Richtung und birgt zudem handelspolitischen Konfliktstoff. Mit der Beitragsregelung für Großbritannien wurde erstmals dem problematischen Konzept des „Nettozahlersaldos“ eines Mitgliedslandes und dem dahinter stehenden Prinzip des „gerechten Rückflusses“ gleichsam offiziell Geltung verschafft.

Vergleichsweise wenig Probleme gab es in diesem Jahr im Europäischen Währungssystem, dessen Kursgefüge sich als überraschend stabil erwies.

36. Die weitreichenden und die Landwirtschaft belastenden Maßnahmen in der gemeinsamen Agrarpolitik sind erst getroffen worden, nachdem der Haushalt im vergangenen Jahr wegen des Anstiegs der Agrarausgaben an die Grenze der Finanzierbarkeit gestoßen war.

In der Milchwirtschaft, der teuersten Sparte der gemeinsamen Agrarpolitik, gelten für zunächst fünf Jahre Obergrenzen für die zu garantierten Preisen abgenommenen Milchmengen. Für jeden Mitgliedstaat sind sogenannte Garantiemengen festgesetzt; diese werden in Form von Referenzmengen wahlweise auf die einzelnen Milcherzeuger oder auf die Molkereien aufgeteilt. Für Milchlieferungen, die über diese Referenzmengen hinausgehen, wird eine Zusatzabgabe erhoben, die im Falle der Erzeugerquoten 75 vH des Milchrichtpreises und im Falle der Molkereiquoten 100 vH des Milchrichtpreises entspricht. Die Abgabe wird jährlich festgestellt und erhoben, wobei die Molkereien den Betrag auf jene Erzeuger umzulegen haben, die ihre Produktion gesteigert haben. Von 1985 an soll die Höchst-

menge insgesamt 98,4 Mio Tonnen betragen; vorher gilt als Übergangsregelung eine höhere Grenze von 99,6 Mio Tonnen.

Verglichen mit der Produktionsmenge, die ohne die Kontingentierung zu erwarten gewesen wäre (rund 105 Mio Tonnen), stellt dies schon für 1984 und noch mehr für die kommenden Jahre eine deutliche Einschränkung dar. Zu welchen Einsparungen im Agrarhaushalt es deswegen kommt, läßt sich allerdings nicht zuverlässig absehen. Immerhin überschreitet die Interventionshöchstmenge immer noch beträchtlich die geschätzte Nachfrage. Möglicherweise gibt die Mengenbeschränkung auch verstärkt Anlaß zu neuen Anhebungen der Garantiepreise.

Auch bei anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind neue Mechanismen der Mengensteuerung eingeführt worden. Bei Sonnenblumen, Hartweizen und getrockneten Weintrauben gelten jetzt Garantieschwellen, das heißt Höchstmengen, bei deren Überschreitung die Erzeuger nicht mehr mit der vollen Preisgarantie rechnen können. Der Ministerrat und die Kommission beabsichtigen, das Garantieschwellensystem auch künftig auf Märkte auszuweiten, auf denen mit rasch steigenden Ausgaben für Interventionen zu rechnen ist.

Flankiert wurden die Mengenbeschränkungen durch die Abschaffung oder Verringerung einer Reihe von Prämien und Beihilfen sowie durch vergleichsweise restriktive Preisbeschlüsse. Die Preise für Marktordnungserzeugnisse wurden, in ECU gerechnet, im Durchschnitt um 0,5 vH gesenkt. In Landeswährungen gerechnet bedeuten die Beschlüsse wegen des gleichzeitig vereinbarten Abbaus des Währungsausgleichs allerdings, daß in den Ländern, die aufgrund vergangener Abwertungen bisher einen negativen Währungsausgleich anwendeten, das Preisniveau der unter Marktordnungen fallenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse zum Teil deutlich angehoben werden kann.

37. Schließlich gab es Änderungen im sogenannten agrimonetären System. Die Regeln zur Bestimmung der Währungsausgleichsbeträge, die im innergemeinschaftlichen Handel mit unter die Marktordnungen fallenden Agrarprodukten anzuwenden sind, wurden so geändert, daß künftig anläßlich einer Änderung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem kein positiver, sondern nur noch negativer Währungsausgleich entstehen kann. Zugleich wurde vereinbart, die bestehenden positiven Währungsausgleichsbeträge schrittweise abzubauen.

*In dem neuen System werden die Währungsausgleichsbeträge nicht mehr anhand der Differenz zwischen der grünen Parität und der offiziellen ECU-Parität einer Währung errechnet, sondern es werden zusätzlich „fiktive Leitkurse für den Agrarbereich“ geschaffen, die anläßlich eines Realignments jeweils mit dem Aufwertungssatz der am stärksten aufwertenden Währung verschoben werden. Das wirkt sich so aus, daß die in ECU vorgegebenen Agrarpreise in der Währung des am stärksten aufwertenden Landes gerade unverändert bleiben, in allen anderen Währungen gerechnet jedoch fallen würden, wenn dies nicht durch das Festhalten an den alten grünen Paritäten verhindert würde. Die Bezugsgrundlage ist also dergestalt*

verschoben, daß das den Maßstab abgebende Land keinen Währungsausgleich anzuwenden braucht; alle anderen Länder müssen zur Neutralisierung des entstandenen Preisunterschieds die Einfuhren subventionieren und die Ausfuhren belasten.

Ein Teil des bestehenden positiven Währungsausgleichs auf seiten der Bundesrepublik, nämlich 3 Prozentpunkte, wurde bereits im Lauf dieses Jahres in einen negativen Ausgleich für die anderen Länder umgewandelt, der wiederum sogleich abgebaut wurde. Die Höhe der Garantiepreise in D-Mark berührt dies nicht. In den anderen Ländern entstehen aber Preiserhöhungsspielräume. Anfang 1985 sollen einseitig weitere 5 Prozentpunkte abgebaut werden, was für sich genommen eine gleichstarke Senkung der D-Mark-Preise bedeutet. Die dann noch bestehenden positiven Währungsausgleichsbeträge sollen bis Mitte 1987 zum Verschwinden gebracht werden, möglichst ohne weitere Preissenkungen in Landeswährung.

Die Änderungen zielen im ganzen auf eine Verringerung der Unterschiede zwischen den Preisniveaus für landwirtschaftliche Erzeugnisse in den verschiedenen Ländern. Der in Gestalt des Währungsausgleichs aufgestaute Korrekturbedarf kann nur abgearbeitet werden, wenn in Ländern mit schwachen Währungen ein relatives Steigen, in Ländern mit starken Währungen ein relatives Sinken der Preise zugelassen wird. Freilich knüpfen sich an das neue System auch Befürchtungen, daß künftig die Agrarpreise, in Landeswährungen gerechnet, stärker steigen könnten. Die Regeln können sich nämlich preistreibend auswirken, wenn bei der jährlichen Neufestsetzung der Preise in ECU die Tendenz der grünen Leitwährung zur ständigen Höherbewertung nicht vollständig in Rechnung gestellt wird.

38. Das Paket der Reformmaßnahmen ist geprägt von der Priorität fiskalischer Erwägungen und von der Furcht vor Einkommenseinbußen für die Landwirtschaft. Daß in Entscheidungen, die erst unter dem unabwiesbaren Druck leerer Kassen zustande kommen, meist kurzsichtigen dirigistischen Lösungen der Vorzug vor marktwirtschaftlichen Lösungen gegeben wird, entspricht der Erfahrung. Im Hinblick auf die Haushaltslage der Gemeinschaft versprach die Milchmengenkontingentierung schnelle Einsparungen in einigermaßen kalkulierbarem Umfang, aus der Sicht der landwirtschaftlichen Erzeuger geringere Einkommenseinbußen als eine im Hinblick auf die Haushaltswirkungen vergleichbare Senkung der landwirtschaftlichen Garantiepreise. Es sollte zwar nicht übersehen werden, daß das Maßnahmenpaket — jedenfalls was die diesjährigen Preisbeschlüsse angeht — Vorteile für die Verbraucher mit sich bringt. Daß deren Interessen künftig gegenüber den Einkommensansprüchen der Landwirtschaft mehr Gewicht beigemessen wird, ist aber noch eine bloße Hoffnung, zumal die angestrebten Vereinbarungen über die „Stärkung der Haushaltsdisziplin“ bisher nicht ausreichend konkretisiert wurden. Auf der Anbieterseite versprechen sich nicht wenige von der Mengenregulierung auch die Möglichkeit, auf Dauer die Preispolitik wieder stärker als Einkommenspolitik zugunsten der Landwirtschaft zu nutzen. Schwer wog auch, daß die Regierung der Bundesrepublik für ein nationales Programm zur Subventionierung

der deutschen Landwirtschaft Zustimmung suchte und fand, das die aus dem Abbau des Währungsausgleichs entstehenden Einkommenseinbußen für die Landwirte mehr als ausgleicht (Ziffern 428 ff.).

39. Ebenfalls Teil des Agrarpakets sind verstärkte Anstrengungen zur „Vermarktung“ von Überschüssen außerhalb der Gemeinschaft sowie eine restriktivere Einfuhrpolitik, unter anderem bezüglich der Einfuhr von Futtermitteln. In den anderen wichtigen Agrarausfuhrländern — den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Neuseeland —, die sich schon seit geraumer Zeit auf den Weltmärkten einer Verdrängungskonkurrenz seitens der Europäischen Gemeinschaft ausgesetzt sehen, nimmt die Neigung zu, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Auch diese Länder räumen ein, daß sie nicht ohne eine Stützung ihrer Landwirtschaft auskommen und daß die meisten landwirtschaftlichen Weltmarktpreise verzerrt sind. Um so mehr bedarf es in einer solchen Situation der gegenseitigen handelspolitischen Abstimmung. Die Gemeinschaft strebt eine solche Abstimmung auch an; durch ihre jüngsten Schritte hat sie die Chancen dafür aber verschlechtert.

Enttäuschung herrscht auch darüber, daß sich die Regeln und die Schlichtungsmechanismen des GATT, auf die die Vereinigten Staaten sich nach dem Scheitern der bilateralen Einigungsversuche stützten, als nicht hilfreich erwiesen. Die Eignung des GATT zur Beilegung handelspolitischer Konflikte steht ohnehin in Zweifel, seit das Beispiel der von der EG-Kommission vorgeschlagenen Fettsteuer gezeigt hat, daß die Regeln des GATT solch offen protektionistische Maßnahmen durchaus zulassen.

40. Weniger Reibungen gab es in der europäischen Stahlpolitik. Angesichts der sich belebenden Nachfrage waren Preisanhebungen durchsetzbar, und das Produktionsquotensystem brauchte weniger restriktiv gehandhabt zu werden. Die zunehmende Stahlnachfrage in den Vereinigten Staaten erlaubte auch eine Steigerung der Ausfuhr dorthin, wobei bezweifelt werden kann, ob die Auflagen der Kommission im Rahmen des für europäische Stahllieferungen in die Vereinigten Staaten geltenden Selbstbeschränkungsabkommens immer beachtet worden sind. Ungewiß bleibt unterdessen, mit welchen Entwicklungen auf dem europäischen Stahlmarkt nach dem voraussichtlichen Auslaufen der Krisenmaßnahmen Ende 1985 zu rechnen ist.

41. Im Haushalt der Europäischen Gemeinschaft sind die Gesamtausgaben in diesem Jahr etwas langsamer gestiegen als zuvor. Einschließlich des im Oktober verabschiedeten Nachtragshaushalts belaufen sie sich auf 27,2 Mrd ECU, rund 12 vH mehr als im Jahre 1983. Mit einem Zuwachs von 16 vH sind die Agrarausgaben immer noch überdurchschnittlich schnell gewachsen; ihr Anteil am Gesamthaushalt beträgt nun knapp 70 vH.

Erstmalig reichten die regelmäßigen Eigenmittel in diesem Jahr nicht mehr zur Deckung der Ausgaben. Der im Dezember 1983 verabschiedete Haushalts-

plan galt hinsichtlich der Ausgabenplanung von vornherein als unrealistisch. Er schöpfte aber den nutzbaren Einnahmenspielraum bereits völlig aus. Zur Deckung des anfänglich von der Kommission auf 2,3 Mrd ECU veranschlagten Nachtragshaushalts leisteten die Mitgliedstaaten über ihre vertraglichen Zahlungsverpflichtungen hinaus Vorschußzahlungen von insgesamt einer Milliarde ECU. Die verbleibende Lücke soll durch Einsparungen im laufenden Haushalt geschlossen werden, was im wesentlichen darauf hinausläuft, daß Zahlungsverpflichtungen im Rahmen des landwirtschaftlichen Garantiefonds in das Jahr 1985 hinausgeschoben werden.

Unter dem Eindruck der Finanznot brachte die Kommission für 1985 erstmals einen Haushaltsvorschlag ins Gespräch, der eine nach geltendem Recht unzulässige Deckungslücke auswies und dessen Ausgaben nur finanziert werden könnten, wenn die für 1986 vorgesehene neue Einnahmenregelung auf das Jahr 1985 vorgezogen würde. Der im Oktober vorgelegte Entwurf hält sich mit einem Volumen von 25,9 Mrd ECU zwar im Rahmen der Einnahmen. Er ist aber mit Sicherheit zu niedrig veranschlagt, da er nicht einmal die Ausgaben für die fest zugesagte Entlastung Großbritanniens und die aus diesem Jahr in das Jahr 1985 zu verschiebenden Ausgaben enthält.

**42.** Wirksame Maßnahmen zur Begrenzung des Anstiegs der Agrarausgaben und bindende Absprachen über die Aufnahme Spaniens und Portugals hatten die Bundesrepublik und Großbritannien zur Bedingung gemacht, unter der sie einer Erweiterung des Einnahmerahmens der Gemeinschaft zustimmen würden. In diesem Jahr kam nun eine grundsätzliche Einigung über die Einnahmenerhöhung zustande. Ab 1986 sollen die Länder statt bisher höchstens 1 vH der vereinheitlichten Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage nunmehr maximal 1,4 vH an die Gemeinschaft übertragen; für die Zeit ab 1988 ist eine Erhöhung auf 1,6 vH ins Auge gefaßt. Der gesamte Einnahmerahmen der Gemeinschaft erhöht sich dadurch zunächst um etwa ein Viertel und in der zweiten Stufe um ein weiteres Zehntel.

**43.** Nach den Vorstellungen der Kommission sollte Hand in Hand mit der Einnahmenerhöhung ein System von Regeln zur Bemessung der Beiträge vereinbart werden, das künftige Ad-hoc-Maßnahmen zur Entlastung einzelner Länder entbehrlich machen würde. Nachdem aber die Verhandlungen über die konkrete Ausgestaltung des vorgeschlagenen Systems scheiterten, wurde eine weniger anspruchsvolle Regelung gefunden. Diese wirkt sich so aus, daß Großbritannien ab 1986 jeweils zwei Drittel der Differenz zwischen der geleisteten Mehrwertsteuerabführung und den aus Gemeinschaftskassen nach Großbritannien geflossenen Mitteln erstattet werden.

Neuartig ist an dieser Regelung, daß die britische Beitragsentlastung künftig in Form eines Abzugs von der im darauffolgenden Jahr fälligen Mehrwertsteuerabführung, also über die Einnahmen-

seite des Gemeinschaftshaushalts durchgeführt wird und damit der Zuständigkeit des Europäischen Parlaments entzogen ist.

**44.** Mit der Kopplung der Beitragsentlastung an die Relation zwischen abgelieferten Mehrwertsteuermitteln und den nach Großbritannien fließenden EG-Haushaltsmitteln hat das Prinzip eines „gerechten Mittelrückflusses“ gleichsam offiziell Anerkennung in der EG-Haushaltspolitik gefunden. Eine solche Gegenüberstellung von Zahlungen und Rückflüssen kann aber selbst die rein finanzielle Belastung oder Begünstigung, die einem Mitgliedstaat über den EG-Haushalt erwächst, nur vordergründig wiedergeben, ganz abgesehen davon, daß von den Haushaltszahlen nicht auf Vor- und Nachteile aus der Integration geschlossen werden kann (JG 80 Ziffer 34). Die Einnahmen und Ausgaben des EG-Haushalts werden den Mitgliedstaaten nach dem Ort der Erfassung zugerechnet; dies muß nicht immer auch der Ort sein, an dem sie ökonomisch wirken; denn über den innergemeinschaftlichen Handel können solche Zahlungen weitergewälzt werden. Dem Problem hat man bei der britischen Entlastungsregel auf der Einnahmenseite Rechnung getragen. Es werden nur die abgeführten Mehrwertsteuermittel herangezogen und nicht auch Zölle und Abschöpfungen. Früher wurden diese Beträge als Leistungen des Landes gerechnet, dessen Behörden beim erstmaligen Eintritt einer Ware in das Gebiet der Gemeinschaft die Einfuhrabgaben erhoben, unabhängig davon, in welchem Land der Käufer ansässig war, der den Einfuhrzoll letztlich zahlt. Diesen Effekt, wegen seiner besonderen Bedeutung für Länder mit großen Seehäfen gelegentlich als „Rotterdam-Effekt“ bezeichnet, gibt es nun nicht mehr. Auf der Ausgabenseite des Gemeinschaftshaushalts bleibt das Verlagerungsproblem aber bestehen. Das gilt in erster Linie für die Ausfuhrerstattungen, die als Leistungen an das ausführende Land gerechnet werden und nicht an das Land des jeweiligen Produzenten, der von der Subvention profitiert. Ähnliches trifft — mit Einschränkungen — für die Interventionskäufe landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu, deren Zurechnung durch die geographische Lage der tätig werdenden Interventionsstelle bestimmt wird. Sinnvoll wäre es, die Interventionsmittel als Zahlung an das Land zu verbuchen, in dem die überschüssigen Produkte erzeugt worden sind. Dies ist freilich unmöglich: Ein Überschussangebot kann nur für den gemeinsamen Markt festgestellt, aber nicht den Ländern zugeordnet werden.

**45.** Im Europäischen Währungssystem hat es — für viele überraschend — nach den Leitkursanpassungen vom März 1983 die bisher längste Phase stabiler Leitkurse gegeben (Tabelle 6). Wieder einmal erwies sich der Wertverlust der D-Mark gegenüber dem Dollar als stabilisierendes Moment für den Wechselkursverbund. Die D-Mark hat unter den EWS-Währungen die größte internationale Bedeutung, und der Zusammenhang zwischen den Schwankungen des D-Mark-Dollar-Kurses und den Veränderungen im Kursgefüge des EWS ist unver-

## Zum Europäischen Währungssystem

Währung Zeitpunkt	Deutsche Mark	Franzö- sischer Franken	Hollän- discher Gulden	Belgischer und Lux- embur- gischer Franken	Italie- nische Lira	Dänische Krone	Irishes Pfund	Pfund Sterling <sup>1)</sup>	Grie- chische Drach- me <sup>1)</sup>
Fester Betrag im ECU-Korb (Währungseinheiten) ...	0,719	1,31	0,256	3,71 0,14	140,00	0,219	0,00871	0,0878	1,15
ECU-Leitkurs ab 17. Sep- tember 1984 (1 ECU = ... Währungseinheiten) ...	2,24184	6,87456	2,52595	44,9008	1403,49	8,14104	0,725690	0,585992	87,4813
Gewicht im ECU-Korb <sup>2)</sup> in vH ...	32,1	19,1	10,1	8,6	10,0	2,7	1,2	15,0	1,3
Abweichungsschwelle (= 75 vH der maximalen Abweichung) in vH ...	±1,15	±1,37	±1,52	±1,54	±4,05 <sup>a)</sup>	±1,64	±1,67	(±1,43)	(±1,67)
Änderungen der ECU-Leitkurse <sup>3)</sup>									
1979 24. September ...	+ 1,01	- 0,97	- 0,97	- 0,97	- 0,97	- 3,80	- 0,97	+ 2,07	—
30. November ...	+ 0,14	+ 0,14	+ 0,14	+ 0,14	+ 0,14	- 4,63	+ 0,14	+ 0,14	—
1981 23. März ...	- 2,47	- 2,47	- 2,47	- 2,57	- 8,32	- 2,47	- 2,47	+ 19,70	—
5. Oktober ...	+ 5,61	- 2,90	+ 5,61	+ 0,10	- 2,90	+ 0,10	+ 0,10	- 9,80	—
1982 22. Februar ...	- 0,34	- 0,34	- 0,34	- 8,81	- 0,34	- 3,33	- 0,34	+ 7,90	—
14. Juni ...	+ 3,61	- 6,32	+ 3,61	- 0,61	- 3,34	- 0,61	- 0,61	- 0,61	—
1983 21. März ...	+ 5,36	- 2,63	+ 3,36	+ 1,36	- 2,63	+ 2,36	- 3,63	- 11,02	—
18. Mai ...	- 1,19	- 1,19	- 1,19	- 1,19	- 1,19	- 1,19	- 1,19	+ 7,28	—
1984 17. September ...	—	—	—	—	—	—	—	+ 0,19	—
Insgesamt seit 13. März 1979 <sup>4)</sup> ...	+12,00	-15,64	+7,72	-12,21	-18,18	-12,96	-8,68	+13,19	—
Abweichungsindikator <sup>5)</sup>									
1979 13. März <sup>4)</sup> ...	-14	+ 8	+ 8	-46	+ 6	+32	+14	+ 20	—
31. Dezember ...	-23	+51	+ 5	-65	+ 1	+ 4	-16	+ 16	—
1980 31. Dezember ...	-45	+62	+48	-59	-49	+26	-27	+793	—
1981 31. Dezember ...	-32	+28	+11	-72	- 3	+26	+27	+299	—
1982 31. Dezember ...	+39	+27	+29	-81	+26	+26	-52	-376	—
1983 31. Oktober ...	-17	+27	+13	-86	+40	+20	+19	+110	—
30. November ...	-21	+27	+14	-82	+43	+10	+15	+127	—
30. Dezember ...	+ 2	+16	+14	-94	+41	+10	+12	+147	—
1984 31. Januar ...	+ 5	+17	+ 6	-94	+39	+ 9	+ 9	+144	—
29. Februar ...	+23	- 5	+ 4	-94	+13	-32	- 8	+ 83	—
30. März ...	+45	+12	+29	-77	+23	-22	-13	- 94	—
30. April ...	+17	+11	+14	-75	+27	-36	-23	- 23	—
30. Mai ...	+24	+16	+14	-71	+26	-39	-19	- 45	—
29. Juni ...	+24	+14	+17	-60	+35	-29	-28	- 61	—
31. Juli ...	+14	+ 6	- 5	-37	+38	-19	-10	- 44	—
31. August ...	+10	+ 4	+ 1	-29	+23	- 8	+ 1	- 39	—
28. September <sup>6)</sup> ...	+19	+10	+11	-46	+21	+28	+28	- 60	-241
31. Oktober ...	+19	+14	+10	-24	+26	+34	+ 7	-161	-195

<sup>1)</sup> Nimmt am Wechselkursverbund des EWS nicht teil.

<sup>2)</sup> Berechnet aufgrund des jeweiligen ECU-Leitkurses.

<sup>3)</sup> Aufwertung (+), Abwertung (-) in vH. Für das Pfund Sterling läßt sich ein fiktiver ECU-Leitkurs berechnen.

<sup>4)</sup> Beginn des EWS.

<sup>5)</sup> Abweichung des ECU-Tageswertes vom ECU-Leitkurs der jeweiligen Währung in vH der maximalen Abweichung.

Abweichung der Landeswährung gegenüber dem ECU nach oben: +.

Abweichung der Landeswährung gegenüber dem ECU nach unten: -.

Falls die italienische Lira, das Pfund Sterling oder die griechische Drachme um mehr als 2,25 vH von mindestens einer der anderen Währungen abweichen, wird der bereinigte Indikatorwert ausgewiesen. Eine Korrektur des Indikators für die italienische Lira erfolgt nur, wenn das Pfund Sterling oder die griechische Drachme um mehr als 6 vH (erweiterte Bandbreite der italienischen Lira) von der Lira abweichen. Der Indikatorwert für das Pfund Sterling und die griechische Drachme haben nur nachrichtliche Bedeutung.

<sup>6)</sup> Übergang zu neuem ECU-Korb am 17. September 1984.

a) Auf Grundlage einer Bandbreite von 6 vH.

kennbar. So ließ der vorübergehende Rückgang des Dollarkurses im Februar und März 1984 die D-Mark an den oberen Rand, andere Währungen an den unteren Rand ihres Kursbandes stoßen und löste Spekulationen über eine Leitkursänderung aus. Mit dem Wiederanstiegen des Dollarkurses kehrte sich das Bild wieder um. Zuletzt bewegten sich alle Währungen nahe der Mitte ihres jeweiligen Kursbandes. Einige der Teilnehmerwährungen haben wohl auch durchaus an eigener Stärke gewonnen, so die Dänische Krone und möglicherweise auch der Belgische Franken, zu dessen Stützung noch im Frühjahr interveniert werden mußte.

46. Erstmals seit Bestehen des Europäischen Währungssystems wurde im September die Zusammensetzung der Europäischen Währungseinheit ECU geändert. Der Währungskorb enthält statt vorher 0,828 nun nur noch 0,719 D-Mark, statt 0,286 noch 0,256 Gulden und statt 0,0885 noch 0,0878 Pfund Sterling. Die Beträge der übrigen Währungen wurden demgegenüber angehoben. Außerdem gehören zum Währungskorb nun auch 1,15 griechische Drachmen. Die Änderung war entsprechend den bei der Gründung des EWS niedergelegten Regeln erforderlich, um die Gewichte der Währungen wieder in Einklang mit den angestrebten Gewichtsverhältnissen zu bringen, die sich nach der Wirtschaftskraft, der Außenhandelsverflechtung und der Beteiligung am kurzfristigen Währungsbeistand bemessen. Die Korbänderung wurde so vorgenommen, daß sich unmittelbare Auswirkungen auf das Leitkursgefüge und auf den Wert des ECU gegenüber Drittwährungen nicht ergeben. Die Erhöhung des Anteils der weniger stabilen Währungen dürfte aber den Wert des ECU im Zeitablauf negativ beeinflussen. Der Vorgang wird auch ein Belastungsfaktor bleiben — wegen der im Falle einer weiteren Auseinanderentwicklung der Teilnehmerwährungen auch künftig zu erwartenden und dem Zeitpunkt nach nicht genau vorhersehbaren Änderungen der Korbdefinition, aber auch einfach deswegen, weil die Gemeinschaftswährung sich mit der Aufnahme neuer Mitglieder wandeln wird, ihrer Natur nach also in besonderem Maße durch politische, nicht nur wirtschaftspolitische Entscheidungen bestimmt ist.

47. Der ECU hat neben seiner offiziellen Rolle im Rahmen der Gemeinschaftsinstitutionen inzwischen auch im privaten Bereich eine gewisse Bedeutung erlangt. Auf dem Euro-Kapitalmarkt ist er drittichtigstes Anlagemedium; private ECU-Anleihen werden vor allem in Belgien und in Luxemburg untergebracht. In Frankreich und in Italien wird bereits ein nennenswerter Teil des Außenhandels in ECU abgerechnet; offenbar wird dies — die verbreiteten Kapitalverkehrskontrollen für gegeben genommen — oft als ein naheliegender und prakti-

kabler Weg angesehen, das Wechselkursrisiko zwischen den Vertragspartnern zu teilen.

In der Bundesrepublik ist die private Verwendung des ECU beschränkt. Hier gilt der ECU nicht als Währung. Er ist nicht einer Devisen gleichgestellt, sondern wird als Äquivalent einer indexierten Forderung angesehen. Damit fallen einige Arten von Transaktionen in ECU unter die Genehmigungspflicht des Währungsgesetzes. Gebietsansässige dürfen ECU-Forderungen erwerben, jedoch keine auf ECU lautenden Verbindlichkeiten eingehen, weswegen auch deutsche Banken im Inland keine ECU-Konten einrichten können.

Die Bundesbank ist wegen ihrer restriktiven Haltung in dieser Frage auch aus Ländern kritisiert worden, in denen schwerer wiegende Hindernisse für die währungspolitische Integration Europas bestehen. Frankreich, Italien und Belgien haben noch immer Kapitalverkehrskontrollen und Beschränkungen im Devisenverkehr.

48. Viele, die eine forcierte währungspolitische Integration der Gemeinschaft gegenwärtig als den neuen Motor der europäischen Einigung ansehen, nachdem die verfahrenre Agrarpolitik diese Rolle nicht mehr spielen kann, unterschätzen oft solche und andere Integrationshemmnisse, deren Abbau vordringlich wäre und längst überfällig ist. Kapitalverkehrskontrollen passen nicht zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum. Die Errichtung eines echten gemeinsamen Marktes für den Güterverkehr wird aus protektionistischen Interessen heraus verzögert, kommt vielfach aber auch einfach aufgrund bürokratischer Trägheit nicht voran. Zum Kern von allem gehört, daß trotz einer bemerkenswerten Annäherung die Unterschiede in der Stabilitätspolitik nach wie vor groß sind.

Die Möglichkeiten, die ein großer Wirtschaftsraum in Europa bietet, werden noch unzureichend genutzt. Das bringt nicht zuletzt auch Wettbewerbsnachteile der europäischen Anbieter gegenüber der Konkurrenz aus den Vereinigten Staaten mit sich. Solange die Märkte in Europa nicht stärker integriert sind, bleibt den europäischen Volkswirtschaften der Vorteil eines großen Binnenmarktes versagt, obgleich Europa nach Bevölkerungszahl und Höhe des Sozialprodukts mit den Vereinigten Staaten vergleichbar ist. Neben den immer noch bestehenden Erschwernissen für den innergemeinschaftlichen Warenhandel tragen Regulierungen im Dienstleistungsbereich, nationale technische Normen und auch die staatliche Beschaffungspolitik, nicht zuletzt im Bereich der Telekommunikation, dazu bei, daß Unternehmen auf ihrem heimischen Markt geschützte Absatzchancen haben und auf den Märkten in den anderen EG-Ländern gar nicht erst antreten.

## TEIL B

## Die Binnenkonjunktur 1984

## I. Überblick

49. In der Bundesrepublik hat sich der Aufschwung wieder gefestigt.

Das Jahr begann mit hochgespannten Erwartungen. Die Indikatoren zur Konjunkturlage zeigten steil nach oben, erste Erfolge bei der Überwindung der Wachstumsschwäche schienen greifbar. Diese Zuversicht ging im Frühjahr teilweise verloren, als der Arbeitskampf sich zuspitzte und Unsicherheit um sich griff, ob der unvermutete Abfall der Produktion nicht tiefliegende Gründe habe. Plötzlich galt der Aufschwung vielerorts als gefährdet. Prognosen wurden nach unten korrigiert. Nach und nach haben sich die günstigen fundamentalen Faktoren aber durchgesetzt. Die Zukunft wird wieder günstiger gesehen.

50. Im Ergebnis ist die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr trotz der zeitweiligen Schwäche um 2½ vH gesteigert worden; das war soviel, wie es optimistischen Setzungen im Herbst vergangenen Jahres entsprach. Der Abbau der hohen Arbeitslosigkeit ist noch nicht vorangekommen. Nachdem die Anzahl der Arbeitslosen ab der Jahreswende zunächst noch einmal enttäuschend lange gestiegen war, ist sie nun seit September doch zurückgegangen; die Anzahl der Kurzarbeiter hat sich weiter stark verringert. Der Preisaufrtrieb hat sich nochmals mehr als erwartet abgeschwächt; für den Verbraucher war die Kaufkraft des Geldes gegen Jahresende aber immer noch 2 vH niedriger als vor einem Jahr. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist weit vorangekommen (Ziffern 226 ff.). In Anbetracht des Überschusses in der Leistungsbilanz und der Verbesserung im Kapitalverkehr könnte allenfalls die Entwicklung des D-Mark-Dollar-Kurses Anlaß geben, der Lage nicht ohne Einschränkungen das Prädikat „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ zuzusprechen (Ziffern 189 ff.).

Der Aufschwung hat an Kraft nicht eingebüßt.

51. Motor der Konjunktur war 1984 der Export. Dem Volumen nach sind 8 vH mehr Waren ausgeführt worden als im Vorjahr. Ausschlaggebend dafür war, daß die konjunkturellen Auftriebskräfte weltweit an Kraft gewonnen haben. Die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit trug aber ebenfalls dazu bei, und nicht nur wegen der Unterstützung vom Wechselkurs her. Wettbewerbsvorteile sind auch auf den Märkten im Inland wirksam geworden. Die Einfuhr von Fertigerzeugnissen hat sich in ihrem Anstieg abgeflacht. Daß ausländische Anbieter nur wenig zurückgedrängt werden konnten, lag an deren Bereitschaft, eher bei den Preisen Ein-

bußen hinzunehmen, als an Marktanteilen zu verlieren. Das hat aber zugleich inflatorische Impulse von außen klein gehalten.

Mit den Erfolgen im Außenhandel ging eine nur mäßige Nachfrage im Inland einher. Soweit es dabei um zinsabhängige Inlandsnachfrage geht, ist unübersehbar, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen dem wechselkursbedingten Teil der Erfolge im Außenhandel und dem zinstreibenden Kapitalsog aus Amerika. Im ganzen konnten die Produktionskapazitäten aber höher ausgelastet werden, und die Absatzerwartungen haben sich weiter aufgehellt. Schon im vergangenen Jahr hatten die Unternehmen gezeigt, daß sie auch bei unterausgelasteten Kapazitäten, also noch geringer aktueller Nachfrage, bereit sind, mehr zu investieren, wenn die Chancen auf künftige rentable Produktion vom Verhältnis der Kosten und Preise her wieder zuverlässiger einzuschätzen sind und der Mut zu Neuerungen wächst. Die Unsicherheit beim Investieren hat sich nun durch die verbesserten Absatz-erwartungen weiter verringert.

52. Die Tarifabschlüsse haben für das Wirtschaftsgeschehen in diesem Jahr eine zentrale Rolle gespielt. Diesmal ging es nicht nur um Einkommenssteigerungen, sondern auch um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit und der Lebensarbeitszeit, um eine Flexibilisierung der Arbeitszeit und um eine längere Laufzeit der Tarifverträge. In der Metallindustrie und in der Druckindustrie sind nach dem harten Arbeitskampf Tarifverträge mit einer Laufzeit von zwei Jahren zustande gekommen, die für dieses Jahr eine mäßige, im Jahre 1985 sodann eine größere Steigerung der Stundenlöhne vorsehen (Ziffern 126 ff.). Auch in den übrigen Bereichen sind 1984 die Arbeitskosten, berücksichtigt man den Zuwachs an Produktivität, erneut nur wenig gestiegen. Trotz der unerwartet starken Verteuerung der eingeführten Vorprodukte waren daher auch die Gesamtkosten nicht viel höher als im Vorjahr. Dabei ist zu berücksichtigen, daß von den Kapitalkosten — anders als in vergleichbaren Aufschwungsphasen üblich — keine weitere Entlastung kam. So trug die zurückhaltende Lohnpolitik dazu bei, daß sich trotz der teureren Einfuhr und trotz der unverändert hohen Kapitalkosten höhere Stückgewinne und eine weitere Verringerung des Preisaufrtriebs zugleich einstellten (Ziffern 165 ff.). Das ist für einen Aufschwung eine lehrbuchhaft gute Vorstellung. Die längerfristige Analyse zeigt freilich, daß die langjährigen Fehlentwicklungen hinsichtlich der Kapitalstruktur der Unternehmen und hinsichtlich der Rentabilität von Sachvermögen im Verhältnis zur Rendite von Finanzanlagen erst teilweise korrigiert sind (Ziffern 142 ff.).

53. Die günstigen Bedingungen fürs Investieren — höhere Nachfrage, geringer Kostenanstieg, mehr eigene Mittel — haben auch in diesem Jahr dafür gesorgt, daß die Investitionsneigung im Verlauf des Jahres weiter zunahm, obwohl der Zins, verglichen mit den erzielbaren Preisen, noch in keinem früheren Aufschwung so hoch gewesen ist wie 1984. In der Abrechnung für 1984 war das Ergebnis zwar enttäuschend, nur 1½ vH höhere Investitionen als 1983. Dieser geringe Zuwachs gibt die Investitionsneigung aber unzutreffend wieder; wegen der Investitionszulage waren Vorhaben teilweise in das Jahr 1983 vorgezogen worden und im Jahre 1984 sind sie teilweise wegen des Arbeitskampfes verzögert worden. Im vierten Vierteljahr dürften die Ausstattungsinvestitionen immerhin um 10 vH höher sein als im Tiefpunkt der Rezession im vierten Vierteljahr 1982.

54. Geringere Preissteigerungen bedeuten weniger Kaufkraftschwund. Die Zurückhaltung bei der Steigerung der Nominallohne (+ 3½ vH) endete, anders als zunächst erwartet, nicht in einem vollen Verzicht auf höhere Reallöhne (+ 1 vH). Dafür hat der unvermindert scharfe Preiswettbewerb gesorgt. Bemerkenswert war auch, daß die verfügbaren Einkommen trotz der vielfältigen Kürzungen von sozialen Leistungen in diesem Jahr stärker zunahmen als im Vorjahr, im wesentlichen weil nicht mehr ganz so viele Arbeitnehmer arbeitslos wurden und weil viel weniger von Kurzarbeit betroffen waren. Die Verbrauchsneigung blieb hoch, sie hat sich aber nicht verstärkt. Die Verbraucher haben aufs Jahr gesehen für 9 Mrd DM mehr Güter und Dienstleistungen gekauft. Das war ein etwa ebenso starker Zuwachs wie im Vorjahr (Ziffern 75 ff.).

55. Daß es im zweiten Jahr einer Aufwärtsbewegung zu einer weiteren Beruhigung des Preisauftriebs kam, ist nicht ungewöhnlich; auch früher zogen die Preise meist erst in der Hochkonjunktur stärker an. Nach unserem Urteil ist in den gestiegenen D-Mark-Preisen für Rohstoffe kein inflatorischer Impuls angelegt; dies ist eine im wesentlichen konjunkturelle Bewegung (Ziffer 166). Sorge bereitet aber, daß der höhere Anstieg der Güterpreise im Ausland schon seit längerem nicht mehr durch eine Aufwertung der D-Mark ausgeglichen wird. In diesem Jahr ist der Inflationsimport über den direkten internationalen Preiszusammenhang zwar noch kaum wirksam geworden, hierin liegen aber gewisse Gefahren für die weitere Preisentwicklung.

56. Der unerwartet stark verminderte Preisauftrieb hat bei der gegebenen Ausweitung der Geldversorgung den Expansionspielraum der Volkswirtschaft erhöht. Nachdem der Zuwachs an Zentralbankgeld vom Jahresende 1982 bis zum Herbst 1983 großzügig bemessen worden war, hat die Bundesbank seither das Geldangebot wesentlich knapper gehalten. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge war im September um 4,2 vH höher als ein Jahr zuvor. Zu Beginn früherer Aufschwünge hatte die Bundesbank die Wirtschaft reichlicher mit Geld versorgt als dieses Mal. Die Erfahrung, später zur Bekämpfung inflatorischer Tendenzen restriktive

Maßnahmen ergreifen zu müssen, stand gegen die Neuaufgabe einer solchen Politik. Die Geldpolitik hat dem Aufschwung in diesem Jahr keine Hilfeleistung gegeben, sie hat ihn aber auch nicht gehemmt (Ziffern 209 ff.).

57. In zweierlei Hinsicht gibt es Enttäuschungen. Am Arbeitsmarkt zeigen sich bisher nur schwache Lichtblicke. In der Bauwirtschaft verstärken sich die Schwächetendenzen.

Die Zunahme der Bauinvestitionen von 1 vH in diesem Jahr gibt kein zutreffendes Bild von der Lage der Bauwirtschaft. Die Unternehmen und der Staat bauen zwar wieder vermehrt, die Aufträge im Wohnungsbau sind aber seit Jahresbeginn immer weiter zurückgegangen. Das gleiche gilt seit dem Sommer für die Bautätigkeit. Viele, die im Wohnungsbau investieren wollten, sind verunsichert. Im Verhältnis zu den aktuellen und erwartbaren Mieten und Immobilienpreisen sind die Baukosten und die Zinsen einfach zu hoch. Wer im Eigenheim wohnen will, muß sehr hohe Belastungen tragen. So erscheint das Angebot an Wohnraum als reichlich; es ist auch reichlich, gemessen an dem, was beim derzeitigen Niveau der Mieten und der Eigentümerbelastungen an Nachfrage auftritt. Nichts ist eigentlich überraschend daran. Die Anpassung der Volkswirtschaft an höhere Realzinsen kommt im kapitalintensivsten Sektor, der Wohnungswirtschaft, notwendigerweise am langsamsten voran. So mußten in diesem Jahr noch mehr Baufirmen als 1983 aus dem Markt ausscheiden. Die übrigen haben keinen Anreiz, für mehr als den Ersatz alter Maschinen zu sorgen (Ziffern 90 ff.).

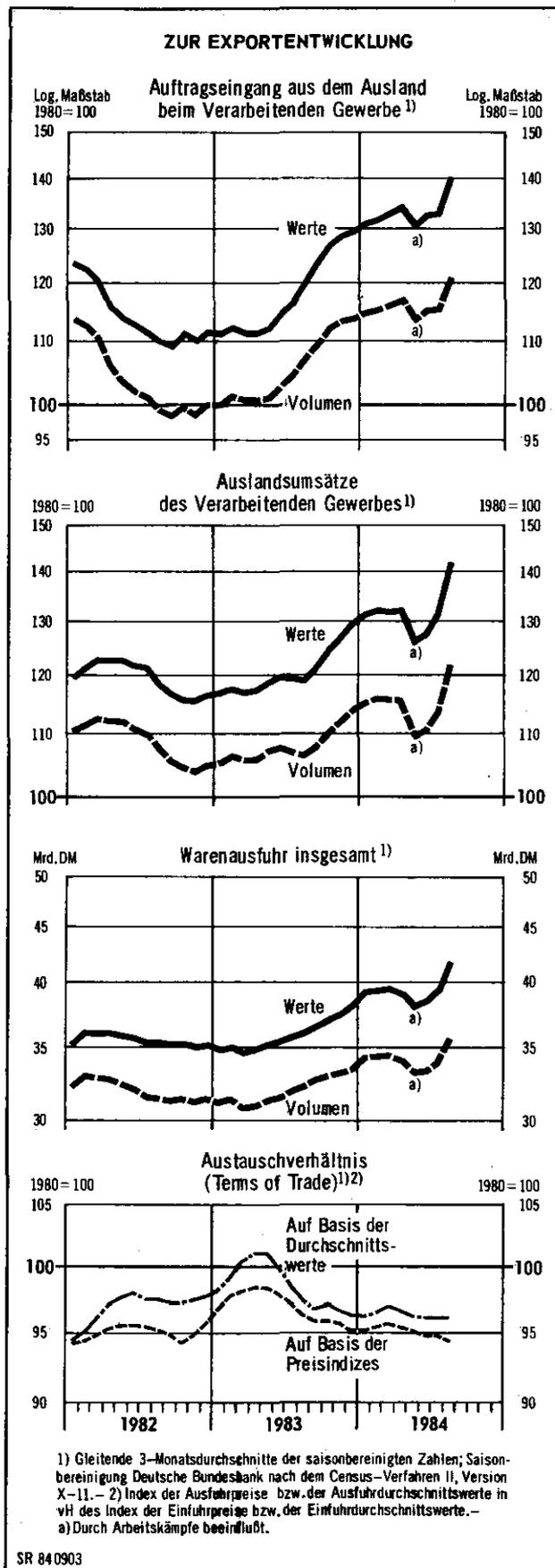
Die Arbeitslosigkeit war im Herbst des Jahres kaum niedriger als vor einem Jahr. Der Eindruck, die wirtschaftliche Belebung könnte früh am Arbeitsmarkt Wirkung zeigen, hat getrogen. Die Anzahl der Beschäftigten ist in diesem Jahr zwar erstmals seit 1981 nur noch wenig zurückgegangen, aber erst gegen Ende des Jahres scheinen die Unternehmen ihren Personalstand merklich erhöht zu haben. Immerhin haben sich die Möglichkeiten, eine Stelle zu finden, leicht verbessert. Anscheinend waren auch mehr Menschen bei der Stellensuche erfolgreich, die vorher noch nicht oder zumindest sehr lange nicht berufstätig waren. Im Herbst dieses Jahres waren wesentlich weniger Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos als im Jahr zuvor (Ziffern 103 ff.).

## II. Export als Konjunkturmotor

### Kräftige Impulse vom Welthandel

58. Von der Auslandsnachfrage gingen in diesem Jahr kräftige Anstöße auf Produktion und Beschäftigung aus. Die Auftragseingänge aus dem Ausland, die bereits in der zweiten Jahreshälfte 1983 schubartig gestiegen waren, erhöhten sich in den ersten Monaten dieses Jahres von einem hohen Niveau aus weiter, wenn auch verhaltener als vorher (Schaubild 6). In der Phase des Arbeitskampfes kam es vorübergehend zu einem markanten Rück-

Schaubild 6



gang der gemeldeten Auslandsaufträge, der sich auf den Fahrzeugbau konzentrierte, der jedoch auch im Maschinenbau, in der Elektrotechnik und im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe spürbar war. Seit der Jahresmitte stieg die Nachfrage aus dem Ausland rasch wieder an. Das Volumen der Aufträge aus dem Ausland war in den ersten neun Monaten um 13 vH höher als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. In allen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes konnten die Unternehmen weit mehr Aufträge buchen als ein Jahr zuvor.

59. Ausschlaggebend für die hohe Auslandsnachfrage sind die konjunkturellen Auftriebskräfte, die weltweit an Kraft gewonnen haben. Die gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Unternehmen trug, unterstützt durch die Wechselkursentwicklung, ebenfalls dazu bei.

Das ausgeprägte konjunkturelle Gefälle in der Welt war ein wichtiger Grund dafür, daß die Ausfuhr nach einigen Ländern äußerst kräftig, nach anderen nur mäßig zunahm. Vor allem die Vereinigten Staaten steigerten ihre Käufe außerordentlich. Unterdurchschnittlich erhöhte sich die Nachfrage wichtiger Abnehmerländer in der Europäischen Gemeinschaft. Auch hier ließen aber die retardierenden Einflüsse des Vorjahres spürbar nach. Kräftig belebt haben sich die Käufe der Entwicklungsländer aus dem lateinamerikanischen Raum. Hier dürfte bedeutsam sein, daß diese Länder versuchen, die wegen der Stärke des Dollar teuren Einfuhren aus den Vereinigten Staaten zu begrenzen. Die Nachfrage der OPEC-Staaten war abermals rückläufig. Die Staatshandelsländer haben mit Ausnahme der Sowjetunion wieder mehr Waren aus der Bundesrepublik eingeführt.

Günstig für die Exporteure war, daß sich die Nachfrage nach Investitionsgütern im Laufe des Jahres weltweit belebt hat. Das Gütersortiment der inländischen Anbieter, in dem Investitionsgüter einen hohen Anteil besitzen, erwies sich anders als im Vorjahr nicht mehr als nachteilig.

60. Die Lieferungen an das Ausland haben seit Mitte 1983 nahezu gleichzeitig mit der Ausweitung der Auftragseingänge zugenommen. Die meisten Unternehmen verfügten noch immer über freie Kapazitäten, so daß der Auftragsschub aus dem Ausland im allgemeinen zügig bewältigt werden konnte.

Die Warenausfuhr dürfte dem Werte nach um 11½ vH, dem Volumen nach um 8 vH höher sein als im vorigen Jahr. Betrachtet man Waren und Dienstleistungen zusammen, so beträgt der Anstieg schätzungsweise 10 vH beziehungsweise 7 vH.

61. Die Ausfuhr der Bundesrepublik belebte sich damit etwa ebenso stark wie der Welthandel, obgleich einige wichtige Handelspartner noch immer konjunkturell zurückliegen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Anbieter hat sich verbessert. Preise und Kosten stiegen im Inland weniger als in den meisten Partnerländern. Aber die D-Mark wurde an den Devisenmärkten nicht in dem Umfang höher bewertet, in dem sich die Preise

und Kosten in der Bundesrepublik weniger erhöhten als im Ausland (Ziffern 196f.). Gegenüber dem Dollar wurde die D-Mark sogar niedriger bewertet. Aber auch gegenüber den Handelspartnern im europäischen Währungsverbund, deren Währungen Kursverluste gegenüber der D-Mark zu verzeichnen hatten, sank der Außenwert der D-Mark in realer Rechnung. In welchem Umfang die niedrigere Bewertung der D-Mark zum Exporterfolg dieses Jahres beitrug, ist nur schwer abzugreifen. Die Wettbewerbsposition, die die inländischen Unternehmen gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten innehaben, wird nicht nur von der realen Bewertung der D-Mark bestimmt, sondern auch von einer Reihe anderer Faktoren. Die Breite des Sortiments und der technologische Stand der Güter bieten für die Ausfuhr weiterhin günstige Perspektiven. Bei neuen Produkten gibt es indessen Schwachstellen (Ziffern 199ff.).

62. Die verbesserte preisliche Wettbewerbsposition inländischer Produzenten hätte erwarten lassen, daß die Wareneinfuhr wegen der Substitution von ausländischen Gütern durch inländische weniger zunimmt, als dies früher in vergleichbaren Phasen des Aufschwungs der Fall war. So gesehen überrascht es, daß die Importe ähnlich kräftig gestiegen sind wie die Exporte. Freilich darf die starke Zunahme der Einfuhr von Vorleistungen, die mehr als die Hälfte der Wareneinfuhr umfaßt, nicht verwundern, da sie kurzfristig weitgehend konjunkturell bestimmt wird. Der Aufbau von Rohstofflagern ist kennzeichnend für eine wirtschaftliche Belebung. Demgegenüber dürfte die Einfuhr von Enderzeugnissen und hierbei vor allem von hochwertigen Konsumgütern und Investitionsgütern, bei denen eine starke Konkurrenz zwischen in- und ausländischen Produzenten besteht, auch kurzfristig von Änderungen im Preisverhältnis mitbeeinflußt werden. Erwartungsgemäß hat sich die Einfuhr von Enderzeugnissen in ihrem Anstieg abgeflacht; ausgeprägt ist die Abschwächung allerdings nicht. Die Importeure beziehungsweise die ausländischen Exporteure waren anscheinend bereit, eher preisliche Einbußen hinzunehmen als auf Marktanteile zu verzichten, zumal sie die derzeitige Wechselkursituation wohl vielfach nicht für dauerhaft hielten.

Dem Volumen nach hat die Wareneinfuhr in diesem Jahr um schätzungsweise 8 vH zugenommen. Die Einfuhr von Waren und Diensten zusammengenommen stieg in realer Rechnung um etwa 5½ vH an; damit erhöhte sich die Einfuhr um schätzungsweise 9 Mrd DM weniger als die Ausfuhr. Dem Werte nach nahm der Überschuß im Außenhandel allerdings nur um etwa 5 Mrd DM zu, da sich die Einfuhr mehr verteuerte als die Ausfuhr.

#### **Mehr Nachfrage, höhere Gewinnmargen — Immer noch hohe Zinsen**

63. Der kräftige Antrieb, den die Volkswirtschaft in diesem Jahr von der Ausfuhr her erhielt, hätte eine stärkere Belebung der Investitionen erwarten lassen, als sie tatsächlich zu verzeichnen ist. Dem

stand entgegen, daß die Zinsen das Jahr über hoch blieben; erst im Herbst ermäßigten sie sich schrittweise. Im Inland hat sich die Bereitschaft der Unternehmen, aber auch der privaten Haushalte, mehr Geld auszugeben, nicht verstärkt. Für das Gesamtergebnis war auch wichtig, daß der Rückgang der Investitionen im Zusammenhang mit dem Arbeitskampf noch nicht voll ausgeglichen wurde.

64. Der harte Arbeitskampf in der Metallindustrie und in der Druckindustrie drohte, die Auftriebskräfte zu beeinträchtigen. Produktion und Nachfrage gingen zeitweilig zurück, stärker noch als die Unterbrechung des Geschäftsablaufs in den betroffenen Branchen hatte erwarten lassen. Die Verbesserung im Verhältnis von Kosten und Preisen, die 1982 in Gang gekommen war und seit dem vergangenen Jahr auch in optimistischeren Erwartungen der Unternehmen ihren Niederschlag gefunden hatte, stand auf dem Spiel. Über geraume Zeit geriet aus dem Blick, wo ein tragfähiger Kompromiß liegen konnte. So nimmt es nicht wunder, daß viele Unternehmen die Zukunft zeitweilig wieder ungünstiger sahen. Erst nachdem Klarheit über das Ergebnis der Tarifrunde bestand, kam es zum Umschwung; im Herbst knüpften die Erwartungen wieder an die positiven Einstellungen zu Jahresbeginn an.

65. In der Metallindustrie wurde vereinbart, die Stundenlöhne für 1984 um 2,7 vH anzuheben, zum 1. April 1985 einschließlich des Lohnausgleichs für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 5,9 vH (Tabelle 7). In der Druckindustrie sind die Raten ähnlich hoch (Ziffern 128ff.). Alle Tarifabschlüsse zusammengenommen führten für 1984 zu Stundenverdiensten, die um knapp 3 vH höher waren als 1983. Die Stundenlöhne, die den Arbeitnehmern 1984 effektiv ausgezahlt wurden, waren um fast 3½ vH höher; in dem Unterschied schlugen sich vor allem Überstundenentgelte nieder. Die Effektivverdienste erhöhten sich kaum weniger als 1983. Die Beitragszahlungen an die Sozialversicherungen stiegen 1984 erneut stärker als die Lohneinkommen, diesmal insbesondere deshalb, weil Sonderzahlungen, wie das Weihnachtsgeld, in die Beitragspflicht einbezogen wurden. Insgesamt kostete eine Arbeitsstunde reichlich 3½ vH mehr als 1983.

66. Je Produkteinheit waren die Arbeitskosten in der Gesamtwirtschaft um 1 vH höher als im Vorjahr; im verarbeitenden Gewerbe dürften sie zumindest stabil geblieben sein. Das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis je Stunde nahm um 2½ vH zu. Es wurden nicht mehr Arbeitsstunden geleistet, um das Sozialprodukt zu erwirtschaften, das 2½ vH höher war als 1983.

67. Vorprodukte, namentlich Rohstoffe, die die Unternehmen aus dem Ausland beziehen, kosteten mehr als im Vorjahr. Das ist in einer Aufschwungsphase der Weltwirtschaft nichts Ungewöhnliches. Hingegen spielte die Höherbewertung des amerikanischen Dollar nicht die große Rolle, die ihr oft zugemessen wird. Der Dollar erfüllt auf den Weltmärkten in erster Linie die Funktion eines Wert-

## Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse

Monat		
1984		
Januar	<p>Soziale Sicherung</p> <p>Textilindustrie Begünstigte: 240 000</p> <p>Bekleidungsindustrie Begünstigte: 190 000</p>	<p>In die monatliche Beitragsbemessungsgrundlage für die Sozialversicherungen werden Einmalzahlungen wie das 13. Monatsgehalt und das Urlaubsgeld jetzt anteilmäßig statt wie bisher nur in dem Monat der Auszahlung einbezogen. Die Beitragsbemessungsgrenzen werden in der Renten- und Arbeitslosenversicherung von 5 000 DM auf 5 200 DM angehoben, in der gesetzlichen Krankenversicherung von 3 750 DM auf 3 900 DM.</p> <p>Die Löhne und Gehälter werden in allen Tarifgebieten um 3,3 vH erhöht. Die Verträge treten zwischen dem 1. Januar 1984 und dem 1. September 1984 in Kraft. Zum 1. Januar 1985 wird eine Vorruhestandsregelung vereinbart (ohne Tarifbereiche Westfalen/Osnabrück und Niedersachsen). Die 40-Stunden-Woche bleibt bis 30. April 1988 unverändert in Kraft.</p>
Februar	<p>Metallindustrie Begünstigte: 3 460 000</p> <p>Papier- und Pappeverarbeitende Industrie Begünstigte: 95 000</p>	<p>Nach 7 Wochen Arbeitskampf wird zum 1. April 1985 vereinbart:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— eine Verkürzung der Arbeitszeit von 40 Stunden auf durchschnittlich 38,5 Stunden je Woche,</li> <li>— Begrenzung der Mehrarbeit auf 10 Stunden in der Woche (wie bisher) und 20 Stunden im Monat, Ausnahmen zulässig,</li> <li>— Freizeitausgleich für Mehrarbeit möglich, grundsätzliche Barabgeltung der Zuschläge.</li> </ul> <p>Außerdem wird eine Vorruhestandsregelung für Arbeitnehmer ab dem 58. Lebensjahr vereinbart.</p> <p>Für die Monate Februar bis Juni 1984 wird ein Pauschbetrag von 250 DM gezahlt. Am 1. Juli 1984 werden die Löhne und Gehälter um 3,3 vH angehoben. Für den 1. April 1985 ist zusätzlich zum Lohnausgleich von 3,9 vH für die kürzere Arbeitszeit eine Lohnerhöhung von 2,0 vH vereinbart.</p> <p>Anhebung der Löhne und Gehälter am 1. Februar 1984 um 3,4 vH.</p>
März	<p>Einzelhandel Begünstigte: 1 520 000</p> <p>Groß- und Außenhandel Begünstigte: 1 040 000</p>	<p>Erhöhung der Löhne und Gehälter um 3,3 vH beziehungsweise 3,5 vH. Die Verträge treten zwischen dem 1. März 1984 und dem 1. Juli 1984 in Kraft. Verhandlungen über eine Wochenarbeitszeitverkürzung stehen noch aus.</p> <p>Die Löhne und Gehälter werden zumeist um 3,3 vH angehoben. Die Verträge treten zwischen dem 1. März 1984 und dem 1. Juni 1984 in Kraft.</p>
April	<p>Baugewerbe Begünstigte: 1 005 000</p> <p>Privates Versicherungsgewerbe Begünstigte: 205 000</p>	<p>Erhöhung der Löhne und Gehälter um 3,3 vH am 1. April 1984. Vereinbarung einer tarifvertraglichen Vorruhestandsregelung ab 1. Januar 1985. Der Eintritt in den Vorruhestand liegt im Ermessen des Arbeitnehmers, der Arbeitgeber hat lediglich ein Einspruchsrecht mit aufschiebender Wirkung von längstens 6 Monaten. Zum Ausgleich wird die 40-Stunden-Woche bis 31. Dezember 1988 festgeschrieben. Zur Insolvenzsicherung dienen die von den Tarifparteien eingerichteten Sozialkassen.</p> <p>Anhebung der Verdienste um 3,5 vH am 1. April 1984. Für den 1. Januar 1985 wird eine Vorruhestandsregelung vereinbart für Männer ab dem 60. Lebensjahr, für Frauen und Schwerbehinderte ab dem 58. Lebensjahr. Ab dem 1. Januar 1986 gilt die Vorruhestandsregelung für Männer auch ab dem 59. Lebensjahr.</p>

noch Tabelle 7

Monat		
1984		
noch April	Druckindustrie Begünstigte: 115 000	Für die Monate April, Mai, Juni 1984 wird eine Pauschale von insgesamt 150 DM gezahlt. Die Verdienste werden zum 1. Juli 1984 um 3,3 vH und am 1. April 1985 um 2,0 vH erhöht. Nach 12 Wochen Arbeitskampf wird ein neuer Manteltarifvertrag, gültig ab 1. April 1985, mit folgenden Vereinbarungen geschlossen:  — Die Arbeitszeit wird von 40 Stunden auf 38,5 Stunden je Woche für alle Arbeitnehmer bei vollem Lohnausgleich herabgesetzt, — die wöchentliche Arbeitszeit ist für den einzelnen Arbeitnehmer auf 5 Tage zu verteilen, — Arbeitszeitverteilungspläne über mehrere Wochen bleiben zulässig, — Überstunden können auch in Freizeit abgegolten werden, Überstundenzuschläge müssen bezahlt werden, — Erweiterung der Möglichkeiten für befristete Arbeitsverträge.
Mai	Steinkohlenbergbau Begünstigte: 175 000	Anhebung der Löhne und Gehälter um 3,4 vH am 1. Mai 1984. Erhöhung des Zusatzurlaubs für Arbeitnehmer über Tage nach 15 Jahren Untertagebeschäftigung von 2 auf 3 Arbeitstage.
Juli	Soziale Sicherung	Die Sozialversicherungsrenten werden am 1. Juli 1984 um 3,4 vH erhöht, vom erhöhten Betrag werden 2 vH als Krankenversicherungsbeitrag wieder abgezogen.
	Chemische Industrie Begünstigte: 556 000	Die Löhne und Gehälter werden zum 1. Juli 1984 beziehungsweise zum 1. September 1984 um 4,0 vH erhöht.
September	Öffentlicher Dienst Begünstigte: 2 076 000	Für die Monate September bis Dezember 1984 wird ein Pauschalbetrag von 240 DM gezahlt. Zum 1. Januar 1985 werden die Löhne und Gehälter um 3,2 vH angehoben. Die Beamtenbesoldung soll entsprechend angepaßt werden. Ebenfalls vom 1. Januar an erhalten 58jährige und ältere Beschäftigte zusätzlich zwei freie Tage. Vom 1. Januar 1986 an gibt es zwei freie Tage für Beschäftigte vom 50. Lebensjahr an und vom 1. Januar 1987 an für alle. Im öffentlichen Dienst ist damit die Arbeitszeit bis Ende 1987 festgeschrieben; die Lohnvereinbarungen gelten bis Ende 1985.
Oktober	Eisen- und Stahlindustrie Begünstigte: 187 000	Nach 9 Nullmonaten werden die Löhne und Gehälter zum 1. Januar 1985 um 3,3 vH erhöht. Zum 1. Juli 1986 wird eine Stufenanhebung von 2 vH vereinbart. Ab 1. Oktober 1984 wird die Arbeitszeit von 40 auf 38 Stunden mit vollem Lohnausgleich herabgesetzt. Die zusätzlichen Schichtfreizeiten für Konti- und Nachtschichtarbeiter werden von 6 auf 4 Freischichten ab 1985 herabgesetzt. 2 Altersfreizeiten für Arbeitnehmer ab dem 50. Lebensjahr fallen weg.

maßstabes. Ändert sich dieser Wertmaßstab, so ändern sich nicht notwendigerweise die Verhältnisse von Angebot und Nachfrage auf den Rohstoffmärkten. Überspitzt gesagt: Wenn das Pariser Urmeter verlängert wird, dann verringern sich die Meterzahlen in der Welt, aber an den tatsächlichen Längenverhältnissen ändert sich nichts. So ist es zu erklären, daß die Dollar-Preise von Rohstoffen auf den Weltmärkten in der zweiten Jahreshälfte 1984 trotz der weltweiten konjunkturellen Aufwärtsbewegung sogar zurückgingen. Die Preise für Industrierohstoffe waren im September, in Dollar, um 5,2 vH niedriger als im gleichen Zeitraum 1983. Das ist zwar weniger, als der Umbewertung des Dollar entsprechen hätte, ein konjunktureller Anstieg der Rohstoffpreise blieb. In D-Mark gerechnet mußten

deutsche Unternehmen im September 7,3 vH mehr bezahlen (Ziffer 166). Weniger stark war die Verteuerung von eingeführten Fertigwaren wie Maschinen, Werkzeugen, elektronischen Geräten, Büroausstattungen und vielem anderen mehr. Hierfür ist die Preisentwicklung im europäischen Raum und das Verhältnis der D-Mark zu den europäischen Währungen von größerer Bedeutung. Im September waren die Preise für solche Importe um 4,1 vH höher als im September 1983.

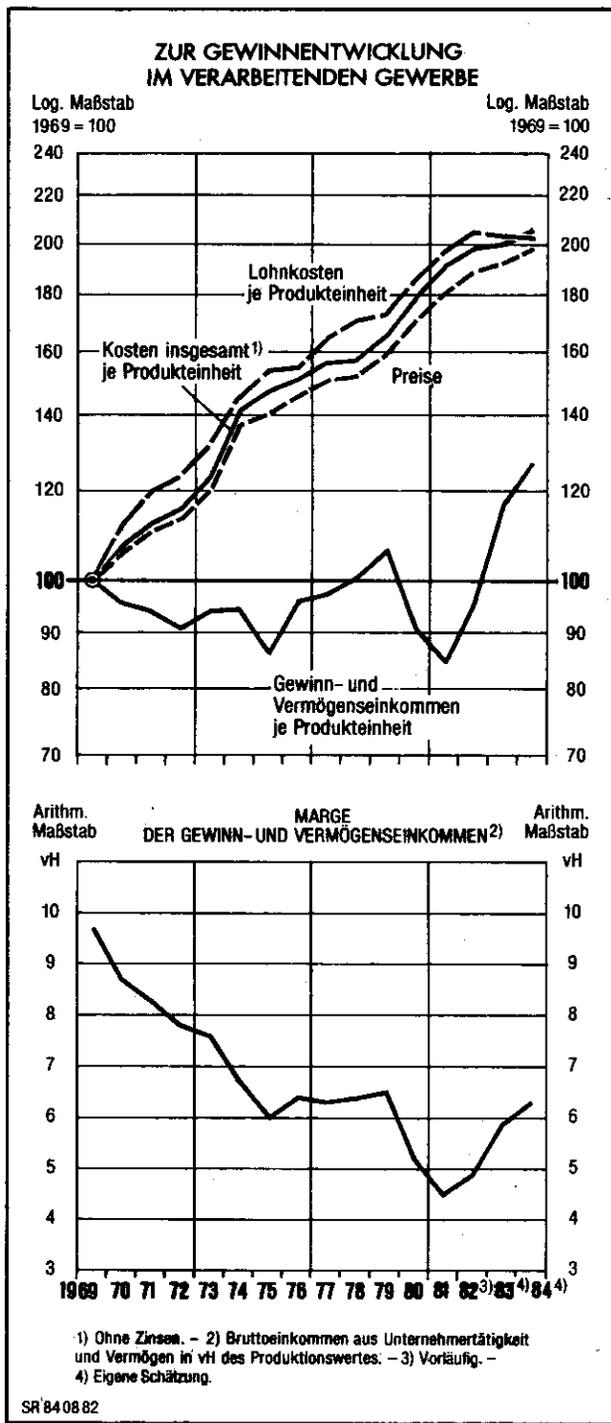
68. Die Kosten für Fremdkapital und für den Wertverzehr der Anlagen waren höher als im Vorjahr. Das gilt eindeutig hinsichtlich der Abschreibungen. Bei den Zinskosten ist das Bild nicht so eindeutig, da nicht leicht abzuschätzen ist, in wel-

Schaubild 7

chem Umfang die Unternehmen ältere, noch zu niedrigeren Zinsen hereingenommene Kredite durch höherverzinsliche ersetzen mußten. Die Kredite, die die Unternehmen neu aufzunehmen hatten, um Investitionen und Läger zu finanzieren, waren in diesem Jahr ebenso teuer wie 1983. Die Zinsen auf langfristige Verbindlichkeiten waren kaum niedriger als im Vorjahr, für kurzfristige Mittel waren zeitweilig sogar etwas höhere Zinsen zu zahlen. Die Zinssenkungen in der zweiten Jahreshälfte 1984 haben an der Kostensituation in diesem Jahr noch nicht viel geändert. International gesehen standen die deutschen Unternehmen, was die Kosten der Beschaffung von Kapital angeht, aber vergleichsweise günstig da. Nur in Japan und in der Schweiz waren die Nominalzinsen niedriger.

69. Insgesamt dürften 1984 die Kosten für die im Inland wie auf den Exportmärkten abgesetzten Güter, je Produkteinheit gerechnet, um reichlich 2 vH höher sein als im Vorjahr. Im vergangenen Jahr, als die Einfuhrpreise nahezu stabil waren, hatte sich ein Anstieg der Stückkosten von 1 vH ergeben. Die Situation im Jahre 1984 war dennoch günstiger. Die Unternehmen konnten nämlich ihre Produktion stärker ausweiten, und die Anzahl der Beschäftigten ist nur noch wenig eingeschränkt worden. Zu den positiven Momenten gehört zudem, daß es auch ohne die in vergleichbaren Konjunkturphasen übliche Entlastung bei den Kapitalkosten zu einer geringen Steigerung der Gesamtkosten kam. Die Kennzeichnung der Lage wäre freilich unvollständig ohne den Hinweis, daß offen ist, ob es bei den niedrigen Kostensteigerungen bleiben wird. So ist die mäßige Erhöhung der Tariflöhne in diesem Jahr im Zusammenhang mit den höheren Belastungen im nächsten Jahr zu sehen, die aus der Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich erwachsen (Ziffern 129 ff.). Die Preise importierter Vorleistungen könnten nach dem zurückliegenden Anstieg stabil bleiben und für Kostenentlastung sorgen.

Die Tatsache, daß die Absatzpreise im verarbeitenden Gewerbe wie in der gesamten Volkswirtschaft stärker gestiegen sind als die gesamten Kosten je Produkteinheit, läßt den Schluß zu, daß die Gewinne auch in diesem Jahre höher ausgefallen sind als im Vorjahr. Dasselbe gilt, wenn man die Gewinne und Vermögenserträge der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe auf eine Größe bezieht, die den Geldwertschwund berücksichtigt, nämlich auf den Wert aller abgesetzten und auf Lager genommenen Güter (Schaubild 7). Für das verarbeitende Gewerbe zeigt sich, daß der Anstieg dieser Gewinnmarge in den letzten drei Jahren den Einbruch nach 1979 wettgemacht hat. Sie war 1984 etwa so hoch wie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Der Befund für die Gesamtwirtschaft unterscheidet sich davon vermutlich nicht nennenswert. In dieser Erlös-Kosten-Relation berücksichtigen wir von den Kapitalkosten nur die Abschreibungen und nicht die Verzinsung des in den Unternehmen gebundenen Kapitals. Im Vergleich zur zweiten Hälfte der siebziger Jahre stellt sich die derzeitige Situation weniger günstig dar, wenn die höheren Zinskosten einbezogen werden. Einen Hinweis darauf, um wie-



viel die Zahlen schätzungsweise zu korrigieren sind, gibt der Ansatz für die Zinskosten in den Rechnungen zur Reallohnposition, den wir dort der Erlös-Kosten-Relation ohne Zinskosteneffekt gegenüberstellen (Ziffern 182 ff.).

Zur Verbesserung der Ertragsituation hat nicht nur beigetragen, daß die Gewinnmargen höher ausfielen, sondern auch daß die Unternehmen mehr produzierten und absetzten. In diesem Jahr hat die Ausweitung der Produktionsmenge mehr zur Stärkung der Gewinne beigetragen als in den vergange-

nen beiden Jahren; die Produktionsmenge war 1982 noch gesunken und 1983 dann nicht viel höher ausgefallen. Die Zunahme der Gewinne je Stück war in den zurückliegenden Jahren von größerer Bedeutung gewesen. In diesem Jahr waren die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 7 vH höher als im Vorjahr.

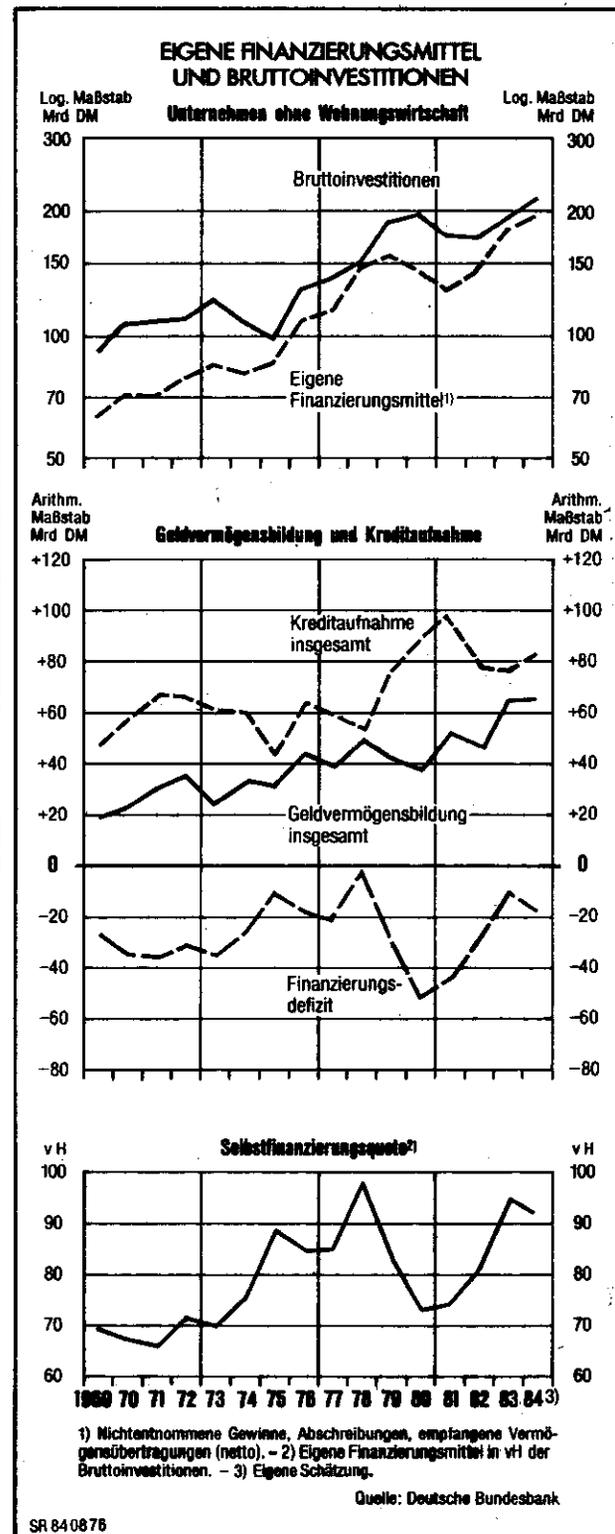
70. Die Investitionen der Unternehmen waren auch 1984 nicht viel höher als die ihnen zur Verfügung stehenden Eigenmittel (Schaubild 8). Die Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Bundesbank zeigen für das erste Halbjahr 1984, daß die eigenen Finanzierungsmittel der Unternehmen, das sind die einbehaltenen Gewinne, die Abschreibungen und die Investitionszuschüsse des Staates, annähernd so hoch waren wie die Bruttoinvestitionen, das sind die Ausrüstungsinvestitionen, die Bauinvestitionen und die Vorratsveränderungen der Unternehmen. Die Ertragslage der Unternehmen — die Wohnungswirtschaft und die finanziellen Institutionen nicht mitgerechnet — besserte sich in der ersten Jahreshälfte weiter, und dies, obgleich der Arbeitskampf in den betroffenen Bereichen zu erheblichen Umsatzeinbußen und zu Gewinneinbußen führte.

Die Kreditaufnahme dürfte aufs ganze Jahr gesehen nur etwas höher ausfallen als im Vorjahr. Bemerkenswert ist, in welchem Umfang im ersten Halbjahr 1984 kurzfristige Kredite im Ausland aufgenommen wurden. Exporteure haben bei der Abwicklung der gestiegenen Auslandsaufträge höhere Anzahlungen aus dem Ausland erhalten. Die Geldvermögensbildung dürfte nahezu ebenso hoch ausfallen wie im Vorjahr. Das verbleibende Finanzierungsdefizit ist, verglichen mit früheren Jahren, nach wie vor niedrig.

71. In diesem Jahr sind einige Steuersenkungen wirksam geworden, die das Investieren erleichtern sollen. Die Belastung inländischen Betriebsvermögens mit Vermögensteuer wurde durch einen zusätzlichen Freibetrag von 125 000 DM und durch eine Verminderung des verbleibenden steuerlichen Vermögenswertes um ein Viertel herabgesetzt. Der Vermögensteuersatz für Körperschaften ist von 0,7 vH auf 0,6 vH gesenkt worden, und die Mehrfachbelastung mit Vermögensteuer bei verbundenen Unternehmen wurde weiter abgebaut. Außerdem können die Unternehmen von diesem Jahr an Sonderabschreibungen für Investitionen, die der Forschung und Entwicklung dienen, geltend machen. Kleinen und mittleren Unternehmen hat der Gesetzgeber allgemeine Sonderabschreibungen in Höhe von 10 vH der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für bewegliche Anlagegüter eingeräumt.

In den vergangenen Jahren sind wiederholt Korrekturen bei den Unternehmenssteuern vorgenommen worden, wenngleich es in der Bundesrepublik, anders als in den Vereinigten Staaten, nicht zu einer durchgreifenden Senkung von Steuern, die auf Investitionen lasten, gekommen ist. Teilweise waren die finanzpolitischen Maßnahmen auf eine befristete Förderung angelegt, wie etwa bei der Investitionszulage.

Schaubild 8



72. Die Unternehmen haben ihre Investitionen aufs Jahr gesehen nur um  $1\frac{1}{2}$  vH aufgestockt; die Bauinvestitionen wurden dem Volumen nach um 3 vH erhöht, die Ausrüstungen um  $\frac{1}{2}$  vH. Der Vorjahresvergleich verzeichnet die Entwicklung freilich, weil Ausgaben für Ausrüstungsgüter wegen der Investitionszulage in das Jahr 1983 vorgezogen

Schaubild 9

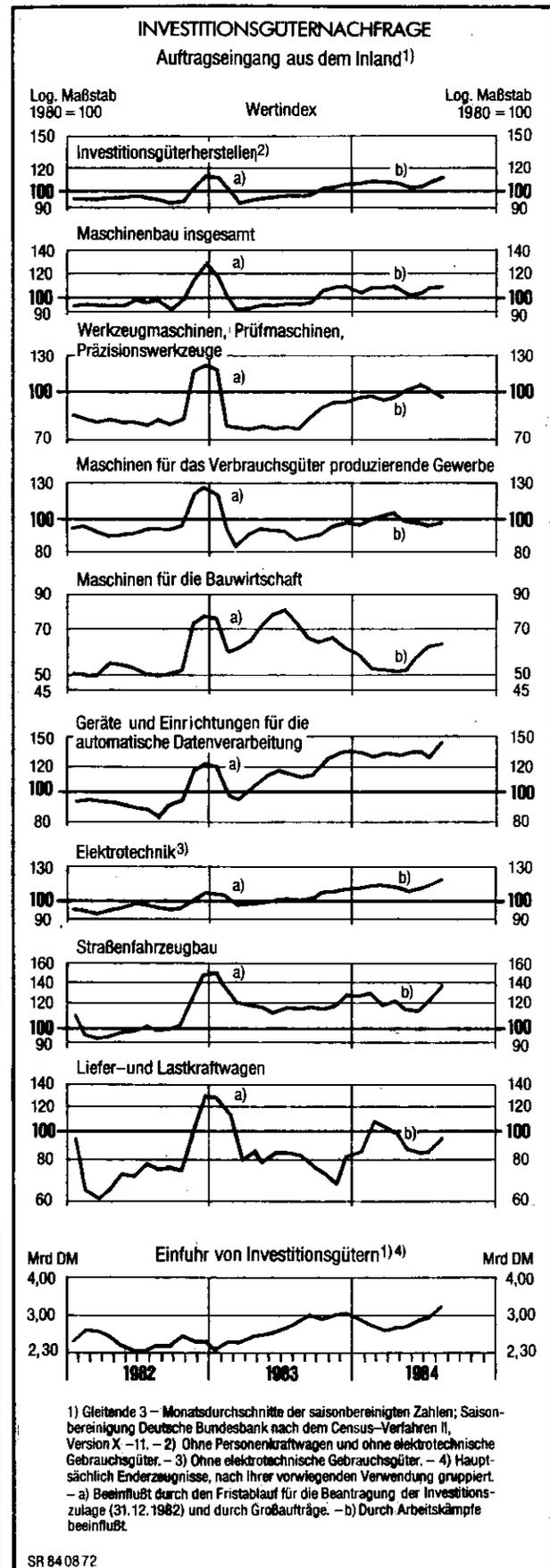
wurden und außerdem einige Investitionsprojekte wegen des Arbeitskampfes mit Verzögerung erst 1985 realisiert werden. Am Ende dieses Jahres dürften die Investitionsausgaben für Ausrüstungen nach Abzug des Preisanstiegs aber immerhin um 10 vH höher sein als im Tiefpunkt der Rezession im vierten Vierteljahr 1982 und etwa ebenso hoch wie im vierten Vierteljahr 1983, als der größte Teil der zulagenbegünstigten Investitionsgüter ausgeliefert wurde.

Rund ein Drittel der Investitionsgüter kaufen die Unternehmen im Ausland. Diese Einfuhren waren in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 6 1/2 vH höher als im gleichen Zeitraum 1983. Ungewöhnlich ist eine solche Entwicklung nicht; denn darin kommt — ebenso wie in dem starken Anstieg der Ausfuhr von Investitionsgütern — die rasch fortschreitende Spezialisierung des Handels der Industrieländer untereinander zum Ausdruck und die Ausweitung des Handels mit Ländern, die an der Schwelle zum Industrieland stehen.

Inländische Investoren bestellen jetzt besonders stark Werkzeugmaschinen, Prüfmaschinen und Präzisionswerkzeuge, ebenso Geräte für die automatische Datenverarbeitung und elektronische Ausrüstungen (Schaubild 9). Der Wunsch, bestehende Anlagen zu modernisieren, neue Produktionstechniken einzuführen und die Produktqualität mit ausgefeilten Kontrolltechniken zu erhöhen, wird ein wichtiges Kennzeichen dieses Investitionsaufschwungs. Mehr als in den letzten Jahren wird auch in Lieferwagen, Lastkraftwagen und Maschinen für das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe investiert.

**73.** Höhere Nachfrage, ein geringer Kostenanstieg, höhere Stückgewinne und mehr eigene Mittel — die günstigen Bedingungen fürs Investieren — sind der Grund dafür, daß mehr investiert wird, obwohl der Zins, verglichen mit den erzielbaren Preisen, noch in keinem Aufschwung so hoch war wie 1984. Es zeigt sich, welche wichtige Rolle eine zurückhaltende Lohnpolitik spielt, wenn die Bedingungen an anderer Stelle — hier Importpreise und Zinsen — ungünstig sind, diese Bedingungen aber von Akteuren im Inland nicht beeinflußt werden können. Der schwache Anstieg der Lohnkosten hat erneut Raum gegeben für eine Ausweitung der Stückgewinne und zugleich eine Dämpfung des Preisauftriebs. Der Wettbewerb hat dafür gesorgt, daß die Zurückhaltung bei der Steigerung der Nominallöhne (+ 3 1/2 vH) nicht zu einem Verzicht auf die Steigerung der Reallöhne wurde (+ 1 vH).

Allein für Investitionen im Wohnungsbau blieben die Bedingungen ungünstig, da hier die Rendite kurzfristig nicht an das erhöhte Niveau der Realzinsen anzupassen war. Die Nachfrage nach Wohnungsbauten ist seit Mitte 1983 rückläufig. Im Jahre 1984 ist zwar aus Gründen, die in staatlichen Maßnahmen liegen, noch etwas mehr gebaut worden als 1983; von der zweiten Jahreshälfte an ging die Bautätigkeit aber zurück. Der Lage in der Wohnungswirtschaft ist ein eigener Abschnitt gewidmet (Ziffern 90 ff.).



74. Die Neigung, mit Blick auf künftigen Absatz und künftige Produktion die Läger aufzustocken, hatte schon 1983 erstmals nach längerer Zeit wieder zugenommen. Dem Umfang nach hatte der Lageraufbau 0,3 vH der Gesamtnachfrage ausgemacht, das waren 5 Mrd DM. In diesem Jahr dürften es 16½ Mrd DM sein, und dies, obwohl sich die Zinskosten, die die Unternehmen für die Läger zu kalkulieren hatten, kaum ermäßigt haben. Ausschlaggebend war wohl, daß die Produktionspläne nach der zeitweiligen Verunsicherung im Frühjahr wieder nach oben korrigiert wurden. Das war ein Grund dafür, die Vorräte an Rohstoffen und Halbwaren stärker auszuweiten, als es dem Produktionszuwachs in diesem Jahr entsprochen hätte. Dieses Bestreben kam zu einem nennenswerten Teil ausländischen Anbietern zugute; die Einfuhren an Rohstoffen und Halbwaren lagen in den ersten acht Monaten des Jahres dem Werte nach um 15 vH höher als im gleichen Zeitraum 1983.

#### Höhere Einkommen — höherer privater Verbrauch

75. Die privaten Haushalte haben ihre Konsumgüterkäufe in diesem Jahr in ähnlichem Umfang ausgeweitet wie 1983. Nachdem die Verbrauchsausgaben zu Jahresbeginn spürbar gestiegen waren, gab es im Frühjahr Anzeichen für eine Abschwächung der Kaufbereitschaft. Befragungen zufolge hatte sich die Stimmungslage der Konsumenten über mehrere Monate hinweg eingetrübt. In den Umsätzen des Einzelhandels schlug sich das in der ersten Jahreshälfte nicht unmittelbar nieder. Lediglich die Umsätze an Fahrzeugen verminderten sich in der Phase des Arbeitskampfes stark.

Für die Zeit nach dem Arbeitskampf wurde eine Belebung der Konsumnachfrage erwartet. Diese Erwartung wurde aber zunächst enttäuscht, erst im Herbst kam es dazu.

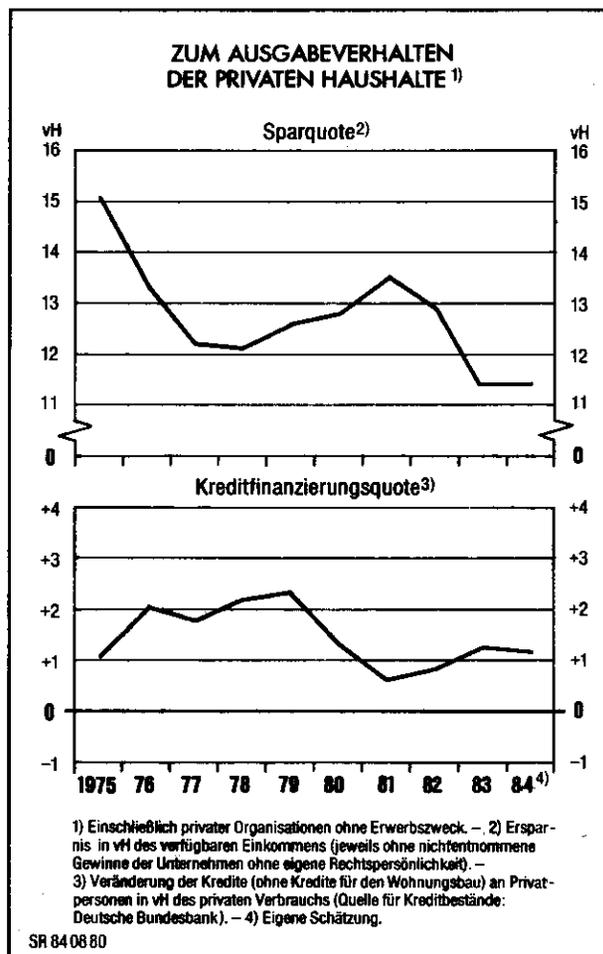
Insgesamt erhöhten sich die Verbrauchsausgaben in diesem Jahr um 3½ vH, in konstanten Preisen gerechnet waren dies gut 1 vH mehr als 1983. Der private Verbrauch erreichte in realer Rechnung wieder etwa das Niveau des Jahres 1980, in dem der markante und zwei Jahre dauernde Rückgang der Verbrauchsnachfrage eingesetzt hatte.

76. Anders als im letzten Jahr läßt sich der höhere private Verbrauch im wesentlichen durch höhere Einkommen erklären. Das Ende des Beschäftigungsabbaus, weniger Kurzarbeit und mehr Überstunden haben bewirkt, daß die Summe der Löhne und Gehälter auch nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben in diesem Jahr wieder mehr gestiegen ist als in den beiden letzten Jahren (Ziffer 173). Die Renten, Leistungen an Arbeitslose und andere staatliche Einkommensübertragungen erhöhten sich zusammengenommen etwas weniger, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, soweit sie den Haushalten zufließen, dagegen deutlich mehr als 1983 (Ziffern 175ff.). Die verfügbaren Einkommen haben um schätzungsweise 3½ vH zugenommen, im Vorjahr betrug die Zunahme 2½ vH.

Erstmals seit 1980 stieg die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen wieder an. Dies ist auch darauf zurückzuführen, daß sich der Preisauftrieb überraschend deutlich abgeschwächt hat. Einen so geringen Geldwertschwund wie in diesem Jahr gab es zuletzt Ende der sechziger Jahre.

77. Die Bereitschaft der privaten Haushalte, außer den laufenden Einkommen auch angesammelte Ersparnisse auszugeben oder sich zu verschulden, nahm in diesem Jahr nicht weiter zu (Schaubild 10). Im vergangenen Jahr erreichte die Konsumquote, das ist die Summe der Konsumausgaben in Relation zum verfügbaren Einkommen, den höchsten Stand seit 1967. Demgemäß war die Ersparnis im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen die niedrigste seither.

Schaubild 10



Im Verlauf des Jahres entwickelten sich die Konsumausgaben gleichmäßiger als die verfügbaren Einkommen. Vorgezogene Zahlungen von Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld, die offensichtlich zu einem großen Teil nicht unmittelbar für Ausgaben genutzt wurden, sowie die wegen des Arbeitskampfes vorübergehend gesunkenen Einkommen führten dazu, daß die Sparquote im ersten Vierteljahr 1984 hoch, im zweiten dagegen außergewöhnlich niedrig war.

Eine Reihe von Gründen, die im vergangenen Jahr dazu beigetragen hatten, daß sich die Bereitschaft der privaten Haushalte erhöhte, laufende Einkommen und angesammelte Ersparnisse auszugeben oder sich zu verschulden, waren in diesem Jahr von geringerer Bedeutung oder entfielen ganz. Die Zinsen haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht nennenswert vermindert, so daß es von daher nicht verwundern darf, daß die Bereitschaft, sich zu verschulden, nicht weiter zunahm. Im Verlauf des Jahres verminderte sich der Anteil der kreditfinanzierten Ausgaben an den Gesamtausgaben sogar leicht. Eine spürbare Höherbewertung von Vermögensteilen wie Aktien, festverzinslichen Wertpapieren und ausländischen Anlagen, wie sie im vergangenen Jahr die Ausgabeneigung der Begünstigten verstärkt hatte, kam den privaten Haushalten auch in diesem Jahr zugute, freilich erst gegen Ende des Jahres.

#### Mäßige Ausweitung der Staatsnachfrage

78. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften für Güter und Dienste sind wie in den beiden vergangenen Jahren, in denen sich der Ausgabenanstieg überraschend kräftig zurückgebildet hatte, nur wenig erhöht worden. Die Gebietskörperschaften gaben rund 2½ vH mehr aus als 1983. Nochmals geringer als im Vorjahr fielen die Preissteigerungen für vom Staat gekaufte Güter und die Lohnerhöhungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst aus.

Der Staatsverbrauch, das sind die Ausgaben für Personal und für den laufenden Sachaufwand — dazu werden auch die Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen gezählt —, nahm in realer Rechnung erstmals seit 1981 wieder zu, und zwar um 1 vH.

79. Die Personalausgaben, die nahezu die Hälfte der im sogenannten Staatsverbrauch zusammengefaßten Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen umfassen, stiegen mit 1½ vH am wenigsten. Die Verdienste im öffentlichen Dienst wurden entsprechend den vorjährigen Tarifverträgen zum 1. März 1984 nur um ½ vH aufgebessert; im neu abgeschlossenen Tarifvertrag wurde eine pauschale Zahlung von zusätzlich 240 DM je Beschäftigten für die letzten vier Monate des Jahres vereinbart. Aufs Jahr gesehen waren die Löhne und Gehälter 1½ vH höher als 1983. Der Staat baute auch Arbeitsplätze für Vollzeitbeschäftigte ab; besonders bei den Ländern war dies der Fall. Zum Teil wurden anstelle von Vollzeitkräften Teilzeitbeschäftigte eingestellt.

Die staatliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, die dem Betrieb und der Erhaltung staatlicher Einrichtungen dienen, stieg mit 4½ vH beschleunigt. Die Ausgaben für militärische Zwecke nahmen mit etwa 4 vH ebenfalls überdurchschnittlich zu.

80. Im Unterschied zu dem verringerten Ausgabenanstieg bei Bund, Ländern und Gemeinden haben die Ausgaben der Krankenversicherung wieder

verstärkt zugenommen. Nach zwei Jahren einer mäßigen Kostenentwicklung hat sich der Ausgabenanstieg bei vielen Leistungen des Gesundheitswesens beschleunigt. Kräftig nahmen die Ausgaben für Arzneien und für die Krankenhauspflge sowie die Honorare für ärztliche Leistungen zu. Insgesamt erhöhten sich die Ausgaben der Krankenversicherung in diesem Jahr um etwa 7 vH.

81. Die staatlichen Bauaufträge, die zum größten Teil von den Gemeinden vergeben werden, nahmen erstmals seit vier Jahren wieder zu; in den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden dem Werte nach rund 9 vH mehr Aufträge erteilt als ein Jahr zuvor. Im öffentlichen Tiefbau war die Belegung der Auftragsvergabe ausgeprägter als im öffentlichen Hochbau. Seitdem sich die Finanzlage der Gemeinden entspannt hat, geben die Gemeinden auch wieder mehr für Modernisierung und Instandhaltung aus.

Die Bautätigkeit für staatliche Rechnung, die in der ersten Jahreshälfte nochmals abnahm, hat sich infolge der gestiegenen staatlichen Aufträge seit der Jahresmitte kräftig belebt. Aufs ganze Jahr gesehen dürften die staatlichen Bauinvestitionen aber nicht höher sein als im Vorjahr.

#### Gefestigter Produktionsanstieg

82. Mit der Besserung der Bedingungen auf der Angebotsseite wie auf der Nachfrageseite nahm auch die Bereitschaft der Unternehmen zu, ihre Fertigung weiter auszudehnen. Für die Bauwirtschaft sieht die Situation freilich ungünstiger aus. Im Herbst 1984 sind in der Gesamtwirtschaft etwa 2½ vH mehr Waren erzeugt und Dienste erbracht worden als ein Jahr zuvor. Aufs gesamte Jahr gesehen dürfte die Fertigung ihren Vorjahresstand etwa in dem gleichen Umfang übertreffen.

83. In der Bauwirtschaft wirkte sich der Nachfrageeinbruch im Laufe des Jahres immer stärker aus. Dies beeinträchtigte auch die Produktionstätigkeit anderer Branchen; hiervon betroffen waren namentlich Zulieferer von Baumaterial sowie Anbieter von Baumaschinen und Baufahrzeugen.

In anderen Wirtschaftsbereichen hat der diesjährige Tarifkonflikt für erhebliche Störungen und Verwerfungen im Produktionsablauf gesorgt. So dürfte die Fertigung zu Jahresanfang kräftig ausgeweitet worden sein, weil Unternehmen vorsorglich Lager aufbauten, um möglichen Unterbrechungen von Lieferungen vorzubeugen oder diese zumindest in Grenzen zu halten. Unternehmen der Metallindustrie und des Druckereigewerbes waren von den Arbeitskämpfen unmittelbar betroffen. Mit zunehmender Breite und Dauer der Tarifauseinandersetzungen nahmen dann aber auch die Produktionsausfälle bei den Zulieferern und Abnehmern der von Streik und Aussperrung betroffenen Firmen zu, besonders bei den Unternehmen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes, die — wie die Stahlindustrie, die Gießereien und die Reifenhersteller oder Hersteller von Farben, Lacken und

Kunststoffprodukten — einen wesentlichen Teil ihrer Fertigung als Vorprodukte an die Automobilindustrie liefern. Zahlreiche Unternehmen aus der elektrotechnischen Industrie wurden ebenfalls vom Arbeitskampf in Mitleidenschaft gezogen.

Nach Abschluß des Tarifvertrages in der Metallindustrie gewannen die Auftriebskräfte wieder die Oberhand, und nicht wenige Unternehmen versuchten in der zweiten Jahreshälfte aufzuholen, was an Produktion ausgefallen war.

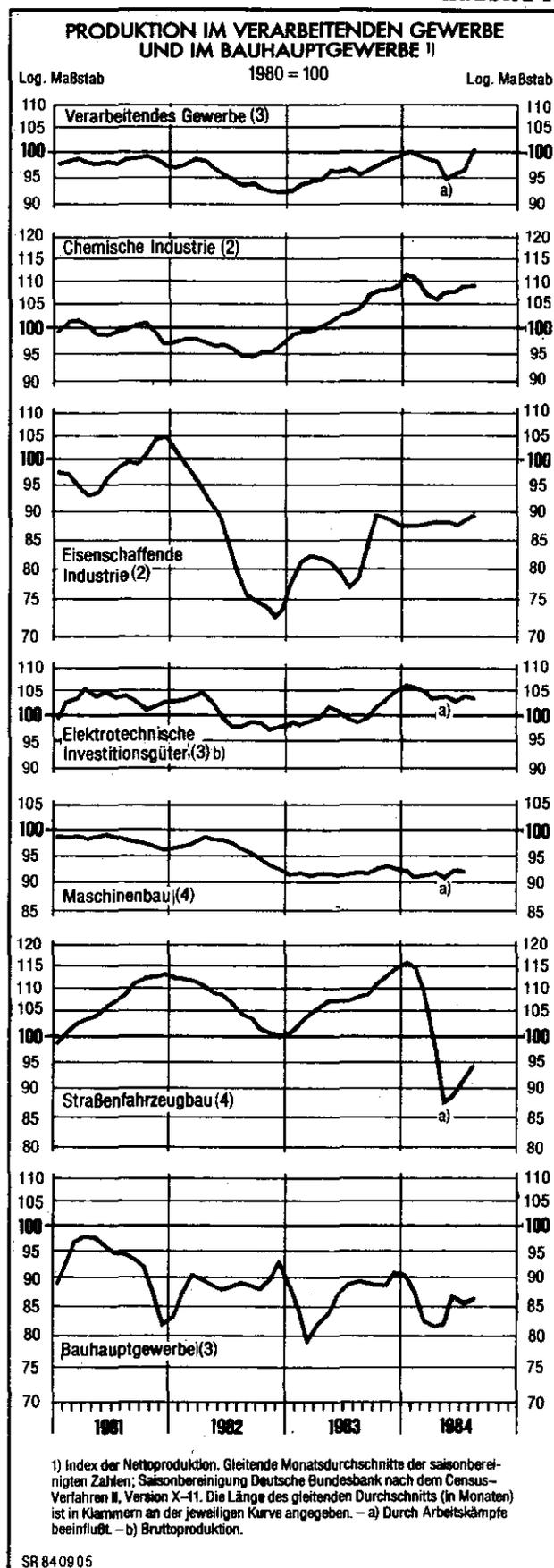
84. Im verarbeitenden Gewerbe ist die Produktion übers Jahr gesehen mit 3 vH stärker als in der Gesamtwirtschaft ausgeweitet worden (Schaubild 11). Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sind in den ersten neun Monaten sogar 5 vH mehr Güter hergestellt worden als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Anders als im letzten Jahr, als eine kräftige Lageraufstockung für Dynamik in der Produktion sorgte, verlief die Fertigung im Laufe dieses Jahres in ruhigeren Bahnen. Dazu trug die Schwäche in der Bauwirtschaft bei. Die Produktion der Stahlindustrie konnte sich auf einem deutlich höheren Niveau als im Vorjahr festigen. Insgesamt dürfte in diesem Jahr etwa 8 vH mehr Stahl erzeugt worden sein als 1983. Nach wie vor blieb aber hier ein beträchtlicher Teil der Stahlkapazitäten ungenutzt. Die Fertigung von chemischen Erzeugnissen hat nach einem raschen Anstieg 1983 den hohen Produktionsstand von Ende der siebziger Jahre erreicht.

85. Im Investitionsgütergewerbe zeigten sich von Branche zu Branche deutliche Unterschiede. Sehr stark erhöht wurde die Produktion von datentechnischen Geräten und Einrichtungen. Bereits im letzten Jahr war sie um 15½ vH ausgeweitet worden; in den ersten acht Monaten dieses Jahres lag das Fertigungsergebnis um nicht weniger als 24 vH höher als vor einem Jahr. Bei den Herstellern von elektrotechnischen Erzeugnissen ist insbesondere die Fertigung von Gütern für den Nachrichtensektor und für die Meß- und Regeltechnik ausgeweitet worden.

Im Maschinenbau hat sich die konjunkturelle Erholung mit Verzögerung eingestellt. Sie blieb nicht auf wenige Sparten beschränkt, sondern kam dem Gros der Unternehmen zugute.

Die Nachfrage nach Erzeugnissen des Maschinenbaus hatte bereits im Spätsommer 1983 angezogen, während die Daten der amtlichen Produktionsstatistik erst in der zweiten Jahreshälfte 1984 eine Aufwärtstendenz zeigten. Ein Grund für die zeitliche Verzögerung mag darin liegen, daß im Maschinenbau die technische und organisatorische Vorbereitung der Produktion eine vergleichsweise lange Zeit in Anspruch nimmt. Ein anderer Grund ist die im Durchschnitt längere Produktionsdauer. In die Produktionsstatistik gehen die Güter im allgemeinen erst zum Zeitpunkt ihrer Fertigstellung ein. Der zeitliche Nachlauf der statistisch gemessenen gegenüber der tatsächlichen Produktion wird in einer unterschiedlichen Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden und der Kapazitätsauslastung einerseits sowie der statistisch ausgewiesenen Produktionstätigkeit andererseits sichtbar. So ist die Anzahl der Kurzarbeiter im Maschinenbau deutlich zurückgegangen, und der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten hat

Schaubild 11



nach Auskunft der Unternehmen bereits in der ersten Jahreshälfte spürbar zugenommen.

Die Produzenten von Baumaschinen sowie von Landmaschinen bekamen hingegen die Investitionsschwäche bei ihren Kunden zu spüren. Im Großanlagenbau, der seine Erzeugnisse vorwiegend in Schwellenländern und Entwicklungsländern absetzt, blieb die Fertigung nach wie vor gedrückt.

In der Automobilindustrie war die konjunkturelle Grundtendenz während mehrerer Monate überlagert von den Einflüssen des Arbeitskampfes. Im Vergleich zum Jahresanfang ging die Fertigung im Frühsommer um ein Drittel zurück. Übers Jahr gesehen dürfte nur ein Teil der Lieferrückstände aufgeholt worden sein. Der Stückzahl nach sind in den ersten neun Monaten insgesamt 7 vH. weniger Kraftfahrzeuge gefertigt worden als im Vorjahr.

Während die Fertigung von Personenwagen zuletzt wieder ein hohes Niveau erreichte, wurden weniger Nutzfahrzeuge als im Vorjahr gebaut. Im Inlandsgeschäft machte sich bemerkbar, daß viele Investoren ihre Käufe von Lastkraftwagen in das Jahr 1983 vorgezogen hatten, um in den Genuß der Investitionszulage zu kommen. Erst zur Jahresmitte hat sich hier eine Besserung eingestellt. Auf den Auslandsmärkten gab es bis zuletzt keine Anzeichen für eine Absatzbelebung.

86. Im Verbrauchsgütergewerbe setzte sich der Anstieg der Produktion in diesem Jahr fort. Kräftige Impulse gingen dabei nach wie vor vom Auslandsgeschäft aus. Hiervon profitierte nicht zuletzt das Textilgewerbe, das in den ersten neun Monaten etwa 3 1/2 vH mehr Waren fertigte als 1983. Auch die Hersteller von Lederwaren und Kunststoffen haben ihre Fertigung überdurchschnittlich ausgeweitet.

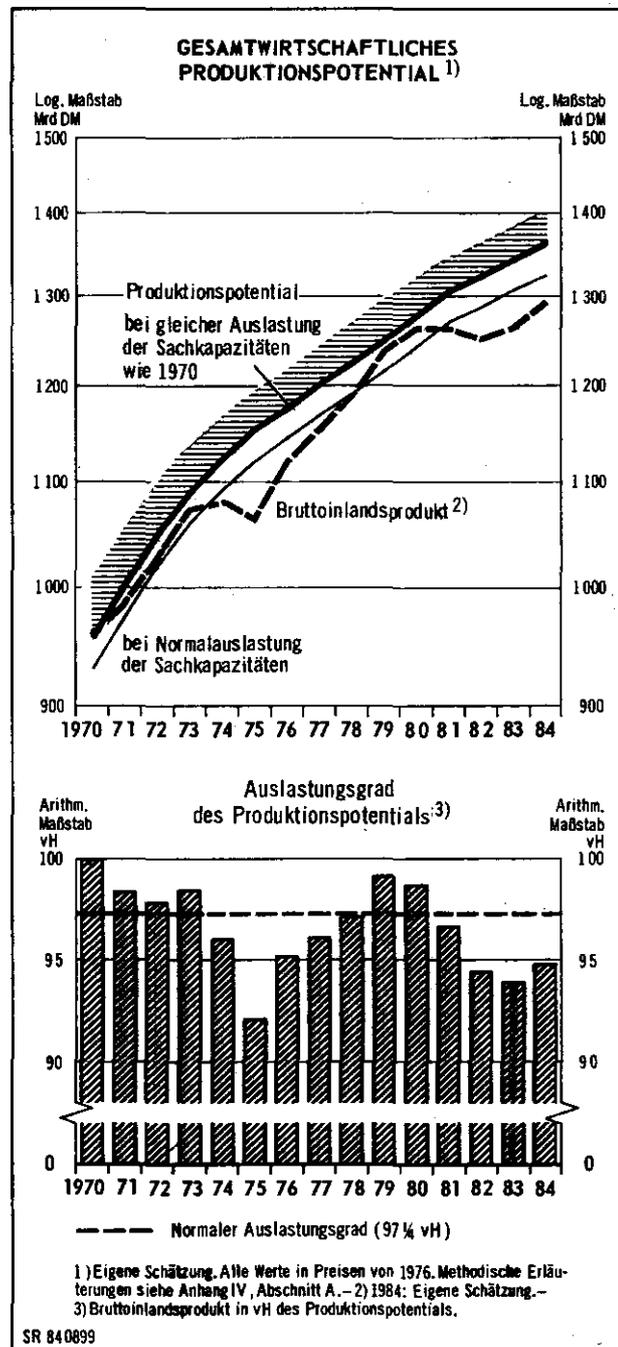
**Höherer Auslastungsgrad bei geringem Potentialwachstum**

87. Das volkswirtschaftliche Produktionspotential, also das bei Vollausslastung der Sachkapazitäten insgesamt erreichbare Produktionsvolumen, dürfte unseren Schätzungen zufolge 1984 mit 1 1/2 vH noch nicht stärker zugenommen haben als in den letzten Jahren; damit blieb das Wachstum des Angebotspielraums noch deutlich hinter seinem langjährigen Durchschnitt zurück (Schaubild 12). Die Belegung der Investitionstätigkeit in den letzten beiden Jahren hat daran nicht viel geändert.

Die Unternehmen haben in diesem Jahr noch nicht viel mehr investiert als im Vorjahr. Die Zuwachsrate von 1 1/2 vH, die sich in diesem Jahr für die Unternehmensinvestitionen in Ausrüstungen und Bauten errechnet, ist allerdings — wie erwähnt — durch Sonderfaktoren beeinflusst; sie gibt keinen richtigen Anhaltspunkt für die tatsächliche Investitionsneigung.

Immer mehr Investitionen dienen lediglich dazu, den Produktionsapparat in seinem gegenwärtigen Umfang zu erhalten. Der Teil an neuen Investitionen, der vor allem der Erweiterung und Modernisie-

Schaubild 12



rung der Produktionsanlagen dient und weniger dem bloßen Ersatz ausscheidender Anlagen, hat bislang noch nicht wieder das Niveau vor dem letzten Konjunkturereinbruch erreicht.

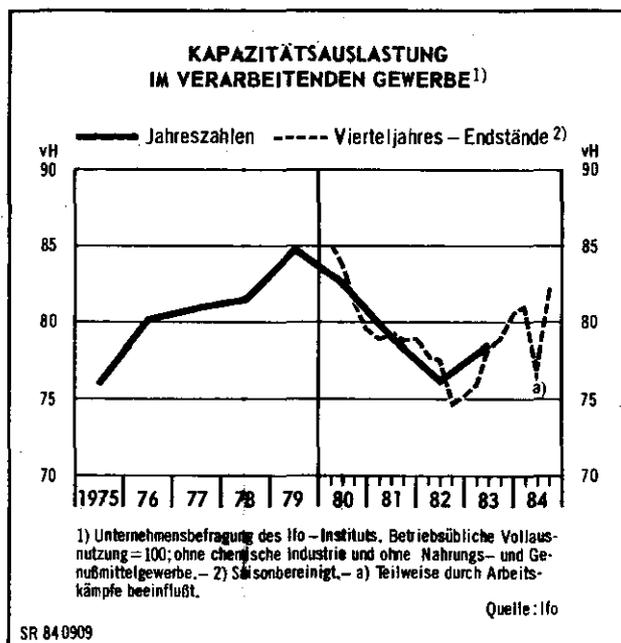
Bei der Kapitalproduktivität, also der Menge an Gütern, die je Kapitaleinheit hergestellt werden können, ist weiterhin eine im Trend rückläufige Entwicklung anzunehmen; mit anderen Worten, zur Herstellung einer Produkteinheit ist heute ein höherer Kapitaleinsatz erforderlich als früher (Anhang IV, Abschnitt A).

88. Immerhin reichte die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion in diesem Jahr mit 2 1/2 vH erstmals seit 1979 aus, die Sachkapazitäten wieder deutlich besser auszulasten. Im Jahresdurchschnitt waren die Kapazitäten zu fast 95 vH ausgelastet. Legt man den langjährigen Durchschnitt früherer Jahre zugrunde, so kann eine gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung von gut 97 vH als normal angesehen werden.

Bei der Schätzung des Produktionspotentials und seiner Auslastung gehen wir davon aus, daß die tatsächliche Produktion und die Produktionsmöglichkeiten nur im Unternehmenssektor, dieser ohne die Wohnungswirtschaft gerechnet, voneinander abweichen. Für die übrigen Bereiche wird angenommen, daß ihr Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung auch ihren Produktionsmöglichkeiten entspricht. Dies bringt es mit sich, daß die Kapazitätsauslastung im Durchschnitt der gesamten Wirtschaft höher veranschlagt wird als die Auslastung der Fertigungsanlagen im Unternehmenssektor und insbesondere im verarbeitenden Gewerbe.

Wie stark im verarbeitenden Gewerbe der Gerätebestand wieder intensiver genutzt worden ist, zeigen Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts (Schaubild 13). Nach Auskunft der Unternehmen sind die Maschinen und Geräte im Herbst 1984 zu 82 vH genutzt worden, nachdem die Auslastung ein Jahr zuvor noch bei 79 vH der betriebsüblichen Vollausslastung gelegen hatte. Bei den Herstellern von Verbrauchsgütern liegt der Nutzungsgrad der Anlagen mittlerweile sogar wieder auf dem hohen Niveau der Jahre 1979 und 1980. In der Bauwirtschaft hingegen, in der der Auslastungsgrad der technischen Anlagen üblicherweise niedriger ist als im industriellen Bereich, sind die Anlagen im September nur noch zu 58 vH genutzt worden, verglichen mit 62 1/2 vH vor einem Jahr.

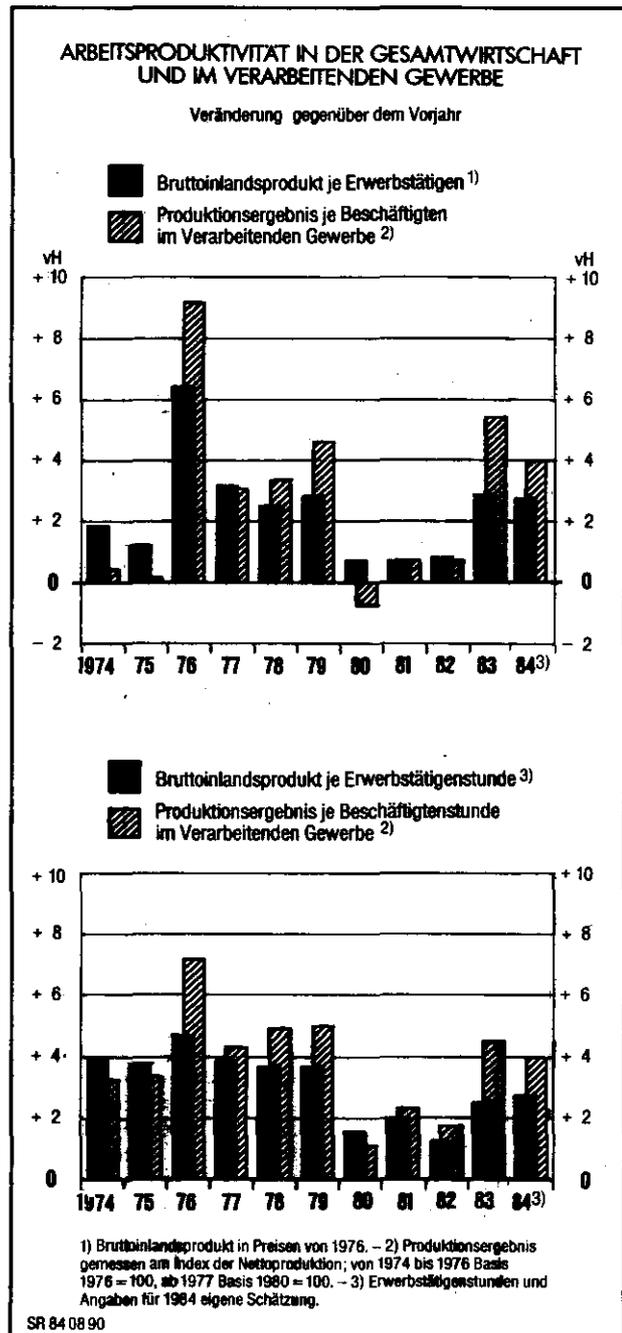
Schaubild 13



Im Jahresverlauf weist der Auslastungsgrad der industriellen Kapazitäten starke Schwankungen auf. Hierfür waren konjunkturelle Einflüsse jedoch nicht maßgebend; ausschlaggebend waren vielmehr zuerst die arbeitskampfbedingten Produktionsausfälle und dann die nach dem Tarifabschluß in der Metallindustrie einsetzenden Nachholarbeiten.

89. Im zweiten Jahr des Aufschwungs ist die gesamtwirtschaftliche Produktionsleistung je geleistete Arbeitsstunde etwa ebenso stark gestiegen wie im Vorjahr, und zwar um über 2 1/2 vH (Schaubild 14). Verglichen mit dem Aufschwung nach 1975 fällt die Produktivitätszunahme bislang schwächer

Schaubild 14



aus; damals war der konjunkturelle Erholungsprozeß allerdings auch stärker ausgeprägt.

In diesem Jahr konnte die höhere Produktion mit der gleichen Anzahl geleisteter Arbeitsstunden bewerkstelligt werden. Die Anzahl der Beschäftigten war zwar noch einmal etwas niedriger als im Vorjahr, die Beschäftigten haben aber etwas länger gearbeitet; in weniger Betrieben gab es Kurzarbeit, und die Überstunden nahmen zu.

### III. Rückschlag in der Bauwirtschaft

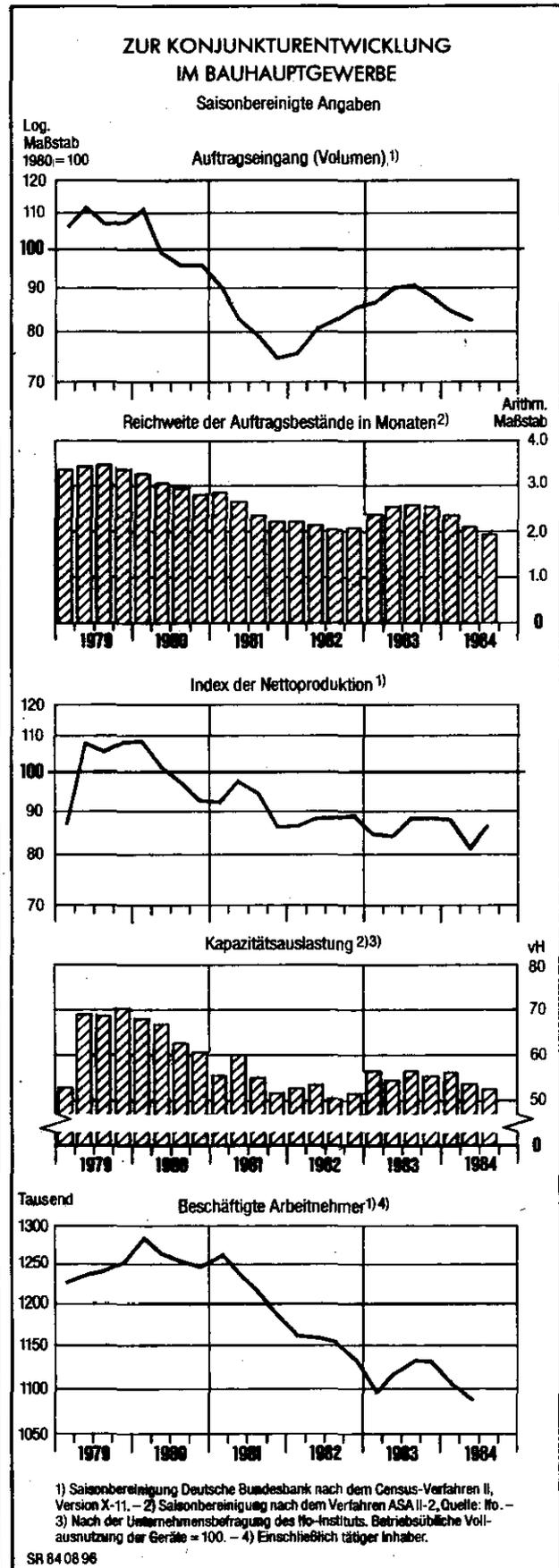
90. Zu den Enttäuschungen dieses Jahres zählt die konjunkturelle Entwicklung in der Bauwirtschaft. Der Anstieg der Baunachfrage war schon im Sommer letzten Jahres zum Stillstand gekommen. Seitdem ist die Auftragsvergabe wieder zurückgegangen, und für eine durchgreifende Wende zum Besseren gibt es bislang keine Anzeichen. Die expansiven Impulse, die von der Wirtschaftspolitik ausgingen, haben nur vorübergehend eine Besserung gebracht. Erneut bestätigt sich die Erfahrung, daß konjunkturelle Sonderprogramme vielfach nur eine zeitliche Vorverlagerung von privater Nachfrage bewirken. Nun fällt schon zu einer Zeit Baunachfrage aus, in der die übrigen Faktoren, die die Neigung zum Bauen bestimmen, die Baukonjunktur noch immer belasten. Derweil mehren sich die Stimmen, die vor einer Überversorgung auf dem Wohnungsmarkt warnen. Unsicherheit und Zweifel sind bei den Investoren aufgekommen. Für viele stellt sich die Frage, ob nicht anstehende Entscheidungen noch einmal überdacht und neue Investitionspläne zunächst zurückgestellt werden sollten.

91. Die erneute Nachfrageschwäche hat sich in der Bautätigkeit in diesem Jahr erst zu einem Teil niedergeschlagen. Dies liegt auch daran, daß ein Großteil der im letzten Jahr erteilten Aufträge erst 1984 abgewickelt worden ist (Schaubild 15). Bei einer Reihe von staatlich geförderten Bauprojekten mußten bestimmte Fertigstellungstermine eingehalten werden. Für gewerbliche Bauherren, die von der befristeten Investitionszulage profitieren wollten, lief die Fertigstellungsfrist zum Jahresende aus. Im Bereich des Wohnungsbaus war die Gewährung von Zinszuschüssen aus dem Programm zur Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen daran gebunden, daß die Rohbauarbeiten noch vor dem 1. Juni beendet sein mußten. Bauherren, die im Rahmen von Bauherrengemeinschaften bauen, hatten steuerliche Gründe, auf einen zügigen Abschluß zu drängen.

Für die Unternehmen des Ausbaugewerbes war damit eine gute Beschäftigung bis zum Jahresende vorgezeichnet, während sich bei den Unternehmen des Rohbaugewerbes die Nachfrageschwäche im Wohnungsbau bereits in der zweiten Jahreshälfte deutlich in der Bautätigkeit bemerkbar machte.

Anders als im Wohnungsbau ist es im gewerblichen Bau nach der Jahresmitte nicht zu einem Rückschlag gekommen. Bei nicht wenigen Unternehmen haben offensichtlich Kapazitätserweiterungen, die auch Bauten erfordern, an Bedeutung gewonnen.

Schaubild 15



Die öffentlichen Bauinvestitionen, die innerhalb der letzten drei Jahre um mehr als 25 vH eingeschränkt worden waren, sind von der Jahresmitte 1984 an leicht gestiegen. Vor allem die Gemeinden haben ihre etwas entspannte Finanzlage dazu genutzt, alte Bauvorhaben fortzuführen und neue in Angriff zu nehmen. Dies kam in erster Linie dem Tiefbau zugute. Das Bauvolumen liegt aber nach wie vor weit unter dem der frühen achtziger Jahre.

Insgesamt dürfte die Bautätigkeit in diesem Jahr im Wirtschaftsbau um etwa 3 vH über ihren Vorjahresstand hinausgehen, im Wohnungsbau um  $\frac{1}{2}$  vH; im öffentlichen Bau dürfte sie um  $\frac{1}{2}$  vH unter dem Vorjahresstand liegen.

92. Seit Herbst letzten Jahres nimmt die Anzahl von Unternehmenszusammenbrüchen in der Bauwirtschaft wieder zu. Insgesamt haben in den ersten acht Monaten dieses Jahres über 1 800 Baufirmen Konkurs angemeldet oder ein Vergleichsverfahren beantragt; das waren 9 vH mehr als im Vorjahr. Bereits in den letzten beiden Jahren mußten 5 200 Unternehmen ihren Betrieb schließen. Die Fähigkeit vieler Unternehmen, eine schlechte Baukonjunktur durchzustehen, ist geringer geworden. Dies hat auch seinen Niederschlag in den Bilanzdaten gefunden. Die Ausstattung der Unternehmen mit Eigenkapital dürfte bis zuletzt abgenommen haben. Bereits in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hatte das Verhältnis der Eigenmittel zur Bilanzsumme nach Berechnungen der Bundesbank nur noch knapp  $7\frac{1}{2}$  vH betragen.

In diesem Jahr hat sich die Ertragslage für viele Baufirmen nochmals verschlechtert. Die Lohnkosten sind weiter gestiegen. Zwar haben die Stundenlöhne etwas weniger zugenommen als im Vorjahr; sie gingen aber gleichwohl noch über den Anstieg der rechnerischen Arbeitsproduktivität hinaus. Verteuert haben sich zudem eine Reihe von Baumaterialien. Hier lagen die Preise in den ersten acht Monaten im Durchschnitt um reichlich  $2\frac{1}{2}$  vH höher als vor einem Jahr, verglichen mit  $\frac{1}{2}$  vH im Jahre 1983. Für die erbrachten Leistungen haben die Baufirmen, folgt man der amtlichen Statistik, im ersten Halbjahr fast 3 vH höhere Preise erzielen können als im Vorjahr. Das war ein stärkerer Preisanstieg als in den beiden Jahren zuvor. Zu einem erheblichen Teil ist der Mehrerlös freilich nicht den Unternehmen zugute gekommen, sondern dem Staat, der zur Jahresmitte 1983 die Mehrwertsteuersätze angehoben hatte. Die Preise im Ausbaugewerbe sind weitaus stärker heraufgesetzt worden als in den anderen Sparten des Baugewerbes. Hier scheint deswegen die Ertragslage noch am günstigsten zu sein. Einem anhaltenden Ertragsdruck sahen sich hingegen die im Tiefbau tätigen Unternehmen gegenüber. Hier läßt der harte Wettbewerb schon seit Jahren keine oder nur geringe Preisanhebungen zu.

93. Abnehmende Nachfrage nach Bauleistungen, stark geschrumpfte Auftragsbestände, geringe Kapazitätsauslastung sowie unzureichende Erträge fanden ihren Niederschlag sowohl in den Personalentscheidungen als auch in den Investitionen der

Unternehmen. Von der Einschränkung der Beschäftigung im Baugewerbe waren nicht nur angelernte und ungelernete Arbeiter betroffen, sondern auch in nennenswertem Maße qualifizierte Fachkräfte.

Im vergangenen Jahr hatten die Baufirmen ihre Investitionen kräftig ausgeweitet, und noch im Herbst 1983 beabsichtigten sie, ihren Bestand an Geräten und Anlagen nochmals im gleichen Umfang aufzustocken. Aber bereits im Frühjahr sind die Investitionspläne deutlich nach unten korrigiert worden. Die Bestellungen von Baumaschinen in diesem Jahr weisen darauf hin, daß die Investitionen auch gegenüber diesen Planungen noch zurückgenommen worden sind.

94. Daß die Erholung in der Bauwirtschaft schon so frühzeitig zu Ende ging und der Rückschlag so kräftig ausfiel, war nicht erwartet worden. Ausschlaggebend hierfür war der erneute Nachfrageeinbruch im Wohnungsbau, in dem knapp die Hälfte der gesamten Bauleistungen erbracht wird. Hier sind anscheinend mehrere ungünstige Faktoren zusammengetroffen; zum einen solche, von denen nicht zu erwarten ist, daß sie auf Dauer die Neigung zum Bauen beeinträchtigen, zum anderen aber auch solche, die mehr als nur vorübergehend von Bedeutung sein mögen.

95. Unter den Einflußgrößen im Kalkül eines privaten Bauherrn kommt dem Zins eine Schlüsselrolle zu. Von der Finanzierungsseite her gesehen sind die Bedingungen für den Wohnungsbau weiterhin ungünstig. In diesem Jahr mußten für Baukredite immer noch  $8\frac{1}{2}$  % bis  $9\frac{1}{2}$  % Zinsen gezahlt werden. Dies stellt für viele Bauwillige eine außerordentlich hohe Belastung ihrer Einkommen dar, zumal die Einkommenszuwächse sich stark abgeschwächt haben und die Einkommenserwartungen noch gedämpft sind. Der um den Anstieg der Verbraucherpreise verminderte Zins für Hypothekarkredite ist sogar noch weiter gestiegen und ist jetzt höher als 1981. Aber nicht nur die gegenwärtig hohen Hypothekenzinsen haben so manchen Bauinteressenten in diesem Jahr von der Auftragsvergabe abgehalten. Was nicht weniger wog, war wohl die lange Zeit vorherrschende Einschätzung, daß eine Zinssenkung von spürbarem Ausmaß auf absehbare Zeit nicht zu erwarten sei.

96. Für viele zu teuer wurde das Bauen auch wegen der hohen Baupreise und der hohen Preise für Bauland. Letztere haben in der Vergangenheit die Kosten für den Erwerb eines Hauses am kräftigsten in die Höhe getrieben. Im Bundesdurchschnitt kostete im Jahre 1983 baureifes Land 120 DM je Quadratmeter. In Groß- und Mittelstädten mußte für mittlere bis gute Wohnlagen im Durchschnitt mehr als das Doppelte aufgebracht werden, in den Ballungsgebieten sogar weit mehr als das Dreifache. Entfielen 1974 etwa 12 vH der Kosten für ein Einfamilienhaus auf das Grundstück, so waren es zehn Jahre später im Durchschnitt bereits fast 20 vH, für freistehende Einfamilienhäuser oft erheblich mehr.

Seit einiger Zeit verstärken sich jedoch die Widerstände gegenüber den hohen Preisforderungen. So

gar in Ballungsgebieten, Groß- und Mittelstädten mußten die Anbieter von Bauplätzen deutliche Preisabschläge hinnehmen. Preisdämpfend wirkte auch, daß ein Teil der erheblichen Reservflächen, über die Wohnungsbaugesellschaften verfügen, an den Markt kam. Die Preise für baureifes Bauland sind, gemessen an ihrem Höchststand im Herbst 1983, bis zum Frühjahr dieses Jahres im Bundesdurchschnitt um 5 vH zurückgegangen.

97. Wie stark mittlerweile die monatlichen Belastungen eines privaten Bauherrn durch Kapitaldienst zugenommen haben, mag folgende Modellrechnung veranschaulichen.

Beim Bau eines Einfamilienhauses mittlerer Qualität waren 1979 etwa 200 000 DM für die Bauleistungen aufzubringen, im Frühjahr 1984 waren es reichlich 260 000 DM, also 30 vH mehr. Dies geht freilich nicht voll auf die Baupreise zurück; in den tatsächlichen Aufwendungen für die Errichtung des Bauwerks kommt nämlich neben der Verteuerung von Bauleistungen auch zum Ausdruck, daß sich die Qualität der Wohnungen weiter verbessert hat, teilweise aufgrund verschärfter Bauvorschriften. Für das Grundstück mußte der Bauherr im Durchschnitt 60 000 DM bezahlen, das sind etwa 70 vH mehr als 1979. Nimmt man die Kosten für Bauleistungen und Bauland zusammen, so errechnet sich ein Mehraufwand von reichlich 35 vH. Geht man von einem Fremdfinanzierungsanteil von 60 vH aus und stellt zudem in Rechnung, daß im Frühjahr 1984 für Baugeld mit fünfjähriger Bindungsfrist im Durchschnitt 9 % zu zahlen waren, dann ergibt sich bei einer Tilgungsrate von 1 % aus alledem ein monatlicher Kapitaldienst, der um 60 vH höher ist als 1979; damals lag der Hypothekenzinssatz bei 7½ %.

Der Staat hat das Bauen in den letzten Jahren verstärkt begünstigt, teils durch steuerliche Entlastungen, teils durch gezielte, zeitlich befristete Fördermaßnahmen. Dies dürfte die monatliche Mehrbelastung je nach Höhe des zu versteuernden Einkommens, der Anzahl der Kinder und des Fremdfinanzierungsanteils mehr oder weniger stark ermäßigen. Aber weder die Haushaltseinkommen noch die Mieten sind während dieser Zeit auch nur annähernd so stark gestiegen wie die laufende Belastung aus dem Einfamilienhaus.

98. Nicht nur wegen der hohen Belastung stellt sich für viele potentielle Bauherren derzeit die Frage, ob es sich noch lohnt, in den Wohnungsbau zu investieren. Zunehmende Klagen über Vermietungsschwierigkeiten und Mietsenkungen im freifinanzierten wie im sozialen Mietwohnungsbau sowie ein zunehmender Angebotsdruck und Preisabschläge auf einer Reihe von Immobilienmärkten haben Unsicherheit und Zweifel aufkommen lassen. Zur Zeit lassen sich wohl nicht wenige Investoren auch von der Überlegung leiten, daß sich wegen des Rückgangs der Bevölkerung das Risiko einer langen Kapitalbindung im Wohnungsbau erhöhe, da nicht mehr ohne weiteres mit einer guten Miete der Wohnung während der gesamten Nutzungsdauer zu rechnen sei.

99. Daß sich die Unsicherheit unter den Investoren so rasch ausbreiten konnte, lag nicht zuletzt an widersprüchlichen Daten, mit denen die wohnungspolitische Diskussion bestritten wurde. Hier hat vor allem die Frage nach der Überversorgung mit Wohnungen eine bedeutsame Rolle gespielt. Zahlen über den Umfang und die Struktur des Wohnungsbestandes besagen freilich nicht viel.

Auf dem Mietwohnungsmarkt zeigen sich vor allem für Neubauten Schwierigkeiten bei der Vermietung. Enttäuscht sind auch jene, die auf einen ansehnlichen Vermögensgewinn gesetzt hatten. Im Bereich der Eigentumswohnungen zeichnet sich schon seit einiger Zeit eine Abflachung des Preisanstiegs ab. Mittlerweile werden hier sogar erhebliche Preisabschläge akzeptiert. Für einen Preisdruck sorgte nicht zuletzt die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen. Namentlich bei Wohnungsbaugesellschaften scheint die Neigung zu bestehen, sich von einem Teil ihres Wohnungsbestandes zu trennen.

Auch bei Einfamilienhäusern hat der Druck auf die Preise zugenommen. In diesem Jahr hat sich diese Tendenz fortgesetzt. Selbst dort, wo es zuvor noch zu beachtlichen Preiserhöhungen gekommen war, ließen sich nun die Preisvorstellungen der Verkäufer vielfach nicht mehr durchsetzen. Gleichwohl hat sich zwischen einzelnen Regionalmärkten ein ausgeprägtes Preisgefälle herausgebildet. So kosteten in Norddeutschland — vor allem in Städten und Regionen mit einer schwachen Wirtschaftsstruktur — Eigenheime erheblich weniger als vergleichbare Objekte im süddeutschen Raum.

100. Selbst bei Sozialwohnungen gibt es derzeit Vermietungsschwierigkeiten. Dies gilt vor allem für solche mit einer einfachen Ausstattung und in schlechter Wohnlage. Aber sogar für manche Sozialwohnung, die in den siebziger Jahren gebaut worden ist, fand sich kein Mieter. Aufgrund des staatlichen Fördersystems im sozialen Mietwohnungsbau, das einen stufenweisen Abbau der öffentlichen Hilfen vorsieht, sind die Sozialmieten dieser Förderjahrgänge rascher gestiegen als vergleichbare Marktmieten. Inzwischen hat sich das Mietengefälle so stark eingeebnet, daß Mieter, die einen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, oft einer Wohnung, die auf dem freien Wohnungsmarkt angeboten wird, den Vorzug geben. Einige Bundesländer müssen vermehrt durch sogenannte Nachsubventionierung das Auslaufen zeitlich gestaffelter Hilfen ausgleichen, um weitere Mieterhöhungen in Grenzen zu halten.

101. Zu den Faktoren, die auf längere Sicht maßgeblich die Tendenz im Wohnungsbau mitbestimmen, zählen auf der Nachfrageseite die Entwicklung der Bevölkerung und der Anzahl und der Größe der Haushalte.

Nach den amtlichen Ergebnissen der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis der Volkszählung 1970 nimmt die deutsche Wohnbevölkerung bereits seit den frühen siebziger Jahren ab. Bis zu Beginn der achtziger Jahre wurde dies durch

einen Überschuß an Zuwanderungen ausgeglichen. Seitdem geht die Gesamtbevölkerung jedoch wieder zurück, zum einen, weil die Anzahl der Geburten weiterhin hinter den Sterbefällen zurückbleibt, und zum anderen, weil nun auch mehr Ausländer abwandern als zuwandern. Auch auf längere Sicht gesehen wird die Bevölkerung weiter abnehmen; dabei ist zu erwarten, daß sich der Rückgang im Laufe der Zeit noch verstärkt.

Die Anzahl der Haushalte wird bis in die neunziger Jahre hinein noch zunehmen und danach voraussichtlich allmählich zurückgehen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße wird sich zunächst noch weiter verringern, während der je Haushaltsmitglied beanspruchte Wohnraum, der erfahrungsgemäß bei kleinen Haushalten am größten ist, weiter ansteigen dürfte. Welche Nachfrage nach Wohnraum sich aus dem Zusammenspiel der verschiedenen Einflußfaktoren ergibt, läßt sich nur schwer abschätzen. Bei alledem kommt es auch darauf an, wie sich die Einkommen entwickeln. Bei steigenden Einkommen und gefestigten Einkommenserwartungen könnten namentlich von der Nachfrage nach selbstgenutzten Wohnungen starke Impulse auf den Wohnungsbau ausgehen. Hierfür sprechen auch die wieder zunehmende Anzahl von abgeschlossenen, aber noch nicht zugeleiteten Bausparverträgen sowie die vereinbarten Bausparleistungen. Zudem sollte nicht übersehen werden, daß mit der zunehmenden Anzahl von jungen Haushalten, in denen beide Ehegatten berufstätig sind, auch die Sparfähigkeit und Belastbarkeit steigt. Mehr als früher verringert sich die Belastung junger Haushalte auch dadurch, daß Eltern ihre Kinder beim Erwerb von Wohneigentum finanziell unterstützen oder daß ererbtes Vermögen zur Verfügung steht.

102. Im Wohnungsbau wird der Neubau zugunsten der Modernisierung weiter abnehmen. Zur Zeit dürften auf die Modernisierung und Instandhaltung bereits mehr als ein Drittel aller erbrachten Bauleistungen entfallen. Diese Entwicklung ergibt sich zum einen daraus, daß bei vielen in der Nachkriegszeit, aber auch noch in den sechziger Jahren gebauten Wohnungen eine umfassende Erneuerung immer dringlicher wird. Zum anderen dürfte die Verbesserung des Wohnwerts von Städten und Dörfern eine Aufgabe sein, die wichtige Impulse für die Bautätigkeit gibt.

Wie rasch Baupläne in marktwirksame Nachfrage umgesetzt werden, hängt entscheidend von der Bes-

serung der Finanzierungsbedingungen ab. Bereits ein Rückgang des Zinssatzes um einen Prozentpunkt mindert die Belastung des Bauherrn in unserer Modellrechnung um etwa ein Siebtel. Ein Fortgang der Zinssenkung im Zusammenspiel mit einer Festigung positiver Einkommenserwartungen wird sich auch günstig auf die Neigung zum Bauen auswirken.

#### IV. Kein Durchbruch am Arbeitsmarkt

103. Im Herbst letzten Jahres hatte eine zeitweilige Belebung am Arbeitsmarkt schon einmal Zuversicht aufkommen lassen. Von der Jahreswende an war dann die Arbeitslosigkeit aber bis zum Sommer, von jahreszeitlichen Schwankungen abgesehen, wieder angestiegen. Erst in den letzten Monaten hat sich ein Umschwung angebahnt (Schaubild 16). Von einem Durchbruch am Arbeitsmarkt kann aber noch nicht gesprochen werden. Übers Jahr gesehen hat sich noch kein Rückgang der hohen Arbeitslosigkeit ergeben, die Anzahl der Arbeitslosen dürfte im Jahresdurchschnitt sogar noch etwas höher sein als im Vorjahr.

104. Der Rückgang der Beschäftigung ist zur Jahresmitte 1984 zum Stillstand gekommen. Danach verstärkte sich die Nachfrage nach Arbeitskräften. Im Herbst waren etwa gleich viele Personen beschäftigt wie vor Jahresfrist. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Anzahl der Beschäftigten aber noch um rund 70 000 unter dem Vorjahresstand liegen (Tabelle 8).

Einer besseren Beschäftigungsentwicklung stand in diesem Jahr entgegen, daß die Unternehmen im Baugewerbe, in dem es im vergangenen Jahr in beträchtlichem Umfang zu Neueinstellungen gekommen war, wieder Arbeiter entließen. Auch Zulieferbranchen der Bauwirtschaft wie das Holzverarbeitende Gewerbe verringerten ihren Beschäftigtenstand. In der Elektroindustrie und im Maschinenbau hingegen brachte die Belebung der Produktion einen höheren Personalbestand. Im Straßenfahrzeugbau, in dem die Beschäftigung schon von der Mitte letzten Jahres an stieg, führte die Produktionsunterbrechung durch die Arbeitskämpfe im Sommer zu einem zurückhaltenden Einstellungsverhalten der Unternehmen, erst im Herbst wurden die Belegschaften weiter erhöht.

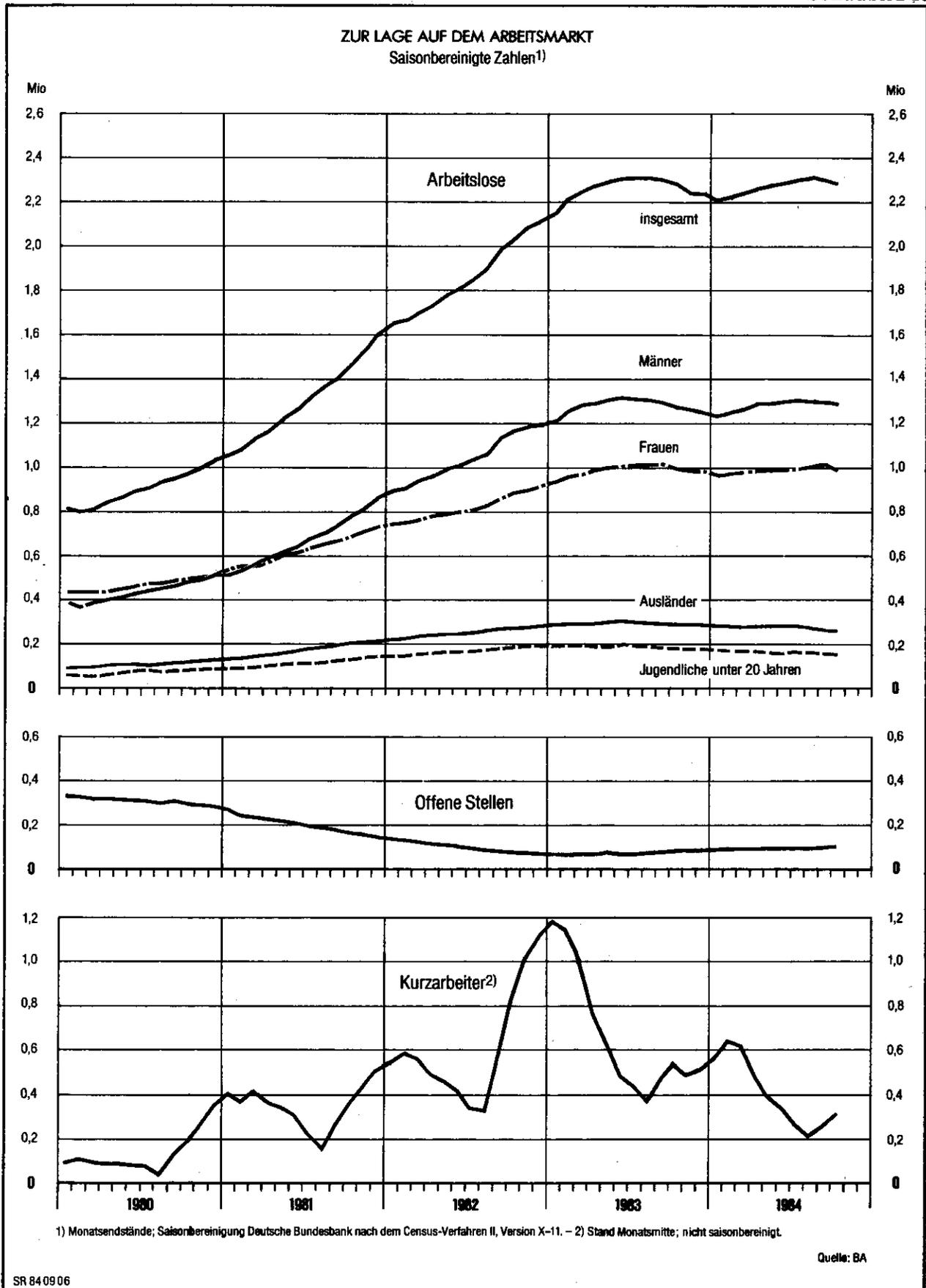


Tabelle 8

## Die Entwicklung am Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbstätige <sup>1)</sup>				Arbeitslose <sup>2)</sup>	Kurzarbeiter <sup>3)</sup>	Offene Stellen <sup>3)</sup>	Arbeitslosenquote <sup>5)</sup>
	insgesamt	beschäftigte Arbeitnehmer		Selbstständige <sup>4)</sup>				
		zusammen	darunter Ausländer <sup>2)</sup> 3)					
1 000								vH
1960	26 063	20 073	279	5 990	271	3	465	1,3
1961	26 426	20 565	507	5 861	181	3	552	0,9
1962	26 518	20 860	629	5 658	155	4	574	0,7
1963	26 581	21 098	773	5 483	186	11	555	0,9
1964	26 604	21 335	902	5 269	169	2	609	0,8
1965	26 755	21 625	1 119	5 130	147	1	649	0,7
1966	26 673	21 637	1 244	5 036	161	16	540	0,7
1967	25 804	20 908	1 014	4 896	459	143	302	2,1
1968	25 826	21 041	1 019	4 785	323	10	488	1,5
1969	26 228	21 624	1 366	4 604	179	1	747	0,8
1970	26 560	22 138	1 807	4 422	149	10	795	0,7
1971	26 721	22 510	2 128	4 211	185	86	648	0,8
1972	26 661	22 550	2 285	4 111	246	76	546	1,1
1973	26 849	22 833	2 498	4 016	273	44	572	1,2
1974	26 497	22 572	2 381	3 925	582	292	315	2,5
1975	25 746	21 950	2 061	3 796	1 074	773	236	4,7
1976	25 530	21 878	1 925	3 652	1 060	277	235	4,6
1977	25 490	21 972	1 872	3 518	1 030	231	231	4,5
1978	25 644	22 209	1 857	3 435	993	191	246	4,3
1979	25 986	22 606	1 924	3 380	876	88	304	3,7
1980	26 251	22 935	2 018	3 316	889	137	308	3,7
1981	26 048	22 793	1 912	3 255	1 272	347	208	5,3
1982	25 572	22 335	1 787	3 237	1 833	606	105	7,6
1983	25 126	21 901	1 694	3 225	2 258	675	76	9,3
1984 <sup>6)</sup>	25 062	21 829	1 660	3 233	2 270	413	87	9,4

<sup>1)</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; nach dem Beschäftigungsort (Inlandskonzept). Jahresdurchschnitte.

<sup>2)</sup> 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.

<sup>3)</sup> Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Jahresdurchschnitte.

<sup>4)</sup> Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.

<sup>5)</sup> Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer + Arbeitslose); Berechnung nach dem Inländerkonzept (ständiger Wohnsitz im Bundesgebiet) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

<sup>6)</sup> Eigene Schätzung.

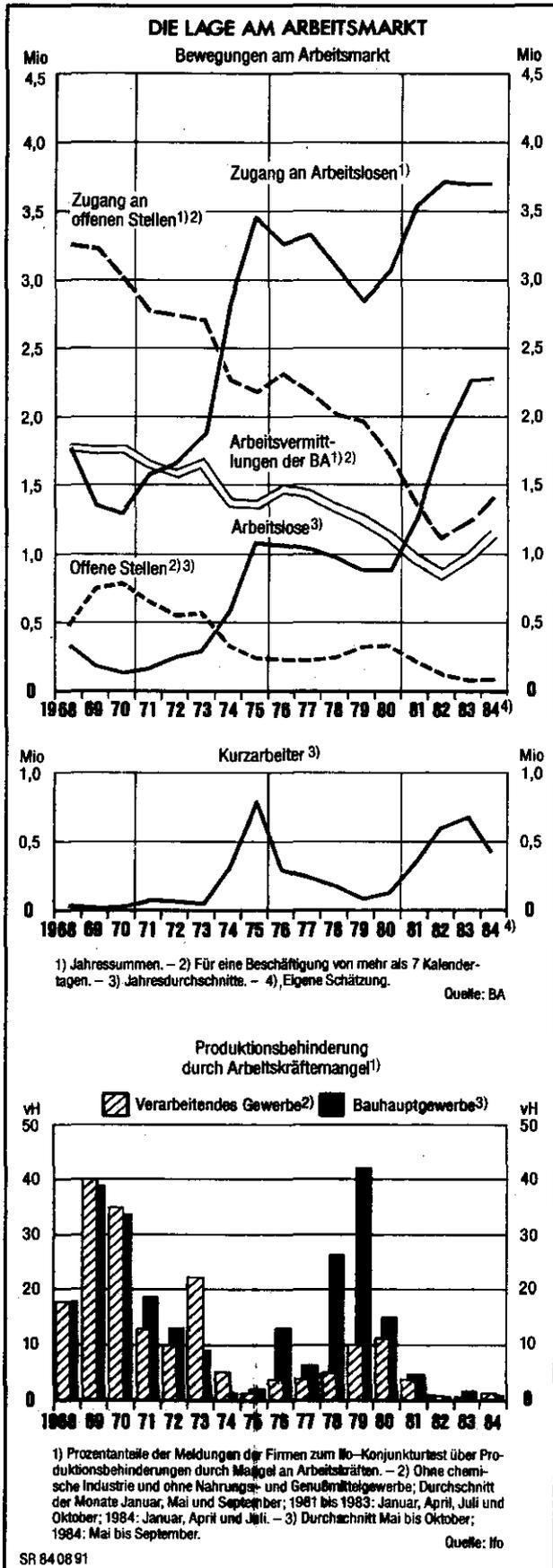
Die Anzahl der Kurzarbeiter ging in diesem Jahr um fast 40 vH zurück (Schaubild 17). Lediglich im Bergbau und im Baugewerbe waren im Herbst noch in nennenswertem Ausmaß Kurzarbeiter gemeldet.

**105.** Im Zeitraum Januar bis Oktober 1984 meldeten die Unternehmen den Arbeitsämtern 1,22 Millionen offene Stellen, 13 vH mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Ein wachsender Teil dieser Stellenangebote bietet allerdings nur eine kurzfristige Beschäftigung. Da die Arbeitsämter meistens rasch Arbeitsuchende vermitteln konnten, war der

Bestand an offenen Stellen Ende Oktober nur wenig höher als zur gleichen Zeit vor einem Jahr.

**106.** Die Anzahl der Arbeitslosen stieg ab Januar 1984, von Saisonschwankungen abgesehen, wieder an und war im August um rund 100 000 höher als zu Jahresbeginn. Erst danach ging sie wieder zurück. Im Oktober waren 2,14 Millionen Personen arbeitslos gemeldet, etwas weniger als im gleichen Monat des Vorjahres; das entsprach einer Arbeitslosenquote von 8,6 vH.

Schaubild 17



Für den neuerlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit dürften neben der Ausweitung der Produktion noch eine Reihe von Sonderfaktoren maßgeblich gewesen sein. Die Unternehmen haben ihr Angebot an Ausbildungsstellen nochmals beträchtlich gesteigert; die Arbeitslosigkeit Jugendlicher unter 20 Jahren verringerte sich. Die Arbeitslosenquote betrug hier zuletzt 7,5 vH, im Vergleich zu 8,9 vH im Oktober 1983. Mehr Arbeitslose als im Vorjahr konnten mit Hilfe arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen beschäftigt werden oder sich fortbilden. Außerdem hat sich die Anzahl ausländischer Arbeitnehmer weiter verringert; weniger Ausländer als im Vorjahr dürften in die Bundesrepublik zugewandert sein, gleichzeitig sind mehr in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Zum Teil haben dabei die Zahlung einer Rückkehrhilfe und die vorzeitige Erstattung der einbezahlten Arbeitnehmerbeiträge zur Rentenversicherung eine Rolle gespielt. Die Arbeitslosenquote ausländischer Arbeitskräfte ist deutlich gesunken; im Oktober 1984 betrug sie 12,7 vH, im Vergleich zu 13,8 vH im gleichen Monat des Vorjahres. In verschiedenen Branchen wurde älteren Arbeitnehmern in diesem Jahr tarifvertraglich die Möglichkeit eingeräumt, vorzeitig in den Ruhestand zu treten. In gewissem Umfang könnte sich das zuletzt schon auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt haben.

**Zur Struktur der Arbeitslosigkeit**

107. In Zeiten andauernd hoher Arbeitslosigkeit nimmt für einzelne Gruppen von Arbeitnehmern das Risiko, wiederholt arbeitslos zu werden oder es für lange Zeit zu bleiben, besonders stark zu. Dies liegt vor allem daran, daß die Unternehmen bei der Auswahl von Bewerbern, insbesondere wenn es sich um die Besetzung von Dauerarbeitsplätzen handelt, strenge Kriterien anlegen. Zu diesen Gruppen gehören:

- Arbeitnehmer mit gesundheitlicher Einschränkung, in besonderem Maße Schwerbehinderte,
- ältere Arbeitnehmer,
- Arbeitnehmer mit geringer beruflicher Qualifikation,
- Berufsanfänger,
- weibliche Arbeitnehmer, insbesondere wenn sie nicht dauernd erwerbstätig gewesen sind oder wenn sie eine Teilzeitbeschäftigung wünschen.

108. Das höhere Beschäftigungsrisiko von Arbeitnehmern mit diesen Merkmalen kann zeitweise überdeckt werden. In Phasen steigender Arbeitslosigkeit ergibt sich häufig ein Rückgang des Anteils dieser Gruppe von Arbeitnehmern an der Gesamtzahl der Arbeitslosen, weil sie bei der Entlassung unter anderem aus arbeitsrechtlichen Gründen weniger als bei der Einstellung benachteiligt sind (Tabellen 9 und 10).

109. Die Dauer der Arbeitslosigkeit hat für alle Arbeitskräfte deutlich zugenommen. Arbeitslose,

Tabelle 9

**Zur Struktur der Zugänge und Abgänge an Arbeitslosen**  
Anteil in vH

Arbeitslose	Zugänge			Abgänge			Abgänge in ein Arbeitsverhältnis		
	Mai/Juni								
	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984
Insgesamt .....	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer .....	59,1	58,7	59,5	63,2	64,8	63,2	67,9	69,3	67,3
Frauen .....	40,9	41,3	40,5	36,8	35,2	36,8	32,1	30,7	32,7
<b>Nach Nationalität</b>									
Deutsche .....	86,9	87,3	87,2	86,9	87,8	88,3	88,2	89,6	90,5
Ausländer .....	13,1	12,7	12,8	13,1	12,2	11,7	11,8	10,4	9,5
<b>Nach Berufsausbildung</b>									
ohne Abschluß .....	49,8	46,9	45,2	48,9	45,0	43,7	44,4	40,1	37,9
mit betrieblichem Abschluß .....	41,1	43,1	45,3	44,2	47,7	48,2	48,5	52,5	53,4
mit sonstigem Abschluß .....	9,0	10,0	9,5	6,9	7,3	8,1	7,1	7,4	8,7
<b>Mit gesundheitlicher Einschränkung</b> .....	13,8	12,6	11,7	13,4	12,0	11,7	10,1	8,9	9,0
<b>Nach Dauer der Arbeitslosigkeit <sup>1)</sup></b>									
unter 1 Monat .....				14,2	10,1	11,8	17,1	11,7	14,1
1 bis unter 3 Monate .....				23,4	19,6	20,4	26,0	21,5	23,1
3 bis unter 6 Monate .....				27,1	27,7	24,6	28,7	29,6	26,4
6 bis unter 12 Monate .....				26,0	28,5	25,1	23,2	27,6	23,6
1 bis unter 2 Jahre .....				7,8	11,8	13,5	4,4	8,5	9,8
2 Jahre und länger .....				1,5	2,4	4,6	0,6	1,2	2,9
<b>Nach Altersgruppen</b>									
unter 25 Jahre .....	37,3	38,8	38,4	35,4	36,4	36,3	37,2	38,7	39,6
25 bis unter 55 Jahre .....	57,5	55,4	56,4	59,4	58,8	58,6	60,1	58,6	58,1
55 Jahre und älter .....	5,2	5,8	5,1	5,2	4,9	5,1	2,7	2,7	2,4
<b>Nach vorherigem Erwerbsstatus</b>									
Arbeitsverhältnis .....	77,6	72,0	69,3	83,5	81,1	75,8	86,6	84,4	79,3
betriebliche Ausbildung .....	3,5	5,2	4,8	2,2	3,2	3,5	2,4	3,6	4,1
sonstige Erwerbstätigkeit .....	1,9	2,3	2,7	1,7	2,2	2,6	1,7	2,1	2,6
Unterbrechung der Erwerbstätigkeit									
von 6 Monaten und länger .....	10,1	11,6	11,8	8,4	8,8	10,7	5,7	5,9	7,4
ohne bisherige Erwerbstätigkeit .....	7,0	8,9	11,4	4,2	4,7	7,4	3,5	3,9	6,6

<sup>1)</sup> Abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit der Personen, die im betrachteten Zeitraum aus der Arbeitslosigkeit abgegangen sind.

Quelle: BA

## Zur Struktur der Arbeitslosigkeit

Arbeitslose	September									
	1979		1980		1981		1982		1983	
	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH
Insgesamt .....	737	100	823	100	1256	100	1819	100	2134	100
Männer .....	317	43,0	369	44,8	616	49,1	982	54,0	1145	53,7
Frauen .....	420	57,0	454	55,2	640	50,9	836	46,0	989	46,3
Nach Nationalität										
Deutsche .....	659	89,5	722	87,7	1075	85,6	1566	86,1	1850	86,7
Ausländer .....	77	10,5	101	12,3	181	14,4	253	13,9	284	13,3
Nach Berufsausbildung										
mit Abschluß .....	344	46,7	379	46,0	568	45,2	877	48,2	1049	49,2
ohne Abschluß .....	393	53,3	444	54,0	688	54,8	942	51,8	1084	50,8
Nach Stellung im Beruf										
Facharbeiter .....	94	12,7	109	13,2	182	14,5	318	17,5	399	18,7
Nichtfacharbeiter .....	340	46,1	392	47,6	632	50,3	890	48,9	985	46,1
Angestellte										
mit gehobener Tätigkeit .....	193	26,2	205	24,9	282	22,5	388	21,3	496	23,2
mit einfacher Tätigkeit .....	110	15,0	117	14,2	160	12,8	223	12,3	254	11,9
Nach gewünschter Arbeitszeit										
Vollzeitarbeit .....	581	78,9	660	80,2	1044	83,1	1586	87,2	1896	88,8
Teilzeitarbeit .....	155	21,1	163	19,8	212	16,9	233	12,8	238	11,2
Mit gesundheitlicher Einschränkung	250	33,9	265	32,2	323	25,7	384	21,1	423	19,8
darunter: Schwerbehinderte .....	61	8,3	67	8,2	90	7,2	117	6,4	135	6,3
Nach Dauer der Arbeitslosigkeit <sup>1)</sup>										
unter 1 Monat .....	122	16,6	145	17,7	200	15,9	218	12,0	197	9,2
1 bis unter 3 Monate .....	186	25,2	226	27,5	332	26,4	425	23,4	426	19,9
3 bis unter 6 Monate .....	135	18,3	153	18,6	245	19,5	332	18,3	356	16,7
6 bis unter 12 Monate .....	147	20,0	158	19,2	276	21,9	457	25,1	546	25,6
1 bis unter 2 Jahre .....	85	11,6	79	9,6	131	10,4	276	15,2	410	19,2
2 Jahre und länger .....	61	8,3	61	7,4	73	5,8	111	6,1	198	9,3
Nach Altersgruppen										
unter 20 Jahre .....	69	9,3	81	9,9	135	10,8	195	10,7	203	9,5
20 bis unter 25 Jahre .....	124	16,8	144	17,4	240	19,1	356	19,6	420	19,7
25 bis unter 35 Jahre .....	181	24,5	207	25,1	334	26,6	490	26,9	580	27,2
35 bis unter 45 Jahre .....	129	17,5	143	17,4	216	17,2	323	17,8	381	17,9
45 bis unter 55 Jahre .....	111	15,1	121	14,7	173	13,8	259	14,2	315	14,8
55 Jahre und älter .....	123	16,7	128	15,5	158	12,6	196	10,8	234	11,0
darunter: 59 Jahre und älter .....	61	8,3	64	7,8	81	6,4	89	4,9	95	4,4
Mit Sozialplan .....	17	2,4	24	2,9	28	2,2	30	1,6	46	2,2
Leistungen nach dem Arbeitsförderungs-gesetz										
Bezieher von Arbeitslosengeld .....	280	38,0	308	37,4	499	39,7	802	44,1	841	39,4
Bezieher von Arbeitslosenhilfe .....	98	13,3	97	11,8	147	11,7	299	16,4	474	22,2
Leistungen beantragt .....	189	25,7	242	29,4	342	27,3	278	15,3	239	11,2
keine Leistungen .....	170	23,0	176	21,4	268	21,4	440	24,2	579	27,1
Nachrichtlich: Vor der Arbeitslosigkeit in schulischer Ausbildung ..	32	4,3	37	4,5	63	5,0	86	4,7	138	6,5

1) Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt der Erhebung.

Quelle: BA

die im Frühsommer 1984 aus der Arbeitslosigkeit ausschieden, waren im Durchschnitt knapp acht Monate lang ohne Beschäftigung gewesen (Tabelle 11). Vor einem Jahr hatte die durchschnittliche Arbeitslosigkeit noch sieben Monate gedauert, im Jahre 1982 waren es sechs Monate gewesen. Bei den Gruppen, die schwer zu vermitteln sind, hat sich die Dauer der Arbeitslosigkeit noch mehr verlängert. So ergab sich für Arbeitnehmer ohne abgeschlossene Berufsausbildung im Durchschnitt eine Dauer der Arbeitslosigkeit von jetzt neun Monaten, bei solchen mit Berufsausbildung waren es sieben Monate.

110. Sorge bereitet vor allem, daß die Langzeitarbeitslosigkeit rasch zunimmt. Der Anteil der länger als ein Jahr arbeitslosen Personen an allen Arbeitslosen ist von 16,2 vH im September 1981 auf 28,5 vH

im September 1983 angestiegen. Für den einzelnen Arbeitnehmer bedeutet wiederholte oder längere Arbeitslosigkeit ein höheres Risiko, erneut arbeitslos zu werden oder lange arbeitslos zu bleiben; denn die Betriebe stellen bevorzugt Arbeitskräfte ein, deren beruflicher Werdegang nicht durch längere oder mehrere Phasen der Arbeitslosigkeit unterbrochen ist. Die Vermittlung einer Arbeitsstelle ist dann sehr schwierig. War bei allen Arbeitslosen, denen eine Stelle vermittelt werden konnte, im Durchschnitt jeder sechste Vermittlungsvorschlag erfolgreich, so war es bei zuvor zwischen einem und zwei Jahre lang arbeitslosen Bewerbern nur jeder neunte und bei über zwei Jahre lang Arbeitslosen nur jeder elfte. Zudem wurde von den Personen mit über einjähriger Arbeitslosigkeit, die erfolgreich vermittelt werden konnten, jeder dritte im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme eingestellt.

Tabelle 11

Zur Dauer der Arbeitslosigkeit<sup>1)</sup>

Arbeitslose	Abgeschlossene Dauer in Monaten <sup>1)</sup>		
	Mai/Juni		
	1982	1983	1984
Insgesamt .....	6,0	7,2	7,9
Männer .....	5,2	7,0	7,7
Frauen .....	6,7	7,6	8,3
Nach Nationalität			
Deutsche .....	6,0	7,2	7,9
Ausländer .....	6,7	7,6	8,5
Nach Stellung im Beruf			
Angestelltenberufe .....	6,3	7,3	8,0
übrige Berufe (Arbeiter) .....	5,9	7,2	7,9
Nach Berufsausbildung			
ohne abgeschlossene Berufsausbildung .....	6,5	7,9	8,9
mit abgeschlossener Berufsausbildung .....	5,6	6,6	7,2
Nach Altersgruppen			
unter 20 Jahre .....	4,5	5,4	5,2
20 bis unter 25 Jahre .....	5,2	6,2	6,5
25 bis unter 30 Jahre .....	5,9	7,2	7,9
30 bis unter 35 Jahre .....	6,1	7,6	8,5
35 bis unter 40 Jahre .....	6,2	7,5	8,4
40 bis unter 45 Jahre .....	6,3	7,7	8,8
45 bis unter 50 Jahre .....	6,2	7,8	8,2
50 bis unter 55 Jahre .....	7,3	8,6	9,9
55 bis unter 60 Jahre .....	9,2	10,0	11,2
60 bis unter 65 Jahre .....	13,3	14,3	15,7
Mit gesundheitlicher Einschränkung			
nein .....	5,6	6,8	7,4
ja .....	9,0	10,5	11,9
— Schwerbehinderte/Gleichgestellte .....	10,4	11,7	13,5
— übrige gesundheitliche Einschränkungen .....	8,5	10,0	11,3

<sup>1)</sup> Abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit der Personen, die im betrachteten Zeitraum aus der Arbeitslosigkeit abgegangen sind.

**Jugendliche beim Übergang in die Berufswelt**

111. Auch in diesem Jahr ist die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wieder beträchtlich gestiegen. Die Anzahl der Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchten, war vermutlich mit rund 770 000 um 40 000 höher als im vergangenen Jahr. Zwar sind darunter mittlerweile weniger Jugendliche, die unmittelbar nach Abschluß der Hauptschule oder der Realschule eine Ausbildungsstelle suchen. Aber viele der Schulabgänger, die in den vergangenen Jahren mit ihrem Wunsch nach einer betrieblichen Ausbildung nicht zum Zuge gekommen waren, auch solche, die zur Überbrückung zunächst einmal schulische Einrichtungen und Kurse besucht hatten oder ein Arbeitsverhältnis eingegangen waren, haben sich erneut um eine Lehrstelle beworben. Hinzu kam, daß auch die Anzahl der Abiturienten, die eine Lehrstelle suchten, nochmals zunahm.

Um dieser Herausforderung zu begegnen, weiteten die Unternehmen ihr Angebot an Lehrstellen, wie schon in den vergangenen Jahren, noch einmal aus. Den Arbeitsämtern, denen erfahrungsgemäß nur rund zwei Drittel der offenen Lehrstellen mitgeteilt werden, meldeten die Unternehmen mehr Ausbildungsplätze als 1983. Insgesamt wurden schätzungsweise 730 000 Ausbildungsstellen angeboten, davon wurden bisher rund 710 000 besetzt (Tabelle 12).

Die Arbeitsverwaltung registrierte zum Ende des Berufsberatungsjahres 1983/84, also Ende September, 58 700 noch nicht vermittelte Bewerber, 24 vH mehr als ein Jahr zuvor. Außerdem waren noch rund 36 000 Jugendliche bei den Arbeitsämtern als Lehrstellenbewerber gemeldet, die vorübergehend andere Möglichkeiten gefunden hatten, etwa in einer Schule, im Berufsgrundbildungsjahr, oder indem sie als Ungelernte Arbeit angenommen haben. Zum selben Zeitpunkt waren 21 200 noch unbesetzte Lehrstellen gemeldet.

112. Vermittlungsschwierigkeiten gab es vor allem bei den Dienstleistungsberufen, da die Nachfrage nach Ausbildungsstellen hier wesentlich stärker zunahm als das Angebot; die Anzahl der gemeldeten Ausbildungsstellen für Kaufleute war kaum höher als 1983. Die Nachfrage nach Ausbildungsmöglichkeiten in den sogenannten Fertigungsberufen erhöhte sich geringfügig, die Anzahl der angebotenen Stellen nahm leicht ab. Bei Elektroberufen war die Situation für Bewerber günstiger als bei Metallberufen. Im Zusammenhang mit dem Rückgang der Bautätigkeit gab es auch in den Bauberufen erstmals weniger Ausbildungsstellen als Bewerber.

113. Mädchen haben nach wie vor schlechtere Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden. Zwar hat sich die schulische Qualifikation der Mädchen,

Tabelle 12

**Zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt**

Anzahl in 1 000

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge <sup>1)</sup>	Unbesetzte Ausbildungsstellen	30. September <sup>2)</sup>		Angebot an Ausbildungsstellen (1) + (2)	Nachfrage nach Ausbildungsstellen (1) + (3)
			(1)	(2)		
1972	456 <sup>a)</sup>	182			638	
1973	450	102			552	
1974	450	29	21		479	471
1975	462	18	24		480	486
1976	499	18	28		517	527
1977	558	25	27		583	585
1978	602	22	24		624	628
1979	640	37	20		677	660
1980	650	45	17		695	667
1981	606	37	22		643	628
1982	631	20	34		651	665
1983	678	20	47		698	725
1984	708 <sup>b)</sup>	21	59		729 <sup>b)</sup>	767 <sup>b)</sup>

<sup>1)</sup> Für 1972 bis 1975 aufgrund der Auszubildendenstatistik zum 31. Dezember ermittelt, danach Erhebung zum 30. September.

<sup>2)</sup> Der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Ausbildungsstellen bzw. Bewerber.

<sup>a)</sup> Schätzung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft.

<sup>b)</sup> Eigene Schätzung.

Quellen: BMBW; BA

an der Art des Schulabschlusses gemessen, gegenüber derjenigen der Jungen erhöht; mittlerweile sind 54 vH aller Realschüler und 52 vH aller Schüler in der gymnasialen Oberstufe Mädchen. Die Chancen der Mädchen in der betrieblichen Berufsausbildung haben sich aber nicht wesentlich verbessert. Das zeigt sich unter anderem darin, daß von den Ende September 1984 noch nicht vermittelten Lehrstellenbewerbern die Mehrzahl Mädchen waren. Jede zehnte Lehrstellenbewerberin hatte zu diesem Zeitpunkt keinen Ausbildungsplatz, von den Jungen war nur einer von vierzehn nicht untergekommen.

**114.** Im abgelaufenen Jahr bewarben sich fast 90 000 Abiturienten um eine Lehrstelle, das waren 13 vH aller Lehrstellenbewerber. Noch vor drei Jahren hatte dieser Anteil nur 7 vH betragen. Mangel an Studienplätzen in bestimmten Fachrichtungen, verschlechterte Berufschancen für Akademiker vor allem in den sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereichen, Veränderungen in der beruflichen Orientierung der Abiturienten sind Gründe dafür, daß sich immer mehr Hochschulberechtigte, insbesondere Frauen, um eine betriebliche Ausbildung bewerben.

Die Schulbildung der Lehrstellenbewerber hat sich deutlich verändert. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich 29 vH mehr Bewerber mit höherem Schulabschluß, 7 vH mehr mit mittlerem und 5 vH mehr mit Hauptschulabschluß bei den Arbeitsämtern gemeldet, während die Anzahl der Bewerber ohne Hauptschulabschluß um 5 vH abnahm.

**115.** Wegen der Knappheit an betrieblichen Ausbildungsstellen und an Ausbildungsplätzen in Fachschulen und in verschiedenen Studiengängen sowie wegen der abnehmenden Anzahl von Stellen für ungelernte und berufsunerfahrene Schulabgänger mußten viele junge Leute in den letzten Jahren Umwege akzeptieren oder ihre Berufspläne gänzlich ändern. Sie blieben länger in allgemeinbildenden Schulen, besuchten Berufsvorbereitungs- oder Berufsgrundbildungslehrgänge verschiedenster Art, absolvierten teilqualifizierende Berufsfachschulen, begannen ein zunächst nicht beabsichtigtes Studium anstelle einer Lehre oder gingen anstelle oder vor Beginn eines Studiums in eine Lehre. Die Engpässe am Ausbildungsmarkt veranlaßten auch viele Jugendliche, zunächst einmal Ausbildungsstellen anzunehmen, die nicht ihren eigentlichen Wünschen entsprachen, um von dort aus weiter zu suchen. Manche begannen sogar eine zweite Ausbildung nach einem ersten Lehrabschluß, zumal dann, wenn es sich als schwierig erwies, im Anschluß an die erste Ausbildung einen Arbeitsplatz zu finden. So verlängert sich im Durchschnitt die Zeit, die Jugendliche insgesamt in der Ausbildung verbringen.

**116.** Für junge Fachkräfte hat sich in den letzten Jahren die Chance, nach der Ausbildung im erlernten Beruf zu arbeiten, verschlechtert. Zwischen 1980 und 1983 — jeweils September — ist die Anzahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren ebenso wie die der Arbeitslosen insgesamt um das

Zweieinhalbfache gestiegen. Bei den arbeitslosen Absolventen einer betrieblichen Berufsausbildung, die vom Ausbildungsbetrieb nicht in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen wurden, war innerhalb desselben Zeitraums eine Zunahme von 9 500 auf 65 100 zu verzeichnen. Vergleichsweise haben Jugendliche, die im Betrieb ausgebildet wurden, allerdings eine größere Chance, Arbeit zu finden. Ihre Arbeitslosenquote ist beträchtlich niedriger als die von Jugendlichen ohne Ausbildung. Auch sind diese Jugendlichen in der Regel nicht ganz so lange arbeitslos wie andere Arbeitskräfte, bis sie eine Stelle finden; die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit betrug im Frühsommer dieses Jahres aber immerhin fast 6 Monate.

**117.** Beschäftigungsprobleme nach Abschluß der Ausbildung ergaben sich bei den Mädchen vor allem für Verkäuferinnen, Bürokräfte, Sprechstundenhelferinnen, Friseurinnen; bei den Jungen war das Risiko, nach der Lehre arbeitslos zu werden, in Berufen wie Kraftfahrzeugmechaniker, Tischler und Bäcker besonders groß. In diesen Berufen bilden Betriebe weit über ihren Eigenbedarf hinaus aus. Zwar mußten immer schon in vielen Berufen viele Jugendliche nach Abschluß ihrer Lehre den Beruf wechseln, unter den Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit ist dieser Wechsel aber erschwert.

#### **Arbeitsmarktpolitik bei anhaltender Unterbeschäftigung**

**118.** Wie schon 1983 ist der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit auch in diesem Jahr verstärkte Bedeutung beigemessen worden. Die finanziellen Mittel dafür, die zwischen 1980 und 1982 gekürzt worden waren, wurden in den beiden letzten Jahren wieder aufgestockt. So konnten mehr Arbeitslose als zuvor in geförderten Projekten beschäftigt oder fortgebildet werden (Tabelle 13). Zielte die aktive Arbeitsmarktpolitik früher vor allem darauf, Fähigkeiten und Kenntnisse der Arbeitssuchenden mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes möglichst gut in Einklang zu bringen, so geht es heute, wo die Unternehmen nur in Einzelfällen Schwierigkeiten haben, für offene Stellen geeignete Bewerber zu finden, mehr und mehr auch darum, negative Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf Qualifikation und Motivation der Betroffenen in Grenzen zu halten und damit Vorsorge für die Zukunft zu treffen. Dies gilt insbesondere für langfristig Arbeitslose.

Kommunen und Länder bemühen sich mehr und mehr darum, die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen besser zu koordinieren und sie zusammen mit der Regionalförderung sowie mit kommunalen Vorhaben in ein Gesamtkonzept einzubetten, wobei die Auswahl der geförderten Arbeiten den Zielen der jeweiligen regionalen und kommunalen Entwicklung und die Auswahl der geförderten Arbeitslosen sozialpolitischen Kriterien entsprechen sollen. Zugleich erhofft man sich davon, lokale Initiativen zur Selbsthilfe hervorzulocken und zu bestärken.

## Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

Jahr	Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung <sup>1)</sup>		Teilnehmer an Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		Nachrichtlich Arbeitslose
	Anzahl in 1 000	Anteil in vH der Arbeitslosen	Anzahl in 1 000	Anteil in vH der Arbeitslosen	Anzahl in 1 000
1975	127	11,82	16	1,49	1 074
1976	97	9,15	29	2,74	1 060
1977	65	6,31	38	3,69	1 030
1978	63	6,34	51	5,14	993
1979	73	8,33	51	5,82	876
1980	91	10,24	41	4,61	889
1981	111	8,73	38	2,99	1 272
1982	120	6,55	29	1,58	1 833
1983	118	5,23	47	2,08	2 258
1984 <sup>2)</sup>	135	5,94	70	3,08	2 270

<sup>1)</sup> Fortbildung und Umschulung, ohne Einarbeitung.

<sup>2)</sup> Eigene Schätzung.

Quelle: BA

**119.** Die von der Bundesanstalt für Arbeit geleisteten Ausgaben für Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung sind in diesem Jahr deutlich erhöht worden, nachdem hier zuvor die Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes Einsparungen bewirkt hatten. Die Haushaltsmittel erhöhten sich nicht so stark wie die Anzahl der geförderten Personen. Dies lag teils an der Kürzung der Unterhaltssätze, teils am Rückgang des Anteils der vergleichsweise aufwendigen längerfristigen Fortbildungswege, zu denen die Aufstiegsförderung und Schulungsmaßnahmen zählen, die zu formalen Bildungsabschlüssen führen. Stark ausgeweitet wurden dagegen kürzere Lehrgänge, mit denen verhindert werden soll, daß Arbeitslose an beruflichem Können verlieren und resignieren. Festzustellen ist, daß die Teilnehmer an Fortbildungs- und Umschulungslehrgängen nachher leichter als andere Arbeit finden.

**120.** Beträchtlich erweitert wurden auch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die in den Jahren 1979 bis 1982 erheblich eingeschränkt worden waren. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gibt es in der Bundesrepublik in größerem Umfang wieder seit 1974. Durch zeitlich befristete Lohn- und Sachkostenzuschüsse sowie mit Darlehen können Arbeiten gefördert werden, die im öffentlichen Interesse liegen, ohne Förderung aber nicht in Angriff genommen würden. Mit Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit wurden 1984 durchschnittlich etwa 70 000 Arbeitslose in solchen Projekten beschäftigt, weit mehr als doppelt so viele wie 1982.

Vergleicht man die Art der Projekte mit jener des Jahres 1979, als ebenfalls viele Arbeitslose in solchen Vorhaben beschäftigt waren, so fallen einige Unterschiede ins Auge. Es werden heute vergleichsweise weniger Frauen und mehr Männer gefördert.

Dies liegt teilweise daran, daß inzwischen Bauvorhaben sowie Arbeiten im Bereich der Forstwirtschaft und des Umweltschutzes größeren Raum einnehmen; besonders ausgeprägt ist die Zunahme der Förderungsmittel, die in die Bereiche Landwirtschaft und Gartenbau fließen. An Gewicht verloren hat die Förderung sozialer Dienste und kultureller Aktivitäten; den stärksten Rückgang gab es bei Verwaltungsarbeiten und Bürotätigkeiten. Diese Verschiebungen dürften mit darauf zurückzuführen sein, daß sich angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren die beschäftigungspolitische Bedeutung der verschiedenen Förderungsbereiche geändert hat. In diesem Jahr sind soziale Dienste und Verwaltungstätigkeiten indes wieder stärker einbezogen worden. Der Grund dafür dürfte darin liegen, daß neue förderungsfähige Vorhaben im Bau oder in der Forstwirtschaft, deren Planung einen gewissen zeitlichen Vorlauf erfordert, für eine rasche Steigerung der Zahl der Teilnehmer nicht ausreichend schnell vorgelegt werden konnten.

**121.** Verstärkte Aufmerksamkeit richtet sich auf die langfristig Arbeitslosen, deren Anzahl in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat, eine Entwicklung, die auch in anderen Ländern zu beobachten ist.

Unter den Möglichkeiten, die die Bundesanstalt hat, die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen zu fördern, sind zunächst die Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten für Arbeitslose nach § 41a des Arbeitsförderungsgesetzes zu nennen, Kurse von bis zu sechs Wochen Dauer für sogenannte schwer vermittelbare Arbeitslose. Zu erwähnen sind ferner die nach 1978 in wachsender Zahl eingerichteten Übungswerkstätten und

Übungsfirmen, in denen Arbeitslose für die Dauer von sechs bis neun Monaten berufliche Praxis erwerben oder auffrischen können. Im Jahre 1983 hatten sie etwa 12 000 Teilnehmer, darunter fast die Hälfte zuvor langfristig Arbeitslose. Auch die Eingliederungsbeihilfen und die Lohnkostenzuschüsse für ältere Arbeitnehmer sind zum Teil auf Langzeitarbeitslose zugeschnitten. Für besonders schwer vermittelbare Gruppen werden höhere Zuschüsse gezahlt; das Instrument wird von der Bundesanstalt als besonders geeignet angesehen, solchen Arbeitssuchenden zu einem Arbeitsplatz zu verhelfen. Im Jahre 1983 wurden rund 11 000 Langzeitarbeitslose durch Eingliederungsbeihilfen gefördert, und 2 700 über 55jährige Langzeitarbeitslose fanden mit Hilfe von Lohnkostenzuschüssen eine Stelle.

Langzeitarbeitslose sind in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stärker einbezogen als andere Arbeitslose. Die Förderung, die in der Regel auf höchstens zwölf Monate begrenzt ist, kann für besonders schwer vermittelbare Arbeitslose bis zu drei Jahren währen. Rund 13 500 Langzeitarbeitslose wurden 1983 im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt, im Jahre 1984 dürften es etwa 28 000 gewesen sein. Der maximale Fördersatz ist 1982 etwas herabgesetzt worden, und die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die als besonders geeignet angesehen werden, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für schwer vermittelbare Arbeitslose durchzuführen, wurden — von Ausnahmefällen abgesehen — von der Förderung ausgeschlossen. Dies wird als Hindernis dafür angesehen, sehr viel mehr Langzeitarbeitslose zu beschäftigen.

Das geplante Beschäftigungsförderungsgesetz sieht vor, daß alle Kommunen bei Maßnahmen, die dem Umweltschutz dienen, wieder Zuschüsse von den Arbeitsämtern erhalten können, wenn sie vom Arbeitsamt zugewiesene Arbeitslose beschäftigen.

**122.** Ein Blick über die Grenzen der Bundesrepublik zeigt, daß in einer Reihe von Ländern neue Wege beschritten wurden, die besonderen Probleme der Langzeitarbeitslosen anzugehen, da diesen die traditionellen Maßnahmen oft nur unzureichend helfen.

*In verschiedenen Ländern wurden besondere Beratungs- und Vermittlungsprogramme für Langzeitarbeitslose eingerichtet, da die Arbeitsämter oft in einem Konflikt stehen zwischen den Wünschen der Unternehmen, nur Arbeitskräfte einzustellen, die sie als die besten ansehen, und dem Ziel, Arbeitslose, die vermeintlich oder tatsächlich weniger leistungsfähig sind, in Arbeit zu vermitteln.*

*In Frankreich wurde Mitte 1982 mit einem solchen Programm begonnen. Rund 380 000 Personen wurden zu Gesprächen eingeladen. Bis März 1983 konnten davon allerdings nur rund 7 000 Personen in eine reguläre Beschäftigung vermittelt werden; weitere 30 000 gaben an, nach dem Gespräch selbst Arbeit gefunden zu haben. Ein großer Teil der langfristig Arbeitslosen trat auch vorzeitig in den Ruhestand. Insgesamt 260 000 Personen blieben als Arbeitslose gemeldet. Der Erfolg der französischen Initiative ist in erster Linie darin zu sehen, daß Behörden und Öffentlichkeit das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit stärker beachten.*

*In Schweden wird seit 1983 Langzeitarbeitslosen bei der regulären Stellenvermittlung wie bei der Beschäftigung in*

*Projekten der Arbeitsbeschaffung Vorrang vor anderen Arbeitslosen eingeräumt.*

*Lohnkostenzuschüsse für Langzeitarbeitslose wurden in wachsendem Umfang unter anderem in Großbritannien, Frankreich, Schweden, Dänemark und den Niederlanden angeboten. Außer in Dänemark blieb die Inanspruchnahme des Angebots aber weit hinter den Erwartungen zurück.*

*Dänemark räumt seit 1978 allen Langzeitarbeitslosen, deren Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung auslaufen, Anrecht auf einen befristeten Arbeitsplatz ein. Öffentliche Arbeitgeber sind verpflichtet, solche Arbeitsplätze bereitzustellen, für die sie Lohnkostenzuschüsse erhalten. Insbesondere den Gemeinden legt die Verpflichtung gleichwohl erhebliche finanzielle Lasten und Folgelasten auf.*

*Überall sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen das derzeit wichtigste Instrument, längerfristig Arbeitslosen zu einer Beschäftigung zu verhelfen. Projekte für schwer vermittelbare Arbeitslose sollen überdies in erster Linie deren soziale und berufliche Einbindung in die Arbeitsgesellschaft wiederherstellen. Neben der Bundesrepublik hat auch Kanada die maximale Förderungsdauer auf über ein Jahr verlängert mit dem Ziel, langfristig Arbeitslose zu befähigen, im Anschluß an die Tätigkeit in einem solchen Projekt eine reguläre Stelle anzutreten. In anderen Ländern konzentriert man sich auf kürzere Programme, um möglichst viele Arbeitslose wenigstens eine kurze Zeit zu beschäftigen.*

*Im britischen „Community Programme“ werden seit 1983 Personen, die mindestens ein Jahr lang arbeitslos sind (bei Jugendlichen sechs Monate), für ein Jahr beschäftigt. Das Programm ist relativ umfangreich; im Jahresdurchschnitt werden etwa 120 000 Arbeitslose gefördert. Der durchschnittliche Wochenlohn in den Projekten darf 60 Pfund Sterling nicht überschreiten, dies entsprach 1983 etwa 60 vH des durchschnittlichen Wochenlohns eines Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe. Dies war als Anreiz zu vermehrter Teilzeitarbeit gedacht. Tatsächlich arbeiten 71 vH der so Beschäftigten auf Teilzeitbasis. Über die Hälfte, 54 vH, sind Jugendliche. Etwa jedes zweite Projekt entfällt auf die Bereiche Bau, Landschaftspflege und Umweltschutz.*

**123.** Länder und Gemeinden haben in den letzten Jahren Initiativen ergriffen, um — teilweise unter Nutzung von Förderungsmitteln aus verschiedenen Quellen, jedoch unter eigener Planung und Regie — Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Als Beispiel sei hier das Programm „Zweiter Arbeitsmarkt“ genannt, das die Hansestadt Hamburg 1983 entwickelt hat.

Schwerpunkt des Programms sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die Arbeitslosen für mindestens ein Jahr, in Einzelfällen auch bis zu drei Jahren einen Arbeitsplatz bieten. Im Jahre 1983 wurden rund 3 500 solcher Stellen finanziert. Darüber hinaus gab es rund 300 auf fünf Jahre befristete Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer, die durch Lohnkostenzuschüsse der Arbeitsverwaltung mitfinanziert wurden, sowie 500 Stellen, in denen Sozialhilfeempfänger unter anderem mit Mitteln nach dem Bundessozialhilfegesetz eine reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeit finden konnten. Längerfristig Arbeitslose wurden vorrangig berücksichtigt. Neben der Beschäftigung wird in möglichst engem Bezug zu der jeweiligen Arbeit Gelegenheit

zur Verbesserung der beruflichen und allgemeinen Kenntnisse geboten. Im Zusammenhang damit, aber auch im Hinblick auf das Ziel, möglichst viele Personen beschäftigen zu können, wird Teilzeitarbeit erleichtert.

Das Neue an dem Hamburger Programm, in dem zuerst der Gedanke eines solchen „Zweiten Arbeitsmarktes“ entwickelt wurde, war, Mittel aus verschiedenen Quellen zusammenzuführen, die einzelnen Projekte aufeinander abzustimmen und sie auf die kommunalen Entwicklungsziele hin zu orientieren. Nicht zuletzt sollten neue Formen der Arbeitsbeschaffung für Sozialhilfeempfänger erprobt werden. Ziel ist es dabei, Sozialhilfeempfänger nicht in eine Arbeit einzuweisen und ihnen neben den weiter laufenden Unterhaltsleistungen nur eine Mehraufwandentschädigung zu zahlen, sondern ihnen reguläre Arbeitsverträge zu verschaffen. Eine Würdigung des Hamburger Programms kann erst erfolgen, wenn längere Erfahrungen vorliegen.

**124.** Im Unterschied zu den Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik sind 1984 die Ausgaben für Lohnersatzleistungen an Arbeitslose, einschließlich der vom Bund zu leistenden Aufwendungen für Arbeitslosenhilfe, stark zurückgegangen (Ziffer 180). Dies ist zu einem Teil die Folge davon, daß für immer mehr Arbeitslose die Arbeitslosigkeit über den Zeitpunkt hinaus andauert, in dem ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld erlischt. Diese Arbeitslosen beziehen dann die geringere und außerdem an die Voraussetzung der Bedürftigkeit gebundene Arbeitslosenhilfe, die vermindert wird oder ganz entfällt, wenn ihre Familienangehörigen eigenes Einkommen erzielen, das einen bestimmten Freibetrag übersteigt. Bei Ehepartnern etwa beträgt dieser Freibetrag 75 DM je Woche. Sind in einer Ehe beide Partner länger als ein Jahr arbeitslos, so hat unabhängig von der Höhe des früheren Haushaltseinkommens nur einer der Ehegatten Anspruch auf Arbeitslosenhilfe. Nicht viel mehr als ein Drittel der bei den Ämtern gemeldeten Arbeitslosen bezog in diesem Jahr noch Arbeitslosengeld; der Anteil der Arbeitslosenhilfeempfänger nahm zu, aber auch der Anteil derjenigen, die überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, ist ständig gestiegen und betrug in diesem Jahr mehr als ein Drittel. Ein immer größerer Teil der finanziellen Lasten der Arbeitslosigkeit fällt bei der Sozialhilfe an, die von Kommunen getragen wird.

Zum anderen Teil sind die niedrigeren Ausgaben Folge der Sparmaßnahmen in der Vergangenheit. In mehreren Schritten waren in den letzten Jahren die Leistungen für Arbeitslose eingeschränkt worden. So wurde 1982 die Anwartschaftszeit, das ist die für den Bezug von Arbeitslosengeld erforderliche Beschäftigungsdauer, von sechs auf zwölf Monate verlängert. Im gleichen Jahr wurde auch die Höhe der Arbeitslosenunterstützung dadurch verringert, daß beitragspflichtige Überstundenzuschläge und Einmalzahlungen wie das Urlaubsgeld und das Weihnachtsgeld nicht mehr bei der Bemessung berücksichtigt wurden. Legt man das durchschnittliche Einkommen eines Arbeitnehmers im produzierenden Gewerbe zugrunde — bei ihm be-

trugen diese Bestandteile 1981 rund 12 vH des monatlichen Bruttoverdienstes —, so führt dies zu einer entsprechenden Verringerung der Unterstützungszahlungen. Im Jahre 1983 wurde die Anwartschaftszeit für die maximale Anspruchsdauer (ein Jahr) beim Arbeitslosengeld von zwei Jahren auf drei Jahre verlängert. In diesem Jahr schließlich wurde für Arbeitslose ohne Kinder das Arbeitslosengeld von 68 vH auf 63 vH des letzten Nettoarbeitsentgelts, die Arbeitslosenhilfe von 58 vH auf 56 vH gesenkt. Dies betraf etwa zwei Drittel aller Empfänger von Arbeitslosenunterstützung. Gleichzeitig wurde bestimmt, daß die Anpassung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe nicht mehr nach dem Anstieg der Löhne und Gehälter in den letzten drei Jahren, sondern nach dem geringeren Anstieg des letzten Jahres bemessen wird. Allein die diesjährigen Änderungen dürften im Durchschnitt noch einmal eine Kürzung um 8 vH bedeuten.

Infolge all dieser Änderungen hatte ein kinderloser Arbeitnehmer, der 1984 arbeitslos wurde, mehr als ein Fünftel weniger an Unterstützung zu erwarten, als er nach den im Jahre 1980 geltenden Regelungen erhalten hätte. Ein Arbeitsloser mit Kindern erhielt ein Achtel weniger.

**125.** Insgesamt sind 1984 die Ausgaben der Bundesanstalt zurückgegangen, und daß es erstmals seit längerem wieder zu einem Überschuß kommt, liegt außer am Rückgang der Ausgaben vor allem an der Ausdehnung der Beitragspflicht auf Einmalzahlungen.

## V. Neue Akzente in der Tarifpolitik

**126.** In diesem Jahr taten sich die Tarifpartner schwer, zu einem Kompromiß zu gelangen. Vor allem in den Bereichen, in denen die Arbeitnehmerorganisationen die 35-Stunden-Woche forderten und die Arbeitgeber mehr Möglichkeiten wünschten, die Arbeitszeit der Beschäftigten innerhalb eines Betriebes zu variieren und zu differenzieren, waren die Ausgangspositionen beider Seiten weit voneinander entfernt. Erst nach langen Arbeitskämpfen wurden in der Metallindustrie und in der Druckindustrie Abschlüsse erzielt, in denen jede Seite ihr Verhandlungsziel zu einem Teil durchsetzte: Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit wurde auf 38½ Stunden verkürzt. Abweichungen davon nach oben und unten sind möglich, so daß die Arbeitszeit flexibler gestaltet werden kann. Außer dem Lohnausgleich in Höhe von 3,9 vH für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit wurde hier für dieses Jahr ein Anstieg der Löhne und Gehälter je Beschäftigten von 2½ vH bis 3 vH und für 1985 von 2 vH vereinbart. Einige andere Branchen folgten mit ähnlichen Abschlüssen.

Aber auch in anderen Tarifbereichen ging es diesmal nicht nur um Einkommenssteigerungen, sondern auch um Arbeitszeitverkürzung. In den Bereichen, in denen die Gewerkschaften anstelle einer Wochenarbeitszeitverkürzung eine Verkürzung der

Lebensarbeitszeit anstreben, so in der Bauwirtschaft, im Bereich Nahrung, Genußmittel und Gaststätten, im Versicherungsgewerbe und in der Textil- und Bekleidungsindustrie, sind die Tarifabschlüsse jedoch rasch zustande gekommen. Die Einigung fiel hier wohl unter anderem auch deswegen leichter, weil der Gesetzgeber die Bundesanstalt für Arbeit verpflichtet hat, die Kosten der Vorruhestandsregelungen teilweise zu übernehmen. Die vereinbarten Tariflohnsteigerungen betragen in diesen Bereichen im Durchschnitt knapp  $3\frac{1}{2}$  vH.

In der chemischen Industrie und im Handel, wo keine Vereinbarungen zur Verkürzung der Arbeitszeit getroffen wurden, lagen die Tariflohnsteigerungen bei 4 vH beziehungsweise  $3\frac{1}{2}$  vH.

Nicht nur wegen der Verkürzung der Wochenarbeitszeit stellt sich die tarifpolitische Szenerie nach den diesjährigen Verhandlungen verändert dar. Die Regelungen vor allem hinsichtlich der Arbeitszeitbedingungen sind vielfältiger geworden (Tabelle 14).

**127.** Im Durchschnitt aller Tarifbereiche wurden im Laufe des Jahres Anhebungen der Stundenverdienste von knapp  $3\frac{1}{2}$  vH vereinbart, etwa so viel wie 1983. Der Durchschnitt ist freilich mitbestimmt davon, daß in den Bereichen, die für das kommende Jahr Verkürzungen der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit mit Lohnausgleich vereinbart haben, nur eine vergleichsweise geringe Lohnsteigerung in diesem Jahr wirksam wird. Dies mitgedacht, weicht die Lohnbewegung also etwas stärker nach oben ab als im Vorjahr. Für den öffentlichen Dienst galten bis August noch die niedrigen Abschlüsse des vergangenen Jahres. Dies alles führte dazu, daß 1984 die Tariflöhne je Stunde das Niveau des Vorjahres um nicht mehr als 3 vH übersteigen dürften. Im vergangenen Jahr hatte der Anstieg  $3\frac{1}{2}$  vH betragen.

**128.** Die effektiv gezahlten Stundenlöhne dürften im Durchschnitt des Jahres 1984 gut 3 vH höher sein als 1983. Dabei wirkte sich vor allem aus, daß in diesem Jahr viele Überstunden geleistet wurden, um Ausfälle infolge des Arbeitskampfes auszugleichen. Der Einkommenszuwachs je Arbeitnehmer war kaum höher; einschließlich der Sozialbeiträge, die die Arbeitgeber für die Beschäftigten zu zahlen haben, ergab sich für die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten ein Zuwachs von rund  $3\frac{1}{2}$  vH gegenüber dem Vorjahr.

**129.** Mit dem Tarifvertrag in der Metallindustrie wurde in verschiedener Hinsicht tarifpolitisches Neuland betreten. Die auf dem Wege der Schlichtung zustande gekommene Einigung sieht vor, daß ab April 1985 eine tarifliche Wochenarbeitszeit von  $38\frac{1}{2}$  Stunden gilt. Diese Arbeitszeit muß nicht in jeder Woche, sondern nur im Durchschnitt über einen gleitenden Zwei-Monats-Zeitraum erreicht werden. Damit kann beispielsweise sieben Wochen hintereinander 40 Stunden pro Woche gearbeitet werden, ohne daß Überstundenzuschläge zu zahlen sind, wenn nur in der achten Woche eine Arbeitszeit von 28 Stunden erreicht wird.

Daneben tritt die Möglichkeit differenzierter Arbeitszeiten für einzelne Beschäftigte, Gruppen oder Betriebsteile. Durch Betriebsvereinbarungen kann die „regelmäßige individuelle“ wöchentliche Arbeitszeit für verschiedene Teile der Belegschaft unterschiedlich festgelegt werden, jedoch nur innerhalb einer Spanne zwischen 37 und 40 Stunden. So wird es beispielsweise möglich, innerhalb eines Betriebs in einigen Abteilungen die 40-Stunden-Woche beizubehalten, in anderen kürzer zu arbeiten; andere, neuartige Schichtsysteme sind damit realisierbar.

Die Löhne und Gehälter in der Metallindustrie wurden ab 1. Juli um 3,3 vH angehoben; für die Monate Februar bis Juni erhielten die Arbeitnehmer eine Pauschalzahlung von 250 DM. Für den 1. April 1985 ist außer dem Lohnausgleich von 3,9 vH eine Erhöhung der Verdienste um 2,0 vH vereinbart, also insgesamt ein Anstieg um 5,9 vH. Dies bedeutet, daß im Durchschnitt des Jahres 1984 die Tariflöhne je Stunde in der Metallindustrie um 2,7 vH höher sind als im Vorjahr; im Durchschnitt des Jahres 1985 werden sie um 5,3 vH höher sein als 1984. Für die gesamte Laufzeit des Vertrages, also vom 1. Februar 1984 bis zum 31. März 1986, erhöhen sich die tariflichen Stundenlöhne, auf einen Zeitraum von jeweils zwölf Monaten umgerechnet, um 4,2 vH.

Diese Berechnung des Lohnkostenanstiegs je Stunde gilt nur für den Fall, daß alle Arbeitnehmer in der Metallindustrie gleichermaßen  $38\frac{1}{2}$  Stunden in der Woche arbeiten. Beschäftigten Unternehmer einen Teil der Arbeitskräfte 40 Stunden, einen anderen Teil 37 Stunden, so werden diejenigen, die 37 Stunden arbeiten, im ersten Jahr noch bezahlt, als ob sie  $38\frac{1}{2}$  Stunden arbeiteten. In der Übergangszeit ergibt sich somit eine höhere Rate für den Lohnkostenanstieg. In den vier folgenden Jahren wird dieser Zuschlag um jeweils ein Viertel vermindert. Die individuell unterschiedlichen regelmäßigen Arbeitszeiten führen zu unterschiedlichen Überstundenregelungen, da Mehrarbeitszuschläge für jede über die individuelle regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistete Arbeitsstunde zu zahlen sind. So kann es bei differenzierten Arbeitszeiten sein, daß dem einen Arbeitnehmer schon ab der 38. Wochenarbeitsstunde Zuschläge zustehen, dem anderen erst ab der 41. Arbeitsstunde.

Der Manteltarifvertrag der Metallindustrie sieht bei Abweichungen von einer wöchentlichen Arbeitszeit von  $38\frac{1}{2}$  Stunden Betriebsvereinbarungen vor, die zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung abzuschließen sind. So eröffnet dieser Vertrag den Verhandlungspartnern vor Ort weit größere Gestaltungsmöglichkeiten als bisher. Damit werden betriebsnähere Lösungen möglich. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie diese Möglichkeiten genutzt werden.

**130.** Offen ist daher, welche weiteren Kostenbelastungen, vor allem bei den Kapitalkosten, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit nach sich zieht. In den Betrieben, in denen die Nutzungszeit der Produktionsanlagen mit der Arbeitszeitverkürzung sinkt, wird es zu einer Erhöhung der Kapitalkosten

## Wichtige Vereinbarungen zur Arbeitszeit

## I. Vorruhestandsvereinbarungen

Tarifbereich	Anzahl Arbeitnehmer	Beginn der Vorruhestandsregelung	Mindestvoraussetzung	Überforderungsklausel	Höhe des Vorruhestandsgeldes
Textilindustrie	240 000	1. Januar 1985	ab 58. Lebensjahr; 5 Jahre ununterbrochene Betriebszugehörigkeit	Der Arbeitnehmer hat einen Anspruch, soweit nicht mehr als 2 vH der Gesamtbelegschaft Vorruhestand beanspruchen; innerhalb der 2 vH-Grenze kann der Arbeitgeber den Vorruhestandsbeginn zeitlich verschieben, wenn mehrere Arbeitnehmer mit gleicher Qualifikation aus demselben Tätigkeitsbereich ausscheiden wollen und wenn dadurch die Aufrechterhaltung der Produktion gefährdet wäre. Bei Nichteinigung über späteren Zeitpunkt bestimmen die Tarifvertragsparteien die Modalitäten. Liegt die Inanspruchnahme über 2 vH, kann der Arbeitgeber in jedem Fall ablehnen.	75 vH des letzten Bruttoarbeitsentgelts ohne Zulagen, Zuschläge und Urlaubsgeld, jedoch einschließlich der vermögenswirksamen Leistungen und Jahressonderzahlungen
Bekleidungsindustrie	190 000	1. Januar 1985			
Privates Bankgewerbe	320 000	1. Oktober 1984	1 Jahr vor Altersruhegeld nach 10 Jahren Betriebszugehörigkeit; 2 Jahre vor Altersruhegeld nach 25 Jahren Betriebszugehörigkeit	freiwillige Vereinbarung mit Arbeitgeber; 9 Monate Ankündigungsfrist für Arbeitnehmer	75 vH des letzten Bruttoarbeitsentgelts (80 vH in den ersten 3 Monaten) ohne Sonderzahlungen
Energieversorgung Bayern	21 000	1. Mai 1984	2 Jahre vor Altersruhegeld, frühestens mit 61 Jahren (Frauen mit 58 Jahren); 10 Jahre ununterbrochene Betriebszugehörigkeit	Vereinbarung mit Arbeitgeber. Vertrag gilt nicht für Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten	75 vH des 1,1fachen des Bruttoarbeitsentgelts im Durchschnitt der letzten 12 Monate ohne vermögenswirksame Leistungen
Rheinische Braunkohle	17 000	1. Juli 1984	Ab 58. Lebensjahr; 10 Jahre Betriebszugehörigkeit	Auf Antrag des Arbeitnehmers Auflösungsvertrag. Arbeitgeber kann aus betrieblichen Gründen ablehnen; liegt Inanspruchnahme über 5 vH, kann Arbeitgeber in jedem Fall ablehnen	75 vH des letzten Bruttoarbeitsentgelts und 10 vH des letzten Monatsgrundgehalts
Bauwirtschaft	1 005 000	1. Januar 1985	Ab 58. Lebensjahr; in den letzten 15 Jahren 10 Jahre in der Bauwirtschaft beschäftigt, zuletzt 1 Jahr ununterbrochene Betriebszugehörigkeit	Jeder Arbeitnehmer hat Anspruch; Finanzierung durch bestehende Sozialkasse (Umlage). Dreimonatige Ankündigungsfrist für Arbeitnehmer; Arbeitgeber kann Vorruhestandsbeginn um 6 Monate hinausschieben	75 vH des 1,07fachen des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts im Durchschnitt der letzten 12 Monate

noch Tabelle 14

## noch I. Vorruhestandsvereinbarungen

Tarifbereich	Anzahl Arbeitnehmer	Beginn der Vorruhestandsregelung	Mindestvoraussetzung	Überforderungsklausel	Höhe des Vorruhestandsgeldes
Miederindustrie	7 000	1. Oktober 1984	1 080 Kalendertage beitragspflichtige Beschäftigung in den letzten 5 Jahren; ab 58. Lebensjahr	Bis 5 vH der Belegschaft besteht ein Anspruch des Arbeitnehmers; nur aus zwingenden betrieblichen Gründen kann der Vorruhestandsbeginn verschoben werden	75 vH des letzten Bruttoarbeitsentgelts im Durchschnitt der letzten 12 Monate einschließlich Jahressonderzahlungen
Metallindustrie	3 460 000	1. Oktober 1984	ab 58. Lebensjahr; mindestens 5 Jahre ununterbrochene Betriebszugehörigkeit	Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Vereinbarung; Arbeitgeber kann in jedem Fall ablehnen	65 vH (ab 20jähriger Betriebszugehörigkeit: 70 vH) des letzten Bruttoarbeitsentgelts ohne Sonderzahlungen
Privates Versicherungsgewerbe	205 000	1. Januar 1985 (bis 31. Dezember 1986)	3 Jahre (ab 1986: 4 Jahre) vor Altersruhegeld; frühestens mit 58 Jahren. Betriebszugehörigkeit mindestens 10 Jahre	6 Monate Ankündigungsfrist für Arbeitnehmer. Arbeitgeber kann Vorruhestandsbeginn aus betrieblichen Gründen bis zu 6 Monate verschieben. Arbeitnehmer haben Anspruch unter Berücksichtigung von § 2 Abs. 1 Ziff. 4 VRG	75 vH (ab 20jähriger Unternehmenszugehörigkeit: 80 vH) des letzten Bruttoarbeitsentgelts ohne Zuschläge und Sonderleistungen
Papier-erzeugende Industrie	48 000	1. November 1984	Ab 58. Lebensjahr; Betriebszugehörigkeit mindestens 10 Jahre	6 Monate Ankündigungsfrist für den Arbeitnehmer. Arbeitgeber kann Vorruhestandsbeginn aus betrieblichen Gründen bis zu 3 Monate (bis Ende 1985 um 5 Monate) verschieben, sofern der Arbeitnehmer nicht 9 Monate vorher angekündigt hat	75 vH des letzten Bruttoarbeitsentgelts im Durchschnitt der letzten 6 Monate, zusätzliche Zulagen für Schichtarbeiter
Ernährungsindustrie und benachbarte Bereiche	370 000	meist 1. Juli 1984	Ab 58. Lebensjahr; ununterbrochene Betriebszugehörigkeit mindestens 10 Jahre	Arbeitgeber kann Vorruhestand zeitlich aussetzen oder aus betrieblichen Gründen ablehnen; die 5-vH-Klausel gilt als betrieblicher Grund	75 vH des Bruttoarbeitsentgelts ohne Sonderzahlungen
Erdöl- und Erdgasgewinnung	12 000	1. Oktober 1984	Ab 58. Lebensjahr; ununterbrochene Betriebszugehörigkeit mindestens 10 Jahre	Arbeitgeber kann bei über 5 vH Inanspruchnahme auf jeden Fall, sonst aus wesentlichen betrieblichen Gründen ablehnen	75 vH des 1,07fachen des Bruttoarbeitsentgelts einschließlich Schichtzulage

## II. Regelung der Wochenarbeitszeit

Tarifbereich	Anzahl Arbeitnehmer	Tarifliche Wochenarbeitszeit	Verteilung der Arbeitszeit
Metall-industrie	3 460 000	Im Betriebsdurchschnitt: 38,5 Stunden Individuell: 37 bis 40 Stunden	Individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit kann gleichmäßig oder ungleichmäßig innerhalb von 2 Monaten (Ausgleichszeitraum) verteilt werden. Die individuellen regelmäßigen Arbeitszeiten müssen im Betriebsdurchschnitt eine Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden ergeben.
Druck-industrie	115 000	38,5 Stunden	Für alle Arbeitnehmer gilt die gleiche regelmäßige Arbeitszeit von 38,5 Stunden. Durch Betriebsvereinbarung kann die Tages- und/oder Wochenarbeitszeit aus betrieblichen Gründen ungleichmäßig innerhalb eines Jahres verteilt werden
Holzindustrie Rheinland-Pfalz	12 000	38,5 Stunden	Die wöchentliche Arbeitszeit kann für den ganzen Betrieb, einzelne Abteilungen oder Gruppen von Arbeitnehmern auf 41 Stunden erhöht oder auf 36 Stunden gesenkt werden. In Ausnahmefällen können auch bis zu 48 Stunden bzw. 32 Stunden vereinbart werden; die über 41 Stunden hinausgehende Arbeitszeit ist zuschlagspflichtig. Im Jahresdurchschnitt muß jeder Arbeitnehmer eine Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden erreichen. Die sich ergebende Freizeit kann gleichmäßig oder ungleichmäßig in den einzelnen Arbeitswochen oder durch bezahlte Freistellungen oder durch eine Kombination aus beiden abgegolten werden
Volkswagenwerk	115 000	38,5 Stunden	Einführung einer Jahresarbeitszeit auf der Basis einer 38,5-Stunden-Woche. Tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden bleibt bestehen. Ausgleich erfolgt durch 9 bezahlte Freischichten, die in 7 Zeitabschnitten über das Jahr verteilt werden können. Mehrarbeit über 10 Stunden im Monat muß abgelehnt werden
Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen, Bremen, Osnabrück	187 000	Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit 38 Stunden. Die bezahlten Freischichten für Arbeitnehmer mit regelmäßiger Nachtschicht werden ab 1985 von 6 auf 4 reduziert. Für Arbeitnehmer der Jahrgänge 1934 und ältere wurden die freien bezahlten Arbeitstage um zwei gekürzt	Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit kann im Durchschnitt mehrerer Wochen erreicht werden. Bei Bündelung von Freischichten kann der Zeitausgleich innerhalb eines Kalenderjahres erreicht werden. Arbeitszeitverkürzung erfolgt durch Freistellung von 26 Schichten pro Jahr

kommen, weil die Fixkosten der Anlagen auf eine kürzere Laufzeit verteilt werden müssen. Der neue Manteltarifvertrag enthält allerdings ausdrücklich die Feststellung: „Aus Anlaß der Neufestlegung der Arbeitszeit wird die Auslastung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen nicht vermindert.“ Dabei spielt die vereinbarte Flexibilisierung eine wichtige Rolle. Man kann mehr als früher bei einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit erwarten, daß höhere Kapitalkosten durch organisatorische Vorkehrungen vermieden werden. Wie dies erreicht werden kann, wird an Zwischenformen des Übergangs vom herkömmlichen Einschichtsystem zum

Zweischichtsystem deutlich. Solche Zwischenformen ermöglichen eine Entkopplung der Laufzeit der Anlagen und der regelmäßigen Wochenarbeitszeit, ohne daß die Laufzeit gleich verdoppelt werden muß. Vereinzelt sind schon Modelle verwirklicht oder in der Planung, die eine verlängerte Maschinenlaufzeit vorsehen. Naheliegend ist es beispielsweise, die Arbeitszeitverkürzung in Form von umschichtig freien Tagen oder Tageshälften für verschiedene Teile der Belegschaft vorzunehmen. Die Betriebslaufzeit und die tägliche Arbeitszeit können dann weiterhin acht Stunden betragen, obwohl sich die Zahl der durchschnittlich pro Woche von

den einzelnen Arbeitnehmern geleisteten Arbeitsstunden verringert. Für einen Teil der Betriebe, namentlich der kleineren, wird es sich allerdings wohl nicht vermeiden lassen, daß infolge der Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch die Kapitalnutzungszeit zurückgeht.

**131.** Eine Intention der Tarifvereinbarungen war es auch, den Unternehmen in gewissen Grenzen zu ermöglichen, die Anzahl der Arbeitsstunden besser als bisher an Schwankungen des Arbeitsanfalls anzupassen. Eine besser an Schwankungen der Gesamtproduktion des Betriebs angepaßte Verteilung der Arbeitszeit erleichtert es, einen vorübergehend besonders hohen Arbeitsanfall zu bewältigen, ohne in Phasen geringerer Auslastung ungenutzte Arbeitskraft vorhalten und bezahlen oder Überstunden vereinbaren und zahlen zu müssen. Eine differenzierte Arbeitszeitgestaltung innerhalb eines Betriebes ermöglicht es, auf Schwankungen der Auslastung, die nicht in allen Betriebsteilen gleichzeitig auftreten, durch nach Gruppen und Abteilungen unterschiedliche Arbeitszeiten zu reagieren.

Die Regelungen zur Flexibilität der Arbeitszeit enthalten also Möglichkeiten, die Belastungen aus der Arbeitszeitverkürzung geringer zu halten, als es ohne solche Regelungen möglich wäre. In Grenzen eröffnen sich auch Chancen, individuelle oder gruppenspezifische Arbeitszeitwünsche besser als zuvor zu berücksichtigen. Im ganzen ist der Rahmen für eine flexiblere und differenziertere Arbeitszeitgestaltung für die Gesamtbelegschaft, wie sie der Tarifvertrag für die Metallindustrie vorsieht, zwar noch vergleichsweise eng gezogen. Aber die Regelungen zur Flexibilität sind doch ein wichtiger Schritt in tarifpolitisches Neuland.

Der Manteltarifvertrag in der Metallindustrie ändert auch die Bedingungen für Überstunden. Er enthält neuerdings eine Begrenzung der Mehrarbeitszeit auf zwanzig Stunden innerhalb eines Monats; die Begrenzung auf zehn Stunden innerhalb einer Woche wurde beibehalten. Mehrarbeit bis zu sechzehn Stunden im Monat kann, Mehrarbeit darüber hinaus muß auf Wunsch des Arbeitnehmers durch Freizeit abgegolten werden.

**132.** Im Volkswagenwerk, das nicht dem Arbeitgeberverband der Metallindustrie angehört, war lange diskutiert worden, ob Arbeitsverträge eingeführt werden sollten, durch die die Jahresarbeitszeit — für Gruppen, aber auch für einzelne Arbeitnehmer — flexibel je nach betrieblichen Erfordernissen über das Jahr zu verteilen wäre. Vereinbart wurde schließlich, daß die Arbeitszeitverkürzung auf durchschnittlich  $38\frac{1}{2}$  Stunden in der Woche so erfolgen soll, daß die Arbeitnehmer einzeln oder als Gruppe im Jahr neun freie Tage erhalten, die auf sieben gleiche Zeitabschnitte zu verteilen sind. Die Arbeitswoche beträgt unverändert 40 Stunden; etwa alle  $1\frac{1}{2}$  Monate fällt ein freier Tag an. Mit der vereinbarten Regelung ist bei entsprechenden Mehreinstellungen sichergestellt, daß die durchschnittliche Laufzeit der Maschinen infolge der Arbeitszeitverkürzung nicht sinkt, die Kapitalstückkosten also

nicht steigen. Die Tarifverdienste erhöhen sich in ähnlichem Maße wie in der Metallindustrie.

**133.** In dem Tarifvertrag für die Beschäftigten der Druckindustrie wurde der zeitliche Rahmen, innerhalb dessen die Arbeitszeit durch Betriebsvereinbarungen flexibel gestaltet werden kann, auf ein Jahr festgelegt; allerdings waren in der Druckindustrie auch schon vor Abschluß dieses Vertrages der betrieblichen Gestaltung der Arbeitszeit weniger enge Grenzen gesetzt als anderswo. Im Gegensatz zu dem Metall-Tarifvertrag wurde aber nicht vorgesehen, daß die Arbeitszeit, die sich im Durchschnitt des Ausgleichszeitraums ergibt, zwischen verschiedenen Arbeitnehmern differenziert werden kann. Die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit soll ebenso wie in dem Tarifvertrag des Volkswagenwerkes vorrangig durch freie Tage erreicht werden. Die Tarifverdienste erhöhen sich etwa so stark wie in der Metallindustrie. Gleichzeitig mit der Flexibilisierung wurde vereinbart, daß befristete Arbeitsverträge mit einer Dauer von bis zu drei Monaten abgeschlossen werden können.

**134.** Für die Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie wurde vereinbart, schon zum 1. Oktober 1984 die Arbeitszeit auf 38 Stunden in der Woche zu verkürzen, hier ebenfalls in Form von zusätzlichen freien Tagen, wobei allerdings Freischichten für Schichtarbeiter und ältere Arbeitnehmer wegfielen. Neben dem Lohnausgleich von 5,3 vH wurden nach neun „Leermonaten“ zum 1. Januar 1985 Einkommenssteigerungen von 3,3 vH vereinbart, so daß dieser für 29 Monate abgeschlossene Vertrag, umgerechnet auf zwölf Monate, zu einem Anstieg der Lohnkosten je Stunde um 3,4 vH führt.

**135.** Am weitesten geht die vereinbarte Flexibilisierung der Arbeitszeit bei der Holz- und Kunststoffverarbeitenden Industrie in Rheinland-Pfalz. Eine Arbeitszeit von  $38\frac{1}{2}$  Stunden je Woche ist dort im Durchschnitt eines Jahres zu erreichen. Die individuelle jahresdurchschnittliche Arbeitszeit je Woche kann nach Gruppen von Arbeitnehmern und nach Abteilungen unterschiedlich zwischen 36 und 41 Stunden liegen. In Ausnahmefällen kann sie sogar auf 32 Stunden herabgesetzt oder bis auf 48 Stunden ausgedehnt werden.

**136.** Insgesamt ist bis Oktober dieses Jahres für 4 Millionen Arbeitnehmer eine Verkürzung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit vereinbart worden. Die tarifliche Wochenarbeitszeit in der Gesamtwirtschaft wird sich dadurch im nächsten Jahr um knapp 1 vH verringern.

Für die Beschäftigten in den verschiedenen Bereichen des Handels stehen die Abschlüsse noch aus.

**137.** Im öffentlichen Dienst brachten die Vereinbarungen eine Anhebung der Löhne und Gehälter für Arbeiter und Angestellte zum 1. Januar 1985 um 3,2 vH; für die letzten vier Monate des Jahres 1984 wurde ein Pauschalbetrag von 240 DM gezahlt. Im Jahresdurchschnitt 1984 bedeutet dies einschließlich der Lohnsteigerungen aus dem abgelaufenen

Vertrag 1½ vH höhere Löhne und Gehälter als 1983, für das nächste Jahr knapp 3 vH höhere. Die Besoldung der Beamten soll entsprechend angepaßt werden. Der Tarifvertrag enthält auch eine Verkürzung der Jahresarbeitszeit um zwei Tage, die nach Altersgruppen stufenweise eingeführt wird und ab 1987 für alle gilt (Tabelle 7). Im öffentlichen Dienst ist damit die Arbeitszeit bis Ende 1987 festgeschrieben; die Lohnvereinbarungen gelten bis Ende 1985.

138. Kennzeichnend für die Tarifverträge, die eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit brachten, ist eine für Arbeitszeitverkürzungen vergleichsweise kurze Laufzeit mit der Gefahr eines erneuten Konflikts über die Arbeitszeit im Herbst des Jahres 1986, allerdings auch mit der Chance, schon bald die bis dahin gemachten Erfahrungen bei späteren Verträgen nutzen zu können. Dagegen ist die Laufzeit für Lohnvereinbarungen mit mehr als zwei Jahren vergleichsweise lang. Die Arbeitgeber haben dabei in Kauf genommen, daß wegen des vereinbarten Lohnausgleichs für die Arbeitszeitverkürzung die Lohnkosten 1985 einen größeren Sprung aufweisen werden, in der Regel 5,9 vH. Einen Gegenposten für diesen Lohnausgleich findet man teilweise schon in den geringen Lohnsteigerungen für das Jahr 1984. Die Arbeitgeber mögen einer erst im nächsten Jahr zu verkräftenden Kostensteigerung geringeres Gewicht beimessen haben. Unsicher ist freilich, ob die Märkte dann diese Lohnsteigerung so vollständig im Preis vergüten werden, wie man es sich vorgestellt und kalkuliert haben mag.

In der Frage, wie die zeitliche Verteilung des Einkommensanstiegs über die mehr als zweijährige Laufzeit der Verträge aussehen sollte, ließen sich die Tarifparteien offensichtlich von dem Ziel einer im Verlauf stetigen Steigerung der monatlichen Einkommen der Beschäftigten leiten. Der aus diesem Grund unetliche Anstieg der Stundenlöhne wurde in Kauf genommen.

Für das Jahr 1984 bedeuten die Abschlüsse in den Bereichen, die für nächstes Jahr eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit vereinbart haben, einen Anstieg der tariflichen Monatsverdienste, der von 2 vH bis 3 vH reicht, für das Jahr 1985 einen Anstieg von 2 vH. Auf die niedrigen Steigerungsraten der Lohnkosten je Stunde von 2 vH bis 3 vH, die sich 1984 daraus ergeben, werden im Jahre 1985 infolge des Ausgleichs für die Verkürzung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit etwa doppelt so hohe Raten 5 vH bis 6 vH folgen. Diese starke Unstetigkeit in der Entwicklung der Lohnkosten je Stunde dürfte aber in der Regel nicht ebenso große Sprünge in der Entwicklung der Lohnstückkosten bewirken, jedenfalls soweit im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung und der Flexibilisierung der Arbeitszeit die Produktion je bezahlter Stunde zusätzlich gesteigert werden kann. Zu einem Teil wird dies aber nur vorübergehend einen Gegenposten bilden, etwa dann, wenn die Unternehmen personelle Reserven haben, so daß trotz Arbeitszeitverkürzung die Produktion ohne zusätzliche Beschäftigte aufrechterhalten werden kann. Die Kosten für Mehrbeschäftigung wegen Arbeitszeitverkürzung fallen erst an,

wenn mit zunehmender Produktion der Personalstand erhöht werden muß.

139. In anderen Branchen zielten die Tarifverhandlungen auf eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Hierzu hatte der Gesetzgeber frühzeitig mit einem Rahmengesetz und einer damit verbundenen Zuschußregelung die Initiative ergriffen. Das zeitlich befristete „Gesetz zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand“ trat zum 1. Mai 1984 in Kraft. Es bietet einen Anstoß für tarifvertragliche und einzelvertragliche Vereinbarungen über die Gewährung eines Vorruhestandsgeldes an Arbeitnehmer, die mindestens 58 Jahre alt sind. Wenn als Vorruhestandsgeld mindestens 65 vH des monatlichen Bruttoeinkommens ohne Einmalzahlungen festgelegt werden, zahlt die Bundesanstalt für Arbeit Zuschüsse.

*Das Vorruhestandsgeld ist steuer- und abgabenpflichtiges Einkommen. Für ein Vorruhestandsgeld in Höhe von 65 vH des Bruttolohns wird das Verhältnis von Vorruhestandsgeld nach Steuern und Abgaben zum vorherigen Nettolohn auf durchschnittlich 70 vH geschätzt. Von dem Vorruhestandsgeld werden den Arbeitgebern bis zur Höhe von 65 vH des Bruttolohns und von den dafür zu entrichtenden Arbeitgeberbeiträgen an die Renten- und Krankenversicherung 35 vH aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit erstattet, wenn anstelle des ausscheidenden Arbeitnehmers — allerdings nicht notwendigerweise für denselben Arbeitsplatz — ein arbeitslos gemeldeter Arbeitnehmer eingestellt wird oder ein Jugendlicher, der nach Abschluß der Ausbildung keinen Arbeitsplatz hat. Als Nachweis, daß dieser Klausel entsprochen wird, genügt im allgemeinen die Erklärung des Arbeitgebers; das Arbeitsamt hat darüber hinaus lediglich die Möglichkeit, den Betriebsrat zu befragen. Für Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten wurde die Auflage abgemildert; jede Einstellung von Auszubildenden wird dort als Wiederbesetzung eines freigewordenen Arbeitsplatzes gewertet.*

*Einer untragbaren Belastung insbesondere von kleinen Betrieben soll durch eine sogenannte Überforderungsklausel entgegengewirkt werden. Hiernach kann der Arbeitgeber bei einer Inanspruchnahme des Vorruhestandes durch mehr als 5 vH der Belegschaft frei über die Gewährung von Altersruhegeld entscheiden. Tarifvertraglich kann der Arbeitgeber nur dann zur Zahlung von Altersruhegeld an mehr als 5 vH seiner Beschäftigten verpflichtet werden, wenn eine überbetriebliche Ausgleichskasse eingerichtet wird.*

*Zusammen mit der Verabschiedung des Vorruhestandsgesetzes wurde die sogenannte 59er Regelung, nach der ältere Arbeitslose nach einjähriger Arbeitslosigkeit Anspruch auf Altersruhegeld haben, für die Unternehmen unattraktiver gemacht. Nach der neuen Regelung müssen nun die Arbeitgeber in solchen Fällen nicht nur, wie seit Anfang 1982 festgelegt, das Arbeitslosengeld für ein Jahr zurückerstatten, sondern auch im Anschluß daran drei Jahre lang den Rentenversicherungsträgern die Aufwendungen für das Altersruhegeld ersetzen. Insgesamt muß der Arbeitgeber also vier Jahre lang die Kosten tragen. Bestehen bleiben allerdings die Ausnahmen von der Erstattungspflicht. So können etwa Betriebe mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten oder Betriebe, deren Umstrukturierung aus öffentlichen Mitteln unterstützt wird, die 59er Regelung auch weiterhin ohne Rückerstattungspflicht in Anspruch nehmen. Darüber hinaus wurden weitere Ausnahmen oder Ermäßigungen für Kleinbetriebe eingeführt.*

140. Entsprechend diesem Vorruhestandsgesetz wurden in der Bauwirtschaft, in der Textil- und Bekleidungsindustrie, in Teilbereichen des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes sowie im privaten Versicherungsgewerbe Vereinbarungen geschlossen, nach denen der Arbeitgeber zur Zahlung eines Vorruhestandsgeldes verpflichtet ist, wenn ein älterer Arbeitnehmer vorzeitig in den Ruhestand treten möchte. Damit haben 14 vH der etwa 700 000, die 58 Jahre oder älter sind, einen Anspruch auf den Bezug von Vorruhestandsgeld.

Die tariflichen Regelungen traten in ihrer Mehrheit noch 1984 in Kraft. In der Regel wird eine Mindestbetriebszugehörigkeit zwischen einem und zehn Jahren vorausgesetzt. Meist beträgt das Vorruhestandsgeld 75 vH der bisherigen monatlichen Bruttoarbeitsentgelte. Einmalzahlungen wie das Urlaubsgeld oder das Weihnachtsgeld werden teilweise mit einbezogen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung rechnet damit, daß die Hälfte der 58jährigen sowie zwei Drittel der über 60jährigen dieses Recht geltend machen werden. Zum Teil wird das Vorruhestandsgeld von Arbeitnehmern in Anspruch genommen, die andernfalls Altersruhegeld im Rahmen der alten 59er Regelung oder Erwerbsunfähigkeitsrenten beziehen würden.

Aufgrund der Unsicherheit über die Inanspruchnahme läßt sich die effektive Kostenbelastung der Unternehmen, die eine Vorruhestandsregelung getroffen haben, noch nicht abschätzen. Es sind lediglich Aussagen unter bestimmten Annahmen möglich. Wenn 5 vH der gesamten Belegschaft in den Vorruhestand treten, ergibt sich für das Unternehmen ein Anstieg der gesamten Lohnkosten um 3,75 vH. Der Prozentsatz verringert sich im Falle einer Erstattung durch die Bundesanstalt für Arbeit auf 2,1 vH. Diese Kosten wären noch zu den in diesen Bereichen ausgehandelten Tariflohnsteigerungen hinzuzurechnen, die sich in diesem Jahr auf knapp 3½ vH belaufen.

141. In anderen Bereichen wurden Rahmenregelungen über ein Vorruhestandsgeld vereinbart, ohne daß die einzelnen Arbeitnehmer einen Anspruch auf Vorruhestandsgeld geltend machen können. Der Arbeitgeber kann hier die Gewährung des Vorruhestandsgeldes aus betrieblichen Gründen verweigern. Dies gilt für die neuen Tarifverträge in der Metallindustrie, im Rheinischen Braunkohlenbergbau und in einzelnen Zweigen des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes.

#### VI. Kapitalstruktur und Rentabilität der Unternehmen auf mittlere Sicht

142. Die weitere Verbesserung der Ertragssituation der Unternehmen in diesem Jahr war eine wichtige Voraussetzung für eine Belebung der Investitionstätigkeit. Wenn diese gleichwohl eher bescheiden ausgefallen ist, so unter anderem deshalb, weil die Meßlatte für die Rentabilität von Investitionen höher gelegt ist. Für weitgehend risikofreie Fi-

nanzanlagen werden nach Abzug der Inflationsrate sehr hohe Zinsen geboten. Hinzu kommt, daß das Investieren weithin risikoreicher geworden ist. Die Investitionserträge müssen eine höhere Risikoprämie versprechen, wenn das Projekt zur Durchführung kommen soll. Zu den Gründen, die das Investieren von der Finanzierungsseite her riskanter gemacht haben, ist die relative Zunahme kurzfristiger Verschuldung und vor allem die Abnahme der Eigenkapitalquote über einen langen Zeitraum hin zu zählen. Für die allmähliche Verringerung der Eigenkapitalquote der Unternehmen gibt es verschiedene Ursachen, zum Teil ist sie Ausdruck der langanhaltenden Verschlechterung der Ertragslage; es gibt aber auch Gründe, die für Kapitalgeber und für Unternehmen den Weg der Fremdfinanzierung attraktiver erscheinen ließen. Eine schmale Eigenkapitalbasis führt bei Fehlinvestitionen oder gesamtwirtschaftlich ungünstiger Entwicklung eher zu einer Gefährdung der Existenz eines Unternehmens. Auch von daher haben die Bereitschaft und die Fähigkeit, mit Investitionen Chancen wahrzunehmen und neue Risiken einzugehen, abgenommen. Die Beschaffung von Kapital, sei es Eigenkapital von außen oder Fremdkapital, wird erschwert, die Konsolidierung erhält Vorrang vor dem Investieren. Hindernisse bei der Bildung und Zuführung von Eigenkapital und mangelnde Rentabilität von Investitionen zusammen haben zu einer Wachstumschwäche beigetragen, als deren Folge ein Sachkapitalmangel zu beklagen ist: Die Produktion wird von den vorhandenen, wirtschaftlich nutzbaren Sachkapazitäten begrenzt, bevor auch nur annähernd Vollbeschäftigung erreicht ist.

Für das vergangene Jahr und wohl auch für 1984 ist erstmals seit langem wieder ein Anstieg der Eigenkapitalquote zu verzeichnen, und die Rentabilität von Sachvermögen hat sich deutlich erholt. Ob sich die Gewinnerwartungen schon so verbessert haben, daß in der Breite die Sachinvestitionen gegenüber den hohen Zinsen für Finanzanlagen bestehen können und es zu einer beschäftigungswirksamen Investitionsdynamik kommt, ist nicht verlässlich zu sagen. Immerhin gibt es Anhaltspunkte dafür, daß die Verbesserungen in jüngster Zeit nicht allein zyklischer Natur sind, sondern auch Ausdruck konstitutioneller Verbesserung.

#### Mangel an Eigenkapital

143. Ein Urteil über die Kapitalstruktur der Unternehmen und deren Veränderung in der Zeit wird dadurch erschwert, daß eine zeitnahe umfassende statistische Dokumentation von Unternehmensbilanzen fehlt und das vorhandene Material, das überwiegend im Zusammenhang mit anderen Fragestellungen erhoben wird, aufgrund unterschiedlichen methodischen Vorgehens einen teilweise widersprüchlichen Befund anzuzeigen scheint.

Die Bilanzstatistik der Bundesbank weist für die Unternehmen im produzierenden Gewerbe und im Handel einen drastischen Rückgang des Eigenkapitals gemessen an der Bilanzsumme aus, von etwa 30 vH im Durchschnitt der erfaßten Unternehmen

Mitte der sechziger Jahre auf 18½ vH im Jahre 1983.

*Aufgrund einer Revision der Systematik der Wirtschaftszweige durch das Statistische Bundesamt und einer geänderten Behandlung der Sonderposten mit Rücklagenanteil sind die von der Bundesbank ausgewiesenen Werte für 1980 und die nachfolgenden Jahre nur bedingt mit früheren Angaben vergleichbar. Im Jahr der Umstellung führte dies zu einer um 1 Prozentpunkt niedrigeren Eigenkapitalquote als nach dem bisherigen Verfahren.*

Die Bilanzstatistik des Statistischen Bundesamtes für die Aktiengesellschaften ohne Banken und Versicherungen zeigt ebenfalls einen Rückgang der Eigenkapitalquote an, und zwar von 34½ vH Mitte der sechziger Jahre auf 28 vH im Jahre 1981. Angaben für 1982 liegen bislang nur für Aktiengesellschaften des produzierenden Gewerbes vor. Danach hat sich die rückläufige Tendenz der Eigenkapitalquote nicht fortgesetzt, vielmehr ist ein Anstieg um ½ Prozentpunkt zu verzeichnen. Die Auswertung der Jahresabschlüsse der publizitätspflichtigen Großunternehmen zeigt für die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und für die Personengesellschaften zwischen 1972, dem ersten Jahr der Auswertung, und 1981 einen noch stärkeren Rückgang.

Die Einheitswertstatistik des Statistischen Bundesamtes für gewerbliche Betriebe liefert einen anderen Befund. Die Eigenkapitalquote der Unternehmen ohne Banken und Versicherungen lag Mitte der sechziger Jahre mit 42½ vH höher und ist bis 1980 nur geringfügig auf 38 vH zurückgegangen. Aufgrund von Änderungen in den Bewertungsvorschriften zum Hauptfeststellungszeitpunkt 1974 sind die neueren Angaben mit früheren Ergebnissen aber nur bedingt vergleichbar.

Die verschiedenen Rechenwerke weisen unterschiedliche Niveaus für die Eigenkapitalquote aus, und die Einheitswertstatistik zeigt einen von den übrigen Rechnungen abweichenden Verlauf. Die Abweichungen gehen im wesentlichen auf Unterschiede im erfaßten Unternehmenskreis und in der Abgrenzung des Eigenkapitalbegriffs zurück. Stellt man dies in Rechnung, dann ergibt sich für Niveau und Verlauf ein im wesentlichen gleicher Befund aus allen Statistiken.

**144.** Die Angaben der Bundesbank basieren auf Bilanzen und Erfolgsrechnungen, die ihr im Zusammenhang mit der Bonitätsprüfung im Rediskontgeschäft vorgelegt werden. Im Jahre 1980 konnten auf diese Weise Angaben von 74 000 Unternehmen ausgewertet werden. Daß die Zusammensetzung der Stichprobe vom Zweck der Bonitätsprüfung bestimmt ist, bringt es mit sich, daß die erfaßten Unternehmen hinsichtlich Größe, Rechtsform und Branche kein genaues Abbild aller Unternehmen ergeben. Dem versucht die Bundesbank, durch ein Hochrechnungsverfahren zu begegnen. Dazu wird die Häufigkeitsverteilung der genannten Merkmale in der Auswertung der Bundesbank mit der in der Umsatzsteuerstatistik verglichen. Abweichungen werden durch eine entsprechende Gewichtung des Materials der Bundesbank ausgeglichen, womit allerdings die gleiche Bilanzstruktur und Ertragssituation wie bei den von der Bundesbank erfaßten Unternehmen auch bei den übrigen unterstellt wird. Da überwiegend Unternehmen, die den Bonitätsanforderungen der Bundesbank genügen, in die Untersuchung eingehen, geben

die Angaben der Bundesbank wohl eher ein zu günstiges Bild von den Verhältnissen im gesamten Unternehmensbereich, wenngleich nicht verkannt werden darf, daß gute Bonität nicht nur in einer hohen Eigenkapitalquote zum Ausdruck kommt, sondern auch in anderen Faktoren, die wiederum eine relativ hohe Schuldenaufnahme ermöglichen.

**145.** Hinter den Durchschnittsgrößen in der Bilanzstatistik der Bundesbank verbergen sich beträchtliche Unterschiede nach Branchen, nach Rechtsformen und nach der Größe der Unternehmen, wobei bestimmte Rechtsformen für eine bestimmte Unternehmensgröße typisch sind und die durchschnittliche Unternehmensgröße von Branche zu Branche variiert. So zeigen Wirtschaftszweige mit einem hohen Anteil mittelständischer Unternehmen eine überdurchschnittliche Verringerung der Eigenkapitalquote seit den sechziger Jahren, während dort, wo große Unternehmen stärker vertreten sind, der Rückgang geringer ausgefallen ist. Für das Jahr 1980 weist die Bundesbank für alle Rechtsformen eine mit der Umsatzgröße steigende Eigenkapitalquote aus. Die überwiegend größeren Kapitalgesellschaften hatten eine um gut 10 Prozentpunkte höhere Quote als Personengesellschaften und Einzelkaufleute.

Aus verschiedenen Gründen ist aber ein Vergleich der Kapitalausstattung von Unternehmen unterschiedlicher Rechtsform problematisch. Bei Einzelkaufleuten und Teilhabern an Personengesellschaften gibt es oftmals nichtbilanziertes Privatvermögen, das in gleicher Weise wie das ausgewiesene Eigenkapital für die Verbindlichkeiten des Unternehmens haftet. Bei Kapitalgesellschaften ist dagegen die Haftung auf das ausgewiesene Eigenkapital beschränkt. Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch der Kapitalverflechtung zwischen den Unternehmen zu; denn in den Bilanzen von Kapitalgesellschaften sind Beteiligungen in einem höheren Ausmaß als in den Bilanzen bei anderen Rechtsformen enthalten. Bereinigt man die Eigenkapitalquoten um die damit verbundene Doppelzählung, verringerte sich der Abstand der Eigenkapitalquoten zwischen den Rechtsformen beträchtlich.

**146.** Das Statistische Bundesamt wertet jährlich die Jahresabschlüsse der Aktiengesellschaften ohne Banken und Versicherungen aus. Im Jahre 1980 waren neun Zehntel aller Aktiengesellschaften mit 97 vH des Grundkapitals erfaßt. Um einen Vergleich mit den Zahlen der Bundesbank zu ermöglichen, kann man aus dem Material des Bundesamtes eine Eigenkapitalquote für das produzierende Gewerbe und den Handel ermitteln und diese jener für Kapitalgesellschaften aus der Bilanzstatistik der Bundesbank gegenüberstellen. Für das Jahr 1980 betragen die entsprechenden Quoten 28 vH und 25 vH. Bedenkt man, daß in der Vergleichszahl aus dem Material der Bundesbank auch Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit eher niedrigeren Eigenkapitalquoten als bei Aktiengesellschaften enthalten sind, so ist die Übereinstimmung beachtlich.

Das Statistische Bundesamt wertet außerdem seit 1972 die Jahresabschlüsse der nach dem Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen publizitätspflichtigen Großunternehmen aus. Hierzu zählen Unternehmen, die in drei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren mindestens zwei der folgenden Merkmale erfüllen: eine Bilanzsumme von mehr als 125 Mio DM, Umsatzerlöse von mehr als 250 Mio DM und mehr als 5 000 Beschäftigte. Da Aktiengesellschaften aufgrund des Aktiengesetzes publizitätspflichtig sind, werden von diesem Gesetz große Gesellschaften mit beschränkter Haftung und große Personengesellschaften erfaßt. Deren Zahl hat sich zwischen 1972 und 1981 mehr als verdoppelt. Die Eigenkapitalquote der großen Personengesellschaften ist

in diesem Zeitraum nur vergleichsweise wenig gesunken, die der Gesellschaften mit beschränkter Haftung hingegen deutlich.

147. Die Einheitswertstatistik des Statistischen Bundesamtes erfaßt die Einheitswerte der gewerblichen Betriebe, wie sie für Zwecke der Vermögensaufstellung ermittelt werden. Bewertungsgrundlage ist das Bewertungsgesetz. In der Einheitswertstatistik wird das Eigenkapital ermittelt als Saldo zwischen den Aktivvermögen und den Schulden. Es ist höher als das von der Bundesbank ermittelte Eigenkapital, weil bestimmte Aktiva in der Vermögensaufstellung höher bewertet werden als in den Handelsbilanzen und in den Steuerbilanzen und vor allem weil bestimmte Schulden in der Vermögensaufstellung entweder nicht als solche ausgewiesen sind oder niedriger bewertet werden als in den Handelsbilanzen und in den Steuerbilanzen.

Die unterschiedlichen Bewertungsvorschriften für die Vermögensaufstellung einerseits und für die Handelsbilanz und für die Steuerbilanz andererseits führen bei den Aktiva nur zu verhältnismäßig geringen Abweichungen von den Ergebnissen der Bundesbank. Das Grundvermögen (Grundstücke und Gebäude) ist in der Vermögensaufstellung teils höher, teils niedriger bewertet als in den Handelsbilanzen und in den Steuerbilanzen. Bewertungsmaßstab in der Vermögensaufstellung sind die Einheitswerte: Bis zum Jahre 1972 basierte die Bewertung der Grundstücke und Gebäude noch auf den Wertverhältnissen von 1935, ab 1974 waren 140 vH der für den 1. Januar 1964 festgestellten Einheitswerte anzusetzen. In der Handelsbilanz und in der Steuerbilanz dagegen wird das Grundvermögen mit den Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten, gekürzt um die zulässige Gebäudeabschreibung, angesetzt. Nach beiden Bewertungsmethoden ist bei steigenden Preisen die Bildung von stillen Reserven im Grundvermögen angelegt, weil historische Preise Bewertungsmaßstab sind. In den Handelsbilanzen und in den Steuerbilanzen ergibt sich bei steigenden Preisen und zunehmendem zeitlichen Abstand zwischen dem Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungszeitpunkt und dem Zeitpunkt der Wertfeststellung eine zunehmende Unterbewertung. Eine marktmäßige Bewertung ist aber beim Erwerb beziehungsweise der Herstellung gegeben. In der Vermögensaufstellung dagegen werden grundsätzlich Einheitswerte angesetzt. Nur im Falle ihrer Anpassung an die Marktwerte wird der Bildung von stillen Reserven entgegen gewirkt. Tatsächlich findet diese Anpassung nur sehr unzureichend statt.

Bewegliche Güter des Anlagevermögens sind in der Einheitswertstatistik mit ihrem Teilwert angesetzt, einem Betrag, der in der Regel mit den Wiederbeschaffungskosten des Wirtschaftsgutes übereinstimmt. Während in den Handelsbilanzen und in den Steuerbilanzen solche Güter nach und nach voll abgeschrieben werden und schließlich nur noch mit dem Erinnerungswert von 1 DM zu Buche stehen, sind sie in der Vermögensaufstellung je nach Zeitpunkt der Anschaffung mit mindestens 30 vH oder 15 vH der Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten (sogenannte Anhaltewerte) anzusetzen. Beim beweglichen Anlagevermögen ist also eher als beim Grundvermögen mit einer marktmäßigen Bewertung in der Einheitswertermittlung und insoweit mit einer Aufdeckung stiller Reserven zu rechnen. Insgesamt beträgt etwa 1979/80 in den von der Unternehmensbilanzstatistik erfaßten Sektoren der Anteil des Sachanlagevermögens an der Bilanzsumme nach der Einheitswertstatistik 33 vH und nach der Unternehmensbilanzstatistik der Bundesbank 30 vH. Bewertungsunterschiede auf der Aktivseite spielen also für die Erklärung der Diskrepanz zwischen den ausgewiesenen Eigenmittelquoten nur eine untergeordnete Rolle. Man kann daraus aber nicht auf eine geringe Bedeutung von

stillen Reserven schließen, vielmehr auf einen insgesamt unvollständigen Ausweis auch in der Einheitswertstatistik.

148. Von größerem Gewicht sind die Unterschiede bei den Passiva. Rückstellungen gelten bei der Ermittlung der Einheitswerte nur in beschränktem Maße als Verbindlichkeiten. Insoweit wird das Eigenkapital höher ausgewiesen als in den Handels- und Steuerbilanzen. Mit anderen Worten: Das in der Einheitswertstatistik ausgewiesene Eigenkapital enthält Rückstellungen in Höhe der Bewertungsdifferenz zwischen den Rückstellungen in der Vermögensaufstellung auf der einen und der Handelsbilanz und der Steuerbilanz auf der anderen Seite, und nur für den Fall, daß diese Differenz annähernd den in den Rückstellungen enthaltenen stillen Reserven entspricht, wäre das Vorgehen bei der Einheitsbewertung vertretbar. Die Bewertungsdifferenz ist groß, weil das Bewertungsgesetz Rückstellungen nur gestattet, wenn sie am Stichtag als Verbindlichkeit bestehen, und weil für Pensionsrückstellungen bis 1980 ein Bewertungsverfahren anzuwenden war, das zu niedrigeren Kapitalwerten führte als in der Steuerbilanz. (Ab 1981 müssen Pensionsrückstellungen bei der Einheitsbewertung in derselben Höhe angesetzt werden wie in der Steuerbilanz.) Daß in den Handelsbilanzen verstärkt Rückstellungen gebildet worden sind, stellt einen der Gründe für das trendmäßige Sinken der Eigenkapitalquote im Zahlenmaterial der Bundesbank dar. In der Vermögensaufstellung war eine solche vermehrte Bildung von Rückstellungen dagegen nicht möglich. Bei einer Verwendung der Angaben der Einheitswertstatistik und der Abgrenzung der Eigenmittel wie in der Unternehmensbilanzstatistik schrumpft der Unterschied in der Höhe der Eigenmittelquote auf wenige Prozentpunkte zusammen. Wegen der gestiegenen Bedeutung der Rückstellungen im Zeitablauf ergibt sich dann auch aus der insoweit modifizierten Einheitswertstatistik ein Rückgang der Eigenkapitalquote.

Die Einheitswertstatistik ist nach der bisherigen Argumentation dem Bilanzmaterial der Bundesbank in bezug auf die Behandlung von stillen Reserven, soweit sie auf der Aktivseite einer marktnahen Bewertung näherkommt, überlegen und, soweit sie auf der Passivseite implizit den Umfang der stillen Reserven zu hoch ansetzt, unterlegen. Eine weitere Einschränkung des Wertes der Angaben aus der Einheitswertstatistik ergibt sich daraus, daß in dieser Statistik viele kleinere (und überschuldete) Unternehmen nicht erfaßt werden, weil sich aufgrund der Unterbewertung der Betriebsgrundstücke negative Einheitswerte für das Betriebsvermögen ergeben. In der Einheitswertstatistik werden also nur diejenigen kleineren Unternehmen erfaßt, die über ausreichendes sonstiges Aktivvermögen verfügen, die also einen günstigen Vermögensstatus aufweisen.

149. Zur Kennzeichnung veränderter Bilanzstrukturen von Unternehmen gehört nicht nur der Rückgang der Eigenkapitalquote, sondern auch die zunehmende Bedeutung von Rückstellungen. Deren Anteil an der Bilanzsumme ist nach den Angaben der Bundesbank von 10 vH im Jahre 1965 auf 16 $\frac{1}{2}$  vH im Jahre 1983 gestiegen. Vor allem Pensionsrückstellungen haben zugenommen. Die Bundesbank weist in ihrer Bilanzstatistik die Pensionsrückstellungen nicht gesondert aus, weil in den Bilanzen Pensionsrückstellungen nicht immer als solche kenntlich gemacht sind. Sie schätzt jedoch, daß die Pensionsrückstellungen der Unternehmen im Jahre 1982 rund 115 Mrd DM betragen. Die Auswertung von Abschlüssen der Aktiengesellschaften durch das Statistische Bundesamt weist für 1981

Pensionsrückstellungen in Höhe von 65½ Mrd DM aus. Diese sind insbesondere Mitte der siebziger Jahre im Zusammenhang mit der gesetzlichen Regelung verstärkt gebildet worden.

Rückstellungen sind im Prinzip Fremdkapital. Es sind keine haftenden Mittel, vielmehr stehen ihnen Zahlungsverpflichtungen in der Zukunft gegenüber. Dies gilt nur insoweit nicht, als durch überhöht ausgewiesene Rückstellungen stille Reserven gebildet wurden. Es handelt sich bei Pensionsrückstellungen im Grunde um Fremdkapital, das langfristig zur Verfügung steht. Denn durch die vertragliche Zusicherung eines Unternehmens, an seine Mitarbeiter eine Pension zu zahlen, entsteht Aufwand wie bei Lohnzahlungen, die Auszahlung erfolgt jedoch erst später. Für die Arbeitnehmer ist es vom Unternehmen einbehaltener Arbeitslohn, der nicht der Lohnsteuer unterliegt. Man kann also in Pensionsrückstellungen eine Form der Innenfinanzierung mit Fremdkapitalcharakter sehen. Allerdings ist es den Unternehmen freigestellt, Pensionsrückstellungen zu bilanzieren. Geschieht dies nicht, dann bildet beträchtliches Vermögen des Unternehmens den materiellen Gegenwert zu künftigen Pensionszahlungen, ohne daß diese Verpflichtungen aus der Bilanz erkennbar sind. Das Eigenkapital ist insoweit sogar zu hoch ausgewiesen. Es läßt sich nicht genau abschätzen, in welchem Umfang die Unternehmen von der Möglichkeit Gebrauch machen, für spätere Pensionsverpflichtungen Rückstellungen zu bilden. Es gibt Hinweise darauf, daß die Bildung von Pensionsrückstellungen teilweise unterlassen wurde. Sofern Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen gebildet werden, darf nur der Barwert der zukünftigen Zahlungsverpflichtungen in die Bilanz eingestellt werden, wobei für die Abzinsung ein Zinssatz von 6 % gesetzlich festgelegt ist — eine eher zu starke Abzinsung, wenn die Pensionen, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist, an die Inflation anzupassen sind. Die in einigen Tarifbereichen vereinbarten Vorruhestandsregeln sind den Zusagen einer betrieblichen Altersversorgung verwandt. Auch hier gibt es ein Passivierungswahlrecht. Besonders schwierig dürfte es sein, den Grad der Inanspruchnahme richtig einzuschätzen; eine Überschätzung führt zur Bildung stiller Reserven.

Das zunehmende Gewicht von Rückstellungen bedeutet nicht, daß der Befund einer sinkenden Eigenkapitalquote entscheidend zu relativieren ist. Es handelt sich bei Rückstellungen um Fremdkapital eigener Art; es ist von der Bereitstellung her oft sehr langfristiges Kapital und erfordert für die Zeit der Rückstellung keine festen Zinszahlungen, was unter Liquiditätsaspekten vorteilhaft ist.

150. Das verfügbare statistische Material läßt trotz der Einschränkungen, die ein Vergleich über die Zeit gegen sich gelten lassen muß, kaum einen Zweifel daran, daß die Eigenkapitalbasis der Unternehmen schmaler geworden ist. Zwar läßt sich eine angemessene Eigenkapitalquote kaum angeben, aber die Gründe, die für einen zunehmenden Bedarf der Unternehmen an Eigenkapital sprechen, sind gewichtiger als jene, die auf einen geringeren Bedarf hindeuten.

Im Zentrum steht die Aufgabe, Bedingungen für mehr Investitionen zu schaffen, Investitionen, die mehr Menschen eine Chance auf Beschäftigung eröffnen. Das ist in der Hauptsache eine Frage der Ertragserwartungen. Aber wichtig ist auch, die Fähigkeit der Unternehmen, Risiken zu tragen und neue Risiken einzugehen, zu stärken beziehungsweise eine breitere Beteiligung an den Unternehmensrisiken zu erreichen, und das heißt eine bessere Ausstattung mit Eigenkapital möglich machen. Investitionen mit Eigenkapital zu finanzieren, macht ein Unternehmen weniger anfällig für Störungen von außen. Eine geringe Eigenkapitalausstattung führt unter ungünstigen Bedingungen eher zu einer Gefährdung der Existenz eines Unternehmens. Die starke Zunahme der Insolvenzen in den letzten Jahren hängt damit zusammen, und ebenso wie eine zu geringe Eigenkapitalausstattung die Investitionsneigung beeinträchtigt, kann ein Investitionsschub temporär zu einem Rückgang der Eigenkapitalquote führen. Die Jahre 1969 und 1970 geben hierfür ein Beispiel. Seit Mitte der siebziger Jahre geht der Rückgang der Eigenkapitalquote aber mit einer Wachstumsschwäche einher.

Es wird nicht nur zu wenig investiert, das Investieren ist auch risikoreicher geworden. Ein hoher Anpassungsbedarf und die Aufgabe, neue Wachstumsfelder zu erschließen, stehen dafür. Man kann zwar nicht einfach sagen, daß risikoreiche Investitionen mit Eigenkapital finanziert werden müssen. Der Umkehrschluß, daß es hierfür auf das Eigenkapital nicht ankommt, wäre aber abwegig. Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang eine Umfrage der Kreditanstalt für Wiederaufbau unter ihren Kunden und eine Auswertung von Bilanzen industrieller Kundenfirmen durch die Industriekreditbank. Bei der Befragung der Kreditanstalt gaben etwa die Hälfte der Unternehmen an, ihr Eigenkapital sei zu niedrig. Als wichtig wird eine ausreichende Eigenkapitalausstattung von zwei Dritteln der Befragten für die Unabhängigkeit des Unternehmens und dessen Krisenfestigkeit angesehen. Knapp die Hälfte mißt ihr eine gleiche Bedeutung für den Kreditpielraum bei, und immerhin noch ein Drittel der Unternehmen ist der Auffassung, die Durchführung besonders risikoreicher Investitionen erfordere einen angemessenen Eigenkapitalanteil. Die Industriekreditbank hat aus 551 Kundenfirmen 142 Unternehmen ausgewählt, die nach verschiedenen Kriterien als besonders erfolgreich angesehen werden können. Die Eigenkapitalquote dieser Unternehmen lag deutlich über dem Branchendurchschnitt, übrigens auch bei jenen, die eine auf Expansion gerichtete Unternehmenspolitik verfolgt haben.

151. Eine geringe Ausstattung mit Eigenkapital erschwert es den Unternehmen, neues Eigenkapital von außen zu beschaffen. Auch die Möglichkeiten und Konditionen der Fremdfinanzierung sind nicht unabhängig von der Kapitalstruktur. Die Banken und andere Kreditgeber reagieren auf die erhöhten Risiken beziehungsweise auf den Umstand, daß die gewährten Kredite an Stelle von Eigenkapital eingesetzt werden, mit Risikozuschlägen und mit Kre-

ditrationierung. Unternehmen mit zu geringer Eigenkapitalbasis erhalten keinen Kredit mehr und schränken ihre Investitionen ein. Wer Kredit bekommen kann, muß mehr dafür bezahlen. Auch aus diesem Grunde unterbleiben Investitionen. Dem zinsenkenden Effekt eines Ausfalls von privater Kreditnachfrage wirkte entgegen, daß andere Kreditnehmer, vor allem der Staat, ihre Nachfrage ausgeweitet haben. Die Kapitalgeber können sich den erhöhten Risiken, soweit diese nicht durch einen höheren Zins kompensiert sind, dadurch verweigern, daß sie ausländische Anlagen wählen, die Kreditlaufzeit verkürzen oder weniger sparen. Höhere Risiken für Fremdkapital führen dazu, daß Investitionen unterbleiben und die Kreditnehmer einer Verbesserung der Kapitalstruktur Vorrang einräumen gegenüber einer Modernisierung oder Erweiterung ihrer Produktionsanlagen.

**152.** Geringer wird der Bedarf an Eigenkapital, sofern Teile des Fremdkapitals Eigenkapitalfunktion übernehmen. Für die Unternehmen ist diese Möglichkeit der Substitution aber nicht kostenfrei. Die Fremdkapitalgeber, in der Regel die Banken, erhalten Einfluß auf die Unternehmensentscheidungen, häufig werden sie die Sicherheit des eingesetzten Kapitals höher stellen als die Nutzung von Chancen, die neue Produkte und neue Märkte bieten.

Man kann auch die zunehmende Bedeutung von gemieteten Anlagen im Zusammenhang mit den veränderten Bilanzstrukturen sehen. Leasing ersetzt in der Regel aber Fremdkapital, nicht Eigenkapital. Das mietende Unternehmen hat ähnlich wie bei einem Kredit feste Zahlungen zu leisten, für die Abnutzung, Tilgung gleichsam, und Zinsen. Die Leasingunternehmen verbinden die Gewährung eines Kredits mit speziellen technischen Kenntnissen über die von ihnen angebotenen Investitionsgüter. Die rasch zunehmende Bedeutung dieser Branche mag damit zusammenhängen, daß mehr Unternehmen aufgrund einer ungünstigen Kapitalstruktur Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdkapital haben. Das Risiko ist für das Leasingunternehmen geringer als etwa für ein Kreditinstitut, es kann die Anlage zurückziehen und aufgrund seiner technischen Kenntnisse leichter an anderer Stelle wieder einsetzen, wenn das mietende Unternehmen zahlungsunfähig geworden ist.

#### **Noch unzureichende Kapitalrentabilität**

**153.** Für Wachstum und Beschäftigung ist die Profitabilität von Sachinvestitionen von großer Bedeutung. Wieviel investiert wird, hängt außer vom Ausmaß der mit dem Investieren verbundenen Unsicherheit entscheidend von der erwarteten Sachkapitalrendite im Vergleich zur Ertragsrate von Geldvermögen ab. Läßt man vorerst einmal außer Betracht, wie sich die Unsicherheitsfaktoren entwickelt haben, und geht zunächst davon aus, daß sich das Verhältnis der erwarteten zu den laufenden Erträgen nicht verändert hat, so kann der Anreiz zum Investieren näherungsweise über einen Vergleich

der Ertragsrate des Sachkapitals mit den Zinsen von Finanzaktiva abgeschätzt werden.

**154.** Untersuchungen zur Sachvermögensrendite sind in jüngerer Zeit von verschiedener Seite, namentlich auch im Rahmen der Strukturberichterstattung durch die Wirtschaftsforschungsinstitute vorgenommen worden. Die Ergebnisse sind in gewissen Details widersprüchlich, was aber im wesentlichen auf die verwendeten Berechnungsmethoden zurückzuführen ist.

*Ein Teil der Rechnungen knüpft an die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen an. Vom Institut für Weltwirtschaft etwa wird das (in der Produktionssphäre entstandene) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um einen Betrag für kalkulatorischen Unternehmerlohn gemindert, wobei unterstellt wird, daß dieser für jeden Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen dem Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer entspricht, und sodann zum (Netto-)Sachkapital zu Wiederbeschaffungspreisen ins Verhältnis gesetzt. Die sich hiernach ergebende reale Sachkapitalrendite weist für die Produktionsunternehmen (ohne Wohnungsvermietung) einen stark ausgeprägten zyklischen Verlauf mit einem, namentlich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, deutlich sinkenden Trend auf. Bei den Rechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung werden die Unternehmenseinkommen zudem um Scheingewinne erhöht, die bei der Einkommensermittlung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eliminiert wurden, und das Sachvermögen, auf das diese korrigierte Einkommensgröße zu beziehen ist, wird in entsprechender Weise, also zu Anschaffungskosten bewertet. Dies stellt eine Anlehnung an die kaufmännischen Vorschriften zur Gewinnermittlung und Bilanzierung dar und führt zum Ausweis von Ergebnissen, die als nominale Rendite verstanden werden können. Diese Werte weisen ein seit den sechziger Jahren kaum verändertes Niveau auf und schwanken auch im Zeitablauf kaum. Es ist jedoch zu beachten, daß mit dem Ausweis nominaler Renditen der Tatsache der Inflation und der mit ihr steigenden Zinsen sowie dem Problem der inflationsbedingten Scheingewinnbesteuerung nicht Rechnung getragen wird. Eine bloß nominal konstante Rendite muß über eine Verengung der realen Selbstfinanzierungsspielräume zu einer Auszehrung der Eigenkapitalbasis führen, es sei denn, man gewinnt auch dann genügend Eigenkapital von außen, wenn die reale Gewinnkraft eines Unternehmens geringer geworden ist.*

So lassen im Grunde beide Berechnungsweisen den Schluß zu, daß die Unternehmen zu Beginn der achtziger Jahre in Bedrängnis gekommen sind, zumal als es zu dem leichten Anstieg der Realzinsen und dem deutlichen Anstieg der Nominalzinsen kam. Dies müßte um so mehr gelten, als die Unternehmen im Laufe der Zeit ihre Verschuldungsquote einschließlich der Finanzierung durch Pensionsrückstellungen im Durchschnitt immer weiter erhöht hatten, zum Teil als Folge verschlechterter Selbstfinanzierungsmöglichkeiten, zum Teil aufgrund steuerlicher Diskriminierung der Eigenfinanzierung, zum Teil wohl auch, um einem Rückgang der Sachvermögensrendite durch Ausnutzen der noch bestehenden positiven Differenz zwischen Sachvermögensrendite und Fremdfinanzierungskosten zu begegnen. In dieser Situation mußten steigende Zinsen zu einem Einbruch der Eigenkapitalrendite führen. Die finanzielle Konsolidierung bekam für die Unternehmen Vorrang. Die Sachkapi-

talbildung fiel zudem auch angesichts der relativ starken Attraktivität finanzieller Anlagen gering aus.

**155.** Hinter den Globalzahlen stehen allerdings sektoral stark differierende Durchschnittsrenditen. So ist die reale Sachkapitalrendite bei den Dienstleistungen (ohne Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung und Wohnungsvermietung) beständig sehr hoch oder gar steigend. Solche Ergebnisse eignen sich zwar nur unter Vorbehalten für Schlußfolgerungen; beispielsweise ist der Anteil der Einkommen von Freiberuflern an den Unternehmenseinkommen im Bereich der Dienstleistungen erheblich und ein guter Teil der Arbeitseinkommen dieser Freiberufler dürfte bei der pauschalen Bereinigung um den kalkulatorischen Unternehmerlohn nicht abgezogen worden sein. Gleichwohl deuten hohe Rentabilitätsdifferenzen zwischen den Wirtschaftszweigen doch darauf hin, daß ein Stau an Struktur Anpassung bestehen könnte. Die deutliche Verschlechterung der realen Sachkapitalrendite im verarbeitenden Gewerbe ist jedenfalls besonders bemerkenswert.

**156.** Der über Jahre anhaltende Verfall der Sachkapitalrendite im verarbeitenden Gewerbe wird auch von Untersuchungen bestätigt, die sich anderer statistischer Grundlagen bedienen. Neben der Statistik der Jahresabschlüsse von Aktiengesellschaften des Statistischen Bundesamtes wird vor allem auf das Bilanzmaterial der Bundesbank zurückgegriffen.

*Solche Quellen haben prinzipiell den Vorteil, die ökonomische Entwicklung aktueller abzubilden, beispielsweise wenn Sonderabschreibungen aufgrund einer rascheren Entwertung des Kapitalbestandes nötig werden. Untersuchungen anhand von Bilanzdaten haben freilich den Nachteil, daß steuerlich begründete oder auch nur bilanzpolitisch motivierte Bewertungen zu einem unstetigen Anteil der stillen Reserven in der Bilanz im Laufe der Zeit führen könnten. Insbesondere werden sich Verbesserungen der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten auch in den Handelsbilanzen niederschlagen und zu einer Verzerrung der ausgewiesenen Jahresabschlüsse führen. Die Gewinnsituation der Unternehmen wird im Vergleich zu den vorher praktizierten Ermittlungsregeln in zunächst zunehmendem, später allmählich wieder abnehmendem Maße zu schlecht dargestellt. Solche Änderungen der Abschreibungsmöglichkeiten hat es in den letzten Jahren mehrfach gegeben.*

*Zur Berechnung einer realen Sachvermögensrendite aus den Bilanzdaten von Unternehmen müssen zum Jahresüberschuß auch die aufgewendeten Zinsen addiert und die Zinseinnahmen und Beteiligungserträge sowie Scheingewinne davon subtrahiert werden. Diese Ertragsgröße ist in Relation zu setzen zum Sachvermögen zu Wiederbeschaffungskosten.*

Eine Auswertung mit Hilfe der Daten der Bilanzstatistik der Bundesbank zeigt, daß diese Rendite im Zeitraum von 1965 bis 1981 trendmäßig abgenommen hat.

**157.** Ein Rückgang der Sachvermögensrendite im Vergleich zur Geldvermögensrendite könnte unproblematisch sein, wenn die objektiven Risiken aus dem Investitionsprozeß abgenommen hätten oder

wenn die Fähigkeit und die Bereitschaft, Risiken zu übernehmen, bei den Unternehmen zugenommen hätte. Für das erste gibt es keine Anhaltspunkte. Vieles spricht für das Gegenteil. Und hinsichtlich der Fähigkeit Risiken zu tragen, hat die Betrachtung der Finanzierungsstrukturen der Unternehmen gezeigt, daß sie eher abgenommen hat. Denn die haftenden Mittel haben deutlich weniger zugenommen als die gesamten Verbindlichkeiten der Unternehmen, so daß von der Finanzierungsseite her insoweit eine zunehmende Unsicherheit ins Spiel gekommen ist.

In längerfristiger Betrachtung ist bei den Renditemaßen in gleicher Weise wie bei anderen Indikatoren, die der Bestimmung der Rentabilitätslage im Unternehmensbereich dienen — wie etwa die Veränderung von Stückkosten, von Gewinnmargen oder relativen Einkommenspositionen — zu beachten, daß sie sowohl die primären Veränderungen von Kosten — beispielsweise der Lohnkosten — abbilden, als auch die Reaktion der Unternehmen darauf. Hierauf hat der Sachverständigenrat in der Diskussion um das Konzept der Reallohnposition beizeiten aufmerksam gemacht (JG 80 Ziffer 145).

So ist bei einem Urteil über die Entwicklung der Sachvermögensrendite im Zeitverlauf zu berücksichtigen, daß sich in den ermittelten Werten auch niederschlägt, was in den Unternehmen als Reaktion auf die Entwicklung der Rendite in den Vorjahren und in Anpassung an die Realzinsentwicklung vollzogen wurde. Man muß davon ausgehen, daß vor allem weniger rentable Projekte nicht mehr verwirklicht wurden, was für sich genommen die beobachtbare Durchschnittsrendite tendenziell hoch gehalten hat.

**158.** Für kürzere Zeiträume geben die oben genannten Indikatoren jedoch ein durchaus verlässliches Bild von der Rentabilitätsentwicklung. Und hier zeigt sich, daß sich in den beiden letzten Jahren das Bild zweifellos aufgehellt hat. Das Verhältnis von Stückkosten zu Preisen hat sich im Zeitraum von 1982 bis 1984 deutlich verbessert.

In der Verbesserung der Erlös-Kosten-Relation sowie der Sachkapitalrendite nach 1982 spiegeln sich sowohl zyklische Momente, wie sie zu Beginn früherer Aufschwungsphasen zu beobachten gewesen waren, als auch Momente einer konstitutionellen Stärkung der Unternehmensrentabilität. Auf letzteres deutet weniger das Ausmaß der Aufwärtsbewegung hin, als vielmehr die Tatsache, daß sich diese Besserung bei sehr niedrigen Preissteigerungsraten vollzogen hat. Der Kostendruck hat dieses Mal anscheinend schon in einer frühen Phase des Aufschwungs abgenommen; die Unternehmen sahen sich weniger als in früheren Jahren angehalten, das Nachlassen des Restriktionsdrucks dafür zu nutzen, die Gewinnmargen über Preissteigerungen zu verbessern.

Es sollte jedoch nicht aus dem Blick geraten, von welcher schwieriger Ausgangslage im Jahre 1981 aus die Besserung eingesetzt hat, wie groß also der Bedarf an Verbesserung gewesen ist. Immerhin läßt

sich vermuten, daß die reale Sachkapitalrendite nun nicht mehr weit entfernt ist von deren Niveau im Jahre 1979. Die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen hat sich, wie zu erwarten, noch nicht nennenswert verbessert, doch hat die längerfristige Kreditgewährung der Banken im Inland seit 1982 wieder etwas schneller zugenommen als die kurzfristige. Wenn die Investitionstätigkeit bisher noch eher verhalten ist, so wohl auch deshalb, weil vieles von dem, was die Tarifparteien und die staatliche Wirtschaftspolitik zur Kostenentlastung der Unternehmen realisiert haben, zu einem großen Teil dafür erforderlich war, die Verzinsung des in den Unternehmen gebundenen Kapitals an die stark erhöhten Marktzinsen anzupassen. Insoweit stellt sich die Rentabilitätssituation im Vergleich zur zweiten Hälfte der siebziger Jahre weniger stark verbessert dar, als das Erlös-Kosten-Relationen ohne Kapitalkosteneffekt ausweisen (Ziffern 182 ff.). Dies würde sich deutlich zum Positiven ändern, wenn die Zinsen sanken und es im übrigen bei dem derzeitigen Verhältnis von Kosten und Preisen bliebe.

#### Entwicklung und Verteilung der Rendite im verarbeitenden Gewerbe

159. Die Sachkapitalrendite bezieht den Jahresüberschuß zuzüglich des Nettozinsaufwands auf das in einem Unternehmen eingesetzte Sachkapital und zeigt dessen Verzinsung. Entsprechend dem aus der Theorie der Investition bekannten Begriff der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals kann man diese Kapitalrendite auch als die Durchschnittsleistungsfähigkeit des Kapitals einer Unternehmung bezeichnen. Sie ist ein Indikator für die Rentabilität der von einer Unternehmung insgesamt vorgenommenen Investitionen.

Der Jahresüberschuß eines Unternehmens wird durch die laufende Wirtschaftstätigkeit erzielt. Es ist zweckmäßig, ihn auch auf den Umsatz oder den Rohertrag zu beziehen, weil diese Größen einen zusammengefaßten Ausdruck der laufenden Wirtschaftstätigkeit darstellen. Viele Unternehmen orientieren sich an solchen Kennzahlen als Erfolgsindikatoren ihrer wirtschaftlichen Betätigung. Die Umsatzrendite zeigt, welcher Anteil vom Umsatz dem Unternehmen nach Abzug der Aufwendungen für Vorlieferungen, Abschreibungen und Entgelte für Arbeit und Fremdkapital als Gewinn übrigbleibt. Die Rohertragsrendite bezieht den Jahresüberschuß auf den Rohertrag, der sich aus dem Umsatz durch Abzug der Vorlieferungen und der Addition der Veränderung der Vorräte und der aktivierten Eigenleistungen errechnet. Sie gibt an, welchen Anteil vom Rohertrag eine Unternehmung als ihren Gewinn verbuchen kann. In die Berechnungen gehen alle Größen zu laufenden Preisen ein, so daß sich Bewertungsfragen, die die Berechnung des Sachkapitals erschweren, nicht stellen.

Bei der Betrachtung der Umsatzrendite und der Rohertragsrendite hat man den Erfolg eines Unternehmens aus der laufenden Wirtschaftstätigkeit im Blick. In der Entwicklung der Umsatzrendite und

der Rohertragsrendite schlagen sich die Veränderungen auf den Absatz-, Beschaffungs- und Faktormärkten nieder, die das Wettbewerbsfeld einer Unternehmung bilden.

Gleiches gilt auch für einen ganzen Wirtschaftsbereich. Der seit 1965 festzustellende Rückgang der Umsatzrendite und der Rohertragsrendite im verarbeitenden Gewerbe zeigt, daß die Gewinnchancen der Unternehmen dieses Wirtschaftsbereichs abgenommen haben. Der Wettbewerb ist härter geworden. Der rückläufige Durchschnittswert beider Renditen kennzeichnet diese Entwicklung jedoch nur summarisch. Ein eindringlicheres Bild ergibt sich aus der Verteilung der Renditen auf die einzelnen Unternehmen.

Sinken die Gewinnchancen an den Märkten eines Wirtschaftsbereichs im allgemeinen, so trifft dies die einzelnen Unternehmen des Bereichs unterschiedlich hart. Die Entwicklung der Renditeverteilung im verarbeitenden Gewerbe, hier an der Umsatzrendite dargestellt, zeigt, wie das Risiko, aus dem Markt ausscheiden zu müssen, gewachsen ist. Plausible Hypothesen zur Erklärung der Wettbewerbslage in diesem Bereich werden zur Diskussion gestellt.

160. Nach der Bilanzstatistik der Bundesbank ist die Umsatzrendite im verarbeitenden Gewerbe seit zwei Jahrzehnten kräftig geschrumpft. Im Jahre 1965 hat der Jahresüberschuß vor Steuern 11,4 vH des Umsatzes betragen, 1983 waren es nur 5,9 vH (Schaubild 18). In der Halbierung der Umsatzrendite zeigt sich der drastische Rückgang des in der gewerblichen Produktion erzielten Gewinns.

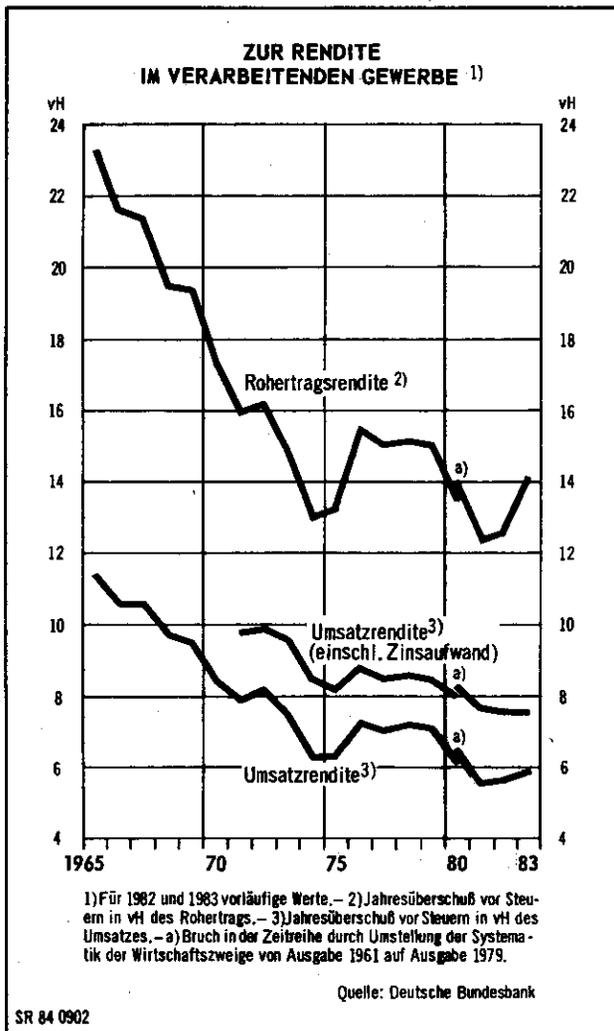
Der Verlauf dieser Entwicklung läßt sich in zwei Phasen unterteilen. In der ersten Phase von 1965 bis 1974 ging die Umsatzrendite Jahr für Jahr — mit Ausnahme von 1972 — zurück. Es folgte dann eine Erholung und in der letzten Rezession ein erneuter Einbruch. Die Entwicklung der Umsatzrendite wird in dieser Phase von konjunkturellen Einflüssen geprägt. Die 1982 eingetretene Erholung hat bis 1983 nicht auf das während des letzten Aufschwungs erreichte Niveau zurückgeführt.

Der Gleichlauf der Rohertragsrendite mit der Umsatzrendite zeigt, daß der Rückgang der Umsatzrendite nicht durch verstärkte Vorlieferungen bewirkt wird; die Vorleistungsquote ist nur um wenige Prozentpunkte angestiegen.

Die Entwicklung der Umsatzrendite und der Rohertragsrendite wird auch durch strukturelle Veränderungen des Verhältnisses von Fremdkapital zu Eigenkapital beeinflusst. Mit steigendem Fremdkapitalanteil sind vermehrt Zinsen zu zahlen, die den Jahresüberschuß schmälern können. Die Bilanzstatistik der Bundesbank weist für die Zeit ab 1971 eine Quote des Zinsaufwandes zwischen 1,4 vH und 2,3 vH aus, die aber keinen prägenden Einfluß auf die Entwicklung der Umsatzrendite und der Rohertragsrendite ausübt.

161. Mit dem Rückgang der durchschnittlichen Umsatzrendite nimmt die Anzahl der Unternehmen

Schaubild 18



zu, die eine niedrigere oder zeitweise sogar negative Rendite aufweisen. Wie sich die Renditenverteilung geändert hat, zeigt das Schaubild 19. Dort ist die Renditeverteilung für die Jahre 1972, 1979 und 1982 dargestellt. Es handelt sich um die kumulierten Häufigkeitsverteilungen der Umsatzrendite. Die Kurven der Renditeverteilung zeigen für die aufgeführten Renditesätze den Anteil der Unternehmen, die diese oder eine höhere Rendite aufweisen. Die zugehörigen Berechnungen hat die Bundesbank auf Anregung des Sachverständigenrates vorgenommen<sup>1)</sup>.

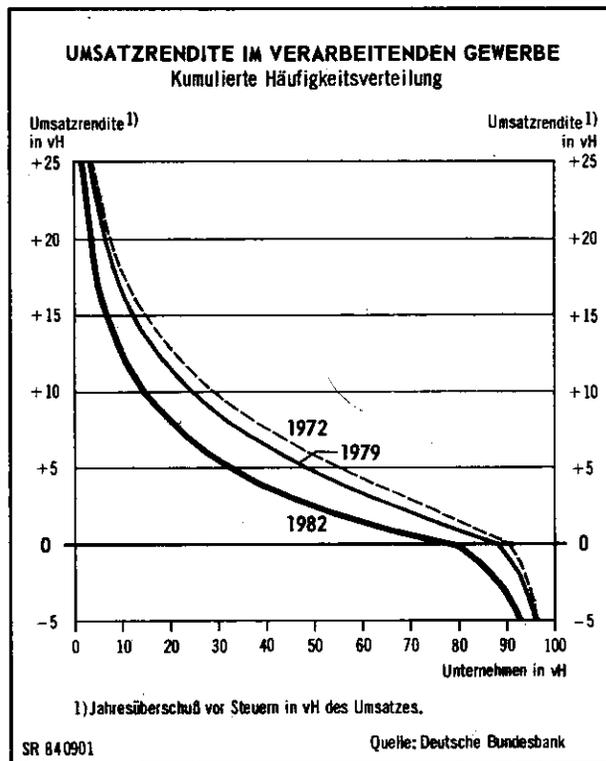
Die Jahre 1972 und 1979 lassen sich in konjunktureller Hinsicht in etwa vergleichen. Die Verteilungskurve für 1979 weist einen Abstand von derjenigen für 1972 auf, der möglicherweise längerfristig wirksamen Einflüssen auf den Rückgang der Umsatzrendite zuzuschreiben ist. Das Jahr 1982 brachte aus konjunkturellen Gründen einen stärkeren

<sup>1)</sup> Weitere Ergebnisse siehe Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom November 1984.

Rückgang der Durchschnittsrendite. Der größere Abstand der Verteilungskurve für 1982 von der für 1979 dürfte also vor allem konjunkturbedingt sein.

Daß sich 1982 mehr Unternehmen in der Nähe der Nullrendite oder darunter befinden, ist Ausdruck des gestiegenen Verlustrisikos im verarbeitenden Gewerbe. Als Erklärung für die im Bereich niedriger Renditen flacheren Verteilungskurven der Jahre 1979 und 1982 bieten sich mehrere Hypothesen an, die nicht im Widerspruch zueinander stehen.

Schaubild 19



**102.** Unter kurzfristigem Aspekt kommen auch einfache Erklärungen in Frage. Unternehmen weisen nicht gerne einen Verlust aus; sie werden etwa durch Auflösung stiller Reserven, versuchen, einen wenn auch bescheidenen Gewinn vorzeigen zu können. Darauf deuten die regelmäßig bei einer Rendite von Null abknickenden Kurvenverläufe hin.

Auf kurzfristige Störungen, die von der Kostenseite her die Gewinne einengen, reagieren die Unternehmen nicht immer unmittelbar mit Änderungen ihres Produktionsprogramms oder neuen Investitionen. Zum Teil versuchen sie, kurzfristig realisierbare Umstellungen bei den bewährten Produkten unter Verwendung der vorhandenen Anlagen vorzunehmen, auch wenn so nur niedrigere Gewinne erwartet werden können. Dieser Gesichtspunkt spricht ebenfalls für eine Zunahme des Anteils der Unternehmen mit niedriger Rendite, das heißt für eine Abflachung des Renditegefälles im Bereich niedriger Renditen.

Mit der Anzahl der Unternehmen in der Nähe der Nullrendite wächst die Zahl gefährdeter Unternehmen, die beim nächsten Kostenschub unter die Null-Linie geraten können, weil der Vorrat an kurzfristigen Reaktionsmöglichkeiten aufgebraucht ist.

**163.** Die Einengung des Gewinnspielraums von der Kostenseite her kann auch langfristig anhalten, wenn es nicht gelingt, durch Produktivitätssteigerung den Kostenanstieg zu kompensieren, einen höheren Preis zu erzielen oder mit neuen und besseren Produkten in einen ertragreicheren Markt einzudringen. Wenn der Reallohn gesamtwirtschaftlich mit der Arbeitsproduktivität steigt, so folgt daraus nicht, daß die Gewinnsituation jedes einzelnen Unternehmens unberührt bleibt. Jene Unternehmen, die überwiegend auf Märkten agieren, die von der Produktionstechnik und den Absatzmöglichkeiten her wenig Ertragschancen bieten, müssen einen nachhaltigen Gewinnrückgang in Kauf nehmen.

Der Prozeß des dynamischen Wettbewerbs hält alle Märkte in Bewegung. Unternehmen mit alten Produkten geraten an den Gewinnrand und scheiden schließlich aus dem Markt aus.

**164.** Wieviel neue ertragreiche Märkte erschlossen werden und wieviel alte nicht mehr rentable Produkte weichen müssen, ist nicht vorgegeben. Vielfältige Einflüsse wie technischer Fortschritt, allgemeine Rahmenbedingungen, Änderung des Konsumentenverhaltens und andere Faktoren wirken ständig darauf ein. Wenn aber die Zahl der Pionierwettbewerber, die neue Märkte erschließen, im Verhältnis zur Zahl der nachstoßenden Wettbewerber, die den Pioniergewinn einebnen, zurückgeht, dann muß die Umsatzrendite sinken, die Zahl der Unternehmen mit niedriger Rendite steigen.

Der Befund einer rückläufigen durchschnittlichen Umsatzrendite und einer Zunahme der Anzahl von Unternehmen mit niedriger oder negativer Rendite, hier als Abflachung des Renditegefälles im Bereich niedriger Renditen gekennzeichnet, wäre für das verarbeitende Gewerbe im Einklang mit der Besorgnis einer charakteristischen Änderung des dynamischen Wettbewerbs, wonach das Gewicht der vorstoßenden dynamischen Kräfte des Wettbewerbs im Verhältnis zu dem Gewicht der nachziehenden Wettbewerber abgenommen hätte. Mehr wissen müßte man freilich über die Entwicklung des Renditegefälles in der Volkswirtschaft im ganzen und speziell über die Entwicklungen in deren dynamischen Bereichen, sei es innerhalb des verarbeitenden Gewerbes, sei es außerhalb.

## VII. Geringer Geldwertschwund

**165.** Nach dem deutlichen Stabilisierungsschritt des Jahres 1983 hat sich der Preisauftrieb nochmals abgeschwächt. Für die Verbraucher ist die Kaufkraft des Geldes im Herbst 1984 nur rund 2 vH niedriger als vor einem Jahr. Die Preisberuhigung blieb nicht auf die Güter des privaten Verbrauchs beschränkt. Im Jahresdurchschnitt 1984

war das Preisniveau für die im Inland abgesetzten Güter um 2 1/2 vH höher als ein Jahr zuvor.

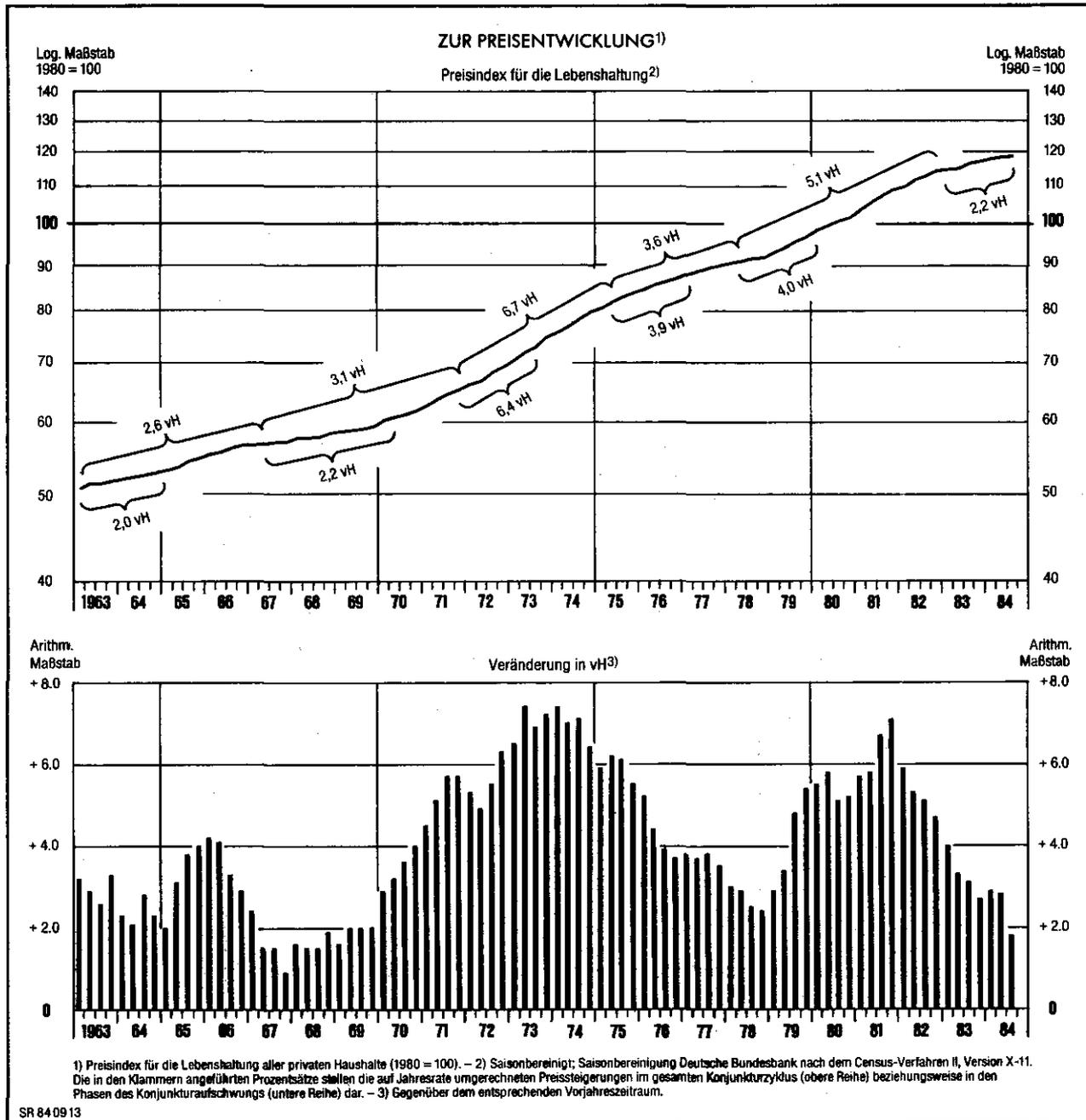
Der Rückgang der Teuerungsrate ist nicht allein Reflex von zeitweilig günstigen Sondereinflüssen und auch nicht von akutem Nachfragemangel. Er vollzog sich vielmehr während einer zwei Jahre dauernden Aufschwungsphase. Zwar steigt das Preisniveau in Zeiten einer konjunkturellen Erholung oftmals schwächer als im vorangegangenen Abschwung, doch ist bemerkenswert, daß in keinem Aufschwung seit den sechziger Jahren eine so geringe Teuerungsrate zu verzeichnen war wie diesmal. Die Inflationsgewöhnung scheint nun weitgehend überwunden. Dafür spricht auch, daß der Gewinn an Stabilität, anders als etwa im Jahre 1978, unter außenwirtschaftlich erschwerten Bedingungen erzielt worden ist (Schaubild 20).

**166.** Bereits in der zweiten Jahreshälfte 1983 waren die Importpreise nach einer längeren Phase der Stabilität kräftig gestiegen. Die Verteuerung der Einfuhr setzte sich in diesem Jahr nach einer kurzen Unterbrechung weiter fort. In den ersten neun Monaten 1984 waren eingeführte Waren um mehr als 6 vH teurer als ein Jahr zuvor.

Die vom Ausland kommenden Teuerungsimpulse beschränkten sich weitgehend auf Vormaterialien. Es ist für Aufschwungsphasen der Weltkonjunktur nicht ungewöhnlich, daß die Rohstoffpreise kräftig anziehen. Ungewöhnlich war jedoch, daß die Dollar-notierungen für Rohstoffe nicht stiegen, sondern in den ersten neun Monaten, gemessen am HWWA-Preisindex, um 2 vH unter dem Vorjahr blieben (Schaubild 21). Die Nachfrage der amerikanischen Rohstoffverarbeiter, die die wichtigsten Abnehmer auf dem Weltrohstoffmarkt sind, nahm im Zuge des kräftigen Konjunkturaufschwungs deutlich zu. Auch in Japan und in Europa hat sich die Nachfrage nach Rohstoffen kräftig erhöht, nicht so stark freilich wie in den Vereinigten Staaten. Das war der wichtigste Einfluß auf die realen Marktverhältnisse.

Übersehen wird meistens der Zusammenhang zwischen der Aufwertung des Dollar und der Senkung der Dollarpreise auf den Rohstoffmärkten. Die Höherbewertung des amerikanischen Dollar als der Währung, in der weltweit Rohstoffpreise notiert und Lieferverträge abgeschlossen werden, ändert am Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf den Weltmärkten nicht direkt etwas. Wenn die Währung höher bewertet wird, in der die Preise ausgedrückt sind, also der Wertmaßstab sich ändert, dann verringern sich die Preisgebote der Käufer und die Angebotspreise der Verkäufer entsprechend. Beobachtet man etwas anderes, so hätte das nicht direkt etwas mit der Änderung des Wertmaßstabes zu tun, sondern mit gleichzeitig auftretenden Änderungen der Marktverhältnisse. Zu den Ursachen dafür gehörte nur unter vielem anderen auch die Auswirkung der Dollaraufwertung auf die Wirtschaft in aller Welt und darüber — insoweit indirekt und nirgendwo unmittelbar erkennbar — auf Angebot und Nachfrage an den Rohstoffmärkten. Diese indirekten Wirkungen können ihrerseits vielfältiger Art

Schaubild 20



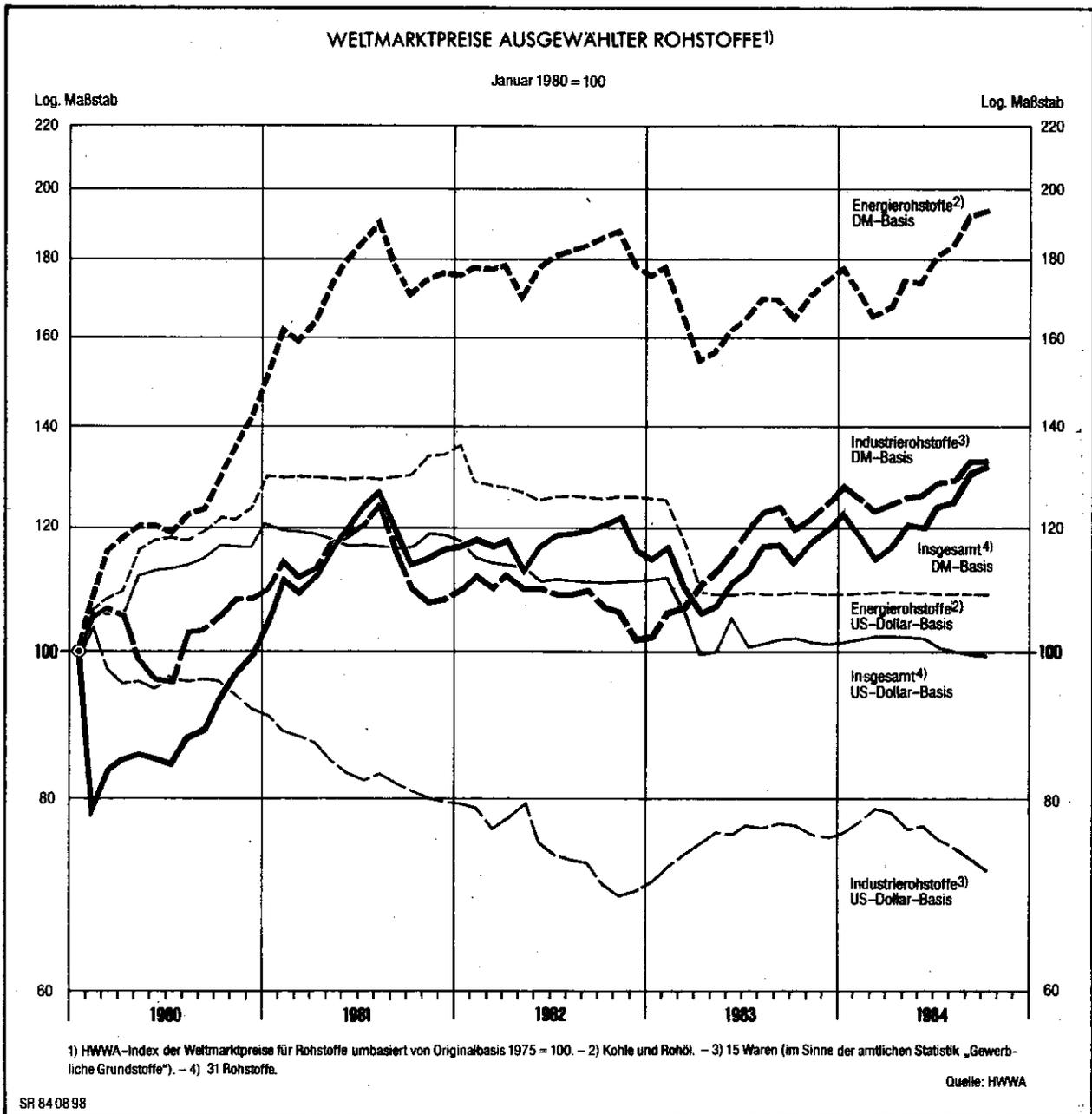
sein. Sie entstehen über Vermögenswirkungen der Dollaraufwertung sowie über Veränderungen der relativen Güterpreise, namentlich im Handelsverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und der übrigen Welt (auch, aber nicht nur im Rohstoffhandel), und dürften im ganzen an den Weltrohstoffmärkten im Zweifel preissteigernd zu Buche schlagen, wenn auch nicht notwendigerweise beträchtlich.

In D-Mark bewertet waren Rohstoffe nach Berechnungen des HWWA-Instituts in den ersten neun Monaten um 8 vH teurer als ein Jahr zuvor. Diesen

Anstieg hat man im wesentlichen im Zusammenhang mit der konjunkturell weltweit gewachsenen Rohstoffnachfrage zu sehen, nicht aber mit dem Wertverlust der D-Mark gegenüber dem Dollar.

167. Bei den gewerblichen Erzeugnissen aus inländischer Produktion haben sich die Vorprodukte am stärksten verteuert. Darin schlägt sich jedoch nicht allein der Anstieg der Rohstoffkosten nieder. Bei einer Reihe von Stahlerzeugnissen hat die Europäische Kommission Mindestpreise eingeführt und diese bereits zweimal heraufgesetzt. Die Anbieter von chemischen Erzeugnissen, bei denen die Ka-

Schaubild 21



pazitäten nach der kräftigen Mengenkonjunktur des Jahres 1983 gut ausgelastet waren, nutzten die anhaltend günstige Nachfrage nun in verstärktem Maße zu Preiserhöhungen. Für heimische Vormaterialien mußten die weiterverarbeitenden Unternehmen zuletzt über 4 vH mehr bezahlen als vor einem Jahr.

Deutlich schwächer war der Preisauftrieb auf der industriellen Erzeugerstufe dagegen bei den Fertigwaren; sowohl die Preise für Investitionsgüter als auch für Verbrauchsgüter lagen im September um 2½ vH über ihrem Vorjahresstand.

168. Die Preisberuhigung bei den gewerblichen Fertigwaren ist auch ohne große Verzögerung den Verbrauchern zugute gekommen. Für industriell hergestellte Güter, auf die fast die Hälfte der gesamten Konsumausgaben entfällt, mußten die privaten Haushalte im Oktober 2,1 vH mehr bezahlen als ein Jahr zuvor. Die Teuerung ließ in diesem Jahr aber auch dort nach, wo in den letzten beiden Jahren nur geringe Fortschritte zu verzeichnen waren, so bei den Dienstleistungen. Auch der Anstieg der Mieten hat sich nun deutlich abgeflacht. Die Befürchtung, daß die Ende 1982 beschlossenen Liberalisierungsmaßnahmen auf dem Wohnungs-

markt eine anhaltende Mieterhöhungswelle in Gang setzen würden, hat sich nicht bestätigt. Betrag der Anstieg der Mieten 1982 noch 5 vH, so ist er inzwischen auf 3 1/2 vH zurückgegangen, und dies, obwohl von den stark erhöhten Kapitalkosten her wesentlich stärkere Anhebungen der Mieten nahe-lagen. Dies läßt die Marktlage offenbar nicht zu.

169. Die Schere zwischen den Preisen bei Vormaterialien und Fertigwaren könnte zu dem Schluß verleiten, daß die Erträge der Unternehmen von der Kostenseite erneut unter Druck geraten sind und daß dieser sich früher oder später in höheren Preissteigerungen auch im Endabsatz auflösen müßte. Von dem Anstieg der Preise für alle im Inland und im Export abgesetzten Güter, der im Jahresdurchschnitt 1984 rund 2 1/2 vH betragen dürfte, kamen nur 1 1/2 Prozentpunkte den heimischen Anbietern zugute. Gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts, das die Importe nicht enthält, hat sich die heimische Wertschöpfung um 2 vH verteuert, verglichen mit 3,2 vH und 4,7 vH in den beiden vorhergehenden Jahren. In noch stärkerem Maße hat sich jedoch der inländische Kostenauftrieb abgeschwächt. Der Anstieg der Stückkosten, der im wesentlichen von den Arbeitskosten bestimmt wird, ist zwischen 1982 und 1984 von nahezu 4 vH auf 1 1/2 vH zurückgegangen. Die heimischen Unternehmen konnten also, anders als zunächst zu vermuten, bei abnehmenden Preissteigerungen ihren Nettoerlös, je Stück gerechnet, erhöhen. Im Jahre 1984 sind die Erträge darüber hinaus durch eine günstigere Mengenkonjunktur verbessert worden. Diese ist offensichtlich auch dadurch begünstigt, daß viele Unternehmen bestrebt waren, ihren Absatz durch eine flexible Preispolitik zu steigern.

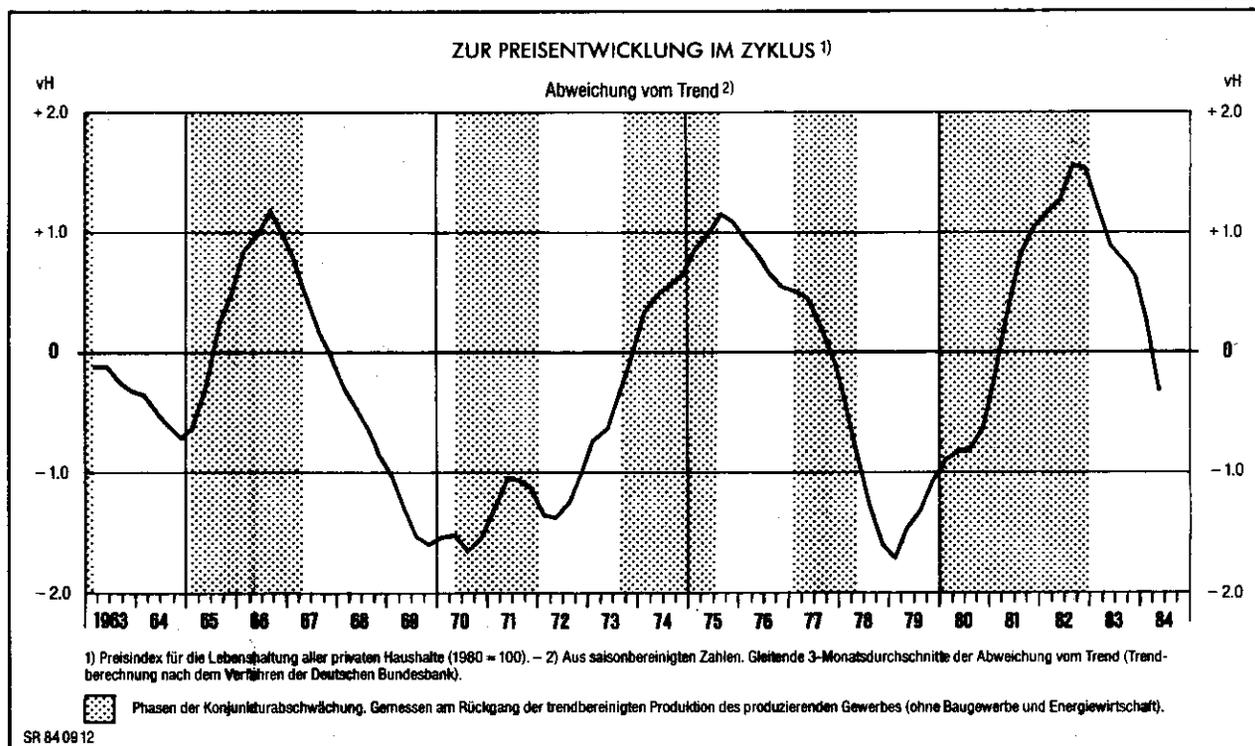
Die Preise, so scheint es, passen ungeachtet der Verteuerung von Vorprodukten nun im allgemeinen wieder besser zu den Kosten.

170. Bei dem Urteil, wie fundiert die Stabilisierungserfolge in diesem Jahr sind, darf nicht außer acht gelassen werden, daß nach wie vor ein Inflationsgefälle zwischen dem Ausland und dem Inland besteht, das — selbst wenn man vom Dollar absieht — nicht voll durch eine Höherbewertung der D-Mark korrigiert worden ist.

Eine stärkere Geldentwertung im Ausland, die nicht durch eine entsprechende Wechselkursänderung neutralisiert wird, zieht früher oder später über steigende Preise im Außenhandel auch das inländische Preisniveau mit nach oben, weil der Wettbewerbsdruck von außen nachläßt, und die Exporteure den Preiserhöhungsspielraum im Ausland zum Anlaß nehmen, die Preise im Inland ebenfalls zu erhöhen. Tatsächlich sind aber im Jahre 1984 die Preise für Fertigwaren sowohl im Import als auch im Export weniger gestiegen als im Ausland. Offensichtlich war es sowohl für die ausländischen Anbieter auf dem Inlandsmarkt als auch für die heimischen Anbieter auf den Auslandsmärkten vorrangig, zunächst durch Preiszurückhaltung den Absatz zu fördern und die Kapazitäten besser auszulasten, so daß die Gefahr eines Inflationsimports bislang nicht akut wurde.

171. Daß sich das Tempo der Geldentwertung auch bei zunehmender Nachfrage verlangsamt hat, ist wie erwähnt, nicht ungewöhnlich. Dies war auch in früheren vergleichbaren Konjunkturphasen nicht anders (Schaubild 22). In den fünfziger und

Schaubild 22



sechziger Jahren hatte sich ein zyklisches Muster herausgebildet, wonach die Teuerung in der Anfangsphase des Aufschwungs nachließ, weil die Unternehmen bei noch niedriger Auslastung ihrer Anlagen die Vorteile der Mengenkonjunktur nutzten. Erst mit steigender Kapazitätsauslastung und mit zunehmender Anspannung auf dem Arbeitsmarkt hatte sich der Preisaufrtrieb wieder beschleunigt. Dieses konjunkturelle Muster der Geldentwertung war auch in den siebziger Jahren erhalten geblieben.

### VIII. Mehr Produktion — mehr Einkommen

172. Hinsichtlich der Einkommensentwicklung hat das Jahr 1984 nach einer Reihe magerer Jahre erstmals wieder eine gewisse Besserung gebracht.

Die Beschäftigungslage verschlechterte sich nicht mehr, die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nahmen in realer Rechnung wieder zu. Die Besserung der Gewinnsituation der Unternehmen hat sich fortgesetzt, wenngleich nicht so kräftig wie im vergangenen Jahr. Der Anstieg der Arbeitseinkommen nach Steuern blieb allerdings noch hinter der Rate der Geldentwertung zurück. Die Renten erhöhten sich etwa im gleichen Maße wie die Netto-Arbeitseinkommen. Deutlich schlechter war die Einkommenssituation jener Haushalte, die vor allem Arbeitslosenunterstützung beziehen.

173. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sind in diesem Jahr nach zwei Jahren geringer Zuwächse wieder stärker gestiegen (Tabelle 15). Ein wichtiger Grund dafür war, daß die Beschäftigungslage sich nur noch wenig verschlechterte. Die

Tabelle 15

### Verteilung des Volkseinkommens Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus			
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit und Vermögen	
		brutto <sup>1)</sup>	netto <sup>2)3)</sup>	brutto <sup>4)</sup>	netto <sup>3)5)</sup>
1960–1969 } 1970–1979 } <sup>6)</sup> 1980–1984 }	+ 7,6 + 8,3 + 3,8	+ 8,6 + 8,9 + 2,9	+ 7,8 + 7,4 + 1,8	+ 5,8 + 6,9 + 6,0	+ 5,6 + 6,6 + 6,9
1970	+14,6	+18,6	+15,5	+ 6,9	+11,3
1971	+10,9	+13,4	+11,2	+ 5,5	+ 4,9
1972	+ 9,7	+10,1	+ 9,6	+ 8,9	+ 9,1
1973	+11,9	+13,5	+ 9,0	+ 8,1	+ 3,9
1974	+ 7,1	+10,2	+ 8,1	- 0,5	- 0,8
1975	+ 3,9	+ 4,2	+ 3,7	+ 3,0	+ 5,2
1976	+ 9,5	+ 7,5	+ 4,0	+14,8	+14,1
1977	+ 6,5	+ 7,0	+ 6,1	+ 5,0	- 0,1
1978	+ 7,8	+ 6,7	+ 7,6	+10,8	+14,8
1979	+ 7,7	+ 7,8	+ 8,0	+ 7,5	+ 9,5
1980	+ 5,7	+ 8,4	+ 6,5	- 0,9	+ 0,5
1981	+ 3,3	+ 4,6	+ 3,9	- 0,1	+ 1,0
1982 } 1983 } <sup>7)</sup> 1984 <sup>8)</sup>	+ 3,2 + 4,2 + 4 <sup>1/2</sup>	+ 2,2 + 1,7 + 3 <sup>1/2</sup>	+ 0,9 + 0,4 + 2	+ 6,1 +11,2 + 7	+ 6,4 +12,9 + 7 <sup>1/2</sup>

<sup>1)</sup> Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

<sup>2)</sup> Nettolohn- und -gehaltssumme: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit abzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber, Lohnsteuer (einschließlich Erstattungen beim Jahreslohnsteuerausgleich, ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.

<sup>3)</sup> Die direkten Steuern sind unter anderem nicht bereinigt um den Saldo aus Erstattungen und Nachzahlungen von Steuern auf Einkünfte aus unselbständiger Arbeit der gemäß § 46 EStG veranlagten Lohnsteuerpflichtigen.

<sup>4)</sup> Im wesentlichen: Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

<sup>5)</sup> Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich öffentlicher Abgaben (direkte Steuern und ähnliches wie zum Beispiel Pflichtbeiträge der Selbständigen zur Sozialversicherung).

<sup>6)</sup> Durchschnittlich jährliche Veränderung.

<sup>7)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

<sup>8)</sup> Eigene Schätzung.

Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer war nur noch um  $\frac{1}{2}$  vH niedriger als im Vorjahr. Das Arbeitsvolumen in der Gesamtwirtschaft blieb trotz der arbeitskampfbedingten Ausfälle fast unverändert; in den drei zurückliegenden Jahren war es jeweils um fast 2 vH gesunken. Mehr Überstunden und weniger Kurzarbeit schlugen etwa ebenso stark zu Buche wie der Ausfall an Arbeitsstunden durch Arbeitskämpfe.

Die effektiv gezahlten Stundenverdienste waren um  $3\frac{1}{2}$  vH höher, sie sind also etwas stärker gestiegen als die durchschnittlichen Tarifverdienste (Ziffer 127). Die Summe der Bruttolöhne und -gehälter in der Gesamtwirtschaft war damit um 3 vH höher als im Jahre 1983.

174. Stärker als im letzten Jahr öffnete sich die Schere zwischen Bruttoverdiensten und Nettoverdiensten; das Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit stieg nur um 2 vH. Außer auf die Progressionswirkung der Lohnsteuer ist das vor allem darauf zurückzuführen, daß die Beiträge zur Rentenversicherung stärker stiegen als die Arbeitseinkommen. Gewichtiger noch als die im Laufe des Jahres 1983 in Kraft getretene Beitragsatzserhöhung war dabei die seit Anfang 1984 geltende erweiterte Einbeziehung von Sonderzahlungen in die Bemessungsgrundlage.

175. Der Anstieg der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen war mit 7 vH deutlich schwächer als im Vorjahr. Das aus diesen Einkommen erwachsende Steueraufkommen blieb ein weiteres Mal hinter dem Zuwachs der Bruttogröße zurück, so daß das zugehörige Nettoeinkommen stärker stieg (+  $7\frac{1}{2}$  vH).

176. Bei der Abschätzung der Entwicklung der Unternehmensgewinne im engeren Sinne müssen vom Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen eine Reihe von Einkommensgrößen abgesetzt werden, über deren aktuelle Veränderung allenfalls einige Anhaltspunkte vorliegen. Stellt man auf die Gewinne der Produktionsunternehmen ab, so sind unter anderem die Vermögenseinkünfte der privaten Haushalte sowie die Gewinne der Banken und Versicherungen beiseite zu halten. Die Überschüsse von Banken und Versicherungen dürften nach dem starken Anstieg im letzten Jahr nun langsamer zugenommen haben. Auch die Vermögenseinkünfte der privaten Haushalte, im wesentlichen Zinseinkommen und Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, haben sich angesichts der Zinsentwicklung und der Lage auf dem Wohnungsmarkt wohl nicht sehr stark erhöht.

Schätzungen der Bundesbank zufolge wiesen die Gewinne der Produktionsunternehmen im ersten Halbjahr 1984 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum einen Anstieg um rund 8 vH auf. Das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen war im ersten Halbjahr nur um  $5\frac{1}{2}$  vH höher.

Im zweiten Halbjahr 1984 dürfte die Zuwachsrate der Unternehmensgewinne noch deutlicher als im

ersten über der von uns auf  $8\frac{1}{2}$  vH veranschlagten Zuwachsrate für die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen insgesamt liegen. Auch im ersten Halbjahr wäre der Abstand größer gewesen, hätte nicht der Arbeitskampf die Gewinne beeinträchtigt.

Im vergangenen Jahr waren die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 11,2 vH angestiegen, die Unternehmensgewinne nach ersten, noch unvollständigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen um rund 14 vH. Auf die weiter zurückreichende Entwicklung der Gewinnsituation der Unternehmen sind wir an anderer Stelle dieses Gutachtens eingegangen (Ziffern 142 ff).

177. Über die Gewinnentwicklung in den einzelnen Branchen liegen bislang wenig genaue Informationen vor. Immerhin spricht vieles dafür, daß sich die Ertragslage der Unternehmen, bei allen Unterschieden von Branche zu Branche sowie von Unternehmen zu Unternehmen, in diesem Jahr in der Breite der Volkswirtschaft weiter verbessert hat.

Vor allem im verarbeitenden Gewerbe profitierten immer mehr Unternehmen von der fortschreitenden konjunkturellen Erholung. Positiv in der Erfolgsrechnung schlug hier besonders das rege Auslandsgeschäft zu Buche. Dies kam auch den Zulieferern der exportorientierten Branchen zugute. Insgesamt haben die Unternehmen im Ausland für ihre Produkte bessere Erlöse erzielt als im Inland, und dies, ohne ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den ausländischen Konkurrenten zu gefährden. Allerdings haben wohl viele Unternehmen die hohen Gewinne aus dem Auslandsgeschäft dieses Jahres angesichts des ungewöhnlichen Dollarkurses nicht für dauerhaft zu nehmen.

Zu den ertragsstarken Branchen gehörte auch in diesem Jahr die chemische Industrie. Kräftige Impulse von der Auslandskonjunktur sowie der Abbau von Kapazitäten in verlustreichen Sparten sorgten hier für einen abermaligen Gewinnanstieg. Ebenfalls günstig war das Ertragsbild, bisherigen Informationen zufolge, bei den Herstellern von elektrotechnischen Erzeugnissen. Auch im Maschinenbau, in dem die konjunkturelle Erholung erst spät Tritt gefaßt hat, zeichnete sich in diesem Jahr eine Besserung der Ertragslage ab. Das gleiche gilt für die Unternehmen der Textilindustrie. Für den Fahrzeugbau hatte sich das Jahr gut angelassen; die im Ausland wie im Inland guten Absatzchancen konnten aber wegen der in dieser Branche besonders schwerwiegenden Arbeitskämpfe nicht voll genutzt werden; die Gewinne haben auch über das ganze Jahr gerechnet darunter gelitten. In der Stahlindustrie sind die Erlöse wegen des gestiegenen Absatzes im Inland und Ausland und der heraufgesetzten Verkaufspreise nun besser, vielfach decken sie aber noch nicht die Kosten. In der Bauwirtschaft hat sich die Ertragslage nach vorübergehender Besserung erneut verschlechtert. Hierfür spricht auch die wieder steigende Zahl der Insolvenzen in diesem Bereich.

178. Kaum höher als 1983 waren die Transfereinkommen, die die privaten Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sowie von den Sozialversicherungen erhalten. Im vergangenen Jahr hatten diese Einkommen, in der Hauptsache Renten und Leistungen an Arbeitslose, um 2,6 vH zugenommen, 1982 noch um 5,3 vH; in diesem Jahr beträgt die Zunahme 1 vH.

179. Die Renten wurden zum 1. Juli dieses Jahres erstmalig gemäß der inhaltlich neu gefaßten Rentenformel erhöht. Entsprechend dem Anstieg des Lohn- und Gehaltsniveaus im Jahre 1983 beträgt die Anhebung 3,4 vH. Nach der früher gültigen Formel hätte eine Steigerungsrate von 5,2 vH angesetzt werden müssen. Die Regelung läßt Minderzahlungen in Höhe von etwa 1½ Mrd DM erwarten. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, daß nun weitere 2 vH der Rente als Krankenversicherungsbeitrag der Rentner abzuführen sind.

Das Rentenniveau, also das Verhältnis zwischen dem Rentenzahlbetrag für einen Durchschnittsverdiener mit 40 Versicherungsjahren und dem durchschnittlichen Einkommen eines Erwerbstätigen ist im Jahresdurchschnitt gleichwohl höher als 1983, weil sich darin zum Teil noch die stärkere Rentenerhöhung von Mitte letzten Jahres ausdrückt (Tabelle 16).

180. Die Zahlungen an Arbeitslose sind trotz der im Jahresdurchschnitt noch leicht erhöhten Anzahl von Arbeitslosen beträchtlich zurückgegangen, was seine Ursache teils in Veränderungen der Leistungssätze, teils in Veränderungen in der Struktur der Leistungsempfänger hatte (Ziffer 124). Schon seit längerem hat sich das Verhältnis zwischen dem verfügbaren Einkommen von sogenannten Arbeitslosen Haushalten und anderen privaten Haushalten verschlechtert. In der Zeit von 1972 bis 1982 hat sich der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zufolge das verfügbare Einkommen von Arbeitslosen Haushalten real um 4 vH vermindert, während die privaten Haushalte insgesamt in der gleichen Zeit einen durchschnittlichen Einkommensanstieg um real 12 vH erreichen konnten. Seither dürfte sich diese Schere noch weiter geöffnet haben. Unter einem Arbeitslosen Haushalt wird dabei ein Haushalt verstanden, dessen Haushaltsvorstand arbeitslos gemeldet ist, unabhängig davon, ob andere Haushaltsangehörige Erwerbseinkommen oder andere Einkommen beziehen. Dies bedeutet, daß die so zusammengefaßten Haushalte finanziell sehr unterschiedlich gestellt sein dürften.

Beim Mutterschaftsgeld werden aufgrund der Kürzungen Minderzahlungen in Höhe von 300 Mio DM erwartet. Die monatliche Zahlung wurde hier von 750 DM auf 510 DM gekürzt. Ab 1987 sollen alle, also auch die nicht berufstätigen Mütter (oder Väter), einen Anspruch auf Erziehungsgeld haben.

181. Die Einkommen, die die privaten Haushalte zur Verfügung haben, dürften insgesamt um 3½ vH höher sein als 1983 (Tabelle 17). Erstmals wieder seit 1980 ginge der Einkommenszuwachs damit nennenswert über das Maß der Verteuerung des

privaten Verbrauchs hinaus. Dabei ist unterstellt, daß die Gewinnentnahmen, die immerhin fast ein Drittel des verfügbaren Einkommens ausmachen, nicht mehr wie im letzten Jahr hinter der Gewinnzunahme zurückblieben.

Tabelle 16

## Rentenniveau

Jahr	Monatliche Rente <sup>1)</sup> 2)	Altersruhegeld <sup>1)</sup> 3)	
		gemessen am	
		Bruttoarbeitsentgelt <sup>4)</sup>	Nettoarbeitsentgelt <sup>5)</sup>
	DM	vH	
1960	240,60	47,3	56,2
1961	253,60	45,3	54,2
1962	266,30	43,6	52,5
1963	283,90	43,8	53,0
1964	307,10	43,5	52,9
1965	335,90	43,7	52,7
1966	363,80	44,1	53,9
1967	392,90	46,1	56,7
1968	424,50	47,0	57,3
1969	459,80	46,6	57,7
1970	489,00	44,0	56,8
1971	515,90	41,5	54,4
1972	600,40	42,2	57,0
1973	668,60	41,6	56,3
1974	743,50	41,6	57,0
1975	826,00	43,2	59,1
1976	916,90	44,8	62,8
1977	1 008,10	46,3	65,6
1978	1 008,10	46,1	64,7
1979	1 053,40	45,7	63,8
1980	1 095,60	44,6	63,2
1981	1 139,40	44,2	63,0
1982	1 205,00	44,9	64,7
1983	1 272,30	44,6	64,6
1984 <sup>6)</sup>	1 315,50	45,2	65,1

1) Für Bestandsrenten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei einer persönlichen Bemessungsgrundlage von 100 vH (Durchschnittsverdienst) und 40 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren.

2) Rentenbetrag am Stichtag 1. Juli des jeweiligen Jahres.

3) Für Bruttorentenniveau: Bruttorente; für Nettoarentenniveau: Rentenzahlbetrag (nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrags) im Kalenderjahr.

4) Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten.

5) Das Nettoarbeitsentgelt ist aus dem Bruttojahresarbeitsentgelt durch Abzug der durchschnittlichen Belastung aller beschäftigten Arbeitnehmer mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen berechnet.

6) Schätzung des BMA.

Quelle: BMA

Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte<sup>1)</sup>

Jahr	Nettolohn- und -gehaltssumme <sup>2)</sup>	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen <sup>3)</sup>	Empfangene laufende Übertragungen <sup>4)</sup>	Verfügbares Einkommen <sup>5)</sup>	Nettolohn- und -gehaltssumme <sup>2)</sup>	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen <sup>3)</sup>	Empfangene laufende Übertragungen <sup>4)</sup>	Verfügbares Einkommen <sup>6)</sup>	
								nominal	real <sup>6)</sup>
Mrd DM					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH				
1960–1969	X				+ 7,8	+ 9,0	+ 8,1	+ 8,2	+ 5,4
1970–1979 <sup>7)</sup>					+ 7,4	+ 8,4	+ 11,4	+ 8,5	+ 3,2
1980–1984					+ 1,8	+ 7,2	+ 3,9	+ 3,8	- 0,3
1970	238,60	111,60	77,77	427,97	+ 15,5	+ 9,8	+ 6,0	+ 12,2	+ 8,2
1971	265,22	122,02	86,12	473,36	+ 11,2	+ 9,3	+ 10,7	+ 10,6	+ 4,8
1972	290,66	140,02	97,51	528,19	+ 9,6	+ 14,8	+ 13,2	+ 11,6	+ 5,6
1973	316,70	149,28	109,21	575,19	+ 9,0	+ 6,6	+ 12,0	+ 8,9	+ 1,8
1974	342,40	155,36	126,99	624,75	+ 8,1	+ 4,1	+ 16,3	+ 8,6	+ 1,3
1975	355,16	174,16	160,10	689,42	+ 3,7	+ 12,1	+ 26,1	+ 10,4	+ 4,0
1976	369,52	189,43	171,39	730,34	+ 4,0	+ 8,8	+ 7,1	+ 5,9	+ 1,7
1977	392,15	197,60	185,62	775,37	+ 6,1	+ 4,3	+ 8,3	+ 6,2	+ 2,5
1978	421,76	207,97	195,06	824,79	+ 7,6	+ 5,2	+ 5,1	+ 6,4	+ 3,5
1979	455,37	230,60	206,03	892,00	+ 8,0	+ 10,9	+ 5,6	+ 8,1	+ 3,9
1980	484,92	250,18	221,87	956,97	+ 6,5	+ 8,5	+ 7,7	+ 7,3	+ 1,6
1981	503,94	275,27	237,66	1 016,87	+ 3,9	+ 10,0	+ 7,1	+ 6,3	+ 0,2
1982	508,34	285,80	250,82	1 044,96	+ 0,9	+ 3,8	+ 5,5	+ 2,8	- 2,1
1983	510,21	301,21	257,74	1 069,16	+ 0,4	+ 5,4	+ 2,8	+ 2,3	- 0,6
1984 <sup>8)</sup>	520	330 <sup>1/2</sup>	258 <sup>1/2</sup>	1 109	+ 2	+ 9 <sup>1/2</sup>	+ <sup>1/2</sup>	+ 3 <sup>1/2</sup>	+ 1

<sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

<sup>2)</sup> Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.

<sup>3)</sup> Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.

<sup>4)</sup> Soziale Leistungen vom Staat, von Unternehmen, von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und von der übrigen Welt nach Abzug nichtzurechenbarer geleisteter laufender Übertragungen, der Lohnsteuer auf Pensionen und der Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen.

<sup>5)</sup> Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden und der geleisteten laufenden Übertragungen. Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

<sup>6)</sup> Deflationiert mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs (1976 = 100).

<sup>7)</sup> Durchschnittlich jährliche Veränderung.

<sup>8)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

<sup>9)</sup> Eigene Schätzung.

## Zur Reallohnposition der Arbeitnehmer

182. Die Lohnentwicklung hat in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, daß Spielraum entstand für eine Verbesserung des Verhältnisses von Erlösen und Kosten im Unternehmensbereich. Wir schätzen diesen Beitrag ab anhand der Veränderung der sogenannten Reallohnposition der Arbeitnehmer. Die Reallohnposition bleibt unverändert, wenn die Löhne mit einer Rate steigen, bei der sich die Löhne im Verhältnis zu den Erlösen der Unternehmen, diese vermindert um die übrigen Kosten, nicht verändern. Immer schwieriger wird es allerdings, dabei einen vernünftigen Ansatz für die Ver-

änderung der Zinskosten zu finden. Wir lassen diese daher zunächst beiseite.

*Auch aufgrund unserer Überlegungen zur Inflationsbereinigung des Sozialprodukts haben wir eine Änderung in der Darstellung der Reallohnposition vorgenommen (Ziffern 246 f.). Bei der Bestimmung der Produktivitätsänderung gehen wir jetzt von der Größe „Realwert des Sozialprodukts“ (abzüglich der Wertschöpfung des Staates) aus. Diese Realeinkommensgröße unterscheidet sich — wie an anderer Stelle ausgeführt — vom Bruttosozialprodukt zu konstanten Preisen dadurch, daß sie auch Veränderungen der realen Austauschrelation mit dem Ausland (Terms of Trade) abbildet. Die Veränderungsrate des Realwertes des Sozialprodukts je Erwerbstätigen entspricht der Verände-*

rungrate des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen je Erwerbstätigen zuzüglich des Terms-of-Trade-Effekts. Implizit hat sich auch die Berechnung des Terms-of-Trade-Effekts etwas geändert (Anhang IV, Abschnitt B).

183. Die Bruttoeinkommen je Beschäftigten, das sind die Bruttoverdienste zuzüglich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber, haben sich gegenüber 1983 um 4 vH erhöht, also etwa mit der gleichen Rate wie im Vorjahr. Dem steht die Zunahme des realen Produktionsergebnisses — gerechnet als Realwert des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen — gegenüber, die mit 2,5 vH im Vergleich zum zurückliegen-

den Jahr etwas geringer ausfällt, vor allem deshalb, weil von der Änderung des Austauschverhältnisses mit dem Ausland ein einkommensmindernder Effekt ausging. Auf der Erlöseseite der Unternehmen ist zu berücksichtigen, daß die Preise für den Verkauf von Gütern und Diensten an private und öffentliche Haushalte um 2,6 vH erhöht werden konnten. Erlösmindernd wirkten die indirekten Steuern; im Vergleich mit dem Jahr 1983 schlägt die Mehrwertsteuererhöhung vom 1. Juli 1983 noch zur Hälfte zu Buche. Vom Zurückbleiben anderer indirekter Steuern sowie von steigenden Subventionen — darunter auch der der Landwirtschaft gewährten

Tabelle 18

**Zur Entwicklung der Reallohnposition<sup>1)</sup>**  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Brutto-lohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer <sup>2)</sup>	Lohnkosten-effekt der Arbeitgeberbeiträge <sup>3)</sup>	Produktivitäts-effekt <sup>4)</sup>	Terms-of-Trade-Effekt <sup>5)</sup>	Realwert des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen (3)+(4)	Kosten-effekt von indirekten Steuern und Subventionen	Preis-effekt (privater Verbrauch und staatliche Käufe)	Ab-schreibungs-effekt <sup>6)</sup>	Reallohnposition ohne Zinskosten (1)+(2) minus (5) bis (8)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1963	+ 6,0	-0,1	+3,1	-0,2	+2,9	+0,7	+3,2	-0,4	-0,6
1964	+ 9,6	-0,9	+7,5	+0,1	+7,7	-0,1	+2,1	-0,3	-0,8
1965	+ 8,9	+0,4	+5,4	-0,2	+5,2	+0,8	+3,1	-0,3	+0,2
1966	+ 7,0	+0,3	+3,0	+0,2	+3,2	+0,0	+3,5	-0,3	+0,7
1967	+ 3,1	-0,1	+3,6	+0,4	+4,0	-0,5	+1,3	-0,2	-1,6
1968	+ 6,5	+0,4	+6,3	-0,1	+6,2	+1,4	+2,0	-0,2	-2,4
1969	+ 9,0	+0,2	+6,4	+0,3	+6,8	-2,5	+2,6	-0,2	+2,5
1970	+15,7	+0,7	+4,1	+0,9	+5,0	+2,5	+4,9	-0,1	+3,3
1971	+10,5	+0,4	+2,8	+0,5	+3,3	+0,0	+6,2	-0,2	+1,1
1972	+ 9,5	+0,7	+5,0	+0,1	+5,1	+0,0	+5,5	-0,2	-0,3
1973	+11,0	+0,8	+4,2	-0,4	+3,7	+0,2	+7,0	-0,3	+0,9
1974	+10,4	+0,6	+2,1	-1,3	+0,7	+1,0	+8,0	-0,4	+1,5
1975	+ 6,3	+0,8	+1,4	+0,5	+1,9	+1,1	+6,0	-0,1	-1,7
1976	+ 7,9	+0,9	+7,4	-0,5	+6,9	-0,3	+4,0	-0,2	-1,6
1977	+ 7,0	-0,3	+3,6	-0,1	+3,5	-0,0	+3,6	-0,2	-0,3
1978	+ 5,6	+0,3	+2,8	+0,8	+3,6	-0,2	+3,1	-0,1	-0,6
1979	+ 5,9	+0,3	+3,2	-0,8	+2,3	-0,4	+4,6	-0,4	+0,1
1980	+ 6,6	+0,3	+0,8	-1,5	-0,7	+0,1	+5,9	-0,5	+2,1
1981	+ 5,0	+0,3	+0,9	-1,2	-0,2	+0,2	+5,9	-0,4	-0,2
1982	+ 4,6	+0,2	+1,1	+0,5	+1,6	+0,1	+4,7	-0,2	-1,5
1983	+ 3,5	+0,3	+3,2	+0,6	+3,8	-0,6	+2,8	-0,1	-2,1
1984 <sup>7)</sup>	+ 3,9	+0,2	+3,0	-0,5	+2,5	-0,0	+2,6	-0,2	-0,9

<sup>1)</sup> Gesamtwirtschaft ohne Staat. Berechnung der Spalten (5) und (9) durch multiplikative Verknüpfung. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang IV, Abschnitt B.

<sup>2)</sup> Inland.

<sup>3)</sup> Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

<sup>4)</sup> Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976 je Erwerbstätigen.

<sup>5)</sup> Gesamtwirtschaft.

<sup>6)</sup> Erhöhung der Abschreibungskosten: -.

<sup>7)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

<sup>8)</sup> Eigene Schätzung.

Umsatzsteuervergünstigung — ging aber ein etwa gleich großer Entlastungseffekt aus. Aus der erhöhten Kapitalintensität und den deshalb höheren Abschreibungen ergibt sich schließlich eine Kostenbelastung, die im Rahmen der Rechnung 0,2 vH ausmacht (Abschreibungseffekt). Die Reallohnposition hat sich danach — unter Nichtbeachtung von Änderungen der Zinskosten — um 0,9 vH zurückgebildet (Tabelle 18).

**184.** Der Sachverständigenrat hat es stets für notwendig erachtet, bei der Bemessung einer kostenniveauneutralen Linie der Lohnpolitik auch Änderungen der Zinskosten einzubeziehen, soweit darin Änderungen des Kapitaleinsatzes je Produkteinheit sowie mehr als kurzfristige Änderungen in der relativen Knappheit von Kapital zum Ausdruck kommen. Einem solchen, im allgemeinen allmählichen, Reichlicherwerden oder Knapperwerden von Kapital darf oder muß die Lohnentwicklung Rechnung tragen, wenn nicht Änderungen des gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus und damit entweder Änderungen des Preisniveaus oder Änderungen des Beschäftigungsstandes die Folge sein sollen. Seit einigen Jahren haben wir Schätzwerte hierzu in die Rechnungen zur Reallohnposition eingestellt. Für das Betriebsvermögen des Unternehmenssektors, also Anlagevermögen, Vorratsvermögen und preisbereinigtes Geldvermögen, werden kalkulatorische Zinskosten ermittelt, die für den Alternativertrag einer Kapitalanlage außerhalb des Unternehmenssektors stehen. Die Marktzinsen werden dafür soweit als möglich bereinigt von kurzfristigen Schwankungen, weil kurzfristige Änderungen in den Zinsen, die im Prinzip in den Gewinnen abzupuffern sind, das Urteil über die Lohnentwicklung nicht mitbestimmen sollen. Die Reallohnposition zielt, es sei wiederholt, auf die Erfassung des Einflusses der Lohnentwicklung auf die Erlös-Kosten-Situation der Unternehmen, wenn alle übrigen Kostenkomponenten, von den Zinskosten der „kalkulierte“ Ansatz, als vorweg der Disposition entzogen behandelt werden. Sie bleibt unverändert, wenn die Lohnkosten mit derselben Rate steigen wie die Erlöse, die nach Abzug der kalkulierten Verzinsung des eingesetzten Kapitals und aller anderen Kosten übrigbleiben.

Wenn wir die Konstanz der Reallohnposition als Norm für die Kostenniveauneutralität der Lohnpolitik verwenden, so bedeutet dies nicht zugleich auch eine unveränderte Einkommensverteilung in dem Sinne, wie sie etwa durch eine konstante Lohnquote angezeigt würde. Als Indikator für Veränderungen der Einkommensverteilung ist die Reallohnposition nicht zu interpretieren.

**185.** Die Schwierigkeiten, die bei der Schätzung der Zinskosten insbesondere die Bestimmung des anzusetzenden Zinssatzes bereitet, haben wir nicht übersehen (JG 80 Ziffer 145). Wir haben bisher mit einem gleitenden Durchschnitt der Umlaufrendite für festverzinsliche Wertpapiere abzüglich der Veränderung des Preisindex für den privaten Verbrauch über die jeweils vergangenen zwölf Jahre gerechnet. Dadurch werden kurzfristige Realzinschwankungen geglättet. Dieses Glättungsverfahren mildert jedoch offenbar auch mehr als kurzfristige Schwan-

kungen zu stark ab. Es reagiert zu träge und schwach auf mehrjährige oder gar anhaltende Zinsänderungen. Die nun seit einigen Jahren anhaltende Phase hoher Realzinsen hat die Ergebnisse unplausibel werden lassen. Einerseits wurde bis 1983 der schon seit mehreren Jahren zu verzeichnende Anstieg der Realzinsen zunächst nur unzureichend erfaßt. Andererseits wäre für die kommenden Jahre ein Steigen bereits weitgehend vorprogrammiert, selbst wenn der aktuelle Realzins anhaltend fiel (JG 83 Ziffer 154). Hat man es mit Strukturbrüchen in einer Zeitreihe zu tun, so versagen die sonst hilfreichen Techniken der empirischen Analyse.

**186.** Wir haben uns entschlossen, die Rechnungen zur Abschätzung der Zinskosten vorläufig abzutrennen von dem, was im übrigen die Reallohnposition bestimmt. Bis sich das Urteil über die Realzinsen festigt, mit denen die Wirtschaft dauerhaft zu rechnen hat, an die sich also im Prinzip die Verzinsung des gesamten Kapitalstocks der Volkswirtschaft anzupassen hätte, erscheint ein anderes Vorgehen nicht vernünftig.

Schaubild 23 zeigt, wie sich die Realzinsen in der Bundesrepublik seit Anfang der sechziger Jahre entwickelt haben. Eingetragen ist dort auch die Bewegung, die sich aus dem bisher von uns verwendeten Verfahren der arithmetischen Glättung ergibt. Es ist unmittelbar zu sehen, daß die so geglättete Reihe den Kontakt zur Wirklichkeit verloren hat. Wählt man ein — ebenfalls nicht unübliches — Verfahren der Glättung, bei dem die Realzinsen der einzelnen Jahre in die Durchschnittsbildung mit um so kleineren Gewichten eingehen, je weiter sie in der Vergangenheit liegen, so verringert sich der Abstand der geglätteten Werte von dem Zinsniveau der letzten Jahre. Für eine bestimmte zeitnahe Staffelung der Gewichte — geometrisch abnehmend — ergibt sich ein Verlauf der geglätteten Realzinsentwicklung, wie er ebenfalls in Schaubild 23 dargestellt ist (Anhang IV, Abschnitt B). Wie erwähnt, erscheint uns noch kein abschließendes Urteil darüber möglich, ob man, von dort aus weiterrechnend, die Aufgabe einer Anpassung der Volkswirtschaft an dauerhaft höhere Zinsen noch immer unterzeichnet oder schon überzeichnet. Als Diskussionsgrundlage erscheint uns die mit abnehmenden Gewichten geglättete Realzinsentwicklung jedoch vertretbar.

Dabei sehen wir durchaus, daß einen sehr großen Teil des Kapitalstocks der Volkswirtschaft der Wohnungsbestand bildet. Auch hier müßte sich selbstverständlich auf die Dauer eine Anpassung der Erträge an ein dauerhaft erhöhtes Zinsniveau ergeben. Dies wird aber im Zweifel weder mit einer Wahrung aller Bestandsrenten verbunden sein noch mit einem unverminderten Wohnungsbau. Eine Anpassung der Volkswirtschaft an hohe Zinsen bedingte, dies für sich genommen, einen relativen Rückgang der hoch kapitalintensiven Verwendung von Ressourcen. In jedem Fall spielt im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau die Unsicherheit hinsichtlich der Dauerhaftigkeit des erhöhten Zinsniveaus eine besonders wichtige Rolle.

In der beschriebenen Weise geglättete Zinsen in die Rechnungen zur Reallohnposition eingegeben, er-

Schaubild 23

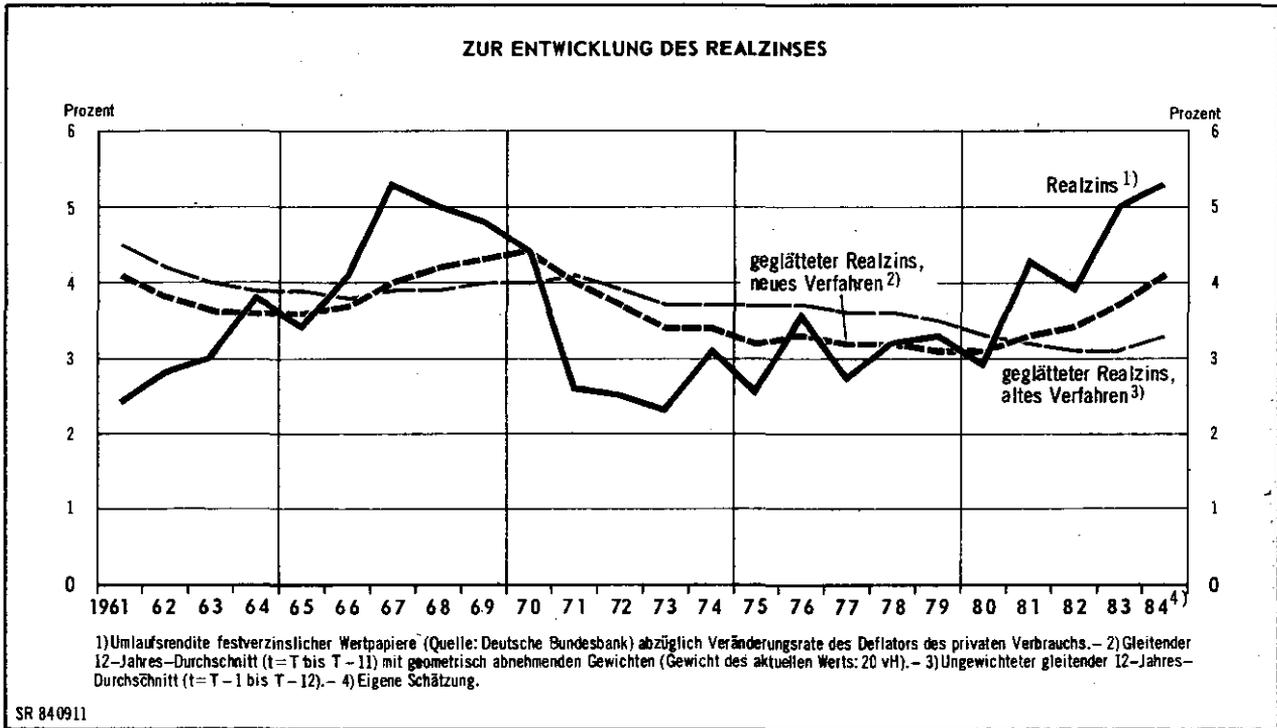
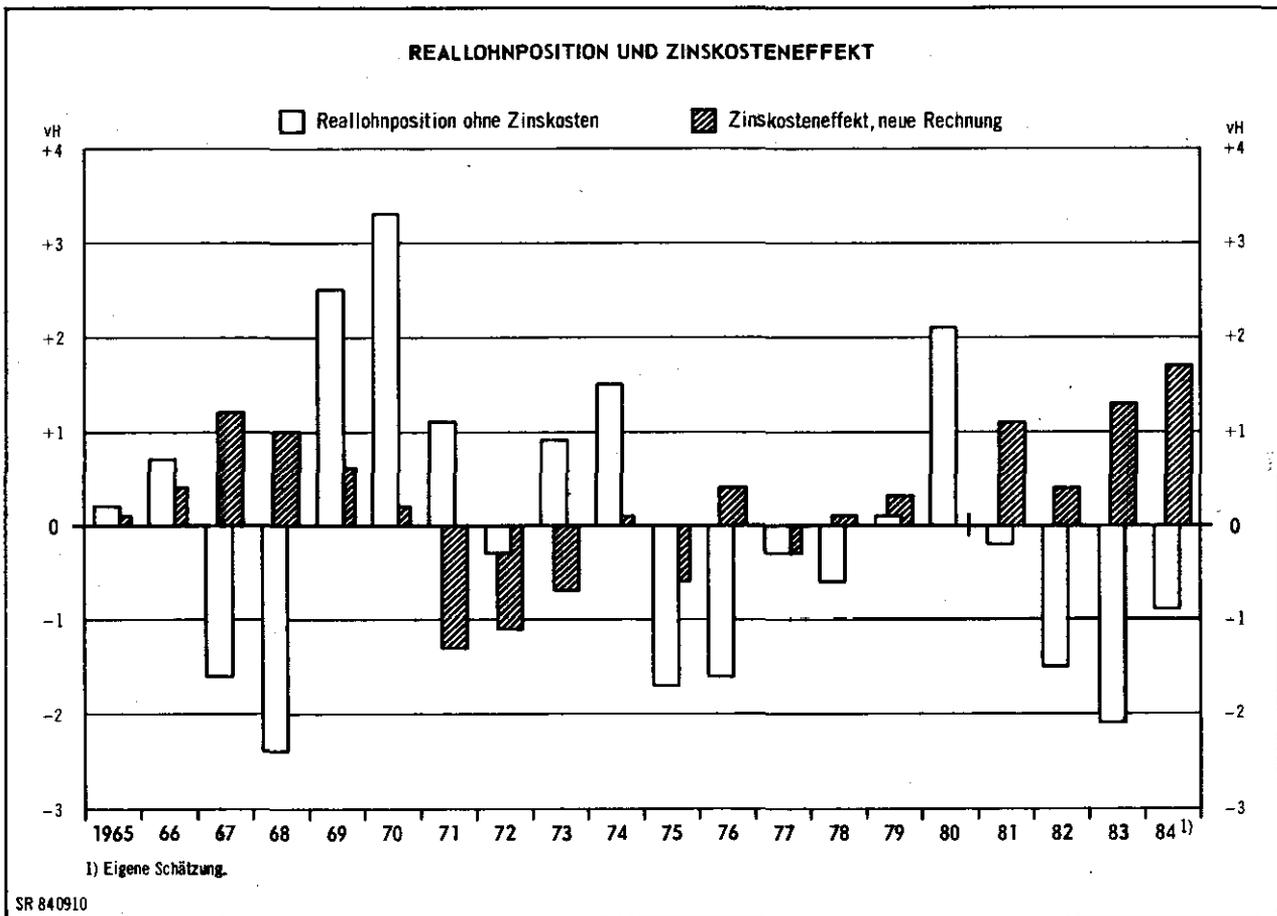


Schaubild 24



hält man — aus Zins und Kapitalstock — reale Zinskosten, bezogen auf den Realwert des Sozialprodukts, deren Änderungen von Jahr zu Jahr wir hier als Zinskosteneffekt bezeichnen. Schaubild 24 zeigt diese Zinskosteneffekte neben den Veränderungen der Reallohnposition ohne Zinskosten.

187. Sieht man die hier angesetzten Realzinsen als vertretbare Näherung für die Kennzeichnung der Anpassungsaufgabe an, die der Volkswirtschaft von dieser Seite gestellt ist, so hätten die in den Jahren seit 1979 zu beobachtenden Verschlechterungen der Reallohnposition — diese ohne Änderungen der Zinskosten gerechnet — überwiegend ausgereicht, die entgegengesetzt wirkenden Zinskosteneffekte auszugleichen.

Für das Jahr 1984 zeigt die Rechnung mit einem Zinskosteneffekt von 1,7 vH eine besonders deutliche Erhöhung der Zinskosten an. Das ist überwie-

gend die Folge des gestiegenen Realzinses. Der in die Rechnung eingehende geglättete Zinssatz beträgt 4,1 vH und ist somit um mehr als 0,3 Prozentpunkte höher als im vergangenen Jahr. Auch nach der alten Berechnungsweise hätte sich ein erheblicher Zinskosteneffekt (+ 1,0 vH) ergeben (Tabelle 1 in Anhang IV, Abschnitt B). Die Erhöhung der Zinskosten der Unternehmen muß man als bedeutsam für die Einschätzung des Lohnerhöhungsspielraums ansehen, auch wenn man die Methode, sie quantitativ zu erfassen, für diskussionsbedürftig hält. Denn dem Anstieg des Realzinssatzes in den vergangenen Jahren liegen wenigstens zu einem erheblichen Teil Ursachen zugrunde, die ihrer Natur nach nicht einfach als kurzfristig zu bezeichnen sind. Daß sich im Zuge der Dämpfung des Preisauftriebs das Niveau der Nominalzinsen nicht in entsprechendem Maße zurückbildete, kann Ausdruck eines auf mittlere Sicht hinzunehmenden höheren Niveaus des Realzinses sein (JG 83 Ziffern 211 ff.).

*Die Betrachtung der längerfristigen Entwicklung der Reallohnposition kann zu Fehlschlüssen führen; darauf haben wir wiederholt hingewiesen, und wir gehen an anderer Stelle dieses Gutachtens noch einmal darauf ein (Ziffer 157). Die Vorbehalte gelten allerdings in erster Linie gegen einen Vergleich des Niveaus über längere Zeitspannen und weniger gegen eine Zusammenschau der jährlichen Änderungen.*

188. Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote, also der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, ist in diesem Jahr weiter gesunken (Tabelle 19). Da die Relation zwischen der Anzahl der Selbständigen und der Arbeitnehmer sich kaum geändert hat, gilt dasselbe für die bereinigte Lohnquote, bei der daraus resultierende Effekte herausgerechnet werden.

### IX. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

189. Die Ausfuhr wurde im Jahr 1984 zur Haupttriebkraft für den Aufschwung. Der Exportzuwachs war stark genug, die konjunkturell kräftige Zunahme der Einfuhr mehr als auszugleichen. Der Ausfuhrüberschuß dürfte jedoch nicht sehr viel höher ausfallen als im Vorjahr, und die Leistungsbilanz wird wohl keinen größeren Überschuß aufweisen (Tabelle 20). Die Situation im Kapitalverkehr hat sich aufs Jahr gesehen verbessert. Einen Anlaß, der Lage nicht ohne Einschränkungen das Prädikat „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ zuzusprechen, könnte allenfalls die Entwicklung des D-Mark-Dollar-Kurses geben.

#### Kräftiger Anstieg der Ausfuhr

190. In den ersten neun Monaten des Jahres führten deutsche Unternehmen Waren im Wert von 353 Mrd DM aus, das waren gut 12 vH mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die Exportbelegung, die Mitte 1983 begonnen hatte, hielt das Jahr über an und wurde auch durch die arbeitskampfbedingten Ausfälle nicht nachhaltig beeinträchtigt (Schaubild 25).

Tabelle 19

#### Zur Entwicklung der Lohnquote

vH

Jahr	Lohnquote		Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen
	tatsächlich <sup>1)</sup>	bereinigt <sup>2)</sup>	
1960	60,1	60,1	77,2
1961	62,4	61,8	78,0
1962	63,9	62,5	78,8
1963	64,9	63,0	79,5
1964	64,5	62,0	80,3
1965	65,3	62,3	80,9
1966	66,4	63,1	81,2
1967	66,1	62,9	81,1
1968	64,7	61,2	81,6
1969	65,7	61,4	82,5
1970	68,0	62,9	83,4
1971	69,6	63,7	84,3
1972	69,8	63,6	84,6
1973	70,8	64,2	85,1
1974	72,9	66,0	85,2
1975	73,1	66,1	85,3
1976	71,8	64,6	85,7
1977	72,2	64,6	86,2
1978	71,4	63,6	86,6
1979	71,5	63,4	87,0
1980	73,3	64,7	87,4
1981	74,2	65,4	87,5
1982	73,4	64,9	87,4
1983	71,7	63,4	87,2
1984 <sup>4)</sup>	71,0	62,9	87,1

<sup>1)</sup> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.

<sup>2)</sup> Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.

<sup>3)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

<sup>4)</sup> Eigene Schätzung.

Tabelle 20

## Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd DM

Posten	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	Jan bis Sept	
									1983	1984
A. Leistungsbilanz .....	+ 9,9	+ 9,5	+18,1	-11,1	-28,6	-13,1	+ 8,7	+10,3	+ 0,5	- 0,3
1. Handelsbilanz <sup>1)</sup> .....	+34,5	+38,4	+41,2	+22,4	+ 8,9	+27,7	+51,3	+42,1	+30,4	+32,1
- Ausfuhr .....	256,6	273,6	284,9	314,5	350,3	396,9	427,7	432,3	315,1	353,2
- Einfuhr .....	222,2	235,2	243,7	292,0	341,4	369,2	376,5	390,2	284,7	321,1
2. Dienstleistungsbilanz .....	- 6,6	-10,8	- 7,4	-12,5	-13,0	-15,1	-16,5	-10,6	-13,7	-10,9
darunter:										
- Reiseverkehr .....	-14,6	-16,4	-19,0	-21,6	-25,2	-25,8	-26,3	-24,4	-20,6	-19,8
+ Kapitalerträge .....	+ 3,3	+ 0,4	+ 5,1	+ 3,2	+ 4,2	+ 0,5	- 2,2	+ 3,3	- 0,7	- 0,8
- Transportleistungen .....	+ 5,7	+ 6,0	+ 5,7	+ 6,3	+ 8,1	+ 9,2	+10,2	+ 9,1	+ 6,8	+ 6,6
3. Übertragungsbilanz .....	-17,9	-18,2	-17,8	-21,2	-24,5	-26,8	-28,3	-26,7	-19,3	-22,4
darunter:										
- Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte ..	- 6,7	- 6,1	- 6,3	- 7,0	- 7,5	- 7,9	- 7,8	- 7,4	- 5,7	- 6,0
- Nettobeitrag zum Haushalt der Europäischen Gemeinschaften .....	- 3,3	- 3,7	- 2,3	- 4,1	- 4,1	- 6,4	- 7,5	- 6,0	- 3,7	- 5,0
4. Ergänzungen zum Warenverkehr <sup>2)</sup> und Transithandel ..	- 0,1	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,2	- 0,0	+ 1,0	+ 2,1	+ 5,6	+ 3,0	+ 0,9
B. Kapitalbilanz (Kapitalexport: -)	- 0,3	+ 0,0	+ 5,6	+10,7	+ 4,1	+ 9,2	- 4,4	-16,3	- 7,5	- 7,5
1. Langfristige Kapitalbilanz <sup>3)</sup> .....	- 0,8	-12,6	- 2,8	+12,2	+ 5,7	+ 8,3	-15,9	- 7,8	- 8,8	- 7,7
darunter:										
- Direktinvestitionen .....	- 2,8	- 2,9	- 4,0	- 5,0	- 6,6	- 8,0	- 5,4	- 4,0	- 3,1	- 2,6
- Portfolioinvestitionen .....	+ 3,9	- 3,1	- 1,0	+ 2,9	- 6,8	- 5,0	- 8,7	+ 3,2	+ 1,5	- 1,4
- Kredite und Darlehen der Banken .....	- 3,7	- 4,4	+ 6,2	+16,7	- 0,1	+ 5,1	- 5,0	- 9,8	- 7,7	- 3,2
- Öffentliche Kredite .....	+ 2,4	- 1,6	- 3,3	- 1,5	+20,8	+18,0	+ 4,8	+ 5,1	+ 1,9	+ 0,5
2. Kurzfristige Kapitalbilanz .....	+ 0,4	+12,6	+ 8,4	- 1,5	- 1,6	+ 0,9	+11,5	- 8,5	+ 1,3	+ 0,2
darunter:										
- Kurzfristige Nettoforderungen der Banken ..	+ 6,7	+ 8,1	+10,1	+ 4,1	- 8,9	-10,3	+ 8,1	+ 2,0	+ 9,0	+ 8,1
- Finanzkredite .....	- 0,0	+ 8,5	+ 1,1	- 3,2	+13,3	+13,1	+ 3,2	- 0,4	+ 0,5	- 0,6
- Handelskredite .....	- 5,7	- 3,9	- 3,9	- 1,7	- 5,7	- 4,8	- 0,9	- 6,3	- 6,8	- 8,9
C. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten) .....	- 0,8	+ 0,9	- 3,9	- 4,5	- 3,4	+ 1,6	- 1,2	+ 1,8	+ 3,2	+ 6,7
D. Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank <sup>4)</sup> ..	- 7,5	- 7,9	- 7,6	- 2,3	+ 2,2	+ 3,6	- 0,4	+ 2,4	+ 1,6	+ 0,9
E. Veränderung der Nettoauslandsaktiva der Bundesbank <sup>5)</sup> (Zunahme: +) .....	+ 1,3	+ 2,6	+12,2	- 7,3	-25,7	+ 1,3	+ 2,7	- 1,6	- 2,2	- 0,2

1) Spezialhandel; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.

2) Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung.

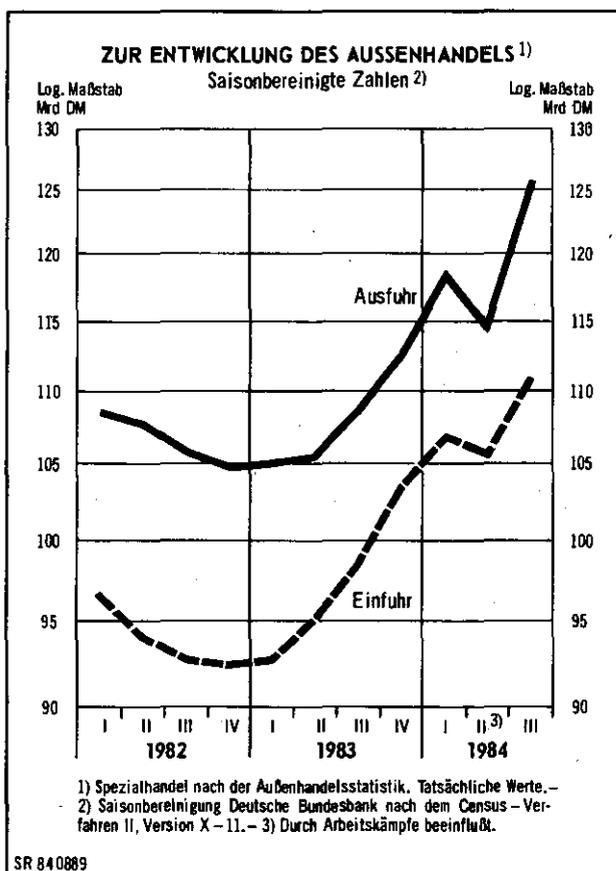
3) Erwerb von Forderungen oder Verbindlichkeiten, deren ursprüngliche Laufzeit mehr als ein Jahr beträgt.

4) Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Änderungen des DM-Wertes der auf Fremdwährung lautenden Aktiva und Passiva der Bundesbank durch Neubewertung zum Jahresende und Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenanweis der Bundesbank zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition.

5) Ab 1982 bewertet zu Bilanzkursen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Schaubild 25



Da für ausgeführte Güter etwas mehr Erlös wurde als im Vorjahr — die Verteuerung betrug an den Durchschnittswerten der Ausfuhr gemessen 3 vH —, fällt der Ausfuhranstieg in mengenmäßiger Betrachtung etwas geringer aus.

191. Vergleicht man den von Land zu Land unterschiedlichen Stand der konjunkturellen Erholung mit der Situation vor einem Jahr, so wird deutlich, daß sich die regionale Struktur der deutschen Ausfuhr in diesem Jahr günstiger ausgewirkt hat. Zwar sind die Exporte in das Hauptabnehmerland Frankreich nach dem starken Rückgang im vergangenen Jahr nur vergleichsweise wenig angestiegen. In der Mehrzahl der anderen wichtigen Abnehmerländer deutscher Waren ist aber die Nachfragebelebung in Gang gekommen. Im Vorjahr hatten nur die Vereinigten Staaten und Großbritannien ihre Einfuhr aus der Bundesrepublik kräftig gesteigert; nun zogen eine Reihe von für den deutschen Export bedeutsamen Ländern nach. In Europa sind in erster Linie Dänemark, Italien, Schweden und die Schweiz zu nennen. Um fast ein Drittel höher als 1983 war auch die Ausfuhr nach Japan. Hervorstechend ist allerdings auch in diesem Jahr die mit fast 50 vH außergewöhnlich starke Zunahme der Lieferungen in die Vereinigten Staaten. Diese allein dürften 1984 für rund 15 Mrd DM mehr deutsche Güter aufnehmen als 1983, bei einem Anstieg der deutschen Gesamtausfuhr in der Größenordnung von 50 Mrd DM. Die Vereinigten Staaten sind jetzt

nach Frankreich und vor den Niederlanden und Großbritannien das zweitwichtigste Abnehmerland geworden.

Stagnation herrschte im Osthandel, wo die deutsche Ausfuhr im vergangenen Jahr noch um 10 vH zugenommen hatte. Zwar erhöhten die kleineren europäischen Staatshandelsländer ihre Käufe in der Bundesrepublik teilweise sogar kräftig, den Rückgang der Lieferungen in die Sowjetunion konnte das aber nicht ausgleichen. Die OPEC-Länder haben ihre Käufe nach einer vorübergehenden Belebung um die Jahreswende nun im dritten Jahr hintereinander stark eingeschränkt. Die deutsche Ausfuhr in diese Ländergruppe ist damit wieder ungefähr auf das Niveau des Jahres 1980 zurückgefallen; ihr Anteil am Gesamtexport, der 1982 fast 9 vH betragen hatte, schrumpfte auf unter 6 vH. Um ein Zehntel und damit überraschend stark erhöht haben sich dagegen die Ausfuhren in die übrigen Entwicklungsländer, namentlich in die südamerikanischen.

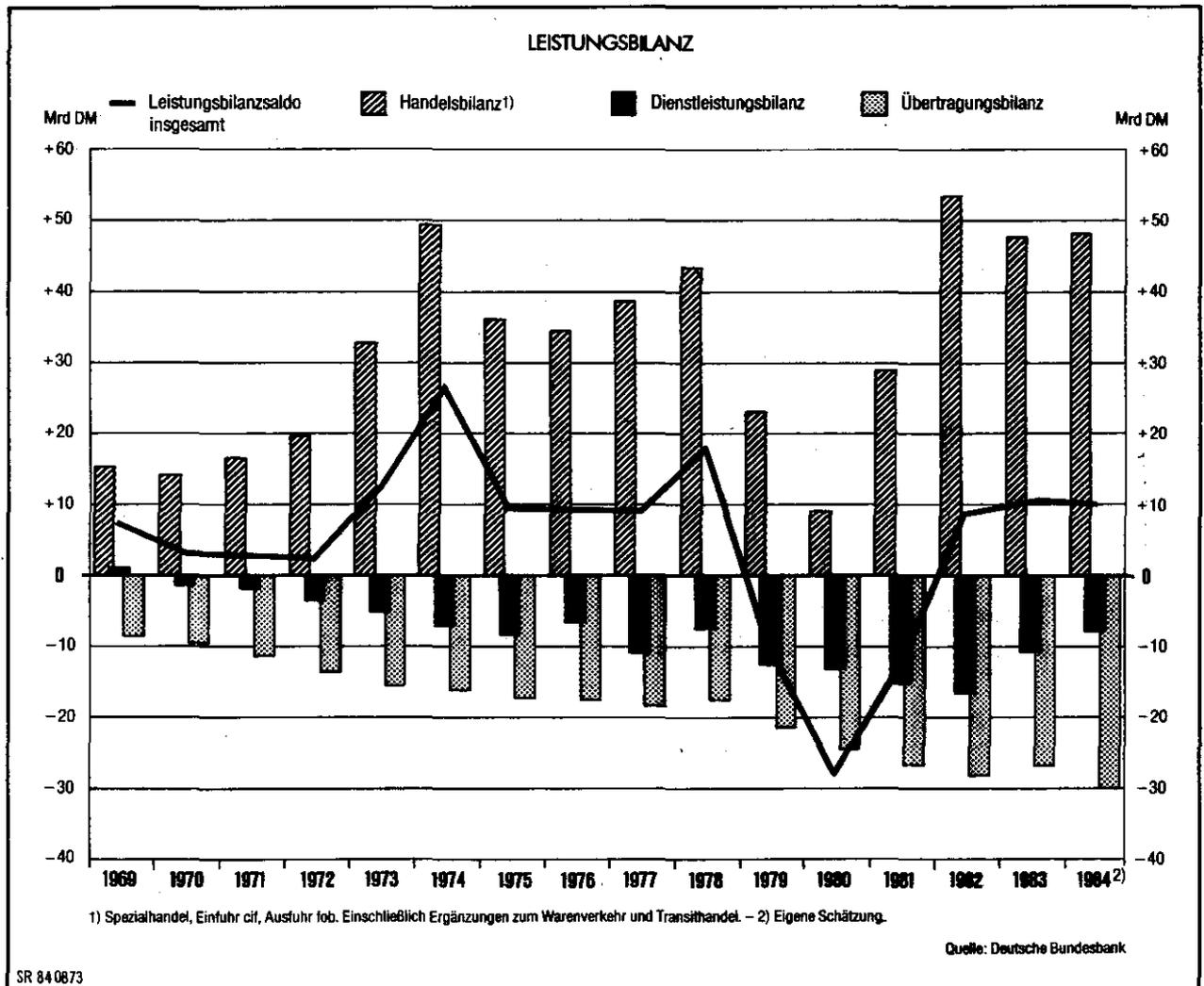
In der Zusammensetzung der Ausfuhr nach Gütern zeichnet sich ab, daß die Investitionsgüter auf dem Wege sind, ihre frühere Bedeutung zurückzugewinnen. Zwar nahmen die Investitionsgüterausfuhren — teils auch wegen arbeitskampfbedingter Lieferausfälle — in der ersten Jahreshälfte noch langsamer zu als die Ausfuhr insgesamt; im restlichen Jahresverlauf dürfte aber die sich belebende Nachfrage nach diesen für die deutsche Exportwirtschaft besonders wichtigen Gütern einen kräftigen Anstieg der Lieferungen mit sich bringen.

192. Die Einfuhr ist ebenfalls kräftig angestiegen; in den ersten neun Monaten wurden Waren im Wert von 321 Mrd DM eingeführt, fast 13 vH mehr als vor einem Jahr. Auch nach Abzug der Preissteigerungen, die an den Durchschnittswerten der Einfuhr gemessen 6,1 vH betragen, bleibt der mengenmäßige Anstieg mit 6,3 vH beträchtlich. Die Einfuhr von Energieträgern, die seit 1981 stagnierte, zeigte erstmals wieder einen deutlichen Anstieg.

Der Außenhandelsüberschuß fiel in den Monaten bis September 1984 mit 32 Mrd DM nur wenig höher aus als ein Jahr zuvor. Dieses Ergebnis war geprägt durch den starken Anstieg der Ausfuhrmengen und die starke Erhöhung der Preise der Importgüter. Das Austauschverhältnis im Außenhandel, gemessen an der Entwicklung der Durchschnittswerte der Einfuhr und der Ausfuhr, hat sich in diesem Zeitraum im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 2,8 vH verschlechtert.

193. Der Überschuß in der Leistungsbilanz ist 1984 trotz des höheren Außenhandelsaldos nahezu unverändert (Schaubild 26). Dies liegt an den wieder zunehmenden Fehlbeträgen bei den sogenannten unsichtbaren Transaktionen und besonders bei den unentgeltlichen Leistungen. Der Negativsaldo war hier in den ersten neun Monaten mit 22,4 Mrd DM um 3 Mrd DM höher als vor einem Jahr, wovon etwas mehr als 1 Mrd DM auf das Konto erhöhter Nettobeiträge an die Europäische Gemeinschaft gehen.

Schaubild 28



Das Defizit in der Dienstleistungsbilanz, dessen starkes Schrumpfen im letzten Jahr wesentlich zur Entlastung der Leistungsbilanz beigetragen hatte, ist in diesem Jahr weiter zurückgegangen. Dies dürfte zum Teil Ausdruck der Entwicklung im Reiseverkehr sein. Die Ausgaben für Auslandsreisen steigen seit einigen Jahren nicht mehr, während die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr zunehmen. Quantitativ bedeutsamer war aber in diesem Jahr der höhere Überschuß bei den Regierungsleistungen, die auf der Einnahmeseite hauptsächlich Zahlungen ausländischer militärischer Einrichtungen in der Bundesrepublik darstellen.

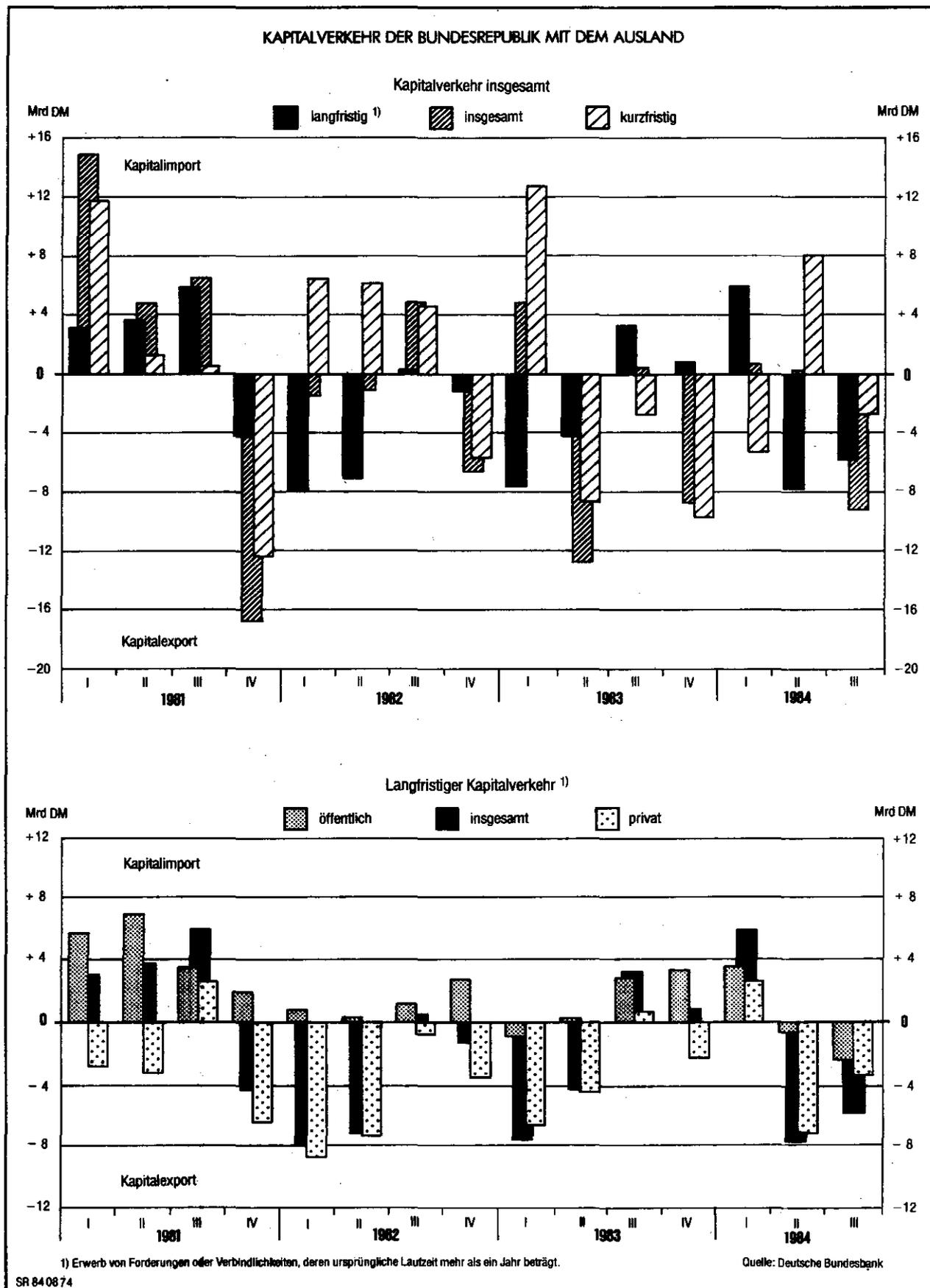
#### Geringerer Einfluß des Dollarkurses auf den Kapitalverkehr

194. Günstiger als im letzten Jahr, wenn auch nicht viel günstiger, war die Situation im Kapitalverkehr. Bis einschließlich September 1984 belief sich der Nettoabfluß langfristigen Kapitals auf

7,7 Mrd DM. Im kurzfristigen Kapitalverkehr ergab sich per Saldo ein geringfügiger Zufluß (Schaubild 27). Die Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank blieben fast unverändert. Der mit 6½ Mrd DM vergleichsweise große positive Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen steht im wesentlichen für nicht zuzuordnende Zuflüsse kurzfristigen Kapitals.

195. Der Bestand an Auslandsforderungen inländischer Unternehmen, Banken und Privatpersonen erhöhte sich zwischen Januar und September um 18,4 Mrd DM. Für Käufe von Wertpapieren flossen 9,0 Mrd DM ab; das ist gut 1 Mrd DM mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei haben Käufe ausländischer festverzinslicher Wertpapiere zu Lasten von Aktienkäufen wieder an Bedeutung gewonnen. Ausländer legten per Saldo 10,2 Mrd DM in der Bundesrepublik an, gegenüber 11,3 Mrd DM vor einem Jahr. Das Volumen der privaten Wertpapiertransaktionen war im Verlauf des Jahres stark beeinflusst von den Bewegungen des D-Mark-Dollar-

Schaubild 27



Kurses und von wechselnden Einschätzungen der Zinstendenz in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik. In den Monaten April bis Juli sowie im September gab es von daher einen Nettokapitalabfluß in beträchtlichem Umfang.

Über den Zeitraum Januar bis September betrug der Nettoabfluß langfristigen Kapitals aufgrund privater Transaktionen 8,2 Mrd DM, rund 2½ Mrd DM weniger als vor einem Jahr. Im Rahmen der Transaktionen der öffentlichen Hand wurden allerdings 2,5 Mrd DM an langfristigem und kurzfristigem Kapital eingeführt, deutlich mehr als 1983.

**196.** Der Außenwert der D-Mark war trotz des abermals starken Wertverlusts gegenüber dem Dollar im Durchschnitt der ersten neun Monate noch etwas höher als im Durchschnitt des Jahres 1983. Gegenüber dem Dollar verlor die D-Mark bis Anfang November rund 8 vH ihres Wertes. Die wiederholten starken Ausschläge des Dollarkurses nach oben blieben auf den Kurs der D-Mark gegenüber anderen Währungen nicht ganz ohne Einfluß. In den Positionsveränderungen der D-Mark im Europäischen Währungssystem wird dies sichtbar (Ziffern 45 ff.).

**197.** Die Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar und die spektakuläre Steigerung der Ausfuhr in die Vereinigten Staaten müssen deutlich im Bilde sein, wenn man das Abschneiden deutscher Exporteure im internationalen Wettbewerb beurteilen will, jedoch nicht nur sie. Um eine genauere Vorstellung von der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure auf den Weltmärkten zu gewinnen, berechnet der Sachverständigenrat einen gewogenen Außenwert der D-Mark, in den die Kurse der wichtigen Währungen mit dem Anteil des jeweiligen Landes am Welthandel gewichtet eingehen. Der so ermittelte nominelle Außenwert der D-Mark liegt im Durchschnitt dieses Jahres um 3½ vH niedriger als 1983. Dieses Ergebnis weicht stark von dem ab, was man bei einer Wägung mit den Anteilen am deutschen Außenhandel erhält. Die Differenz ist darauf zurückzuführen, daß Japan und die Vereinigten Staaten, gegenüber deren Währungen die D-Mark stark an Wert verloren hat, in der erstgenannten Rechnung wesentlich größere Gewichte haben.

Hinzu kommt, daß die Lohnstückkosten in den Partnerländern durchschnittlich um 4 vH gestiegen sind, in der Bundesrepublik dagegen nur um knapp 1 vH. Anhand der realen Veränderung des Außenwerts der D-Mark auf Lohnkostenbasis läßt sich die Verbesserung der Kostenposition deutscher Anbieter auf den Weltmärkten auf rund 6½ vH beziffern (Schaubild 5, Seite 35). Etwas weniger, nämlich 5 vH, betrug die reale Abwertung der D-Mark, wenn man auf der Basis der Veränderungen der Ausführpreise im Inland und im Ausland rechnet.

In fünf aufeinanderfolgenden Jahren zum Teil starker realer Wertverluste hat sich der reale Außenwert der deutschen Währung auf Lohnkostenbasis um ein Viertel, auf Preisbasis um fast ein Fünftel verringert. Verglichen mit dem Durchschnitt der

siebziger Jahre ist er auf Lohnkostenbasis um 20 vH, auf Preisbasis um 13 vH niedriger.

**198.** Vor dem Hintergrund der schon seit mehreren Jahren zu verzeichnenden und in diesem Jahr besonders deutlichen Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit erscheint die Zunahme der deutschen Ausfuhr eher bescheiden. Läßt man alle Bewertungseffekte von Preis- und Wechselkursänderungen beiseite — was in der kurzfristigen Analyse sinnvoll sein kann —, so zeigt sich, daß das Volumen der deutschen Ausfuhr allenfalls geringfügig stärker gestiegen ist als das Welthandelsvolumen. Bewertet man die Ausfuhr gar mit dem jeweiligen Dollarkurs, dann wird gegenüber 1983 fast keine Exportsteigerung mehr ausgewiesen, während der Dollarwert des Welthandels um 6 vH zunahm. Der Rückgang des so berechneten Weltmarktanteils kann allerdings in einem Jahr überaus starker Veränderungen des Dollarkurses nicht als Anhaltspunkt für die Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit genommen werden (JG 83 Ziffer 183).

Die Situation gibt Anlaß, sich darauf zu besinnen, daß auch mit Berechnungen realer Wechselkurse nur ein kleiner Teil dessen erfaßt wird, was die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft ausmacht.

#### Ohne Protektionismus wettbewerbsfähig bleiben

**199.** Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und insbesondere deren nicht-preisliche Bestimmungsgründe sind erneut zum Gegenstand einer zeitweise intensiven Diskussion geworden. In erster Linie ging es dabei um eine Einschätzung des technischen Standes der deutschen Industrie und um die Position der deutschen Exportwirtschaft, namentlich der sogenannten hochtechnologischen Bereiche, im Vergleich zur amerikanischen und japanischen Konkurrenz.

**200.** Die im Rahmen der Strukturberichterstattung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in der Bundesrepublik angestellten Untersuchungen setzen im wesentlichen an der Entwicklung der deutschen Weltmarktanteile für bestimmte Gütergruppen an. Sie kommen durchweg zu dem Schluß, daß sich zwischen Anfang der siebziger Jahre und Anfang der achtziger Jahre die Position Japans im Weltexport hochtechnologischer Güter stark verbessert hat und daß deutsche Exporteure an Boden verloren haben. Bezüglich des Ausmaßes dieses Zurückfallens differieren die einzelnen Untersuchungen, ebenso bezüglich des Vergleichs der deutschen Position mit derjenigen der Vereinigten Staaten. Eine Rolle spielen dabei unterschiedliche Abgrenzungen des Hochtechnologiebereichs und des Untersuchungszeitraums.

**201.** Die OECD verwendet in einer Untersuchung aus dem Jahre 1983 als Kriterium für die Auswahl der als hochtechnologisch einzustufenden Produkte die Höhe der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen bei einzelnen Produktgruppen in den Vereinigten Staaten in den

Jahren 1968 bis 1970. Aus der (heute überholten) Güterklassifikation für den Außenhandel (SITC I) wurden die Produkte mit überdurchschnittlicher Forschungintensität ausgewählt und in elf Gruppen zusammengefaßt. Die Studie weist die Anteile einer Reihe von Ländern am Wellexport dieser Gütergruppen aus, wobei die Zeiträume 1963 bis 1971 und 1971 bis 1980 gegenübergestellt werden. Bei dieser Betrachtungsweise zeigen sich rückläufige deutsche Anteile bei fast allen Gütergruppen; nicht ganz so schlecht ist das Bild für die Vereinigten Staaten; fast überall hinzugewonnen haben japanische Exporteure.

Ähnlich geht das HWWA-Institut vor. Die zugrundegelegte Güterpalette wurde allerdings modifiziert — wobei die Nichtberücksichtigung von Luftfahrzeugen die quantitativ bedeutsamste Abweichung sein dürfte — und in „hohe“ und „gehobene“ Technologie differenziert. Der deutsche Weltmarktanteil bei Gütern hoher und gehobener Technologie sank danach von knapp einem Drittel im Jahr 1972 auf weniger als ein Viertel im Jahre 1981, und zwar vor allem zugunsten der Vereinigten Staaten. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß die beiden Vergleichsjahre Extremwerte darstellen und daß die Nichtberücksichtigung der Luftfahrtindustrie für einen Teil des Anteilsrückgangs verantwortlich ist.

Das Institut für Weltwirtschaft stützt sich auf eine noch umfassendere Abgrenzung als die OECD; es werden auch Fahrzeuge und Maschinen einbezogen. Erwartungsgemäß ergibt sich nun ein für die Bundesrepublik günstigeres Bild: In den untersuchten Jahren 1970, 1978 und 1979 war der deutsche Weltmarktanteil fast gleich; nur von 1979 auf 1980 gab es einen leichten Rückgang.

Die Bundesbank errechnet anhand einer sehr engen Auswahl von Produktgruppen, aufgrund derer etwa 5 vH der deutschen Ausfuhr als Spitzentechnologie zu bezeichnen wären, einen zwischen 1972 und 1982 stetig sinkenden deutschen Weltmarktanteil.

Im Unterschied zu den genannten Studien versucht das Ifo-Institut, ohne eine im Zeitablauf konstante Abgrenzung des Hochtechnologie-Bereichs auszukommen. Statt dessen werden jeweils von Jahr zu Jahr diejenigen Güterklassen erfaßt, bei denen die Entwicklungs- und Schwellenländer einen Weltmarktanteil von unter 1/2 vH haben. Im Vergleich der Jahre 1978 und 1982 zeigt sich hier ein leichter Rückgang des deutschen Anteils bei hochtechnologischen Produkten, ein leichtes Steigen bei Gütern gehobener Technologie (mit einem Weltmarktanteil der weniger entwickelten Länder zwischen 1/2 vH und 5 vH).

**202.** In Tabelle 21 zeigen wir für einen längeren Zeitraum die Entwicklung der Anteile der Vereinigten Staaten, Japans und der Bundesrepublik in den elf Produktgruppen gemäß der Abgrenzung der OECD. Als Ergebnis läßt sich festhalten, daß es für die Gesamtheit der erfaßten Produkte einen Marktanteilsverlust deutscher Anbieter gegeben hat, mit Schwerpunkt in den Jahren 1980 und 1981. In diesen Jahren wurden für die Bundesrepublik freilich auch insgesamt Verluste von Anteilen am Wellexport gemessen, welche zum Teil wiederum die bloß rechnerische Auswirkung des Anstiegs des Dollarkurses waren. Damit korrespondiert, daß der Anteil der Vereinigten Staaten bis 1979 eher rückläufig war und erst danach wieder gestiegen ist. Der japanische Anteil hat sich kontinuierlich erhöht, abgesehen von einzelnen Jahren, in denen die japanische Währung stärkere Kursverluste gegenüber dem Dollar erfuhr.

**203.** Eine von Willkür freie Abgrenzung des Hochtechnologiebereichs ist nicht möglich. Das liegt zum einen an den begrenzten Differenzierungsmöglichkeiten der Statistik. Beispielsweise existiert keine Güterklassifikation,

die es erlauben würde, „Compact Discs“ und die zugehörigen Abspielgeräte von konventionellen Schallplatten und Plattenspielern zu unterscheiden. Und auch bei einer hinreichend feinen Güterklassifikation bliebe die Abgrenzung des Hochtechnologiebereichs problematisch. Zum anderen müßten sowohl Güter, die selbst hochtechnologisch sind, als auch traditionelle Produkte, die beispielsweise durch den Einbau mikroelektronischer Komponenten verfeinert sind, nach ihrem Technologiegehalt klassifiziert werden. Das Ifo-Verfahren löst dieses Problem durch eine indirekte Definition der Technologie-Intensität; es entgeht so auch dem Einwand, daß man mit einem über zehn und mehr Jahre beibehaltenen Güterbündel nicht Vorgänge untersuchen kann, bei denen schnelle Produktinnovationen im Mittelpunkt stehen. Freilich ist dieses Konzept nur solange tragfähig, wie man von einer unveränderten Zuordnung der Länder zu den beiden Gruppen — Entwicklungs- und Schwellenländer einerseits, entwickelte Länder andererseits — ausgehen kann.

**204.** Je breiter die Palette der hochtechnologischen Güter angelegt wird — in den erwähnten Studien werden zwischen 5 vH und 40 vH des gesamten deutschen Exports erfaßt —, desto geringer werden zwangsläufig die Abweichungen zwischen der Entwicklung der speziellen und der allgemeinen Weltmarktanteile und desto weniger sagen die Ergebnisse über die Entwicklung speziell im Hochtechnologiebereich aus. Aber auch eine Beschränkung auf einen kleineren Ausschnitt des Gütersortiments ist nicht unbedingt erfolgversprechend. Eine Bewertung der Entwicklung der deutschen Weltmarktanteile für die einzelnen Gütergruppen ist problematisch, nicht nur wegen der Einwände, die gegen die Klassifizierung vorgebracht werden können, sondern auch deshalb, weil für spezielle Produkte und Produktgruppen noch viel weniger als für weiter gefaßte Aggregate eine Norm aufgestellt werden kann, anhand derer die Veränderung eines Marktanteils als Fehlentwicklung beurteilt werden könnte. Zweifellos gibt es im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft Schwachstellen. Allein anhand von Marktanteilsanalysen lassen sich diese jedoch nicht lokalisieren; einzelwirtschaftliche und technische Kriterien dürften in einer Detailbetrachtung aussagekräftiger sein.

**205.** Ein Urteil über die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft läßt sich nicht von dem Urteil über die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen trennen. Die Gründe, die Anlaß zu Befürchtungen hinsichtlich der Chancen auf dem Weltmarkt geben, sind zu einem guten Teil dieselben, die auch den internen Fehlentwicklungen zugrundeliegen. In bezug auf die spezielle Frage der technologischen Wettbewerbsfähigkeit ist das nicht anders: Wenn die Anstrengungen auf diesem Gebiet — die an dem anerkanntermaßen hohen Niveau der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und auch etwa an den deutschen Patentanmeldungen sichtbar werden — sich nur in unzureichendem Maße in innovativen Investitionen niedergeschlagen haben, die zu neuen und besseren Produkten führen und kostengünstigere Herstellungsverfahren ermöglichen, so ist dies größtenteils Ausdruck derselben allgemeinen Investitionsschwäche, die wir auch wegen des damit verbundenen Mangels an Arbeitsplätzen zu beklagen haben.

**206.** Daß die Bundesrepublik gegenüber ihren Konkurrenten auf dem Weltmarkt, auch gegenüber den andrängenden Schwellenländern, ihre Wettbe-

Tabelle 21

Weltmarktanteile bei ausgewählten Gütergruppen<sup>1)</sup>

U = Vereinigte Staaten J = Japan D = Bundesrepublik Deutschland

Gütergruppe <sup>2)</sup>	Land	1966	1970	1972	1974	1976	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Luftfahrzeuge und -teile .....	U	50,3	60,8	57,2	64,9	58,1	55,5	49,5	50,3	52,6	44,3	48,9
	J	0,7	0,7	0,6	0,3	0,2	0,3	0,4	0,3	0,4	0,6	0,6
	D	2,7	3,4	2,6	3,3	7,0	8,8	9,6	10,0	11,7	16,0	13,2
Büromaschinen und EDV .....	U	30,2	37,5	31,0	33,2	30,8	32,0	32,3	34,3	39,1	38,5	35,8
	J	2,7	8,0	9,4	9,0	10,6	11,9	10,3	9,9	11,0	12,4	16,5
	D	18,4	15,1	19,2	18,6	17,2	14,4	13,8	12,9	11,9	11,7	10,8
Elektrische Maschinen und Apparate ...	U	26,4	22,1	20,5	21,5	21,8	20,0	21,1	22,3	25,4	25,1	24,2
	J	6,9	8,7	10,2	10,3	10,3	13,2	11,9	12,7	15,7	14,2	16,4
	D	22,2	22,7	22,6	24,4	22,4	24,0	22,3	20,2	17,2	18,6	17,9
Nachrichtentechnik .....	U	26,6	27,9	24,2	26,9	24,6	21,1	21,0	20,7	21,6	28,1	27,6
	J	9,6	9,8	13,5	14,3	20,4	22,5	22,0	24,4	30,3	27,4	30,6
	D	12,9	15,3	15,5	15,4	13,8	14,3	14,0	13,3	11,6	10,6	9,9
Meß- und Regeltechnik .....	U	24,0	21,9	19,4	19,6	19,8	15,5	15,6	15,0	15,9	16,6	16,0
	J	10,4	12,9	15,3	15,8	18,5	22,8	21,6	22,7	27,3	24,8	27,9
	D	20,0	20,2	19,4	19,7	18,7	18,0	18,1	17,0	15,4	15,6	14,9
Arzneiwaren .....	U	18,5	16,8	14,1	14,3	14,6	15,1	14,7	15,1	17,0	16,2	19,1
	J	2,3	2,5	2,6	2,5	2,2	2,4	2,4	2,3	2,6	2,2	2,7
	D	18,2	19,8	19,3	18,9	18,2	16,9	17,6	17,3	16,3	14,6	15,9
Kunststoffe und -fasern .....	U	22,6	17,2	13,5	13,4	13,2	11,3	13,2	14,4	15,8	15,1	14,1
	J	9,6	12,3	12,5	11,9	10,5	10,1	8,3	8,4	9,6	9,2	9,6
	D	20,8	22,4	23,0	23,6	22,8	23,2	22,6	21,7	21,2	21,1	21,4
Motoren und Turbinen .....	U	30,1	27,4	24,7	25,7	24,5	24,9	27,1	28,0	30,2	30,4	28,2
	J	2,9	6,2	8,9	9,4	10,0	13,3	11,2	11,5	14,2	12,6	13,3
	D	17,9	18,2	17,3	21,4	19,9	19,3	20,0	17,9	14,8	16,2	15,9
Landwirtschaftliche Chemikalien .....	U	22,9	19,7	20,0	20,8	22,9	27,1	28,8	32,4	30,2	29,3	29,1
	J	8,2	5,4	5,3	10,6	6,2	5,2	5,1	4,8	5,2	4,5	4,3
	D	18,7	17,6	15,1	14,7	15,6	14,0	13,5	11,7	12,1	12,5	13,5
Anorganische Industriechemikalien ....	U	22,9	23,2	19,9	16,2	18,6	18,0	18,9	18,9	20,8	21,0	22,5
	J	5,7	5,4	6,7	6,4	5,0	4,3	4,1	4,5	4,7	4,6	5,5
	D	19,4	17,9	19,4	19,1	16,4	16,8	16,4	16,2	15,4	15,7	16,8
Unterhaltungselektronik .....	U	10,3	6,4	6,4	6,6	6,1	7,6	8,1	8,1	8,0	7,8	6,8
	J	44,3	54,9	56,2	48,3	55,6	47,4	46,7	51,2	59,5	57,9	62,5
	D	14,7	12,5	11,9	14,0	13,2	14,1	14,5	13,0	10,0	10,9	9,7
Summe der obigen Gruppen .....	U	27,2	27,2	23,7	24,5	23,6	21,9	22,4	23,6	25,7	25,4	25,3
	J	8,3	11,0	12,9	12,1	13,7	15,0	13,4	14,2	17,3	16,1	18,5
	D	17,0	16,9	17,2	18,2	17,4	17,6	17,4	16,2	14,7	15,4	14,6
Nachrichtlich: Verarbeitete Erzeugnisse insgesamt <sup>3) 4)</sup> ..	U	19,6	17,7	15,3	16,0	16,1	14,3	14,7	15,7	17,3	16,6	15,9
	J	9,3	10,9	12,3	13,2	13,5	14,2	12,5	13,6	16,5	15,9	17,0
	D	18,4	18,5	18,8	19,8	19,0	19,0	19,0	18,2	16,9	18,1	17,5
Alle Güter <sup>3)</sup> .....	U	22,5	19,8	17,2	18,3	18,0	16,3	16,5	17,2	18,7	18,4	17,6
	J	7,4	9,0	10,1	10,5	10,7	11,4	9,8	10,5	12,6	12,4	13,2
	D	15,2	15,9	16,3	16,8	16,2	16,6	16,3	15,5	14,5	15,7	15,2

<sup>1)</sup> Exporte des jeweiligen Landes in vH der Gesamtexporte aller OECD-Länder in US-Dollar (1966 ohne Finnland, Australien, Neuseeland; 1970 und 1972 ohne Australien, Neuseeland; 1974 und 1976 ohne Neuseeland; 1983 ohne Portugal, Australien, Neuseeland).

<sup>2)</sup> Gliederung nach OECD-Studie DSTI/SPR/83. 13, Teil II, vom 8. April 1983 („REGINA KELLY'S LIST“). In der Abgrenzung des internationalen Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik (SITC rev.). Bis 1976 nach SITC-I; 1978 nach SITC-II (ausgenommen Irland, Portugal, Spanien, Türkei, Australien, Neuseeland); 1979 nach SITC-II (ausgenommen Spanien, Türkei); 1980 bis 1983 nach SITC-II (ausgenommen Türkei).

<sup>3)</sup> 1982 und 1983 ohne Portugal, Australien, Neuseeland.

<sup>4)</sup> SITC-Teile 5 bis 8.

werbsfähigkeit wahren muß, kann nicht heißen, diesen Ländern Einkommenschancen zu verwehren. Vielmehr muß jedes Land im Zuge der sich weltweit ständig ändernden Arbeitsteilung einen Weg finden, eigene Einkommenschancen zu wahren, zu mehren und wahrzunehmen. Exporterfolge eines Landes müssen nicht zu Lasten anderer gehen, wenn sie mit einem insgesamt wachsenden Volumen des Welthandels einhergehen. Eine Volkswirtschaft, die ihre Anstrengungen darauf richtet, einen Wettbewerbsvorsprung zu erringen oder zu erneuern, kann damit zur Entwicklung des Welthandels beitragen (Ziffern 314ff.).

207. Weitgehende und dauerhafte Liberalität des internationalen Warenaustauschs ist für die Verfügbarkeit sogenannter Schlüsseltechnologien von sehr großer Bedeutung. Die in der gegenwärtigen Diskussion verschiedentlich aufscheinende Vorstellung, die Bundesrepublik sollte im Grunde in allen Schlüsseltechnologien über eine eigenständige Forschung und über Produktionsmöglichkeiten verfügen, nötigenfalls mit staatlicher Hilfe, hat zum Teil ihre Wurzel in Zweifeln daran, ob künftig technisches Wissen im Bedarfsfall aus dem Ausland zugekauft werden kann. Völlig unbegründet sind solche Befürchtungen nicht. Beispielsweise bemüht sich die amerikanische Regierung, mit sicherheitspolitischer Begründung den Verkauf von technischem Wissen und hochtechnologischen Produkten an Ostblockstaaten zu kontrollieren, und erst jüngst wurde deutlich, daß dies auch den freien Technologietransfer zwischen den westlichen Industrieländern beeinträchtigen kann.

Keine Lösung wäre es aber, solche Vorgänge zum Anlaß zu nehmen, die eigenen Industrien stärker zu protegieren und zu subventionieren. Es beunruhigt daher, daß inzwischen allenthalben der technologische Stand der Industrie zum nationalen Problem erhoben und in manchen Ländern mit diesem Argument stärker unter staatliche Einflußnahme gebracht wird.

208. Nicht nur politische Risiken behindern den freien internationalen Wettbewerb im Technologiebereich. Gerade hier gehört auch Koordination auf dem Felde des Wettbewerbsrechts und Patentrechts zu den Voraussetzungen dafür, daß im Welthandel alle an fairem Wettbewerb teilnehmen können. Denn die neuen Technologien weisen zum Teil Eigenheiten auf, die die Wettbewerbspolitik vor neue Probleme stellen. So können etwa in der Computerbranche aufgrund der technisch bedingten Kopplung von Rechnern, Peripheriegeräten und Software sowie aufgrund der teilweise durch Patente oder urheberrechtlich geschützten Betriebssysteme leicht marktbeherrschende Stellungen entstehen.

Eine sinnvolle Aufgabe für die Technologiepolitik könnte darin liegen, durch zwischenstaatliche Kooperation technische Normen und Standards zu etablieren, die etwa Kompatibilität von Systemkomponenten verschiedener Hersteller regeln. In dem europäischen Forschungsförderungsprogramm ESPRIT ist eine solche Koordinierung von Normen auf europäischer Ebene auch vorgesehen.

#### X. Geldpolitik: Sicherung der Erfolge bei der Stabilisierung des Geldwertes

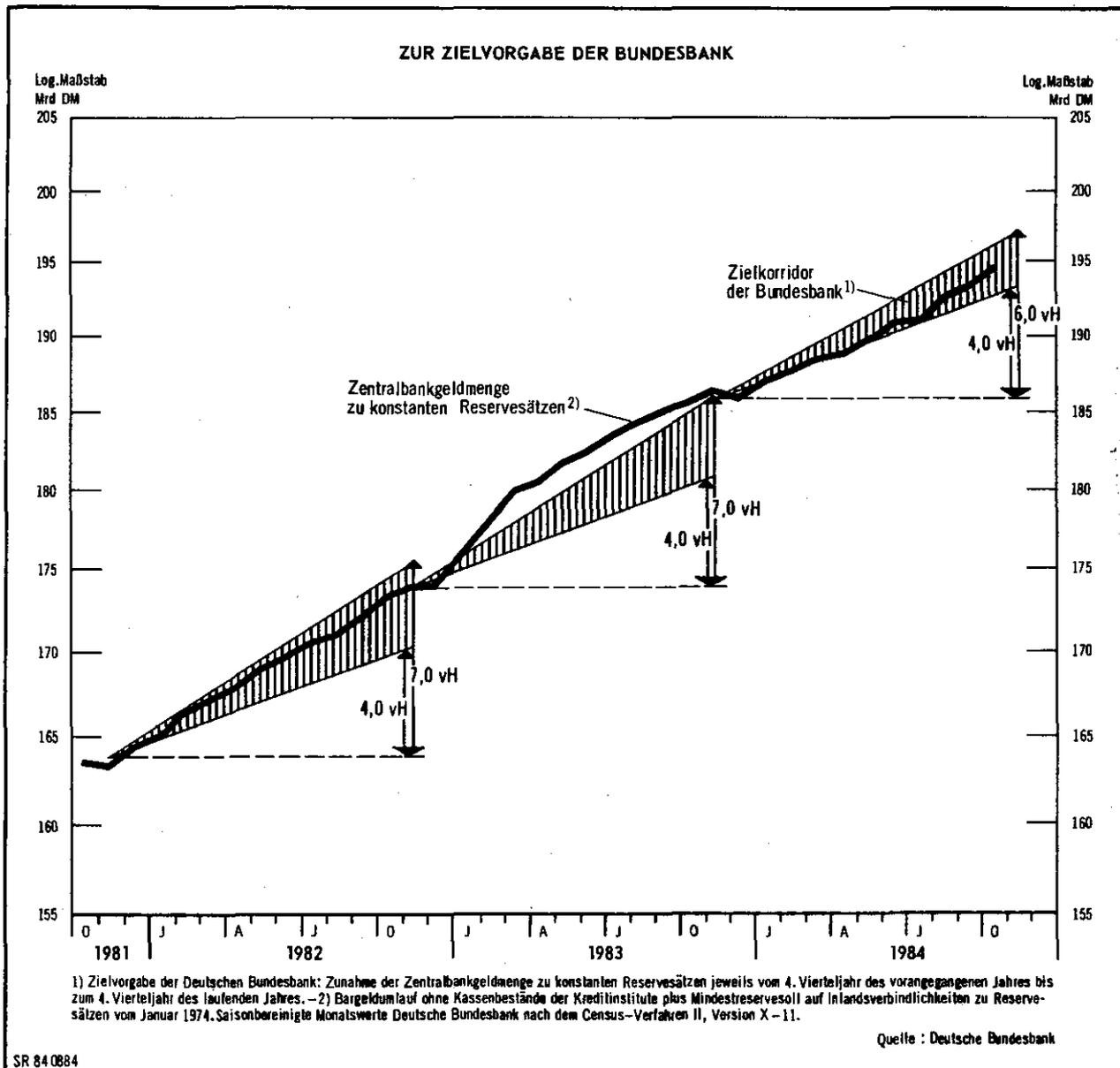
209. Seit der Festigung des Aufschwungs hat die Bundesbank die zuvor zeitweise auf konjunkturelle Belebung und Zinssenkung gerichtete Politik nicht fortgesetzt. Vielmehr hielt sie die Expansion der Zentralbankgeldmenge 1984 zunächst am unteren Rand, vom Frühsommer an etwa in der Mitte des von ihr angekündigten Zielkorridors. Die Erfahrungen des vergangenen Jahres hatten erneut bestätigt, daß die Geldpolitik kaum in der Lage ist, kurzfristig für niedrige Zinsen zu sorgen. Nur am Rande beeinflusste die Sorge um den Wechselkurs der D-Mark die Entscheidungen der Bundesbank. In Anbetracht der erreichten Stabilisierungserfolge brauchte sich die Bundesbank nicht entscheidend von der Stärke des Dollar leiten zu lassen. Zu den Enttäuschungen des Jahres 1984 zählt, daß die Zinsen am Kapitalmarkt und am Markt für Bankkredite lange Zeit sehr hoch blieben, die Märkte also die Erfolge bei der Stabilisierung des Preisniveaus nicht honorierten. Erst im Spätsommer begannen die Zinsen zu sinken. Für manche galt es schon als Erfolg, daß der Zinsanstieg in den Vereinigten Staaten nicht mitvollzogen wurde, die Zinsdifferenz sich vergrößerte — dies allerdings bei einer weiteren Abwertung gegenüber dem Dollar.

#### Zielgerechte Expansion der Zentralbankgeldmenge

210. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, die die Bundesbank als Indikator der Geldpolitik verwendet, nahm im Verlauf des Jahres 1984 stetig zu. Sie lag im Oktober, auf eine Jahresrate umgerechnet, um 5 vH über dem Durchschnittsbestand im vierten Vierteljahr 1983, der Basis für die Zielvorgabe der Bundesbank.

Nachdem die Zentralbankgeldmenge im Dezember vergangenen Jahres — unter anderem aufgrund von Zufallseinflüssen beim Bargeldumlauf, die sich zu Jahresbeginn korrigierten — gesunken war, erreichte sie im Frühjahr den Zielkorridor und löste sich im Mai von dessen unterem Rand. Im vergangenen Jahr hatte die sehr schwache Zunahme im vierten Vierteljahr dazu geführt, daß der obere Rand des letztjährigen Zielkorridors (7 vH) noch erreicht wurde (Schaubild 28).

Schaubild 28



Ein ähnliches Verlaufsbild wie die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen zeigt die bereinigte Zentralbankgeldmenge in der Definition des Sachverständigenrates. In den ersten neun Monaten nahm sie, auf eine Jahresrate hochgerechnet, um knapp 5 vH zu. Sie übertraf aber im September 1984 den vergleichsweise hohen Vorjahresstand nur um etwas mehr als 4 vH (Schaubild 29, Tabelle 22).

Die konzeptionellen Unterschiede zwischen der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen und der bereinigten Zentralbankgeldmenge haben 1984 nur geringes Gewicht gehabt. Immerhin führt das Vorgehen der Bundesbank bei der Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen dazu, daß die Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen für 1983 um  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt höher ausgewiesen wird als die der bereinigten Zentralbankgeldmenge. Für die ersten neun Monate dieses Jahres beläuft sich der Effekt ebenfalls auf  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt (Anhang IV, Abschnitt C).

Schaubild 29

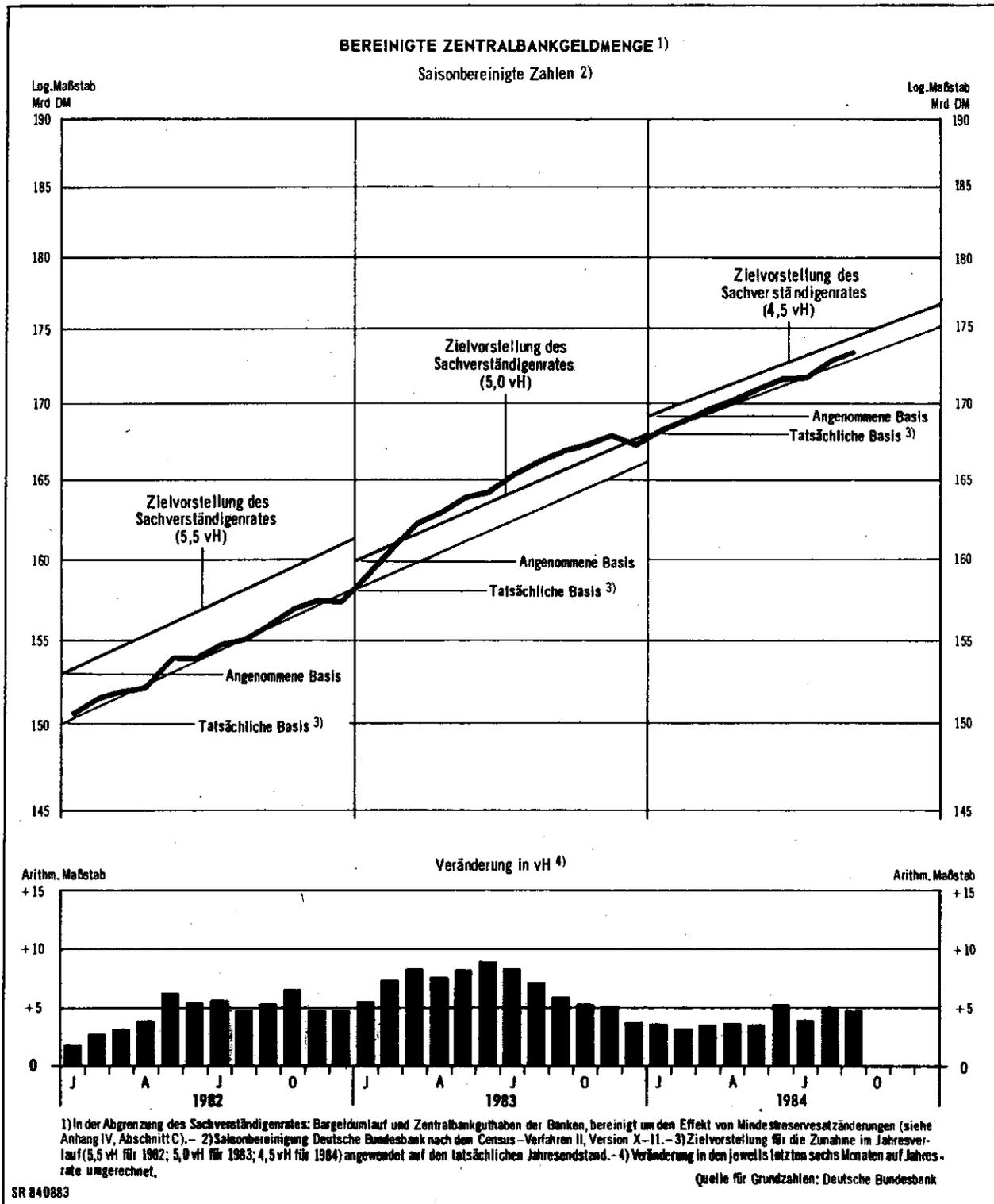


Tabelle 22

Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge<sup>1)</sup>

Zeitraum	Ins- gesamt	Entstehung					Verwendung		Bereinigte Zentral- bankgeldmenge <sup>7)</sup> (Geldbasis)		
		Netto- Aus- lands- position <sup>3)</sup>	Refinan- zierungs- kredite an Banken	Liquiditäts- politische Maß- nahmen der Bundes- bank <sup>3)</sup>	Kreditge- währung an den Staat <sup>4)</sup>	sonstige Ein- flüsse <sup>5)</sup>	Bargeld- umlauf <sup>6)</sup>	Reserve- soll und Über- schuß- reserve	Ur- sprungs- werte	saison- berei- nigt <sup>8)</sup>	
											Veränderung im jeweiligen Zeitraum in Mio DM
1978	+15 861	+20 307	+ 5 200	- 3 620	- 2 139	- 3 887	70,3	49,4	125,7	<del>X</del>	
1979	+10 930	- 5 178	+16 999	+ 427	+ 3 853	- 5 171	75,9	59,4	137,0		
1980	- 4 331	-24 644	+13 302	+15 006	+ 299	- 8 294	79,9	56,8	143,6		
1981	- 1 504	- 3 142	+ 3 828	+ 3 897	+ 1 128	- 7 215	81,6	51,2	148,7		
1982	+ 1 895	+ 1 716	+ 4 349	+ 1 700	- 4 056	- 1 814	84,1	52,4	154,1		
1983	+10 388	- 1 964	+ 3 594	+ 5 634	+ 1 652	+ 1 472	91,1	51,6	164,2		
1983 1. Vj.	- 1 436	+13 709	- 1 280	-11 526	- 1 108	- 1 231	87,3	51,4	160,2		160,5
2. Vj.	+ 2 773	-13 731	+ 5 343	+ 844	+ 1 941	+ 8 376	89,9	51,1	162,6		163,6
3. Vj.	+ 2 254	- 3 184	+ 3 259	+ 6 266	- 540	- 3 547	93,0	51,7	166,2		166,1
4. Vj.	+ 6 797	+ 1 242	- 3 728	+10 050	+ 1 359	- 2 126	94,1	52,4	168,0		167,4
1984 1. Vj.	- 4 398	+ 5 053	- 674	- 1 495	- 4 149	- 3 133	93,4	53,6	168,5	168,9	
2. Vj.	+ 2 657	+ 1 320	+ 1 308	- 5 880	+ 1 459	+ 4 450	94,9	53,3	169,7	170,8	
3. Vj.	+ 1 908	- 4 627	+ 9 723	- 2 465	- 2 081	+ 1 358	97,2	54,0	172,7	172,6	
1983 Jan	- 1 822	+ 1 861	- 1 412	- 1 276	+ 628	- 1 623	87,1	51,8	160,3	159,0	
Feb	- 1 000	+ 2 774	- 1 441	- 5 164	+ 2 743	+ 88	86,7	51,2	159,4	160,5	
Mär	+ 1 386	+ 9 074	+ 1 573	- 5 086	- 4 479	+ 304	88,1	51,1	160,8	162,1	
Apr	+ 919	- 4 882	+ 233	- 2 400	+ 887	+ 7 081	89,1	51,1	161,8	162,8	
Mai	+ 593	- 6 833	+ 2 327	+ 2 152	+ 1 942	+ 1 005	90,0	50,8	162,4	163,8	
Jun	+ 1 261	- 2 016	+ 2 783	+ 1 092	- 888	+ 290	90,6	51,5	163,6	164,2	
Jul	+ 2 961	+ 32	- 905	+ 3 887	+ 604	- 657	93,3	51,7	166,5	165,4	
Aug	- 437	- 2 281	+ 3 021	+ 540	+ 814	- 2 531	93,0	51,6	166,1	166,1	
Sep	- 270	- 935	+ 1 143	+ 1 839	- 1 958	- 359	92,7	51,6	165,9	166,7	
Okt	- 668	+ 2 299	- 4 316	+ 6 389	- 4 866	- 174	92,3	51,4	165,2	167,1	
Nov	+ 1 078	+ 751	+ 345	- 1 165	+ 2 281	- 1 134	92,3	52,4	166,2	167,9	
Dez	+ 6 387	- 1 808	+ 243	+ 4 826	+ 3 944	- 818	97,6	53,5	172,6	167,2	
1984 Jan	- 2 919	- 1 117	+ 2 996	- 481	- 2 518	- 1 799	93,8	54,3	169,6	168,2	
Feb	- 2 089	+ 1 838	- 2 628	- 433	- 32	- 834	92,9	53,2	167,6	168,8	
Mär	+ 610	+ 4 332	- 1 042	- 581	- 1 599	- 500	93,5	53,2	168,3	169,5	
Apr	+ 566	+ 1 332	+ 888	- 4 896	+ 171	+ 3 071	94,6	52,7	168,9	170,1	
Mai	+ 547	- 340	+ 2 215	- 2 150	+ 422	+ 400	94,4	53,4	169,4	170,8	
Jun	+ 1 544	+ 328	- 1 795	+ 1 166	+ 866	+ 979	95,6	53,8	170,9	171,5	
Jul	+ 1 680	- 1 647	+ 5 687	- 1 297	- 725	- 338	97,4	53,7	172,6	171,5	
Aug	+ 325	- 375	- 115	- 1 589	+ 2 478	- 74	97,3	54,1	172,9	172,9	
Sep	- 97	- 2 605	+ 4 151	+ 421	- 3 834	+ 1 770	97,0	54,3	172,8	173,5	

<sup>1)</sup> In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken.

<sup>2)</sup> Währungsreserven (einschließlich Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland) abzüglich Auslandsverbindlichkeiten. Ohne Devisen-  
swap- und -pensionsgeschäfte.

<sup>3)</sup> Offenmarktoperationen, Devisenswap- und -pensionsgeschäfte, Verlagerungen von Bundesguthaben in den Geldmarkt (nach § 17 BBankG).

<sup>4)</sup> Ohne vorübergehend zu den Kreditinstituten verlagerte öffentliche Gelder (nach § 17 BBankG).

<sup>5)</sup> Unter anderem Ertragsbuchungen der Bundesbank.

<sup>6)</sup> Ab März 1978 ohne Kassenbestände der Kreditinstitute.

<sup>7)</sup> Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen; siehe Anhang IV, Abschnitt C.

<sup>8)</sup> Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X - 11.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

**211.** Für das Jahr 1984 hatte die Bundesbank im Dezember vergangenen Jahres eine Zielvorgabe formuliert, die sich vom bisherigen Vorgehen konzeptionell etwas unterscheidet. Sie hatte angekündigt, ein Wachstum der Geldmenge anzustreben, das das stabilitätspolitische Ziel nicht gefährdet und ein kräftiges reales Wachstum der Wirtschaft von der monetären Seite her ermöglicht. Hierfür sei es angemessen, die Zentralbankgeldmenge vom vierten Vierteljahr 1983 bis zum vierten Vierteljahr 1984 um 4 vH bis 6 vH auszuweiten. Basisgrößen dieser Zielvorgabe waren ein Wachstum des Produktionspotentials von etwa 2 vH im Jahresdurchschnitt 1984 und ein für unvermeidlich gehaltener Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus von 3 vH.

Weniger ins Gewicht fällt dabei, daß die Bundesbank den Korridor auf zwei Prozentpunkte verengte, nachdem der obere und der untere Zielwert in den fünf Jahren zuvor stets drei Prozentpunkte auseinander gelegen hatten. Und sogar eher normal war, daß die Obergrenze des Korridors erneut um einen Prozentpunkt herabgesetzt wurde, nachdem sie in den drei vorausgehenden Jahren 7 vH betragen hatte, nach 8 vH im Jahre 1980 und 9 vH im Jahre 1979. Wichtig ist vielmehr, daß die Bundesbank auf eine Klausel verzichtet hat, den mit dem Zielkorridor gegebenen Spielraum situationsgebunden zu nutzen. Seit der Einführung des Korridors im Jahre 1979 hatte die Begründung in jedem Jahr gelaute, die Bundesbank wolle es von der konjunkturellen Lage, der Preisentwicklung und der außenwirtschaftlichen Situation im jeweiligen Jahr abhängig machen, ob eher eine Expansion im oberen Bereich oder im unteren Bereich des Korridors angestrebt wird. Der Verzicht auf solche Vorbehalte gehört im Prinzip zu einer mittelfristigen Konzeption für die Geldpolitik, nach der Abweichungen von einer konjunkturneutralen Linie die Ausnahme bleiben müssen. Wenn die Bundesbank 1984 dennoch einen Korridor beibehalten hat, so ausschließlich, um exogenen Einflüssen auf die monetäre Entwicklung, aber auch technischen Problemen bei der Steuerung der Geldmenge sowie den Schwierigkeiten der statistischen Messung Rechnung tragen zu können. Für die Zielvorgabe für 1984 führte die Bundesbank außerdem ins Feld, daß die Zuwachsrate für die Zentralbankgeldmenge, wie sie der Mittellinie des Korridors entspricht, auch auf mittlere Sicht zu einem inflationsfreien Wachstum der Wirtschaft paßt. Die Herabsetzung der Obergrenze des Korridors um einen Prozentpunkt begründete die Bundesbank ergänzend damit, daß durch die kräftige Ausweitung des Geldangebots im Jahre 1983 ein relativ hoher Geldsockel entstanden sei.

**212.** Der Sachverständigenrat hatte im Herbst vergangenen Jahres eine Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres 1984

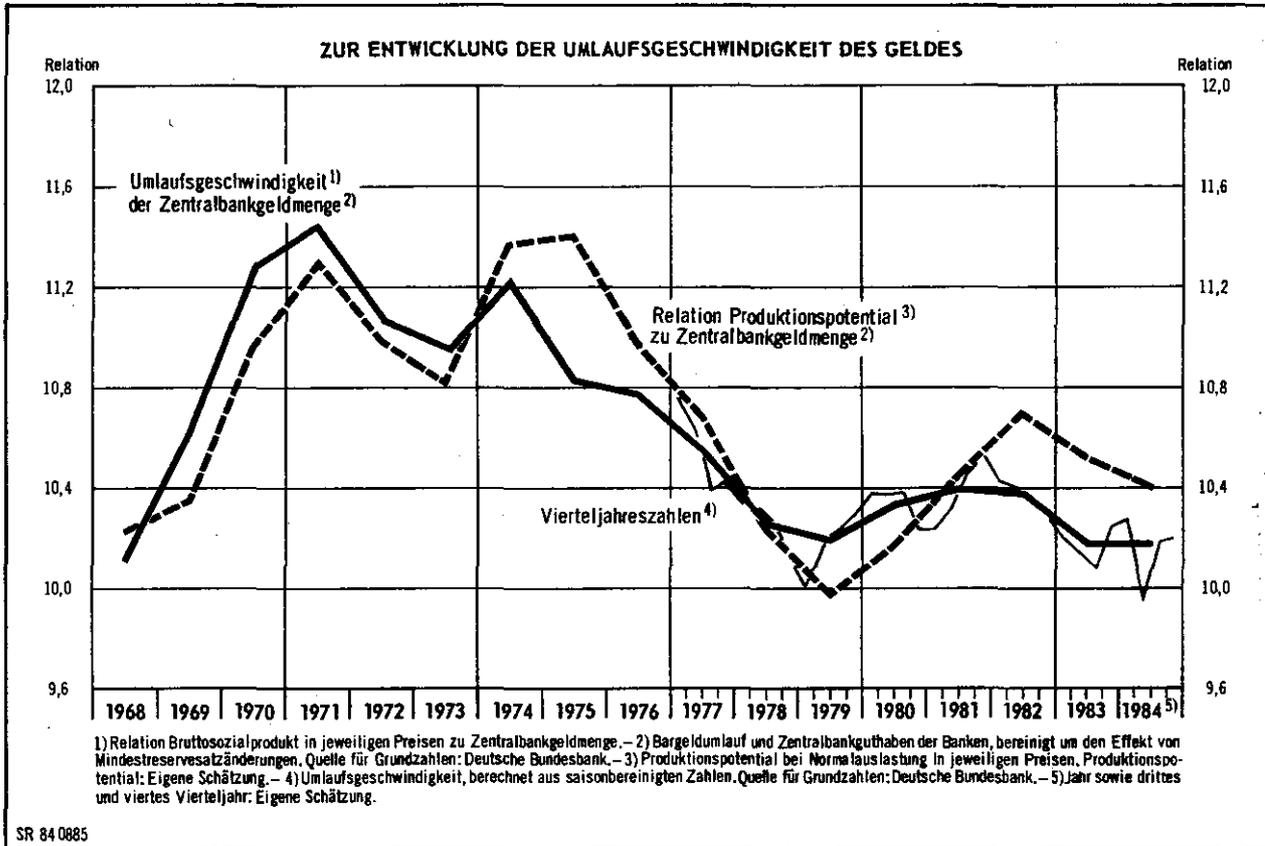
um etwa  $4\frac{1}{2}$  vH für ausreichend, aber auch angemessen gehalten. Basis einer solchen Vorstellung war ein Wachstum des Produktionspotentials von  $1\frac{1}{2}$  vH und ein vorläufig noch unvermeidlicher Anstieg des Preisniveaus von  $2\frac{1}{2}$  vH bis 3 vH. Auf einen Zuschlag für eine trendbestimmte Senkung der Umlaufgeschwindigkeit wurde wegen der kräftigen Ausweitung des Geldangebots im Jahre 1983 und der dadurch reichlicher gewordenen Geldversorgung verzichtet (JG 83 Ziffer 422).

**213.** Ein Urteil über die Geldpolitik des Jahres 1984 hat in Rechnung zu stellen, daß zu der Vorstellung, eine Ausweitung des Geldangebots um  $4\frac{1}{2}$  vH im Jahresverlauf würde konjunkturneutral sein, eine vergleichsweise hohe Basis gehört hatte, ein Jahresendstand 1983, der um reichlich 7 vH höher gelegen hätte als der Bestand zu Jahresbeginn 1983. Tatsächlich war die Basis etwas niedriger. Nimmt man die niedrigere Basis und das zielgerechte Expansionstempo zusammen, war die Abweichung von der Zielvorstellung aber nicht so groß, deshalb die Geldpolitik dieses Jahres als restriktiv zu bezeichnen, zumal die Vorgabe für einen für unvermeidlich zu haltenden weiteren Anstieg des Preisniveaus sich als eher reichlich bemessen erwies; der tatsächliche Anstieg des Preisniveaus blieb nämlich trotz konjunktureller Aufwärtsbewegung dahinter zurück. Die Geldpolitik 1984 kann als konjunkturneutral gelten.

**214.** Die sehr schwache Expansion der Zentralbankgeldmenge im vierten Vierteljahr 1983 hatte zu einem Anstieg der Umlaufgeschwindigkeit beigetragen, nachdem diese in den sieben Quartalen zuvor kontinuierlich gefallen war. Im Jahre 1982 war hierfür maßgeblich gewesen, daß die restriktive Politik bei rezessiver gesamtwirtschaftlicher Entwicklung nicht fortgesetzt wurde. Im vergangenen Jahr hatte eine expansive Politik dafür gesorgt, daß die Umlaufgeschwindigkeit trotz konjunktureller Belebung weiter abnahm. Auch während der Fortsetzung des Aufschwungs in diesem Jahr ist die Umlaufgeschwindigkeit nicht gestiegen. Im Verlauf des Jahres ist sie zunächst stark gesunken, Ausdruck der Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im zweiten Vierteljahr. Im dritten Vierteljahr stieg sie wieder an und dürfte auch im letzten Vierteljahr auf diesem Niveau liegen (Schaubild 30).

Die Relation aus Produktionspotential und Zentralbankgeldmenge, die ein von Schwankungen im Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials unverzerrtes Bild der Versorgung mit Zentralbankgeld liefert, ist in diesem Jahr weiter zurückgegangen, das heißt die Geldversorgung ist reichlicher geworden. Die Zentralbankgeldmenge hat stärker zugenommen als das Produktionspotential, in nominaler Rechnung, gewachsen ist.

Schaubild 30



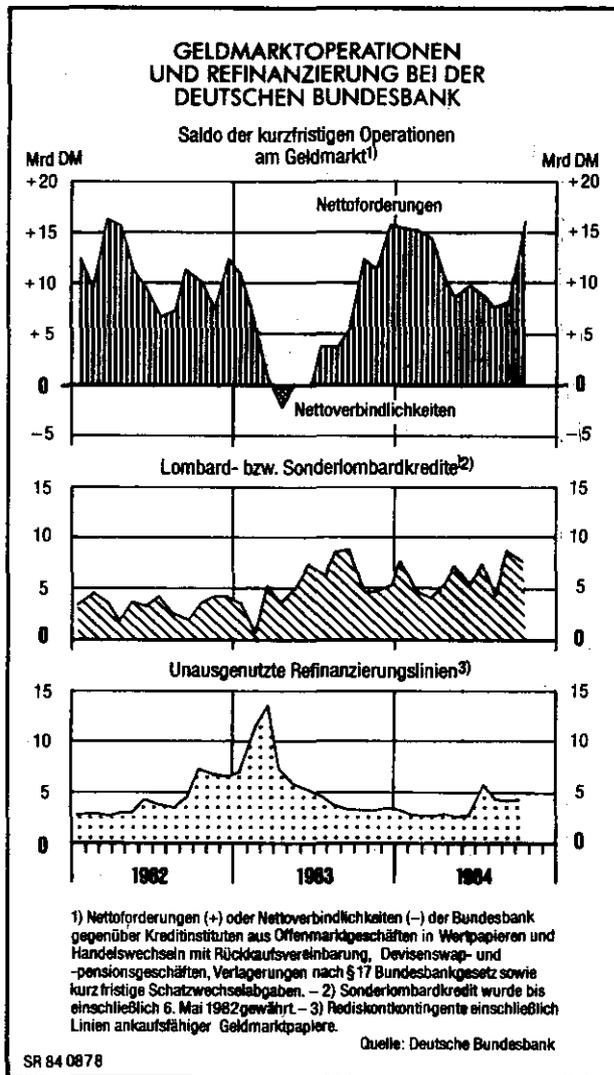
### Zur Feinsteuerung

**215.** Die Bundesbank setzte ihren straffen Kurs am Geldmarkt, den sie im Sommer vergangenen Jahres eingeleitet hatte, 1984 zunächst fort. Während 1983 das Ziel gewesen war, die Zentralbankgeldmenge in den Zielkorridor zurückzuführen, spielte jetzt anscheinend die Sorge vor den inflatorischen Wirkungen eines hohen Dollarkurses eine gewisse Rolle. So hielt die Bundesbank im frühen Teil des Jahres das Geldangebot knapper und die Zinsen am Geldmarkt höher, als es erforderlich gewesen wäre. Die unausgenutzten Refinanzierungslinien der Kreditinstitute beliefen sich im ersten Halbjahr auf nur noch 2½ Mrd DM, nach 8½ Mrd DM in der ersten Hälfte 1983. Die Banken waren in hohem Maße auf den Lombardkredit angewiesen. Gleichzeitig hatte die Bundesbank im Spätherbst 1983 einen hohen Sockel an kurzfristig bereitgestelltem Zentralbankgeld, vor allem über Wertpapierpensionsgeschäfte, entstehen lassen, um für die Ausschüttung des Notenbankgewinns im Frühjahr 1984 vorzusorgen (Schaubild 31).

Die Interventionen im Zusammenhang mit der ausgeprägten Dollarstärke um die Jahreswende erleichterten der Bundesbank über die damit verbundene Abschöpfung von Zentralbankgeld eine Politik des knapperen Geldes. Ende Januar schwächte sich der Dollar ab und verbilligte sich innerhalb von sechs Wochen um 20 Pfennig. Das Erstarren der

D-Mark führte sogleich zu Spannungen im Europäischen Währungssystem. Vor allem aufgrund von Interventionen zugunsten des belgischen Franken nahmen die Devisenbestände im Februar und März um 6 Mrd DM zu. Vorübergehend konnten die Banken ihr hohes Lombardengagement abbauen. Durch eine im Frühjahr getroffene Vereinbarung mit der Bundesregierung wurde im April nur ein Teil des Bundesbankgewinns aus dem vergangenen Jahr, 5 Mrd DM, ausgeschüttet, der Rest in vier gleichen Raten in den darauffolgenden Monaten. Die Bundesbank sah sich zu einer dauerhaften Bereitstellung von Zentralbankgeld aus Rücksicht auf den wieder festeren Dollar und steigende Zinsen in den Vereinigten Staaten noch nicht in der Lage. Vielmehr verschärfte sie ihren Kurs, sie verteuerte das kurzfristig über Wertpapierpensionsgeschäfte bereitgestellte Zentralbankgeld. Am Markt wurde das als Vorbereitung für eine Erhöhung der Leitzinsen verstanden, obwohl von der Entwicklung der Zentralbankgeldmenge her dafür kein Anlaß gegeben war. Mit Rücksicht auch auf den Tarifkonflikt vermied die Bundesbank Maßnahmen, von denen sie unerwünschte Signaleffekte befürchtete. Ende Juni beschloß sie dann, über eine Ausweitung der Rediskontkontingente um 8 Mrd DM einen Teil des kurzfristig bereitgestellten Zentralbankgeldes dauerhaft zu geben, den Diskontsatz jedoch von 4% auf 4½% anzuheben (Tabelle 23). Von den beiden Maßnahmen war die erstere die wichtigere.

Schaubild 31



Für eine Anhebung des Diskontsatzes sprach, daß dieser den Kontakt zu den Marktsätzen verloren hatte, die Notenbank also einen Teil des Zentralbankgeldes verbilligt zur Verfügung stellte. Sie verzichtete damit auf Einnahmen. Aus dem gleichen Grunde war der Diskontsatz steuerungstechnisch wertlos geworden. Aus der Sicht der Bundesbank sprach auch dafür, daß die Ausweitung der Rediskontkontingente im Hinblick auf unerwünschte Signaleffekte einer Kompensation bedurfte.

216. Eine Frage im Zusammenhang mit den Aktionsmöglichkeiten der Geldpolitik ist, ob die Sorgen berechtigt sind, auf Dauer beeinträchtigt die Abführung eines Bundesbankgewinns in Milliardenhöhe die Bundesbank in ihrer Aufgabe, für einen stabilen Geldwert zu sorgen, weil ein erheblicher Teil des konjunkturneutralen Zuwachses an Zentralbankgeld gleichsam an der Bundesbank vorbei bereitgestellt wird und deren Instrumentarium für eigene Aktionen unter Umständen einmal nicht ausreicht. Ein Teil dieses Gewinns, jener aus den Geschäften der Bundesbank mit den inländischen Kreditinstituten — also vor allem die Einnahmen aus der Gewährung von Diskont- und Lombardkredit —, führt bei seiner Entstehung zu einer Zentralbankgeldvernichtung, die Konten der Kreditinstitute bei der Bundesbank werden belastet. Insoweit wird mit der Abführung des Gewinns nur dieses Zentralbankgeld wieder bereitgestellt. Für diesen Teil des Gewinns reduziert sich die Aufgabe der Bundesbank gleichsam darauf, die Zeitspanne zwischen Vernichtung und Wiederzuführung von Zentralbankgeld durch kurzfristige Bereitstellung von Geld zu überbrücken. Ähnlich verhält es sich für den weitaus größeren Teil des Gewinns, der aus der Verzinsung von Auslandsforderungen resultiert, sofern die Bundesbank, wie es überwiegend geschieht, die auf diesem Wege zugeflossenen Devisen verkauft und dafür eigenes Geld zurück erhält. Die Aufgabe einer dauerhaften Kompensation

Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Tabelle 23

Datum	
<b>1983</b>	
8. September	Der Zentralbankrat beschließt, den Lombardsatz mit Wirkung vom 9. September von 5% auf 5 1/2% zu erhöhen. Mit dieser Maßnahme reagiert die Bundesbank auf das relativ starke Wachstum der Geldmenge, das zu einer Überschreitung des Ziels für das vierte Vierteljahr 1983 zu führen droht.
15. Dezember	Die Bundesbank beschließt ein Geldmengenziel für 1984. Es soll ein Wachstum der Geldmenge angestrebt werden, das das stabilitätspolitische Ziel nicht gefährdet und ein kräftiges reales Wachstum der Wirtschaft von der monetären Seite her ermöglicht. Die Zentralbankgeldmenge soll vom vierten Vierteljahr 1983 bis zum vierten Vierteljahr 1984 um 4 vH bis 6 vH zunehmen.
<b>1984</b>	
12. April	Der Zentralbankrat stellt den Jahresabschluß für 1983 fest. Der Reingewinn beträgt 11,8 Mrd DM, davon werden 11,4 Mrd DM an den Bund abgeführt. Im Einverständnis mit der Bundesregierung wird die Gewinnabführung gestreckt. Es werden 5 Mrd DM sofort abgeführt, der Rest in vier gleichen Monatsraten von Mai bis August.
28. Juni	Mit Wirkung vom 6. Juli werden die Rediskontkontingente um 8 Mrd DM erhöht. Der Diskontsatz wird vom 29. Juni an von 4% auf 4 1/2% angehoben.

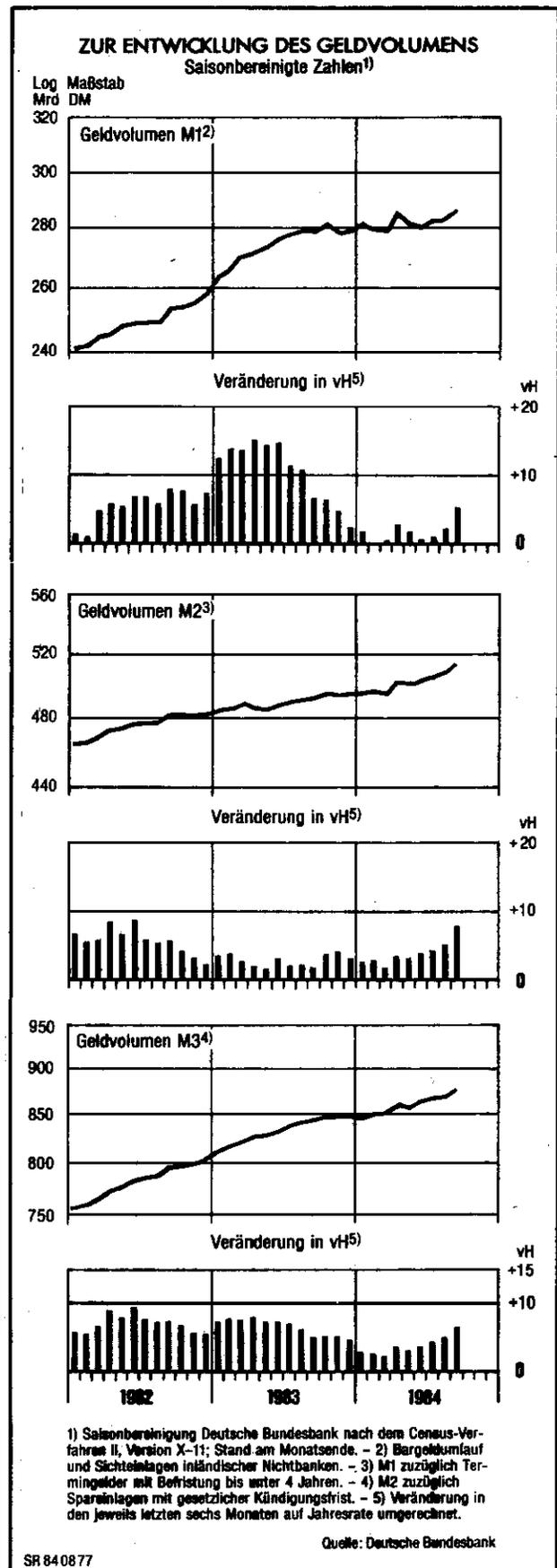
stellte sich nur dann, wenn die Bundesbank die Erträge aus dem Auslandsvermögen ansammelte, also ihren Devisenbestand erhöhte. Die Ausschüttung dieses Teils des Gewinns bedeutete dann netto eine Geldschöpfung. Aber die Entscheidung für diesen Weg ist so frei wie die Entscheidung, den Devisenbestand zu erhöhen.

#### Abgeschwächte monetäre Expansion

217. Von der Entwicklung der Zentralbankgeldmenge unterschied sich die Zunahme der Geldmenge in den verschiedenen Abgrenzungen zeitweise deutlich. Im ersten Vierteljahr 1984 setzte sich die ungewöhnlich schwache Expansion der Geldmenge vom Ende vergangenen Jahres zunächst fort. Während aber die Geldmenge in enger Abgrenzung, M1, die sich aus Bargeldumlauf und Sichteinlagen, also unverzinslichem Geld, zusammensetzt, zur Jahresmitte ihren Stand vom Jahresende 1983 kaum übertraf, wurden vom zweiten Vierteljahr an verstärkt kurzfristige verzinsliche Bank-einlagen gebildet. Von April bis September nahm die Geldmenge M2, die zusätzlich zu M1 noch die Termineinlagen mit einer Befristung bis unter 4 Jahren umfaßt, auf eine Jahresrate umgerechnet, um knapp 8 vH, die Geldmenge M3, die zusätzlich zu M2 noch Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist enthält, um reichlich 6 vH zu (Schaubild 32). Ihren Vorjahresstand übertraf die Geldmenge M1 im September nur um 2 1/2 vH, M2 lag um 4 1/2 vH und M3 um 4 vH höher als vor Jahresfrist.

Ausschlaggebend für die schwache Entwicklung der Geldmenge vom Herbst vergangenen Jahres bis zum Frühjahr 1984 war die ungewöhnlich hohe Neigung zur Mittelbindung in Form von langfristigen Bankeinlagen und Wertpapieren, die anstelle von Bankverbindlichkeiten gebildet wurden, die zum Geldvolumen gezählt werden. Zu dieser Entwicklung hat wohl die Erwartung sinkender Zinsen um die Jahreswende beigetragen, nachdem sich die Zinsen am Kapitalmarkt im Sommer 1983 bei etwas mehr als 8 % stabilisiert hatten. Eine Rolle mag aber auch gespielt haben, daß die kräftige Ausweitung des Geldangebots in der ersten Jahreshälfte 1983 zu einem starken Anstieg von Sichteinlagen geführt hatte, über die nun verfügt wurde. Mit dem Anziehen der kurzfristigen Zinsen im Zusammenhang mit den Bemühungen der Bundesbank im zweiten Halbjahr 1983, die Ausweitung des Geldangebots zu dämpfen, wurden wieder Termingelder gebildet, zu einem Teil wohl durch Umschichtungen zu Lasten von Sichteinlagen. Eine Rolle bei der zeitweise kräftigen Geldkapitalbildung haben wohl auch Sonderfaktoren wie vorgezogene Lohnsonderzahlungen und als Termingeldsurrogate gehaltene Bank-schuldverschreibungen gespielt.

218. Die Entwicklung der Geldmenge in den verschiedenen Abgrenzungen steht also vor allem im ersten Vierteljahr 1984 in einem gewissen Kontrast zur Veränderung der Zentralbankgeldmenge, dem Indikator der Geldpolitik. Einer Zunahme der bereinigten Zentralbankgeldmenge mit einer Jahresrate von 5 1/2 vH im Zeitraum Januar bis März steht eine



Zunahme der Geldmenge in enger wie in weiter Abgrenzung von etwa  $\frac{1}{2}$  vH gegenüber. Dies rührt daher, daß die Expansion der Zentralbankgeldmenge zu Jahresbeginn überwiegend vom Bargeldumlauf getragen wurde, der Ende vergangenen Jahres kaum mehr zugenommen hatte. Daß es sich bei der Entwicklung der Geldmenge zu Jahresbeginn nicht um den Reflex einer restriktiven Geldpolitik handelt, zeigt sich an der gleich niedrigen Zuwachsrate für die Geldmenge in den unterschiedlichen Abgrenzungen. Bei stark restriktiver Geldpolitik laufen die Zuwachsraten weit auseinander, wie dies etwa 1981 zu beobachten gewesen war: Die Geldmenge M1 schrumpft, M2 expandiert hingegen stark, weil Sichteinlagen gegen Termineinlagen getauscht werden, deren Verzinsung rasch auf eine Geldverknappung reagiert, die Zuwachsrate von M3 liegt dazwischen, zum Teil werden auch Spareinlagen in Termineinlagen umgetauscht, weil die Sparzinsen nur mit Verzögerung auf veränderte Knappheitsverhältnisse am Geldmarkt reagieren.

Von April bis September stimmen das Expansions-tempo der Zentralbankgeldmenge mit einer Jahresrate von knapp 5 vH und die Zunahme der Geldmenge M3 mit reichlich 6 vH eher überein; anders als zu Jahresbeginn weitete sich in dieser Zeit die Reservekomponente der Zentralbankgeldmenge stärker aus als der Bargeldumlauf.

**219.** Am ausgeprägtesten war die Veränderung im Expansions-tempo der Geldmenge M1. Gemessen an der Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorquartal verringerte dieses sich von einer Jahresrate von  $18\frac{1}{2}$  vH für das erste Vierteljahr 1983 bis auf  $\frac{1}{2}$  vH für das erste Vierteljahr 1984 und blieb auch im zweiten (3 vH) und im dritten ( $2\frac{1}{2}$  vH) sehr niedrig. Starke Schwankungen im Expansions-tempo von M1 sind keineswegs ungewöhnlich, und sie bilden, wie die Erfahrung lehrt, zyklische Momente ebenso ab wie Veränderungen im Kurs der Geldpolitik. In der unter konjunkturellen Gesichtspunkten vergleichbaren Aufschwungsphase 1975/76 etwa hatte sich das Expansions-tempo von M1 von 18 vH im zweiten Vierteljahr 1975 auf  $1\frac{1}{2}$  vH im vierten Vierteljahr 1976 in ähnlichem Maße abgeschwächt. Von einer restriktiven Geldpolitik in dieser Zeit kann aber keine Rede sein. Auch die kurzfristigen wie die langfristigen Zinsen veränderten sich kaum. Damals wie heute kann die Abschwächung als Reaktion auf die starke Ausweitung des Geldangebots zuvor — 1975 beziehungsweise 1983 — gewertet werden. Der Zuwachs der Geldmenge M1 ist in diesem Jahr nur wenig schwächer als der des Sozialprodukts, die Geldausstattung, gemessen als Relation Geldmenge M1 zu Sozialprodukt, ist kaum knapper als 1983, einem Jahr, in dem M1 sehr stark zugenommen hatte. Gewisse Unterschiede zwischen 1975/76 auf der einen Seite und 1983/84 auf der anderen Seite werden bei M2 und vor allem bei M3 deutlich: Damals war eine verringerte Liquiditätsneigung mit einer Auffüllung von Termineinlagen und Spareinlagen einhergegangen, diesmal wurde vor allem nicht zum Geldvolumen zählendes Geldkapital gebildet.

Einen scharfen Einbruch im Expansions-tempo von M1 hatte es auch 1978/79 gegeben. Hier hatte allerdings vom Frühjahr 1979 an die Geldpolitik mitgewirkt, die den stark expansiven Impuls von 1978 zurücknahm. Die kurzfristigen Zinsen stiegen kräftig an.

#### Mehr privater Kredit, weniger öffentlicher Kredit

**220.** Mit der Fortsetzung des Aufschwungs und der anhaltenden Verbesserung der Unternehmenserträge haben sich in diesem Jahr naturgemäß die Finanzierungsverhältnisse der Unternehmen deutlich geändert. In der ersten Jahreshälfte investierten Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft und ohne Banken, Versicherungen und Bausparkassen netto mit 24 Mrd DM fast zwei Drittel mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres; vor allem die Vorräte wurden stark aufgestockt. Die Unternehmen konnten ihre Investitionen wieder in sehr hohem Maße, zu fast 95 vH, aus eigenen Mitteln finanzieren. Mit reichlich 6 Mrd DM war das Finanzierungsdefizit in der ersten Jahreshälfte zwar höher als im Vorjahr, aber wesentlich niedriger als in den Jahren 1980 bis 1982. Stärker noch als von der Veränderung des Finanzierungssaldos her zu erwarten war, hat sich die Kreditaufnahme der Unternehmen brutto erhöht. Im ersten Halbjahr 1983 war die Kreditaufnahme im Zuge der Konsolidierungsbemühungen der Unternehmen freilich sehr niedrig gewesen. In der höheren Verschuldung in diesem Jahr spiegeln sich wohl unter anderem die finanziellen Belastungen in einzelnen Bereichen durch den Arbeitskampf und die vorgezogenen Lohnsonderzahlungen. Kräftig zugenommen hat die Kreditaufnahme im Ausland; zum Teil handelt es sich dabei um eine verstärkte Inanspruchnahme von Zahlungszielen bei Importen und vermehrte Anzahlungen auf Exporte. Die abwartende Haltung der Investoren während der Tarifauseinandersetzung trägt zur Erklärung der verstärkten Geldvermögensbildung der Unternehmen bei. Aber doch nicht nur dies. Kurzfristige Bankeinlagen wurden stark abgebaut, Wertpapiere wurden in großem Umfang gekauft und zinsgünstige kurzfristige Anlagemöglichkeiten im Ausland wahrgenommen. Die hohe Exportnachfrage führte zu einer umfangreichen Gewährung von Handelskrediten an ausländische Abnehmer.

Bei den privaten Haushalten zeigt sich bei einer gegenüber dem ersten Halbjahr 1983 annähernd unveränderten Ersparnis und Geldvermögensbildung ebenfalls eine Strukturverschiebung zugunsten längerfristiger Anlagen, vor allem zugunsten von festverzinslichen Wertpapieren.

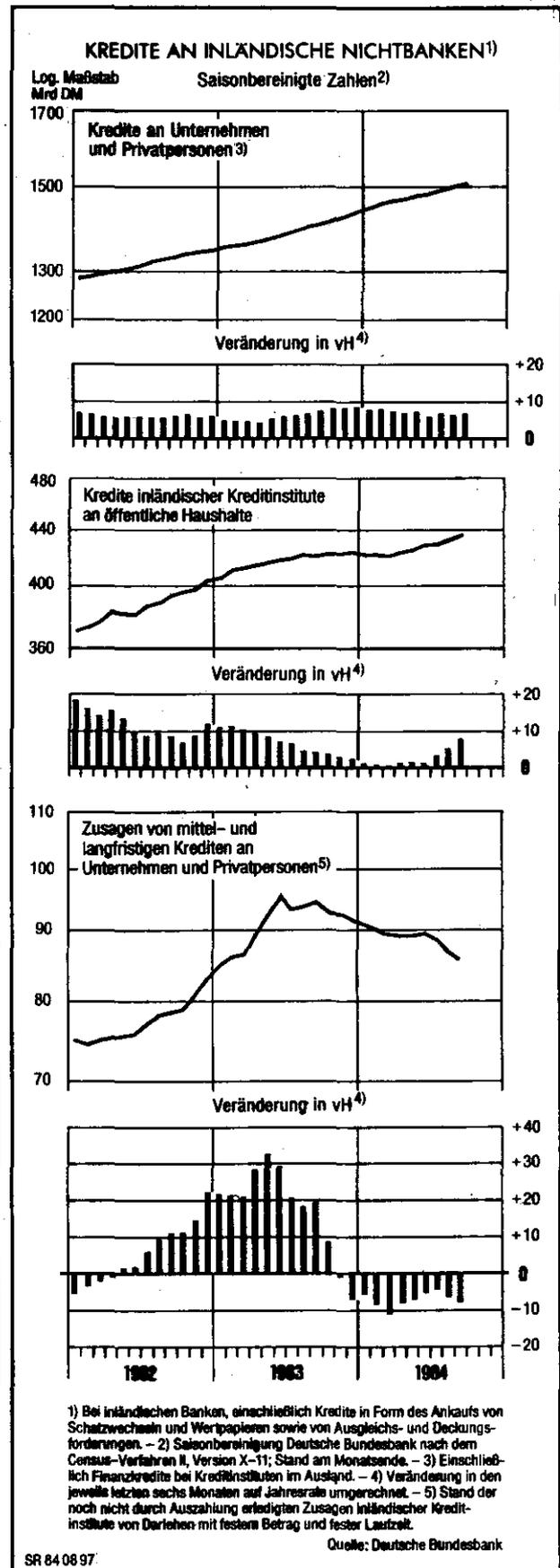
Die Finanzierungsdefizite der öffentlichen Haushalte waren im ersten Halbjahr um  $3\frac{1}{2}$  Mrd DM kleiner als vor einem Jahr, die Gebietskörperschaften konnten den Fehlbetrag sogar um  $8\frac{1}{2}$  Mrd DM verringern. Da die Sozialversicherungen ihr Defizit fast vollständig durch eine Auflösung von Geldvermögen abdeckten und die Gebietskörperschaften ihr Bruttogeldvermögen aufstockten, verringerte sich die Bruttokreditaufnahme nur um knapp 4 Mrd DM.

221. Die Beanspruchung der Kreditmärkte in der Bundesrepublik durch Unternehmen, private Haushalte, staatliche Stellen und ausländische Kreditnehmer zusammen war in den ersten neun Monaten 1984 höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Verschuldung durch Begebung von Anleihen hat dabei im Vergleich zum Bankkredit an Bedeutung gewonnen. Vor allem der Staat hat den Kapitalmarkt verstärkt genutzt, seine Kreditaufnahme bei Banken hingegen eingeschränkt. Auch ausländische Kreditnehmer haben ihre Verschuldung bei inländischen Banken kaum mehr ausgeweitet. Die Unternehmen hingegen haben sehr viel mehr Bankkredite genommen. Ihre Mittelaufnahme am Kapitalmarkt spielt nach wie vor eine untergeordnete Rolle, wenngleich die günstigen Bedingungen am Aktienmarkt noch einmal zu vergleichsweise hohen Emissionen anregten.

Bei den Fristen, zu denen Kredit genommen und gewährt wird, haben sich im Vergleich zum Vorjahr, das auch in dieser Hinsicht im Zeichen der Konsolidierung stand, geringe Veränderungen ergeben. In den ersten neun Monaten 1984 waren die im Inland zusätzlich aufgenommenen Bankkredite zwar immer noch ganz überwiegend langfristige Kredite. Zur gleichen Zeit des Vorjahres waren aber bei insgesamt geringerer Kreditaufnahme noch mehr zusätzliche langfristige Kredite gewährt worden. Besonders ausgeprägt war die Änderung erwartungsgemäß bei den Krediten an Unternehmen. Diese haben von Januar bis September 1984 netto deutlich weniger langfristige Bankkredite aufgenommen als vor einem Jahr, während die gesamte über Banken laufende Neuverschuldung stark anstieg. Besonders deutlich wird die Verschiebung in der Fristenstruktur, wenn man die überwiegend längerfristigen Kredite für den Wohnungsbau außer acht läßt. Am Kapitalmarkt hat sich keine so deutliche Verschiebung in den Fristen ergeben. Am Bruttoabsatz gemessen hatten etwa die Hälfte der emittierten Wertpapiere eine Laufzeit von mehr als vier Jahren.

222. Verläßt man den Vorjahresvergleich und betrachtet man die Entwicklung innerhalb des Jahres 1984, so bestätigt sich das Bild einer weiter kräftig zunehmenden Nachfrage der Unternehmen und Privatpersonen nach Bankkrediten. Sie weiteten ihre Verschuldung bei Banken von Januar bis September mit einer Jahresrate von 7 vH aus, nach fast 8 vH in den neun Monaten davor. Das Ausmaß der Neuausleihungen wird dadurch unterzeichnet, daß die Banken zu Jahresbeginn wieder umfangreiche Abschreibungen auf Inlandsforderungen vorgenommen haben, die von der Statistik nur unzureichend erfaßt werden und in dem Maße, wie dies nicht geschieht, das Bild der Neuausleihungen verzerren. Stellt man dies in Rechnung, so dürfte sich das Expansionstempo so gut wie gar nicht verringert haben. Das Bild verändert sich kaum, wenn man die Kreditaufnahme bei ausländischen Banken hinzunimmt (Schaubild 33).

Einen Hinweis auf die auf kurze Sicht zu erwartende Ausweitung der Kredite gibt die Entwicklung der Kreditzusagen. Die offenen Zusagen langfristi-



ger Kredite sind seit Mitte vergangenen Jahres rückläufig, nachdem sie in den zwölf Monaten davor außerordentlich stark gestiegen waren. Hierin spiegelt sich vor allem der Rückgang der Kreditwünsche in einigen Bereichen, etwa dem Wohnungsbau, für die der langfristige Kredit typisch ist. Kaum verändert haben sich dagegen — bei weiterem Anstieg der gesamten Zusagen kurzfristiger Kredite — die offenen Zusagen kurzfristiger Kredite.

**223.** Eine etwa gleich große Expansion der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben wie im vergangenen Jahr war mit einer geringeren Ausweitung des Geldangebots an der Geldbasis zu finanzieren. Die Bereitschaft zur langfristigen Mittelbindung in mindestreservefreien Bankeinlagen und am Kapitalmarkt war jedoch hoch. Insoweit banden Kreditbeziehungen kein Zentralbankgeld. Der Bargeldumlauf, der zu 100 vH Zentralbankgeld erfordert, hat zwar noch einmal stärker zugenommen als die Zentralbankgeldmenge, die Sichteinlagen und die Termineinlagen sind aber weniger gestiegen; die Spareinlagen, die mit den niedrigsten Mindestreservesätzen belastet sind, haben etwa in gleichem Maße zugenommen wie die Zentralbankgeldmenge.

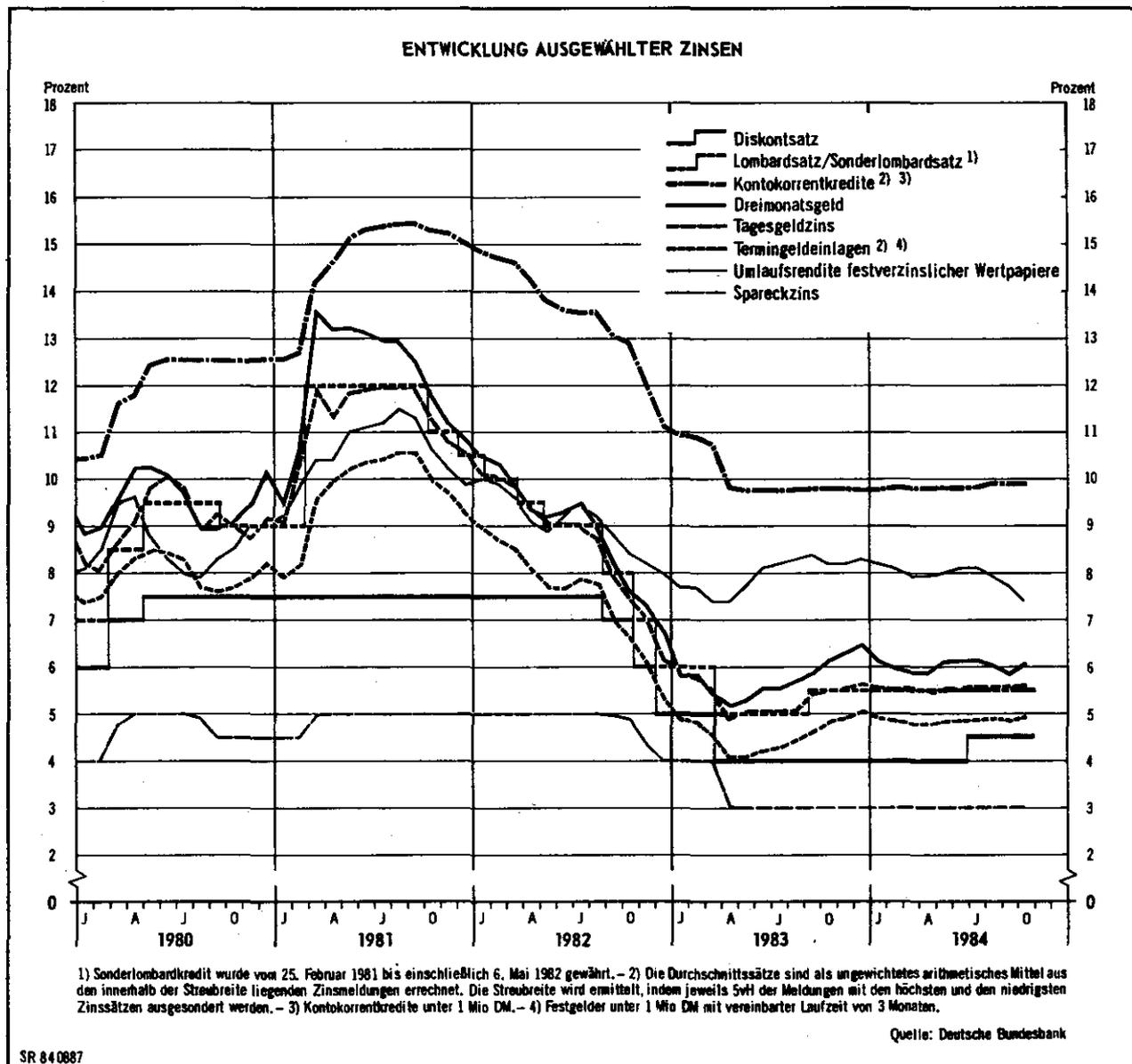
**224.** Die Zinsen sind im Jahresverlauf zunächst unverändert geblieben und vom Spätsommer an gesunken. Angebotsseitig wirkte eine höhere Anlagebegehr auf sinkende Zinsen hin. Der verringerte Preisauftrieb und eine allmählich wachsende Erwartung anhaltend niedriger Inflationsraten erklären dies. Das Angebot stieß freilich nicht nur auf die Nachfrage im Inland, sondern wurde von den

hohen Zinsgeboten ins Ausland gelockt. Es wirkte dort einem Zinsanstieg entgegen, während hier die Zinssenkung behindert wurde. Immerhin folgten die Zinsen für D-Mark-Kredite nicht dem zeitweiligen Wiederanstieg der Dollarzinsen, die Zinsdifferenz zum Dollarraum wurde größer. Das Risiko eines künftig wieder niedrigen Dollarkurses wurde allmählich höher eingeschätzt.

Am Markt für Bankkredite wirkte auch die Verringerung der Nachfrage dem vom Ausland bestimmten Anziehen der Zinsen entgegen. Die Mindernachfrage des Staates war größer als die Mehrnachfrage der Privaten. Letztere wäre noch größer ausgefallen, hätten nicht die Unternehmen ihre Investitionen in hohem Maße durch Eigenmittel finanzieren können. Andererseits ermöglichten es die verbesserten Gewinne und Gewinnaussichten, hohe Zinsen zu zahlen. Verglichen mit dem Tiefpunkt der Zinsen im Frühjahr 1983 waren langfristige Bankkredite im Herbst 1984 immer noch etwa  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt teurer; auch die Zinsen für Kontokorrentkredite sind noch nicht niedriger als damals; der Zins für Wechseldiskontkredite ist im Gefolge der Anhebung des Diskontsatzes um  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt gestiegen (Schaubild 34).

Am Kapitalmarkt verharrten die Zinsen bis zum Spätsommer auf einem Niveau von mehr als 8%, das sie Mitte vergangenen Jahres erreicht hatten. Seither sind sie aber deutlich gesunken; zuletzt lag die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere bei etwas über 7%. Das verringerte Interesse von Ausländern an inländischen Rentenwerten und die seit dem Frühjahr wieder gestiegenen Käufe ausländischer Wertpapiere durch Inländer zeigen den retardierenden Auslandseinfluß an.

Schaubild 34



**225.** Der Absatz festverzinslicher Wertpapiere hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres nicht das sehr hohe Ergebnis des Vorjahres erreicht. Brutto betrachtet betrug das Mittelaufkommen  $165\frac{1}{2}$  Mrd DM, netto, also nach Abzug der Tilgungen, 58 Mrd DM, das waren  $11\frac{1}{2}$  vH weniger als von Januar bis September 1983. Während zu Jahresbeginn die Anlageneigung wegen Zinssenkungserwartungen und aufgrund von Sondereinflüssen sehr hoch war, schwächte sie sich im weiteren Verlauf des Jahres zunächst ab. Das geringe Mittelaufkommen im zweiten Vierteljahr von netto  $7\frac{1}{2}$  Mrd DM nach  $29\frac{1}{2}$  Mrd DM im ersten Vierteljahr ist aber

wohl auch als Korrektur zu sehen; denn danach belebte sich der Absatz wieder deutlich. Vom Spätsommer an trugen erneuerte Erwartungen auf einen Zinsrückgang dazu bei.

Die Mittel zur Anlage am Kapitalmarkt kamen in erster Linie von Nichtbanken und in den ersten Monaten des Jahres, als sich der Dollar abschwächte, auch von Ausländern (Tabelle 24). Die Banken haben nur in geringem Umfang Wertpapiere erworben. Erst als die Zinsen zu sinken begannen, engagierten sie sich wieder stärker am Kapitalmarkt.

Emission und Erwerb von Wertpapieren  
Mio DM

Tabelle 24

Zeitraum	Festverzinsliche Wertpapiere							Aktien	
	Emission durch				Erwerb durch			Emission durch	
	inländische Stellen <sup>1)</sup>			Ausland <sup>4)</sup>	Inländer		Ausländer <sup>6)</sup>	inländische Unternehmen <sup>7)</sup>	ausländische Unternehmen <sup>8)</sup>
	zusammen	darunter			zusammen	darunter Nicht-banken <sup>5)</sup>			
Banken <sup>2)</sup>		öffentliche Hand <sup>3)</sup>							
1967	14 970	9 211	4 875	471	16 276	3 423	— 835	1 905	1 419
1968	17 668	13 922	3 818	4 103	21 922	7 692	— 151	3 144	2 831
1969	12 383	12 258	289	5 365	18 701	9 222	— 953	2 797	5 778
1970	14 312	11 934	2 157	1 042	14 537	12 211	817	3 592	2 668
1971	20 578	14 856	4 279	— 1 184	17 778	11 970	1 616	4 734	2 201
1972	34 067	26 074	7 206	— 4 314	22 024	15 322	7 729	4 129	1 769 <sup>9)</sup>
1973	25 010	21 432	4 120	— 231	18 283	14 786	6 496 <sup>6)</sup>	3 581	1 968
1974	25 082	19 616	5 837	675	27 706	12 713	— 1 949	3 525	2 693
1975	47 977	34 974	13 171	1 384	52 805	18 132	— 3 443	6 010	3 435
1976	47 859	31 731	16 676	1 354	46 085	32 127	3 129	6 081	1 515 <sup>4)</sup>
1977	49 777	28 937	21 256	4 551	53 640	22 088	687	4 368	3 542
1978	39 832	29 437	11 420	3 553	43 260	18 289	124	5 550	3 942
1979	41 246	36 350	6 011	3 726	40 936	39 301	4 036	5 513	3 541 <sup>4)</sup>
1980	45 218	41 546	4 934	7 338	52 261	33 166	294	6 948	3 569
1981	66 872	70 451	— 2 608	6 204	74 528	57 149	— 1 453	5 516	4 647
1982	72 726	44 795	28 563	10 983	81 487	36 722	2 223	5 921	3 278
1983	85 527	51 726	34 393	5 743	80 475	42 879	10 795	7 271	8 474
1983 1. Vj.	24 739	15 970	8 908	1 769	26 202	13 284	306	1 966	2 654
2. Vj.	21 444	16 853	4 834	1 903	22 141	7 578	1 206	1 627	2 171
3. Vj.	15 861	6 956	8 998	121	10 558	9 586	5 424	1 546	2 017
4. Vj.	23 483	11 947	11 653	1 950	21 573	12 430	3 860	2 132	1 632
1984 1. Vj.	27 072	12 890	13 705	— 12	22 344	27 357	4 716	1 075	2 528
2. Vj.	7 709	2 988	4 942	4 490	12 609	10 623	— 411	2 842	313
3. Vj.	20 569	11 675	9 293	4 998	25 162	12 512	405	1 078	— 1 188
1983 Jan	14 622	10 661	3 991	40	14 326	8 624	336	279	1 018
Feb	2 622	2 036	619	543	3 274	280	— 109	676	694
Mär	7 495	3 273	4 298	1 186	8 603	4 381	78	1 011	942
Apr	3 532	3 793	— 202	811	4 489	1 793	— 147	1 153	1 279
Mai	8 421	7 415	1 029	662	8 442	1 748	640	237	395
Jun	9 491	5 645	4 007	431	9 210	4 037	712	237	496
Jul	3 874	1 873	2 025	— 328	2 793	4 320	752	296	1 066
Aug	5 362	1 147	4 244	5	3 856	2 126	1 511	625	265
Sep	6 625	3 936	2 729	444	3 909	3 140	3 160	625	687
Okt	10 149	4 917	5 237	1 116	9 139	5 766	2 127	446	542
Nov	6 595	4 687	1 966	181	5 241	4 386	1 535	679	589
Dez	6 739	2 343	4 450	653	7 194	2 279	198	1 007	501
1984 Jan	13 510	8 407	5 052	— 412	11 282	16 768	1 816	551	1 209
Feb	6 701	2 294	4 419	— 513	4 331	5 837	1 858	295	965
Mär	6 861	2 189	4 234	912	6 731	4 752	1 042	229	354
Apr	2 367	354	2 078	1 603	3 479	3 308	490	268	— 79
Mai	3 942	2 980	989	1 242	5 470	3 999	— 287	1 439	— 219
Jun	1 400	— 346	1 875	1 645	3 660	3 316	— 614	1 135	611
Jul	5 239	3 148	2 426	2 587	7 572	6 320	254	294	— 821
Aug	9 668	4 845	4 880	1 619	10 484	6 070	803	526	— 234
Sep	5 662	3 682	1 987	792	7 106	122	— 652	258	— 133

1) Nettoabsatz zu Kurswerten unter Berücksichtigung von Eigenbestandsveränderungen der Emittenten.

2) Bankschuldverschreibungen ab 1969 ohne Bank-Namenschuldverschreibungen.

3) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost, jedoch ohne von der LAG-Bank für den LAG-Fonds begebene Schuldverschreibungen.

4) Nettoerwerb beziehungsweise Nettoveräußerung (—) ausländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Inländer.

5) Einschließlich Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds.

6) Nettoerwerb beziehungsweise Nettoveräußerung (—) inländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Ausländer.

7) Zu Kurswerten.

8) Nettoerwerb beziehungsweise Nettoveräußerung (—) ausländischer Dividendenwerte (einschließlich Direktinvestitionen und Investmentzertifikate) zu Transaktionswerten durch Inländer.

9) Statistisch bereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

**XI. Finanzpolitik: Weiter sinkende Defizite**

**226.** Bei Bund, Ländern und Gemeinden hat sich das Verhältnis von Ausgaben und Einnahmen in diesem Jahr erneut verbessert. Die Ausgaben sind im dritten Jahr hintereinander weniger gestiegen als das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential gewachsen ist. Stärker haben die Steuereinnahmen zugenommen. So konnte die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte weiter zurückgeführt werden. Das von konjunkturellen und sonstigen außergewöhnlichen Einflüssen bereinigte Defizit, das im Vorjahr noch 30 1/2 Mrd DM betragen hatte, verringerte sich auf 21 1/2 Mrd DM. Dieses bereinigte Defizit entspricht etwa dem Verschuldungsverhalten des Staates im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1977.

Mit der Rückführung der Haushaltsfehlbeträge in den letzten Jahren veränderte sich die Struktur von Ausgaben und Einnahmen. Statt Subventionen abzubauen, hat der Staat der Landwirtschaft und den gewerblichen Unternehmen noch mehr Hilfen gewährt als zuvor. Der Anteil öffentlicher Investitionen an den Gesamtausgaben hat sich beträchtlich verringert. Die Zunahme der Personalausgaben konnte deutlich gebremst werden.

**Geringer Anstieg der öffentlichen Ausgaben**

**227.** Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte beliefen sich 1984 auf rund 581 Mrd DM, das waren 2 vH mehr als im Vorjahr (Tabelle 25). Die Staatsquote, die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden (in der Abgrenzung der Finanzstatistik) bezogen auf das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential in jeweiligen Preisen, ging auf 31,7 vH zurück; sie hatte 1980 noch fast 34 vH betragen und 30,1 vH im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1977.

**228.** Die Struktur der öffentlichen Ausgaben hat sich in den letzten Jahren im Zuge der Haushaltskonsolidierung gewandelt. Die Verzinsung der öffentlichen Schuld hat stark an Gewicht gewonnen. Die Personalausgaben sind zurückgedrängt worden. Die öffentlichen Investitionen wurden deutlich gesenkt. Die Subventionen wurden merklich erhöht.

Mehr als ein Viertel des gesamten Ausgabenzuwachses der öffentlichen Haushalte entfällt 1984 auf die Zunahme der Zinsausgaben. Mit schätzungsweise 6 vH nehmen sie zwar deutlich schwächer zu als in den vorangegangenen Jahren; dennoch beanspruchen sie einen weiter wachsenden Anteil an den Gesamtausgaben. Während 1980 noch 5,7 vH der staatlichen Ausgaben auf Zinszahlungen entfielen, erhöhte sich dieser Anteil bis 1984 auf über 9 vH.

Der Anstieg der Zinsausgaben kann von der Haushaltspolitik kurzfristig nur wenig beeinflusst werden. Zum Anwachsen dieser Belastung der öffentlichen Haushalte trägt nicht nur die jeweilige Neuverschuldung bei, also der Betrag, um den sich der Schuldenstand erhöht; auch die Umschuldung frü-

herer Kredite führt vorläufig noch zu steigenden Zinslasten. Fällig werdende Altschulden, die häufig zu niedrigen Zinsen aufgenommen worden waren, müssen nun durch Aufnahme neuer Kredite bei hohen Zinssätzen abgelöst werden. Die durchschnittliche Verzinsung des Schuldenstandes hat sich so von 1980 bis 1984 von knapp 6 1/2 vH auf etwa 7 1/2 vH erhöht. Würde der Schuldenstand heute mit dem gleichen durchschnittlichen Satz verzinst wie 1980, so wären die Zinsausgaben etwa 10 Mrd DM geringer. Vom Anstieg der Zinsbelastung in den letzten vier Jahren (von 29 Mrd DM auf 54 Mrd DM) lassen sich demnach etwa zwei Fünftel allein auf die Erhöhung der Durchschnittsverzinsung und nur drei Fünftel auf den erhöhten Schuldenstand zurückführen. Freilich ist hier auch zu sehen, daß die hohe staatliche Kreditnachfrage in diesem Zeitraum ihrerseits das Zinsniveau nach oben gedrückt haben dürfte.

Solange die Zinsen nicht unter das Niveau der durchschnittlichen Verzinsung des Schuldenstandes sinken, ist mit einer weiteren Erhöhung der Zinsbelastung zu rechnen, da immer noch überwiegend niedrig verzinsliche in höher verzinsliche Kredite umgeschuldet werden müssen. Ein deutlich sinkendes Zinsniveau würde das Gewicht der Zinsausgaben auch nur langsam abnehmen lassen, da der Anteil hoch zu verzinsender Schulden nur allmählich zurückgehen wird. Die Phase einer sprunghaften Erhöhung der Zinsausgaben ist gleichwohl vorbei.

**229.** Die Personalausgaben der öffentlichen Haushalte nahmen mit 1 1/2 vH noch einmal schwächer zu als im Vorjahr. Eine Reihe von Gründen war hierfür maßgeblich. Im Frühjahr 1983 hatte man sich auf eine stufenweise Erhöhung der Löhne und Gehälter für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst geeinigt. Die Tarifverdienste waren im März 1983 um 2 vH erhöht worden und um je 1/2 vH zum 1. Juli 1983 und zum 1. März 1984. In den ersten acht Monaten 1984 waren die Löhne und Gehälter daher um durchschnittlich 1 1/4 vH höher als im Vorjahr. Für den Rest des Jahres wurde mit dem neuen Tarifvertrag eine einmalige Zahlung von 240 DM je Beschäftigten vereinbart. Die Bezüge der Beamten wurden 1984 nicht erhöht; sie lagen damit im Durchschnitt nur um 1 vH über dem Niveau des Vorjahres. Daneben wurde im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 die Eingangsbesoldung im höheren und gehobenen Dienst um eine Stufe gesenkt. Zum geringen Anstieg der Personalausgaben trug auch bei, daß abermals Stellen abgebaut wurden. Der Rückgang der Anzahl der Vollzeitbeschäftigten wurde nicht ganz durch eine Zunahme bei den Teilzeitbeschäftigten kompensiert. Bei Bund und Ländern ergaben sich weitere Einsparungen aus Stellenbesetzungssperren, die sich auf bis zu zwölf Monate erstrecken sowie aus dem Gebot der Stelleneinsparung um 1 vH.

**230.** Die Ausgaben für öffentliche Sachinvestitionen nahmen 1984 noch einmal leicht ab. Sie liegen nun um 12 1/2 Mrd DM und damit um 20 vH unter dem Niveau von 1980. Damals erreichten die Investitionsausgaben freilich wegen des Programms für

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte<sup>1)</sup>

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1981	1982	1983 <sup>2)</sup>	1984 <sup>3)</sup>	1982	1983 <sup>2)</sup>	1984 <sup>3)</sup>
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
<b>In der Abgrenzung der Finanzstatistik</b>							
Ausgaben (ohne Schuldentilgung) <sup>4) 5)</sup>	541,8	561,5	569,4	581	+ 3,7	+ 1,4	+ 2
Laufende Rechnung .....	443,5	465,5	476,9	487 <sup>1/2</sup>	+ 5,0	+ 2,4	+ 2 <sup>1/2</sup>
davon:							
Personalausgaben .....	172,5	177,2	182,2	184 <sup>1/2</sup>	+ 2,7	+ 2,8	+ 1 <sup>1/2</sup>
Sachaufwand <sup>6)</sup> .....	83,1	87,0	90,3	93	+ 4,7	+ 3,8	+ 3
Laufende Übertragungen <sup>7)</sup> .....	151,5	156,4	153,3	156	+ 3,3	- 2,0	+ 2
Zinszahlungen .....	36,4	44,9	51,0	54	+23,3	+13,7	+ 6
Kapitalrechnung .....	98,1	95,8	92,1	93	- 2,4	- 3,9	+ 1
davon:							
Sachinvestitionen .....	57,0	52,0	48,2	47 <sup>1/2</sup>	- 8,7	- 7,4	- 1
Vermögensübertragungen .....	25,5	27,0	25,7	25 <sup>1/2</sup>	+ 5,9	- 4,9	- 1 <sup>1/2</sup>
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen .....	15,6	16,7	18,2	20	+ 7,3	+ 8,6	+10
Saldo im Verrechnungsverkehr <sup>7)</sup> ..	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 1/2	x	x	x
Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel) <sup>4)</sup> .....	466,1	491,6	514,1	536 <sup>1/2</sup>	+ 5,5	+ 4,6	+ 4 <sup>1/2</sup>
Laufende Rechnung .....	450,0	473,3	495,3	519	+ 5,2	+ 4,6	+ 5
darunter: Steuern .....	370,2	378,5	396,3	416 <sup>1/2</sup>	+ 2,3	+ 4,7	+ 5
Kapitalrechnung .....	16,1	18,3	18,8	17 <sup>1/2</sup>	+13,9	+ 2,9	- 6 <sup>1/2</sup>
Saldo der durchlaufenden Mittel ..	0,0	0,0	0,0	0	x	x	x
Finanzierungssaldo .....	-75,7	-69,9	-55,2	-44 <sup>1/2</sup>	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote <sup>8)</sup> .....	33,9	33,1	32,1	31,7	x	x	x
Steuerquote <sup>9)</sup> .....	24,0	23,7	23,7	23,8	x	x	x
<b>In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen</b>							
Ausgaben .....	515,7	532,3	540,4	553 <sup>1/2</sup>	+ 3,2	+ 1,5	+ 2 <sup>1/2</sup>
Einnahmen .....	450,7	470,0	495,0	520 <sup>1/2</sup>	+ 4,3	+ 5,3	+ 5
davon:							
Steuern .....	386,5	395,2	414,7	437 <sup>1/2</sup>	+ 2,2	+ 4,9	+ 5 <sup>1/2</sup>
Sonstige Einnahmen .....	64,2	74,8	80,3	83	+16,5	+ 7,2	+ 3 <sup>1/2</sup>
Finanzierungssaldo .....	-65,0	-62,3	-45,5	-33	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote <sup>10)</sup> .....	32,3	31,4	30,4	30,2	x	x	x
Steuerquote <sup>11)</sup> .....	25,0	24,7	24,8	25,1	x	x	x

<sup>1)</sup> Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände.

<sup>2)</sup> Schätzung nach Teilergebnissen.

<sup>3)</sup> Eigene Schätzung.

<sup>4)</sup> Gesamtausgaben bzw. Gesamteinnahmen nach Abzug der Zahlungen von Gebietskörperschaften (Zuweisungen, Darlehen, Darlehensrückflüsse), einschließlich der Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

<sup>5)</sup> Einschließlich der Zahlung früher gestundeter Zuschüsse an die Sozialversicherung; 1981: 1,5 Mrd DM.

<sup>6)</sup> Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.

<sup>7)</sup> Saldo noch nicht verrechneter Zuweisungen und Übertragungen zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften.

<sup>8)</sup> Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

<sup>9)</sup> Kassenmäßige Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte in vH des Bruttosozialprodukts.

<sup>10)</sup> Ausgaben der Gebietskörperschaften in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

<sup>11)</sup> Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle für Finanzstatistik: BMF

Zukunftsinvestitionen ihren bisher höchsten Stand.

Für den Rückgang der öffentlichen Investitionen in den letzten Jahren war das Verhalten der Gemeinden entscheidend, auf die etwa zwei Drittel dieser Investitionen entfallen. Deren Zurückhaltung wurde nicht nur durch die ungünstige Einnahmentwicklung, sondern auch durch die Kürzung der Finanzzuweisungen bestimmt, die die meisten Länder im Zuge ihrer Konsolidierungsbemühungen vornahmen. In gewissem Umfang hat das auch damit zu tun, daß mittlerweile die Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen gut ist. Wegen der abnehmenden Anzahl von Kindern besteht kaum mehr Bedarf an neuen Schulen und Kindergärten. Vor allem kleinere Gemeinden und Stadtumlandgemeinden sind ausreichend mit öffentlichen Einrichtungen ausgestattet. Zu sehen ist aber auch, daß, vor allem in größeren Städten, neue Bedarfsschwerpunkte in den Vordergrund rücken. Zusätzliche Aufgabenfelder wie Stadterneuerung, Wohnumfeldverbesserung, Altenbetreuung, Umweltschutz und Beseitigung von Umweltschäden haben an Gewicht gewonnen und haben auch Konsequenzen für tradi-

tionelle Bereiche wie Abfallbeseitigung und Abwasserentsorgung oder Nahverkehrssysteme.

231. Der Abbau von Subventionen wurde wieder nicht in Angriff genommen. Im Gegenteil: Steuervergünstigungen und Finanzhilfen nahmen 1984 um 9½ vH zu. Die Ursachen dafür liegen zum Teil darin, daß sich die Haushaltsbelastungen aus Steuervergünstigungen schon bei unveränderten Regelungen erhöhen, zum Teil aber auch darin, daß zusätzliche Subventionen gewährt wurden.

Bei den zusätzlichen Subventionen schlugen am stärksten die aufgrund der Agrarbeschlüsse der Europäischen Gemeinschaften getroffenen Maßnahmen zu Buche (Tabelle 26, Ziffer 430). Aber auch ohne diese fiel das Subventionsvolumen höher aus. Die Finanzhilfen des Bundes (ohne die zusätzlichen Hilfen für die Landwirtschaft) nahmen 1984 um 7 vH, also deutlich stärker zu als die Gesamtausgaben des Bundes, die Einnahmehausfälle aus Steuervergünstigungen sogar um 10 vH. Für beide Arten von Subventionen waren noch im vergangenen Jahr niedrigere Ansätze veranschlagt worden.

Tabelle 26

## Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
<b>1983</b>	
26. Oktober	Die Bundesregierung hat im Hinblick auf die künftige Beteiligungspolitik des Bundes beschlossen, Beteiligungen in solchen Fällen, wo dies ohne Beeinträchtigung staatlicher Belange möglich ist, zu verringern. Als erster Schritt ist vorgesehen, zum 1. Januar 1984 die Beteiligung des Bundes an der VEBA AG von bisher 43,75 vH durch Verkauf von Aktien im Nennbetrag von 232 Mio DM auf 30 vH zu mindern. Ein Teil dieser Aktien wird für Anlagen nach dem vierten Vermögensbildungsgesetz reserviert. Der Verkauf solcher Aktien wird durch eine Zulage gefördert, wenn sie für sechs Jahre fest angelegt werden.
21./22. November	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ überprüft seine Steuerschätzung für die in den Jahren 1983 und 1984 zu erwartenden Steuereinnahmen. Ausgehend von einer Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts von gut 4 vH im Jahre 1983 und von knapp 5 vH im Jahre 1984 rechnet der Arbeitskreis mit Steuereinnahmen von 395,2 Mrd DM bzw. 420,6 Mrd DM. Die Steuerquote wird danach 1983 etwa 23,7 vH betragen und 1984 auf 24,0 vH ansteigen.
26. November	Das „Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern“ wird verkündet. Durch ein befristetes Angebot von finanziellen Anreizen wird die Rückkehrbereitschaft von Ausländern gefördert.
21. Dezember	Der Bundestag verabschiedet in zweiter und dritter Lesung den Bundeshaushalt 1984. Er weist ein Volumen von 257,14 Mrd DM und eine Nettokreditaufnahme von 33,61 Mrd DM auf.
22. Dezember	Das „Gesetz über Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte und zur Stabilisierung der Finanzentwicklung in der Rentenversicherung sowie über die Verlängerung der Investitionshilfeabgabe (Haushaltsbegleitgesetz 1984)“ wird verkündet. Neben den schon bekannten Elementen (im einzelnen siehe JG 83 Tabelle 28) wird die durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983 eingeführte Investitionshilfeabgabe um ein Jahr auf drei Jahre verlängert, sie wird also für die Jahre 1983, 1984 und 1985 erhoben. Die Rückzahlung soll ab 1990 erfolgen.
	Verkündung des „Gesetzes zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und zur Einschränkung von steuerlichen Vorteilen (Steuervergünstigungsgesetz 1984)“. Steuerliche Erleichterungen ergeben sich im einzelnen durch: Entlastung bei der Vermögensteuer, den Ertragsteuern, der Gewerbesteuer, gleichzeitig aber Einschränkung der Steueranreize bei Bauherrenmodellen und Halbierung der Ausbildungsfreibeträge.

Datum	
1984	
1. Januar	<p>Das „Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Kapitalbeteiligung (Vermögensbeteiligungsgesetz)“ tritt in Kraft.</p> <p>Nachdem sich die bisherige Förderung überwiegend auf Geldsparformen, Bausparbeiträge und Beiträge zu Lebensversicherungen konzentrierte, enthält das Vermögensbeteiligungsgesetz nun gezielt Anreize zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— durch Aufstockung des Förderungsrahmens von 624 DM auf 936 DM, beschränkt auf Produktivkapitalbeteiligung bei gleichzeitiger Ausweitung des Anlagekatalogs (4. Vermögensbildungsgesetz),</li> <li>— durch Einfügung eines neuen Paragraphen 19 a in das EStG, der eine Steuervergünstigung bis zu 300 DM bei der unentgeltlichen oder verbilligten Überlassung von Vermögensbeteiligungen an den Arbeitnehmer vorsieht.</li> </ul>
18. Januar	<p>Nach ersten vorliegenden Kassenzahlen schließen die öffentlichen Haushalte 1983 mit einem Fehlbetrag von rund 54 Mrd DM ab; davon entfallen rund 32 Mrd DM auf den Bund, 21 Mrd DM auf die Länder und 1 Mrd DM auf die Gemeinden. Die Finanzierungsdefizite sind damit um etwa 15 Mrd DM niedriger als 1982. Für den Bundeshaushalt bedeutet dies, daß die Ist-Ausgaben mit 248,7 Mrd DM um 2,6 vH oder 6,5 Mrd DM unter dem Soll liegen. Die Einnahmen übersteigen mit 2,9 Mrd DM — davon 2,3 Mrd DM Steuern — die Ansätze, so daß die Nettokreditaufnahme auf knapp 32 Mrd DM beschränkt werden konnte. Sie liegt damit um etwa 9,5 Mrd DM unter der veranschlagten Kreditermächtigung. Minderausgaben haben sich vor allem bei den Aufwendungen für Arbeitslosigkeit, in einzelnen Bereichen von gesetzlich festgelegten Sozialleistungen, bei den Gewährleistungen und Zinsen sowie auch bei Subventionen ergeben.</p>
19./20. März	<p>Nach dem Beschluß des Europäischen Rates verabschiedet der Agrarministerrat Regelungen, die zu einer Anpassung der Agrarpolitik an die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinschaft führen sollen, insbesondere durch Einführung von Garantiemengenbegrenzungen für Überschußprodukte und durch teilweise Senkung der Stützpreise, im einzelnen verschlechternde folgende Entscheidungen die Einkommenslage der Bauern: Marktmengenbegrenzung für Milch ab 1. April 1984, ein rechnerischer „kostenneutraler“ Abbau des Grenzausgleichs um 3% ab 1. April 1984, der faktisch nicht völlig kostenneutral war, ein weiterer Abbau des Grenzausgleichs um 5% ab 1. Januar 1985, Preissenkungen bei einer Reihe von Produkten im Wirtschaftsjahr 1984/85.</p>
26./28. März	<p>Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ legt seine Schätzung der Steuereinnahmen für die Jahre 1984 bis 1988 vor. Unter Zugrundelegung einer Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts um 5,3 vH rechnet er für das Jahr 1984 mit Steuereinnahmen von 418,6 Mrd DM, das sind 5,6 vH mehr als im Vorjahr. In den folgenden Jahren wird mit einem jährlichen Zuwachs von rund 6,7 vH gerechnet, die Steuerquote wird damit von 23,8 vH im Jahre 1984 auf 24,7 vH im Jahre 1988 ansteigen.</p>
28. März	<p>Die Bundesregierung beschließt den Entwurf eines „Steuerbereinigungsgesetz 1985“. Der Gesetzesentwurf enthält Rechtsänderungen in 34 Einzelsteuergesetzen und Rechtsverordnungen, die aus Vereinfachungsgründen, infolge der höchstrichterlichen Rechtsprechung oder zur Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen vorgeschlagen werden (Schwerpunkt: Anerkennung von zwangsläufigen Kinderbetreuungskosten bei alleinerziehenden Elternteilen, Weiterentwicklung des steuerlichen Verfahrensrechts, Umsetzung der EG-Richtlinien über die steuerliche Amtshilfe und Vereinfachung des Steuerrechts).</p>
5. April	<p>Der Finanzplanungsrat berät die Haushaltsabschlüsse 1983, die Haushaltsentwicklung 1984 sowie erste vorläufige volks- und finanzwirtschaftliche Annahmen für die Aufstellung der Haushaltsentwürfe 1985 und für die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzpläne bis 1988. Er hält es für erforderlich, den eingeschlagenen Konsolidierungskurs beizubehalten. Das Wachstum der öffentlichen Ausgaben sei mittelfristig auf eine Größenordnung von 3 vH jährlich zu begrenzen. Dabei sollten die Gebietskörperschaften bemüht sein, die wachstums- und beschäftigungsfördernden Ausgaben zu verstärken. Maßnahmen zur Förderung der Familie und Änderungen der Einkommensbesteuerung sollten im Einklang mit der unverändert vorrangigen Aufgabe der Haushaltskonsolidierung stehen. Ferner sei auf die ausgewogene Verteilung der Lasten zwischen den bundestaatlichen Ebenen zu achten.</p>
30. April	<p>Die Regierungskoalition berät über die vom Bundesfinanzminister für 1986 vorgeschlagene Reform der Lohn- und Einkommensteuer. Die vorgesehenen Steuerentlastungen belaufen sich für 1988 auf rund 25 Mrd DM (1986: 20,6 Mrd DM); davon entfallen rund 5 Mrd DM auf eine Erhöhung der Kinderfreibeträge (bei gleichzeitigem Wegfall der Sonderausgabenbeträge für Kinder im Rahmen der Vorsorgeaufwendungen) und rund 20 Mrd DM auf Tarifkorrekturen, die die Grenzbelastung in der gesamten Progressionszone in Richtung auf einen linear ansteigenden Verlauf verringern sollen. Dem vorgeschlagenen Tarif T 1 zufolge steigt die Grenzbelastung des zu versteuernden Jahreseinkommens (Ledige/Verheiratete ohne Kinder)</p>

noch Tabelle 26

Datum	
1984 noch 30. April	<p>— in der ersten Progressionszone (18 000/36 000 DM bis 80 000/160 000 DM) von 22 vH auf 50,6 vH, also um 28,6 Prozentpunkte gegenüber 31,3 Prozentpunkten beim geltenden Tarif 1981 (im Einkommensbereich bis 60 000/120 000 DM um knapp 21 Prozentpunkte gegenüber gut 28 Prozentpunkten jetzt);</p> <p>— in der zweiten Progressionszone (bis 130 000/260 000 DM) von 50,6 vH auf den beibehaltenen Höchstsatz von 56 vH, also um 5,4 Prozentpunkte gegenüber 2,7 Prozentpunkten jetzt.</p> <p>Die Reform soll dem Vorschlag zufolge teilweise aus dem Abbau von Vergünstigungen und aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer oder der Mineralöl- und der Tabaksteuer finanziert werden.</p> <p>Die Bundesregierung plant, Einkommensausfälle der Landwirtschaft, die auf den Abbau des EG-Währungsausgleichs sowie auf die einschneidenden Maßnahmen im Bereich der landwirtschaftlichen Marktordnungen zurückgehen, durch Änderungen des Umsatzsteuerrechts zu mildern. Vorgesehen ist: Der Umsatzsteuer-Durchschnittssatz für landwirtschaftliche Umsätze der pauschalierenden Landwirte wird von 8 vH auf 11 vH erhöht; gleichzeitig erhalten alle Landwirte das Recht, ihre Umsatzsteuerschuld um 3 vH ihrer Umsätze zu kürzen (der Vorsteuerabzug bleibt davon unberührt). Die Regelung führt im ersten Entstehungsjahr zu Steuerausfällen von 1,6 Mrd DM mit der Tendenz eines Anstiegs auf etwa 3 Mrd DM im Jahre 1988.</p>
18./19. Juni	<p>Der Arbeitskreis „Steuerschätzung“ überprüft seine Schätzergebnisse für die Jahre 1984 bis 1988. Gegenüber der Schätzung vom März dieses Jahres ergeben sich bei unveränderten abgabenrechtlichen Regelungen keine wesentlichen Änderungen. Im Entwurf des Bundeshaushalts 1985 und bei der Fortschreibung der Finanzplanung sind jedoch geplante Rechtsänderungen zu berücksichtigen, vor allem die anstehenden EG-Beschlüsse über die Anhebung der Mehrwertsteuer-Eigenmittelgrenze für 1986 und 1987 von 1 vH auf 1,4 vH und die vom Europäischen Rat eröffnete Möglichkeit einer Anhebung für 1988 auf 1,6 vH; bei einer vollen Ausschöpfung verliert der Bund aus seinem Anteil an den Steuern vom Umsatz im Jahre 1988 rund 4,3 Mrd DM, im Jahre 1987 rund 4,6 Mrd DM und im Jahre 1988 rund 7,3 Mrd DM. Darüber hinaus bringt die Anhebung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft Bund und Ländern Mindereinnahmen.</p>
25./26. Juni	<p>Beim Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Fontainebleau werden wichtige Entscheidungen im Hinblick auf die Entwicklung und Erweiterung der Gemeinschaft, die Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik, Probleme der Ungleichgewichte im EG-Haushalt, die Erweiterung des Finanzrahmens der Gemeinschaft sowie die Verbesserung ihrer Haushaltsdisziplin getroffen.</p> <p>Folgende Entscheidungen sind hervorzuheben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Haushaltsungleichgewichte: Für den Zeitraum bis zur Ausschöpfung des neuen 1,4 vH-Mehrwertsteuer-Eigenmittelpfands gilt, daß Großbritannien 1984 einen pauschalen Ausgleich von 1 Mrd ECU erhält und ab 1985 einen Ausgleich von 66 vH seiner Belastung, wie sie sich aus der Differenz zwischen Abführung an Mehrwertsteuer und Rückflüssen aus dem Gemeinschaftshaushalt ergibt. (Belastung des Bundeshaushalts durch diese Regelung 1985 etwa 240 Mio ECU, mit steigenden Beträgen für die folgenden Jahre.)</li> <li>— Finanzausstattung: Die Mehrwertsteuer-Eigenmittelgrenze soll zum 1. Januar 1986 — also zum Zeitpunkt des Beitritts von Spanien und Portugal — von 1 vH auf 1,4 vH angehoben werden. Eine weitere Anhebung auf 1,6 vH zum 1. Januar 1988 wird erwogen.</li> <li>— Agrarbeschlüsse: Siehe 19./20. März 1984.</li> </ul>
1. Juli	<p>Das erste Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes tritt in Kraft. Zweck dieser Neuregelung ist es, die Einkommensverluste auszugleichen, die der deutschen Landwirtschaft durch den Wegfall des Währungsausgleichs entstehen. Im Gegensatz zu den ursprünglichen Plänen (siehe 30. April 1984) wird der Umsatzsteuer-Durchschnittssatz von 8 vH auf 13 vH (vom 1. Juli 1984 bis 31. Dezember 1988) bzw. 11 vH (vom 1. Januar 1989 bis 31. Dezember 1991) erhöht, der Anspruch auf Kürzung der Umsatzsteuerschuld entsprechend auf 5 vH bzw. 3 vH der erzielten Umsätze fixiert. Den Landwirten verbleibt damit ein größerer Teil ihrer Erlöse. (Einkommensausgleich über die gesamte Laufzeit von insgesamt rund 18,4 Mrd DM.)</p>
3. Juli	<p>Das Bundeskabinett beschließt den Entwurf des Bundeshaushalts 1985 und den Finanzplan 1984 bis 1988. Der Ausgabenspielraum 1985 soll 260,2 Mrd DM betragen. Das entspricht einer Steigerungsrate von 2,4 vH gegenüber dem voraussichtlichen Ist-Ergebnis 1984 von rund 254 Mrd DM; gegenüber dem Soll 1984 ergibt sich eine Steigerungsrate von 1,2 vH. In den Jahren 1986 bis 1988 soll die Obergrenze der Steigerungsrate der Gesamtausgaben 3 vH pro Jahr betragen, die Nettokreditaufnahme 1985 etwa 24 Mrd DM. Das bedeutet im Vergleich zum bisherigen Finanzplan eine Verminderung um fast 9 Mrd DM. Für 1988 ist eine Nettokreditaufnahme von 22,4 Mrd DM vorgesehen.</p>

Datum	
<p>1984 noch 3. Juli</p>	<p>Im einzelnen spiegeln Haushaltsentwurf und Finanzplan folgende Entscheidungen der Bundesregierung (Stand Oktober 1984) wider:</p> <p><b>1. Senkung der Lohn- und Einkommensteuer</b></p> <p>Ab 1986</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— werden die Kinderfreibeträge von 432 auf 2 484 DM erhöht; der bisherige kinderbedingte Erhöhungsbetrag bei den Sonderausgaben für Vorsorgeaufwendungen (bis zu 900 DM pro Monat) entfällt;</li> <li>— werden die Grundfreibeträge um 324/648 DM auf dann 4 536/9 072 DM für Alleinstehende bzw. Verheiratete erhöht;</li> <li>— tritt der erste Teil der vorgesehenen Tarifverbesserungen durch eine leichte Abflachung der Progression des Einkommensteuertarifs in Form eines „Zwischentarifs“ für die Jahre 1986 und 1987 in Kraft.</li> </ul> <p>Ab 1988 wird in einem zweiten Schritt die vorgesehene Tarifverbesserung voll wirksam. Die Grenzbelastung, d. h. die zusätzliche Besteuerung des zusätzlich verdienten Einkommens wird im gesamten Progressionsbereich und hier vor allem für mittlere Einkommen deutlich verringert, allerdings weniger stark, als es der Bundesfinanzminister vorgeschlagen hatte (siehe 30. April 1984). Im einzelnen ist die Grenzbelastung des zu versteuernden Jahreseinkommens (Ledige/Verheiratete ohne Kinder) dem neuen Tarif T 1A zufolge</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— in der unteren Proportionalzone (4 536/9 072 DM bis 18 000/36 000 DM) wie bisher konstant 22 vH;</li> <li>— in der ersten Progressionszone (bis 80 000/160 000 DM) ansteigend von 22 vH auf 50 vH (bisher: 22 vH auf 53,3 vH);</li> <li>— in der zweiten Progressionszone (bis 130 000/260 000 DM) ansteigend von 50 vH auf 56 vH (bisher: 53,3 vH auf 56 vH);</li> <li>— in der oberen Proportionalzone (ab 130 000/260 000 DM) wie bisher konstant 56 vH.</li> </ul> <p>Die stärkste Reduktion der Grenzbelastung, von 45,3 vH auf 39,8 vH, ergibt sich bei einem zu versteuernden Einkommen von 43 902/87 904 DM.</p> <p>Das Volumen beider Entlastungsschritte beläuft sich 1988 nach Schätzungen der Bundesregierung auf etwa 20 Mrd DM; die kassenmäßigen Auswirkungen für den Bund betragen in den Jahren 1986 bis 1988 etwa 4,2 bzw. 5,0 bzw. 8,2 Mrd DM. Die Steuersenkungen erfolgen ohne einen Ausgleich durch Steuererhöhungen und ohne den Abbau von Steuervergünstigungen. Die Koalition hat auch festgelegt, daß zusätzliche Steuerentlastungen bis 1988 nicht in Betracht kommen.</p> <p><b>2. Familienpolitik</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Das Mutterschaftsgeld wird zu einem Erziehungsgeld für alle Mütter (bzw. Väter) von 600 DM monatlich erweitert. Es wird ab 1. Januar 1986 zehn Monate lang, ab 1. Januar 1988 zwölf Monate lang gezahlt. Ab dem 7. Monat wird das Erziehungsgeld einkommensabhängig gezahlt.</li> <li>— Für arbeitslose Jugendliche bis 21 Jahre wird ab 1985 Kindergeld gezahlt.</li> <li>— Für Geringerverdienende, bei denen der erhöhte steuerliche Kinderfreibetrag nicht oder nicht voll zum Tragen kommt, wird ab 1986 ein Zuschlag zum Kindergeld von bis zu 45 DM je Kind und Monat eingeführt.</li> </ul> <p><b>3. Vorsorge für die Erhöhung der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaft</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Im Finanzplan des Bundes bis 1988 sind die finanziellen Auswirkungen der Entscheidungen des Europäischen Rates vom 25./26. Juni 1984 enthalten, insbesondere die im Zusammenhang mit dem Beitritt Spaniens und Portugals für 1986 vorgesehene Erhöhung der Bundesleistungen an die Europäische Gemeinschaft von 1 vH auf 1,4 vH der Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage.</li> </ul> <p><b>4. Ausgleich für die deutsche Landwirtschaft aufgrund der Entscheidungen der EG</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Erhöhung der Umsatzsteuervorteile für die Landwirtschaft (siehe 1. Juli 1984).</li> <li>— Ankauf von Milchquoten, die Landwirten im Rahmen der Garantiemengenbegrenzung zugeteilt worden sind („Milchrente“). Die Bundesmittel für die landwirtschaftliche Unfallversicherung werden von 280 Mio DM auf 400 Mio DM jährlich erhöht.</li> </ul> <p>Das Bundeskabinett verabschiedet außerdem Leitlinien zur Neuregelung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Mit Wirkung ab 1. Januar 1987 sollen Bauherren und Erwerber von selbstgenutztem Wohneigentum für die Dauer von acht Jahren jährlich 5 vH der Herstellungs- oder Anschaffungskosten, höchstens aber 5 vH von 300 000 DM (gegenüber bisher 200 000 DM) steuerlich absetzen können. Die besondere steuerliche Förderung nicht selbstgenutzten Wohneigentums entfällt.</li> </ul>

noch Tabelle 26

Datum	
1984 noch 3. Juli	<ul style="list-style-type: none"> <li>— Die steuerliche Entlastung von Bauherren und Erwerbern mit Kindern wird in der Weise verbessert, daß mit Wirkung ab 1. Januar 1987 für jedes im Haushalt des Steuerpflichtigen lebende Kind eine Entlastung in Höhe eines Freibetrages von 2 400 DM oder eines Abzugs von der Steuerschuld in Höhe von 600 DM jährlich gewährt wird.</li> <li>— Die einkommensteuerrechtliche Behandlung aller Formen selbstgenutzten Wohneigentums soll künftig gleich sein. Es ist also nicht mehr von Bedeutung, ob der Eigentümer ein Einfamilienhaus, eine Eigentumswohnung oder eine Wohnung in einem Zwei- oder Mehrfamilienhaus selbst nutzt.</li> <li>— Ziel der Bundesregierung ist der Wegfall der Nutzungswertbesteuerung nach § 21 Abs. 2 und § 21 a EStG im Rahmen der Neuregelung der steuerlichen Förderung selbstgenutzten Wohneigentums.</li> </ul>
21. August	Der Wissenschaftliche Beirat veröffentlicht sein Gutachten „Zu den Problemen einer Verringerung der öffentlichen Netto-Neuverschuldung“, das sich ausführlich mit den Ursachen und den Folgen einer anhaltenden hohen öffentlichen Netto-Neuverschuldung befaßt. Der Beirat legt darin die Notwendigkeit einer Reduzierung der staatlichen Kreditaufnahme dar und diskutiert alternative Konsolidierungsstrategien.
3. Oktober	Die Bundesregierung beschließt die Abschaffung der Kapitalertragsteuer auf Zinsen inländischer festverzinslicher Wertpapiere im Besitz von Ausländern („Kuponsteuer“) rückwirkend zum 1. August 1984. (Einnahmen 1983: brutto 537 Mio DM, nach Abzug der Erstattungen netto 213 Mio DM)
4. November	Als zweiter Schritt zur Privatisierung von Bundesunternehmen legt der Bundesfinanzminister eine Liste von 11 Unternehmen vor, an denen der Bund seine Beteiligungen noch in dieser Legislaturperiode (bis 31. März 1987) verringern könnte, unter anderem sind Teilprivatisierungen bei der Lufthansa AG, der Volkswagen AG, der Vereinigten Industrie-Unternehmen AG (VIAG), der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Deutschen Pfandbriefanstalt, der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank (DSL-Bank), der Deutschen Verkehrs-Kreditbank vorgesehen. Aus diesen Teilprivatisierungen erwartet der Bundesfinanzminister einen Verkaufserlös von insgesamt etwa 1,5 bis 2 Mrd DM.
6. November	Das Bundesverfassungsgericht erklärt das Investitionshilfegesetz vom 20. Dezember 1982, geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984, für unvereinbar mit den Vorschriften des Grundgesetzes der Bundesrepublik über die Gesetzgebungskompetenz des Bundes und damit für nichtig. Nach dem nun für ungültig erklärten Gesetz sollten Steuerzahler mit höherem Einkommen (ab 50 000/100 000 DM für Ledige/Verheiratete) sowie Körperschaften in den Jahren 1983 bis 1985 eine unverzinsliche Investitionshilfeabgabe in Höhe von 5 vH ihrer Steuerschuld entrichten (Aufkommen 1983: 540 Mio DM, 1984 bis September: 1,3 Mrd DM). Von 1990 bis 1993 sollte die Abgabe dann zurückgezahlt werden. Abgabepflichtige mit Einkünften aus Gewerbebetrieb, selbständiger Arbeit und Land- und Forstwirtschaft konnten die Abgabe durch Investitionen in fünffacher Höhe vermeiden.
7. November	<p>Das Bundeskabinett beschließt einen Gesetzentwurf über steuerliche Erleichterungen für schadstoffarme Autos:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Ab Januar 1985 soll eine Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für schadstoffarme Autos für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren eingeführt werden.</li> <li>— Zum Ausgleich der durch die Kfz-Steuerbefreiung bedingten Steuerausfälle wird ab 1. Januar 1986 die Kfz-Steuer für herkömmliche Pkw erhöht, und zwar von 14,40 DM je 100 ccm Hubraum auf 18 DM für Pkw, die vor dem 1. Januar 1986 zugelassen sind, und auf 21,60 DM für Pkw, die ab dem 1. Januar 1986 zugelassen werden.</li> <li>— Außerdem soll ab 1. April 1985 bis zum 31. Dezember 1991 die Mineralölsteuer für unverbleites Benzin um 2 Pfennige auf 49 Pfennige je Liter gesenkt und gleichzeitig für verbleites Benzin um 2 Pfennige auf 53 Pfennige angehoben werden.</li> </ul> <p>Die Bundesregierung beschließt außerdem, daß nach dem 1. Januar 1988 Pkw mit einem Hubraum von über 2 000 ccm nur noch als schadstoffarme Autos zugelassen werden dürfen. Ab 1. Januar 1989 soll dies für alle Hubraumklassen gelten.</p>
12./13. November	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ überprüft seine Steuerschätzungen vom Juni 1984 für die Jahre 1984 und 1985. Aufgrund einer geringeren Zuwachsrates des nominalen Bruttonettoprodukts von jetzt 4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> vH für beide Jahre infolge einer günstigeren Preisentwicklung, durch die Erhöhung der Vorsteuerpauschale für Landwirte und die Einführung der Vorruhestandsregelung wird nun mit Steuereinnahmen von 414,2 Mrd DM für 1984 und 436,6 Mrd DM für 1985 gerechnet, also mit Mindereinnahmen gegenüber Juni 1984 von 5,2 Mrd DM bzw. 11,8 Mrd DM. Davon entfallen für 1984 etwa 1,9 Mrd DM bzw. für 1985 rund 4,8 Mrd DM auf die beiden Steuerrechtsänderungen.

**232.** Haushaltsentlastungen gab es abermals durch Einschränkungen bei den Sozialleistungen. Die Regelungen des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 dienten überwiegend zur finanziellen Entlastung der Arbeitslosenversicherung und der Rentenversicherung. Dadurch verringerte sich der Zuschußbedarf der Sozialversicherungsträger. Weitere Haushaltsentlastungen ergaben sich durch die Kürzung einiger sozialer Leistungen. Unmittelbare Einsparungen wurden durch Einschränkungen bei der Arbeitslosenhilfe, durch einen Abbau der Leistungen nach dem Mutterschutzgesetz und durch Änderungen bei der unentgeltlichen Beförderung Schwerbehinderter erzielt. Die Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe führten jedoch in Verbindung mit der zunehmenden Langzeitarbeitslosigkeit zu einer Erhöhung der Aufwendungen für Sozialhilfe. Insgesamt nahmen dort die Ausgaben um 10 vH zu. Die Zahlungen für Arbeitslosenhilfe stiegen ihrerseits wieder, weil immer mehr Leistungsempfänger wegen der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit und wegen der eingeschränkten Anspruchsvoraussetzungen aus dem Bezug von Arbeitslosengeld, das die Bundesanstalt für Arbeit finanziert, ausscheiden und stattdessen Arbeitslosenhilfe erhalten, die vom Bund zu tragen ist.

#### Veränderte Steuerstruktur

**233.** Das Steueraufkommen ist im Jahr 1984 mit 5 vH etwas stärker gestiegen als das Sozialprodukt (Tabelle 27).

Die höchste Zuwachsrate war bei der Körperschaftsteuer zu verzeichnen. Mit 26½ Mrd DM lag das Aufkommen um fast 12 vH über dem Ergebnis des Jahres 1983. Dieser starke Anstieg spiegelt die im Aufschwung zunehmenden Gewinne der Unternehmen.

Die absolut ergiebigste Abgabe war jedoch nach wie vor die Einkommensteuer, deren Aufkommen sich um 4½ vH gegenüber dem Vorjahr auf 169½ Mrd DM erhöhte. Von diesem Betrag entfielen 27 Mrd DM auf die veranlagte Einkommensteuer und 137 Mrd DM auf die Lohnsteuer. Die Zuwachsraten des Aufkommens der beiden Teilabgaben erlauben keine verlässlichen Rückschlüsse auf die Belastungsentwicklung bei den Einkunftsarten. Ein Grund dafür ist, daß bei Lohnsteuerpflichtigen, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, die überzahlte Lohnsteuer in der Regel mit Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkünfte verrechnet wird. Erstattungsansprüche aus überzahlter Lohnsteuer dieses Personenkreises vermindern das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer. Infolgedessen wird das Lohnsteueraufkommen zu hoch, das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer dagegen zu niedrig ausgewiesen. Außerdem wird das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer auch durch die schon mit der Zahlung von Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer erfüllte Einkommensteuerpflicht gemindert, so daß die Steuern vom Einkommen im Grunde genommen nur zusammengefaßt ins Bild genommen werden dürfen. Ferner ist zu bedenken, daß die Auszahlung von

Tabelle 27

#### Das Aufkommen wichtiger Einzelsteuern<sup>1)</sup>

Steuerart	1981	1982	1983	1984 <sup>2)</sup>	1981	1982	1983	1984 <sup>2)</sup>
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Gesamtsteueraufkommen .	370,3	378,7	396,6	416½	+ 1,5	+ 2,3	+ 4,7	+ 5
Lohnsteuer . . . . .	116,6	123,4	128,9	137	+ 4,5	+ 5,9	+ 4,4	+ 6
Veranlagte								
Einkommensteuer . . .	32,9	30,6	28,3	27	-10,5	- 7,1	- 7,6	- 4½
Körperschaftsteuer . . .	20,2	21,5	23,7	26½	- 5,4	+ 6,4	+10,3	+12
Steuern vom Umsatz . . .	97,8	97,7	105,9	111	+ 4,6	- 0,1	+ 8,3	+ 5
Mineralölsteuer . . . . .	22,2	22,8	23,3	24	+ 3,9	+ 3,0	+ 2,2	+ 4
Tabaksteuer . . . . .	11,3	12,2	13,9	14	- 0,3	+ 8,5	+13,7	+ 1½
Branntweinabgaben . . .	4,5	4,3	4,3	4½	+15,3	- 4,5	- 0,1	+ 2½
Vermögensteuer . . . . .	4,7	5,0	5,0	4½	+ 0,5	+ 6,3	+ 0,2	-12
Kraftfahrzeugsteuer . . .	6,6	6,7	7,0	7½	+ 0,1	+ 1,5	+ 4,4	+ 5½
Gewerbsteuer <sup>3)</sup> . . . . .	26,0	26,1	26,2	28	- 3,8	+ 0,2	+ 0,3	+ 7½
Grundsteuern A und B . .	6,0	6,3	6,8	7	+ 3,0	+ 5,5	+ 7,3	+ 4½
Nachrichtlich:								
Steuerquote <sup>4)</sup> . . . . .	24,0	23,7	23,7	23,8	x	x	x	x

<sup>1)</sup> Kassenmäßige Steuereinnahmen.

<sup>2)</sup> Eigene Schätzung.

<sup>3)</sup> Nach Ertrag und Kapital (einschließlich Gewerbesteuerumlage).

<sup>4)</sup> Kassenmäßige Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle: BMF

Investitionszulagen zum erheblichen Teil zu Lasten des Aufkommens an veranlagter Einkommensteuer verbucht wird. Zu Buche schlagen außerdem die Änderungen der Abschreibungsregelungen.

Alle diese Gründe erklären aber nicht restlos, weshalb die Erträge aus der veranlagten Einkommensteuer seit fünf Jahren absolut rückläufig sind. Leichter als früher kann heute Vermögen steuer-sparend angelegt werden, etwa in Abschreibungs-gesellschaften oder bei Bauherrenmodellen. Nicht zu-letzt dürften Zinseinkünfte häufig nicht deklariert werden. Außerdem spricht einiges dafür, daß die Schattenwirtschaft und mit ihr ungesetzliche For-men der Steuerausweichung eine ständig wach-sende Bedeutung erlangt haben.

Das Umsatzsteueraufkommen nahm 1984 um 5 vH zu. Zu diesem Anstieg trug neben der Zunahme des privaten Verbrauchs vor allem die Erhöhung der Umsatzsteuersätze zum 1. Juli 1983 bei. Zu Minder-einnahmen in Höhe von 1½ Mrd DM kam es hier, weil aus dem Umsatzsteueraufkommen von der Jahresmitte 1984 an erhöhte Einkommenshilfen für die Landwirte finanziert werden.

**234.** Mit dem Steuerentlastungsgesetz 1984 wurden für die Unternehmen eine Reihe von Steuerer-leichterungen wirksam, insbesondere bei der Ver-mögensteuer. Hier wurden, um die Doppelbelastung mit Vermögensteuer bei den Unternehmen und bei den Anteilseignern zu verringern, für den steuerli-chen Ansatz des Betriebsvermögens pauschale und prozentuale Abschläge eingeführt. Der Vermögen-steuersatz für Körperschaften wurde von 0,7 vH auf 0,6 vH vermindert. Eine weitere Entlastung der Un-ternehmen bei der Vermögensteuer ergibt sich aus der Senkung der Grenze für steuerlich begünstigte Schachtelbeteiligungen von 25 vH auf 10 vH. Zu-sammen führen diese Maßnahmen zu einer Minde-rung des Aufkommens an Vermögensteuer von 1½ Mrd DM im Jahr.

Weitere Steuerentlastungen zugunsten der Un-ternehmen traten 1984 bei der Gewerbesteuer, bei der Einkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer in Kraft. Sie betragen zusammen etwa 1½ Mrd DM. Unter anderem wurden Sonderabschreibungen für Investitionen in Forschung und Entwicklung, für Schiffe und Luftfahrzeuge sowie für kleinere und mittlere Unternehmen zugelassen.

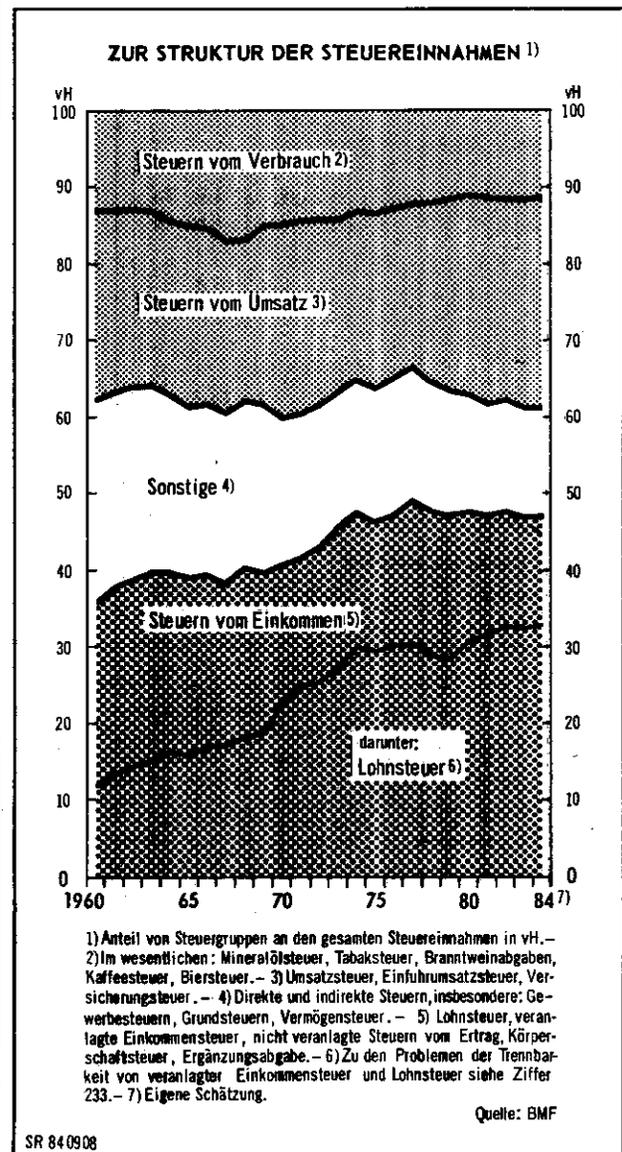
**235.** Die Steuerquote, das Verhältnis der Steuer-einnahmen zum Bruttosozialprodukt lag 1984 mit 23,8 vH etwa einen halben Prozentpunkt über dem durchschnittlichen Wert der sechziger Jahre und einen halben Prozentpunkt unter dem der siebziger Jahre. Überdurchschnittlich hoch war sie in den Jahren 1977 bis 1980, durch die Steuerentlastung 1981 wurde sie jedoch wieder auf 23,7 vH zurückge-führt. Seitdem nimmt sie allmählich wieder zu. Be-rücksichtigt man, daß die Steuerquote allein wegen der Umstellung von Kinderfreibeträgen auf Kinder-geld im Jahre 1975 um etwa 0,4 Prozentpunkte zuge-nommen hat, so erweist sie sich als recht stabil.

**236.** Im Gegensatz zur Steuerquote hat sich die Struktur der Steuereinnahmen markant verändert:

Der Anteil der Steuern vom Verbrauch ist nahezu konstant geblieben, während die Steuern vom Ein-kommen zu Lasten der sonstigen Steuern (der Real-steuern, der Vermögensteuer sowie einer Reihe kleinerer Steuern) im Laufe der Jahre ein immer größeres Gewicht erhalten haben (Schaubild 35, Ta-belle 28).

Obwohl die Tarife bei mehreren Steuern vom Ver-brauch erhöht worden sind, zum Teil mehrfach, hat sich seit 1960 der Gesamtanteil dieser Abgaben am Steueraufkommen kaum verändert. Der Aufkom-mensanteil der Umsatzsteuer als der besonders be-deutsamen allgemeinen Verbrauchsteuer ist in der Zeit von 1960 bis 1984 von 24½ vH auf 27 vH gestie-gen. Dieser Effekt wurde jedoch durch den Rück-gang des relativen Aufkommens der meisten spe-ziellen Verbrauchsteuern kompensiert. Die Steuern vom Einkommen erbrachten 1960 noch 36 vH, 1984 dagegen 47 vH des gesamten Steueraufkommens. Diese Entwicklung geht allein auf die Zunahme der Einkommensteuer zurück, die im Zusammenwirken

Schaubild 35



## Steuereinnahmen nach Steuergruppen

Jahr	Steuer- einnahmen insgesamt	Steuern vom Einkommen <sup>1)</sup>		Steuern vom Umsatz und vom Verbrauch			Sonstige <sup>4)</sup>
		zusammen	darunter	zusammen	darunter		
			Lohnsteuer		Steuern vom Umsatz <sup>2)</sup>	spezielle Verbrauchsteuern <sup>3)</sup>	
Mrd DM		Anteil an den gesamten Steuereinnahmen in vH					
1960	68,4	35,7	11,8	37,8	24,6	13,1	26,6
1961	78,5	37,9	13,3	36,7	23,7	13,0	22,9
1962	86,4	38,7	14,3	36,0	23,1	12,9	25,3
1963	91,1	39,7	15,2	35,9	22,8	13,1	24,4
1964	99,4	39,7	16,2	37,1	22,7	14,3	23,2
1965	105,5	38,9	15,9	38,7	23,5	15,2	22,4
1966	112,5	39,4	16,9	38,3	23,0	15,3	22,3
1967	114,6	38,3	17,1	39,4	22,2	17,1	22,4
1968	121,8	40,3	18,1	37,9	21,1	16,8	21,8
1969	145,3	39,6	18,6	38,2	23,2	15,0	22,2
1970	154,1	40,7	22,8	40,1	25,1	15,0	19,2
1971	172,4	41,5	24,8	39,6	25,3	14,3	18,9
1972	197,0	43,1	25,3	38,5	24,3	14,2	18,3
1973	224,8	45,6	27,2	36,6	22,5	14,2	17,8
1974	239,6	47,5	30,0	35,0	21,8	13,1	17,5
1975	242,1	46,3	29,4	36,2	22,8	13,4	17,5
1976	268,1	47,1	30,1	35,0	22,3	12,8	17,8
1977	299,4	49,0	30,3	33,4	21,4	12,1	17,6
1978	319,1	47,9	28,8	35,4	23,4	12,0	16,7
1979	342,8	47,1	28,3	36,6	25,0	11,5	16,4
1980	365,0	47,6	30,6	37,1	26,1	11,0	15,3
1981	370,3	47,1	31,5	38,2	26,9	11,3	14,7
1982	378,7	47,6	32,6	37,7	26,3	11,4	14,7
1983	396,6	46,8	32,5	38,7	27,2	11,5	14,5
1984 <sup>5)</sup>	416,3	47,1	32,9	37,8	27,2	10,6	15,2

<sup>1)</sup> Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nichtveranlagte Steuern vom Ertrag, Körperschaftsteuer, Ergänzungsabgabe. Zu den Problemen der Trennbarkeit von veranlagter Einkommensteuer und Lohnsteuer siehe Ziffer 233.

<sup>2)</sup> Umsatzsteuer, Einfuhrumsatzsteuer, Versicherungssteuer.

<sup>3)</sup> Im wesentlichen: Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Branntweinabgaben, Kaffeesteuer, Biersteuer.

<sup>4)</sup> Direkte und indirekte Steuern, insbesondere: Gewerbesteuern, Grundsteuern, Vermögensteuer.

<sup>5)</sup> Eigene Schätzung.

Quelle: BMF

der Steuerprogression sowohl mit dem realen Wirtschaftswachstum als auch mit der Geldentwertung zu einer immer größeren Belastung wird. Ihr Anteil am Steueraufkommen hat sich seit 1960 von 26,2 vH auf fast 40 vH in diesem Jahr erhöht. Diese Zunahme wurde durch wiederholte Senkungen der Steuersätze nur mäßig gebremst und sie ist eingetreten, obwohl Indizien dafür sprechen, daß die legale wie die illegale Steuerausweichung zugenommen hat. Der Zuwachs des Anteils der Lohnsteuer am Aufkommen der Steuern von Einkommen rührt zu einem erheblichen Teil aus dem Anstieg der Lohnquote und dem mit ihm zusammenhängenden

besonderen Zugriff der Steuerprogression her; doch erlaubt die Entwicklung des Lohnsteueraufkommens aus den in Ziffer 233 genannten Gründen keine Rückschlüsse auf den Umfang der zunehmenden Belastung von Arbeitnehmereinkommen durch die Einkommensteuer.

#### Abnehmende konjunkturelle Impulse im Aufschwung

**237.** Das Haushaltsdefizit der Gebietskörperschaften dürfte sich 1984 in finanzstatistischer Rechnung um 10½ Mrd DM auf 44½ Mrd DM vermindern,

- beim Bund um 4 Mrd DM auf 28 Mrd DM,
- bei den Ländern um 4 Mrd DM auf 17½ Mrd DM,
- bei den Gemeinden kehrt sich das Defizit des Jahres 1983 (1½ Mrd DM) in einen Überschuß von 1 Mrd DM.

Das Gesamtdefizit ist damit nur noch etwas mehr als halb so groß wie im Jahre 1981, dem Jahr der höchsten Anspannung der öffentlichen Finanzen.

In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden geringere Defizite ausgewiesen, vor allem, weil hier die Darlehensgewährung des Staates nicht defizitwirksam gebucht wird. Der Abstand zwischen den Ausgaben der Gebietskörperschaften (553½ Mrd DM) und den Einnahmen (520½ Mrd DM) betrug danach 33 Mrd DM, also 12½ Mrd DM weniger als 1983. Die Defizitrechnung wird von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Investitionshilfeabgabe nicht berührt, weil die Abgabe rückzahlbar war und daher von vornherein als Kreditaufnahme gebucht war.

**238.** Es ist nichts Ungewöhnliches, wenn die Ausgaben des Staates im Aufschwung weniger stark zunehmen als die Einnahmen und die Defizite klei-

ner werden. Der Staat profitiert davon, daß mehr umgesetzt und mehr Einkommen erwirtschaftet wird. Die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte verbesserte sich 1984 aber auch deswegen, weil die Ausgabenexpansion bei Bund, Ländern und Gemeinden weiter eingedämmt wurde.

**239.** Um den konjunkturellen Impuls, der von der Haushaltspolitik ausgeht, abzuschätzen, versuchen wir den Einfluß, den die Konjunktur ihrerseits auf die öffentlichen Einnahmen hatte, herauszurechnen, und berücksichtigen außerdem, daß auch bei konjunktureller Normallage ein Teil der öffentlichen Ausgaben durch Kredite finanziert werden kann, ohne daß davon konjunkturelle Wirkungen ausgehen. Als Näherungsgröße für eine solche Normalverschuldung setzen wir einen Betrag an, der dem Verschuldungsverhalten des Staates in den Jahren 1966 bis 1977 entspricht, bezogen auf das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential (potentialorientierte Kreditaufnahme).

**240.** Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte betrug, wie erwähnt, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 33 Mrd DM. Zur Konjunkturbereinigung nehmen wir folgende Korrekturen vor (Tabelle 29): Das nominelle Sozialprodukt war 1984 schätzungsweise

Tabelle 29

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte<sup>1)</sup>

Mrd DM

	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
<b>I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos</b>								
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme <sup>2)</sup> .....	-14,5	-15,3	-16,3	-17,5	-18,7	-19,6	-20,8	-21,7
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -minder-einnahmen <sup>3)</sup> .....	- 3,9	+ 0,9	+ 7,3	+ 6,6	- 2,0	-12,0	-13,7	- 9,9
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen <sup>4)</sup> .....	+ 0,6	+ 5,3	+ 5,4	+ 3,5	+ 2,5	+ 6,3	+ 0,8	- 2,3
(d) Anomal hohe Gewinnabführung der Bundesbank .....	.	.	.	.	+ 0	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5
<b>I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo<sup>5)</sup> .....</b>	<b>-17,8</b>	<b>- 9,1</b>	<b>- 3,6</b>	<b>- 7,4</b>	<b>-18,1</b>	<b>-20,8</b>	<b>-29,3</b>	<b>-29,4</b>
(= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)								
<b>II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo<sup>6)</sup></b>	<b>-25,4</b>	<b>-30,2</b>	<b>-37,5</b>	<b>-49,4</b>	<b>-65,0</b>	<b>-62,3</b>	<b>-45,5</b>	<b>-33,0</b>
<b>I. / II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte: (expansiv: +; kontraktiv: -): ...</b>	<b>+ 7,6</b>	<b>+21,1</b>	<b>+33,9</b>	<b>+42,0</b>	<b>+46,9</b>	<b>+41,5</b>	<b>+16,2</b>	<b>+ 3,6</b>

<sup>1)</sup> Öffentliche Haushalte in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; methodische Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt D.

<sup>2)</sup> Errechnet aus den Finanzierungssalden im Basiszeitraum, abzüglich auslastungsbedingter Steuermindereinnahmen, mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben.

<sup>3)</sup> Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (97,25 vH) zuzurechnen ist. Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote auslastungsbedingt von der „konjunkturneutralen“ Vollbeschäftigungsquote abweichen kann.

<sup>4)</sup> Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale“ Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote inflationsbedingt von der „konjunkturneutralen“ abweichen kann.

<sup>5)</sup> Abweichung in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>6)</sup> Einschließlich der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

um 2½ Prozentpunkte niedriger als bei normaler Auslastung des Produktionspotentials; für die öffentlichen Haushalte bedeutete das Steuermindeereinnahmen in der Größenordnung von 10 Mrd DM. Um weitere rund 2½ Mrd DM fielen die Einnahmen geringer aus, weil der Anstieg der Preise hinter dem zurückblieb, was im vergangenen Jahr als vorläufig unvermeidbarer Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus zu gelten hatte und daher auch in einer konjunkturneutralen Haushaltsplanung zu berücksichtigen gewesen wäre. Der Bundesbankgewinn ist nicht in seiner vollen Höhe von 11½ Mrd DM als normale Einnahme anzusehen, sondern nur zu dem Teil, der als dauerhafter Deckungsbeitrag gelten kann; nach unserer — neuen — Einschätzung sind das 7 Mrd DM. Ohne die als anomal anzusehende Gewinnabführung der Bundesbank wäre die Kreditaufnahme des Staates also höher ausgefallen, und zwar in unserer Rechnung um 4½ Mrd DM. Um diesen Betrag erhöht sich der konjunkturbereinigte Finanzierungssaldo.

Um situationsbedingte Belastungen und Entlastungen der Haushalte bereinigt, errechnet sich danach ein Abstand von Ausgaben und Einnahmen von 25 Mrd DM. Davon ist abzusetzen, was man als Normalverschuldung des Staates ansieht. Entsprechend dem erwähnten Schätzansatz wären das 21½ Mrd DM.

Die Differenz zwischen Normalverschuldung und dem von konjunkturellen Einflüssen auf der Einnahmeseite bereinigten tatsächlichen Defizit beträgt 3½ Mrd DM. Dieser Betrag steht für den konjunkturellen Impuls der öffentlichen Haushalte im Jahre 1984. Das sind rund 12½ Mrd DM weniger als 1983 und 43½ Mrd DM weniger als 1981.

Zu dem gleichen Ergebnis gelangt man, wenn man statt am Defizit der öffentlichen Haushalte direkt an der Entwicklung der Staatsausgaben, bezogen auf das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, sowie deren Änderung anknüpft, und dabei wiederum auf die Strukturquoten des Basiszeitraums unserer Rechnungen — 1966 bis 1977 — Bezug nimmt. Dies zeigt Tabelle 30.

**241.** Auch 1984 blieb also ein Beitrag der öffentlichen Haushalte zur Stützung der Konjunktorentwicklung, wenngleich er nicht mehr groß war. Wie der abermals deutliche Rückgang des konjunkturstützenden Impulses zu beurteilen wäre, ist weniger eine Frage danach, ob die Haushaltspolitik konjunkturneutral, expansiv oder kontraktiv war, als vielmehr eine Frage danach, ob sie konjunkturgerecht war. Zu bedenken ist dabei allemal, daß in einer Phase der wirtschaftlichen Belebung eine Umorientierung des Staates von einer Politik hoher konjunktureller Impulse zu einer maßvollen Unterstützung des Aufschwungs durchaus angemessen ist.

Im übrigen kommt es bei der konjunkturellen Beurteilung der Finanzpolitik nicht allein auf den Betrag an, der für den konjunkturellen Impuls steht, sondern auf die Gesamtwirkungen. Diese kann man quantitativ kaum abschätzen. Man kann aber davon

ausgehen, daß mit sinkenden Staatsdefiziten auch die unerwünschten Rückwirkungen der staatlichen Kreditaufnahme kleiner, die Gesamtwirkungen der Haushaltspolitik also günstiger geworden sind.

**242.** *Unter dem Gesichtspunkt, welche Ausschüttungen der Bundesbank Spielraum für eine konjunkturneutrale Erhöhung der Staatsausgaben schaffen, hat es der Sachverständigenrat 1981 für richtig gehalten, den Bundesbankgewinn in einen dauerhaften Deckungsbeitrag und einen anomalen Teil aufzuteilen.*

*„Was die haushaltspolitische Seite des Problems angeht, so brauchte im Prinzip nicht streitig zu sein, daß ein Gewinn der Bundesbank zu den Dauerposten der Haushaltsplanung gehören darf. Geboten ist freilich, ihn im vorhinein vorsichtig zu bemessen, da der Gewinn unsicher ist, und den tatsächlich abzuliefernden Gewinn soweit als irgend vertretbar zu verstetigen...“*

*Gewinnablieferungen von 8 bis 10 Mrd DM nach 2,3 Mrd DM 1981 und Null 1980 sollten in die Haushaltsplanung und damit auch die Ausgabenplanung des Bundes nicht eingehen. So hohe Gewinne entstehen... nur bei einer realen Abwertung der D-Mark. Ein entsprechender Spielraum für zusätzliche konjunkturneutrale öffentliche Ausgaben entsteht dadurch nicht.“ (SG 81 Ziffer 33).*

*Bei unseren bisherigen Rechnungen zum konjunkturellen Impuls sowie zur Größe der Konsolidierungsaufgabe der öffentlichen Haushalte sind wir von jährlichen Ablieferungen der Bundesbank in Höhe von rund 3 Mrd DM ausgegangen.*

*Die Gewinnablieferung der Bundesbank ist zwar hoch geblieben, nach wie vor gilt aber als unstrittig, daß auf mittlere Sicht mit niedrigeren Deckungsbeiträgen zu rechnen ist. Für unsere Rechnungen stellt sich nicht nur die Frage nach der Höhe des Ansatzes, sondern auch nach einer Regel zur Fortschreibung desselben. Wegen der unüberwindbaren Schwierigkeiten, eine mittelfristige Normalvorstellung basierend auf der Struktur der Aktiva der Bundesbank und deren normaler Verzinsung zu entwickeln, haben wir einen anderen Weg eingeschlagen. Er knüpft an die Vorstellung an, daß die Notenbank (unverzinsliches) Geld gegen verzinsliche Aktiva ausgibt. Die Zinserträge für das von der Notenbank emittierte Geld werden ermittelt, indem der Jahresüberschuß der Bundesbank ohne laufende Wertberichtigung ins Verhältnis gesetzt wird zur bereinigten Zentralbankgeldmenge.*

*Der so berechnete Ertragssatz weist von 1970 bis 1980, von Schwankungen abgesehen, eine Größenordnung von 4% aus. Der sprunghafte Anstieg danach hängt mit dem starken Anstieg der Zinsen auf Dollarforderungen, aber auch mit den hohen Erträgen der Bundesbank aus dem Inlandsgeschäft zusammen.*

*Zur Ermittlung des dauerhaften Deckungsbeitrages aus der Gewinnablieferung der Bundesbank setzen wir einen Ertragssatz von 4% an. Für das Jahr 1983, in dem die bereinigte Zentralbankgeldmenge sich auf 164 Mrd DM belief, ist so ein Deckungsbeitrag in Höhe von 6½ Mrd DM anzusetzen. Dieser Beitrag erhöht sich künftig nach Maßgabe der Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge. Im Jahre 1984 dürfte er fast 7 Mrd DM betragen.*

**243.** Abermals vorangekommen ist der Staat bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Auch hier gibt freilich der Rückgang der Haushaltsdefizite für sich genommen keine zutreffende Auskunft über den Konsolidierungserfolg. Um diesen beurteilen zu können, darf man wieder nicht das gesamte Defizit betrachten, sondern muß diesen

Tabelle 30

Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht<sup>1)</sup>

Mrd DM

	1977	1978	1979	1980	1981	1982 <sup>2)</sup>	1983 <sup>2)</sup>	1984 <sup>3)</sup>
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen <sup>4)</sup> .....	1 245,2	1 322,8	1 405,3	1 501,0	1 597,1	1 695,2	1 775,9	1 835,8
(2) Produktionspotential bei „konjunktturneutraler“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr <sup>5)</sup> .....	1 242,8	1 301,8	1 384,0	1 487,4	1 586,7	1 668,3	1 772,4	1 845,4
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basiszeitraum <sup>6)</sup> .....	349,7	370,5	393,9	423,3	451,6	474,8	504,4	525,2
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials <sup>7)</sup> .....	1 208,6	1 266,0	1 346,0	1 446,5	1 543,1	1 622,4	1 723,7	1 794,6
(5) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum <sup>8)</sup> .....	298,0	315,3	335,2	360,3	384,4	404,1	429,3	447,0
(6) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr <sup>8)</sup> .....	320,3	328,6	345,8	371,2	386,0	400,9	427,6	449,9
(6a) Tatsächliche Steuereinnahmen <sup>1)</sup> ..	317,0	334,8	358,5	381,3	386,5	395,2	414,7	437,7
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) / (5) .....	+ 22,2	+ 13,2	+ 10,6	+ 10,9	+ 1,6	- 3,2	- 1,7	+ 2,9
(8) Mehreinnahmen aufgrund eines erhöhten Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ <sup>9)</sup> .....	+ 5,6	+ 9,8	+ 11,8	+ 12,8	+ 15,6	+ 19,2	+ 21,5	+ 22,0
(9) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7) + (8) .....	377,6	393,6	416,3	447,1	468,9	490,9	524,2	550,1
(10) Tatsächliche Staatsausgaben <sup>1)</sup> ..	385,2	414,7	450,2	489,1	515,7	532,3	540,4	553,7
(11) Konjunktureller Impuls <sup>10)</sup> (10) / (9) .....	+ 7,6	+ 21,1	+ 33,9	+ 42,0	+ 46,9	+ 41,5	+ 16,2	+ 3,6
(12) Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr .....	- 13,5	+ 13,5	+ 12,8	+ 8,1	+ 4,8	- 5,4	- 25,3	- 12,6
(13) Ex post: Der Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen... <sup>11)</sup> ..	+ 7,0	+ 15,6	+ 28,3	+ 38,4	+ 44,2	+ 34,7	+ 15,3	+ 6,1

<sup>1)</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts siehe Anhang IV, Abschnitt D. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>2)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

<sup>3)</sup> Eigene Schätzung.

<sup>4)</sup> Produktionspotential in Preisen von 1976, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.

<sup>5)</sup> Produktionspotential in Preisen von 1976, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunktturneutralen“ Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.

<sup>6)</sup> 1974 bis 1978 gleitender Übergang auf die ab 1978 gültige feste Basis, die durch den langjährigen Durchschnitt der Quoten von 1966 bis 1977 gebildet wird.

<sup>7)</sup> Normalauslastungsgrad (97,25 vH); zur Definition siehe Anhang IV, Abschnitt A.

<sup>8)</sup> Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe hierzu JG 73 Ziffer 213). Bei der Ableitung des konjunktturneutralen Ausgabenpielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht unbedingt derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunktturneutralen“ Preisanstieg ergäbe.

<sup>9)</sup> Ohne die Einnahmen aus der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

	1977	1978	1979	1980	1981	1982 <sup>2)</sup>	1983 <sup>2)</sup>	1984 <sup>3)</sup>
	vH							
<b>Zum Vorjahresvergleich</b>								
<b>Steigerungsrate</b>								
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (10) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr .....	+ 6,0	+ 7,7	+ 8,6	+ 8,6	+ 5,5	+ 3,2	+ 1,5	+ 2,5
(b) des konjunkturalen Haushaltsvolumens (9) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (10) .....	+ 3,9	+ 2,2	+ 0,4	- 0,7	- 4,1	- 4,8	- 1,5	+ 1,8
Bestimmungsfaktoren von (b) <sup>12)</sup>								
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1976 .....	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4
(d) „Konjunkturalneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus des Brutto sozialprodukts .....	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,5
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote (14) von der des jeweiligen Vorjahres .....	+ 3,6	- 1,8	- 0,8	- 0,1	- 2,0	- 1,0	+ 0,3	+ 0,9
(f) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ von dem des jeweiligen Vorjahres .....	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1
(g) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (18) von der konjunkturalneutralen (15) im jeweiligen Vorjahr .....	- 6,8	- 1,8	- 3,7	- 6,5	- 8,4	- 9,3	- 6,7	- 2,9
(14) Volkswirtschaftliche Steuerquote: $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$	26,50	25,95	25,69	25,66	25,01	24,71	24,81	25,07
(15) Konjunkturalneutrale Staatsquote: $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$	30,38	30,23	30,08	30,06	29,55	29,42	29,58	29,81
(16) Beanspruchte Staatsquote: $\frac{(10)}{(2)} \cdot 100$	30,99	31,85	32,53	32,88	32,50	31,91	30,49	30,00
(17) Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2): $\frac{(16)}{(15)} \cdot 100$	+ 0,61	+ 1,62	+ 2,45	+ 2,82	+ 2,95	+ 2,49	+ 0,91	+ 0,20
(18) Realisierte Staatsquote: $\frac{(10)}{(1)} \cdot 100$	30,93	31,35	32,04	32,58	32,29	31,40	30,43	30,16

<sup>10)</sup> Expansiv: +; kontraktiv: -.

<sup>11)</sup> Gleichbedeutend mit dem konjunkturellen Impuls auf der Basis der tatsächlichen Preissteigerungen (siehe Anhang IV, Abschnitt D).

<sup>12)</sup> (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (g). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (g) (siehe hierzu Anhang IV, Abschnitt D). In den Jahren 1977 bis 1978 weicht (b) von dem ab, was den Komponenten (c) bis (g) entspricht, weil die in diesen Jahren als Basis zugrunde gelegten Quoten jeweils von unterschiedlichen Zeiträumen bestimmt sind.

Fehlbetrag in mehrfacher Hinsicht bereinigen, und zwar auch auf der Ausgabenseite.

„Konsolidieren heißt nämlich, den Teil des Haushaltsdefizits zurückzuführen, der über das hinausgeht, was konjunkturbedingt ist und bei gegebener volkswirtschaftlicher Steuerquote mit der konjunkturellen Erholung zurückgeht, und was als Normalverschuldung angesehen werden kann.“ (JG 83 Ziffer 235). Es geht also zunächst um den dauerhaften Teil des Staatsdefizits. „Dauerhaft ist hier in dem Sinne zu verstehen, daß ein konjunkturberei-

nigtes Defizit dieser Höhe, wachsend mit dem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, zu erwarten ist, wenn die volkswirtschaftliche Steuerquote unverändert bleibt und die Staatsausgaben mit dem Produktionspotential wachsen.“ (JG 81 Ziffer 249).

244. Um das von konjunkturellen Einflüssen bereinigte Defizit zu ermitteln, gehen wir wieder zunächst vom gesamten Defizit der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftli-

chen Gesamtrechnungen aus (33 Mrd DM) und setzen davon die von der Unterauslastung des Produktionspotentials bedingten Steuermindereinnahmen ab, die wir in diesem Jahr, wie erwähnt, auf 10 Mrd DM schätzen. Von der Gewinnabführung der Bundesbank rechnen wir  $4\frac{1}{2}$  Mrd DM nicht als dauerhaften Deckungsbeitrag. Um diesen Betrag muß der tatsächliche Fehlbetrag erhöht werden. Auf der Ausgabenseite ist eine Bestimmung der konjunkturellen Einflüsse nicht einfach. Es entzieht sich zum Beispiel einer genauen Analyse, ob und in welchem Umfang der Staat konjunkturbedingte Mehrausgaben zum Anlaß nimmt, andere Ausgaben temporär zu kürzen und umgekehrt. Gleichwohl halten wir für richtig, die Zahlungen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit — Bundeszuschuß und Arbeitslosenhilfe — abzusetzen, soweit sie konjunkturell bestimmt sind. Für das Jahr 1984 haben wir diesen Betrag auf  $2\frac{1}{2}$  Mrd DM geschätzt.

*Die Rechnungen zum strukturellen Defizit beziehen sich ausschließlich auf die Haushalte der Gebietskörperschaften. Der Bundeshaushalt wird aufgrund der Arbeitslosigkeit direkt belastet durch die Ausgaben für Arbeitslosenhilfe sowie — gegebenenfalls — durch die Defizithaftung des Bundes für die Bundesanstalt für Arbeit. Für 1984 ist ein Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit nicht erforderlich. Die Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe werden mit Annäherung an eine normale Auslastung des Produktionspotentials nur in dem Maße abnehmen, wie im Rahmen des dann zu erwartenden Rückgangs der Anzahl der Arbeitslosen auch die Anzahl der Empfänger von Arbeitslosenhilfe kleiner wird. Da aber auch im Falle einer Normalauslastung der gegenwärtigen Produktionskapazitäten noch mit hohen Zahlungen für Arbeitslosenhilfe zu rechnen ist, verbliebe ein hoher Restbetrag. Wir haben in den vergangenen Jahren diese Restbelastung vermutlich sogar zu gering eingeschätzt und gehen jetzt davon aus, daß bis zum Erreichen einer normalen Auslastung der Produktionskapazitäten nur etwa ein Viertel der jetzigen Belastung des Bundeshaushalts entfielen. Den Ansatz für das Vorjahr haben wir entsprechend angepaßt. All dies gilt im Prinzip auch für die von der Höhe der Arbeitslosigkeit abhängige Belastung der Gemeinden mit Ausgaben für die Sozialhilfe. Die Defizitwirkung der so begründeten Belastung der Gemeinden entzieht sich jedoch den Möglichkeiten einer vertretbaren Schätzung, nicht zuletzt wegen der unübersehbaren Verdrängung anderer kommunaler Ausgaben durch die Sozialhilfeausgaben.*

Eine Entlastung der öffentlichen Haushalte ergibt sich in den nächsten Jahren dadurch, daß die befristete Investitionszulage entfällt. Das wird bei der Bestimmung des strukturellen Defizits 1984 mit einem Abschlag von  $3\frac{1}{2}$  Mrd DM auf das tatsächliche Defizit berücksichtigt.

Auf Dauer wäre also bei Bund, Ländern und Gemeinden, gegeben die gegenwärtige Steuerquote, mit einem Abstand zwischen Ausgaben und Einnahmen zu rechnen, für den 1984 ein Betrag von  $21\frac{1}{2}$  Mrd DM steht. Diese Neuverschuldung entspräche dem durchschnittlichen Verschuldungsverhalten des Staates in dem Zeitraum von 1966 bis 1977 ( $21\frac{1}{2}$  Mrd DM). Ein solches Verschuldungsverhalten geht, wie erwähnt, in die Rechnungen zum konjunkturalneutralen Haushalt als eine „normale“ Neuverschuldung des Staates ein; der Sachverständigenrat hat die gleiche Größe schon vor Jahren

auch als Bezugsgröße für die Bestimmung des strukturellen Defizits und damit des Konsolidierungsbedarfs der öffentlichen Haushalte zur Diskussion gestellt (JG 81 Ziffer 372).

Nach unserer Rechnung ist damit das strukturelle Defizit, also der Teil des Defizits, der auf Dauer über die von uns als konjunkturalneutral angesehene potentialorientierte Kreditaufnahme hinausgeht, binnen dreier Jahre im Umfang von fast 40 Mrd DM abgebaut worden.

#### Sozialversicherung — Probleme noch nicht gelöst

245. Die Maßnahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 dienen überwiegend der Konsolidierung des Haushalts der Bundesanstalt für Arbeit und der finanziellen Entlastung der Rentenversicherungen. Nach der Beitragserhöhung für beide Versicherungen im Jahre 1983 wurde in diesem Jahr auch die Berechnungsbasis erweitert. Durch die verstärkte Einbeziehung von Sonderzahlungen wie Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld sowie durch die Berücksichtigung von Krankengeld bei der Beitragspflicht werden dauerhaft Mehreinnahmen von insgesamt rund 5 Mrd DM erzielt. Da die erhöhten Beiträge jedoch nur auf Sonderzahlungen erhoben werden, die nach dem 1. April 1984 ausgezahlt werden, zogen eine Reihe von Unternehmen diese Leistungen für ihre Mitarbeiter zeitlich vor, so daß die Mehreinnahmen in diesem Jahr den genannten Betrag nicht ganz erreichen dürften.

In der Rentenversicherung wurden durch die „Aktualisierung“ der Anpassung — Rentenerhöhung entsprechend der Entwicklung der Arbeitseinkommen des jeweiligen Vorjahres — Einsparungen von 1,5 Mrd DM erzielt. Die Sozialrenten stiegen am 1. Juli 1984 um 3,4 vH. Da jedoch gleichzeitig der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner um weitere zwei Prozentpunkte erhöht wurde, lag die effektive Steigerungsrate nur bei etwas über 1,3 vH. Weniger Einnahmen haben die Rentenversicherungen auch deshalb, weil seit 1983 die Beiträge für Arbeitslose nicht mehr nach dem zuvor verdienten Einkommen, sondern nur noch nach der Höhe der Lohnersatzleistungen berechnet werden. Dies und die geringen Lohnsteigerungen brachten den Rentenversicherungen Ende 1984 abermals Liquiditätsprobleme.

Die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit verringerten sich um 8 vH auf 30 Mrd DM. Einsparungen aufgrund gekürzter Leistungssätze und eingeschränkter Anspruchsvoraussetzungen beim Arbeitslosengeld, verminderter Beitragszahlungen an die Rentenversicherungen sowie der Verringerung des Leistungsvolumens wegen der zunehmenden Dauer der Arbeitslosigkeit waren zunächst unterschätzt worden, so daß der bereitgestellte Bundeszuschuß von 1,7 Mrd DM nicht in Anspruch genommen werden mußte. Es ergab sich sogar erstmals seit 1978 ein Überschuß, und zwar in Höhe von rund 3 Mrd DM.

Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen wiesen 1984 mit 7 vH wieder einen stärkeren

ren Anstieg auf als im Vorjahr. Nachdem im Jahre 1983 noch viele Krankenkassen ihre Beiträge hatten senken können, ergaben sich im Jahre 1984 wieder in nahezu allen Leistungsbereichen Ausgaben-erhöhungen, die den Anstieg der Löhne und Gehälter überstiegen. Mit ½ Mrd DM wurde die Krankenversicherung außerdem durch die Einbeziehung des Krankengeldes in die Beitragspflicht zur Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung belastet; denn diese Beiträge werden vom Krankengeldempfänger und den Kassen je zur Hälfte aufgebracht. Bestrebungen zur Begrenzung der Ausgaben war bisher kein dauerhafter Erfolg beschieden, und einige Kassen haben bereits neuerliche Beitragserhöhungen angekündigt.

## XII. Was ist das reale Sozialprodukt?

**246.** Das Sozialprodukt wird in der öffentlichen Diskussion als diejenige Größe verstanden, die die wirtschaftlichen Leistungen eines Landes zusammenfassend kennzeichnet. Dies ist auch nicht unangemessen. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß das Sozialprodukt im ganzen sachlogisch nicht leicht zu interpretieren ist. Es handelt sich um eine Wertgröße. Sie läßt sich darstellen als die Summe der von den Inländern erwirtschafteten Einkommen, die von den privaten Haushalten oder vom Staat konsumiert, für die Erweiterung oder Verbesserung der heimischen Produktionsanlagen oder in die Vorratshaltung investiert, als Einkommens- und Vermögensübertragungen an das Ausland abgeführt oder im Ausland vermögenswirksam angelegt werden. Das in der wirtschaftspolitischen Diskussion üblicherweise gebrauchte Brutto-sozialprodukt erhält neben den Einkommen der Inländer auch noch den Gegenwert für die Abschreibungen auf das inländische Anlagevermögen.

Zu Mißverständnissen und Interpretationsfehlern kommt es vor allem dann, wenn es um das „reale“ Sozialprodukt geht. In der wissenschaftlichen Diskussion wird schon seit längerem die These erörtert, daß bei der Ermittlung des „realen“ Sozialprodukts konzeptionelle Mängel auftreten. Die Kritik knüpft hierbei vor allem an den Methoden der Deflationierung des Sozialprodukts an, wie sie von der amtlichen Statistik — und das nicht nur in der Bundesrepublik — gegenwärtig praktiziert werden.

**247.** Veränderungen des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen werden — wie jede Änderung von nominalen Werten — unter anderem durch die Geldentwertung hervorgerufen. Für die ökonomische Analyse interessieren häufig derartige inflationsbedingte Änderungen nicht, es geht nicht um die Entwicklung der Nominalerinkommen, sondern um die der Realeinkommen. Um eine Wertgröße von heute mit einer Wertgröße von gestern zu vergleichen, muß die Wertveränderung um die Veränderung des Wertmaßstabes, also um die inflationäre Entwertung der Geldeinheit korrigiert werden. Eine Inflationsbereinigung unterscheidet sich von der verbreiteten Deflationierung von Wertgrößen, bei der außer den Veränderungen des Preisniveaus, also

den Veränderungen des Wertmaßstabes, auch die Veränderungen der Einzelpreise eliminiert werden. Der Unterschied zwischen den beiden Konzepten wird deutlich im Fall, daß Preisniveaustabilität herrscht. Die nominalen Werte stimmen dann mit den inflationsbereinigten überein. Dagegen weichen die mit speziellen Preisindizes deflationierten Werte, ihres festen Gewichtsgerüsts wegen, von den Nominalwerten ab, falls sich die relativen Preise verändern, was auch bei Preisniveaustabilität der Fall sein kann.

Eine Inflationsbereinigung muß bei allen nominalen Größen mit demselben Preisindex vorgenommen werden, der das Ausmaß der Geldentwertung zum Ausdruck bringt. Es liegt nahe, die Inflation anhand der Preisentwicklung eines Güterkorbes zu messen, der die Struktur der Käufe von Waren und Diensten wiedergibt, für die das gesamtwirtschaftliche Einkommen verwendet wird. Ein solcher umfassender Indikator für die Kaufkraftentwicklung des Geldes ist der „Preisindex für die letzte inländische Verwendung“. Er repräsentiert die Preisentwicklung aller Güter, die von privaten Haushalten, von Unternehmen oder vom Staat gekauft werden, und zwar sowohl der Konsumgüter als auch der Investitionsgüter, hinter denen größtenteils wiederum die Bereitstellung künftiger Konsumgüter steht. Das mit diesem Preisindex der letzten inländischen Verwendung deflationierte Sozialprodukt ist geeignet, als Maß für das gesamtwirtschaftliche Realeinkommen zu dienen. Es soll im weiteren als „Realwert des Sozialprodukts“ bezeichnet werden.

**248.** Das Brutto-sozialprodukt enthält wie erwähnt auch den Gegenwert für die Abschreibungen des Anlagevermögens, der im strengen Sinne kein Einkommen darstellt. Erst durch den Abzug der Abschreibungen erhält man das Netto-sozialprodukt zu Marktpreisen. Der Realwert dieses Netto-sozialprodukts, der eher dem gesamtwirtschaftlichen Realeinkommen entspricht als der Realwert des Brutto-sozialprodukts, wäre ebenfalls dadurch zu bestimmen, daß man den Nominalwert mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung deflationiert. Gegen diese Deflationierung ließe sich einwenden, daß im Warenkorb des Preisindex der letzten inländischen Verwendung neben den Nettoinvestitionen auch die Ersatzinvestitionen vertreten sind, während die entsprechenden Abschreibungen im Netto-sozialprodukt nicht mehr enthalten sind; das Netto-sozialprodukt wird also nicht exakt für den Warenkorb ausgegeben, den die letzte inländische Verwendung darstellt. Dieser Einwand ist jedoch nicht durchschlagend, denn es geht bei der Inflationsbereinigung nicht darum, die Kaufkraft von Einkommensbestandteilen zu bestimmen, die je nach der Zusammensetzung des gekauften Warenkorbes unterschiedlich sein kann, sondern um die Eliminierung der Geldentwertung, von der alle nominalen Größen in gleicher Weise betroffen sind. Die Idee der Inflationsbereinigung erfordert die Deflationierung aller nominalen Größen mit demselben Preisindex. Zwar läßt sich nicht objektiv entscheiden, ob in dem Güterbündel, dessen Preisentwicklung die Geldentwertung messen soll, die Investitionsgüter mit dem Gewicht der Bruttoinvestitio-

nen oder mit dem der Nettoinvestitionen vertreten sein sollen, doch ist der Unterschied zwischen den beiden Meßkonzepten nicht groß. Wir schlagen vor, den gebräuchlicheren und umfassenderen Preisindex der letzten inländischen Verwendung zu nehmen.

Vom Nettosozialprodukt zu Marktpreisen fließt ein Teil, nämlich die indirekten Steuern, dem Staat zu. Der Rest zuzüglich der vom Staat gewährten Subventionen bildet das Volkseinkommen, das den Arbeitnehmern, Vermögensbesitzern und Unternehmern als Faktorentgelt zugerechnet wird. Auch das Volkseinkommen wird inflationsbereinigt, indem es mit dem als Maßstab für die Geldentwertung ausgewählten Preisindex deflationiert wird.

249. Nach den Konventionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird das Sozialprodukt nicht mit einem Index für das allgemeine Preisniveau deflationiert, der die Entwicklung des Geldwertes abbilden soll, vielmehr werden die Verwendungsarten des Sozialprodukts (privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Investitionen, Außenbeitrag) mit speziellen Preisindizes in möglichst tiefer Gliederung preisbereinigt und aufaddiert. Das so ermittelte „Sozialprodukt zu konstanten Preisen“ bildet im Unterschied zu dem „Realwert des Sozialprodukts“ nicht das von Geldwertänderungen bereinigte Einkommen ab. Bei der Berechnung von Wertgrößen zu konstanten Preisen wird nämlich nicht nur die Veränderung des Preisniveaus, sondern auch die Veränderung der Preisstruktur ausgeschaltet. Das ist dann legitim, wenn es nicht um die Analyse von inflationsbereinigten Wertgrößen geht, sondern um die Beobachtung von Mengen, wenn zum Beispiel die mengenmäßige Entwicklung des Investitionsgüterabsatzes, der Automobilproduktion oder der Exporte interessiert. In diesem Fall dient die Bewertung mit den Preisen eines Basisjahres dazu, Mengen zu Gütergesamtheiten zu aggregieren.

Die Problematik, die der konventionellen Deflationierung des Sozialprodukts innewohnt, läßt sich besonders am „Außenbeitrag zu konstanten Preisen“, der Differenz zwischen dem Volumen der Ausfuhr und dem Volumen der Einfuhr, verdeutlichen. In der Literatur ist diese Problematik unter dem Stichwort „doppelte Deflationierung“ bekannt. Sie tritt bei der Deflationierung aller Salden- oder Differenzgrößen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf und besteht darin, daß der Minuend und der Subtrahend je für sich mit einem besonderen Preisindex deflationiert werden. Die Frage ist dann, wie der daraus entstehende Saldo zu interpretieren ist. Während sich der private Verbrauch oder die Investitionen, für die das gesamtwirtschaftliche Einkommen verwendet wird, noch als Gütergesamtheit und als Mengenaggregat interpretieren lassen, ist der Außenbeitrag eine reine Wertgröße, auch wenn er formal als Differenz von Wertgrößen berechnet wird, die je für sich als Mengenaggregat aufgefaßt werden können. Der Außenbeitrag repräsentiert keine Güterkäufe von Inländern, sondern stellt den Teil des gesamtwirtschaftlichen Einkommens dar, der als Forderung an das Ausland gehalten

wird oder der an das Ausland als Einkommens- oder Vermögensübertragung abgeführt wird.

Ein positiver Außenbeitrag zu jeweiligen Preisen kann sich nach der Deflationierung von Ausfuhr und Einfuhr mit dem jeweiligen Preisindex in einen negativen Betrag wandeln und umgekehrt. Da der Außenbeitrag ein Wertsaldo ist, der auch nach der Deflationierung seiner beiden Bestimmungsgrößen nicht als Gütervolumen, also als eine Mengengröße, aufgefaßt werden kann, ist zu folgern, daß auch das Sozialprodukt zu konstanten Preisen, in dem der Außenbeitrag enthalten ist, nicht als Gütervolumen interpretiert werden darf. Das Gewicht des Problems ist von der relativen Größe der Einfuhr, nicht von der Größe des Außenbeitrags abhängig.

250. Ein Vergleich des Realwertes des Bruttosozialprodukts mit dem herkömmlich berechneten Sozialprodukt zu konstanten Preisen zeigt, daß die Unterschiede der Veränderungsraten in einzelnen Jahren keineswegs unbedeutend sind (Tabelle 31 und Schaubild 36). Bemerkenswert ist vor allem, daß in den Jahren 1973 bis 1974 und 1979 bis 1981, in denen der Ölpreis drastisch gestiegen ist, der Realwert des Sozialprodukts sich deutlich ungünstiger entwickelte als das Sozialprodukt zu konstanten Preisen. In Phasen tendenziell sinkender Energiepreise stieg demgegenüber der Realwert des Sozialprodukts rascher an als das Sozialprodukt zu konstanten Preisen. Gemessen am Realeinkommen ist sowohl im Abschwung 1974 bis 1975 als auch im Abschwung 1980 bis 1982 ein früherer und ein größerer Rückgang der wirtschaftlichen Leistungen eingetreten, als dies im Sozialprodukt zu konstanten Preisen zum Ausdruck kommt.

251. Wie läßt sich der Unterschied zwischen den beiden Varianten des „realen“ Sozialprodukts sachlogisch deuten? Hinweise auf Interpretationsmöglichkeiten bietet der Zusammenhang mit der Entwicklung des Ölpreises. Die beiden Varianten unterscheiden sich dann voneinander, wenn sich die Terms of Trade gegenüber dem Ausland verändern, wenn also die Entwicklung der Einfuhrpreise von der der Ausfuhrpreise abweicht. Eine Verschlechterung der Terms of Trade bedeutet unter sonst gleichen Bedingungen eine Senkung, eine Verbesserung der Terms of Trade dagegen eine Erhöhung der inländischen Einkommen. Dies wird im Realwert des Sozialprodukts, nicht dagegen im Sozialprodukt zu konstanten Preisen zum Ausdruck gebracht. Die Differenz zwischen den beiden Größen gibt also diejenige Veränderung des inländischen Realeinkommens wieder, die durch Veränderungen der Terms of Trade hervorgerufen sind. Die Entwicklung des Sozialprodukts zu konstanten Preisen zeigt nur den Teil der Realeinkommensveränderung, der zum einen durch die Veränderung der produzierten Mengen und zum anderen durch die Einsparung von Vorleistungen im Produktionsprozeß bewirkt wird. Man hat bisher im allgemeinen die Veränderung der produzierten Mengen zusammen mit der Einsparung von Vorprodukten als eine Mengenkomponekte und die Veränderung der Terms of Trade als Preiskomponekte der Realein-

## Realwert des Sozialprodukts

Jahr	Realwert des Brutto-sozialprodukts <sup>1)</sup>		Brutto-sozialprodukt in Preisen von 1976		Realwert des Netto-sozialprodukts <sup>1)</sup>		Netto-sozialprodukt in Preisen von 1976		Reales Volkseinkommen <sup>1)</sup>	
	Mrd DM	vH <sup>2)</sup>	Mrd DM	vH <sup>2)</sup>	Mrd DM	vH <sup>2)</sup>	Mrd DM	vH <sup>2)</sup>	Mrd DM	vH <sup>2)</sup>
1960	610,5	—	613,4	—	562,9	—	568,5	—	483,8	—
1961	642,0	+5,2	643,1	+4,8	589,5	+4,7	593,9	+4,5	505,1	+4,4
1962	670,1	+4,4	671,7	+4,4	612,0	+3,8	617,9	+4,0	524,4	+3,8
1963	689,5	+2,9	692,5	+3,1	626,4	+2,3	634,0	+2,6	537,4	+2,5
1964	736,2	+6,8	738,5	+6,6	687,9	+6,6	675,2	+6,5	574,2	+6,8
1965	775,2	+5,3	778,7	+5,4	701,9	+5,1	710,4	+5,2	606,4	+5,6
1966	797,2	+2,8	799,3	+2,6	719,1	+2,4	726,1	+2,2	621,2	+2,4
1967	799,9	+0,3	798,9	-0,1	718,1	-0,1	721,3	-0,7	616,9	-0,7
1968	847,8	+6,0	847,9	+6,1	762,6	+6,2	766,3	+6,2	664,1	+7,7
1969	914,3	+7,8	911,6	+7,5	825,3	+8,2	825,5	+7,7	708,0	+6,6
1970	968,5	+5,9	957,5	+5,0	871,0	+5,5	865,8	+4,9	760,3	+7,4
1971	1 004,7	+3,7	988,1	+3,2	901,1	+3,5	890,1	+2,8	786,1	+3,4
1972	1 047,0	+4,2	1 029,0	+4,1	938,6	+4,2	924,6	+3,9	818,9	+4,2
1973	1 090,1	+4,1	1 075,9	+4,6	977,9	+4,2	965,4	+4,4	856,4	+4,6
1974	1 080,6	-0,9	1 080,8	+0,5	963,9	-1,4	965,1	-0,0	847,5	-1,0
1975	1 068,6	-1,1	1 063,9	-1,6	948,2	-1,6	944,0	-2,2	834,1	-1,6
1976	1 123,0	+5,1	1 123,0	+5,6	999,0	+5,4	999,0	+5,8	879,2	+5,4
1977	1 153,2	+2,7	1 154,1	+2,8	1 025,5	+2,6	1 025,8	+2,7	902,2	+2,6
1978	1 202,3	+4,3	1 194,0	+3,5	1 069,2	+4,3	1 061,0	+3,4	940,7	+4,3
1979	1 240,1	+3,1	1 241,6	+4,0	1 101,1	+3,0	1 103,3	+4,0	966,0	+2,7
1980	1 245,1	+0,4	1 265,5	+1,9	1 099,9	-0,1	1 121,4	+1,6	963,3	-0,3
1981	1 228,3	-1,4	1 263,0	-0,2	1 078,7	-1,9	1 113,3	-0,7	944,2	-2,0
1982	1 220,6	-0,6	1 248,9	-1,1	1 067,6	-1,0	1 094,5	-1,7	936,0	-0,9
1983	1 243,8	+1,9	1 265,1	+1,3	1 087,1	+1,8	1 106,2	+1,1	950,6	+1,6
1984 <sup>4)</sup>	1 269	+2	1 296	+2½	1 107	+2	1 132	+2½	968½	+2

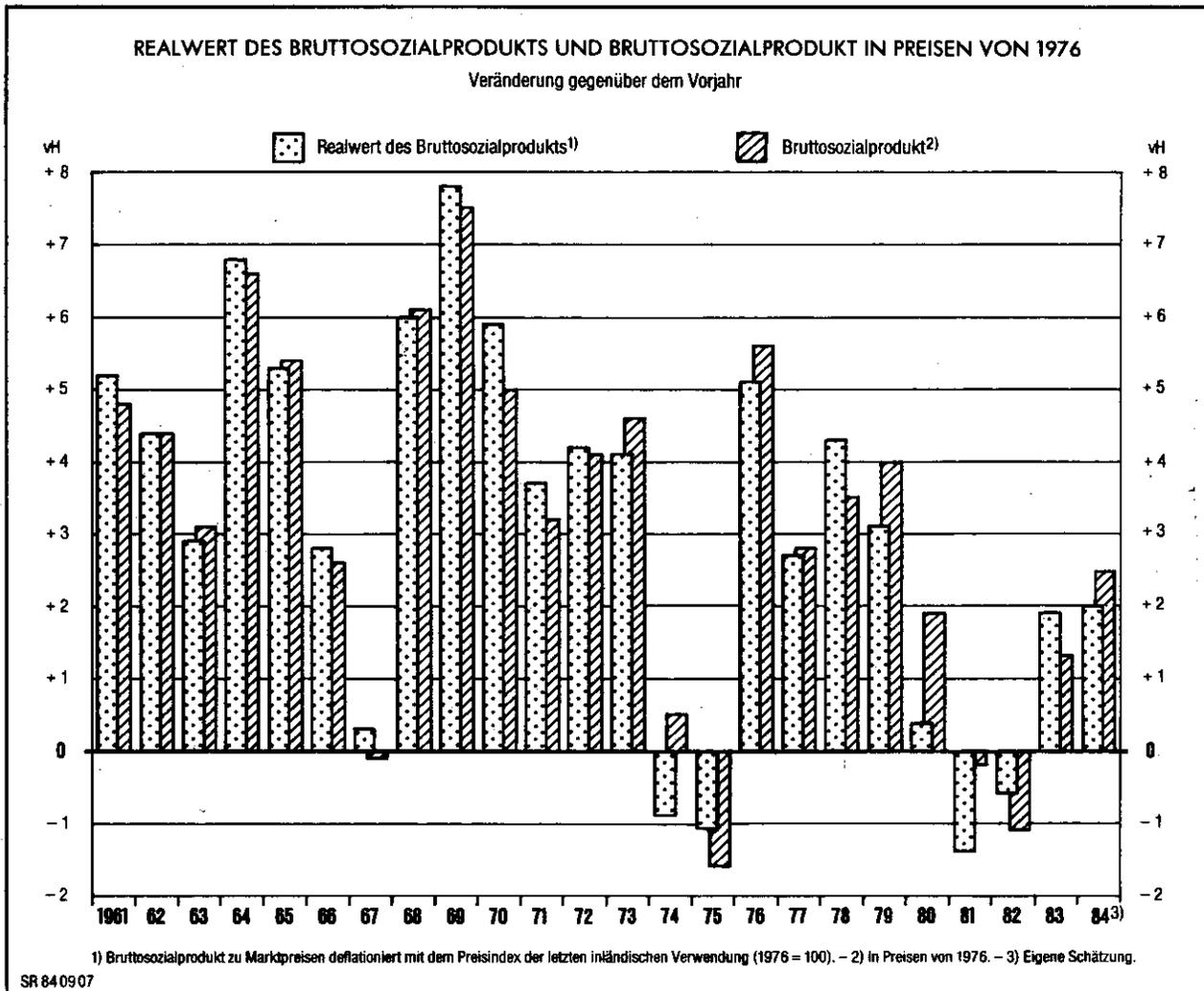
<sup>1)</sup> Brutto-sozialprodukt und Netto-sozialprodukt zu Marktpreisen sowie Volkseinkommen jeweils deflationiert mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung (1976 = 100).

<sup>2)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

<sup>3)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

<sup>4)</sup> Eigene Schätzung.

Schaubild 36



kommensänderung angesehen. Das kann jedoch zu Betrachtungsfehlern führen. Denn nur in ganz bestimmten Fällen ist diese Trennung in Mengenkomponekte und Preiskomponekte sinnvoll, dann nämlich, wenn die Preiswirkung und die Mengenwirkung als unabhängig voneinander zu sehen sind, was regelmäßig nicht zutreffen dürfte.

Entscheidend ist jedoch, daß der Realwert des Sozialprodukts als Ausdruck des gesamtwirtschaftlichen Realeinkommens zu gelten hat und damit eine für wirtschaftspolitische Fragestellungen wichtige Größe darstellt. Deswegen schlagen wir vor, daß die amtliche Statistik künftig diesen Realwert des Sozialprodukts berechnet und ausweist. In ökonomischen Analysen käme dem Realwert des Sozialprodukts ein hoher Rang zu.

**252.** Innerhalb eines Konzepts, in dem das Sozialprodukt mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung von inflationsbedingten Veränderungen bereinigt wird, ist es nur folgerichtig, auch die Beiträge der einzelnen Wirtschaftsberei-

che zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung mit diesem Preisindex zu deflationieren. Dabei wird vorausgesetzt, daß die Produktionsleistung eines Sektors, ebenso wie die der Gesamtwirtschaft, durch die Entwicklung der Realeinkommen repräsentiert wird, die in diesem Sektor erwirtschaftet werden. Die Verwendung eines einheitlichen Deflators vermeidet auch in diesem Zusammenhang problematische Ergebnisse, wie sie gegenwärtig bei der Ermittlung der „Wertschöpfung in konstanten Preisen“ einzelner Sektoren auftreten. Dies sei an einem Beispiel erläutert: Steigen für eine Branche die Preise für Energie und andere Vorleistungen, ohne daß die Branche die Absatzpreise zu erhöhen vermag, so verringert sich die Summe der Einkommen in dieser Branche. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen würde jedoch — in konstanten Preisen gerechnet — eine unveränderte Wertschöpfung für diesen Wirtschaftszweig ausgewiesen werden, da sich weder bei den Vorleistungen noch beim Produktionswert der Menge nach eine Veränderung ergibt. Nun sei angenommen, die Branche stelle ihre Produktion auf energiesparende

Verfahren um, und es gelänge ihr dabei, einen Teil des Einkommensrückgangs auszugleichen. Die Wertschöpfung zu konstanten Preisen würde daraufhin steigen, damit ihren Ausgangswert übersteigen und so irritierenderweise ein höheres Realeinkommen ausweisen, obwohl dieses tatsächlich immer noch niedriger ist als vorher. Der Realwert der Wertschöpfung würde zwar ebenfalls steigen, aber unter seinem Ausgangswert bleiben, was der Änderung der Realeinkommen entspräche.

Auch bei sektoralen Analysen der wirtschaftlichen Entwicklung ist also der mit einem einheitlichen Deflator bereinigte Realwert der Wertschöpfung der angemessene Maßstab für die Produktionsleistung. Die bisher ausschließlich ausgewiesene Bruttowertschöpfung zu konstanten Preisen gibt wiederum nur den Teil von Veränderungen der Produktionsleistung an, der auf „Mengenkomponenten“, also auf Veränderungen des Produktionsausstoßes und des Vorleistungseinsatzes zurückgeht. Für eine Branche ist es jedoch gleichgültig, ob sie ihre Realeinkommen durch eine solche Mengenkomponente verbessert oder dadurch, daß sie ihre Absatzpreise im Verhältnis zu ihren Vorleistungspreisen erhöhen kann. Der Ausweis und die Analyse der Bruttowertschöpfung zu konstanten Preisen ist deshalb nur als eine Komponente, nicht da-

gegen als umfassender Ausdruck für die Produktionsleistung sinnvoll.

Der Sachverständigenrat schlägt vor, daß die amtliche Statistik auch für die Wertschöpfung der Wirtschaftszweige neben den Angaben zu jeweiligen Preisen und zu konstanten Preisen den inflationsbereinigten Realwert ausweist.

253. Die Verwendung des Realwerts des Sozialprodukts statt des Sozialprodukts zu konstanten Preisen berührt einen großen Teil der empirisch gestützten gesamtwirtschaftlichen Analysen und der daran anschließenden öffentlichen Diskussion. Für bestimmte Analysen — so bei den Rechnungen zur Reallohnposition der Arbeitnehmer — hat der Sachverständigenrat bereits in der Vergangenheit neben dem Sozialprodukt zu konstanten Preisen stets den Terms-of-Trade-Effekt zusätzlich ausgewiesen, wenn auch in etwas anderer Berechnung; hier verwenden wir schon in diesem Gutachten die Ergebnisse der neuen Rechnung zum Realwert des Sozialprodukts (Ziffern 182 ff.). Für andere Fragestellungen scheint es angemessen, vor neuen Festlegungen zunächst einer sich etwa verbreiternden Diskussion in der Wissenschaft und in der Öffentlichkeit Raum zu geben.

## ZWEITES KAPITEL

## Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1985

## I. Die Ausgangslage und die Annahmen für die Prognose

254. In der Diagnose kommen wir zu dem Urteil, daß der Aufschwung in der Bundesrepublik nicht an Kraft eingebüßt hat. Obwohl der Arbeitskampf Spuren hinterlassen hat — die Produktion ging zeitweilig stark zurück —, fällt die Bilanz für 1984 recht positiv aus. Die deutsche Wirtschaft hat einen weiteren Schritt nach vorn gemacht. Die Chancen stehen nicht schlecht, daß auch 1985 ein gutes Jahr wird.

255. Die Entwicklung hat die Erwartungen, welche unsere Prognose vom Herbst 1983 bestimmten, weitgehend bestätigt. Ein Rückblick zeigt, daß wir das Tempo des Aufschwungs zutreffend eingeschätzt hatten (JG 83 Ziffern 245 ff.). Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist 1984 um 2½ vH größer gewesen als 1983, ohne die Arbeitskämpfe vom Frühjahr hätte die Zuwachsratesogar noch etwas höher ausfallen können. Allerdings vollzog sich die Entwicklung teilweise abweichend von dem Muster, das wir in der Prognose beschrieben hatten. Richtig lagen wir mit unserem Urteil, daß die Impulse vor allem vom Export kommen würden. Nicht richtig war dagegen die Vorstellung, daß der Exportsog rasch auf die Investitionen übergreifen würde.

— Bei den Exporten wurden unsere Erwartungen noch deutlich übertroffen. Dafür gibt es vor allem zwei Gründe. Zum einen hatten wir die Expansion des Welthandels unterschätzt. Eine stärkere Zunahme hielten wir zwar für möglich, sie schien uns aber aus damaliger Sicht als Setzung für die Status-quo-Prognose zu riskant. Zum anderen waren wir von der Annahme ausgegangen, daß sich der reale Außenwert der D-Mark leicht verbessern würde. Tatsächlich hat er sich weiter verschlechtert, was dem Export zusätzlichen Auftrieb gab.

— Dem Plus bei den Exporten steht ein Minus bei den Investitionen gegenüber. Das gilt vor allem für die Bauten. Hier sackten nach der Jahreswende überraschend die Nachfrage und im Sommer auch die Produktion ab. Enttäuschend war auch die schwache Entwicklung bei den Ausrüstungen, die besonders im ersten Halbjahr deutlich hinter unseren Erwartungen zurückblieb.

Die Abweichungen bei den Exporten und bei den Investitionen sind nicht unabhängig voneinander zu sehen. Die reale Abwertung der D-Mark hat den Export beflügelt, die außenwirtschaftlich mitbestimmten hohen Zinsen haben dagegen die Investitionen und insbesondere die Bauinvestitionen gedämpft. Beides hat also eine gemeinsame Wurzel.

Hier sind vor allem der Einfluß der Vereinigten Staaten und die Reaktionen auf den internationalen Devisenmärkten zu nennen.

Überrascht wurden wir schließlich von der Preisentwicklung, die noch günstiger war, als wir es für möglich hielten. Dies gilt um so mehr, als sich wegen der konjunkturell weltweit gestiegenen Rohstoffnachfrage und wegen der Rückwirkung der Dollaraufwertung auf die Rohstoffmärkte die Einfuhr von Industrierohstoffen und Halbwaren stark verteuerte. Gute Ernten und ein überreichliches Mineralölangebot ließen indes die Preise für Nahrungsmittel und zeitweilig für Benzin unerwartet kräftig sinken.

256. Daß die deutsche Wirtschaft auch 1985 auf expansivem Kurs bleibt, sollte nicht strittig sein. Die Voraussetzungen dafür sind so gut wie lange nicht mehr, und daß sich daran im nächsten Jahr etwas ändern könnte, halten wir nicht für sehr wahrscheinlich. Zur Diskussion steht derzeit nur das weitere Tempo des Aufschwungs, ob es sich, wie manche Beobachter annehmen, verlangsamt oder ob es sich beschleunigt.

Für eine Verlangsamung mag auf den ersten Blick sprechen, daß die wirtschaftliche Erholung sich nach dem Ende der Arbeitskämpfe nicht mit dem erwarteten Schwung fortsetzte. Die Produktion zeigt im Herbst 1984 ein nur wenig höheres Niveau als am Jahresbeginn. Die Schatten, die die Streiks nicht nur auf die direkt betroffenen, sondern auch auf andere Bereiche geworfen haben, sind länger, als es zunächst schien. Ein Vergleich des Produktionsniveaus vor und nach den Arbeitskämpfen ist freilich problematisch, weil die Entwicklung am Jahresanfang wohl schon von der Sorge vor Lieferausfällen bestimmt war. Viele Unternehmen hatten die Produktion hochgefahren und die Lager aufgestockt. Aus diesem Grund ist das Bild, das die Statistik bisher zeichnet, nicht einfach zu interpretieren. Für sich allein ist es sicher keine tragfähige Basis für eine Prognose. Selbst wenn man dazu neigte, die Entwicklung seit dem Frühjahr als Abschwächung zu deuten, sollte man daraus keine weitreichenden Schlüsse ziehen. In allen Konjunkturzyklen bis zur Mitte der siebziger Jahre gab es immer wieder sogenannte Zwischenhochs und Zwischentiefs. Und auch die langgestreckte Erholungsphase von 1975 bis 1980 war nicht frei von Stockungen, die mancherlei Irritationen auslösten.

Wir haben in der Diagnose ausführlich dargelegt, warum wir die Konstellation des Aufschwungs derzeit für günstig halten: Ein kräftiger Außenwirtschaftlicher Rückenwind beflügelt nach wie vor den Export, gute Gewinne bei weitgehend stabilen Kosten und Preisen sowie sinkende Zinsen geben An-

reize für zusätzliche Investitionen, und eine zunehmende Beschäftigung schafft wieder Spielraum für eine Ausweitung des privaten Verbrauchs. Der Erholungsprozeß könnte daher, was sein Tempo anlangt, 1985 dort anknüpfen, wo er im Frühjahr 1984 ins Stocken geraten war.

**257.** Bevor wir unsere Prognose für das nächste Jahr ausführlich begründen, gehen wir kurz auf die Annahmen, die ihr zugrunde liegen, ein. Sie betreffen zunächst den Kurs der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Finanzpolitik und der Geldpolitik.

- Die Finanzpolitik ist auch 1985 bemüht, den Ausgabenanstieg in engen Grenzen zu halten. Nach den derzeit vorliegenden Plänen steigen die Ausgaben der Gebietskörperschaften um 2 vH, der Staatsverbrauch und die Investitionen deutlich stärker, die Übertragungen hingegen schwächer. Der konjunkturelle Impuls wird um 6½ Mrd DM abnehmen; er bildet sich damit wesentlich weniger zurück als in den Jahren 1983 und 1984.
- Die Geldpolitik verlangsamt die Geldmengenexpansion nicht. Ende 1984 wird die Zentralbankgeldmenge etwa 5 vH höher sein als Ende 1983; im nächsten Jahr wird die Bundesbank auf eine Expansionsrate in derselben Größenordnung hinwirken. Gravierende außenwirtschaftliche Störungen, die den geldpolitischen Kurs beeinträchtigen könnten, gehören nicht zu den Annahmen der Prognose. Zu alledem paßt ein weiterer leichter Rückgang der Zinsen.

**258.** Zum Datenkranz rechnen wir auch die Annahmen über die Lohnentwicklung. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß wir die Setzung für die Löhne nicht als eine Prognose und schon gar nicht als eine Zielprojektion verstanden wissen wollen, die Eingang in die lohnpolitische Diskussion finden muß. Diesmal ist die Situation allerdings etwas anders, weil 1985 in gewichtigen Branchen tarifvertragliche Vereinbarungen wirksam werden, die schon 1984 ausgehandelt wurden. In den Tarifbereichen mit Wochenarbeitszeitverkürzung von 1½ Stunden wurde außer einem Lohnausgleich in Höhe von 3,9 vH ein Anstieg der Löhne und Gehälter je Beschäftigten um 2 vH vereinbart. Für die 1985 neu abzuschließenden Verträge in anderen Bereichen haben wir angenommen, daß sich die Erhöhungen in der Nachbarschaft der Lohnsteigerungen des Jahres 1984 halten.

Zu unseren Annahmen gehört, daß die vereinbarte Differenzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit von einem erheblichen Teil der Unternehmen in die Praxis umgesetzt wird. Anderenfalls würde der Kosteneffekt der Arbeitszeitverkürzung stärker zu Buche schlagen, als wir es unterstellt haben.

**259.** Was das internationale Umfeld anbelangt, so wird unsere Vorausschau von der Vorstellung einer anhaltenden wirtschaftlichen Erholung in den meisten westlichen Industrieländern geprägt. Dies wird auch den hochverschuldeten Entwicklungsländern helfen; die Gefahr einer internationalen Verschuldungskrise erscheint derzeit als gering.

Das Wechselkursgefüge wird vermutlich auch 1985 von einem starken Dollar bestimmt sein. Für das Europäische Währungssystem haben wir für die Prognose angenommen, daß Anpassungen der Wechselkurse einstweilen kein Thema sein werden, obwohl die Preise in anderen Ländern stärker steigen als in der Bundesrepublik.

## II. Die Weltkonjunktur im Jahre 1985

**260.** Angeführt von den Vereinigten Staaten und Japan hat sich der Aufschwung in den Industrieländern 1984 verstärkt. Vom Grundmuster her deutet sich für die europäischen Länder im Jahresverlauf inzwischen ein Aufholen an: Während es in den Vereinigten Staaten zu einer Abschwächung des kräftigen Aufschwungs kam, hat in Europa die gesamtwirtschaftliche Produktion in der zweiten Jahreshälfte eher stärker zugenommen als zu Jahresbeginn. Zu den anhaltend kräftigen Impulsen vom Export ist eine Belebung der Inlandsnachfrage, vor allem der Investitionen, hinzugekommen.

Verbessert haben sich nicht nur die konjunkturelle Lage, sondern auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als Basis der künftigen Entwicklung. In vielen Ländern ist die Inflation eingedämmt, die Ertragslage der Unternehmen günstiger geworden und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiter vorangekommen. Letzteres gilt für die Vereinigten Staaten und eine Reihe anderer Länder nicht. Auch aus diesem Grunde sind die Zinsen weltweit hoch geblieben, und die Belastungen, die davon ausgehen, sind in diesem Jahr nicht geringer geworden, vor allem wenn man die weitere Verlangsamung des Preisanstiegs mit ins Bild nimmt.

**261.** Mit der konjunkturellen Belebung in den Industrieländern hat der Welthandel seit Mitte 1983 kräftig zugenommen, das Tempo der Expansion hat im Jahresverlauf 1984 aber deutlich nachgelassen. Die Intensivierung des Außenhandels war nicht nur für die konjunkturell zurückliegenden Industrieländer eine Hilfe, sondern in hohem Maße auch für die Entwicklungsländer. Beide konnten ihre Exporte kräftig steigern und die Ungleichgewichte im Außenhandel verringern. Die aus der hohen Verschuldung erwachsenden Probleme der lateinamerikanischen Entwicklungsländer sind durch die starke Zunahme des Welthandels, vor allem die steigende Importnachfrage der Vereinigten Staaten, zwar geringer geworden, eine dauerhafte Lösung ist aber noch nicht absehbar.

**262.** Unserer Einschätzung der Entwicklung der Weltkonjunktur im Jahre 1985 liegt die Vorstellung zugrunde, daß es im allgemeinen nicht zu Kursänderungen der Wirtschaftspolitik kommt. Bei der Finanzpolitik rechnen wir daher mit einer Fortsetzung der Konsolidierungspolitik außerhalb der Vereinigten Staaten und mit noch höheren Defiziten dort. In der Summe der Industrieländer werden die Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten, bezogen auf das Sozialprodukt, 1985 noch deutlich höher sein als in den Jahren 1979/80, also vor der letzten

Rezession. Die Geldpolitik wird im kommenden Jahr in den meisten Ländern, so unsere Annahme, für eine Ausweitung der Geldmenge sorgen, die eine Finanzierung des erwarteten Anstiegs des Sozialprodukts ohne Friktionen erlaubt. Ein mäßiger Rückgang der Zinsen würde dazu passen, zumal überwiegend mit einer leichten weiteren Verringerung des Preisauftriebs zu rechnen ist.

263. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird 1985 in den Industrieländern insgesamt voraussichtlich weniger stark zunehmen als in diesem Jahr. Hinter dieser Vorstellung steht eine Kräftigung des Aufschwungs in Europa und eine Abschwächung in den Vereinigten Staaten (Tabelle 32).

Nach der starken Ausweitung der Produktion von Mitte 1983 bis Mitte 1984 ist in den Vereinigten Staaten im kommenden Jahr mit einem geringeren Wachstumstempo zu rechnen. Die amerikanische Wirtschaft wird freilich in ihren Expansionschancen unterschiedlich beurteilt. Die Schätzungen für die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahre 1985 reichen von 3 vH bis 4 1/2 vH. In unsere Rechnungen ist eine mittlere Annahme von 3 1/2 vH eingegangen. Eine Abschwächung ist vor allem bei der Investitionstätigkeit, namentlich im Wohnungsbau, zu erwarten; aufs Jahr gesehen ist aber noch eine Zunahme der Investitionen in der Größenordnung von 5 vH unterstellt. Der private Verbrauch dürfte dagegen nicht viel an Dynamik einbüßen; ein weiterer Anstieg der Beschäf-

Tabelle 32

## Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern

Land	Anteil am		Bruttoinlandsprodukt 3 (real) <sup>2)3)</sup>		Verbraucherpreise <sup>3)4)</sup>	
	Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup> der OECD-Länder	Export der Bundesrepublik Deutschland				
	1983		1984	1985	1984	1985
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Bundesrepublik Deutschland .....	8,4	×	+2 1/2	+3	+ 2 1/2	+ 2
Belgien-Luxemburg .....	1,0	7,4	+1 1/2	+1 1/2	+ 6 1/2	+ 5 1/2
Dänemark .....	0,7	2,0	+3 1/2	+3	+ 6	+ 4 1/2
Frankreich .....	6,6	12,9	+1 1/2	+2	+ 7 1/2	+ 6
Griechenland .....	0,5	1,1	+2	+2	+18 1/2	+17 1/2
Großbritannien .....	5,7	8,2	+2	+3	+ 5	+ 5 1/2
Irland .....	0,2	0,4	+3	+2 1/2	+ 8 1/2	+ 7
Italien .....	4,5	7,4	+2 1/2	+2 1/2	+11	+ 8 1/2
Niederlande .....	1,7	8,8	+1 1/2	+2	+ 3 1/2	+ 2
Europäische Gemeinschaft <sup>5)</sup> .....	29,3	48,2	+2	+2 1/2	+ 6	+ 5
Vereinigte Staaten .....	41,9	7,6	+7	+3 1/2	+ 3 1/2	+ 4
Japan .....	14,8	1,3	+5 1/2	+4 1/2	+ 2	+ 2 1/2
Kanada .....	4,2	0,7	+4	+3	+ 4	+ 3 1/2
Österreich .....	0,9	5,1	+2 1/2	+3	+ 5 1/2	+ 4
Portugal .....	0,3	0,5	-2	+ 1/2	+30	+25
Schweden .....	1,2	2,6	+3	+2 1/2	+ 8	+ 5 1/2
Schweiz .....	1,3	5,2	+2 1/2	+2	+ 3	+ 2 1/2
Spanien .....	2,0	1,8	+2 1/2	+2 1/2	+11	+ 8
Alle Länder <sup>5)</sup> .....	95,9	73,0	+5	+3 1/2	+ 4 1/2	+ 4

<sup>1)</sup> In jeweiligen Preisen und Wechselkursen.

<sup>2)</sup> Für Bundesrepublik Deutschland, Vereinigte Staaten, Japan und Kanada: Bruttosozialprodukt.

<sup>3)</sup> Eigene Schätzung aufgrund von Angaben internationaler Organisationen.

<sup>4)</sup> Deflator des privaten Verbrauchs. Index der Verbraucherpreise für die Schweiz.

<sup>5)</sup> Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttoinlandsprodukt der OECD-Länder des Jahres 1983.

tigung sowie Lohnerhöhungen, die etwas über den Anstieg des Preisniveaus hinausgehen, sorgen für eine kräftige Zunahme der verfügbaren Einkommen. Die Importnachfrage bleibt daher hoch, verglichen mit dem exzessiven Anstieg in diesem Jahr ergibt sich aber auch hier eine Verlangsamung; das Ungleichgewicht im Außenhandel nimmt ein noch größeres Ausmaß an.

Für Japan ist nur mit einer geringfügigen Verlangsamung der Aufwärtsbewegung zu rechnen. Die Inlandsnachfrage, die Investitionen und der private Verbrauch, wird sich weiter kräftigen, der Export wird im Zusammenhang mit der Abschwächung in den Vereinigten Staaten zwar nachlassen, aber eine Konjunkturstütze bleiben. Der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist mit  $4\frac{1}{2}$  vH vermutlich der höchste unter den Industrieländern.

**264.** In Europa wird sich die konjunkturelle Erholung im kommenden Jahr fortsetzen. Nach einem Anstieg des Sozialprodukts in diesem Jahr um reichlich 2 vH ist für 1985 mit einer Zunahme um gut  $2\frac{1}{2}$  vH zu rechnen. Dahinter steht die Vorstellung einer vergleichsweise regen Investitionstätigkeit. Dies ist um so auffälliger, wenn man die hohen Zinsen, den deshalb und aus anderen Gründen schwachen Wohnungsbau und die Konsolidierungsanstrengungen der öffentlichen Haushalte in vielen Ländern mit ins Bild nimmt. In der Zunahme der Investitionen kommen die verbesserten Rahmenbedingungen in vielen Volkswirtschaften zum Ausdruck. Der Zuwachs des Sozialprodukts reicht freilich noch nicht für einen Anstieg der Beschäftigung aus, der die Arbeitslosigkeit auch nur konstant halten könnte. Die Arbeitslosenquote dürfte nach Schätzungen der OECD von 11 vH in diesem Jahr auf  $11\frac{1}{2}$  vH im Jahre 1985 steigen.

Für Großbritannien rechnen wir im nächsten Jahr mit einer Zunahme des Sozialprodukts um 3 vH. Dabei ist unterstellt, daß der Arbeitskampf im Bergbau bald beendet wird. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dürfte dann 1985 wieder an das Tempo im Jahre 1983 anschließen. Die Investitionen und der Export bleiben Triebkraft der Konjunktur. Die Beschäftigung wird weiter langsam zunehmen, die Arbeitslosigkeit dürfte aber nicht zurückgehen.

In Frankreich ist eine allmähliche Belebung der Konjunktur zu erwarten. Mit einem Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von knapp 2 vH bleibt Frankreich allerdings weiterhin hinter der Entwicklung in den Nachbarländern zurück. Die Exporte profitieren von der günstigeren Konjunkturlage bei den Handelspartnern. Die Maßnahmen der auf Dämpfung des Preis- und Kostenauftriebs und Kräftigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gerichteten Wirtschaftspolitik bewirken eine Verbesserung des Investitionsklimas; retardierend wirken aber die Schwäche des Wohnungsbaus und der öffentlichen Investitionen. Der private Verbrauch bleibt durch die Sparmaßnahmen der Regierung belastet.

In Italien wird sich die konjunkturelle Erholung, die 1984 begonnen hat, fortsetzen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte um  $2\frac{1}{2}$  vH zunehmen. Der Antrieb kommt von der Ausfuhr und von den Ausrüstungsinvestitionen. Die großen wirtschaftlichen Probleme, die Inflation und das riesige Haushaltsdefizit, hindern die Geldpolitik, ihren Kurs zu lockern.

In den kleineren europäischen Ländern bleibt das konjunkturelle Bild uneinheitlich. Die skandinavischen Länder sowie Österreich und die Schweiz werden ihre vergleichsweise gute Position behaupten. Andere Länder, wie Belgien und die Niederlande, dürften auch 1985 noch nicht den Anschluß an die Weltkonjunktur finden.

**265.** Der Welthandel wird nach den Schätzungen internationaler Organisationen auch 1985 kräftig zunehmen. Aufs ganze Jahr gesehen dürfte die Steigerung  $5\frac{1}{2}$  vH betragen. Allerdings dürfte das Expansionsstempo im Laufe des Jahres etwas abnehmen. Dies wird im wesentlichen von der Verlangsamung des Aufschwungs in den Vereinigten Staaten bestimmt. Die Einfuhr der europäischen Länder wird vermutlich mit nahezu unverändertem Tempo zunehmen. Das gleiche gilt für die OPEC-Länder, die die Phase drastisch eingeschränkter Importe verlassen haben. Die Entwicklungsländer dürften ihre Importe sogar stärker ausweiten als in diesem Jahr.

### III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur

**266.** Die konjunkturelle Dynamik wird im Jahre 1985 vor allem von den Investitionen kommen, und zwar von den Ausrüstungsinvestitionen, nicht von den Bauinvestitionen. Die Erträge der Unternehmen haben sich in den letzten drei Jahren deutlich erholt, teils wegen zunehmender Stückgewinne, teils wegen höherer Absatzmengen, aber auch wegen steuerlicher Erleichterungen. Es ist nicht zu übersehen, daß sich inzwischen die Rentabilität von Sachinvestitionen erheblich verbessert hat — auch und gerade im Vergleich zu Finanzanlagen, bei denen die Rendite mittlerweile wieder sinkt.

Wägt man die Argumente, die für und die gegen einen kräftigen Investitionsaufschwung sprechen, sorgfältig gegeneinander ab, dann finden sich derzeit die meisten auf der Habenseite. Die wichtigsten davon wurden bereits im vorangegangenen Kapitel erörtert (Ziffern 49 ff.). Diese sind:

- Die deutliche Verbesserung der Erträge: Sie ist nicht nur die Basis für eine höhere Eigenfinanzierung, sondern erleichtert auch, wegen des gestiegenen Marktwertes der Unternehmen, die Fremdfinanzierung.
- Die positiven Absatzerwartungen insbesondere im Exportgeschäft: Darin kommt zum Ausdruck, daß die Mehrzahl der Unternehmen auf eine weitere Kräftigung der Konjunktur setzt.

— Die wieder höhere Kapazitätsauslastung: Sie nähert sich in nicht wenigen Bereichen, freilich auch als Folge eines schwachen Kapazitätswachstums, der Normalauslastung. Dies läßt erwarten, daß mehr Unternehmen als in den letzten Jahren eine Erweiterung ihrer Anlagen ins Auge fassen.

— Die wachsende Bereitschaft zur Modernisierung: Sie tritt immer mehr an die Stelle der Rationalisierung, dem bislang vorherrschenden Investitionsmotiv.

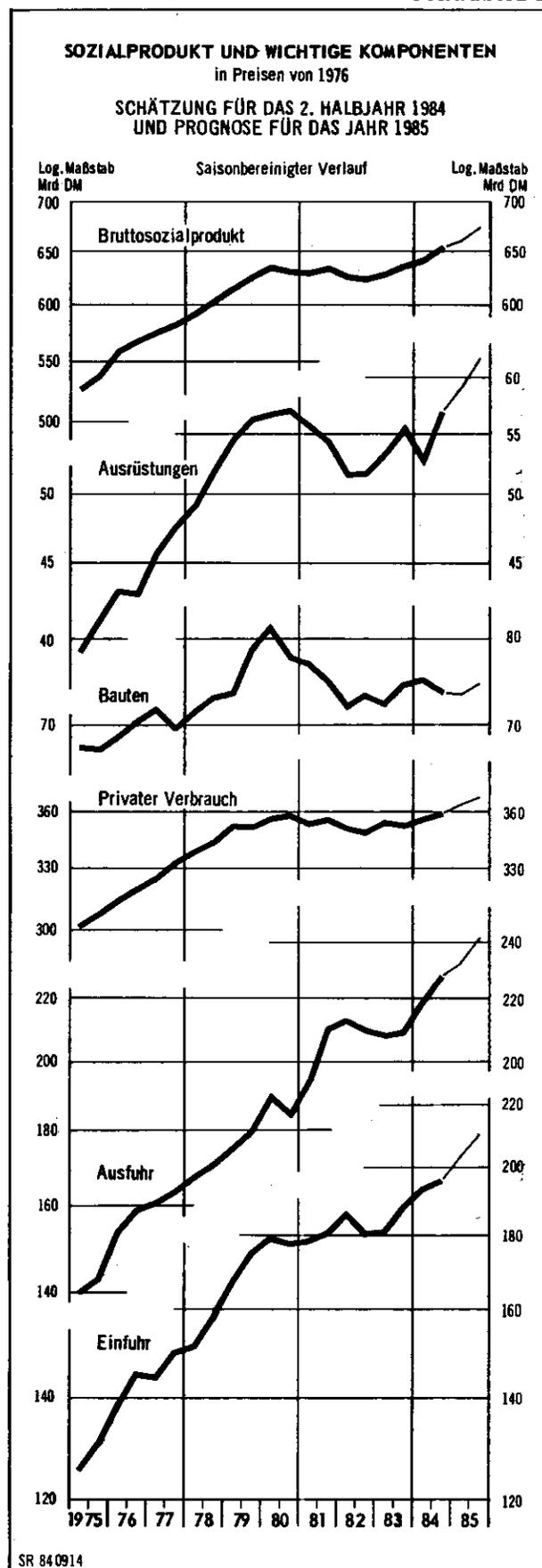
**267.** Die Modernisierung bekommt dadurch Auftrieb, daß sich bei Ausrüstungsgütern ein Generationswechsel anbahnt. Elektronische Steuerung und Informationsverarbeitung sind in der industriellen Fertigung auf dem Vormarsch. Die Fertigungsmaschinen der neuen Generation bringen höhere Produktionszahlen, niedrigere Ausschußquoten, kürzere Umstellungs- und Vorbereitungszeiten. Bemerkenswert ist, daß es sich bei der Einführung solcher neuer Techniken nicht nur um punktuelle Maßnahmen handelt. Viele Unternehmen stellen ihre Produktionsanlagen blockweise auf die neue Maschinengeneration um, und ganze Abteilungen werden „durchmodernisiert“.

**268.** Wer im Wettbewerb mithalten will, darf nicht auf die Gunst der Stunde warten, welche die Auftragsbücher füllt. Der größere Teil der Unternehmen, auch und gerade in Branchen, die im Strukturwandel auf der Schattenseite stehen, hat erkannt, daß sich Märkte nur mit eigenen Anstrengungen halten und ausbauen lassen. Der hohe Dollarkurs ist sicher zum Glücksfall für manches Unternehmen geworden. Bewahren lassen sich die Gewinne aus dem Export freilich nur, wenn sie alsbald in neue Produkte und in neue Fertigungsverfahren investiert werden und so für festen Stand sorgen, wenn der Wind des internationalen Wettbewerbs wieder steifer weht.

**269.** Die verfügbaren Eigenmittel der Unternehmen erlauben einen größeren Schub bei den Investitionen (Schaubild 37). Noch wichtiger scheint uns aber zu sein, daß die Unternehmen allen Anlaß haben, die Verbesserung der Investitionsbedingungen nicht nur als vorübergehend anzusehen. Die überschaubaren Rahmenbedingungen sind günstig. Vor allem müssen die Unternehmen nicht mehr wie in früheren Jahren fürchten, daß ihre Zukunftspläne durch eine neuerliche Stabilisierungskrise gestört werden.

**270.** Optimistisch stimmen diesmal auch die Ergebnisse des Ifo-Investitionstests vom Spätsommer 1984. Danach zeichnet sich bei den Investitionsausgaben des verarbeitenden Gewerbes (Ausrüstungen und Bauten zusammengenommen) für das nächste Jahr eine Zuwachsrate von rund 10 vH ab. Eine ähnlich hohe Steigerungsrate fand sich zuletzt in den Plänen für das Jahr 1979. Dabei ist zu bedenken, daß die Investitionsbudgets im Aufschwung fast immer nachträglich aufgestockt werden, der Vollzug also 1985 noch über die Pläne hinausgehen kann. Offenbar werden nun auch die Investitions-

Schaubild 37



vorhaben nachgeholt, die für dieses Jahr geplant waren, wegen des Streiks in der Metallindustrie aber zurückgestellt worden sind.

Es ist bemerkenswert, daß 1985 die Investitionsgüterhersteller selbst am meisten investieren wollen, obwohl bei ihnen die Kapazitätsauslastung im Durchschnitt noch unter der in anderen Branchen liegt. Es entspricht aber durchaus den Erfahrungen, daß in einem Aufschwung dort die Investitionen am kräftigsten anziehen und damit zur Selbststärkung des Aufschwungs beitragen. Neben der Metallherstellung und Metallverarbeitung werden der Stahlbau, Maschinenbau und Fahrzeugbau, die Elektrotechnik, die Hersteller von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten sowie die Feinmechanik und Optik die Spitzenreiter bei den Investitionen sein. Es kommt darin die große Bedeutung von Modernisierungsinvestitionen zum Ausdruck. Es geht aber auch nicht zuletzt um Branchen, die derzeit vom schwungvollen Exportgeschäft profitieren. Neue Techniken, etwa im Bereich der Steuerung, öffnen gerade diesen Bereichen interessante Möglichkeiten zur Automatisierung der Arbeitsabläufe.

**271.** Eine hohe Investitionsbereitschaft im verarbeitenden Gewerbe allein reicht sicher nicht aus für einen breiten Investitionsaufschwung. Knapp zwei Drittel der gewerblichen Ausrüstungsinvestitionen werden in den anderen Bereichen vorgenommen. Ins Gewicht fallen insbesondere die Investitionen im Dienstleistungsgewerbe, zumal sich dort auch das inzwischen recht bedeutsame Leasinggeschäft niederschlägt.

Die voraussichtliche Entwicklung außerhalb des verarbeitenden Gewerbes läßt sich gegenwärtig noch nicht hinreichend überblicken. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung rechnet damit, daß sich hier positive und negative Veränderungsrate mischen. Danach wird der Handel wegen der vergleichsweise schwachen Verbrauchskonjunktur die Investitionen spürbar einschränken, und auch in der Landwirtschaft zeichnet sich wegen der Verunsicherung, die seit den Brüsseler Preisbeschlüssen bei den Bauern eingetreten ist, ein deutlicher Rückgang ab. Positive Zuwachsraten sind dagegen im Verkehrsbereich und vor allem bei der Bundespost zu erwarten, bei der die Einführung der digitalen Informationsübertragung und der Ausbau des Kabelnetzes auf dem Programm stehen. Auch die anderen Dienstleistungsbereiche werden ihre Investitionen vermutlich kräftig steigern — der Trend zu modernen Bürotechniken ist hier ungebrochen. Überdies dürfte das Leasinggeschäft wieder anziehen, wenn wichtige Bereiche, insbesondere das verarbeitende Gewerbe, verstärkt investieren.

Bemerkenswert ist, daß die Bauwirtschaft trotz der ungünstigen Perspektiven keine weitere Kürzung der Investitionsbudgets ins Auge faßt. Hier hat der starke Rückgang in diesem Jahr (– 17 vH) bereits einen kräftigen Kapazitätsabbau eingeleitet, so daß nun anscheinend die Ersatzinvestitionen nicht weiter schrumpfen.

**272.** Im ganzen haben wir uns von der Erwartung leiten lassen, daß die Schubkraft vieler positiver

Faktoren, wie gute Gewinne, verbesserte Absatzerwartungen und technische Neuerungen, ausreicht, die Investitionskonjunktur anzutreiben. Wir rechnen damit, daß die Ausrüstungsinvestitionen 1985 um 10 vH höher sein werden als 1984 (Tabelle 33). Die hohe Zuwachsrate erklärt sich freilich auch daraus, daß die Lieferung von Investitionsgütern im Frühjahr und Sommer dieses Jahres durch den Streik in der Metallindustrie behindert war. Dies führte zu nachgezogenen Lieferungen im Herbst (hoher Überhang am Jahresende 1984). Die weitere Aufwärtsbewegung im Jahre 1985 ist nicht ganz so steil ( $8\frac{1}{2}$  vH).

**273.** Das Exportgeschäft wird auch 1985 schwungvoll sein. Der Anreiz, mehr zu produzieren und mehr zu investieren, bleibt von daher groß.

Es sind vor allem drei Gründe, auf die wir unsere Einschätzung stützen:

— Die deutsche Exportwirtschaft hat bei den derzeitigen Wechselkursen erhebliche preisliche Wettbewerbsvorteile gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Diese werden, wie die verhaltene Entwicklung der Ausfuhrpreise zeigt, in erster Linie zur Ausweitung des Absatzes und nicht zur Aufbesserung der Gewinnmargen genutzt. Man sucht offenbar verstärkt, auf neuen Märkten Fuß zu fassen und Märkte zurückzugewinnen, die in den siebziger Jahren verlorengewonnen waren. Der Vorteil im Preiswettbewerb dürfte im nächsten Jahr weitgehend erhalten bleiben. Gegenüber den Konkurrenten in Amerika mag er etwas abnehmen, gegenüber den Konkurrenten aus den meisten EG-Ländern, wo die Inflationsraten teilweise beträchtlich höher sind als bei uns, wird er dagegen weiter zunehmen, jedenfalls solange keine Anpassung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem vorgenommen wird.

— Der Aufschwung in der Welt setzt sich fort und seine Basis wird breiter. Der Verlangsamung der Expansion in den Vereinigten Staaten steht die leichte Beschleunigung in den westeuropäischen Ländern gegenüber. Für den Welthandel im ganzen bringt das zwar keinen Ausgleich, für die deutsche Exportwirtschaft spielt der inner-europäische Handel aber die ausschlaggebende Rolle (positiver Regionalstruktureffekt).

— In den meisten Ländern kommt die Dynamik von der Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen. Auf Ausrüstungsgüter entfällt ein großer Teil des deutschen Exports. So beflügelt der Export nicht nur die Investitionen der deutschen Unternehmen; die Investitionen „draußen“ treiben auch zugleich den heimischen Export (positiver Sortimentseffekt).

**274.** Unserer Prognose liegt die Erwartung zugrunde, daß die Warenausfuhr im nächsten Jahr dem Volumen nach um etwa 7 vH steigt, was etwa ebensoviel wäre wie in diesem Jahr. Nimmt man die Dienstleistungsausfuhr dazu, die meistens etwas schwächer expandiert als die Warenausfuhr,

Tabelle 33

Die wichtigsten Daten der Volkswirt  
Schätzung für das 2. Halbjahr 1984

## Absolute Werte

	Einheit	1983	1984	1985	1984		1985	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
<b>Verwendung des Sozialprodukts</b>								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch .....	Mrd DM	947,2	982,5	1 027,0	475,5	507,0	495,5	531,5
Staatsverbrauch .....	Mrd DM	334,2	346,5	359,5	159,7	187,0	166,0	193,5
Anlageinvestitionen .....	Mrd DM	346,5	357,0	378,5	162,4	194,5	171,5	207,5
Ausrüstungen .....	Mrd DM	137,6	141,0	159,5	62,5	78,5	72,0	87,5
Bauten .....	Mrd DM	209,0	216,0	219,0	99,9	116,5	99,5	119,5
Vorratsveränderung .....	Mrd DM	+ 4,9	+ 16,5	+ 21,5	+ 13,1	+ 3,0	+ 10,0	+ 11,0
Außenbeitrag .....	Mrd DM	+ 38,8	+ 43,5	+ 51,5	+ 15,0	+ 28,5	+ 21,5	+ 30,0
Ausfuhr .....	Mrd DM	540,0	595,0	652,5	285,4	309,5	314,0	338,5
Einfuhr .....	Mrd DM	501,3	551,5	601,0	270,5	281,0	292,5	308,5
Bruttosozialprodukt .....	Mrd DM	1 671,6	1 746,0	1 838,0	825,7	920,5	865,0	973,5
In Preisen von 1976:								
Privater Verbrauch .....	Mrd DM	706,1	715,0	733,5	347,6	367,5	355,5	377,5
Staatsverbrauch .....	Mrd DM	248,7	251,5	254,5	122,6	129,0	124,0	130,5
Anlageinvestitionen .....	Mrd DM	256,5	258,5	269,5	118,0	140,5	122,5	146,5
Ausrüstungen .....	Mrd DM	109,5	110,0	121,0	49,1	60,5	55,0	66,0
Bauten .....	Mrd DM	147,0	148,5	148,5	69,0	79,5	67,5	80,5
Ausfuhr .....	Mrd DM	417,3	446,0	475,0	216,1	230,0	231,0	244,5
Einfuhr .....	Mrd DM	367,2	387,0	412,0	192,0	195,0	202,0	210,0
Bruttosozialprodukt .....	Mrd DM	1 265,1	1 296,0	1 336,5	622,4	673,5	639,0	697,5
Realwert des Bruttosozialprodukts <sup>1)</sup>	Mrd DM	1 243,8	1 268,5	1 310,0	609,4	659,0	625,5	684,5
<b>Preisentwicklung</b>								
Privater Verbrauch .....	1976 = 100	134,2	137,5	140,0	136,8	138,0	139,5	140,5
Bruttosozialprodukt .....	1976 = 100	132,1	134,5	137,5	132,7	136,5	135,5	139,5
Letzte inländische Verwendung ..	1976 = 100	134,4	137,5	140,5	135,5	139,5	138,5	142,0
<b>Entstehung des Sozialprodukts</b>								
Erwerbstätige .....	1 000	25 126	25 060	25 275	24 915	25 210	25 085	25 465
Arbeitszeit <sup>2)</sup> .....	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen .....	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität .....	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976 .....	Mrd DM	1 262,3	1 293,0	1 333,5	623,3	670,0	639,5	694,0
<b>Verteilung des Volkseinkommens</b>								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit .....	Mrd DM	915,4	946,0	990,5	443,6	502,0	463,5	527,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen .....	Mrd DM	362,0	387,0	413,5	180,1	207,0	189,5	223,5
Volkseinkommen .....	Mrd DM	1 277,5	1 333,0	1 404,0	623,7	709,5	653,5	751,0
Reales Volkseinkommen <sup>1)</sup> .....	Mrd DM	950,6	968,5	1 000,5	460,3	508,0	472,5	528,0
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit <sup>3)</sup> .....	Mrd DM	510,2	520,0	539,0	246,7	273,0	255,5	283,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen .....	Mrd DM	297,9	320,0	342,0	147,4	172,5	155,0	187,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte <sup>4)</sup> .....	Mrd DM	1 069,2	1 109,0	1 157,5	537,6	571,0	560,0	597,0

<sup>1)</sup> Inflationbereinigt mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung.

<sup>2)</sup> Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

**schaftlichen Gesamtrechnungen**  
 und Vorausschau auf das Jahr 1985

Tabelle 33

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1983	1984	1985	1984		1985	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
<b>Verwendung des Sozialprodukts</b>							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch .....	+ 4,1	+ 3 <sup>1/2</sup>	+ 4 <sup>1/2</sup>	+ 3,7	+ 4	+ 4	+ 5
Staatsverbrauch .....	+ 2,7	+ 3 <sup>1/2</sup>	+ 3 <sup>1/2</sup>	+ 3,4	+ 4	+ 4	+ 3 <sup>1/2</sup>
Anlageinvestitionen .....	+ 4,8	+ 3	+ 6	+ 4,1	+ 2	+ 5 <sup>1/2</sup>	+ 6 <sup>1/2</sup>
Ausrüstungen .....	+ 8,5	+ 2 <sup>1/2</sup>	+ 13	+ 0,5	+ 4	+ 15	+ 11 <sup>1/2</sup>
Bauten .....	+ 2,5	+ 3 <sup>1/2</sup>	+ 1 <sup>1/2</sup>	+ 6,4	+ 1	- 1/2	+ 3
Vorratsveränderung .....	x	x	x	x	x	x	x
Außenbeitrag .....	x	x	x	x	x	x	x
Ausfuhr .....	+ 0,2	+ 10	+ 9 <sup>1/2</sup>	+ 8,5	+ 12	+ 10	+ 9 <sup>1/2</sup>
Einfuhr .....	+ 0,1	+ 10	+ 9	+ 11,5	+ 8 <sup>1/2</sup>	+ 8	+ 9 <sup>1/2</sup>
Bruttosozialprodukt .....	+ 4,5	+ 4 <sup>1/2</sup>	+ 5 <sup>1/2</sup>	+ 4,2	+ 4 <sup>1/2</sup>	+ 4 <sup>1/2</sup>	+ 6
In Preisen von 1976:							
Privater Verbrauch .....	+ 1,1	+ 1	+ 2 <sup>1/2</sup>	+ 0,6	+ 2	+ 2 <sup>1/2</sup>	+ 3
Staatsverbrauch .....	- 0,0	+ 1	+ 1	+ 0,6	+ 2	+ 1 <sup>1/2</sup>	+ 1
Anlageinvestitionen .....	+ 3,1	+ 1/2	+ 4	+ 1,4	+ 0	+ 4	+ 4 <sup>1/2</sup>
Ausrüstungen .....	+ 6,1	+ 1/2	+ 10	- 1,5	+ 2	+ 12	+ 8 <sup>1/2</sup>
Bauten .....	+ 0,9	+ 1	- 0	+ 3,5	- 1	- 2	+ 1 <sup>1/2</sup>
Ausfuhr .....	- 1,3	+ 7	+ 6 <sup>1/2</sup>	+ 5,5	+ 8	+ 7	+ 6 <sup>1/2</sup>
Einfuhr .....	+ 0,5	+ 5 <sup>1/2</sup>	+ 6 <sup>1/2</sup>	+ 7,0	+ 4	+ 5	+ 7 <sup>1/2</sup>
Bruttosozialprodukt .....	+ 1,3	+ 2 <sup>1/2</sup>	+ 3	+ 2,2	+ 2 <sup>1/2</sup>	+ 2 <sup>1/2</sup>	+ 3 <sup>1/2</sup>
Realwert des Bruttosozialprodukts <sup>1)</sup>	+ 1,9	+ 2	+ 3 <sup>1/2</sup>	+ 1,7	+ 2	+ 2 <sup>1/2</sup>	+ 4
<b>Preisentwicklung</b>							
Privater Verbrauch .....	+ 2,9	+ 2 <sup>1/2</sup>	+ 2	+ 3,0	+ 2	+ 2	+ 2
Bruttosozialprodukt .....	+ 3,2	+ 2	+ 2	+ 2,0	+ 2	+ 2	+ 2
Letzte inländische Verwendung ..	+ 2,6	+ 2 <sup>1/2</sup>	+ 2	+ 2,5	+ 2 <sup>1/2</sup>	+ 2	+ 2
<b>Entstehung des Sozialprodukts</b>							
Erwerbstätige .....	- 1,7	- 1/2	+ 1	- 0,5	+ 0	+ 1/2	+ 1
Arbeitszeit <sup>2)</sup> .....	+ 0,2	+ 0	- 1/2	+ 0,4	- 0	- 1	- 1/2
Arbeitsvolumen .....	- 1,6	- 0	+ 0	- 0,1	- 0	- 0	+ 1/2
Produktivität .....	+ 2,6	+ 2 <sup>1/2</sup>	+ 3	+ 2,4	+ 3	+ 3	+ 3
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976 .....	+ 1,0	+ 2 <sup>1/2</sup>	+ 3	+ 2,2	+ 2 <sup>1/2</sup>	+ 2 <sup>1/2</sup>	+ 3 <sup>1/2</sup>
<b>Verteilung des Volkseinkommens</b>							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit .....	+ 1,7	+ 3 <sup>1/2</sup>	+ 4 <sup>1/2</sup>	+ 2,9	+ 3 <sup>1/2</sup>	+ 4 <sup>1/2</sup>	+ 5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen .....	+ 11,2	+ 7	+ 6 <sup>1/2</sup>	+ 5,3	+ 8 <sup>1/2</sup>	+ 5 <sup>1/2</sup>	+ 8
Volkseinkommen .....	+ 4,2	+ 4 <sup>1/2</sup>	+ 5 <sup>1/2</sup>	+ 3,5	+ 5	+ 5	+ 6
Reales Volkseinkommen <sup>1)</sup> .....	+ 1,6	+ 2	+ 3 <sup>1/2</sup>	+ 1,0	+ 2 <sup>1/2</sup>	+ 2 <sup>1/2</sup>	+ 4
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit <sup>3)</sup> .....	+ 0,4	+ 2	+ 3 <sup>1/2</sup>	+ 1,6	+ 2	+ 3 <sup>1/2</sup>	+ 4
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen .....	+ 12,9	+ 7 <sup>1/2</sup>	+ 7	+ 4,6	+ 10	+ 5	+ 8 <sup>1/2</sup>
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte <sup>4)</sup> .....	+ 2,3	+ 3 <sup>1/2</sup>	+ 4 <sup>1/2</sup>	+ 3,6	+ 4	+ 4	+ 4 <sup>1/2</sup>

<sup>3)</sup> Nettolohn- und -gehaltssumme.<sup>4)</sup> Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

beträgt der Zuwachs  $6\frac{1}{2}$  vH. Der Anstieg bei der Warenausfuhr ist damit etwas steiler, als wir ihn beim Welthandel unterstellt haben ( $5\frac{1}{2}$  vH). Das erscheint gerechtfertigt, weil — wie erwähnt — der deutsche Export derzeit gleich von mehreren Seiten begünstigt wird. Die hohen Erwartungen, die die Unternehmen dem Ifo-Konjunkturtest zufolge in das Auslandsgeschäft setzen, scheinen unseren Optimismus zu bestätigen.

**275.** Die Einschätzung der Entwicklung bei den Investitionen und beim Export ist ein wichtiger Eckstein der Prognose, denn sie gibt Hinweise auf das künftige Einstellungsverhalten der Unternehmen. Positive Erwartungen, wie sie gegenwärtig in vielen Bereichen vorherrschen, lassen sich so ausdeuten, daß nun wieder eine Aufstockung des Personalbestandes ins Auge gefaßt wird. Es gibt Anzeichen dafür, daß es schon im zweiten Halbjahr 1984 verstärkt zu Einstellungen gekommen ist, die Anzahl der Beschäftigten also erstmals seit 1980 nicht mehr abgenommen, sondern wieder leicht zugenommen hat. Wir erwarten, daß sich diese Entwicklung fortsetzt. Im Verlauf des nächsten Jahres dürften etwa 250 000 bis 300 000 Personen zusätzlich eine Beschäftigung finden; im Durchschnitt des Jahres wären dann 200 000 mehr beschäftigt. In diesem Punkt unterscheidet sich unsere Einschätzung von anderen bisher bekannt gewordenen Prognosen, die, vor allem weil darin ein schwächerer Anstieg der Produktion erwartet wird, zu einer weniger günstigen Einschätzung gelangt sind. Mitbestimmend für unser Urteil ist die Überlegung, daß im kommenden Jahr die Auslastung der Sachkapazitäten fast wieder ein normales Niveau erreicht, der auslastungsbedingte Produktivitätsfortschritt also schon weitgehend ausgeschöpft ist. Eine Ausweitung der Produktion in dem von uns angenommenen Umfang läßt sich unter diesen Bedingungen nur mit zusätzlichen Arbeitskräften erreichen.

**276.** Finden wieder mehr Menschen einen Arbeitsplatz, so schafft das — in der Summe — auch wieder mehr Einkommen. Damit verbessern sich zugleich die Voraussetzungen für ein höheres Niveau des privaten Verbrauchs. Nach unseren Berechnungen werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 1985 um  $4\frac{1}{2}$  vH zunehmen; davon geht ein Prozentpunkt auf die Zunahme der Anzahl der Beschäftigten zurück.

Die wichtigsten Komponenten, die Einkommen der Arbeitnehmer und die der Bezieher von Sozialeinkommen, lassen sich schon recht zuverlässig abgreifen:

— Die Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltssumme wird maßgeblich durch die bisherigen tarifpolitischen Festlegungen bestimmt, die auch, so unsere Annahme, die Richtschnur für die noch anstehenden Tarifverhandlungen sein werden. Nach unseren Schätzungen wird diese Summe 1985 unter Berücksichtigung der Zunahme der Beschäftigung um rund  $4\frac{1}{2}$  vH höher sein als 1984. Wegen der Steuerprogression und der Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge fällt freilich der Anstieg der Nettolohn- und -gehaltssumme mit reichlich  $3\frac{1}{2}$  vH deutlich

schwächer aus. Der Entzugseffekt durch höhere Abgaben — also die Differenz zwischen Bruttolohnsumme und Nettolohnsumme — wird mit knapp einem Prozentpunkt nur wenig geringer sein als 1984. Bei der Würdigung dieser Zahlen muß man beachten, daß für einen Teil der Arbeitnehmer anstelle einer sonst möglichen stärkeren Anhebung der tariflichen Wochenlöhne eine Verkürzung der Arbeitszeit vereinbart wurde; dies begrenzt von der Einkommenseite her deren Konsummöglichkeiten.

— Die Sozialeinkommen werden 1985 durch Konsolidierungsmaßnahmen weniger beschnitten als in den letzten beiden Jahren. Trotzdem wird die Zuwachsrate mit etwa 2 vH vergleichsweise gering bleiben. Ausschlaggebend dafür ist, daß die Sozialrenten wegen der stärkeren Beteiligung der Rentner an den Kosten ihrer Krankenversicherung effektiv nur um 1,3 vH erhöht werden.

— Die dritte Komponente, die entnommenen Gewinne, lassen sich im voraus nicht zuverlässig bestimmen. Sie hängt nicht nur von der Entwicklung des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ab — das die Gewinne der Selbständigen sowie die Kapitalerträge aller privaten Haushalte, wie Zinsen, Dividenden und Pachten umfaßt und dessen Zuwachs wir für 1985 auf rund  $6\frac{1}{2}$  vH veranschlagen —, sondern auch von dessen Verwendung. Dabei spielen Vermögensumschichtungen eine wichtige Rolle. So geht zum Beispiel die Zuwachsrate der Entnahmen tendenziell zurück, wenn Selbständige, etwa weil sie demnächst im Betrieb investieren wollen, Kapital von privaten Sparkonten auf Geschäftskonten transferieren.

**277.** Ob die höheren Einkommen auch zu entsprechend höheren Konsumausgaben führen, ist allerdings ungewiß. Die Sparquote der privaten Haushalte ist derzeit vergleichsweise gering. In den letzten drei Jahren, als die Realeinkommen teilweise sanken, wurden Konsumausgaben vielfach zu Lasten der Ersparnisse finanziert. Ein Teil der Haushalte dürfte deshalb die Mehreinnahmen dazu verwenden, um zunächst wieder die angegriffenen finanziellen Reserven aufzustocken. Auch muß man das durch ökonomische Schätzungen erhärtete Argument ernst nehmen, daß ein beschleunigter Anstieg des verfügbaren Einkommens erfahrungsgemäß erst mit Verzögerung zu höheren Konsumausgaben führt. Es lassen sich aber auch eine Reihe plausibler Gegenargumente finden. Bei vielen Haushalten gibt es sicher einen aufgestauten Ersatzbedarf; nicht nur weil die Realeinkommen geschrumpft sind, sondern auch, weil man sich Sorgen um die Arbeitsplätze machte, was die Bereitschaft zur Verschuldung dämpfte. Dieser Stau könnte sich im nächsten Jahr teilweise auflösen. Es ist aber auch vorstellbar, daß nicht nur Käufe nachgeholt, sondern auch vorgezogen werden. Ein Anstoß könnte von der befristeten Aussetzung der Kraftfahrzeugsteuer für schadstoffarme Automobile kommen. Von Bedeutung ist zudem der Einfluß sinkender Kreditzinsen. Von ihnen würden auch die Altschuldner profitieren, insbesondere diejenigen,

die in jüngerer Zeit Wohnungseigentum erworben haben. Ihre oftmals angespannten Haushaltsbudgets würden entlastet, und mehr Einkommen würde für andere Dinge frei.

Unser Eindruck ist, daß sich in letzter Zeit das Konsumklima wieder bessert, die privaten Haushalte also im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten durchaus kaufbereit sind. Wir haben daher unterstellt, daß es im nächsten Jahr bei einer unveränderten Sparquote bleibt (11½ vH). Da der Verlust an Kaufkraft für die Verbraucher auf das ganze Jahr gesehen mit 2 vH sogar noch etwas geringer sein dürfte als in diesem Jahr (2½ vH), kann der private Verbrauch in realer Rechnung 1985 um 2½ vH zunehmen; das wäre ein spürbar stärkerer Anstieg als 1984 (1 vH).

**278.** Auf das Bild für 1985 fällt freilich nicht nur Licht, sondern auch Schatten. Ein belastendes Moment ist die schlechte Situation der Bauwirtschaft, bedingt durch den starken Nachfragerückgang im Wohnungsbau. Seit Jahresbeginn sind hier die Auftragsgänge um rund ein Fünftel geschrumpft. Die Auftragsbestände sind derzeit so niedrig wie lange nicht mehr. Man wird sich deshalb darauf einstellen müssen, daß der Wohnungsbau auch 1985 noch weiter zurückgeht. Sinkende Zinsen könnten zwar zögernde Investoren wieder aus der Reserve locken; das würde die Abwärtsbewegung bremsen. An eine Umkehr der Entwicklung wäre aber selbst in diesem Falle erst im späteren Teil des Jahres zu denken.

Günstiger ist derzeit die Situation im gewerblichen Bau und im öffentlichen Bau. Hier ist mit einer weiteren leichten bis deutlichen Aufwärtstendenz zu rechnen.

— Die Unternehmen haben ihre Aufträge an die Bauwirtschaft schon in den letzten Monaten wieder gesteigert, und sie werden das, wenn die Investitionskonjunktur sich kräftigt, im nächsten Jahr verstärkt tun. Allzu große Hoffnungen sollte man sich freilich nicht machen. Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit liegen nach wie vor bei der Umstrukturierung und Modernisierung bestehender Anlagen. Das Erweiterungsmotiv gewinnt zwar an Boden, aber nur allmählich. Die Modernisierung begünstigt somit vor allem die Hersteller von Ausrüstungsgütern, nicht aber die Bauwirtschaft. Überdies ist zu vermuten, daß das eine oder andere Investitionsprojekt in dieses Jahr vorgezogen worden ist, um dafür die Investitionszulage zu erlangen; für Bauten läuft die Fertigstellungsfrist nämlich erst Ende 1984 ab.

— Auch im öffentlichen Bau werden seit einiger Zeit wieder mehr Aufträge erteilt — vorzugsweise im Tiefbau, weniger dagegen im Hochbau. Da sich die finanzielle Situation der Gemeinden, die zu den wichtigsten Auftraggebern der Bauwirtschaft gehören, mittlerweile stark gebessert hat, wird sich die Aufwärtstendenz wohl fortsetzen. Dies bedeutet, daß die öffentlichen Bauinvestitionen 1985 erstmals nach vier Jahren wieder steigen. In die Rechnungen ist ein Zuwachs von 3½ vH eingesetzt, doch halten wir es nicht für

ausgeschlossen, daß es auch etwas mehr werden kann.

Wir haben angenommen, daß der Anstieg der Produktion im gewerblichen und im öffentlichen Bau im Verlauf des Jahres 1985 etwas stärker ausfällt als der Rückgang im Wohnungsbau. Für die gesamten Bauinvestitionen stellt sich das so dar: Sie werden bis zum Frühjahr noch etwas zurückgehen, dann aber wieder steigen. Dieser Verlauf kommt in der Zuwachsrate für den Vorjahresvergleich, wie sie in unserem Tableau ausgewiesen ist, nicht zum Ausdruck. Weil die Zunahme im weiteren Jahresverlauf nicht stärker ausfällt als der Rückgang in der Zeit davor, ergibt sich für das gesamte Jahr ein nahezu unverändertes Niveau.

**279.** Der Wiederanstieg der öffentlichen Investitionen ist kein Indiz für ein geändertes Ausgabenverhalten von Bund, Ländern und Gemeinden im ganzen. Bislang zeichnet sich ab, daß die Ausgaben der Gebietskörperschaften mit 2 vH um rund 1½ Prozentpunkte schwächer zunehmen werden als das Produktionspotential wächst, den im nächsten Jahr zu erwartenden geringen Anstieg des Preisniveaus von 2 vH eingerechnet. Weil zudem die Steuerquote steigt — die Steuereinnahmen werden voraussichtlich 5½ vH höher sein als 1984 —, dürfte sich das Finanzierungsdefizit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, das 1984 noch 33 Mrd DM beträgt, auf 16½ Mrd DM halbieren. In der Abgrenzung der Finanzstatistik errechnet sich für 1985 ein Finanzierungssaldo des Gesamthaushalts von Bund, Ländern und Gemeinden von 29½ Mrd DM nach einer Neuverschuldung von 44½ Mrd DM in diesem Jahr (Tabelle 34). In dieser Rechnung sind kassenmäßige Steuereinnahmen von 416½ Mrd DM im Jahre 1984 und 440½ Mrd DM im nächsten Jahr eingestellt. Von diesen aktualisierten Ansätzen gehen wir an anderen Stellen des Gutachtens aus, an denen wir die mittelfristige Finanzplanung erörtern (Ziffern 351 ff.).

Die Sozialeinkommen werden 1985 nur wenig steigen.

Bei den konsumtiven Sachausgaben und vor allem bei den Personalausgaben zeichnet sich dagegen wieder ein deutlicher Anstieg ab. Zum Jahresbeginn werden die Vergütungen um 3,2 vH angehoben, und voraussichtlich wird auch bei Personaleinstellungen nicht mehr so restriktiv verfahren wie bisher.

**280.** Die Ausgaben der Sozialversicherungen dürften insgesamt um 3½ vH höher ausfallen als 1984. Das ist deutlich weniger, als wir an Zuwachs beim Beitragsaufkommen erwarten. Bei der Krankenversicherung dürfte es erneut zu einem relativ kräftigen Ausgabenanstieg kommen; deren finanzielle Situation würde sich damit weiter verschlechtern. Die Finanzlage der Rentenversicherungen stellt sich bei der von uns geschätzten Einkommensentwicklung dagegen günstiger dar. Das liegt zum einen daran, daß die Rentenanpassung von 3,2 vH nicht voll ausgezahlt wird. Die Rentner müssen vom 1. Juli 1985 an weitere zwei Prozent ihrer Rente als Beitrag zur Krankenversicherung, den bisher die

Tabelle 34

**Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>1)</sup>**  
Schätzung für das Jahr 1984 und Prognose für das Jahr 1985

	1983	1984	1985	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
	Mrd DM			1984	1985
<b>Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung</b>					
Einnahmen insgesamt .....	772,3	811½	852½	+ 5	+ 5
Steuern .....	414,7	437½	461½	+ 5½	+ 5½
Sozialbeiträge .....	290,3	305	319½	+ 5	+ 5
Sonstige laufende Einnahmen .....	49,5	50½	52½	+ 2	+ 4
Vermögensübertragungen und Abschreibungen .....	17,8	18	18½	+ 2½	+ 2½
Ausgaben insgesamt .....	817,8	841½	863	+ 3	+ 2½
Staatsverbrauch .....	334,2	346½	359½	+ 3½	+ 4
Einkommensübertragungen .....	356,8	365	372	+ 2½	+ 2
Private Haushalte .....	296,1	299½	304	+ 1	+ 1½
Unternehmen und übrige Welt .....	60,7	65½	68	+ 8	+ 3½
Zinsen .....	50,1	52½	55	+ 5	+ 5
Vermögensübertragungen .....	32,9	33½	31	+ 2	- 7½
Investitionen .....	43,9	44	45½	+ 0	+ 3½
Finanzierungssaldo <sup>2)</sup> .....	-45,5	-30½	-10½	x	x
vH					
Staatsquote des Gemeinsamen Haushaltes <sup>3)</sup> .....	46,1	45,8	45,4	x	x
Abgabenquote <sup>4)</sup> .....	42,2	42,5	42,5	x	x
<b>Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften</b>					
Einnahmen .....	495,0	520½	547½	+ 5	+ 5
Steuern .....	414,7	437½	461½	+ 5½	+ 5½
Sonstige Einnahmen .....	80,3	83	86	+ 3½	+ 4
Ausgaben .....	540,4	553½	564½	+ 2½	+ 2
Finanzierungssaldo <sup>2)</sup> .....	-45,5	-33	-16½	x	x
vH					
Staatsquote <sup>5)</sup> .....	30,4	30,2	29,7	x	x
Steuerquote <sup>6)</sup> .....	24,8	25,1	25,1	x	x
<b>Nachrichtlich:</b>					
<b>Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik</b>					
Einnahmen .....	514,1	536½	566	+ 4½	+ 5½
Steuern .....	396,3	416½	440½	+ 5	+ 6
Sonstige Einnahmen .....	117,8	120	125½	+ 2½	+ 4½
Ausgaben .....	569,4	581	595½	+ 2	+ 2½
Finanzierungssaldo <sup>3)</sup> .....	-55,2	-44½	-29½	x	x
vH					
Staatsquote <sup>7)</sup> .....	32,1	31,7	31,3	x	x
Steuerquote <sup>8)</sup> .....	23,7	23,8	24,0	x	x

<sup>1)</sup> Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>2)</sup> Überschuß: +, Defizit: -.

<sup>3)</sup> Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

<sup>4)</sup> Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts.

<sup>5)</sup> Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

<sup>6)</sup> Steuern der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Bruttosozialprodukts.

<sup>7)</sup> Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

<sup>8)</sup> Steuern in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Bruttosozialprodukts.

Rentenversicherung getragen hat, zahlen. Zum anderen steigen die Beitragseinnahmen merklich rascher als bisher, vor allem weil die Beschäftigung wieder zunimmt und außerdem weil die Beitragsätze um 0,2 Prozentpunkte angehoben werden. Auch die neu eingeführte Beitragspflicht für Sonderzahlungen, wie Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld, wirkt sich noch einmal beitragssteigernd aus.

**281.** Nimmt man alles zusammen: die Ausgangsbedingungen, wie sie sich in diesem Jahr darstellen, unsere Annahmen zur weltwirtschaftlichen Entwicklung und zur Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik sowie unser Urteil über das Verhalten von Investoren und Konsumenten, dann ist es sehr wahrscheinlich, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einem höheren Tempo als in diesem Jahr wachsen wird. Wir veranschlagen den Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion für den Verlauf des Jahres auf fast 4 vH und für den Jahresdurchschnitt 1985 auf reichlich 3 vH.

Das gesamtwirtschaftliche Realeinkommen — der Realwert des Sozialprodukts — wird 1985 ein wenig stärker zunehmen als das Sozialprodukt zu konstanten Preisen, nämlich um etwa 3½ vH. Das liegt daran, daß sich die realen Austauschrelationen zum Ausland, die Terms of Trade, voraussichtlich etwas verbessern.

Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, das wir von den vorhandenen Sachkapazitäten her ableiten, wird 1985 um höchstens 2 vH wachsen. Das ist deutlich weniger als die von uns erwartete Zunahme der Produktion. Der Auslastungsgrad, der Ende 1984 schätzungsweise 95½ vH beträgt, wird deshalb steigen; er dürfte bis Ende 1985 in der Gesamtwirtschaft wieder seinen längerfristigen Durchschnittswert erreichen.

**282.** Zu den Faktoren, die die Konjunktur in diesem Jahr beflügelt haben, gehören die respektablen Erfolge bei der Inflationsbekämpfung. Es gibt gute Chancen, daß es auch im nächsten Jahr bei einem vergleichsweise niedrigen Anstieg des Preisniveaus bleibt.

Ganz selbstverständlich ist dies nicht. Zwei Einwände kann man nicht leicht abtun: die Gefahr einer zyklischen Verstärkung des Preisanstiegs und die Gefahr inflatorischer Impulse aus dem Ausland. Man mag sich darauf besinnen, daß in einer Phase, in der die Auftriebskräfte stärker werden, die Preise beschleunigt steigen könnten. Auch eine Verteuerung der Einfuhr schlägt in der Regel früher oder später auf das inländische Preisniveau durch. Es ist jedoch zu bedenken, daß die Beanspruchung der Produktivkräfte noch vergleichsweise niedrig ist. Die Auslastung der Sachkapazitäten wird Ende 1985 auch bei der von uns erwarteten Beschleunigung der Expansion gerade wieder normal sein. Unternehmen, die auf eine Mengenkonzunktur setzen, und dies sind derzeit offensichtlich viele, können ihr Ziel nur durch eine zurückhaltende Preispolitik erreichen. Dabei kommt ihnen entgegen, daß die Arbeitskosten im allgemeinen unseren Annahmen zufolge 1985 nicht viel stärker steigen werden als in diesem Jahr. Die seit Mitte 1983 eingetretenen Verteuerungen bei importierten

Rohstoffen dürften deshalb keine großen Spätwirkungen mehr entfalten.

Wir erwarten, daß sich im kommenden Jahr sowohl das Niveau der Verbraucherpreise als auch das gesamtwirtschaftliche Preisniveau nicht stärker erhöhen werden als 1984. Im Jahresdurchschnitt dürften die Verbraucherpreise um rund 2 vH höher sein als 1984. Zum Jahresende 1985 wird der Preisindex für die Lebenshaltung voraussichtlich um nicht mehr als 1½ vH bis 2 vH über den Stand vom Dezember 1984 hinausgehen.

**283.** Die Zunahme der Produktion wird zwar den Bedarf an Arbeitskräften steigern, sie wird im nächsten Jahr aber noch keine deutliche Verringerung der Arbeitslosigkeit mit sich bringen. In Teilbereichen, wie in der Bauwirtschaft oder in der Stahlindustrie, in denen eine weitreichende strukturelle Anpassung vor sich geht, wird es auch noch zu Entlassungen kommen.

Das Angebot an Arbeitskräften wird sich im nächsten Jahr voraussichtlich nicht vergrößern. Bei den deutschen Erwerbspersonen gibt es zwar noch einen Zuwachs, das heißt, die Anzahl der jugendlichen Berufsanfänger, die auf den Arbeitsmarkt drängen, wird die Anzahl derjenigen übersteigen, die ihre berufliche Tätigkeit beenden, selbst wenn im nächsten Jahr eine größere Anzahl von Arbeitnehmern die vereinbarten Vorruhestandsregelungen in Anspruch nimmt, womit wir rechnen. Es gibt aber vermutlich wieder mehr ausländische Arbeitnehmer, die in ihre Heimat zurückkehren und Arbeitsplätze frei machen, als solche, die hier erstmals Arbeit suchen, weil sie zuwandern oder die Schule verlassen.

Wie wir häufig dargelegt haben, gibt es nur grobe Anhaltspunkte dafür, wie stark die Anzahl der Personen, die bei den Arbeitsämtern als arbeitslos gemeldet sind, abnimmt, wenn aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung die Beschäftigung steigt. So werden im kommenden Jahr wieder verstärkt Arbeitskräfte einen Arbeitsplatz suchen und finden, die noch nicht oder längere Zeit nicht mehr berufstätig waren. Die Anzahl der Arbeitslosen wird also weniger sinken, als die Anzahl der Beschäftigten steigt. Wir haben angenommen, daß sich die 1985 zusätzlich eingestellten Arbeitskräfte zu etwa zwei Dritteln aus arbeitslos gemeldeten Personen rekrutieren. Die Arbeitslosigkeit ginge danach im Jahresverlauf um knapp 200 000 und im Jahresdurchschnitt um reichlich 100 000 zurück. Es gäbe dann aber Ende 1985 — saisonbereinigt — noch immer mehr als 2 Millionen Arbeitslose.

**284.** Unsere Prognose beschreibt eine Entwicklung, die wir aus heutiger Sicht für am wahrscheinlichsten halten. Bei den Einzelschätzungen kann und wird es vermutlich Abweichungen zur Prognose geben. Daß die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt sehr viel anders verläuft — sehr viel schlechter oder sehr viel besser — erwarten wir aber nicht. Wir sehen daher auch davon ab, Alternativrechnungen zu präsentieren, wie wir es getan haben, wenn uns das Schätzrisiko besonders groß erschien.

## DRITTES KAPITEL

### Wirtschaftspolitik für 1985 und danach

#### TEIL A

#### Aufgaben und Möglichkeiten

##### I. Ziele und Wirklichkeit

**285.** Beeindruckend ist: Gravierende Fehlentwicklungen konnten in wenigen Jahren beseitigt werden. Energische Inflationsbekämpfung hat die deutsche Volkswirtschaft dem Ziel der Geldwertstabilität nahe gebracht. Die Geldpolitik fand dabei die Unterstützung der Finanzpolitik und der Lohnpolitik. Das schwere außenwirtschaftliche Ungleichgewicht der frühen achtziger Jahre ist überwunden. Die Wettbewerbsfähigkeit in den Wirtschaftsbereichen, die sich gegenüber internationaler Konkurrenz zu behaupten haben, ist im ganzen gut, auch wenn man berücksichtigt, daß die eingetretene Verbesserung nicht in allen Teilen Bestand haben wird. Die sehr hohen strukturellen Defizite der öffentlichen Haushalte, die über ihre unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen hinaus die Bevölkerung beunruhigt und tiefgreifende Zweifel an der finanziellen Solidität des Staates hatten aufkommen lassen, konnten so weit zurückgeführt werden, daß jetzt eine nüchterne Diskussion darüber möglich geworden ist, was angesichts der Aufgaben der kommenden Jahre als „normale“ Kreditaufnahme des Staates angesehen werden soll. Daß dies in so kurzer Zeit gelang, ist besonders bemerkenswert und so im Vorhinein kaum für möglich gehalten worden.

Bemerkenswert ist auch, daß die konsequent auf diese Ziele gerichteten Anstrengungen nicht verhindert haben, daß eine wirtschaftliche Erholung in Gang kam. Obwohl sie in letzter Zeit vor allem außenwirtschaftlich begünstigt ist, kann man diese Erholung durchaus als ein Indiz dafür nehmen, daß die belebenden Rückwirkungen der stabilisierungspolitischen Erfolge alsbald die Oberhand gewannen gegenüber den unvermeidlich dämpfenden Einflüssen, die sich aus einem rasch fortschreitenden Entzug konjunkturstützender staatlicher Ausgabenimpulse nun einmal ergeben. Am wichtigsten aber erscheint: Die erreichten Erfolge betreffen die Konstitution der Volkswirtschaft und bedeuten damit eine wichtige, wenn nicht entscheidende Verbesserung der Basis für die kommenden Jahre, und zwar der Basis für das Erreichen aller Ziele der Stabilitäts- und Wachstumspolitik — nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Noch unbefriedigend ist: Obwohl deutlich belebt, bleibt die Investitionstätigkeit auch im zweiten Jahr der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung noch weit hinter dem zurück, was für eine — allmähliche

— Rückkehr zu einem angemessenen wirtschaftlichen Wachstum erforderlich erscheint. Der Produktionsapparat der Volkswirtschaft — das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential — wächst nach wie vor sehr langsam.

Die Frage der Angemessenheit des wirtschaftlichen Wachstums ist nicht für sich zu sehen. Sie ist noch auf Jahre hinaus von der Einsicht her zu beantworten, daß sich die Erfüllung der Erwerbswünsche der Arbeitslosen wie der nachwachsenden Generation und kräftiges Wirtschaftswachstum wechselseitig bedingen. Dieser wechselseitige Zusammenhang bedeutet freilich nicht, daß die Zuordnung von Wachstumsraten und Beschäftigungsstand im Vorhinein eindeutig in Zahlen zu fassen und in eine entsprechende Zielvorgabe der Wirtschaftspolitik einzubringen ist. Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es vielmehr, die Voraussetzungen für einen dauerhaft hohen Beschäftigungsstand zu verbessern; die Wachstumsraten des Sozialprodukts, die sich dabei dann ergeben, könnte man abwarten. Unstreitig dürfte aber sein, daß das Schaffen und Sichern von ausreichend vielen Arbeitsplätzen sehr viel mehr Investitionen erfordert als derzeit realisiert werden oder absehbar sind.

Die Ausweitung von Produktion und Beschäftigung stößt zwar in den weitaus meisten Bereichen nicht schon an Kapazitätsgrenzen des Produktionsapparates. Viel käme aber darauf an, die Kapazitätsgrenzen frühzeitig hinauszuschieben, damit die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung sich nicht schon alsbald an ihnen bricht oder aus stabilitätspolitischen Rücksichten gebremst werden muß. Freilich, rechtzeitige Erweiterung oder auch nur Erneuerung von Produktionsanlagen setzt nicht nur günstige aktuelle Investitionsbedingungen voraus, sondern auch die Erwartung günstiger Kosten- und Absatzbedingungen in der Zukunft, allgemeiner gesprochen wiederum: günstige Bedingungen für das zu erwartende wirtschaftliche Wachstum. An solchen Zukunftserwartungen scheint es vielfach eher zu fehlen als an einer ausreichenden Verbesserung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen.

Zu dem Bedauern über die auch 1984 nur mäßig verstärkte Investitionstätigkeit gehört daher, daß es der Bundesregierung anscheinend nicht gelungen ist, der Wirtschaft allgemeiner die Überzeugung zu vermitteln, sie werde über die bestaunte Konsolidierung der Staatsfinanzen hinaus mit Energie und Grundsatztreue dafür sorgen, daß sich die Voraus-

setzungen für die private Wahrnehmung von Erwerbschancen — darauf kommt es an — weiter nachhaltig verbessern. Stabilisierung der konjunkturellen Auftriebskräfte reicht ja nicht aus, wenn es um die Überwindung einer tiefer wurzelnden Wachstumsschwäche geht, was eigentlich unumstritten ist. Und es müssen nicht nur der Art und dem Vorzeichen nach die richtigen Maßnahmen ergriffen werden. Sie müssen auch dem Umfang und der Kraft des Durchsetzungswillens nach auf der Höhe der Aufgabe sein, die verblieben ist. Und diese erscheint nicht kleiner als es die der Konsolidierung der Staatsfinanzen war.

Im ganzen muß man feststellen, daß das Ziel eines angemessenen wirtschaftlichen Wachstums — das Wachstum gemessen an der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten (statt am tatsächlichen Zuwachs des Sozialprodukts) —, nicht nur verletzt ist, sondern auch für die Zukunft gefährdet erscheint.

**286.** Bedrückend ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, und die Sorge bleibt, diese werde sich auch in den kommenden Jahren nicht entscheidend verringern. Aufgrund der Entwicklung der Jahre 1983 und 1984 sowie der Vorausschau auf das Jahr 1985 sollte solche Sorge freilich nicht entstehen. Dies sind Jahre der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung, und es entspricht dem typischen konjunkturellen Ablaufmuster, daß Beschäftigung und Arbeitslosigkeit erst stark verzögert eine Verbesserung aufweisen. Auch während der letzten etwa fünfjährigen wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung — Mitte 1975 bis Mitte 1980 — sank die Beschäftigung zunächst noch, erst 1977 kam es zu einer deutlichen Umkehr, und bis zum Beginn der neuen wirtschaftlichen Stockung kamen dann doch fast eine Million Erwerbstätige zu neuem Verdienst.

Die Lage ist heute allerdings wesentlich ernster, ganz abgesehen davon, daß auch von 1975 bis 1980 die Anzahl der Arbeitslosen nur um 200 000 abnahm.

- Auf dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit waren diesmal über eine Million mehr Personen arbeitslos gemeldet als Mitte der 70er Jahre. Außerdem werden noch eine Zeitlang stärkere Jahrgänge, aus der Ausbildung kommend, ins Berufsleben eintreten als in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. Zwar nimmt die Anzahl der Hinzukommenden allmählich ab, während sie damals stieg, aber eine Zunahme der Anzahl der Erwerbspersonen wird es voraussichtlich noch bis Ende der 80er Jahre geben. Die beschäftigungspolitische Herausforderung ist also, rein quantitativ gesehen, viel größer als damals.
- Die Reserve an im Prinzip vorhandenen, bei niedriger Kapazitätsauslastung nur nicht besetzten Arbeitsplätzen dürfte wesentlich geringer sein als zwei Jahre nach der Rezession von 1974/75. Dies ergibt sich aus der jahrelangen Investitionsschwäche und der noch länger zurückreichenden Zurückhaltung der Unternehmen bei der Kapazitätserweiterung. Reserven dieser Art lassen sich allerdings nicht einigermaßen ver-

läßlich abschätzen. Im konjunkturellen Aufschwung zeigt sich gelegentlich eine unerwartete Elastizität bei der Nutzung der Produktionsanlagen. Wir haben deshalb in unserem letzten Jahresgutachten davon gesprochen, daß für etwa eine Million Arbeitskräfte Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen der schon vorhandenen, gegebenenfalls zu erneuernden Produktionsanlagen wieder entstehen könnten, wenn die Produktionszunahme anhält und für eine hohe Auslastung der Anlagen ausreichend kräftig wird (JG 83 Ziffer 275). Diese Zahl dürfte sich als zu hoch erweisen, wenn nicht konsequent die Möglichkeiten genutzt werden, die Betriebslaufzeiten zu verlängern (Ziffer 375).

Weniger noch als im Aufschwung der späten siebziger Jahre kann also einfach darauf vertraut werden, ein Fortgang der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung mit mäßigem Tempo werde auch beim Beschäftigungsziel zu einem befriedigenden Ergebnis führen, bevor es zu einer neuen Abwärtsbewegung kommt.

**287.** Gegen die zunehmende Gewöhnung an hohe Arbeitslosigkeit ist anzugehen, die sich auch und gerade dann verfestigen kann, wenn es wirtschaftlich aufwärts geht, der Fortschritt beim Beschäftigungsziel aber gering bleibt. Niemand hat Vorteile aus hoher Arbeitslosigkeit. Über der Erinnerung an die ungunstigen Nebenfolgen einer Zeit anhaltender Übernachfrage am Arbeitsmarkt wird leicht vergessen, welchen Gewinn die Zeit eines hohen Beschäftigungsstandes gebracht hat, weit über das Wirtschaftliche hinaus, Gewinn an Unabhängigkeit der Menschen, an Überwindung von Existenzangst, an Ansehen und Würde der Arbeitnehmer in den wirtschaftlichen Beziehungen, an Zustimmung zu der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung, in der wir leben. Der Sachverständigenrat hat in einem frühen Gutachten einmal davon gesprochen, daß die Gesellschaft den Test ihrer Reife auf einen späteren Zeitpunkt verschiebt, wenn sie sich nicht zutraut, das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes wirklich ernst zu nehmen, etwa weil es auch Probleme gibt, mit denen ohne hohen Beschäftigungsstand leichter fertig zu werden ist (JG 67 Ziffern 247 ff.). Er sieht auch unter stark erschwerten Bedingungen seinen Auftrag weiterhin darin, solcher Einstellung entgegenzuwirken.

## II. Was die Wirtschaftspolitik vermag

### Gegen Illusionen

**288.** Es gibt viele Versuche der Erklärung für die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und viele Vorstellungen für eine Therapie, aber keine Therapie, die zugleich in kurzer Frist und dauerhaft das Problem zu lösen versprechen könnte. Die Erfahrung hat gelehrt, und nicht nur in der Bundesrepublik: Sind Beschäftigungsprobleme nicht rein konjunkturellen Ursprungs, also ihrer Natur nach vorübergehend, so hat die Nutzung von Möglichkeiten, sie kurzfristig zu bekämpfen, allemal Nebenfolgen bei

den anderen Zielen, die es früher oder später — eher früher — nötig machen, sich zu einem Kurswechsel zu entschließen, was oftmals bedingt, eine Stabilisierungskrise in Kauf nehmen zu müssen. Die engen internationalen wirtschaftlichen Zusammenhänge haben diese Zwangsläufigkeit noch verschärft. Zuletzt hat Frankreich dies erfahren, und besonders deutlich. Es hat die Konsequenzen daraus gezogen.

Ebenso unausweichlich war der Wechsel in der Bundesrepublik von der Expansionspolitik der späten siebziger Jahre zur Stabilisierungsanstrengung und Konsolidierungspolitik der letzten Jahre. Es wäre falsch, die bis zum Frühjahr 1980 günstige konjunkturelle Entwicklung als Beleg zu nehmen für die wohltätigen Wirkungen staatlicher Nachfrageimpulse. Dies wäre zu kurz gedacht. Ganz abgesehen davon, daß der Beginn der hartnäckigen wirtschaftlichen Stockung, die im Frühsommer 1980 einsetzte, der Wende in der Finanzpolitik vorausging, war die Fortsetzung des wirtschaftspolitischen Kurses der späten siebziger Jahre einfach nicht möglich, weil sich dessen Folgen im außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht, im Verfall des Wechselkurses, verbunden mit verstärkten inflatorischen Impulsen von außen, sowie in der zunehmenden Verschlechterung der Staatsfinanzen zeigten.

**289.** Vor diesem Hintergrund ist der Schwenk in der konzeptionellen wirtschaftspolitischen Orientierung, weg von der Nachfragepolitik hin zur Angebotspolitik, jedenfalls was den Schwerpunkt anbelangt, in der Bundesrepublik wie in anderen Ländern begründet gewesen.

Angebotspolitik zielt auf eine dauerhafte Verbesserung der Bedingungen, unter denen der einzelne in der privaten Wirtschaft seine Erwerbschancen sucht und wahrnimmt. Eine Illusion wäre es freilich, von der Angebotspolitik zu erwarten, daß sie zugleich dauerhaft und kurzfristig das zuwege bringen könnte, was die Nachfragepolitik zwar gelegentlich kurzfristig, aber nie dauerhaft geschafft hat. Und bloßer Ausdruck einer enttäuschten Illusion wäre es, wollte man schon heute feststellen, daß angesichts der fortdauernden Beschäftigungsprobleme auch die neue Ausrichtung der Wirtschaftspolitik als gescheitert gelten müsse. Wirtschaftliche Verhaltensweisen ändern sich nur allmählich. Wichtige gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, in die es hineinzuwirken, ja, die es zu nutzen gilt, sind längerfristiger Natur. Und das Ausmaß der zu bewirkenden Veränderungen ist beträchtlich; der Bedarf an nachzuholendem Strukturwandel ist groß. So verständlich Ungeduld sein mag, sie ist kein guter Ratgeber. Mit den inzwischen erreichten Erfolgen der Geldwertstabilisierung und Haushaltskonsolidierung vor allem den Spielraum für die Anwendung der alten nachfragepolitischen Konzepte erneuert zu sehen, hieße der Ratio der neuen Wirtschaftspolitik genau entgegenhandeln und deren dauerhaft positive Wirkungen untergraben. Daß es, wie schon erwähnt, in einer Zeit massiver Konsolidierungsanstrengungen der öffentlichen Haushalte und ohne erkennbaren Anstoß von

außen Anfang 1983 zu einer konjunkturellen Wende kam, mag man im übrigen als kräftigen Beleg dafür nehmen, daß die Angebotspolitik sogar in ihren kurzfristigen Wirkungsmöglichkeiten der Nachfragepolitik überlegen sein kann. Für Angebotspolitik wie für Nachfragepolitik geht es kurzfristig vor allem um die Aufgabe, die wirtschaftlichen Erwartungen der Menschen zu verbessern.

**290.** Vor Illusionen hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Gestaltungs- und Interventionsmöglichkeiten des Staates ist aber auch abseits der Nachfragepolitik aus grundsätzlichen Erwägungen heraus immer wieder zu warnen. Setzen staatliche Maßnahmen den Marktmechanismus außer Kraft, so ist der Schaden regelmäßig größer als der Nutzen.

Intelligente Wirtschaftspolitik ist der Funktionsweise eines Systems von Wettbewerbsmärkten abgelauscht, ersetzt nicht den Marktmechanismus, sondern nutzt dessen bewährte Effizienz für die Zwecke des Gemeinwohls. Nur so kann man auch den Unvollkommenheiten des Marktsystems beikommen. Vorgefertigte und erprobte Instrumente liegen dafür keineswegs immer bereit. Es geht auch hier um einen Prozeß der — institutionellen — Innovation, der so dringend ist wie irgend ein anderer, und zwar nicht nur mit Blick auf strukturpolitische Ziele, sondern ebenso auf das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht.

Falsch wäre es nämlich auch, an die Stelle von Illusionen hinsichtlich der Steuerbarkeit der Wirtschaft durch den Staat Illusionen hinsichtlich einer gesamtwirtschaftlich allemal befriedigenden Selbststeuerung des Marktsystems zu setzen. Der Sachverständigenrat ist immer davon ausgegangen, daß es selbst in einer interventionsfreien Marktwirtschaft das Problem des gesamtwirtschaftlichen Koordinationsversagens in dem Sinne geben kann, daß Einkommen — auch gesamtwirtschaftlich gesehen — nicht zu Ausgaben werden müssen, was die Gefahr kumulativer Abschwungsbewegungen mit sich bringt, wenn die Flexibilität von Preisen, Löhnen und Zinsen unzureichend ist. Allerdings ist dies in einer Wirtschaft mit guter Wachstumsdynamik — und entsprechend zuversichtlichen längerfristigen Erwartungen der Menschen — kein ständig gegenwärtiges Problem, das einen ständig virulenten Interventionsbedarf des Staates, ständige Nachfragesteuerung, begründete.

Fehlt es hingegen an allgemeiner Wachstumsdynamik, so ist nicht nur die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von konjunkturellen Problemen größer; es vergrößert sich dann auch das Gewicht eines Koordinationsproblems anderer Art.

**291.** Es geht bei diesem anderen Koordinationsproblem, das vor Illusionen hinsichtlich der Steuerbarkeit gesamtwirtschaftlicher Bewegungen zu warnen zwingt, um die Frage ausreichend hoher Investitionen. Allerdings ist die Frage nicht an die kurzfristige Kreislaufwirtschaft gestellt, sondern an die zeitlich viel weiter reichende Kapitalwirtschaft. Es geht also nicht um die Investitionsausgaben als

Teil der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage, sondern um die Investitionen als Bestandteil aller Produktionsprozesse. In einer entwickelten Volkswirtschaft gibt es ja kaum noch Gütererzeugung — dies gilt auch für Dienstleistungen —, die keine Investitionen erfordert.

Investieren heißt, sich für künftige Produktion und Beschäftigung entscheiden und diese vorbereiten. Dies gilt grundsätzlich für alle Arten von Investitionen in Produktionsanlagen, gleichviel ob es sich um das bloße Ersetzen alter Anlagen, um die Verbesserung alter Anlagen oder um die Vorbereitung zusätzlicher Produktion alter oder neuer Güter handelt. Selbst die reine Rationalisierungsinvestition, die allein auf Kostensenkung, etwa allein auf das Einsparen von Arbeitskräften abzielt, ist doch ihrem Wesen nach in erster Linie immer zunächst einmal eine Entscheidung für künftige Produktion und als solche nicht etwa selbstverständlich. Die Entscheidung könnte ja auch lauten, zu kostspieliger Produktion aufzugeben.

Das Problem ist aber: Auch in einer Marktwirtschaft mit ihrem beispiellosen Potential an Informationsaufnahme und Informationsverarbeitung gibt es keine verlässliche Mechanik, die dafür sorgen würde, daß die Summe der ernstgemeinten Produktionspläne der Unternehmen, wie sie in deren Investitionsentscheidungen manifest werden, allemal paßt — von unternehmensspezifischen Irrtümern und konjunkturellen Schwankungen abgesehen — zu der Summe der Beschäftigungs- und Produktionswünsche derer, die das Potential der (abhängig) Beschäftigten bilden.

**292.** Dies ist ein möglicher Belastungsfaktor, den auch diejenigen sehen müssen, die die Funktionstüchtigkeit, die Koordinationsfähigkeit eines Systems von Wettbewerbsmärkten im Prinzip hoch einschätzen. Das Problem eines ausreichenden Investitionsvolumens und damit das Entstehen eines Kapitalstocks, dessen Verwertung zugleich das Arbeitspotential der Volkswirtschaft auszuschöpfen erlaubt, ist — das dürfte noch als trivial erscheinen — im Kern ein Problem ausreichender Gewinnerwartungen. Doch solche Aussagen bezeichnen eigentlich das Problem nur anders, falten es nicht auf. Das Problem der Gewinnerwartungen ist sicherlich zuallererst ein Problem des realen Kostenniveaus, genauer: ein Problem der jeweiligen Entgeltansprüche der am Produktionsprozeß direkt und indirekt Beteiligten (einschließlich des Staates mit seinen steuerlichen Beteiligungsansprüchen) im Verhältnis zum Produktionsertrag. Aber doch nicht nur. Es gibt daneben das originäre Problem der Unsicherheit. Und dieses bildet den Kern aller schwer lösbaren Koordinationsprobleme.

Der Preis für Arbeit etwa würde die Nachfrage nach Arbeit allein nur bestimmen, wenn es die Notwendigkeit des Investierens nicht gäbe — die Notwendigkeit, sich heute für künftige Produktion, deren Verwertung unsicher ist, entscheiden zu müssen. Da bei jeder Produktionstätigkeit Unsicherheit in Kauf zu nehmen ist, müssen die Kapitalgeber, die Eigenkapitalgeber mehr als die Fremdkapital-

geber, im Prinzip aber beide, die Möglichkeit akzeptieren, ihr Geld zu verlieren. Auf das Problem kann in doppelter Weise geantwortet werden: Die übrigen Beteiligten richten ihre Ansprüche so ein, daß sie den — unersetzlichen — Kapitalgebern ein ausreichend gutes Verhältnis von Chance und Risiko verschaffen, das Spiel zu machen, sichern damit auch den Bestand und den weiteren Ausbau der risikotragenden Basis (Selbstfinanzierung) oder beteiligen sich selbst an ihr (durch Investivlohn) oder unmittelbar am Ertragsrisiko (durch flexible Löhne oder ausdrücklich ertragsabhängigen Lohn beziehungsweise, soweit es um die Ansprüche des Staates geht, durch Risikobeteiligung im Steuersystem). Oder ein Teil der für Vollbeschäftigung nötigen Investitionen unterbleibt. Niemand muß investieren. Die Kapitalbesitzer können ihr Kapital zurückhalten. Sie müssen es nicht einmal zinslos halten, sie können es risikofrei dem Staat gegen guten Zins geben oder im Ausland anlegen.

Es geht hier nicht nur um die Unsicherheit der künftigen Kosten- und Absatzbedingungen des einzelnen Unternehmens. Es geht vor allem um gesamtwirtschaftliche Unsicherheit, um die Erwartungen hinsichtlich künftiger Veränderungen im Wachstumstempo, künftiger Verteilungskämpfe, künftiger Schocks von den Weltmärkten her und so fort.

**293.** Man wäre auf dem Boden traditionellen nationalökonomischen Denkens, wenn man darauf beharrt, daß unter diesen Umständen alles darauf ankäme, dafür zu sorgen, daß die erste der beiden möglichen Reaktionen, namentlich die flexibler Löhne, voll genutzt wird. Das ist auch in der Tat eine wichtige Möglichkeit, und Skepsis von der Art, daß mit den (realen) Kosten auch die (reale) Nachfrage sinken müsse, erscheint uns bei marktgerechten Löhnen nicht gerechtfertigt, zumal wenn für eine stabilitätsgerechte Ausweitung des Geldangebots gesorgt ist und ein Einbruch in der Massenkaukraft gar nicht zur Diskussion steht. Aber es hieße doch die marktwirtschaftliche Zuversicht zu weit treiben, wollte man diese Möglichkeit allemal für hinreichend halten. Niedrige Kosten heute bestimmen unmittelbar zunächst nur die heutigen Gewinne und nur mittelbar auch die Gewinnerwartungen. Einen strengen Umsetzungszusammenhang gibt es hier nicht, zumal sich die Kostenerwartungen durchaus von der aktuellen Kostenentwicklung lösen können, von der Möglichkeit, daß sich Kosten- und Preiserwartungen gleichgerichtet ändern mögen, hier einmal abgesehen. Kurz, ob die potentiellen Kapitalgeber einer Volkswirtschaft ausreichend viel Produktion und Beschäftigung heute und für die Zukunft lohnend finden — und deshalb ausreichend viel investieren —, ist auch ohne prinzipiellen Pessimismus hinsichtlich der Nachfrageseite eine Frage, die zwar überwiegend, aber nicht notwendigerweise abschließend von den heute über den Markt bestimmten oder beeinflussbaren realen Kostenfaktoren beantwortet wird. Langzeitschäden bei den Gewinnerwartungen etwa lassen sich auch durch akute Kostendämpfung und Gewinnsteigerung nicht umgehend voll beheben.

294. Noch einmal ist zu verdeutlichen — und dies sei nun wieder in Richtung der Nachfragepolitik gesprochen —, daß es bei dieser Frage nicht um ein Problem geht, das sich letztlich doch wieder allein als ein Problem der volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben, notfalls zu beheben durch den Staat, darstellt.

— Die Notenbank etwa könnte erwägen, eine mangelnde Anlageneigung der Geldvermögensbesitzer dadurch zu überspielen, daß sie mehr Geld zur Verfügung stellt. Sie könnte sich dabei einigermaßen gewiß sein, zusätzliche Ausgaben zu bewirken. Aber sie müßte auch davon ausgehen, daß eine Revision der Vorstellungen darüber, wieviel künftige Produktion und damit wie viele Investitionen in der Volkswirtschaft lohnend erscheinen, nicht in ihrer Hand liegt. Sie müßte sich vielmehr an die Erfahrung halten, daß die dauerhafte Wirkung einer Geldvermehrung bestehen wird in einem Sinken des relativen Preises für Geld, in einer Geldentwertung mit ihren schädlichen Folgen.

— Nicht günstiger verhält es sich mit den Wirkungsmöglichkeiten einer nachhaltig expansiven Ausgabenpolitik des Staates. Auch hier kann man sich an die Erfahrung halten. Sie widerspricht der Erwartung, daß ein kurzfristig positiver Einfluß zusätzlicher Staatsausgaben auf Produktion und Beschäftigung ohne weiteres dauerhaft wird in dem Sinne, daß wegen solcher Politik im ganzen die Investitionspläne, genauer die längerfristigen Produktionspläne, nach oben korrigiert werden, ja, diese Erfahrung läßt inzwischen eher das Gegenteil erwarten. Und diese Erfahrung widerspricht auch nicht der Theorie. Erhöhte Staatsausgaben bedeuten nun einmal eine Erhöhung der Kosten der Staats-tätigkeit, und diese erhöhten Kosten wirken sich an irgendwelchen — im vorhinein kaum angebbaren — Stellen als nachteilig aus, schaffen also einen Gegenposten für die Erhöhung der Staatsleistungen; ja, sie beschränken sogar die im ganzen für lohnend zu haltende Produktion und Beschäftigung, falls die zusätzlichen Staatsleistungen weniger wert sind als sie kosten.

— Als einen Fall der Selbsthilfe des Marktsystems möchte man es ansehen, wenn Kapitalbesitzer, die eine Geldanlage im Inland für nicht lohnend halten, ihr Geld ins Ausland legen, über solche Zusatznachfrage nach Devisen den Wechselkurs der heimischen Währung schwächen, so die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft und der mit Importen konkurrierenden Bereiche stärken und darüber einen Zuwachs an inlands-wirksamen Ausgaben mit der Folge zusätzlicher Produktion und Beschäftigung auslösen. Aber auch dies ist ein Fall, der vor allem zu Illusionen verleitet. An den letztlich maßgeblichen Produktionsbedingungen der Volkswirtschaft hätte sich nichts gebessert. Eher sollte man sagen: Durch die Auswanderung von Kapital sind deren Mängel offenbar geworden. Eine temporäre Höherauslastung vorhandener Produktionsanlagen mag sich ergeben, aber wer sich davon höhere

Investitionen verspricht, sollte zweierlei bedenken. Zum einen: Mit zusätzlichen Investitionen ginge ein Ende des Kapitalexports und damit des angeblich tragenden Teils des ganzen Prozesses einher. Zum anderen: Die Abwertung der Währung bedeutet nicht nur eine Verbesserung der Exporterlöse, sondern auch eine Verteuerung der Einfuhrgüter, im ganzen eine Verschlechterung der realen Austauschrelation gegenüber dem Ausland. Eine solche Veränderung der relativen Preise, die im Kern gleichbedeutend ist mit einer Senkung der Reallöhne im Inland, mag in bestimmten Fällen nötig sein. Ist das Problem aber von der Art, dann läßt es sich auch durch zurückhaltende Lohnpolitik lösen und erfordert keinen Umweg über eine von Kapitalexport angeführte Abwertung der Währung, an die sich nur allzu leicht eine Anpassungs-inflation anschließt und die auch an den internationalen Kapitalmärkten kein positives Zeichen setzt, sondern ein negatives. Die Bedingungen für eine Volkswirtschaft als Produktionsstandort verbessern heißt, nimmt man den Kapitalverkehr in den Brennpunkt, Bedingungen für Kapitalzustrom setzen, nicht, sich des Kapitalabstroms als Vehikel zur Verbilligung sonst nicht konkurrenzfähiger inländischer Produktion zu bedienen. Solche temporären Exporterfolge lenken nur ab von den eigentlichen Problemen, die es zu lösen gilt. Notabene: Gegen Kapitalexport ist nichts Grundsätzliches einzuwenden, auch gegen ständigen Kapitalexport nicht, wenn darin zum Ausdruck kommt, daß die Kraft zur Kapitalbildung in der Volkswirtschaft hinausgeht über das Maß an Investitionen, das für die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand zu wünschen ist. Auf keinen Fall aber gibt es Spielraum für die Notenbank, durch Inkaufnahme eines geldpolitisch induzierten Kapital-exports Probleme lösen zu helfen, die darin wurzeln, daß in der Volkswirtschaft nur eine unzureichend große Menge an Produktion und Beschäftigung rentabel erscheint.

295. Die Einsicht, daß es gesamtwirtschaftliche Probleme gibt, die nicht auf der Nachfrageseite wurzeln, für die es aber auch keine befriedigend rasche Selbstheilung im Marktsystem gibt, wenn der Staat nichts tut, sollte allen gemeinsam sein können. Daß die Unsicherheit allen Wirtschaftens eine fundamentale — negative — Angebotsbedingung darstellt, ist eine Vorstellung, die mit am Anfang des auf J. M. Keynes zurückgehenden nationalökonomischen Denkens stand. Daß die gesamtwirtschaftlichen Probleme, die daraus erwachsen können, dann gleichwohl lange Zeit ausschließlich als Probleme der Nachfrageseite der Volkswirtschaft — und der Nachfragesteuerung — angesehen wurden, war nicht zwingend. Der Streit darüber, ob es ein Irrtum war, brauchte jedoch heute die Vertreter unterschiedlicher wirtschaftstheoretischer oder wirtschaftspolitischer Grundvorstellungen nicht mehr zu trennen. Das gilt im besonderen für die Frage der Notwendigkeit staatlicher Bemühungen, die Angebotsbedingungen zu verbessern, die Notwendigkeit des beharrlichen Strebens, alle

nicht unbedingt nötigen Hindernisse möglicherweise lohnender Produktion zu beseitigen oder zu verkleinern. Was etwa der eine an Angebotspolitik schon aus prinzipiellen Gründen für nötig, im übrigen aber auch deshalb für hilfreich halten mag, weil er die Flexibilität der Löhne gegenüber dem, was beschäftigungspolitisch nötig und auch hinreichend wäre, für beklagenswert gering hält, mag zugleich der andere deshalb verlangen, weil er die Probleme der gesamtwirtschaftlichen Unsicherheit, die mit dem Investieren verbunden sind, prinzipiell nicht für kompensierbar hält durch Flexibilität der Löhne. Jedenfalls wäre es falsch, das angebotstheoretische Denken, wie es oft geschieht, als ausschließlich einer bestimmten nationalökonomischen Denktradition verhaftet anzusehen.

Der Sachverständigenrat hat bei allem beharrlichen Drängen auf eine zurückhaltende Lohnpolitik deren beschäftigungspolitische Möglichkeiten nie für hinreichend gehalten, alle gesamtwirtschaftlichen Koordinationsprobleme abzufangen. Er hat die Probleme der Unsicherheit beim Investieren, das Problem eines ausreichenden Angebots an privater Risikobereitschaft, den Bedarf an staatlicher Förderung solcher Bereitschaft, aber auch den Bedarf an erhöhter eigener Beteiligung des Staates — bei der Besteuerung — an den Investitionsrisiken von Anfang an mit ins Zentrum seines angebotspolitischen Konzepts gerückt.

**296.** Als Konsequenz illusionsloser Analyse der Lage gilt weithin das Drängen auf Arbeitszeitverkürzung aus beschäftigungspolitischen Gründen. Erneut ist darauf zu verweisen, wie groß die Gefahr ist, daß auch dieser Weg voller Illusionen beschriftet wird. Der Sachverständigenrat hat sich mit diesen Fragen im letzten Jahresgutachten ausführlich befaßt (JG 83 Ziffer 365 und Ziffern 432 ff.). Kollektiv festgelegte Arbeitszeitverkürzungen haben, auch wenn man darauf achtet, daß sie nicht zu einer Erhöhung der Lohnkosten führen, nur einen geringen positiven Einfluß auf die Anzahl der Beschäftigten, zumal allgemeine Arbeitszeitverkürzungen. Hoch ist in diesem Falle der Preis, der dafür zu entrichten ist (und der zugleich seinerseits den erhofften Beschäftigungseffekt klein hält):

- Rationierung der Arbeit und damit Behinderung der Erwerbswünsche derer, die nicht weniger, teilweise sogar mehr arbeiten wollen; für sie ist der Gewinn an Freizeit nur ein Teilausgleich für die erzwungene Einkommenseinbuße;
- Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Wachstums (auch bei einem Teilausgleich der Arbeitszeitverkürzung durch mehr Beschäftigte) aufgrund der kollektiven Entscheidung, weniger zu arbeiten, zu produzieren, Einkommen zu erzielen, Güter nachzufragen;
- Verschlechterung der Finanzlage des Staates und der Sozialversicherung wegen der verringerten Summe aller Einkommen; mit der Folge verringert der öffentlichen Leistungen oder erhöhter Abgabenlast;

— Verbreiterung des Weges in die Schattenwirtschaft, des zeitlichen Spielraums sowie der Anreize, ihn zu beschreiten.

Gewiß, man erhält für solchen Preis einen wahrscheinlich positiven Beschäftigungseffekt. Auch bei dem Arbeitskampf dieses Jahres ist aber fraglich geblieben, ob der Preis voll ins Kalkül eingegangen ist. Vor allem, daß man mit Arbeitszeitverkürzung entweder die Kosten erhöht oder auf Einkommen und Nachfrage verzichten muß — eine Alternative, bei der man das eine wie das andere zu fürchten hat —, wird anscheinend erst im nachhinein voll bewußt. Wenn trotzdem das Urteil über die Ergebnisse des Arbeitskampfes nicht schlechthin negativ sein darf, so wegen der möglicherweise erheblichen positiven Bedeutung, die der Öffnung des Weges zu mehr Flexibilität der Arbeitszeit zukommt.

Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Dieter Mertens, kommt in dieser Frage zu einem anders akzentuierten Urteil. Er ist nicht der Meinung, daß Arbeitszeitverkürzungen nur einen geringen positiven Einfluß auf die Anzahl der Beschäftigten haben. Unter Berücksichtigung weiterer Aspekte verdienen auch die in diesem Jahr getroffenen arbeitszeitpolitischen Vereinbarungen ein besseres Urteil als „nicht schlechthin negativ“. Diese Auffassung wird an anderer Stelle begründet (Ziffer 389).

**297.** Anderer Art, doch ebenfalls sehr bedeutsam — und anscheinend nicht mehr ohne weiteres zur Disposition der Wirtschafts- und Sozialpolitik stehend —, sind Fehlsteuerungen, die in der Form von Regelkreisstörungen des marktwirtschaftlichen Systems offenbar werden, durch die sozial gemeinte Regelungen und Wohltaten in ihr Gegenteil verkehrt werden können. Die Bemühungen, ihnen im Lichte der inzwischen gemachten Erfahrungen entgegenzuwirken — etwa der Entwurf zu einem Beschäftigungsförderungsgesetz — stehen erst am Anfang.

Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Dieter Mertens, ist zu dieser Frage der Meinung, daß weitere Aspekte in Betracht gezogen werden müssen (Ziffer 382).

**298.** Die Unsicherheit darüber, was sich für die Zukunft an Produktion und Beschäftigung lohnt, hat auch weltwirtschaftliche Gründe. Wesentliche Belastungsfaktoren bestehen fort, mag auch die gegenwärtig sehr günstige Entwicklung der Ausfuhr die Aufmerksamkeit davon ablenken. Wichtigen Ländern in Europa und in der Dritten Welt, die unsere Partner in der inzwischen stark gewachsenen internationalen Arbeitsteilung sind, fehlt noch die von früher her gewohnte wirtschaftliche Dynamik, und das wird sich wohl auch nicht rasch durchgreifend ändern. Der allfällige Verlust läßt sich zwar durch erfolgreiche Anstrengungen auf anderen Märkten weitgehend kompensieren, aber es bleibt doch ein Abzugsposten bei dem, was sonst möglich wäre, übrig, zumal die Gefahr nicht gebannt ist, daß Protektionismus weiterhin und in zunehmendem Maße eine raschere internationale Wohlstandssteigerung durch mehr Warenaustausch

entscheidend behindern wird. Solchen außenwirtschaftlichen Belastungsfaktoren entgegenzuwirken, tut sich die Wirtschaftspolitik schwer.

**299.** Das gilt in noch stärkerem Maße im Hinblick auf binnenwirtschaftliche Belastungsfaktoren der Zukunftserwartungen, die ihre Wurzeln außerhalb des Bereichs haben, der wirtschaftspolitischer Einflußnahme unmittelbar zugänglich ist.

Es gibt nicht nur die Einstellung, daß starkes wirtschaftliches Wachstum schwer zu erreichen, sondern auch die, daß es unerwünscht sei. Es ist eine Einstellung, die an Anhängerschaft gewinnt. Sie hat durchaus unterschiedliche Ursprünge. Sie erschwert die Verbesserung der Wachstumsbedingungen. Soweit sich solche Einstellung an klar faßbare unerwünschte Nebenfolgen eines raschen Wachstums von Produktion und Konsum knüpft, kann die Wirtschaftspolitik, namentlich die Umweltschutzpolitik, ihr entgegenwirken, wenn auch wohl nur allmählich, indem sie sichtbar macht, daß es sich hier nicht eigentlich um ein Problem des wirtschaftlichen Wachstums handelt, sondern um ein Problem der staatlich zu setzenden Rahmenbedingungen, unter denen der einzelne seine Entscheidungen über Produktion oder Konsum zu treffen hat, ja, daß wirtschaftliches Wachstum es sogar erleichtert, anspruchsvollere Rahmenbedingungen, etwa zum Schutze der Umwelt, zu setzen, was auch der internationale Vergleich der entsprechenden Vorkehrungen zeigt. Aber die erwähnte Einstellung hat ihren Ursprung offensichtlich vielfach nicht nur in Werthaltungen und Ängsten, die mit solcher Einsicht und Erfahrung erreicht werden. Und es geht nicht mehr nur um Fragen des Umweltschutzes. Daneben zeigt sich das gleiche bei der Einstellung der Menschen zu Neuerungen in der Technik, einem Kernstück der Bedingungen für wirtschaftliche Dynamik.

#### Gegen Resignation

**300.** Es gibt also Grenzen für die Erwartung einer plötzlichen durchgreifenden Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt. Trotzdem mögen sich marktwirtschaftlich orientierte Ökonomen angesichts der unbezweifelbaren Verbesserung wichtiger Angebotsbedingungen in der Volkswirtschaft, die ja im Prinzip geeignet sein könnten, das Fortbestehen anderer ungünstiger Bedingungen auszugleichen, doch auch radikal die Frage stellen: Warum sollten sich jetzt eigentlich nicht mehr Unternehmer mit tüchtigen Arbeitslosen zusammentun, um gegen einen marktgerechten Lohn und angemessenen Gewinn Güter herzustellen, die sie — oder andere — haben wollen? Es gibt inzwischen Arbeitslose aller Qualifikationen. Man kann nicht (mehr) sagen, daß sie offensichtlich einen Lohn fordern, bei dem sich neue Produktion von vornherein nicht lohnt. Sicher ist ebenso, daß sie und auch diejenigen, die über ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für den Unterhalt der Arbeitslosen sorgen, nur allzugern mehr Güter kaufen würden. Auch der Staat hat fast grenzenlosen Bedarf, seinen allgegenwärtigen Beteiligungsanspruch an einen erhöhten Produktions-

wert zu zusätzlicher Nachfrage werden zu lassen. Warum also sollte das nicht vermehrt geschehen, was unter solchen Umständen marktwirtschaftlich das Selbstverständlichste wäre? Warum erwartet man von dieser Möglichkeit so wenig, daß sich Pessimismus hinsichtlich des Beschäftigungsproblems auf fast allen Seiten der Diskussion ausgebreitet hat?

Man kann auf das verweisen, was wir über fortdauernde Belastungsfaktoren unter Ziffern 290 ff. dargelegt haben. Aber man muß auch nicht auf alles bündige Antworten haben, um vernünftig handeln zu können. Und was die Handlungsmöglichkeiten angeht, so sehen wir zu Resignation keinen Anlaß; dieser besteht eher hinsichtlich der Handlungsmöglichkeiten.

**301.** Zunächst: Produktionswachstum und Beschäftigung liegen für die Zukunft nicht fest. Sie hängen von uns ab.

Es gilt, wo immer es geht, zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten lohnend werden zu lassen und zu nutzen. Wenn es gelingt, dabei auch noch einen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt hohen Produktivitätszuwachs zu erzielen — um so besser. In den großen Bereichen, die dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, werden Erfolge bei der Sicherung vorhandener wie bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze ohnehin nur zu erreichen sein, wenn man im technischen Fortschritt an der Spitze mithält. Eine Politik der bewußten Dämpfung des Produktivitätsfortschritts wäre daher ökonomisch unsinnig und beschäftigungspolitisch kontraproduktiv. Es gehört zu den Hauptsorgen, die sich mit der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit verbinden, daß das Drängen auf solche letztlich selbstzerstörischen Lösungen stärker werden könnte.

Es ist aber auch möglich, daß im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt der Produktivitätszuwachs von selbst wesentlich geringer ausfällt als in früheren Jahren. Die Beschäftigung eines Erwerbstätigen mit unterdurchschnittlicher Produktivität — unterdurchschnittlich wegen geringer Qualifikation oder wegen geringeren Kapitaleinsatzes — senkt die durchschnittliche Produktivität der Gesamtheit der Beschäftigten.

Es sind also durchaus unterschiedliche Wachstumspfade vorstellbar, die zum Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes zurückführen. Die durchschnittliche Produktivität in der Volkswirtschaft, genauer: das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis bezogen auf die Anzahl aller Erwerbstätigen, ist eine äußerst vielfältig bestimmte Relation. Alles läuft hier zusammen. Ihre Veränderung ist so wenig vorgegeben wie das Sozialprodukt und die Anzahl der Erwerbstätigen je für sich.

Trotz alledem muß man sehen, daß es bei dem anzunehmenden und zu wünschenden Fortgang des Bemühens der wirtschaftenden Menschen, es besser zu machen als bisher — dessen quantitativen Niederschlag wir Produktivitätszuwachs nennen — keine Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand ohne eine wesentlich höhere Produktion ge-

ben wird. Aber es sind nicht vorgegebene Produktionsmöglichkeiten beziehungsweise objektive Grenzen für das Wachstum, die via Produktivität unsere Beschäftigungsmöglichkeiten bestimmen. Umgekehrt wird schon eher ein Schuh daraus. Mit den Bedingungen für die Beschäftigung, den Lohnansprüchen zuallererst, aber nicht nur diesen, entscheiden wir über den Umfang lohnender Produktion.

Im übrigen bedingt die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand zwar einen Niveausprung in der Produktionstätigkeit, und gewiß wäre es wirklichkeitsfremd, sich dies anders vorzustellen als in der Form einer verstärkten Produktionssteigerung über etliche Jahre. Sie bedingt jedoch nicht etwa dauerhaft erhöhte Wachstumsraten der Produktionstätigkeit. Nach Erreichen eines hohen Beschäftigungsstandes würden diese wieder wesentlich geringer sein.

**302.** Die Welt liefert Anschauung für all dies. So wenig der Weg, den die Vereinigten Staaten gegangen sind, in allen Einzelheiten nachzuahmen ist oder auch nur nachahmenswert erscheint, so eindrucksvoll ist doch in jedem Falle die Zunahme der Beschäftigung, die sich dort in den letzten zehn Jahren ergeben hat. Gleich zwei irrige Vorstellungen, die in Europa so viele Anhänger gefunden haben, wurden dort als falsch erwiesen: Zum einen die Vorstellung, es könne keine starke Zunahme der Beschäftigung geben bei mäßigem Wirtschaftswachstum, zum anderen die Vorstellung, es könne kein so starkes Wirtschaftswachstum mehr geben, daß selbst bei kräftiger Steigerung der Produktivität die Beschäftigung stark zunehme. Beides wurde dort vorgeführt. Es zeigte sich: Eine demographisch bedingte oder von erhöhter Erwerbsneigung oder Zuwanderung bestimmte starke Zunahme der Anzahl an Erwerbspersonen stellt keinen hinreichenden Grund für Beschäftigungsprobleme dar.

**303.** Wir haben uns den Handlungsmöglichkeiten zuzuwenden. Auch wer eine Senkung des Kostenniveaus in der Volkswirtschaft nicht als eine hinreichende Bedingung für einen hohen Beschäftigungsstand ansieht, braucht nicht zu bezweifeln, daß sie sehr wichtig ist. Hauptmöglichkeit für Kostensenkungen ist die Steigerung der Ergiebigkeit menschlicher Arbeit, die Steigerung der Produktivität. Nicht zu vernachlässigen ist daneben die Möglichkeit einer Senkung der Kosten der Staatstätigkeit einschließlich der Kosten der Beschaffung der Mittel hierfür durch öffentliche Abgabenregelungen.

Von der Produktivitätssteigerung und den ihr dienlichen Investitionen war schon die Rede. Die Eindämmung der Kosten der Staatstätigkeit — eine Daueraufgabe im Sinne ständiger Revision der Staatsfinanzen — ist derzeit Teil der auf Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der auf Neuordnung der steuerlichen Regelungen gerichteten Bemühungen. Kostensenkung kann freilich auch heißen, bestimmte öffentliche Ausgaben zu erhöhen, dann nämlich, wenn diese für den Bürger mehr wert sind als sie kosten. Sie kann — neben einer Steuersenkung im Gefolge einer Ausgaben-

senkung — weiter heißen, bestimmte Steuern durch andere zu ersetzen, dann nämlich, wenn die für Produktion und Beschäftigung schädlichen Rückwirkungen bei der einen Steuer größer sind als bei der anderen.

Aber alle solche Kostensenkungen bringen wenig oder nichts für die Lösung des Beschäftigungsproblems, wenn sie vollständig durch die Steigerung der Ansprüche an den Arbeitsertrag aufgezehrt werden. Von daher bleibt die Frage der Lohnhöhe mit im Zentrum aller beschäftigungspolitischen Überlegungen.

**304.** Kostenniveauneutrale beziehungsweise beschäftigungsneutrale Lohnpolitik treiben heißt die Lohndaten im vorhinein so setzen, daß es nicht vermehrter Preissteigerungen oder aber — bei einer auf Geldwertstabilität bedachten Notenbank — einer Verminderung der Produktion und Beschäftigung bedarf, um die Reallöhne passend zu den Marktbedingungen zu machen. Zurückhaltende Lohnpolitik heißt, hinter solchen neutralen Lohnsteigerungen zurückbleiben, um mehr Produktion und Beschäftigung rentabel werden zu lassen. Sie ist also allemal auf eine geringe Steigerung der Reallöhne eingestellt, unter Umständen auch auf die Möglichkeit, daß die Reallöhne nicht steigen, in schwierigen Situationen sogar darauf, daß sie sinken. Das heißt nicht, daß der Anstieg der Reallöhne im nachhinein tatsächlich gering ausfallen wird. Die Preisentwicklung, die im Wettbewerb bestimmt wird, kann so günstig sein, daß das von der Lohnpolitik gemachte Angebot einer nur bescheidenen Reallohnsteigerung vom Markt nicht angenommen wird. Daß der Wettbewerb trotz der Vermachtung etlicher Märkte nach wie vor stark genug ist, dies hervorzubringen, belegen die Erfahrungen der beiden vergangenen Jahre. Der vom Geldangebot her gegebene Finanzierungsspielraum kann dann stärker zur Finanzierung einer realen Expansion genutzt werden statt zur Finanzierung von Preissteigerungen.

Entgegentreten ist daher abermals dem Mißverständnis, daß zurückhaltende Lohnpolitik ihrem Wesen nach vor allem darauf abziele, eine auf Dauer angelegte Umverteilung von den Lohneinkommen zu den Gewinneinkommen zustande zu bringen. Das trifft nicht zu, jedenfalls nicht in dieser Allgemeinheit. Über die Höhe der Gewinne, zumal der dauerhaften, wird im Wettbewerb entschieden. Die Lohnpolitik bei Unterbeschäftigung soll darauf abzielen, daß mehr Unternehmen, mehr Betriebe, mehr Betriebsabteilungen erwarten, mit mehr oder neuer Produktion auf ihre Kosten zu kommen.

Wir sind uns bewußt, daß viele Unternehmen — möglicherweise die meisten — auch bei den heutigen Löhnen auf ihre Kosten kommen und einen angemessenen Gewinn erzielen und auch bei einer Mehrproduktion nicht etwa mit steigenden Stückkosten zu rechnen haben. Sie scheinen daher für eine Produktionsausweitung überhaupt keine Senkung der realen Kosten nötig zu haben. Dies wird für sie auch nicht das Endergebnis sein. Stehen sie

im Wettbewerb — und auf zum Ausland hin offenen Märkten ist dies auch heute noch die Regel —, so wird der Wettbewerb in diesen Fällen eine Preissenkung (beziehungsweise eine Mindersteigerung der Preise) erzwingen und nicht eine — dauerhafte — Erhöhung der Gewinnmargen zulassen. Im Auslandsgeschäft wird sich wegen der Verbilligung ein Mehrabsatz, verbunden mit mehr Produktion und mehr Beschäftigung, erzielen lassen. Zusammen mit einer etwa auch anderwärts erreichten Zunahme der Produktion, die ja immer zugleich einen Anstieg der realen Einkommen bedeutet, führt dies zu einer Ausweitung auch des Inlandsabsatzes.

Es gibt freilich nicht nur den Fall, in dem solche Verhältnisse vorherrschen. Insoweit eine Mehrproduktion von den Produktionsbedingungen her nur bei höheren Stückkosten möglich ist, als sie heute in dem am Markt erzielbaren Preis vergolten werden, kann diese lohnend werden, wenn der Preis für Arbeit gesenkt wird (genauer: weniger steigt, zum Beispiel weniger als in anderen Branchen, jedenfalls weniger als bei ausgeglichener Arbeitsmarktlage marktgerecht wäre). Hier wird sich dann keine Preissenkung einstellen können, die der Senkung der Lohnkosten entspricht. Ein Mehrabsatz mag aber auch bei geringer Preissenkung oder sogar bei unveränderten Preisen möglich sein.

Aber auch der Fall, daß es die Produktionsbedingungen sind, die eine Mehrproduktion kostenseitig von zurückhaltenden Lohnansprüchen abhängig machen, ist nur ein Fall unter mehreren. Noch wichtiger ist vermutlich der Fall, daß ein Mehrabsatz den Unternehmen zwar möglich erscheint, aber nur unter erhöhter Unsicherheit. Hier sind es die Kosten der Inkaufnahme solcher Unsicherheit, die zu tragen wären. Auch die risikotragende Basis, die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen, kann der Engpaß sein. Das Problem, ob es lohnend und vertretbar erscheint, neue Güter zu produzieren und an den Markt zu bringen und das damit verbundene, oftmals besonders hohe Risiko zu tragen, kann von der gleichen Art sein. Selbst der häufige Fall, in dem mit zunehmender Produktion die Stückkosten sinken, kann dominiert sein von dem Problem der erhöhten Unsicherheit der Kapitalverwertung bei vergrößerten Produktionsanlagen. Von der großen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung dieses Zusammenhangs war schon die Rede (Ziffern 291 ff.). Und dies ist nun in der Tat eine Fallgruppe, um deretwillen dafür geworben werden muß, zumindest für eine Zeitlang eine kräftige Erhöhung der Gewinne im Vergleich mit der Steigerung der Lohneinkommen unausweichlich zu finden, wenn der Beschäftigungsstand kräftig steigen soll.

Schließlich: In vielen Fällen mag bei gegebenen Löhnen eine gewinnversprechende Produktion überhaupt nicht oder nicht mehr möglich sein, ganz unabhängig von Fragen der Unsicherheit der Kapitalverwertung. Dies ist vermutlich vor allem das Problem bei der Frage, ob für einfache Arbeit noch eine hinreichend große Nachfrage entstehen wird. Der Versuch, durch Veränderung spezifischer Löhne die marktgerechten Löhne zu finden (Niveau

und Relationen), ist überhaupt die dem Marktsystem gemäße Form, Beschäftigungsprobleme zu beseitigen. Wenn man die Anbieter von einfacher Arbeit nicht zu einem erheblichen Teil zu Dauerarbeitslosigkeit oder sich ständig wiederholender Arbeitslosigkeit verurteilen oder sie in Alternativarbeitsmärkte, wo keine Tarifverträge zu beachten sind oder beachtet werden, abdrängen will, muß man diese Frage sehr ernst nehmen. Es gibt ja schlechthin keinen Hinweis, daß in der Bundesrepublik die Löhne für einfache Arbeit marktgerecht, sprich nicht zu hoch sein könnten. Es geht hier um ein Problem, gegen dessen Lösung durch zurückhaltende Lohnpolitik nicht ernsthaft Kaufkraftargumente oder eine unangemessene Begünstigung der Gewinne ins Feld geführt werden können. Der Staat versucht, das Ungleichgewicht an diesem Teil des Arbeitsmarkts zu verringern durch Hilfen für Qualifizierungsanstrengungen; lösen kann er das Problem nicht.

Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Dieter Mertens, schätzt die Rolle und die Wirkungsmöglichkeiten der Lohnpolitik teilweise anders ein als hier vorgetragen ist. Er hat seine Auffassung an anderer Stelle dargelegt (Ziffer 340).

305. Ebenfalls das Kostenniveau, aber nicht nur das Kostenniveau betrifft die Frage nach Möglichkeiten einer intensiveren Nutzung des Kapitalstocks der Volkswirtschaft, weil auch auf diese — investitions sparende — Weise zusätzliche Arbeitsplätze bereitgestellt werden können. Angesichts der „Arbeitsplatzlücke“, des „Sachkapitalmangels“ hat daher die Suche nach Möglichkeiten, die vorhandenen und die neu zu bauenden Produktionsanlagen intensiver — sprich mehr Stunden im Jahr — zu nutzen, einen hohen Rang. Die jetzt in wichtigen Bereichen verabredete Verkürzung der Wochenarbeitszeit wirkt, nimmt man sie für sich, einem solchen Ziel zunächst einmal entgegen. Viel kommt daher darauf an, daß die Absichtserklärung der Tarifvertragsparteien ernst genommen wird, die Verkürzung der Betriebslaufzeiten sei nicht Ziel der Arbeitszeitverkürzung. Erwünscht ist mehr als das: eine Entkoppelung von Betriebslaufzeiten und persönlichen Arbeitszeiten, die auch im überbetrieblichen Durchschnitt mehr erbringt als einen bloßen Ausgleich für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

306. Daß die Lohnpolitik in ihrer Verantwortung für den Beschäftigungsstand nicht allein zu lassen ist, sollte nicht streitig sein und ist es wohl auch nicht. Und daß wir weiter dazu raten, die Hilfen, die der Staat geben sollte, nicht auf der Nachfrageseite, sondern auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft zu geben, heißt nicht, daß wir die Nachfrageseite gering schätzen oder daß mehr gesamtwirtschaftliche Nachfrage unerwünscht wäre. Mehr Nachfrage soll jedoch aus Einkommen entstehen, die am Markt verdient sind, sie soll nicht vom Staat „geschenkt“ Nachfrage sein, verbunden mit dem Gegenposten einer Verschuldung des Staates gegenüber seinen Bürgern — genauer: der Bürger gegenüber sich selbst. Deshalb gilt es, die Angebotsbereitschaft zu stärken, nicht zuletzt auf neuen Märkten.

Hinzu kommt, daß wir uns in einer Konjunkturphase befinden, in der eine nachfrageseitig zu setzende Initialzündung nicht erforderlich erscheint.

**307.** Zielgerichtete Energie und Grundsatztreue hat man von Regierung und Parlament am meisten zu wünschen.

Eine neue Aufbruchstimmung zu erzeugen wäre für neue Wachstumsdynamik die beste Voraussetzung. Alles, was man im einzelnen wirtschaftspolitisch tun könnte, wäre demgegenüber letztlich akzessorisch. Doch solche Aufbruchstimmung läßt sich gewiß nicht durch Kabinettsbeschluß herbeiführen. Sie ist, soweit überhaupt obrigkeitlich zu beeinflussen, wiederum nur Lohn einer im ganzen vorwärtsgerichteten Politik.

**308.** Von den für die kommenden Jahre anstehenden Aufgaben, die für den wirtschaftlichen Weg der Bundesrepublik große Bedeutung haben werden, halten wir die Neuregelung der Steuern, die die Bürger zu zahlen haben, für besonders wichtig. Die Grenzbesteuerung der Einkommen und im besonderen die Steuern, die auf Investitionen lasten, deutlich zu senken, kann eine beschäftigungspolitisch entscheidende Tat sein. Diese Reform soll die Kosten privater Wirtschaftstätigkeit senken, die Anreize für die Anstrengungen des einzelnen kräftigen, die Anreize für den Weg in die Schattenwirtschaft herabsetzen, privatwirtschaftliche Risiken verringern, die Risikobeteiligung des Staates erhöhen.

Allerdings geht es auch hier nicht um etwas, was für sich allein genommen eine hinreichende Bedingung für Erfolg bilden würde. Es gibt Länder, die für Investitionen extrem günstige steuerliche Regelungen geschaffen hatten und doch wachstums- und beschäftigungspolitisch nicht erfolgreich waren; sehr ungünstige Bedingungen im übrigen wurden also auf diese Weise nicht ausgeglichen. Steuervergünstigungen für Unternehmen, die im Lohnauftrieb aufgesogen werden, sind nicht wert, was sie kosten. Nur im Zusammenspiel allseitig verbesserter Bedingungen kann man eine Basis sehen, auf die sich Vertrauen gründen läßt.

Durchgreifende Änderungen der Besteuerung erfordern Mut. Denn sie umschließen notwendigerweise vielfältige Formen der relativen Begünstigung und Benachteiligung, seien es oft auch nur vordergründig Begünstigungen und Benachteiligungen, die den allgegenwärtigen Verteilungsstreit verschärfen werden. Ohne solchen Mut dürfte das Beschäftigungsproblem aber nicht lösbar sein. Um so wichtiger ist: Die Ziele und Prinzipien einer Reform müssen zugleich den Bürger überzeugen und sich im marktwirtschaftlichen Geschehen bewähren.

**309.** Besondere Aufmerksamkeit des Gesetzgebers verdient das Problem der Schattenwirtschaft.

Wo es eine lohnende Alternative zur arbeitsteiligen Produktion kaum gibt — etwa im Bereich der Spit-

zentechnik oder kapitalintensiver Produktion — sind die effizienzmindernenden Wirkungen der Anreizfehler, die von der Abgabenlast ausgehen, meist unauffällig. Mit Händen zu greifen sind sie dort, wo Eigenwirtschaft oder Schattenwirtschaft eine leicht nutzbare Alternative zur offiziellen Wirtschaft darstellen. Jeder, der sich in die Eigenwirtschaft oder die Schattenwirtschaft zurückzieht, zwingt (teilweise) diejenigen, die seine Partner in der Arbeitsteilung der offiziellen Wirtschaft sind, unfreiwillig mit in die Minderbeschäftigung der offiziellen Wirtschaft hinein. Die Steuersenkungspläne haben auch von daher ihren hohen Rang. Angesichts der selbst danach verbleibenden enorm hohen Abgabenlast (einschließlich Sozialabgaben) ist freilich noch viel Phantasie nötig, dieses Problem, das nicht nur ein ökonomisches ist, zu lindern. Aber resignieren darf man auch hier nicht.

Zumindest längerfristig halten wir für außerordentlich dringlich, wenngleich ordnungspolitisch für extrem schwierig, für den Grenzbereich von Schattenwirtschaft und offizieller Wirtschaft Regeln zu finden, vor allem steuerliche, aber auch sozialrechtliche, die den besonders gefährdeten Bereich der offiziellen Wirtschaft bewahren helfen und nach Möglichkeit einen Teil der Schattenwirtschaft in die offizielle Wirtschaft, in die Gesetzlichkeit zurückholen. Neben der Verringerung des Gefälles zwischen Besteuerung und Nichtbesteuerung muß man hier wohl auch Formen der Pauschalbesteuerung für Kleingewerbetreibende, dem Steuersystem gewiß fremd, unbefangen diskutieren. Ohne ein großzügiges Angebot wird es kaum gelingen, der zunehmenden Gewöhnung entgegenzuwirken, im ungesetzlichen Teil der Wirtschaft das zu tun, was im gesetzlichen Teil mit Abgaben belegt ist, die alle für unfair halten.

**310.** Die ökonomische Antwort auf einen großen Teil der ökologischen Sorgen ist nicht so schwer, wie immer wieder angenommen wird. So sicher ist, daß ein am privaten Nutzen und Gewinn orientiertes Verhalten die Umwelt zu gefährden droht, wenn für eine Schädigung kein Preis zu zahlen ist, so sicher kann man das private Interesse an Nutzen und Gewinn als Anreiz verwenden, eine solche Gefährdung zu vermeiden. Wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz sind daher auch, wie schon erwähnt, nicht im Widerspruch zueinander. Noch weniger gilt dies für Umweltschutz und hohen Beschäftigungsstand. Das Gegenteil kann richtig sein. Allerdings kommt alles auf die Bedingungen an.

Der Basissatz solcher Zuversicht heißt: Wenn die Menschen eine bessere Umwelt haben wollen und bereit sind, dafür mehr zu arbeiten oder Einkommenseinbußen hinzunehmen, so gibt es, besorgen sie die Umweltverbesserung nicht selbst, zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für andere, die ihrerseits dann ihr Entgelt aus dem Mehrertrag oder aus dem Konsumverzicht der ersteren beziehen. Der Rest wäre ein Problem der Ordnungsbedingungen, wobei ein günstiger Ausgang für Produktion und Beschäftigung eine möglichst breite Zustimmung der Bürger erfordert. Das eigentliche Problem des Umweltschutzes liegt darin, daß er es

überwiegend mit nicht marktfähigen Gütern zu tun hat (Ziffern 400 ff.).

Dem günstigen Ausgang der Dinge im Falle der Mehrnachfrage nach Umweltschutz wird die Sorge entgegengehalten, daß die Bezahlung derer, die den Umweltschutz besorgen, größtenteils zu Lasten der Käufe anderer Güter gehen müsse, daß es bei deren Produktion also zu einer Minderbeschäftigung kommen werde. Dem ist aber nicht so. Auch wenn die zusätzlich beschäftigten Produzenten des Umweltschutzes ihr Entgelt aus dem Konsumverzicht der Altbeschäftigten erhielten und nicht aus einer Mehrproduktion von diesen, wäre doch ihre — den Konsumverzicht der anderen ausgleichende — Zusatznachfrage am Markt, so daß das im ganzen erhöhte Beschäftigungsniveau nicht in Frage steht. Neben der unveränderten Beschäftigung für herkömmlichen Konsum stünde die zusätzliche Beschäftigung für den Umweltschutz.

In der Diskussion um mehr Umweltschutz und Arbeitszeitverkürzung wird häufig vorgebracht: Sowohl das eine als auch das andere ist nötig, schon aus Gründen der Größe der beschäftigungspolitischen Probleme. Wir geben zu bedenken, daß beides einen Verzicht auf privat verfügbare Einkommen voraussetzt. Die Bereitschaft zu solchem Verzicht dürfte Grenzen haben. Vorzuziehen ist in jedem Falle der Weg, auf dem die positiven Beschäftigungswirkungen Beiprodukt dessen sind, was die Menschen wirklich wollen. Denn dann sind sie auch verlässlich und bedeuten Schritte zu erhöhtem Wohlstand für alle.

**311.** Der Fall einer Neunachfrage nach Gütern des Umweltschutzes ist ein gutes Beispiel für die günstigen Beschäftigungswirkungen des Auftretens aller neuen (arbeitsteilig hergestellten) Güter. Soweit diese — anders als die Verbesserung des Umweltschutzes — marktfähige Güter sind, gibt es dabei außerdem den Vorteil, daß die Erhöhung des Beschäftigungsstandes keine Einbußen beim privat verfügbaren Realeinkommen voraussetzt.

**312.** Denkt man über die nationalen Grenzen hinweg, so hat man sofort die riesigen Vorteile einer Öffnung der Märkte vor sich. Denn was in einer geschlossenen Volkswirtschaft das Auftreten prinzipiell neuer Güter ist, das ist in einem System offener Volkswirtschaften das Neuauftreten von Gütern im wechselseitigen Handel. Mit dem Warenstrom in beiden Richtungen steigen in den beteiligten Ländern Produktion und Beschäftigung. Der Fall der wechselseitigen Durchdringung der Märkte mit den jeweils billiger angebotenen Gütern auch konventioneller Art unterscheidet sich nicht prinzipiell hiervon. Dann ist es der positive Effekt solcher Verbilligung auf die Realeinkommen — der Wohlstandsgewinn aus internationalem Gütertausch —, der den gemeinsamen Anstieg von Produktion und Beschäftigung trägt. Die positiven Wirkungen auf Produktion und Beschäftigung, die von der gegenwärtigen Expansion des Welthandels ausgehen, bieten Anschauung für beide Fälle. Zu dem Prozeß gehört auch die Verdrängung von inländischen Gütern durch ausländische — in allen beteiligten Län-

dern. Doch dies ist nicht der letztlich dominante Teil des Prozesses. Dessen tragende Kraft ist der Wohlstandsgewinn; er ermöglicht in allen Ländern mehr Beschäftigung. Was im positiven Sinne von einer Öffnung der Märkte zu erwarten ist, das droht im negativen von einer wechselseitigen Abschottung.

Die weitere Öffnung der Märkte in Europa und der weltweite Abbau des Protektionismus sind daher nicht Randaufgaben der Wirtschaftspolitik, sie sind zentraler Bestandteil unserer beschäftigungspolitischen Möglichkeiten und das A und O aller internationalen Koordinationsaufgaben.

**313.** Senkung des Kostenniveaus durch Produktivitätssteigerung sowie durch Senkung der Kosten der Staatstätigkeit und der Steuern, Nutzung neuer Güter, Nutzung der Vorteile des freien internationalen Gütertauschs — diese drei bilden den Königsweg zu mehr Wohlstand und unter den gegenwärtigen Bedingungen zugleich den Königsweg zu mehr Beschäftigung.

#### Für dynamischen Wettbewerb

**314.** Man sollte nicht nur ein Bild haben von den günstigen und belastenden Bedingungen, unter denen derzeit zu handeln ist, sowie ein Bewußtsein von den Handlungsmöglichkeiten, auf die es ankommt, sondern auch eine Vorstellung von dem Teil des marktwirtschaftlichen Geschehens, der für mehr Dynamik unentbehrlich ist, ja der diese Dynamik selbst ausmacht, den es also zu stimulieren, aber auch zu nutzen gilt. Zu reden ist vom dynamischen Wettbewerb.

**315.** Was belebt die Wirtschaft — die Nachfrage, das Angebot, die Rahmenbedingungen, der Anpassungszwang? Man sagt, Konkurrenz belebt das Geschäft, und so ist es auch. Das Lebenselixier der Wirtschaft ist der dynamische Wettbewerb.

Man darf durchaus zuspitzen: Daß wir zu wenig Investitionen, zu wenig rentable Arbeitsplätze, zu wenig Wachstum haben, liegt letztlich am Mangel an dynamischem Wettbewerb. Abzubauen, was ihm an unnötigen Hemmnissen im Wege steht, ist vornehmste Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Dabei gibt es Hausaufgaben zu erledigen, wie sie in den Lehrbüchern der Wirtschaftspolitik gestellt werden, und darüber hinausgehende Herausforderungen. Im Augenblick scheint es so, daß bei den Hausaufgaben manches schon geleistet, anderes in Angriff genommen ist. Aber die Wirtschaftspolitik ist herausgefordert, dem Prozeß dynamischen Wettbewerbs, dem sie mehr Spielraum geschaffen hat, dessen Auftriebskräfte sie jedoch nicht beherrscht, mehr Schubkraft zu verleihen.

**316.** Im dynamischen Wettbewerb suchen Pionierwettbewerber nach neuen Chancen. Sie bringen Innovationen an den Markt, bei hohem Risiko, aber auch lohnendem Gewinn im Falle des Erfolgs. Was der Pionierwettbewerber an Neuland entdeckt, reizt alsbald die nachziehenden Wettbewerber an. Der

Pioniergewinn wird eingeebnet und die Allgemeinheit hat den Vorteil besserer Versorgung. Der dynamische Wettbewerb ist ein ständig pulsierender Prozeß der Innovation und Diffusion, angetrieben von der Konkurrenz um neue Gewinnmöglichkeiten von den Pionierwettbewerbern, in Gang gehalten aber auch vom Verfolgungswettbewerb, der das Neue in der Breite erschließt.

Insgesamt handelt es sich beim dynamischen Wettbewerb um einen gesellschaftlichen Prozeß der Suche nach besseren Lösungen für die materielle Wohlfahrt. Eine konkrete Zielsetzung derart, daß heute schon anzugeben wäre, welche neuen Produkte, Leistungen und Produktionsverfahren, zu welchen Preisen, in welchen Qualitäten und Mengen ihm zu dienen vermögen, ist von niemandem, besonders auch von keiner gesamtwirtschaftlichen Planungsinstanz auszumachen. Es gibt nicht vorhersehbare Risiken auf diesem Wege. Wer solche Risiken übernimmt, muß auch die Chance haben, daß er am eintretenden Erfolg teilhat. Einen Risikoausschluß im voraus gibt es ebensowenig wie die Vorausberechnung der Erfahrungen, die wir erst noch machen werden. Die künftige Entwicklung ist offen, und es muß alles geschehen, daß sie auch offengehalten wird.

317. Im Augenblick erscheint die Rolle der Innovation zu schwach besetzt. Unser Wettbewerbsvorsprung ist nicht beeindruckend. Die Schwierigkeiten, neue Märkte zu erschließen, sind zwar größer geworden, das Risiko von Fehlversuchen liegt höher (Ziffern 182ff.). Aber deshalb gilt doch: Nur wenn es gelingt, wieder auf ausreichend vielen Märkten der Welt den Wettbewerb anzuführen oder mitanzuführen, können wir auf die Dauer mit genug Wachstum und befriedigender Beschäftigung rechnen.

Es geht dabei nicht nur um internationalen Wettbewerbsvorsprung, aber auch daran fehlt es. Wenn wir dort neuen Wettbewerbsvorsprung gewinnen können, bessert sich auch die Situation am Binnenmarkt. Mit mehr Wettbewerbsvorsprung steigen die Pioniergewinne. Sie fließen nicht allen Unternehmen zu, sondern nur jenen mit hinreichend großem Wettbewerbsvorsprung. Solche Pioniergewinne sind von den Löhnen und anderen Kosten nicht leicht einzuholen, weil die Preise für Arbeit und Kapital auch vom nachholenden Wettbewerb bestimmt werden. Der dynamische Gewinn wird vom Preiswettbewerb, nicht von der Kostenseite bedroht. Mehr dynamischer Gewinn bedeutet mehr Investition und mehr Beschäftigung.

318. Die Wachstumsdynamik der Wirtschaft ist nicht zu allen Zeiten gleich stark. Wenn neue Märkte sich auftun, sei es, weil der technische Fortschritt die Voraussetzung dafür geschaffen hat, sei es, weil neue Bedürfnisse sich entfalten, was meist ohnehin Hand in Hand geht, dann erhält die wirtschaftliche Entwicklung kräftigen Schub. Entwicklungsschübe enormen Ausmaßes waren die Kennzeichen der Industrialisierung. Auch die besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit haben bei uns einen kräftigen Schub, eine hohe Wachstumsdynamik

ausgelöst. Unsere Wirtschaft hatte viel nachzuholen, und sie meisterte diese Aufgabe mit großem Schwung — dank der ordnungspolitischen Entscheidung für die Marktwirtschaft und dank dem, gemessen am Produktivitätspotential, niedrigen Lohnniveau und geringen Lohndruck. Heute stehen wir vor einer schwierigeren Aufgabe.

319. Viele Beispiele für erfolgreiche Innovation, die der Wettbewerb hervorbringt, oft auch erzwingt, liefern kleine und mittlere Industrieunternehmen. Sie zeigen allesamt, daß es wesentlich auf die Einstellung und Motivation ankommt.

Wettbewerbsdruck erzeugt hier, wo von anderer Seite keine Hilfe erwartet wird, Überlebenswillen. Die eigene Erfahrung lehrt, daß die Erfolgchancen davon abhängen, Vorsprung vor anderen Wettbewerbern zu gewinnen und ihn immer von neuem zu schaffen. Die Motivation von Unternehmensführung und Mitarbeitern fließt hier aus unmittelbar erfahrener gemeinsamen Erfolg und dem Interesse daran, ihn auch künftig zu sichern.

Wo die Existenzbedrohung nicht unmittelbar empfunden wird, ist der Zwang zur Suche nach neuen Möglichkeiten, Wettbewerbsvorsprung zu gewinnen, nicht so durchdringend. Hier muß eine vorausschauende Unternehmensstrategie hinreichend Phantasie aufbringen und den Mitarbeitern Motivation vermitteln, damit ein aktuell noch gegebener Wettbewerbsvorsprung nicht verlorenggeht, sondern erneuert wird.

320. Daß zur Stärkung des dynamischen Wettbewerbs die Forschungs- und Technologiepolitik beitragen kann und auch sollte, steht außer Frage. In der Grundlagenforschung und der Entwicklung von Basistechnologien scheint heute, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kein Engpaß vorzuliegen. Die marktnahe Umsetzung in neue Produkte und Verfahren, die Anwendungsphase und für mittelständische Bereiche auch die Markteinführungsphase bereiten größere Schwierigkeiten. Die Förderung der angewandten Forschung und die Technologieberatung sollen beitragen, sie zu überwinden. Es gibt auch Beispiele für erfolgreiche Technologiezentren, die heute allenthalben gegründet werden.

Sich davon jedoch den entscheidenden Durchbruch nach vorne zu versprechen, wäre verfehlt. Alle staatlichen Maßnahmen zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie zur Förderung des Transfers technischer Neuerungen müssen darauf abzielen, die Eigeninitiative der Unternehmen und die Antriebskräfte des Marktes zu stärken. Diesem von der Bundesregierung im Bundesbericht Forschung 1984 bekräftigten Grundsatz gilt es, durchgehend Geltung zu verschaffen. Daß die indirekte Förderung gegenüber der direkten Förderung unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten den Vorzug verdient, liegt auf der Hand. Zu begrüßen ist daher der in Gang gesetzte weitere Ausbau der indirekten Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft.

321. Die Förderung dynamischen Wettbewerbs ist eigentlich zuallererst eine Aufgabe der Wettbe-

werbspolitik. Diese zielt jedoch nicht vor allem auf den dynamischen Wettbewerb insgesamt, sondern eher auf den nachziehenden Wettbewerb der Imitatoren, auf den Diffusionswettbewerb, durch den die Segnungen des vorstoßenden Wettbewerbs der Gesamtheit voll erschlossen werden.

Die Pionierwettbewerber geraten leicht in den Verdacht, Monopolisten zu sein oder es werden zu wollen. Sie sind es auch in gewisser Weise, Monopolisten auf Zeit nämlich. Und darauf kommt es an: den Pionierwettbewerbern den Weg freizuhalten, damit der Prozeß dynamischen Wettbewerbs an der Spitze laufend neue Nahrung erhält. Nicht das Monopol als solches, sondern seine Verfestigung sollte wettbewerbspolitisch bekämpft werden. Es kommt daher gewiß darauf an, den Diffusionswettbewerb zu entfachen, damit das temporär sinnvolle und gesamtwirtschaftlich auch ertragreiche Monopol tatsächlich eine temporäre Erscheinung bleibt. Aber es kommt nicht allein darauf an.

Es gilt insgesamt, einen sich selbst erneuernden Wettbewerbsprozeß am Leben zu erhalten. Was über die Sicherung des Marktzutritts hinaus an Kontrollen der Wettbewerber erforderlich erscheint, sollte im Lichte des dynamischen Wettbewerbs neu überdacht werden.

**322.** Bei der Wettbewerbspolitik wie bei der Technologiepolitik sollte klar sein, daß das Gesetz des Handelns bei den Wettbewerbern selbst liegt und liegen muß. Nichts von dem, was die Wirtschaftspolitik zur Förderung des dynamischen Wettbewerbs zu unternehmen vermag, reicht auch nur in die Nähe dessen, was unter dazu passenden Rahmenbedingungen das Interesse und die Initiativkraft der Wettbewerber selbst leisten. Es kommt, wenn wir wirtschaftlich, bei der Beschäftigung wie beim Einkommen, wieder rascher vorankommen wollen, auf eine neue Einstellung zum Wettbewerb an, zum dynamischen Wettbewerb.

In den vergangenen Jahren ist kaum ein Begriff so häufig zur Charakterisierung unserer wirtschaftlichen Probleme verwendet worden wie der Begriff der Anpassung. Es ist mehr als Anpassung erforderlich. Wir müssen Wettbewerbsvorsprung gewinnen.

### III. Die große Chance der kommenden Jahre: Mehr Expansion bei Stabilität

**323.** Die verbesserten Ausgangsbedingungen, die fortbestehenden Belastungsfaktoren und Risiken sowie die Handlungsmöglichkeiten und Verlaufsvorstellungen sind zusammenzufügen mit dem Ziel, erkennbar zu machen, daß und wie unter der Bedingung eines günstigen Zusammenspiels aller Beteiligten eine befriedigende gesamtwirtschaftliche Entwicklung, und nunmehr vor allem auch eine befriedigendere Beschäftigungsentwicklung, zustande kommen kann.

**324.** Basis der Zuversicht, daß es in den kommenden Jahren gelingen kann, auch beim Beschäfti-

gungsziel voranzukommen, ist die Diagnose, daß die Voraussetzungen für eine langgezogene wirtschaftliche Aufwärtsbewegung mit durchgängig positiven, wenn auch nicht Jahr für Jahr gleich großen Wachstumsraten stark verbessert sind

- durch den Erfolg bei der Eindämmung der Inflation,
- durch die Erfolge bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen mit der Möglichkeit einer baldigen deutlichen Senkung der Steuerlast,
- durch die weitgehend inflationsfreie Verarbeitung einer realen Abwertung der D-Mark.

Diese gute Basis bietet eine Chance. Die Chance muß erst noch genutzt werden. Sie heißt: mehr Expansion bei Stabilität, dauerhaft wegen Stabilität. Sie ist in erster Linie zu nutzen durch die Wirtschaft, sie ist aber auch eine Chance für die Wirtschaftspolitik.

**325.** Unter den Verbesserungen der Ausgangsbasis für die kommenden Jahre ist der Erfolg in der Inflationsbekämpfung wahrscheinlich der wichtigste. In der Inflationsneigung einer Volkswirtschaft werden regelmäßig deren gesamtwirtschaftliche Widersprüche manifest sowie die Einübung, solche Widersprüche nicht zu lösen, sondern zu vertagen. Mit abnehmender Inflationsgewöhnung, mit dem Wiederaufbau des Vertrauens in die Möglichkeit eines stabileren Geldwerts, mit dem Abbau der inflationsträchtigen Verspannungen, die in der Finanzpolitik und der Lohnpolitik begründet lagen, wird die Wirtschaftspolitik wieder freier, werden ihre Wirkungsmöglichkeiten größer. Es geht auch um den nicht zu überschätzenden Vorteil einer allmählich wieder wachsenden Bereitschaft in der Wirtschaft, darauf zu setzen, daß die Zeit großer gesamtwirtschaftlicher Widersprüche erst einmal vorüber ist.

**326.** Vor allem für die Geldpolitik hat sich die wirtschaftspolitische Szene grundlegend verändert. Die Aufgabe einer weiteren Senkung der Inflationsrate tritt für die Notenbank zurück hinter der Aufgabe, das Erreichte zu bewahren. Man mag dies für einen nur graduellen Unterschied halten. Er kann sich jedoch als mehr erweisen, und dies aus verschiedenen Gründen:

- Senkung der Inflationsrate muß konjunkturelle Aufwärtsbewegung nicht ausschließen. Die Jahre 1975 bis 1978 sowie 1983 bis 1984 sind hierfür Beispiele, ebenso die Erfahrung der Vereinigten Staaten seit dem Herbst 1982. Aber eine mittelfristig nötige Verlangsamung der Geldmengenerweiterung, wie sie die Inflationsbekämpfung erfordert, ist doch eine Bedingung, unter der sich wirtschaftliche Dynamik weniger leicht entwickelt als bei einer Zunahme des Geldangebots, wie sie möglich wird, wenn eine Volkswirtschaft des schleichenden Gifts der Inflation entwöhnt worden ist.
- Hinzu kommt: An und für sich gehört zur wirkungsanalytischen Philosophie des Konzepts

einer mittelfristig orientierten, möglichst stetigen Geldmengenausweitung, daß bei einer ungeplanten Senkung beziehungsweise Mindersteigerung des Preisniveaus (etwa im Zusammenhang mit einer Konjunkturschwäche und zurückhaltender Lohnpolitik) trotz der daraus resultierenden Erhöhung der realen Geldmenge die Ausweitung des nominalen Geldangebots der Notenbank unverändert bleibt, so daß die insoweit reichlichere Geldversorgung neuen konjunkturellen Auftrieb bewirken kann. Während einer Phase der Inflationsbekämpfung muß sich indes selbst eine Notenbank, die die Entwöhnung von der Inflation nicht forciert, im Prinzip von dem Ziel leiten lassen, die Inflationsrate ständig weiter zu senken. Sie sieht daher Grund, im Falle einer ungeplant starken Mindersteigerung des Preisniveaus anschließend das zusätzliche Geldangebot entsprechend nach unten anzupassen. Angesichts der Unsicherheit bei der Vorausschätzung des im Falle einer Inflationsgewöhnung noch für unvermeidlich zu haltenden weiteren Anstiegs des Preisniveaus, der einer der Bestimmungsfaktoren der Geldmengenpolitik ist, kann es wohl auch nicht anders sein. Dieses Anpassen der Geldmengenausweitung an die tatsächliche Entwicklung, geleitet von dem Ziel, die Inflationsrate zwar nicht überstürzt, aber doch Schritt für Schritt zu senken, bedeutet dann allerdings, daß der Wirtschaft der Vorzug eines (automatischen) Anstiegs der realen Geldmenge vorenthalten wird, auf den sie nach dem Konzept einer objektivierten Geldversorgung eigentlich Anspruch hat, wenn es zu einer ungeplant starken Mindersteigerung des Preisniveaus kommt.

- Schließlich: Die Sorge vor Rückfällen während des Prozesses der Entwöhnung von der Inflation verringert auch sonst den Spielraum der Geldpolitik. Sie kann auf plötzliche Störungen, die einen inflatorischen Impuls enthalten, etwa eine reale Abwertung der Währung, nicht so gelassen reagieren, wie es das Konzept einer mittelfristig orientierten, möglichst stetigen Geldmengenausweitung unter normalen Umständen verlangte. Ein Beispiel hierfür ist die stabilitätspolitisch äußerst schwierige Phase im Anschluß an den Ölpreisschock der Jahre 1979/80, der zusammen mit den binnenwirtschaftlichen Fehlentwicklungen zu einer — auch vom Sachverständigenrat nachdrücklich befürworteten — scharf restriktiven Geldpolitik Anlaß gab, als zu allem anderen ein Wechselkursverfall der D-Mark hinzukam. Es gehört bis heute zur Kritik an der damals gewählten massiven Abweichung vom vorangekündigten Geldmengenziel, daß die Bundesbank darauf hätte vertrauen sollen, es werde auch ohne monetäre Restriktion nicht zu der befürchteten Anpassungs-inflation bei Löhnen und inländischen Güterpreisen kommen. Doch solches Vertrauen wäre zu jener Zeit nicht gedeckt gewesen durch Erfahrung.

Nach vorn blickend darf man festhalten: Diese Belastungsfaktoren der Geldpolitik werden in den kommenden Jahren eine untergeordnete Rolle spie-

len, sie können sogar entfallen, wenn alle achtsam sind.

- Wir könnten den Prozeß der Verlangsamung der Geldmengenausweitung beenden, auch ohne daß volle Stabilität des Preisniveaus erreicht ist.
- Wir könnten das Ziel einer mittelfristig normalen stetigen Geldmengenexpansion konsequenter verfolgen, könnten der Wirtschaft die schon immer gemeinte Wohltat einer mit Stabilisierungserfolgen automatisch zunehmenden realen Geldmenge auch tatsächlich zukommen lassen.
- Wir könnten es uns leisten, wie schon 1984, die Geldpolitik mit mehr Robustheit gegenüber außenwirtschaftlichen Störungen zu führen als in früheren Jahren.

**327.** Freilich bleibt weiterhin gültig: Die Geldpolitik hat nicht unter ihrer Kontrolle, ob eine etwas reichlichere Geldversorgung vor allem zur Finanzierung erhöhter Preissteigerungen oder vor allem zur Finanzierung von mehr Produktion genutzt wird. Deshalb ist eine straffe Geldpolitik, die sich nicht in Abhängigkeit von der Finanzpolitik und der Lohnpolitik begibt, unverändert zu fordern. Aber die Einübung von stabilitätsgerechterem Verhalten auf seiten der Finanzpolitik und der Lohnpolitik kann doch die Zwangslagen vermeiden helfen, in welche die Geldpolitik immer wieder geraten ist.

Auf der anderen Seite liegen vor allem für die Lohnpolitik die Vorteile auf der Hand. Der positive beschäftigungspolitische Impuls einer zurückhaltenden Lohnpolitik wird stärker wirksam, wenn die Geldpolitik nicht mehr danach trachten muß, um einer Senkung der Inflationsrate willen die monetäre Expansion gleichschrittig mit der Entlastung beim Kostenniveau zu verlangsamen. Anders gewendet: In den vergangenen Jahren mußte der beschäftigungspolitische Beitrag der zurückhaltenden Lohnpolitik zunächst einmal zu einem erheblichen Teil ein Beitrag sein, der über die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung wirksam wurde; nur zum restlichen Teil war es ein Beitrag zu einer unmittelbaren Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen. Dies könnte sich ändern, wenn die Notenbank bei der jetzt sehr niedrigen Geldwertungsrate die Geldmengenausweitung nicht weiter verringert. Ohne Risiko wäre dies für die Geldpolitik freilich nicht. Sie müßte darauf vertrauen können, daß die Lohnpolitik vorläufig auf dem in den letzten Jahren eingeschlagenen Pfad bleibt und daß die Unternehmen solche Bedingungen zum Anlaß nehmen, vor allem mehr zu investieren und zu produzieren, statt bei zunehmender Nachfrage vor allem die Preise zu erhöhen.

**328.** Die starke Senkung der Inflationsrate hat auch unmittelbar positive Folgen für die Wirtschaft. Für die Unternehmen verliert das Problem der Besteuerung inflationsbedingter Scheingewinne an Bedeutung. Und da die Regeln über beschleunigte Abschreibungen diesem Problem schon entgegenwirken, ja für große Teile des Anlagevermögens, je nach Nutzungsdauer, im Falle einer Inflationsrate

von 2 vH bis 3 vH einen vollen Ausgleich bringen, bedeutet der neuerliche Stabilisierungserfolg, daß die geltenden steuerlichen Regeln statt der früheren Diskriminierung, die sich aus der Scheingewinnbesteuerung ergibt, vielfach schon eine echte Minderbelastung von Investitionen gegenüber konsumtiv verwendetem Einkommen mit sich bringen, was wachstumspolitisch dringend erwünscht ist.

Außerdem hat eine Stabilisierung der längerfristigen Erwartungen regelmäßig zur Folge, daß die Bereitschaft zur längerfristigen Kapitalbindung zunimmt. Das ist wichtig für die innere Stabilität der Wirtschaft.

Dem steht leider gegenüber, daß die Zinsen dem Sinken der Geldwertungsrate bisher nicht voll gefolgt sind. Das hat Auslandseinflüsse zur Ursache, möglicherweise aber auch die Tatsache, daß die Inflationsgewöhnung in den Erwartungen der Menschen noch nicht voll überwunden ist. Selbst wenn es zutreffen sollte, daß die Volkswirtschaft dauerhaft mit einem Realzins zurechtkommen muß, der gegenüber dem, was vor der letzten Hochzinsperiode als normal galt, deutlich höher ist — zum Beispiel bei 4% liegt oder sogar noch etwas darüber —, ist bei einer Inflationsrate von 2 vH ein Nominalzins am Kapitalmarkt von 7½% hoch zu nennen. Gewiß hat die Lohnpolitik die Anpassung der Volkswirtschaft an einen dauerhaft erhöhten Zins wesentlich vorankommen lassen. Aber für einen so starken Anstieg hat sie doch keinen vollen Ausgleich geboten (Ziffern 184 ff.). Außerdem kann sie diesen Ausgleich ohnehin nicht allenthalben verschaffen, vor allem dort nicht, wo Lohnkosten eine untergeordnete Rolle spielen und die Kapitalkosten eine dominierende, wie etwa in der Wohnungswirtschaft (Ziffern 90 ff.). Den Strukturwandel, der nötig ist, wenn sich die Volkswirtschaft an einen dauerhaft erhöhten Zins anpassen muß, hat die Lohnpolitik zu erleichtern; sie hat ihn nicht zu verhindern.

**329.** Neben dem Erfolg der Inflationsbekämpfung steht der Erfolg beim Konsolidieren der öffentlichen Haushalte, mag dieser auch durch den bemerkenswerten Rückgang der Defizitzahlen überzeichnet sein, da sich mit dem progressionsbedingten Anstieg der volkswirtschaftlichen Steuerquote ein unabweisbarer Bedarf an Steuersenkungen aufstaut.

- Dieser Erfolg entlastet die Kapitalmärkte und erweitert den Spielraum für lohnende private Ausgaben, namentlich für Investitionen.
- Der Staat, der sich von den beschleunigt steigenden Zinsverpflichtungen zunehmend eingemauert sah, kann hoffen, wenigstens nach und nach seine Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Hierzu gehört auch die Handlungsfähigkeit (und Wirkungsmöglichkeit) für künftige konjunkturpolitische Notfälle.
- Absehbar ist das Ende zumindest der Phase der Konsolidierungspolitik, der durch eine rasche Rücknahme hoher expansiver Impulse der öf-

fentlichen Haushalte beziehungsweise durch einen restriktiven Impuls gekennzeichnet ist.

- Der Abbau der strukturellen Defizite wurde zum überwiegenden Teil durch eine Eindämmung der Ausgabendynamik geschafft, nur zum geringeren durch eine erhöhte Steuerbelastung. Das bedeutet eine echte Senkung der Kosten der Staatstätigkeit.
- Wird dieser Kurs der Ausgabenpolitik wie geplant beibehalten, so entsteht Spielraum für eine Senkung der Grenzbelastung der Einkommen, die über einen bloßen Ausgleich für die inzwischen (progressionsbedingt) gestiegene Steuerlast deutlich hinausgeht. Der Spielraum wird noch größer, wenn Möglichkeiten zu einer Umstrukturierung des Steuersystems genutzt werden.

Im ganzen wird sich dies nicht nur über die Angebotsseite der Volkswirtschaft vorteilhaft auswirken, sondern direkt oder indirekt auch über die Nachfrageseite.

**330.** Nach wie vor gibt es gleichwohl das Verlangen, den Konsolidierungsprozeß angesichts der fortbestehenden gravierenden Beschäftigungsprobleme abzurechnen und die Finanzpolitik alsbald wieder auf einen expansiven Kurs umzustellen.

Gegen eine Finanzpolitik, die den Konsolidierungskurs 1985 fortsetzt und erst 1986 — mit Steuersenkungen — neue Impulse setzt, wird vorgebracht:

- Energische Maßnahmen zur Bekämpfung der bedrückend hohen Arbeitslosigkeit können nicht länger vertagt werden. Eine faire Abwägung der gesamtwirtschaftlichen Ziele müsse dem Beschäftigungsziel Vorrang geben.
- Die wirtschaftspolitische Strategie der letzten Jahre verspreche auch für die absehbare Zukunft keine befriedigenden Fortschritte bei diesem Ziel. Mag auch die konjunkturelle Situation ein herkömmliches Konjunkturprogramm mit dem Zweck einer Initialzündung unnötig erscheinen lassen, so erfordere doch die längerfristige Natur des Beschäftigungsproblems mehr als Vertrauen auf den Fortgang einer mäßig starken konjunkturellen Aufwärtsbewegung.
- Beschäftigungspolitische Maßnahmen dürfen auch deshalb Geld aus öffentlichen Kassen kosten, weil sie zugleich die Kosten der Arbeitslosigkeit senken helfen.
- Es gebe dringende öffentliche Aufgaben, die zurückhängen — etwa im Bereich des Umweltschutzes. Dies erlaube es, selbst ein groß dimensioniertes Ausgabenprogramm zugleich von daher und von der hohen beschäftigungspolitischen Aufgabe her zu begründen.
- Öffentliche Ausgaben seien wirksamer als Steuersenkungen und kosten doch nicht mehr Geld.

Aus den zuvor unter Ziffer 329 zusammengefaßten und schon an anderer Stelle dieses Gutachtens ausführlicher dargelegten Gründen ist der Sachver-

ständigerrat anderer Auffassung hinsichtlich der Bedeutung, auch der positiven beschäftigungspolitischen Bedeutung, einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie einer parallelen Senkung von Staatsausgaben und Steuern. Umgekehrt teilt er nicht die Vorstellung, zusätzliche Staatsausgaben hätten mehr als kurzfristig günstige Beschäftigungswirkungen (Ziffer 294). Er hält es außerdem für eine wichtige Frage der Glaubwürdigkeit, die ihrerseits wiederum die Wirkungsmöglichkeiten der Wirtschaftspolitik im ganzen berührt, ob der Staat eine von ihm auf mehrere Jahre angelegte Sanierung seiner Finanzen zu Ende führt oder nicht. Und die Konsolidierungsaufgabe ist eben nicht erfüllt, wenn man nicht zumindest den allseits für unabweisbar gehaltenen und sich weiter aufstauenden Bedarf an Steuersenkungen mitbedenkt. Die Konsolidierungspolitik im Jahre 1985 ist nicht zuletzt als Vorlauf zu den für 1986 geplanten Steuersenkungen zu sehen. Günstige Ankündigungswirkungen sind schon für das kommende Jahr zu erwarten. Das Problem einer Durststrecke bis zum Inkrafttreten der geplanten Steuersenkungen, auf der es nicht nur an expansiven Impulsen der Finanzpolitik fehlte, sondern sogar kontraktive Impulse gäbe, stellt sich im übrigen auch deshalb nicht, weil nach Einschätzung des Sachverständigenrates die konjunkturelle Aufwärtsbewegung gefestigt genug erscheint, auch solche kontraktiven Impulse zu ertragen. Daher kann und sollte alles unterbleiben, auch beschäftigungspolitisch, was allein kurzfristig und nicht zugleich längerfristig gerechtfertigt erscheint.

Auf Ausgabenprogramme verzichten, die den Namen Beschäftigungsprogramm tragen, heißt ja nicht beschäftigungspolitisch die Hände in den Schoß legen. Alle Wirtschaftspolitik ist heute wesentlich von daher zu begründen, daß sie die Bedingungen für mehr Beschäftigung verbessert. Um in diesem Sinne Beschäftigungspolitik zu sein, muß sie aber nicht unmittelbar am Einstellen und Entlassen von Beschäftigten ansetzen. Sie sollte es sogar nicht, will sie nicht große Gefahr laufen, mittelbar und auf die Dauer mehr zu verlieren, als sie unmittelbar und auf kurze Sicht gewinnt.

**331.** Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Dieter Mertens, schätzt angesichts der inzwischen erreichten Konsolidierung die Chancen und Risiken einer alsbald zu beschließenden Abkehr von der Politik sehr niedriger Zuwächse bei den Staatsausgaben teilweise anders ein. Nachdem die ernst zu nehmenden, aber eher psychologisch als ökonomisch zu fassenden Gefahren einer hohen Staatsverschuldung einigermaßen gebannt erscheinen, sollte es möglich sein, mit sorgfältig gewählten unmittelbar beschäftigungswirksamen Maßnahmen, bei denen sich die von der Ratsmehrheit hervorgehobenen Risiken durchaus bedenken ließen, das kurzfristig Erforderliche und das langfristig Unumgängliche besser zu vermählen. Hierauf sollte sich die wirtschaftspolitische Diskussion und vor allem die wirtschaftspolitische Phantasie vorurteilsfrei konzentrieren. Die Notwendigkeit gesunder Staatsfinanzen ist außer Streit.

Soweit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

**332.** In das Bild einer geldwertpolitisch, finanzpolitisch und lohnpolitisch entspannten Situation fügt sich zwanglos ein, daß auch die außenwirtschaftliche Lage zu großen Klagen keinen Anlaß gibt. Zwanglos fügt es sich ein, weil Spannungen an anderer Stelle der Volkswirtschaft immer auch in außenwirtschaftlichen Störungen bemerkbar werden.

Das heißt nicht, daß es überhaupt keinen Anlaß zu Klagen gäbe. Es soll insbesondere nicht heißen, die außenwirtschaftliche Konstitution der Bundesrepublik sei so gut wie ihre Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Handel bei den derzeit gegebenen Wechselkursen. Hier sind angesichts des ungewöhnlichen Dollarkurses merkliche Abstriche zu machen. Die im Außenhandel tätigen oder im übrigen von der Dollarstärke betroffenen Unternehmen sehen das wohl auch nicht anders und gründen ihre längerfristigen Produktionspläne nicht auf die Fortdauer einer insoweit illusionären Wettbewerbsfähigkeit. Starke Ermunterung verdient hingegen die Einstellung, die gegenwärtig guten Erträge im Auslandsgeschäft müßten umgehend genutzt werden, die Wettbewerbsfähigkeit für künftige, wechselkursmäßig weniger günstige Zeiten zu sichern.

Störend an dem Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem Dollar ist freilich nicht allein, daß dieser nun schon seit längerem in keiner Weise mehr als Marktsignal für dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit und damit für chancenreiche Investitionen in künftige Absatzmöglichkeiten brauchbar ist. Der kurzfristig wichtigere negative Gegenposten zu der temporär erhöhten Wettbewerbsfähigkeit ist die Verteuerung der Einfuhr, also die Erhöhung des Kostenniveaus der Volkswirtschaft, die sich daraus ergibt und im Prinzip auch immer die Gefahr neuer inflatorischer Impulse enthält.

Dabei ist zwar zu bedenken, daß der direkte Einfluß des starken Dollar auf unsere Einfuhrpreise oft übertrieben groß dargestellt wird, namentlich was die Rohstoffpreise angeht (Ziffer 166). Mit Einschränkungen gilt aber das, was hier zum Dollarkurs zu sagen war, auch für die Wechselkurse der Währungen der wichtigsten anderen Handelspartner der Bundesrepublik. Diese Währungen sind wegen der Stärke des Dollar ihrerseits weniger unter Abwertungsdruck gegenüber der D-Mark gekommen, als zu erwarten gewesen wäre. Auch hier haben wir es also mit einer nicht ohne weiteres für dauerhaft zu haltenden merklichen realen Abwertung der D-Mark zu tun (Ziffer 45).

**333.** Im übrigen sind Auslandseinflüsse, die über die Wechselkurse laufen, und Auslandseinflüsse, die über die Zinsen laufen, nicht getrennt zu sehen. Internationaler Handel und internationaler Kapitalverkehr gehören zusammen. Unter den Einflüssen, die von den Vereinigten Staaten seit längerer Zeit ausgehen, ist der Kapitalverkehr sogar offensichtlich in der Führungsrolle. Und so wie Kapitalexport und Ausfuhrüberschüsse zusammengehören, so derzeit auch attraktive Dollarzinsen und hohe Einfuhrpreise — genauer: eine schlechte reale Austauschrelation mit dem Ausland. Denkt man,

was die Zinsen angeht, vor allem an die hohen Zinserträge aus dem Kapitalexport, so bilden sie insofern einen Gegenposten für die schlechte reale Austauschrelation. Denkt man an die Rückwirkungen im Inland, so sind neben der Verteuerung der Einfuhr (soweit nicht durch hohe Zinserträge gedeckt) die zinssteigernden Einflüsse und die damit einhergehenden negativen Einflüsse auf die zinsabhängigen Inlandsausgaben, namentlich die Investitionen und hier wieder insbesondere die Bauinvestitionen der eigentliche Preis, der für die Exporterfolge zu zahlen ist, soweit diese Wechselkursbedingt sind. Kein geringer Preis.

Damit sollte zugleich klar sein, daß von einer Korrektur des Dollar-Kurses vor allem Gutes zu erwarten ist. Es wäre die Beendigung eines kreditfinanzierten Sonderschlußverkaufs von Waren im Handelsverkehr vor allem mit Amerika, zugleich verbunden mit einer Normalisierung der Investitionsbedingungen im Inland. Gewiß, ein Schlußverkauf hat seine Vorteile. Aber möglichst bald sollte man sich doch wieder aufs dauerhafte Geschäft und vor allem auf dessen Verbesserung konzentrieren können, das heißt aufs Investieren.

Wann die abnormen Verhältnisse am internationalen Kapitalmarkt und an den Devisenmärkten beendet sein werden, hängt davon ab, wie lange der Nachfragesog am amerikanischen Kapitalmarkt noch anhält, nicht weniger aber auch davon, wie sich die Bereitschaft der Kapitalanleger in aller Welt (einschließlich Amerikas) entwickelt, ihr Geld in Amerika und nicht eher anderswo anzulegen. Darauf hat jedes einzelne Land Einfluß. Gute Wirtschaftspolitik und gute Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung werden am internationalen Kapitalmarkt durch ein Zinsgefälle belohnt. Für die Bundesrepublik ist es schon nicht klein. Aber es darf noch größer werden.

**334.** Zu guter Wirtschaftspolitik ist man gewiß auch gerade durch die Vereinigten Staaten, durch ihre Wirtschaftspolitik und ihre kraftvolle wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung herausgefordert, von dem alle anderen Länder beschämenden Erfolg in der Beschäftigungsentwicklung ganz zu schweigen. Doch Herausforderung kann nicht ohne Einschränkung heißen Aufforderung zum Nachmachen.

Positiv aufzunehmen ist allemal der Teil der amerikanischen Herausforderung, der in der Verbesserung der Wachstumsbedingungen liegt. Das betrifft viele Problemfelder und gewiß großenteils solche, auf denen jedes einzelne Land den ihm gemäßen Weg finden muß. Fraglich erscheint allerdings, ob jedes einzelne Land, will es seine Interessen wahren, auch frei ist bei der steuerlichen Behandlung von Investitionen, frei also, hier einen ganz und gar anderen Weg zu gehen als die Vereinigten Staaten. In Amerika sind Standards gesetzt worden, die jeder in Rechnung stellen muß, der im internationalen Wettbewerb um Kapital mithalten will (Ziffern 12 ff.). In jedem Falle sollte man die amerikanische Entwicklung als Beispiel dafür nehmen, daß Bedin-

gungen, die eine hohe Rentabilität der Investitionen begünstigen, wohl schlechterdings nicht zu ersetzen sind. Soweit zum besseren Teil der amerikanischen Wirtschaftspolitik. Der schlechtere Teil — das riesige Staatsdefizit und in dessen Folge ein riesiges Leistungsbilanzdefizit — hat zwar den amerikanischen Gesamterfolg bisher nicht verhindert, möglicherweise sogar begünstigt. Vermutlich könnte sich aber kein anderes Land eine solche Vorstellung leisten, ohne an den internationalen Kapitalmärkten sanktioniert zu werden. Auch alle zusammen könnten nicht den gleichen Weg gehen. Es gehört zum berechtigten Teil der verbreiteten Klagen über die Vereinigten Staaten, daß sie, obwohl Führungsmacht, eine Wirtschaftspolitik treiben, die wegen ihrer Defizitfolgen bei den Staatshaushalten nicht verallgemeinerungsfähig ist. Die übrigen Industriestaaten haben sich der Einsicht gebeugt, daß die öffentlichen Defizite reduziert werden müssen, im jeweiligen nationalen Interesse, aber auch im gemeinsamen Interesse. Das Erfordernis einer stark erhöhten Investitionstätigkeit in der privaten Wirtschaft, an der ein solches gemeinsames Interesse besteht, verlangt dies. Von daher verbietet sich ein internationaler Wettbewerb der Wirtschaftspolitik nach amerikanischem Muster. Ein einzelnes Land kann trotz hoher Staatsdefizite seine Investitionen finanzierbar halten durch Verdrängung von Investitionen anderer. Alle können dies logischerweise nicht. Es überzeugt ebensowenig, wenn darauf verwiesen wird, daß Amerika, indem es durch Staatsverschuldung Investitionen anderer verdrängte, ihnen Exportnachfrage schenkte. Dies ist kein Weg aus der Arbeitsplatzlücke in aller Welt.

Man mag indes hoffen, daß Amerika gelingt, was man dort „soft landing“ — eine weiche Landung — nennt: allmählicher Abbau der öffentlichen Defizite, allmählicher Übergang zu normaler wirtschaftlicher Expansion, allmählicher Abbau der Leistungsbilanzdefizite, verbunden mit allmählichem Sinken der Zinsen und des hohen Dollarkurses. Wenn gleichzeitig Europa von innen heraus wirtschaftlich erstarkte, wäre dies gewiß ein sehr wünschenswerter Ablauf, auch für die übrigen Länder der Welt. Daß sich riesige Staatsdefizite und riesige Leistungsbilanzdefizite auf so ideale Weise, also ohne Rezession, auf ein normales Maß zurückführen lassen, hat freilich zunächst nur die Idee und nicht die Erfahrung für sich.

**335.** Nimmt man alles zusammen und vernachlässigt über der Faszination des Gegenwärtigen nicht die Gefahren solcher strukturellen Verspannungen, so erscheint die Konstitution der deutschen Volkswirtschaft heute nicht schlechter als die der amerikanischen. Deren Zukunft ist mit den ungelösten Problemen der öffentlichen Haushalte und der Leistungsbilanz vorbelastet. Sie hat aber den Durchbruch zu neuer Wachstumsdynamik geschafft. Die deutsche Wirtschaftspolitik hingegen ist in den vergangenen Jahren vor allem den Weg der Solidarität gegangen. Sie hat damit die Vergangenheit aufgeräumt und eine bessere Zukunft vorbereitet, hat diese Zukunft aber noch nicht gewonnen.

### Zur Aufgabenverteilung

**336.** Es gilt zusammenzuhalten, was von der Wirtschaftspolitik für 1985 und danach im Rahmen einer Strategie für mehr und dauerhafte Expansion bei Stabilität zu wünschen ist.

— Die Geldpolitik mit ihrem zwar nicht unmittelbar meßbaren, aber machtvollen Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sollte den 1984 erreichten Kurs der Neutralität beibehalten. Das darf jetzt bedeuten: Die Geldmengen- ausweitung wird nicht weiter verlangsamt. Der Wirtschaft wird angekündigt, daß dies der Kurs für mehrere Jahre sein soll, solange die inflationsträchtigen gesamtwirtschaftlichen Widersprüche in Staat und Wirtschaft nicht wieder zunehmen und dadurch den für mehr Investitionen, Produktion und Beschäftigung erweiterten monetären Spielraum erneut verengen, bevor er dafür genutzt ist, wofür er gedacht ist.

— Die Finanzpolitik steht nach der Sanierung der Staatsfinanzen vor größeren Reformaufgaben. Sie sollte den Pfad einer Expansion der öffentlichen Ausgaben, die deutlich schwächer ist, als das Sozialprodukt in den mittelfristigen Plandaten zunimmt, weiterverfolgen. Sie sollte das Ziel der Konsolidierungspolitik näher bestimmen, indem sie angibt, ob künftig auch im Falle des konjunkturellen Gleichgewichts ein gewisser Teil der Staatsausgaben durch Kredite finanziert werden soll und gegebenenfalls ein wie großer Teil. Solche Entscheidungen, ergänzt um eine Vorstellung über das im weiteren anzustrebende Tempo der Annäherung an das Endziel der Konsolidierungspolitik, umreißen den Spielraum für Steuersenkungen, die das Konsolidierungsziel nicht gefährden und keine — möglicherweise unerwünschten — konjunkturellen Impulse in sich tragen. Das große Ziel einer massiven Senkung der steuerlichen Grenzbelastung der Einkommen — mit oder ohne Erhöhung der Verbrauchsteuern — konkurriert mit dem Ziel, die Staatsdefizite weiter zu senken, um den finanziellen Spielraum, den eine zurückhaltende Ausgabenpolitik schaffen kann. Der Konflikt ist schwächer bei der Aufgabe, die Steuern, die auf Investitionen lasten, allgemein zu senken beziehungsweise die Risikobeteiligung des Staates im Steuersystem näher an dessen Ertragsbeteiligung heranzubringen, wenn zugleich spezielle Subventionen und Steuervergünstigungen abgebaut werden. Die Reform der Gemeindesteuern, die einen großen zeitlichen Vorlauf braucht, sollte auf der Tagesordnung bleiben.

— Die Lohnpolitik mit ihrem entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung von Kosten, Gewinnen und Gewinnerwartungen sollte ihren Kurs mäßiger Nominallohnsteigerungen, den sie in den vergangenen Jahren gefunden hat, fortsetzen. In der Arbeitszeitpolitik sollten die Tarifvertragsparteien den Weg zu einer größeren Flexibilisierung der Arbeitszeit ausbauen. Mehr Phantasie ist nötig, neue Wege zu konsensfähigen Formen einer größeren Lohndifferenzie-

— rung zu finden. Die Lohnpolitik würde damit ihren Teil beitragen, daß der von der Geldpolitik zu schaffende monetäre Spielraum möglichst stark für mehr Produktion und Beschäftigung genutzt wird. Etwa zunehmenden Sorgen, sie würden im Verteilungsstreit mehr und mehr hinten geraten, wenn mit der Annäherung an eine hohe Kapazitätsauslastung der Spielraum der Unternehmen für Preiserhöhungen größer wird, müssen die Arbeitnehmerorganisationen vor allem mit dem Drängen auf eine Wettbewerbspolitik und Handelspolitik begegnen, die die Märkte offen hält und weiter öffnet, zumal zum Ausland hin; unter dem Schutz und unter der Beschränkung einer auf Stabilität bedachten Geldpolitik können und müssen sie es vermeiden, auf solche Sorgen mit Lohnforderungen zu antworten, die der Preis-Lohn-Spirale eine neue Drehung nach oben gäben (statt wie in den vergangenen Jahren nach unten). Eine ungeduldige oder aus verteilungspolitischer Enttäuschung aggressive Lohnpolitik würde auch dem dynamischen Wettbewerb schaden, indem sie zu vielen Unternehmen neue Investitionspläne verleidete, die um der Ausweitung der Kapazitäten und einer größeren Wachstumsdynamik willen unverzichtbar sind. Ohne eine prinzipiell positive Einstellung zu den Gewinnen in den Unternehmen, in denen man beschäftigt bleiben oder beschäftigt werden will, geht es nicht.

— Die Außenwirtschaftspolitik muß mit unverminderter Energie internationalen Neigungen zum Protektionismus entgegenzutreten, ja sie darf sich weder durch entgegenstehende inländische Interessen noch durch die weltweiten Rückschläge davon abhalten lassen, auf eine große, auf Liberalisierung gerichtete internationale Anstrengung zu dringen. Mehr internationale Arbeitsteilung bedeutet mehr Beschäftigung für alle, nicht weniger. Ohne sie wird es eine ausreichend starke Wachstumsdynamik nicht geben.

— Die Strukturpolitik sollte energischer werden in der Bekämpfung von Steuerungsfehlern im Marktsystem: in der Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen, Regulationen und Marktzugangsbeschränkungen, die einen dynamischen Wettbewerb behindern oder gar ausschließen, im Abbau von Subventionen, die zwar gezielt an einer Reihe von Stellen die Kosten senken, sie aber gesamtwirtschaftlich erhöhen und vor allem das Wettbewerbsfähige, das Zukunftsträchtige zugunsten des nicht mehr Wettbewerbsfähigen diskriminieren und oftmals ebenfalls krank werden lassen. Sie sollte helfen, den Umweltschutz beschäftigungspolitisch zur Chance statt zur Last werden zu lassen. Sie sollte das Kapital nicht lenken, sondern verhindern, daß es durch Begünstigungen oder Diskriminierungen gerade dorthin geführt wird, wo es zur Schließung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsplatzlücke besonders wenig beiträgt. Und sie muß schließlich in der Regionalpolitik versuchen, die altindustriellen Regionen aus ihrer Strukturschwäche herauszuführen.

— Die Arbeitsmarktpolitik hat trotz ihrer im allgemeinen nur flankierenden Rolle in der Beschäftigungspolitik eine Aufgabe von zunächst weiter wachsender Bedeutung. Sie soll das Mögliche tun, die Situation und die Alternativen derer zu verbessern, die sonst im Wettbewerb mit anderen auch in den kommenden Jahren vom Arbeitsmarkt eine faire Erwerbschance nicht geboten bekommen.

**337.** Bei einer solchen Aufgabenteilung, verlässlich befolgt, kommen die einzelnen Politikbereiche nicht in Konflikt miteinander. Im Gegenteil, sie unterstützen sich gegenseitig, und nirgendwo muß befürchtet werden, die Aktion des anderen zerstöre die Erfolgserwartung, die sich mit dem eigenen Handeln verbindet. Alle zusammen sind sie auf die Chancen für einen höheren Beschäftigungsstand ausgerichtet. Die Notenbank stellt genügend Geld zur Verfügung, den Weg dahin bei Wahrung der Geldwertstabilität zu finanzieren. Die Lohnpolitik sorgt von der Kostenseite her dafür, daß das Angestrebte realisiert werden kann. Die Konsolidierungspolitik verweist die Kapitalanleger auf die privaten Investitionen. Die Steuerpolitik verstärkt die Anreize für die Investoren und alle anderen, die gebotenen Möglichkeiten auch zu nutzen. Auch die Gemeinden werden so gestellt, daß sie einen größeren Anreiz haben, sich am dynamischen Wettbewerb zu beteiligen. Der Abbau von Subventionen, unnötigen Regulierungen und sonstigen Wettbewerbsverzerrungen und Marktzugangsbeschränkungen beseitigt weitere Anreizstörungen, und zusammen mit einer Handelspolitik, die die Märkte offen hält oder weiter öffnet, zwingt er diejenigen, die wettbewerbsfähig sein können, zu äußersten Anstrengungen, gibt ihnen aber auch Aussicht auf Erfolg, weil nicht länger Erfolglose und Erfolgreiche gleich gut — genauer: gleich schlecht — gestellt werden. Die gesellschaftliche Entscheidung für mehr Umweltschutz, soweit durch die Bereitschaft aller gedeckt, die Kosten zu tragen, vermehrt die Menge an neuen Gütern, deren Produktion lohnend wird. Neuen Unternehmen, neuen Gütern und Produktionsverfahren wird zudem — weil das private Risiko hier größer ist als das gesamtwirtschaftliche — eine Starthilfe geboten im Rahmen der Förderung von Existenzgründungen und der Förderung von Forschung und Entwicklung, möglichst diskriminierungsfrei. Und nicht zuletzt: Die Sicherung eines scharfen Wettbewerbs, am wirksamsten durch robuste Liberalisierung im Außenhandel, sorgt nicht nur für Effizienz, sondern auch für ein erträgliches Verteilungsergebnis. Mehr sollte von der Wirtschaftspolitik nicht verlangt werden, aber auch nicht weniger.

**338.** Der Sachverständigenrat verzichtet in diesem Jahr auf die Darlegung quantitativ formulierter Alternativen zum wirtschaftspolitischen Status quo. Die mit unserer Status-quo-Prognose für das Jahr 1985 gekennzeichnete Entwicklung läßt sich mit einer auf die mittelfristigen Aufgaben ausreichend bedachten Wirtschaftspolitik heute nicht mehr wesentlich verbessern. Konjunkturpolitische Programme sind nicht angezeigt. Und was an zukunftsweisenden Entscheidungen zu treffen ist, die die

wirtschaftliche Entwicklung deutlich verändern können, entzieht sich, soweit es um deren quantitative Wirkungen geht, gar um die bereits für das kommende Jahr zu erwartenden Wirkungen, den Möglichkeiten einer noch seriösen Vorausschau. Ein alsbald vollzogener Kurswechsel in der Finanzpolitik beispielsweise schlug sich zwar hinsichtlich seiner kurzfristigen Nachfragewirkungen noch in den für 1985 nach dem Schema der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesenen Größen nieder, nicht jedoch hinsichtlich der negativen Rückwirkungen, zumal diese vor allem später anfielen. Eine Erleichterung der wirtschaftspolitischen Urteilsbildung könnte man sich von solchen Alternativprognosen nicht versprechen; sie würden vermutlich sogar eher in die Irre leiten.

#### Eine andere Meinung

**339.** Hinsichtlich wichtiger Grundzüge des wirtschaftspolitischen Gesamturteils ist ein Mitglied des Sachverständigenrates, Dieter Mertens, anderer Auffassung:

Die Mehrheit des Sachverständigenrates plädiert erneut vor allem anderen für eine Strategie, mit der die Angebotsbedingungen der Wirtschaft weiter verbessert werden sollen. Von einer solchen Strategie wird erhofft, daß sie schließlich auch das seit langem am meisten — und derzeit besonders weit — verfehlt wirtschaftspolitische Ziel, den hohen Beschäftigungsstand, wieder erreichbar macht, wenn auch in nicht angebbarem Maße und Tempo. Bestandteile der Strategie sind die Senkung der Staatsquote und die Stimulierung der privaten Investitionen, auch mit Hilfe der Begünstigung der Gewinne durch eine zurückhaltende Lohnpolitik und durch steuerliche Entlastungen, vor allem durch beides im Zusammenspiel.

Die Bedeutung, die der Behutsamkeit bei staatlichem und tarifpolitischem Handeln und überhaupt den Angebotsbedingungen auch in der gegenwärtigen Lage grundsätzlich zukommt, soll keineswegs verkannt werden. Wer jedoch ausschließlich hierauf setzt, wird der außerordentlichen Herausforderung, welche die Beschäftigungsfrage jetzt und auf absehbare Zeit darstellt, nicht gerecht. Es kann mit einer solchen Grundlinie allein die Frage nicht beantwortet werden, wie gleichzeitig mit den anderen wirtschaftspolitischen Zielen auch ein hoher Beschäftigungsstand gewährleistet werden kann.

Frühere Mitglieder des Sachverständigenrates, Werner Glastetter und Hans-Jürgen Krupp, haben bereits davor gewarnt, die theoretische Plausibilität bestimmter Wirkungsketten, auf die man sich bei der Empfehlung einer Politik beruft, welche ganz überwiegend auf Verbesserungen der Rahmen- und Angebotsbedingungen gerichtet sein soll, als verlässliche Gesetzmäßigkeit zu nehmen. Man kann nicht einfach darauf vertrauen, daß sich die Arbeitsmarktlage — folgt man nur dem, was solche Wirkungsüberlegungen nahelegen — schließlich befriedigend entwickeln werde (JG 80 Ziffern 495ff. und JG 82 Ziffer 299). Nicht notwendig folgen beispiels-

weise aus Kostenentlastungen und höheren Gewinnen bessere Gewinnerwartungen, aus diesen genügend mehr Investitionen im Inland, daraus mehr wirtschaftliches Wachstum und aus diesem mehr Beschäftigung. Die theoretischen Darlegungen zu diesen Fragen brauchen hier nicht wiederholt zu werden, zumal auch der Rat in seiner Gesamtheit zur Vorsicht hinsichtlich solcher Folgerungen rät (Ziffern 292 und 295).

Die Skepsis jener Ratsmitglieder ist von der Wirklichkeit bisher nicht entkräftet worden. Wie schon einmal Ende der siebziger Jahre sind in letzter Zeit wieder erhebliche, ja diesmal alle Erwartungen übertreffende Schritte bei der Veränderung der Rahmenbedingungen zu verzeichnen, sei es bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen und der Rückführung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt, bei der Herstellung der Preisniveaustabilität, bei der Beseitigung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts oder sei es bei der Verbesserung der Rentabilität der deutschen Produktion und ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Unterstützt wird diese konstitutionelle Stärkung durch eine kräftige Expansion des Weltmarktes sowie durch sinkende Zinsen. Das Wirtschaftswachstum hat sich beschleunigt. Die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer aber sind in realer Rechnung seit Jahren rückläufig; kräftige Einschnitte gab es auch bei den Sozialausgaben; die Gewinne stiegen beträchtlich und überproportional. Die Verteilung des Volkseinkommens hat sich entsprechend geändert. Die bereinigte Lohnquote und die Sozialleistungsquote sinken.

Die Arbeitsmarktlage hat sich noch bis in das Jahr 1984 hinein verschlechtert, und trotz günstiger Wirtschaftsperspektiven kann niemand — auch der Sachverständigenrat nicht — für die kommenden Jahre allein aus der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen und Produktionsvoraussetzungen heraus eine durchgreifende Änderung zum Guten verheißen. Die mittelfristige Finanzplanung rechnet bei Fortsetzung des gegenwärtigen Wachstumspfadens noch auf Jahre hinaus nur mit einer so geringfügigen Anhebung des Beschäftigungsstandes, daß keine nennenswerte Verringerung der Arbeitslosigkeit daraus folgt; eine Aussicht, die realistisch, wenn nicht sogar eher optimistisch sein könnte. Schon gibt es Stimmen, die den größten Teil der Arbeitslosigkeit als mit üblichen Konjunkturaufschwüngen nicht mehr behebbar bezeichnen.

Nach Meinung dieses Mitglieds kann man angesichts dieses großen gesamtwirtschaftlichen Widerspruchs nun nicht mehr lange abwarten, sofern man sich nicht der Resignation ziehen lassen will, oder auch der mangelnden Vorsorge: Wenn nämlich der nächste weltwirtschaftliche Schock oder auch nur eine Rezession im Ausmaß der letztthin erfahrenen die Bundesrepublik auf dem gegenwärtigen Niveau der Arbeitslosigkeit trifft, wird diese sehr rasch von dort aus wieder eine neue, noch schlimmere Dimension erreichen. Diese Problematik ist dem Rat bewußt (Ziffer 286). Aber auch ohne dies ist weiteres Abwarten gefährlich, weil das „Drängen auf selbstzerstörerische Lösungen“ zunimmt (Ziffer 301).

Das anhaltende beschäftigungspolitische Dilemma gibt deshalb Anlaß nun auch streng angebotspolitische Auffassungen zu überdenken, so wie streng nachfragepolitische Gedankenführungen seit den Erfahrungen der siebziger Jahre kritisch überprüft werden.

In diesem Zusammenhang wäre es wünschenswert, über die Erwartungen für das nächste Jahr hinaus auch die mittelfristigen Perspektiven und Herausforderungen, welche diejenigen, die Verantwortung in der Wirtschaftspolitik tragen, in Betracht ziehen müssen, zu erörtern, insbesondere soweit sie — in den Grenzen, in denen Einschätzungen überhaupt möglich sind — auch rechenhaften Ausdruck finden können. Eine solche Darlegung ist möglich und für die Einordnung aktueller politischer Aufgaben und Entscheidungen nötig. Sie würde zeigen, daß noch auf geraume Zeit große Beschäftigungsdefizite wahrscheinlich sind, wenn nicht mehr geschieht als bisher.

In der gegenwärtigen Situation — wir erwarten immerhin für das nächste Jahr ein Wachstum um 3 vH bei sehr mäßigen Preissteigerungsraten — ist zwar kein grundsätzlicher wirtschaftspolitischer Richtungswechsel gefragt. Da die Beschäftigungslage aber weiterhin ganz unbefriedigend bleibt — niemand erwartet ja etwas Besseres —, sollten Beiträge, welche von einer gezielten Beschäftigungspolitik, etwa durch Umweltschutzaktivitäten, und durch arbeitszeitpolitische Strategien geleistet werden können, begrüßt werden, zumal angesichts der erreichten Konsolidierung, Stabilität und Rentabilität wieder politischer Bewegungsraum gegeben ist. Insbesondere zu diesen Fragen wird deshalb eine abweichende Meinung mitgeteilt (Ziffer 296 und Ziffer 331): In der Summe wird für eine pragmatischere, lohnende Beiträge verschiedener Teilstrategien unbefangener einbeziehende Linie geworben, wenn schon Patentrezepte nichts taugen. Ratlosigkeit und Lethargie, die sich sonst im Hinblick auf die Beschäftigungsproblematik leicht allgemein ausbreiten könnten, dürfen ja nicht hingenommen werden (Ziffer 287).

Immerhin ist der langgezogene Aufschwung der späten siebziger Jahre durch eine solche pragmatisch gebündelte wirtschaftspolitische Aktivität mit erheblichen nachfragepolitischen Elementen ausgelöst und befördert worden. Das gleiche gilt für den jüngsten amerikanischen Aufschwung, und übrigens auch — zieht man Maßnahmen der Investitionsförderung und der Verminderung des angebotenen Arbeitsvolumens in Betracht — für die (bescheidenen) jüngsten Erfolge bei der Stabilisierung der Arbeitsmarktlage bei uns.

**340.** Auch die Bedeutung, die der Lohnhöhe beschäftigungspolitisch zukommt, wird teilweise anders beurteilt. Dieses Mitglied ist nicht der Auffassung, daß der Frage der Lohnhöhe gegenwärtig und weiterhin noch die hervorragende Bedeutung zukommt, die die Ratsmehrheit ihr zumißt. Vielmehr bedürfte die Konzeption von der Rolle der Lohnpolitik angesichts der aktuellen Lage wohl einer Modifikation. Es kann nicht angehen, von der Lohnpolitik stets — solange Beschäftigungsprobleme beste-

hen — einen zentralen Beitrag zur Problemlösung zu erwarten, auch wenn sie einen wichtigen Beitrag schon seit Jahren leistet.

Wer der Lohnpolitik eine so große Verantwortung für die Beschäftigung zuschreibt, wie es die Mehrheit tut, läßt außer acht, daß die Ursachen der niedrigen Beschäftigung vielfältiger Art sind; jeder einzelnen beschäftigungspolitischen Strategie für sich kann deshalb kaum ein durchgreifender Erfolg beschieden sein. Bereits im Jahre 1980 ist von dem damaligen Mitglied des Sachverständigenrates, Werner Glastetter, darauf hingewiesen worden, daß die geringeren Lohnsteigerungsraten und die Verbesserung der Erlös-Kosten-Relation in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre den damaligen Wiederanstieg der Arbeitslosenzahlen nicht verhindern konnten. Ähnliches ist Anfang der achtziger Jahre wieder zu konstatieren.

Eine Politik, die weniger als kostenneutrale Lohnsteigerungen über längere Fristen für angemessen hielte, müßte auch mit der Gefahr rechnen, daß Verteilungsänderungen deutlich werden, während die Beschäftigungsprobleme sich nicht nennenswert verringern oder gar zunehmen, zumindest eine Zeitlang. Ein Stau an Verteilungskonflikten könnte auflaufen, der einmal nur schwer unter Kontrolle zu halten sein könnte. Dies kann man nicht außer acht lassen.

Auch für die Empfehlung größerer Lohndifferenzierung, insbesondere zu Ungunsten „einfacher Arbeit“ gelten — etwas anders gelagerte — verteilungspolitische, aber auch sozialpolitische Bedenken, abgesehen davon, daß es schwierig sein dürfte, eine konsensfähige Definition für „einfache Arbeit“ oder eine konsensfähige Beschreibung für das Merkmal „Anbieter von einfacher Arbeit“ zu finden.

**341.** Die Mehrheit des Rates hat sich in diesem Gutachten — aus wachstumspolitischen Motiven — auch auf steuerpolitische Vorstellungen verständigt, deren Realisierung nach Auffassung dieses Mitglieds weitere erhebliche Änderungen in der Einkommensverteilung zwischen gesellschaftlichen Gruppen und zwischen den verschiedenen am Produktionsprozeß Beteiligten bedeuten würde, insbesondere, wenn man sie mit der Vorstellung zusammenbringt, die Löhne sollten weniger steigen als kostenneutral wäre. Weiterhin würden danach die Gewinne stärker steigen als die Löhne; die Steuerpolitik würde in einer großen Reform die Unternehmereinkommen günstiger behandeln, indem verschiedene Einzelkorrekturen Entlastung schufen, und die Bezieher hoher Einkommen allgemein besserstellen, indem der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer kräftig herabgesetzt würde; der Beitrag der indirekten Steuern zum Gesamtsteueraufkommen würde steigen.

Die Ratsmehrheit fordert Mut hinsichtlich der Hin- nahme der sicheren verteilungspolitischen Konsequenzen ihrer Vorschläge, auch wenn der beschäftigungspolitische Ertrag zwar plausibel gemacht, aber nicht konkret versprochen werden kann. Dies ist zwar oft die Diskussionslage bei wirtschaftspoli-

tischen Vorschlägen, und grundsätzlich können auch Verteilungsstrukturen nicht fixiert werden, wenn wichtigere Ziele nachhaltig durch Änderungen an dieser Stelle erreicht werden können. Solchen erheblichen und mehrfachen neuerlichen Verteilungsänderungen aber, wie sie hier zur Debatte stehen, müßten — insbesondere in einem System Sozialer Marktwirtschaft — schon bald beträchtliche und verlässliche Wachstums- und vor allem Beschäftigungserfolge zugerechnet werden können, wenn sie eine realistische Diskussion erfahren sollen. Plausible Überlegungen, eingebettet in einen bestimmten Modellzusammenhang und nur schlüssig unter zahlreichen Hypothesen (beispielsweise über unternehmerisches Verhalten), und begründete, dann aber auch wieder vielfach relativierte Hoffnungen reichen für eine derartige Abwägung nicht aus. Die Ableitungen, die den Überlegungen zugrunde liegen, werden von anderen bestritten; die jüngere Entwicklung in Deutschland spricht eher gegen ihre Stringenz. Hinweise auf Durststrecken würden in einem solchen Fall nun wohl nicht mehr lange als Trost betrachtet werden und auch der Verweis auf mehr Wettbewerb und offenere Märkte nach außen sowie die Empfehlung, darauf möchten die Gewerkschaften drängen, werden angesichts der — nach den Berichten der Monopolkommission zunehmenden — Marktkonzentration den Verhältnissen wohl nicht gerecht.

Auch die Entwicklung in den Vereinigten Staaten kann nicht als Beleg für solche Wirkungsketten herangezogen werden. Zu komplex war und ist dort das Zusammenspiel sehr heterogener Einwirkungsfaktoren auf die Beschäftigung; von zu vielen unerfreulichen Begleiterscheinungen und hierzulande als ganz untragbar angesehenen Zielverfehlungen war und ist die Anhebung des Beschäftigungsstandes dort begleitet (Ziffer 334).

**342.** Dieses Mitglied des Rates zieht deswegen das Resümee, daß die Wahrscheinlichkeit für den arbeitsmarktpolitischen Ertrag, den man zum Preis der verteilungspolitischen Folgen der vorgeschlagenen Linie erwarten könnte, nicht groß genug ist, als daß man dieser Linie vorbehaltlos zustimmen dürfte (Ziffern 471 ff.). Dies gilt um so mehr, je weniger nachfrage- und arbeitszeitpolitischen Anstrengungen eine zumindest ergänzende Rolle zugebilligt wird, damit die Arbeitslosigkeit alsbald wieder auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden kann.

**343.** Dieses Mitglied des Rates hält die steuerpolitischen Vorhaben der Bundesregierung, bei denen das Hauptgewicht der relativen Entlastung in der mittleren Progressionszone liegt und im übrigen die Bezieher niedriger Einkommen relativ stärker entlastet würden als die Bezieher der höchsten Einkommen, für im großen und ganzen abgewogen unter den vielen Aspekten, unter denen sie zu betrachten sind. Ihre wachstumspolitischen Wirkungen können alles in allem nicht geringer eingeschätzt werden als die anderer Reformen, die stärker in die Steuerstruktur eingreifen würden.

Soweit die Auffassung dieses Ratsmitglieds.

## TEIL B

## Zu den Politikbereichen im einzelnen

## I. Finanzpolitik

344. In den letzten Jahren war die Finanzpolitik bestrebt, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Dabei sind große Erfolge erzielt worden, nennigleich diese bei den einzelnen Gebietskörperschaften recht unterschiedlich ausfielen. Eine weitere Eindämmung der Ausgabedynamik, wie sie in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen ist, würde der Finanzpolitik neuen Handlungsspielraum verschaffen. Dieser könnte unterschiedlich genutzt werden. Man kann die Steuerbelastung reduzieren, man kann die Nettokreditaufnahme des Staates weiter zurückführen. Die Entscheidung für eine dieser beiden oder weitere Optionen hat große Bedeutung für die künftige Entwicklung unserer Volkswirtschaft, besonders für deren Wachstumschancen (Ziffern 438 ff.).

345. Bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte stand bisher die quantitative Aufgabe im Vordergrund. Es galt vor allem, die unerträglich starke Zunahme der Staatsverschuldung rasch zu senken. In diesem Bestreben sind die Staatsausgaben nicht immer dort gekürzt worden, wo es längerfristig gesehen vielleicht am dringlichsten gewesen wäre, und auch in der Struktur der Steuerbelastung gibt es Mängel, deren Beseitigung bisher aufgeschoben wurde. Ungelöst sind deshalb wesentliche Aufgaben der qualitativen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, das heißt der Veränderung der Struktur der Ausgaben (oder deren Rechtsgrundlagen) sowie der Struktur der Einnahmeregungen.

Durch die Einsparung von Ausgaben auch wieder Spielraum für die bessere Erfüllung alter oder neuer Staatsaufgaben zu gewinnen, die unter dem Druck der Haushaltsprobleme hintangeraten sind, ist wichtig. Noch dringlicher erscheinen aber einnahmenpolitische Maßnahmen, die geeignet sind, das Wirtschaftswachstum nachhaltig zu stärken und damit die Chancen eines Abbaus der Arbeitslosigkeit spürbar zu vergrößern. Zwar gibt es auch außerhalb des Bereichs der Finanzpolitik bedeutsame Fehlentwicklungen, die eine dauerhafte Verbesserung unserer wirtschaftlichen Entwicklung behindern, doch ist die Wiedergewinnung eines befriedigenden Beschäftigungsstandes auf mittlere Sicht wenig wahrscheinlich, wenn es nicht gelingt, durch eine große Steuerreform einen wesentlichen Beitrag hierzu zu leisten; denn es gilt, die vom Abgabensystem ausgehenden leistungshemmenden und die Investoren entmutigenden Einflüsse zu verringern. Allein ein wachstumspolitischer Erfolg kann letztlich auch bewirken, daß die jahrelange Anstrengung, den Zuwachs der öffentlichen Ausga-

ben gering zu halten, schließlich durch wieder verstärkt zunehmende öffentliche Einnahmen belohnt wird.

## Konsolidierungsfortschritte auch 1985

346. Bis zum vergangenen Jahr hatte die Diskussion über die nötige Sanierung der Staatsfinanzen vor allem im Zeichen des Streits um das Tempo der Konsolidierung gestanden. Inzwischen sind die energischen Anstrengungen zur Rückführung der öffentlichen Defizite weniger umstritten, ist die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung doch dadurch nicht entscheidend behindert, möglicherweise sogar gefördert worden. Daß man konjunkturstützende Impulse während einer wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung zurückzunehmen hat, wäre zumindest für 1984 als dem zweiten Jahr einer solchen Aufwärtsbewegung auch dann schon eine gute Begründung für eine auf Ausgabendämpfung bedachte Finanzpolitik gewesen, wenn es den aufgestauten Konsolidierungsbedarf nicht gegeben hätte. Andernfalls müßte sich die Last der öffentlichen Verschuldung ohne jede Unterbrechung immer weiter auftürmen. Auch das Ausmaß dieser Rücknahme erwies sich nicht als zu groß. Dabei spielt wohl eine Rolle, daß mit abnehmenden öffentlichen Defiziten zugleich deren negative Rückwirkungen, die auch in ökonomisch schwer faßbaren Vertrauensschäden bestehen, überproportional abnehmen. Die extrem hohen Ausgabenüberschüsse des Staates in den nun zurückliegenden Jahren enthielten nicht mehr eine so hohe konjunkturstützende Wirkung, wie man aus den Beträgen schließen mochte, die für die konjunkturellen Impulse der öffentlichen Haushalte jener Zeit standen. Möglicherweise war die Gesamtwirkung schließlich sogar negativ geworden.

347. Für das kommende Jahr planen Bund, Länder und Gemeinden, unseren Schätzungen zufolge, einen Ausgabenanstieg in der Größenordnung von 2 vH. Das ist erneut deutlich weniger, als dem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (einschließlich des zu erwartenden geringen Anstiegs des Preisniveaus) entspräche. Die Steuereinnahmen werden stärker zunehmen als die Ausgaben. Es kommt zu Mehreinnahmen von 7 Mrd DM, weil das Sozialprodukt schneller zunimmt, als das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential wächst. Insgesamt wird sich 1985 der Abstand zwischen den Ausgaben und den Steuern sowie anderen Einnahmen der Gebietskörperschaften im Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von 33 Mrd DM auf 16 1/2 Mrd DM verringern.

Tabelle 35

**Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1985<sup>1)</sup>**  
Mrd DM

	1984	1985
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos <sup>2)</sup>		
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme .....	-21,7	-22,4
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen .....	- 9,9	- 3,0
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen .....	- 2,3	+ 0,4
(d) Anomal hohe Gewinnabführung der Bundesbank .....	+ 4,5	+ 5,5
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo .....	-29,4	-19,5
(= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)		
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo <sup>3)</sup> .....	-33,0	-16,7
I. / II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte: (expansiv: +; kontraktiv: -) .....	+ 3,6	- 2,8

<sup>1)</sup> Öffentliche Haushalte in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

<sup>2)</sup> Methodische Erläuterungen siehe Tabellen 29 und 30 sowie Anhang IV, Abschnitt D. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>3)</sup> Einschließlich der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

**348.** Dieses Haushaltsdefizit wird anders als in früheren Jahren nur noch in geringem Umfang durch konjunkturbedingte Einflüsse auf der Einnahmenseite verzerrt sein (Tabellen 35 und 36). Immerhin wird es auch 1985 noch einen Betrag von rund 3 Mrd DM geben, der für auslastungsbedingte Mindereinnahmen steht. Denn trotz der allmählichen Höherauslastung der Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft wird im Jahresdurchschnitt auch 1985 eine normale Auslastung noch nicht wieder erreicht werden. Erneut wird aber zugleich die Gewinnablieferung der Bundesbank größer sein als für normal zu halten ist, und zwar um einen Betrag von etwa 5 1/2 Mrd DM. Diesen Betrag haben wir so wenig als Entlastung des Haushalts zu zählen wie die auslastungsbedingten Mindereinnahmen als Belastung, wenn wir uns fragen, welche konjunkturellen Impulse vom öffentlichen Gesamthaushalt auf die Wirtschaft ausgehen. Korrigiert um die beiden Beträge ergibt sich für 1985 ein insoweit einnahmenseitig bereinigtes Defizit von 19 Mrd DM.

Ein solcher Fehlbetrag von 19 Mrd DM ist bezogen auf das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential weniger als dem Verschuldungsverhalten des Staates im Zeitraum der Jahre 1966 bis 1977 entsprechen würde, den wir als Basiszeitraum unseren Berechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt zugrunde legen. Sieht man das staatliche Verschuldungsverhalten in diesem Zeitraum weiterhin als geeigneten Näherungswert für das an, woran die Wirtschaft „gewöhnlich“ ist, so daß von einer diesem Verhalten heute entsprechenden Haushaltspolitik keine konjunkturellen Wirkungen ausgehen, dann ist den für 1985 geplanten öffentlichen Haushalten ein kontraktiver Impuls zu attestieren, für den ein Betrag von 3 Mrd DM steht.

*Das staatliche Verschuldungsverhalten, woran eine Volkswirtschaft gewöhnt ist, woran sie angepaßt ist, kann sich ändern. Sie kann auch umgewöhnt werden. Solche Umgewöhnung kann man jedoch nicht direkt messen. Bevor es nicht zu einer mehrjährigen Periode einigermaßen spannungsfreier gesamtwirtschaftlicher Entwicklung gekommen ist, halten wir eine begründbare Revision des von uns vor einigen Jahren gewählten Basiszeitraums der Analyse nicht für möglich.*

In Anbetracht des für 1985 zu erwartenden Fortgangs der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung kann ein kontraktiver Impuls der öffentlichen Haushalte in solcher Größenordnung als absolut unbedenklich angesehen werden, wenn auch unter konjunkturellen Gesichtspunkten nicht als notwendig. Die Haushaltsentwicklung ist aber weiterhin nicht in erster Linie unter konjunkturellen Gesichtspunkten zu würdigen. Daher ist zunächst zu fragen, wie sich die Haushaltslage unter dem Blickwinkel der Konsolidierungsaufgabe darstellt.

**349.** Zum Zwecke der Abschätzung des für 1985 noch zu erwartenden strukturellen Defizits des öffentlichen Gesamthaushalts ist das tatsächliche Defizit nicht nur auf der Einnahmenseite, sondern auch auf der Ausgabenseite von eindeutig konjunkturbedingten Einflüssen zu bereinigen und sodann mit einer Größe zu vergleichen, die man für die Zukunft als Normalverschuldung, also als Ziel der Konsolidierungspolitik ansieht.

Die Konjunkturbereinigung auf der Ausgabenseite erfordert es, das auf der Einnahmenseite schon bereinigte Defizit — für 1985 rund 19 Mrd DM — um einen Betrag von etwa 2 Mrd DM zu kürzen, weil bei normaler Auslastung der Produktionskapazitäten der Volkswirtschaft und entsprechend geringe-

Die öffentlichen Haushalte 1985 in konjunktureller Sicht <sup>1)</sup>

	Einheit	1984	1985
Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basiszeitraum (3) .....	Mrd DM	525,2	541,1
Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum (5) .....	Mrd DM	447,0	460,5
Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr (6) .....	Mrd DM	449,9	464,2
Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (7) .....	Mrd DM	+ 2,9	+ 3,7
Mehreinnahmen aufgrund eines erhöhten Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ (8) <sup>2)</sup> .....	Mrd DM	+22,0	+22,5
Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (9) .....	Mrd DM	550,1	567,2
Tatsächliche Staatsausgaben (10) .....	Mrd DM	553,7	564,4
Konjunktureller Impuls (11) .....	Mrd DM	+ 3,6	- 2,8
Ex post: Der Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen... (13) .....	Mrd DM	+ 6,1	- 3,2
Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (12) .....	Mrd DM	-12,6	- 6,5
<b>Zum Vorjahresvergleich</b>			
Steigerungsrate			
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben gegenüber dem jeweiligen Vorjahr .....	vH	+ 2,5	+ 1,9
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr .....	vH	+ 1,8	+ 2,4
Bestimmungsfaktoren von (b)			
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1976 .....	vH	+ 1,4	+ 1,5
(d) „Konjunkturneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts ..	vH	+ 2,5	+ 2,0
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote von der des jeweiligen Vorjahres .....	vH	+ 0,9	+ 0,1
(f) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ von dem des jeweiligen Vorjahres .....	vH	- 0,1	- 0,0
(g) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen im jeweiligen Vorjahr .....	vH	- 2,9	- 1,2
Volkswirtschaftliche Steuerquote (14) .....	vH	25,07	25,11
Konjunkturneutrale Staatsquote (15) .....	vH	29,81	29,84
Beanspruchte Staatsquote (16) .....	vH	30,00	29,69
Konjunktureller Impuls bezogen auf das Produktionspotential (17) .....	vH	+ 0,20	- 0,15
Realisierte Staatsquote (18) .....	vH	30,16	29,66

<sup>1)</sup> Eigene Schätzung. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die in Klammern eingefügten Zahlen weisen auf das Berechnungsverfahren in Tabelle 30 hin. Methodische Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt D. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>2)</sup> Ohne die Einnahmen aus der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

rer Arbeitslosigkeit die Ausgaben des Bundes für die Arbeitslosenhilfe niedriger sein würden (Ziffer 244). Ferner ist 1 Mrd DM abzusetzen, weil der Haushalt auch 1985 noch durch die befristete Investitionszulage belastet wird. Das auf beiden Seiten bereinigte Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts würde also, immer den erkennbaren Planungen zufolge, 1985 rund 16 Mrd DM betragen, nach 21½ Mrd DM 1984.

Die Frage nach der künftigen Normalverschuldung der öffentlichen Haushalte ist nicht analytisch, sondern politisch zu beantworten. Der Sachverständigenrat hat in seinem Jahresgutachten 1981 ange-regt, hierfür zunächst einmal von dem Verschuldungsverhalten des Staates in den Jahren vor dem Entstehen der ungewöhnlich hohen Staatsdefizite auszugehen. Er hat dementsprechend seinen Rechnungen zum strukturellen Defizit dieselbe Vorstel-

lung über eine Normalverschuldung des Staates zugrunde gelegt, die auch in seine Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt eingeht. Beides muß jedoch nicht übereinstimmen. Das eine ist Ausdruck einer Vorstellung darüber, woran die Wirtschaft gewöhnt ist, das andere eine Vorstellung darüber, woran sie gewöhnt werden sollte. Eine alte Gewohnheit kann inzwischen eine schlechte Gewohnheit geworden sein, war es möglicherweise aber auch schon vorher. Beschränkte sich das Ziel der Konsolidierungspolitik auf den Abbau des Teils der konjunkturbereinigten Defizite, der eine Normalverschuldung im Sinne des staatlichen Verschuldungsverhaltens im Zeitraum der Jahre 1966 bis 1977 überstieg, so ist — wie erwähnt — die Konsolidierung schon mit der Haushaltspolitik 1984 abgeschlossen (Ziffer 244); die Haushaltsplanung für 1985 schüfe für die weitere Zukunft bereits neuen Handlungsspielraum, und zwar in der Größenordnung von 6 1/2 Mrd DM. Dabei ist freilich zu bedenken, daß die Bundesregierung im Jahre 1982 vorgesehen hatte, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte über die Senkung — genau: über den Minderanstieg — der Ausgaben und nicht über die Ausdehnung der Steuerbelastung voranzutreiben. Die seither eingetretene und künftig weiter eintretende Erhöhung der volkswirtschaftlichen Steuerquote bewirkt jedenfalls insoweit nur eine unechte Konsolidierung, als sich ein allseits akzeptierter Steuersenkungsbedarf aufbaut und in Zukunft weiter aufbauen wird. Die Befriedigung dieses Bedarfs muß notwendigerweise neue Defizite aufreißen, wenn nicht gleichzeitig die Expansion der öffentlichen Ausgaben gedämpft bleibt.

350. Im gemeinsamen Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen dürfte der Rückgang des Defizits 1984 etwas stärker ausgefallen sein als im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften. Nachdem die Sozialversicherungen im vergangenen Jahr mit einem ausgeglichenen Haushalt abgeschlossen hatten, rechnen wir für dieses Jahr mit einem Überschuß von mehr als 2 1/2 Mrd DM und für das Jahr 1985 unter den von uns getroffenen gesamtwirtschaftlichen Annahmen mit einem Überschuß von 6 Mrd DM (Ziffer 279). Daß der Ausgabenanstieg mit 3 1/2 vH wesentlich niedriger ausfallen wird als das Beitragsaufkommen zunimmt, liegt insbesondere an der mäßigen Erhöhung der Renten (nach Abzug der Krankenversicherungsbeiträge der Rentner). Auch die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit dürften nur verhalten steigen, wenngleich hier über die Inanspruchnahme von Vorruhestandsvereinbarungen und damit über den Umfang der Belastung der Bundesanstalt durch Ausgleichszahlungen noch Unsicherheit besteht. Für die Krankenversicherungen ist eine kräftige Ausgabenzunahme zu erwarten.

Im Herbst dieses Jahres hat die Bundesregierung beschlossen, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung in Anbetracht der besseren Haushaltslage der Bundesanstalt für Arbeit zum 1. Januar 1985 um 0,2 Prozentpunkte zu senken. Gleichzeitig soll der Beitragssatz zur Rentenversicherung um 0,2 Prozentpunkte erhöht werden, um die Liquiditätsreserven der Rentenversicherungsträger zu stärken.

Öffentliche Haushalte in der mittelfristigen Finanzplanung

#### Öffentliche Haushalte in der mittelfristigen Finanzplanung

351. Im Finanzplanungsrat haben Bund, Länder und Gemeinden die Absicht bekundet, ihre Ausgaben während des Zeitraums von 1985 bis 1988 nicht stärker als um 3 vH in jedem Jahr auszuweiten. Zu den gesamtwirtschaftlichen Annahmen gehörte, daß das Sozialprodukt in nominaler Rechnung Jahr für Jahr um durchschnittlich 5 1/2 vH höher ausfallen könnte; dabei wurde ein Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus von 3 vH zugrunde gelegt. Das Wachstum des realen Sozialprodukts könnte diesen Annahmen zufolge durchschnittlich 2 1/2 vH betragen. Bei einer solchen Ausgabendisziplin würde die Ausgabenquote — die Ausgaben der Gebietskörperschaften (nach der Abgrenzung der Finanzstatistik) im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen — von 33,3 vH im Jahre 1984 auf 30,1 vH im Jahre 1988 sinken.

352. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat von denselben gesamtwirtschaftlichen Annahmen ausgehend im Frühjahr dieses Jahres geschätzt, daß die Steuerquote bei unverändertem Steuerrecht im Zeitraum zwischen 1985 und 1988 um 0,6 Prozentpunkte zunimmt. Auf der Grundlage unserer Prognose für das Jahr 1985, in der die zu erwartenden Einnahmehausfälle wegen der Umsatzsteuer-Subventionen für die Landwirtschaft bereits berücksichtigt sind, errechnet sich in Anlehnung an die Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ für 1988 eine Steuerquote von 24,6 vH. Für 1988 bedeutet das Mehreinnahmen von 16 1/2 Mrd DM allein wegen der gegenüber 1984 erhöhten Steuerquote. Für die sonstigen Einnahmen der Gebietskörperschaften (ohne die Gewinnabführung der Bundesbank) wird angenommen, daß sie nicht stärker steigen werden, als es der Zunahme des nominalen Sozialprodukts entspricht. Als Gewinnabführung der Bundesbank haben wir nur den nach unseren neuen Rechnungen bestimmten dauerhaften Teil angesetzt (Ziffer 242). Im Jahre 1988 steht dafür ein Betrag von 8 Mrd DM.

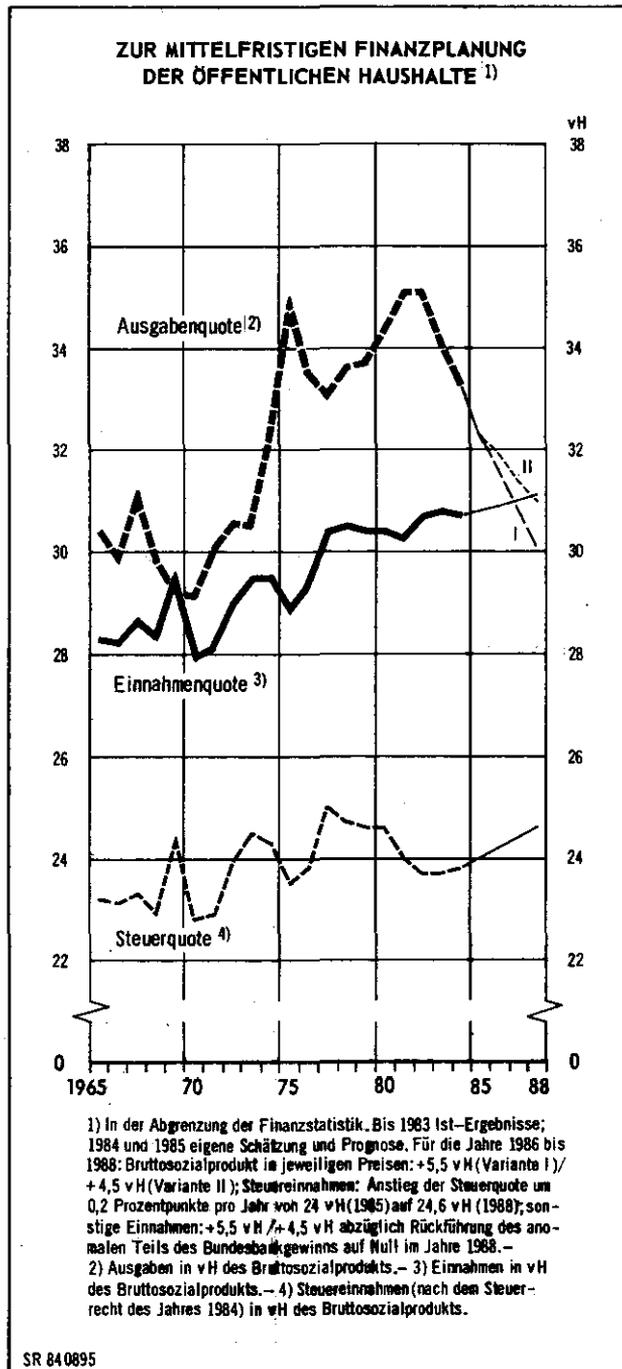
353. Würden die Gebietskörperschaften eine Wachstumsrate der Ausgaben von 3 vH jährlich realisieren, so würde — immer unter der Annahme des heute geltenden Steuerrechts — deren Gesamthaushalt 1987 etwa ausgeglichen sein (Schaubild 38). Für das Endjahr der Finanzplanung ergäbe sich ein Haushaltsüberschuß. Der Bund hätte zwar noch immer ein größeres Defizit, ebenso einige Länder mit ungünstiger Haushaltslage. Die Länder insgesamt und die Gemeinden könnten indessen mit einem Überschuß rechnen, immer vorausgesetzt, daß das nominale Sozialprodukt mit der angenommenen Rate von 5 1/2 vH wächst. Wir haben dabei eine wichtige Annahme getroffen, nämlich daß die erhöhten Beiträge zum Haushalt der Europäischen Gemeinschaften, die vom Jahr 1986 an vom Bund zu überweisen sind, tatsächlich nicht zu einer dauer-

haften Erhöhung des Finanzierungsdefizits im öffentlichen Gesamthaushalt führen.

354. Die Bundesregierung hat Steuersenkungen vorgesehen, die im Jahre 1986 zu einem Steuerausfall von 10 Mrd DM und im Jahre 1988 zu einem solchen von insgesamt 20 Mrd DM führen sollen. Paßt man diese Vorhaben in das Zahlenwerk ein, so ergeben sich in beiden Jahren volkswirtschaftliche Steuerquoten, die sich kaum von denen der Jahre 1982 und 1984 in Höhe von 23,7 vH beziehungsweise 23,8 vH unterscheiden. Eine Steuersenkung in der

erwähnten Größenordnung würde die relative Steuerbelastung also gerade konstant halten. Wegen der sinkenden Staatsquote bliebe es über die Jahre gesehen bei einer deutlich rückläufigen Neuverschuldung. Da wegen der verminderten Gewinnabführung der Bundesbank die Einnahmenquote mit 30,2 vH unter dem Niveau von 1984 (30,7 vH) liegen würde, ginge die gesamte Konsolidierung allein auf die Rückführung der Staatsquote von 31,7 vH im Jahre 1984 auf 29,3 vH im Jahre 1988 zurück; in Anlehnung an die mittelfristige Finanzplanung: die Ausgabenquote von 33,3 vH im Jahre 1984 auf 30,2 vH im Jahre 1988.

Schaubild 38



355. Für die Haushaltsentwicklung kommt es entscheidend auf das Zusammenspiel von Preisentwicklung und Wirtschaftswachstum an. Dieses wird freilich von der Finanzpolitik selbst beeinflußt. Wenn die Bundesregierung das Stabilitätsziel ernst nimmt, erscheint es fraglich, ob eine Zunahme des nominalen Sozialprodukts von 5  $\frac{1}{2}$  vH für die Jahre 1986 bis 1988 schon eine realistische Perspektive darstellt. Der Preisaufrtrieb hat sich inzwischen soweit zurückgebildet, daß es problematisch erscheint, für die weitere Zukunft wieder mit einer verstärkten Inflation zu rechnen. Die Annahmen über das reale Wachstum stehen allerdings ebenfalls unter Unsicherheit. Wir raten dazu, in der mittelfristigen Finanzplanung noch nicht von einem Zuwachs des nominalen Sozialprodukts auszugehen, der oberhalb von 4  $\frac{1}{2}$  vH jährlich liegt. Dies stünde auch in Einklang mit dem, woran sich die Geldpolitik orientieren sollte (Ziffer 361).

Wie groß der Konsolidierungsbeitrag ist, der sich unter diesen Bedingungen aus einem Zuwachs der Staatsausgaben von jährlich 3 vH ergibt, zeigt sich, wenn man wiederum die Steuerquote als konstant nimmt. Der Unterschied zwischen einer Expansion der Staatsausgaben von jährlich 4  $\frac{1}{2}$  vH — das ist die niedrigere Zuwachsrate für das nominale Sozialprodukt — und einem jährlichen Ausgabenzuwachs von 3 vH beläuft sich 1986 auf 9 Mrd DM und 1988 auf 29 Mrd DM. Wir gehen dabei davon aus, daß die Mehrausgaben aufgrund der erhöhten Beiträge an die Europäischen Gemeinschaften durch Einsparungen an anderer Stelle aufgebracht werden können. Bei einem geringeren Anstieg des Preisniveaus als 3 vH erscheint dies nicht unrealistisch; denn auch die vom Staat gekauften Güter und Dienstleistungen würden sich weniger verteuern. Das setzt allerdings voraus, daß nicht nur der Bund, sondern auch Länder und Gemeinden zu den Einsparungen beitragen, was eine Veränderung der Einnahmenverteilung erfordert.

Würden die Pläne der Bundesregierung für Steuersenkungen in der bekannten Fassung realisiert, so läge 1988 die Einnahmenquote — wegen der unterproportionalen Zunahme der sonstigen Einnahmen — unter der des Jahres 1984. Dennoch wäre die Neuverschuldung 1988 nur noch halb so hoch wie 1984. Der Konsolidierungsfortschritt wäre allein der mäßigen Expansion der Staatsausgaben zuzurechnen.

356. In unseren gesamtwirtschaftlichen Untersuchungen und in den Rechnungen zum strukturellen

Defizit verwenden wir anstelle der hier vorgetragenen Angaben der Finanzstatistik die Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Letztere weisen einen Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte aus, der im Jahre 1983 um 10 Mrd DM niedriger war als der in der Finanzstatistik ausgewiesene. Der wichtigste Grund dafür ist, daß der Saldo der vom Staat gewährten und der an ihn zurückgezahlten Darlehen sowie der Saldo von Erwerb und Veräußerung staatlicher Beteiligungen in der Finanzstatistik defizitwirksam gebucht werden, in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aber nicht. Dort werden sie als Vermögenschichtungen behandelt. Ausgehend von einem Finanzierungssaldo von 16 $\frac{1}{2}$  Mrd DM im Jahre 1985, den wir an anderer Stelle des Gutachtens abgeleitet haben, errechnet sich aufgrund der geplanten Senkung der Staatsquote und unter Berücksichtigung der geplanten Steuersenkungen für das Jahr 1988 im Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein nahezu ausgeglichener Haushalt.

## II. Geldpolitik

**357.** Daß die Geldpolitik im Herbst vergangenen Jahres von ihrem Ausflug auf einen expansiven Kurs zu einem Pfad der mittelfristig orientierten Geldmengenausweitung zurückgekehrt ist und diesem Pfad 1984 konsequent folgte, ist zu begrüßen. Die Risiken, die sich mit dieser Zielüberschreitung verbanden, sind nicht eingetreten. Die Stabilisierung des Geldwerts hat weitere Fortschritte gemacht, abermals unerwartet große. Die Bundesbank konnte in Anbetracht dessen — anders als 1981 — die Frage, ob sie sich der zeitweise enormen Höherbewertung des Dollar gegenüber der D-Mark entgegenstemmen müsse, zu Recht mit nein beantworten. Das, was sie aus solchen Gründen im Rahmen der geldpolitischen Feinsteuerung tat, hat die Erreichung des für 1984 aufgestellten konjunkturneutralen Geldmengenziels nicht ernsthaft behindert.

**358.** Gestellt ist die Frage, wie es mit der Geldpolitik 1985 und danach weitergehen soll.

Sonderprobleme wirft das Jahr 1985 aus heutiger Sicht nicht auf. Die Aussichten für eine weiterhin nur geringe Aufwärtsbewegung der Preise sind gut, wenn auch nicht ausgemacht ist, daß die Teuerung bei den Einfuhrgütern, die mit der realen Abwertung der D-Mark zusammenhängt, bei zunehmender Konjunkturbelebung nicht doch noch stärker auf das Preisniveau durchschlägt; denn dann würden dämpfende Inlandseinflüsse schwächer werden. Nur bei einer kräftigen Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar, mit der voraussichtlich auch eine Stärkung der D-Mark im Europäischen Währungssystem einherginge, entfielen diese noch verbliebene Sorge. Weiter gehört zu unseren Erwartungen, daß der für Teilbereiche der Wirtschaft durch Tarifverträge über Lohnerhöhungen und Verkürzungen der Arbeitszeit schon fest programmierte verstärkte Kostenauftrieb in seinen ge-

samtwirtschaftlichen Auswirkungen eng begrenzt bleibt (Ziffer 258).

**359.** Trotz solcher Unsicherheit meinen wir, daß für die Geldpolitik des Jahres 1985 und danach nun die Bewahrung des Erreichten im Vordergrund steht gegenüber der Aufgabe, eine weitere Senkung der Geldentwertungsrate zu erzwingen. Mit dem Erreichten ist nicht nur die jetzt niedrige Inflationsrate gemeint, sondern vor allem der Abbau der inflationären Verspannungen im ganzen. Auch ein Anstieg des Niveaus der Verbraucherpreise um nur 1 $\frac{1}{2}$  vH bis 2 vH ist freilich noch nicht Geldwertstabilität, ist immer noch mehr, als mit Unvollkommenheiten der Preisstatistik bei der Berücksichtigung von Qualitätsänderungen der statistisch erfaßten Güter erklärt sein mag, zumal es nicht nur Verbesserungen, sondern auch Verschlechterungen der Qualität zu berücksichtigen gilt. Aber der Abstand zum eigentlichen Ziel ist wohl nicht mehr so groß, daß, berücksichtigt man die konjunkturelle Aufwärtsbewegung, in der wir uns befinden, die Notenbank das Mittel einer Verlangsamung der Geldmengenausweitung, mit dem sie den Prozeß der Stabilisierung des Geldwerts angeführt hat, weiter anwenden müßte. Das Ziel der Geldwertstabilität darf darunter nicht leiden. Welch große Bedeutung wir aber auch dem schon erreichten Stabilisierungserfolg beimessen, haben wir an anderer Stelle dieses Gutachtens ausführlicher dargelegt (Ziffern 325 ff.).

**360.** Mit der Überwindung der Inflation würde im Konzept der am Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten orientierten Geldmengensteuerung das Element eines Zuschlags wegen eines vorläufig für unvermeidlich zu haltenden weiteren Anstiegs des Preisniveaus entfallen. Dieses Element ist der Idee einer stetigen Ausweitung des Geldangebots immer fremd gewesen. Es war jedoch so unvermeidlich wie die „unvermeidlichen“ Preissteigerungen, da Inflationsgewöhnung nur allmählich überwunden werden kann. Jetzt ist die Brauchbarkeit dieses vom Sachverständigenrat selbst in die Diskussion eingeführten Konstrukts aber an ihrer Grenze angelangt.

Die Bundesbank sah sich, wie der Sachverständigenrat schon im vergangenen Jahr veranlaßt, um einem unnötigen Forcieren der Preisdämpfung durch die Geldpolitik vorzubeugen, den für unvermeidlich zu haltenden weiteren Anstieg des Preisniveaus eher reichlich zu bemessen. Solche Strapazierung des Begriffs „unvermeidliche Preissteigerung“ ist unzulässig. Wir raten dazu, den Begriff unvermeidliche Preissteigerung als Element des Konzepts der Geldmengensteuerung nun beiseite zu legen.

**361.** Wir schlagen statt dessen vor, der Wirtschaft und dem Staat anzukündigen, die Bundesbank werde auf eine „mittelfristig normale“ Geldmengenausweitung bedacht sein. Als eine mittelfristig normale Zunahme des Angebots an Zentralbankgeld sehen wir derzeit einen jährlichen Zuwachs der bereinigten Zentralbankgeldmenge von 4 $\frac{1}{2}$  vH, allenfalls 5 vH an. Die Ankündigung sollte für mehrere

Jahre gemeint sein. Sie brauchte nicht mehr als die mit dem Konzept einer stetigen Geldpolitik zu vereinbarenden Vorbehalte für den Fall gravierender Störungen von außen oder von innen einzuschließen.

Eine Jahresrate von  $4\frac{1}{2}$  vH bis 5 vH für die mittelfristige Ausweitung des Angebots an Zentralbankgeld halten wir für angemessen, aber auch für ausreichend, weil die Geldversorgung einem mittelfristigen Zuwachs des Sozialprodukts (in jeweiligen Preisen) von jährlich etwa  $4\frac{1}{2}$  vH Raum geben sollte. Es wäre an der Wirtschaft — den Unternehmen zusammen mit den Gewerkschaften, aber auch dem Staat —, den zusätzlichen monetären Spielraum möglichst stark für eine Steigerung der Produktion und möglichst wenig für Preissteigerungen zu nutzen. Die Geldmengenexpansion wäre auf 5 vH anzusetzen, wenn man sich der — nach wie vor nicht ganz sicheren — Vorstellung anschließt, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes dem Trend nach leicht sinkt.

Eine Geldmengenexpansion von  $4\frac{1}{2}$  vH bis 5 vH im Jahre 1985 würde einen Zuwachs des nominalen Sozialprodukts, der nennenswert mehr ausmachte als  $4\frac{1}{2}$  vH, nicht behindern. Die Geldversorgung ist schon heute reichlich genug, auch eine größere Produktion als die gegenwärtige geldseitig zu alimentieren; die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, mag sie auch im Trend sinken, könnte konjunkturrell noch deutlich steigen.

Die Bundesbank hat schon im vergangenen Jahr mit ihrer Zielvorgabe auch die Vorstellung einer Annäherung an eine mittelfristig normale Geldmengenausweitung verbunden. Diese Vorstellung sollte nun bekräftigt werden und die bisherig Darlegung zum Geldmengenziel nicht nur ergänzen, sondern ersetzen.

**362.** Die Vorteile einer konsequent verstetigten Geldmengenausweitung, wie sie nach erfolgreicher Eindämmung der Inflation möglich geworden ist, haben wir ihrer besonderen Bedeutung wegen schon im Zusammenhang mit den Grundlinien einer Politik für mehr Expansion bei Stabilität erläutert (Ziffern 323 ff.). Auf einige Konsequenzen, die sie mit sich bringt, ist näher einzugehen, als es dort geschehen ist.

Eine Geldmengenausweitung von  $4\frac{1}{2}$  vH bis 5 vH liegt oberhalb des derzeit sehr geringen Wachstums des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials ohne größere Preissteigerung. Eine auf Stabilität bedachte Geldpolitik kann nicht die Aufgabe haben, durch mehr Geld ein beschleunigtes Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials hervorzulocken, gar ein ganz bestimmtes, obwohl es weder als mögliches Wachstum abschätzbar noch als erstrebtes Wachstum hinreichend bestimmbar ist (Ziffer 301). Die Beschleunigung des Wachstumstempos muß mit Investitionsgütern zuwege gebracht werden, die im Rahmen des vorhandenen und derzeit nur langsam wachsenden Produktionspotentials produziert werden. Dazu kann im allgemeinen nicht die Geldpolitik anleiten. Das muß aus

der Wirtschaft heraus kommen, und es liegt ein Risiko darin, darauf zu setzen, daß dies geschehen wird, und schon jetzt ein Geldangebot bereitzustellen, wie es eigentlich erst bei wieder größerem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials erforderlich wäre. Ist die Inflationsgewöhnung überwunden, so kann man dieses Risiko aber eingehen. Die Bewährungsprobe käme mit zunehmender Annäherung an eine Vollaustattung der Produktionskapazitäten. Dann wird die Neigung zu Preiserhöhungen zunehmen. Soweit damit erhöhte Investitionen Hand in Hand gehen, die die Kapazitäten erweitern, und sich über den anschließenden Angebotsdruck die Preissteigerungen zurückbilden, ist dagegen nichts einzuwenden. Anders verhielte es sich, wenn die knappheitsbedingten Preissteigerungen zu verstärkten Lohnerhöhungen Anlaß gäben. Damit würden auch die Preissteigerungen dauerhaft, der erweiterte monetäre Spielraum wäre großenteils für neue Inflation genutzt statt für mehr Produktion und Beschäftigung.

Es gehörte zum Konzept einer konsequent verstetigten Geldpolitik, daß diese dann nicht die Geldversorgung den neuen Preissteigerungen anzupassen hätte, etwa über neue Zuschläge für vorläufig für unvermeidlich zu haltende Preissteigerungen. Hier müßte sich die Geldpolitik als hart erweisen. Solche Härte im Falle neuer Inflationsimpulse von der Kostenseite her wäre der Preis für die Entscheidung der Notenbank, die Ausweitung des Geldangebots jetzt nicht weiter an das derzeit noch sehr geringe Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials anzupassen.

Traut sich auch die Bundesbank die hier in der Zukunft gegebenenfalls geforderte Härte nicht zu, so müßte es bei dem bisherigen Konzept der Geldmengensteuerung bleiben. Das hieße dann, die Ausweitung des Geldangebots wäre 1985 auf eine Rate von  $3\frac{1}{2}$  vH bis 4 vH zu beschränken. In Betracht käme immerhin, den neuen Kurs zu verfolgen, solange die Neigung zu inflationsträchtigen gesamtwirtschaftlichen Widersprüchen in Staat und Wirtschaft nicht wieder zunimmt.

**363.** Gegenüber neuen Belastungen von außen kann sich die Geldpolitik auch 1985 robust verhalten. Zu überdenken wäre dies nur, wenn die vom Ausland eindringenden inflatorischen Impulse wesentlich stärker würden als 1984 — was wir nicht erwarten — und auch wesentlich stärker auf die Preise für Inlandswaren übergriffen.

**364.** Umgekehrt wäre es auch nicht Aufgabe der Notenbank, im Falle einer deutlichen Tendenz zur Höherbewertung der D-Mark diese konsequent zu nutzen für die Möglichkeit, die Zinsen forciert zu senken. Eine weitere Senkung der Inlandszinsen würde sich wahrscheinlich vom Markt her ohnehin mit solchen Bewegungen der Wechselkurse verbinden. Die Zinsen für den Notenbankkredit aber sollten konsequent daran ausgerichtet sein, das zielgerechte Angebot an Zentralbankgeld am Markt unterzubringen — nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die Bereitschaft, das zielgerechte Zentralbank-

geld nicht nur de facto, sondern auch der Form nach längerfristig zu geben, dürfte unter solchen Umständen allerdings deutlich größer sein als 1984. Solche Änderungen wären legitime Mittel, auch im Rahmen einer zielgerechten Mengensteuerung möglichst große Zinswirkungen zu erzeugen.

**365.** Das heißt nicht, daß die starken Wechselkursbewegungen der vergangenen Jahre, besonders die beim Dollarkurs der D-Mark, nicht als Problem anzusehen wären. Diese waren von Schwankungen im internationalen Kapitalverkehr bestimmt, nicht von Änderungen in den Bedingungen für den internationalen Handel. Nimmt man die Veränderungen im Inflationsgefälle sowie im Konjunkturgefälle zwischen Amerika und der Bundesrepublik zusammen, so hätten dazu jedenfalls keine Wechselkursänderungen gepaßt, wie wir sie erlebt haben, zumal wenn wir vom Kapitalverkehr zunächst einmal erwarten, daß er akute Spannungen, die vom Leistungsverkehr her kommen mögen, intertemporal auflöst und insoweit glättend auf die Wechselkursentwicklung einwirkt. Dies war jedoch nicht die Rolle des Kapitalverkehrs in den letzten Jahren.

Es ist durchaus in Ordnung, daß vom Kapitalverkehr her auch autonom Wechselkursbewegungen erzeugt werden, insoweit nämlich, als diese geldpolitisch bewirkten Zinsunterschieden zwischen den Währungsräumen entsprechen. Es ist ebenso in Ordnung, daß der Kapitalverkehr autonom Wechselkursveränderungen erzeugt, auch kräftige, insoweit die Kapitalströme für längerfristig zu haltenden Unterschieden in der Rendite von Vermögensanlagen folgen und zum Ausgleich solcher Unterschiede ein größerer Realtransfer (Exportüberschüsse oder Importüberschüsse) nötig ist. Hingegen ist es nicht in Ordnung, daß desorientierte Kapitalanleger mit ihren Anlageentscheidungen Wechselkurse erzeugen, die nur sie selbst — in ihrer Desorientiertheit — noch angemessen beziehungsweise akzeptabel finden, die aber zugleich Daten setzen für den Handelsverkehr, mit dem die Desorientiertheit der Kapitalanleger voll auf Exporteure und Importeure durchwirkt, sei es mit der Folge unstetiger Handelsströme, sei es — und dies dürfte noch wichtiger sein — mit der Folge einer Desorientierung bei Investitionsentscheidungen, die sich an erwartete Export- und Importbedingungen knüpfen und knüpfen sollen. Es ist nicht zu rechtfertigen, die Frage der Stabilität des Außenwerts einer Währung in jeder Hinsicht anders zu sehen als die der Stabilität ihres Binnenwerts. Der Mangel an Orientierung ist nicht einfach aus der Welt zu bringen, wurzelt er doch in der Unsicherheit der Zukunft, die großenteils unaufhebbar ist. Insoweit nützt auch kein Lamento, und die dezentrale Bewältigung des Problems durch risikobereite Kapitalanleger muß sogar als der bestmögliche Weg angesehen werden. Aber Desorientierung und Unsicherheit wurzeln auch in der Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik nicht die Orientierung gibt, die sie im Prinzip geben könnte. Sie gibt diese Orientierung nicht, weil sie selbst unstetig ist, jedenfalls unstetig in der Fähigkeit, Probleme zu lösen, und — vielleicht noch wichtiger — weil sie nicht (mehr) die

Möglichkeit hat, das, was sie gegebenenfalls an Willen und Kraft zur Stetigkeit und zur Lösung allfälliger Probleme aufbringen könnte, vorweg einzubringen in ein Datum, für dessen Gültigkeit und Glaubwürdigkeit sie anschließend einstehen würde — dies war ja die Idee von Bretton Woods. Unsicherheit, die ein hoch arbeitsteiliges System so stark belastet, läßt sich auf das unvermeidbare Maß nur beschränken, wenn verlässlich wird, daß der je einzelne für seine Versprechungen voll mit seiner Fähigkeit einsteht, unvorhergesehene Schwierigkeiten selbst zu bewältigen. Das gilt auch für die Wirtschaftspolitik, und am Mangel an solcher Verlässlichkeit ist das System von Bretton Woods schließlich gescheitert.

**366.** Interventionen von Notenbanken an den Devisenmärkten oder eine kurzfristig wechselkursorientierte Zinspolitik erreichen diesen Kern des Problems nicht. Deren Mißerfolg darf daher auch nicht verwundern. Nur eine auf Stabilität bedachte Politik in den Ländern der wichtigsten Weltwährungen, gleichgerichtet und durch Dauerhaftigkeit glaubwürdig geworden, kann ihn auflösen, das Problem von Vertrauensstörungen, die keinen ökonomischen Ursprung haben, aber wahrscheinlich ebenfalls nicht beseitigen.

Die Voraussetzungen für mehr, etwa für ein neues Festkurssystem nach dem Muster von Bretton Woods, sind nicht gegeben. Das Europäische Währungssystem hält immerhin regional Wechselkursschwankungen in Grenzen. Aber seine erstaunliche Stabilität ist teilweise trügerisch, ist teilweise entlehnt der spezifischen Stärke der Anlagewährung Dollar gegenüber der Anlagewährung D-Mark. Erst wenn die EG-Länder im ganzen die Aufgabe der Stabilisierung des Geldwerts befriedigend gelöst und — nicht minder wichtig — im freien Kapitalverkehr das Vertrauen der Märkte in ihre wiedergewonnene Stabilität erprobt haben, läßt sich hoffen, daß mit zunehmendem Gewicht des Währungsraums Europa auch das Problem der Instabilität im Verhältnis der Anlagewährungen Dollar und D-Mark kleiner wird. Erst dann sind auch wirkliche Fortschritte beim Ausbau des Europäischen Währungssystems möglich. Es hieße, den zweiten Schritt vor dem ersten tun, wollte man eine europäische Währung lancieren, bevor die wirtschaftspolitischen und die institutionellen Voraussetzungen dafür geschaffen sind, daß es eine gute Währung sein wird.

### III. Tarifpolitik: Arbeitszeit und Löhne

**367.** In der Lohnpolitik dürfte das kommende Jahr nach den Turbulenzen der letzten Tarifrunde im Zeichen relativer Ruhe stehen. Dafür sprechen eine Reihe von Gründen, nicht zuletzt die Verlängerung der durchschnittlichen Laufzeit der geschlossenen Verträge, die teilweise bis zum Jahre 1986 gelten. Die heftigen Auseinandersetzungen haben zu Irritationen geführt. Unklarheiten über die Zulässigkeit bestimmter Formen des Arbeitskampfes bergen Zündstoff für neuen Streit. Es gibt Sorgen, die

sich an die getroffenen Regelungen zur Arbeitszeitverkürzung knüpfen, so auf der einen Seite, daß diese eine nicht mehr zu bremsende Eigendynamik entfalten, und auf der anderen Seite, daß sie eine Entsolidarisierung der Arbeitnehmer begünstigen könnten. Das spricht dafür, dem Eintritt in tarifpolitisches Neuland erst einmal eine hinreichend lange Phase der Erprobung folgen zu lassen, bevor an weitere Schritte gedacht wird.

Das Thema der Arbeitszeitverkürzung hat in diesem Jahr neue Dramatik in die Tarifverhandlungen gebracht. Das Lohnthema stand diesmal in der zweiten Linie. Beides darf nicht getrennt betrachtet werden, wenn es um den Beitrag der Lohnpolitik zu Wachstum und Beschäftigung geht, und ein entscheidender Beitrag wird der Lohnpolitik auch in den kommenden Jahren abverlangt.

Die Tarifabschlüsse in der Metallindustrie und in der Druckindustrie verbinden die Abkehr von einer regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 40 Stunden mit dem Einstieg in flexible Regelungen der Arbeitszeit. Die beschäftigungspolitisch unmittelbar wirksamen Abschlüsse mit Vorruhestandsregelungen werfen, da sie nur für eine Übergangszeit gelten sollen, keine langen Schatten in die Zukunft.

**368.** Zu den ökonomischen Fragen der Verkürzung der Arbeitszeit hat sich der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten ausführlich geäußert (JG 83 Ziffern 432 ff.). Grundsätzlich hält er nur Arbeitszeitverkürzungen für vertretbar, die nicht zu Kostenerhöhungen bei den Unternehmen führen. Für diesen Fall wäre wohl gegenüber dem, was sonst geschähe, mit einer Zunahme der Anzahl der Beschäftigten zu rechnen, was allerdings nur zu einem geringen Teil die ausfallenden Arbeitsstunden kompensieren würde. Generelle Kürzungen der Arbeitszeit führen auch bei Kostenneutralität zu einem niedrigeren Wachstumspfad, also zu weniger Produktion und zu weniger Einkommen sowie zu weniger Einnahmen des Staates und der Sozialversicherungen. Denn eine Kürzung der Arbeitszeit für alle bedeutet weniger Arbeit und damit weniger Einkommenserwerb auch für jene Beschäftigten, die dies gar nicht wollen.

Bei einer Differenzierung der individuellen Arbeitszeit nach den Wünschen der einzelnen Beschäftigten ist das anders. Die Sorge, daß bei Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich die Stundenlöhne besonders stark steigen, kann dann kleiner geschrieben werden, um so kleiner, je besser die individuellen Arbeitszeiten zu den individuellen Einkommenswünschen passen.

Die Wirkung auf die Kosten ist im Prinzip unabhängig davon, ob es sich um Verkürzungen der Wochenarbeitszeit oder der Lebensarbeitszeit handelt. Daß sich, was die diesjährigen Vereinbarungen betrifft, für die Unternehmen die Frage der Kostenwirkungen bei den Vereinbarungen über Vorruhestandsregelungen wegen der Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit nicht in gleicher Weise stellte wie bei den Vereinbarungen über eine Verkürzung der wöchentlichen Regelarbeitszeit, darf deren gesamt-

wirtschaftliche Kosten nicht aus dem Blick geraten lassen.

**369.** Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Dieter Mertens, vertritt zu der Frage nach der Wirkung der tariflichen Vereinbarungen über die Arbeitszeit ein anders akzentuiertes Urteil. Dieses Mitglied ist der Meinung, daß die vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen eine beachtenswerte positive Bedeutung für die Beschäftigung haben.

Die zum 1. April 1985 in einigen Tarifbereichen vereinbarte Wochenarbeitszeitverkürzung um 1½ Stunden beispielsweise betrifft über 4 Millionen Arbeitnehmer, das zu ersetzende Arbeitsvolumen beläuft sich im Jahr auf rund 265 Millionen Stunden. Würden sie sämtlich durch Mehrbeschäftigung ausgeglichen, so entspräche dies 160 000 Vollzeitbeschäftigten. Selbst wenn man wegen verschiedener Ausweichreaktionen erhebliche Abstriche macht, verbleibt eine nennenswerte Beschäftigungswirkung. Dieses Mitglied schätzt, daß die Beschäftigtenzahl um rund 80 000 Arbeitskräfte höher sein wird als sonst. Die Arbeitslosenzahl dürfte dann nur um etwa 50 000 bis 60 000 geringer ausfallen, da auch Arbeitnehmer Beschäftigung finden, die sich nicht bei Arbeitsämtern gemeldet haben.

Die Vorruhestandsregelung, die andere arbeitszeitpolitisch bedeutsame Neuerung dieses Jahres, kommt jetzt schon — geht man von den abgeschlossenen Tarifverträgen aus — für über 250 000 ältere Arbeitnehmer in Betracht. Nicht alle werden von der Möglichkeit, früher aus dem Arbeitsleben auszuscheiden, Gebrauch machen können oder wollen, und viele hätten sonst auch andere Möglichkeiten dazu gehabt. Aber auch hier verbleibt nach plausiblen Abschlägen ein keineswegs geringer beschäftigungspolitischer Effekt. Vorsichtige Schätzungen setzen für 1985 etwa 50 000 Fälle von Einstellungen an, die durch diese Regelungen ausgelöst werden. Die Arbeitslosenzahl dürfte um 30 000 bis 40 000 niedriger sein, als sie es sonst wäre. Die Wirkung wird größer, wenn in weiteren Tarifbereichen entsprechende Abschlüsse erfolgen.

Mit arbeitszeitpolitischen Entscheidungen dieser Art und dieses Umfangs können die großen Beschäftigungsprobleme nicht gelöst werden. Das Ratsmitglied teilt deshalb die Auffassung, daß auch hier vor Illusionen zu warnen ist (Ziffer 296). Aber sie können mehr als nur geringe Beiträge zur Linderung erbringen.

Auf solche Beiträge sollte in der gegenwärtigen Lage deshalb nicht verzichtet, die Bereitschaft, solche Beiträge zu Lasten andersartiger Ansprüche zu leisten, nicht gering geachtet werden. Das ehemalige Ratsmitglied Gerhard Scherhorn hat schon früher ausführlicher dazu Stellung genommen und dabei auch die nun in wichtigen Tarifbereichen vorgesehene flexible und differenzierte Handhabung als eine Möglichkeit, der Beschäftigungswirkung den Weg zu ebnet, angesprochen (JG 78 Ziffern 491 ff.). Der Sachverständigenrat ist bei seiner vorjährigen vertieften Beschäftigung mit diesem Thema auch zu einer Reihe von Überlegungen gekommen, die

angesichts getroffener Vereinbarungen in eine Betrachtung von deren Kosten und Erträgen einzubeziehen sind (JG 83 Ziffern 432 ff.).

Nach Auffassung dieses Mitglieds verdienen folgende Aspekte bei der Würdigung der jüngsten Tarifabschlüsse stärkere Beachtung:

- Die verlangte Kostenneutralität ist erreichbar. Die vereinbarten Wochen- und Lebensarbeitszeitverkürzungen sind mit ihren Kosteneffekten bei der Aushandlung des Lohnzuwachses berücksichtigt worden (Ziffern 126 ff.).
- Der erwartbare zusätzliche (durch die Arbeitszeitverkürzung selbst ausgelöste) Produktivitätsgewinn ist dabei vielleicht noch nicht einmal voll einbezogen worden. Das gleiche gilt für den durch Flexibilisierung noch weiter hinzukommenden Produktivitätsfortschritt.
- Die Vereinbarungen enthalten sämtlich erhebliche Flexibilisierungs-Komponenten, durch welche auch sonst die Erträge nach Meinung vieler stärker ins Gewicht fallen.
- Bei den Erträgen der Arbeitszeitverkürzungen ist auch der Gewinn an Freizeit hinzuzurechnen.
- Arbeitszeitverkürzungen, insbesondere solche, die individuellen Entscheidungsspielraum lassen — dies trifft für die Vorruhestandsregelungen gänzlich zu, für die Wochenarbeitszeitverkürzungen zum Teil —, entsprechen den Wünschen vieler Arbeitnehmer.
- Es kommt hinzu, daß Arbeitszeitverkürzung zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen und damit den Wünschen von Arbeitnehmern auch dann nahekommen kann, wenn diese bei ungefährdetem Arbeitsplatz keinen Tausch von Freizeit gegen Einkommen wünschen würden.
- Bei Staat und Sozialversicherung sinken durch die Verminderung der Arbeitslosigkeit und durch höhere Beitragseinnahmen die Aufwendungen für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Diese Erträge werden vermutlich nicht durch den Zuschuß von 35 vH zum Vorruhestandsgeld, der von der Bundesanstalt für Arbeit zu zahlen ist, ausgeglichen. Im Fall der Wochenarbeitszeitverkürzung gibt es keinen derartigen Zuschuß aus den öffentlichen Kassen.
- Staat und Sozialversicherung haben ferner — wie die Gesamtwirtschaft — an den Vorteilen flexibler Arbeitszeitregelungen entsprechend den positiven Wirkungen auf Produktivität, Beschäftigung und Einkommen teil.
- Die Finanzierungssituation bei der Rentenversicherung dürfte sich im ganzen, von Übergangsproblemen abgesehen, durch die vereinbarten Wochenarbeitszeitverkürzungen nicht ändern, da die geringeren Lohnsteigerungsraten, die zunächst eine Beitragsminderung mit sich bringen, bald zu schwächeren Steigerungen bei den Rentenzahlungen führen.

Was die Übergangsprobleme betrifft, so haben deren Kosten — aus dieser Sicht zu Recht — in der von der Bundesregierung beschlossenen Verlagerung von Beitragsaufkommen von der Bundesanstalt für Arbeit zur Rentenversicherung einen Gegenposten. Die Rentenversicherungen werden zudem durch die jetzt getroffenen Vorruhestandsvereinbarungen entlastet.

- Wenn trotz allem bei kurzfristigen Kosten-Ertrags-Rechnungen für den Staat ein negativer Restsaldo auftreten sollte, so ist diesem der Gewinn an gesellschaftlicher Integration — auch wiederum verbunden mit, diesmal langfristigen, Einsparungen und Erträgen — entgegenzuhalten.

Vor diesem Hintergrund, und wenn man die viel grundsätzlichere Frage der Solidarität in der Gesellschaft sinnvoll einbezogen sieht, sind danach die diesjährigen arbeitszeitpolitischen Komponenten in den Tarifverträgen positiv zu beurteilen, und dies deutlich über den Aspekt der — auch von diesem Mitglied begrüßten — Flexibilisierungs-Bestandteile in den Tarifverträgen hinaus.

Soweit die Beurteilung dieses Ratsmitglieds.

**370.** Bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit, wie sie der Metalltarifvertrag vorsieht, sind die Kostenwirkungen für die Unternehmen erheblich (Ziffern 126 ff.). Steigerungen der Stundenlöhne um durchschnittlich 4,2 vH — Lohnausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit und zusätzliche Lohnerhöhung zusammengerechnet und auf ein Jahr bezogen, für den Fall gerechnet, daß alle Beschäftigten einheitlich 38½ Stunden in der Woche arbeiten — sind bei niedriger Preissteigerung nicht leicht zu verkraften. Daß die Steigerung der Lohnkosten je Stunde ungleich auf die beiden Jahre verteilt ist — 2,7 vH im Durchschnitt des Jahres 1984 und 5,3 vH im Durchschnitt des Jahres 1985 — mag bedeuten, daß nun für 1985 der schwerere Teil der Aufgabe, mit den Kosten fertig zu werden, noch bevorsteht. Daher dürfte es dringend geboten sein, die Optionen für flexible Arbeitszeitregelungen, die der Metalltarifvertrag gebracht hat, voll zu nutzen.

Vorausgesetzt, die Unternehmen kommen mit der Kostenvorbelastung des kommenden Jahres zu recht, wird die Verkürzung der Arbeitszeit wohl mehr Einstellungen oder weniger Entlassungen bewirken. Eine eindeutige Zurechnung dieser Wirkungen wird sich freilich kaum vornehmen lassen, weil sie von anderen Einflüssen, nicht zuletzt der weiteren konjunkturellen Entwicklung überlagert sein werden. Sie werden auch von Unternehmen zu Unternehmen variieren. In den Kleinbetrieben mit nur einer Schicht wird die Verkürzung der Wochenarbeitszeit einen gravierenden Kostenanstieg bringen. Die Möglichkeiten, dem Kostendruck zu begegnen, sind hier gering. Über die Verteuerung der Produkte werden Absatz und Beschäftigung in diesem Bereich negativ beeinflusst werden.

**371.** Welche neuen Formen flexiblen Arbeitseinsatzes sich herausbilden und in der Praxis bewäh-

ren werden, ist einstweilen noch nicht abzusehen. Die Möglichkeiten der Flexibilisierung auszuloten, ist Sache individueller Betriebsvereinbarungen, die vor Ort geschlossen werden. Zweifellos ergeben sich Chancen einer besseren Anpassung der Kapazitätsauslastung an saisonale oder an sonstige kurzfristige Schwankungen der Produktion. Ein Teil bisher nicht zu vermeidender Leerzeiten kann eingespart werden. Eine bessere Verteilung der Maschinenlaufzeiten mag ebenfalls kostensenkend wirken.

Schwieriger ist die Antwort auf die Frage, wie die gesamte Laufzeit der betrieblichen Anlagen übers Jahr von der Arbeitszeitverkürzung berührt wird. Im Manteltarifvertrag für die Metallindustrie heißt es hierzu: „Aus Anlaß der Neufestlegung der Arbeitszeit wird die Auslastung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen nicht vermindert.“

Im Mehrschichtbetrieb läßt sich der Beibehaltung oder sogar einer Steigerung der Anlagenlaufzeit wohl in vielen Fällen ohne größere Schwierigkeiten Rechnung tragen. Aber auch im Einschichtbetrieb eröffnet die flexiblere Arbeitszeitregelung womöglich neue Chancen einer Abkoppelung der Maschinenlaufzeit von der individuellen Arbeitszeit, ohne daß sogleich der Sprung in den Zweischichtbetrieb unternommen werden muß. Eine Tageslaufzeit von 10 Stunden oder mehr, selbst eine Ausdehnung der Betriebszeit auf den Samstag erscheint möglich. Damit ist es im Prinzip denkbar, auf Maschinenlaufzeiten deutlich oberhalb einer Einzelschicht zu kommen. Und eine Erhöhung der Maschinenlaufzeit erscheint bei der heutigen hohen Kapitalintensität aus Gründen der Kostensenkung besonders dringlich.

**372.** Eine breitere Auffächerung der individuellen Arbeitszeiten, die die neuen Vereinbarungen ermöglichen — unterschiedlich lange Arbeitszeiten insgesamt oder an einzelnen Tagen in der Woche, 4-Tage-Woche und Kumulierung von Freischichten — kann es erlauben, den Wünschen vieler Arbeitnehmer nach einer freieren Zeiteinteilung entgegenzukommen. Es gilt nun, die entsprechenden Einzelregelungen zu treffen.

**373.** Differenzierung der individuellen Arbeitszeiten steht indessen in einem gewissen Gegensatz zu wichtigen traditionellen Zielen der Gewerkschaftsbewegung. Beim Lohn, bei der Arbeitszeit und beim Arbeitsschutz haben die Gewerkschaften bisher um bessere Standards gekämpft, die einheitlich für alle Arbeitnehmer galten. Sie waren als Ziele gut auszumachen und lagen im Mitgliederinteresse. Die Einhaltung der Standards war ferner gut zu kontrollieren. Dies diente dem angestrebten Prinzip der Gleichbehandlung und der Solidarität der Arbeitnehmer.

Es gibt heute Sorgen, die Bewegung hin zu stärker individuellen Regelungen, wie jetzt bei der Auffächerung der Wochenarbeitszeit, könnte dem Gleichbehandlungsprinzip und möglicherweise damit auch der gewerkschaftlichen Solidarität schaden. Solche Sorgen sitzen tief.

Die heutigen Strömungen der Individualisierung und Dezentralisierung, die von den Gewerkschaften ambivalent beurteilt werden, machen nicht vor der Arbeitswelt halt. Die geringsten Schwierigkeiten einer Einbindung solcher Entwicklungen in die Politik der Arbeitnehmervertretungen werden sich da ergeben, wo über Rahmenvereinbarungen die Wünsche der Arbeitnehmer mit den betrieblichen Möglichkeiten in Einklang gebracht werden können.

Vielfalt und Freiheit individueller Entfaltung ist auch unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt ein erstrebenswertes Ziel. Von diesem Ziel müssen unter den Bedingungen der modernen Technologie weniger Abstriche um der Produktivität willen gemacht werden als zu früheren Zeiten. Diese Chancen sollten auch genutzt werden. Daß mit der jetzt möglichen individuellen Regelung der Arbeitszeit nur ein kleiner Schritt in diese Richtung getan wurde, trifft zu. Erfahrungen müssen gewonnen werden, ob und welche weiteren Schritte auch von seiten der Arbeitnehmer wünschenswert sind.

**374.** Flexiblere Arbeitszeitregelungen können Kostensenkungen erleichtern. Einer von mehreren Gründen dafür ist der positive Einfluß, den eine freiere Wahl der Arbeitszeit auf die Leistung je Arbeitsstunde haben kann. Wo Leerzeiten auf diese Weise vermieden werden, ergibt sich eine zusätzliche Steigerung der Produktivität. Darum geht es jedoch nicht allein. Auch ein anderer Zusammenhang spielt hier eine wichtige Rolle: Die heutige Produktionstechnik verlangt nicht mehr wie im früher üblichen Maße starre Abläufe im arbeitsteiligen Prozeß der industriellen Gütererzeugung, starre Arbeitszeitregelungen werden als Basis hoher Produktivität also zunehmend entbehrlich. Ferner sind heute mehr und mehr auch kommunikative, organisatorische und kreative Leistungen gefordert, die sich nicht ohne weiteres gleichmäßig über die Zeit verteilen lassen. Freiere Zeiteinteilung kann insoweit produktivitätserhöhend wirken.

**375.** Zurückhaltung ist von der Lohnpolitik auch im kommenden Jahr gefordert, wenn weiterhin Spielraum für eine Entlastung bei den Kosten gegeben werden soll und die Preissteigerungen gering bleiben sollen. So könnte mehr an Investitionen, an Produktion und Beschäftigung rentabel werden oder rentabel bleiben.

In der Diskussion darüber, was dies für den Umfang der Lohnsteigerungen im nächsten Jahr bedeutet, kann man darauf bauen, daß sich die Grundlinie der Lohnpolitik der vergangenen Jahre gesamtwirtschaftlich bewährt hat mit ihrer geteilten Wirkung einer Dämpfung des Preisauftriebs und einer Senkung des Kostenniveaus. Nichts spricht dagegen, sich auch 1985 quantitativ auf einem ähnlichen Pfad zu bewegen. Dafür spricht, daß unter solchen Umständen aus einer unverminderten Geldmengenausweitung, zu der wir der Bundesbank raten, eine gute reale Expansion entstehen kann. Das reale Kostenniveau würde abermals etwas sinken, ebenso die Inflationsrate; der Anstieg der Reallohne würde vermutlich merklich größer ausfallen als 1984. Man mag hadern mit der Tatsache, daß er

gleichwohl erneut geringer sein wird als wahrscheinlich der durchschnittliche Produktivitätszuwachs in der Wirtschaft. Damit auch Unternehmen am unteren Ende der Rentabilitätsskala im Markt bleiben oder derzeit noch darunter liegende auf diesem wieder Fuß fassen können, darf man sich freilich am durchschnittlichen Produktivitätsanstieg in der Wirtschaft nicht reich rechnen.

Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen kann nicht unbedenklich gefunden werden, was an Kostensteigerungen in der Metallindustrie für das Jahr 1985 programmiert ist. Wir haben zu facetten versucht, warum wir gleichwohl meinen, es gäbe für viele Unternehmen — wenn sie die Chancen der Flexibilisierung nutzen — eine gute Möglichkeit, nach dem kostenmäßig sehr günstigen Jahr 1984 nun auch die erhöhte Belastung im kommenden Jahr zu verkraften. Es steht unter dieser Bedingung, wenn wir sagen, daß das Jahr 1984 mit seinem heftigen Arbeitskampf und seinen zeitlich weiter als üblich reichenden Lohnregelungen keinen so großen Schatten in die lohnpolitische Landschaft wirft, wie andere ihn sehen. Die Öffnung von Möglichkeiten der Flexibilisierung ist ein Gewinn, der ein echter Gegenposten werden kann für Kosten, die sich aus der Arbeitszeitverkürzung ergeben. Nimmt man die Lohnvereinbarungen hinzu und unterstellt eine energische Nutzung dieser Möglichkeiten, so braucht das gesamtwirtschaftliche Urteil auch über die Tarifabschlüsse dieser Bereiche nicht schlechthin negativ zu sein.

**376.** Angesichts der fortbestehenden Unterschiede in der Beschäftigungssituation von Branche zu Branche ist ohnehin eine stärkere Spreizung der Tarifabschlüsse geboten. Zu einer stärkeren sektoralen Lohndifferenzierung sollte auch eine größere Differenzierung nach Qualifikationen, das heißt nach Ausbildung und nach Berufserfahrung kommen. Unterschiede zwischen dem Entgelt für einfache Arbeit und dem Entgelt für Arbeit, die ein hohes Maß an Wissen und Können verlangt, mit dem Argument der Solidarität klein zu halten, hilft niemandem, der keine Arbeit findet, wenn der zu zahlende Lohn höher ist als der zu erwartende Beitrag zum Produktionsertrag. Auch Berufsanfängern würde es wohl in vielen Fällen helfen, ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu verbessern, wenn ihre Entlohnung dem Unterschied in der Berufserfahrung entsprechend stärker gegenüber der Entlohnung erfahrener Kollegen differierte. Nicht minder wichtig, möglicherweise sogar noch wichtiger ist es, mit einer größeren Lohndifferenzierung Anreize für Weiterbildung, für den Erwerb zusätzlicher Kenntnisse und Fertigkeiten, zu setzen. Denn darin liegt — zusammen mit der Verbesserung des Produktionsapparates über mehr Investitionen — der Schlüssel zur Steigerung der Produktivität und damit zur Senkung der realen Kosten.

Bei der Diskussion über eine stärkere Lohndifferenzierung sollten auch die gravierenden regionalen Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt im Blick sein. Wünschenswert wäre es von daher auch, wenn es in der bevorstehenden Lohnrunde zu weniger Einheitlichkeit in den Abschlüssen zwischen den

einzelnen Tarifbezirken käme, als es in den vergangenen Jahren der Fall war. An dem nötigen Antrieb dazu fehlt es offensichtlich nicht nur auf einer Seite der Tarifparteien.

**377.** Die Beibehaltung der Grundlinie mäßiger Nominallohnsteigerungen und die Einstellung der Unternehmen hierauf ist eine wichtige Voraussetzung für wachsendes Zukunftsvertrauen. Entscheidungen für morgen fallen leichter. Die erforderlichen Investitionen können rascher vorankommen. Wenn sie auch selbst keine eigenen Wachstumskräfte hervorzubringen vermag, so schafft zurückhaltende Lohnpolitik doch eine unersetzliche Vorbedingung dafür, daß diese sich im Zusammenwirken mit einer wachstumsfreundlichen Finanzpolitik und einer stabilitätsorientierten Geldpolitik entfalten können.

Enttäuschung über die beschäftigungspolitischen Erfolge der maßvollen Lohnpolitik der letzten Jahre wäre deshalb kein guter Ratgeber für die kommenden Tarifverhandlungen. Ohne diese Lohnpolitik wäre es nicht zu der Verbesserung der wirtschaftlichen Konstitution, die wir verzeichnen können, gekommen, und die Beschäftigungslage wäre schlechter als sie heute noch ist. Das Beispiel jener Länder, die sich hier schwerer taten und entsprechend mit der wirtschaftlichen Erholung nachhinken, macht dies deutlich. Mit den erreichten Erfolgen bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der Stabilisierung des Preisniveaus sind die unmittelbaren — nicht erst über den Beitrag zur Dämpfung des Preisanstiegs laufenden — beschäftigungspolitischen Wirkungsmöglichkeiten einer zurückhaltenden Lohnpolitik überdies größer geworden.

Wie die Erfahrung zeigt, muß ein mäßiger Nominallohnanstieg im nachhinein nicht Stagnation der Reallohne bedeuten, und er muß auch nicht auf eine dauerhafte Verschiebung in der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverteilung hinauslaufen, schon gar nicht in einer Wirtschaft, die scharfem internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist. Die Preissteigerungen sind mehrfach geringer ausgefallen als in den Tarifverhandlungen angenommen worden war.

#### IV. Arbeitsmarktpolitik

**378.** Angesichts der unverändert hohen Arbeitslosigkeit kann auch in der gegenwärtigen Aufschwungsphase auf erhebliche flankierende Anstrengungen der Arbeitsmarktpolitik nicht verzichtet werden. Dem ist seit 1983 dadurch Rechnung getragen worden, daß die arbeitsmarktpolitische Förderung in wichtigen Bereichen auf einen größeren Kreis von Personen ausgedehnt wurde, so bei der Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung wie auch bei der Arbeitsbeschaffung. Auch 1984 wurde diese Linie beibehalten, und sie soll sich nach den Haushaltsplanungen 1985 fortsetzen, nunmehr ausschließlich im Rahmen eigener Ressourcen der Bundesanstalt für Arbeit, während bis 1983 Zuschüsse des Bundes erforderlich waren.

Die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik leisten in verschiedener Hinsicht wichtige Beiträge zur Linderung der Arbeitsmarktp Probleme: Einmal — dies ist wohl der wichtigere Aspekt — werden in einer Phase, in welcher der Markt vielen Arbeitskräften keine ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeit bietet, Qualifikationen und Motivationen erhalten, deren nachhaltige Beeinträchtigung Wirtschaft und Gesellschaft teuer käme, weil sie später nur unter Schwierigkeiten und mit wachsenden Aufwendungen wieder rückgängig gemacht werden könnte. Der andere Aspekt ist, daß Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Anzahl der Arbeitslosen unmittelbar vermindern. Der Umfang, in dem dies geschieht, hat — bezogen auf die Anzahl der Arbeitslosen — seit 1983 nach jahrelangem Rückgang wieder zugenommen (Ziffern 118 ff.).

Da diejenigen, die durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Arbeit finden oder auf Kosten der Bundesanstalt für Arbeit fortgebildet, angelernt oder umgeschult werden, heute in den meisten Fällen sonst Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe erhalten müßten, sind die betreffenden Ausgaben nur mit entsprechenden Abstrichen ins Kalkül zu ziehen. Ein Urteil über die Zweckmäßigkeit einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme ist aufgrund einer solchen Kostenabwägung allein noch nicht zu gewinnen.

**379.** Zur Entlastung des Arbeitsmarktes tragen zwei gesetzliche Neuerungen bei, die keineswegs ausschließlich, aber doch auch unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten entworfen worden sind (Ziffern 139 ff.): das Gesetz zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand (Vorruhestandsgesetz) und das Gesetz über die Rückkehrhilfe für ausländische Arbeitnehmer (Rückkehrförderungsgesetz).

Die Wirkung des Vorruhestandsgesetzes auf den Arbeitsmarkt hängt ganz wesentlich davon ab, in welchem Umfang die Tarifparteien die damit gebotenen Möglichkeiten nutzen und welche Anreize sich allein daraus für den Generationswechsel in den Betrieben entwickeln. So kurz nach Zustandekommen der ersten diesbezüglichen Tarifabschlüsse können über die Wirkung nur Mutmaßungen angestellt werden. Immerhin sind dort, wo entsprechende Vereinbarungen schon in Kraft getreten sind, bereits zahlreiche Anträge gestellt worden. Da das Angebot des neuen Gesetzes teilweise an die Stelle anderer Möglichkeiten tritt, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, wird die Zurechnung von Wirkungen freilich problematisch bleiben.

Von den Angeboten des Rückkehrförderungsgesetzes haben viele ausländische Arbeitnehmer Gebrauch gemacht. Die vorzeitige Beitragsrückzahlung beantragten 140 000 ausländische Arbeitnehmer. Rückkehrprämien wurden weit weniger, nämlich nur von 14 000 Personen, beansprucht; dies lag an den engeren Bewilligungsvoraussetzungen. Aber auch hier darf die Wirkung des Gesetzes nicht brutto für netto genommen werden: Weiterhin wandern auch Ausländer zu. Zu beachten ist ferner, daß

zuvor schon mehr Ausländer abgewandert als zugewandert sind; auch ohne besondere Förderung war die Anzahl der ausländischen Arbeitnehmer also rückläufig. Die Neigung heimzukehren hat offenbar auch aus anderen Gründen zugenommen; die anhaltend schlechte Beschäftigungslage zählt sicherlich dazu. Es gibt zwar Anhaltspunkte dafür, daß die Rückkehrförderung den Trend verstärkt hat; in welchem Maße dies der Fall ist, läßt sich aber kaum verlässlich ausmachen.

**380.** Die Bundesregierung hat weitere Gesetzentwürfe beschlossen, deren erklärtes Ziel es ist, zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Das Beschäftigungsförderungsgesetz enthält ein Bündel verschiedenartiger Regelungen mit dieser Zielsetzung.

Die Flexibilität am Arbeitsmarkt soll dadurch gefördert werden, daß in den nächsten sieben Jahren mit Arbeitslosen und mit Arbeitnehmern, die nach Abschluß ihrer Berufsausbildung sonst nicht übernommen würden, einmalig befristete Arbeitsverträge bis zur Dauer eines Jahres (bisher: bis zu sechs Monaten) abgeschlossen werden können. Für neugegründete Kleinbetriebe soll die Befristung bis zu zwei Jahren betragen können.

Die bisherige Höchstdauer für legale Arbeitnehmerüberlassung soll von drei auf sechs Monate verlängert werden. Dadurch sollen Unternehmen zum Beispiel besser als bisher den zeitlich befristeten Ausfall von Mitarbeitern, etwa Zeiten des Mutterschutzes, überbrücken können.

Hinsichtlich der Sozialplanregelungen ist vorgesehen, den Einigungsstellen konkrete Leitlinien für die Aufstellung von Sozialplänen vorzugeben. Während nach bisherigem Recht ein Personalabbau um mindestens 5 vH der Belegschaft, von Klein- und Mittelbetrieben abgesehen, einen Sozialplan notwendig macht, soll künftig — je nach Betriebsgröße — erst bei einem Personalabbau zwischen 10 vH und 20 vH der Belegschaft ein Sozialplan erzwingbar sein. In neu gegründeten Unternehmen sollen in den ersten vier Jahren Betriebsveränderungen vorgenommen werden können, ohne daß ein Sozialplan abgeschlossen werden muß. Ein Arbeitnehmer, der einen anderen zumutbaren Arbeitsplatz ablehnt, soll künftig von Leistungen nach einem Sozialplan ausgeschlossen sein.

Der Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes strebt an, die Arbeitszeitordnung von 1938, die Schutzvorschriften für Frauenarbeit und das Verbot der Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen neu zu fassen. Damit wird der gesetzliche Arbeitsschutz auf alle Arbeitnehmer ausgedehnt. Deren Gesundheit wird durch Begrenzung der höchstzulässigen täglichen Arbeitszeit, durch Festlegung von Mindestruhepausen während der Arbeit und von Mindestruhezeiten zwischen Arbeitsende und Wiederaufnahme der Arbeit sowie durch eine grundsätzliche Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen geschützt. Einige Regelungen beim Frauenarbeitsschutz werden gestrichen. So können Frauen beispielsweise künftig auch in der Bauwirtschaft ausgebildet und beschäftigt werden.

Der Gesetzentwurf hält an der 48-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit fest. Er läßt für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und ihre Vertretungen Spielraum zum Aushandeln besonderer Überstundenvereinbarungen.

381. Die geplanten Änderungen des Arbeitsrechts sind im Prinzip geeignet, die Flexibilität am Arbeitsmarkt im ganzen zu erhöhen und Hindernisse für die Beschäftigung bestimmter Personengruppen zu beseitigen oder zu verringern. Alles in allem lassen sie einen Beitrag zu mehr Beschäftigung und zur Sicherung von Arbeitsplätzen erwarten:

- Die geplante Zulassung befristeter Arbeitsverträge mit Arbeitslosen und Jugendlichen nach Abschluß der Berufsausbildung ist nicht allein als ein Vorteil für die Unternehmen zu begreifen, sondern auch als eine Chance für die genannten Personengruppen. Wo die erweiterte Vertragsfreiheit genutzt wird, heißt dies, daß das Angebot an Arbeitsplätzen für diese Arbeitssuchenden vergrößert und ihre Aussicht, eine Beschäftigung zu finden, entsprechend verbessert wird.
- Die neue Sozialplanregelung korrigiert eine Fehlentwicklung im Bereich des sozialen Regelwerks, die Altbeschäftigte zu Lasten von Arbeitssuchenden begünstigt. Hohe Sozialplanverpflichtungen machen es Unternehmen oft schwer, sich an neue Marktbedingungen anzupassen, verlustbringende Produktion durch neue ertragversprechende Produktion zu ersetzen und dafür neue Kapazitäten aufzubauen. Die neue Regelung führt tendenziell zu einer Entlastung des Investitionskalküls und senkt dadurch die Eintrittsschwelle für neue Arbeitnehmer. Die außerdem geplante Begrenzung des Ermessensspielraums, den die Einigungsstellen hinsichtlich des Sozialplans heute haben, verringert die Unsicherheit über die Rechtslage.

382. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Dieter Mertens, teilt die vorstehende Würdigung nicht uneingeschränkt. Dieses Mitglied möchte bei Erörterungen zum Arbeitsrecht stets die folgenden Aspekte in Betracht gezogen wissen:

Es darf nicht übersehen werden, daß die rechtlichen Spielräume für flexibles Einstellungs- und Entlassungsverhalten der Betriebe schon heute nicht gering sind und daß die feststellbare Bewegung am Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland bereits beachtlich ist: Gegenwärtig dauert etwa die Hälfte der beendeten Beschäftigungsverhältnisse weniger als zwölf Monate. Die Sozialversicherungen verzeichnen 5 bis 6 Millionen Einstellungsfälle und etwa ebenso viele Fälle der Beendigung von Arbeitsverhältnissen jährlich. Von den Arbeitnehmern, die mit Hilfe der Arbeitsämter eine Stelle finden, erhalten nur gut 60 vH unbefristete Arbeitsverträge, 16 vH solche mit einer Befristung über drei Monate, und 22 vH werden für weniger als drei Monate eingestellt. Bei Frauen führt nur gut die Hälfte, bei Arbeitskräften ohne Berufsausbildung nicht einmal die Hälfte der Vermittlungen zu unbefristeten Arbeitsverträgen.

Das Ausmaß legaler Arbeitnehmerüberlassung hat sich im Verhältnis zu den Arbeitsvermittlungen in Beschäftigungsverhältnissen von einer Dauer bis zu drei Monaten in letzter Zeit ständig vergrößert.

Für befristet eingestellte Arbeitnehmer gibt es bei Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses weder Kündigungsschutz noch Mitspracherechte des Betriebsrates. In Kleinbetrieben bis zu fünf Arbeitnehmern können Arbeitskräfte unter Beachtung der Kündigungsfristen jederzeit ohne Begründung, auch nach langjähriger Betriebszugehörigkeit, entlassen werden. In allen anderen Betrieben gilt dies während der ersten sechs Monate der Beschäftigung, und auch danach schließt der Kündigungsschutz nur unbegründete Entlassungen aus.

Außerdem ist daran zu denken, daß die Arbeitgeber für Dauerarbeitsplätze Bewerber mit stetigem Berufsweg solchen mit häufigerem Berufs- und Arbeitsplatzwechsel oder Arbeitslosen vorziehen. Tendenzen zur Steigerung der Fluktuation werden also wohl vor allem bestimmte Gruppen am Arbeitsmarkt („Randbelegschaften“) betreffen, während sich die Stammbesetzungen eher verfestigen. Eine solche Aufteilung der Arbeitskräfte stößt auf mannigfaltige Bedenken.

Bei den Anhörungen und in anderen Stellungnahmen zum Entwurf für das Beschäftigungsförderungsgesetz wurden die meisten Vorschriften überaus kontrovers eingeschätzt. Kaum Widerspruch gab es lediglich im Hinblick auf Regelungen, die das Ausgleichsverfahren bei der Lohnfortzahlung für kleinere Unternehmen erweitern, die Möglichkeiten für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Umweltschutzbereich ausdehnen, die illegale Beschäftigung von Ausländern schärfer bestrafen und die arbeitsrechtliche Gleichstellung der Teilzeitarbeitskräfte besser sichern sollen.

Was das deutsche Arbeitsrecht, insbesondere auch das Kündigungsschutzrecht und das Betriebsverfassungsrecht betrifft, so darf man dessen bewährte und weiterhin wichtige Rolle bei der Erhaltung des sozialen Friedens im notwendigen Strukturwandel der Wirtschaft nicht aus dem Auge verlieren.

Im Ergebnis läßt sich wohl sagen, daß die jüngsten Gesetzeswerke zwar geeignet erscheinen, die ohnehin beachtliche Arbeitsmarktflexibilität noch zu erhöhen und Experimentierfreude an neuen Arbeitszeitmodellen zu begünstigen; es wird jedoch nicht leicht sein, Vorzüge und Nachteile im voraus zu bestimmen und gegeneinanderzuhalten, und insbesondere nicht leicht, Beschäftigungswirkungen nachzuweisen.

Soweit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

383. Schon vor längerem hat der Sachverständigenrat darauf hingewiesen, daß unter den mannigfaltigen Strukturproblemen, die in der Arbeitslosigkeit sichtbar werden, die Langfristarbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen — vor und nach ihrer Ausbildung — besondere und wahrscheinlich wachsende Aufmerksamkeit erfordern

(SG 82 Ziffern 90 und 92). Die dahinter stehende Sorge hat sich leider bestätigt. Beide Probleme haben sich verschärft (Ziffern 109f. und 111 ff.). Ihnen zu begegnen, sind arbeitsmarktpolitische Ideen dringend gefordert, vor allem dort, wo sich beide Probleme überlagern, bei der Langzeitarbeitslosigkeit von Jugendlichen, die ebenfalls zunimmt.

**384.** Langfristige Arbeitslosigkeit erhöht die Kosten der beruflichen Wiedereingliederung. Können und Ehrgeiz der Betroffenen werden oftmals verschüttet, ihre finanziellen Probleme nehmen zu, die Einstellung zu ihrer sozialen Umwelt ändert sich und ebenso ihr gesellschaftliches Verhalten; die Schäden, die Langfristarbeitslosigkeit anrichten kann, reichen tief in die Familien hinein. Für Langfristarbeitslose sind daher besondere Hilfen zur beruflichen Wiedereingliederung und, bis diese erreicht ist, zur individuellen Bewältigung der mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Probleme erforderlich.

Es ist vorgeschlagen worden, daß bei Beschäftigung von Personen, die seit längerem arbeitslos sind und von Personen, die aus anderen Gründen schwer in eine neue Stelle vermittelt werden können, auch öffentliche Arbeitgeber generell wieder Fördermittel nach den Bestimmungen für die Arbeitsbeschaffung nutzen dürfen. Aber auch bei der Anwendung des gegebenen Instrumentariums könnten neue Wege beschritten werden: Die Arbeitsbeschaffung kann vielleicht gerade für langfristig Arbeitslose gezielter genutzt werden, wenn neue, mit deren Problemen besonders vertraute Träger einbezogen und vermehrt Arbeiten vorgesehen werden, die auf Zielgruppen wie Langzeitarbeitslose besonders zugeschnitten sind. Auch bei der jetzt schon möglichen Verknüpfung verschiedener Instrumente kann mehr Nutzen gesucht werden. Bildung und Arbeit lassen sich in vielerlei Weise verbinden, neue berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten etwa bei Kurzarbeit, Teilzeitarbeit oder bei einer Tätigkeit in Projekten der Arbeitsbeschaffung erlernen.

**385.** Langfristarbeitslosigkeit ist kein von vornherein gegebenes, die Vermittlung erschwerendes Merkmal wie es etwa eine Behinderung oder eine unzureichende Qualifikation meist sind. Zu einem solchen Merkmal wird sie erst mit fortdauernder Arbeitslosigkeit. Es wäre daher am besten, wenn durch Vorbeugung verhindert würde, daß es zu Langzeitarbeitslosigkeit kommt. Zu den Faktoren, die das Risiko, daß ein Arbeitsloser lange Zeit ohne Beschäftigung bleibt, vorwiegend bestimmen, sind erfahrungsgemäß, sieht man von anderen Persönlichkeitsmerkmalen ab, vor allem Leistungsminde- rung, fehlende Berufsausbildung, unstetiger Berufsverlauf und Alter zu zählen. Nachdem diese Faktoren bekannt sind, sollte es auch möglich sein, ihre Wirkung dadurch herabzusetzen, daß bereits in der Frühphase der Arbeitslosigkeit so gefährdeter Personen das Instrumentarium der Arbeitsämter mit Vorrang, mit besonderer Aufmerksamkeit und abgestimmt auf den Einzelfall genutzt wird, beispielsweise anhand individueller Wiedereingliederungspläne.

**386.** Häufig haben Arbeitslose auch den Wunsch zu selbständiger Tätigkeit, aber nicht die nötige Ermutigung und finanzielle Grundlage. Im Erfolgsfalle könnten neue Arbeitsplätze nicht nur für sie selbst, sondern auch für weitere Arbeitslose entstehen.

In Großbritannien und in den Niederlanden hat man mit Existenzgründungsprogrammen für Arbeitslose, die an beschäftigungspolitische Initiativen auf lokaler oder regionaler Ebene anknüpfen, gute Erfahrungen gemacht. Vor Ort kann man die besonderen Fähigkeiten der Arbeitskräfte besser einschätzen, ebenso die Marktchancen und die Unterstützungsmöglichkeiten durch ortsansässige Unternehmen, die Startberatung und Starthilfen bieten, oder auch durch wissenschaftliche Einrichtungen oder Kreditinstitute, die Marktanalysen, Kostenkalkulationen und Betriebsanalysen beisteuern, und durch Betriebszentren der Gemeinden, die zuweilen alte Schul- oder Industriegebäude mit der notwendigen technischen Infrastruktur zur Verfügung stellen können. Gelegentlich werden außerdem besondere Steuervorteile geboten, und die Arbeitslosenunterstützung oder die Sozialhilfe kann diesen Jungunternehmern bis zu zwei Jahren ganz oder größtenteils weitergezahlt werden.

Bisher hat die deutsche Arbeitsmarktpolitik keine Handlungsmöglichkeiten dieser Art. Diskutiert wird verschiedentlich, anstelle des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung unter bestimmten Bedingungen einen Pauschalbetrag zur Verfügung zu stellen, oder die genannten Leistungen, solange ein Anspruch besteht, während der Dauer des Betriebsaufbaus weiter zu zahlen, so daß der notwendige Lebensunterhalt für die Existenzgründer gesichert ist. Schließlich könnte stattdessen zur Gründung einer selbständigen Existenz auch eine Überbrückungshilfe aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit wieder eingeführt werden, wie es sie vor 1969 schon einmal gegeben hat.

**387.** Die Diskussion sollte nicht halt machen vor der Prüfung neuer Beschäftigungsexperimente, zu denen die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit den Anstoß gegeben hat, so schwer es vielen fallen mag, in solchen Experimenten überhaupt dauerhafte Erfolgchancen zu sehen. Die Experimente reichen vom staatlich angeregten „zweiten Arbeitsmarkt“ und der gemeinnützigen Arbeit nach dem Sozialhilfegesetz über selbstverwaltete Betriebe und Arbeitsplätze in der „alternativen Ökonomie“ bis hin zu ehrenamtlichen Tätigkeiten im weitesten Sinne.

Die Grundidee des zweiten Arbeitsmarktes, wie sie zuerst in Hamburg entwickelt wurde, besteht darin, die Zeit des Wartens auf eine bessere Beschäftigungslage zu verkürzen und die Arbeitslosigkeit vor allem bei besonders betroffenen Personengruppen zurückzudrängen, indem Mittel der Arbeitsmarktpolitik mit Landes- oder Gemeindemitteln so zusammengeführt werden, daß für diese besonderen Gruppen im Rahmen kommunaler Ziele Arbeitsplätze entstehen (Ziffer 123). Soweit dabei Sozialhilfeempfängern reguläre, befristete Arbeitsverhältnisse angeboten werden, handelt es sich im

Gründe um eine zweite Form von — freilich anders finanzierten — Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Sie vermeiden die als Zwangsarbeit empfundene Einweisung von Sozialhilfeempfängern in Arbeit.

Dem Hamburger Programm sind weitere kommunale und regionale Initiativen mit ähnlichen Vorhaben gefolgt. Mit ihnen wird versucht, besser auf spezifische Arbeitsmarktbedingungen und sozialpolitische Gegebenheiten einzugehen und auch die geförderten Projekte mehr in einen Gesamtrahmen kommunalpolitischer oder regionalpolitischer Zielsetzungen einzubinden. Im günstigen Fall können solche Initiativen Wege aufzeigen, die auch für die allgemeine Arbeitsmarktpolitik gangbar sind.

Weitgehend unabhängig von Förderprogrammen hat sich mit selbstverwalteten Betrieben und Arbeitsplätzen im „alternativ-ökonomischen Sektor“ ein weiterer „Neben-Markt“ für Arbeit entwickelt. „Alternative“ Betriebe versuchen, sich ökologisch zu orientieren, dabei in Marktlücken vorzustößen und außerdem neue Formen des Arbeitens und Wirtschaftens, nicht zuletzt auch des Zusammenarbeitens zu erproben.

Schätzungen über die Anzahl der gegenwärtig in diesem Bereich Tätigen reichen von 25 000 bis 100 000 Personen. Im Ergebnis sind die Entlastungseffekte aller dieser neuen Beschäftigungsformen für den Arbeitsmarkt bescheiden und sie werden es sicher auch auf mittlere Sicht bleiben, doch finden sie wegen ihrer Ansätze, soziale Neuerungen zu erproben, Beachtung.

Unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten können neue Versuche ökonomischer Betätigung im Grunde nur begrüßt werden. Als wirtschaftlich erfolgreich sind sie jedoch nur anzusehen, wenn sie auf die Dauer ihre Kosten decken, das heißt selbstständig überlebensfähige Unternehmen bleiben.

**388.** Die Arbeitsmarktlage schränkt die Möglichkeit der Arbeitsämter und Gemeinden ein, durch Vorsorge und Abhilfe die dauerhafte oder langfristige Ausgliederung von Arbeitslosen einzudämmen. Unterdessen verschlechtert sich die finanzielle Lage vieler Arbeitsloser (Ziffer 124 und Ziffer 180).

Um die soziale Absicherung besonders hart betroffener Arbeitsloser zu verbessern, hat die Bundesregierung einen Entwurf zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes eingebracht, wonach der maximale Anspruch auf Arbeitslosengeld für ältere langfristig Arbeitslose — abgestuft nach der Dauer ihrer bisherigen Beitragszahlung — von bisher 12 auf 18 Monate verlängert werden soll. Von anderer Seite ist als neue Leistungsart, ein überbrückendes „Arbeitslosengeld II“ vorgeschlagen worden. Arbeitslosen, die ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgeschöpft haben, soll diesem Vorschlag zufolge für eine begrenzte Zeit eine Unterstützung gewährt werden, die im Betrag zwischen dem Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe liegt. Diese Leistung soll auf ein Drittel der Zeit in Anspruch genommen werden können, für die zuvor ein Anspruch auf Arbeitslosengeld bestand. Die Aufwendungen für eine

solche Leistungsart werden auf etwa 1 Mrd DM pro Jahr geschätzt.

Beide Neuerungen hätten zur Folge, daß die längerfristig Arbeitslosen länger Arbeitslosengeld beziehen könnten; die Minderung ihrer Einkünfte setzte später und außerdem abgestuft ein. Da in beiden Fällen die — niedrigere — Arbeitslosenhilfe des Bundes erst später als nach den bestehenden Regelungen zum Zuge käme, entlasteten Änderungen dieser Art den Bundeshaushalt. Weil bei unzureichenden oder völlig fehlenden Leistungsansprüchen die Sozialhilfe der Gemeinden einsteuern muß, ergäbe sich auch eine Entlastung der Kommunalhaushalte. Beides ginge zu Lasten der Bundesanstalt für Arbeit.

Als weiteres wird vorgeschlagen, die Freigrenzen bei der Bedürftigkeitsprüfung zur Arbeitslosenhilfe zu erhöhen und zu dynamisieren. Der Freibetrag — 75 DM je Woche — für den anzurechnenden Verdienst des Ehegatten und der Eltern ist seit 1969 unverändert; dies führt zunehmend zum Ausschluß aus der Arbeitslosenhilfe.

Erörtert wird auch, den Anspruch auf Arbeitslosenhilfe grundsätzlich so festzulegen, daß sie mindestens der Höhe der laufenden Sozialhilfe entspricht, so daß die Notwendigkeit, gleichzeitig Sozialleistungen aus unterschiedlichen Quellen zu beziehen, insoweit künftig weitgehend vermieden würde. Der Aufgabenverteilung zwischen den einzelnen Zweigen des sozialen Sicherungssystems entspricht es ja nicht, wenn die Sicherung der Arbeitslosen, wie es derzeit der Fall ist, immer mehr zur Sache der Sozialhilfe und damit der Länder und Gemeinden wird.

**389.** Die Eingliederung junger Menschen aus dem Allgemeinbildungsbereich in die Berufswelt führt über zwei Schwellen:

- beim Übergang in ein betriebliches Auszubildungsverhältnis oder in eine schulische Berufsausbildung, das Hochschulsystem eingeschlossen (erste Schwelle),
- beim Übergang in das erste Arbeitsverhältnis nach Abschluß der betrieblichen oder der schulischen Berufsausbildung (zweite Schwelle).

An beiden Schwellen haben zur Zeit viele Jugendliche Schwierigkeiten bei der beruflichen Integration.

**390.** Immer noch gibt es erhebliche Probleme an der ersten Schwelle, obwohl die Anzahl der Jugendlichen in den betreffenden Altersgruppen inzwischen abnimmt. Weil in den letzten Jahren nicht alle, die dies wünschten, eine Ausbildungsstelle erhalten konnten, hat sich der Höhepunkt der Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen um einige Jahre — auf 1984 oder 1985 — verlagert. Aber auch danach wird die Nachfrage erst allmählich sinken, so daß einstweilen damit zu rechnen ist, daß — bei zwar rückläufiger, aber weiterhin hoher Bewerberzahl — Ungleichgewichte auf dem Markt der Ausbildungsplätze fortbestehen. Sie werden in eini-

gen Bereichen dadurch verschärft, daß die Bewerber mit mittleren Schulabschlüssen beziehungsweise mit Hochschulberechtigung, deren Anteil an allen Bewerbern zunimmt, bestimmte Ausbildungsberufe bevorzugen. Es sind Berufe, die bei Eltern und Jugendlichen als vergleichsweise krisenfest, modern und zukunftsorientiert gelten und daher hohes Ansehen genießen.

**391.** Auch künftig ist eine hohe Anzahl an Ausbildungsplätzen bereitzustellen, soll nicht nur die neue Nachfrage, sondern auch die jener Jugendlichen befriedigt werden, die schon länger warten. Ohne geregelte Ausbildung einfach durch Tätigkeit am Arbeitsplatz genügend berufliche Kenntnisse und Fertigkeiten zu gewinnen, ist heute in vielen Fällen schwerer als früher, nicht zuletzt wegen der komplizierter und teurer gewordenen Technik. Es ist daher notwendig, alle Wege zu nutzen, auch unkonventionelle Wege, um Defizite an Ausbildungsplätzen auszugleichen.

**392.** Vielfältige Aktivitäten entfalten die einzelnen Bundesländer. Es handelt sich dabei um finanzielle Zuschüsse für die Ausbildung sozial Benachteiligter, um die Förderung der Ausbildung von Mädchen in „Männerberufen“, um die Absicherung bedrohter Ausbildungskapazitäten in Unternehmen, um die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in Handwerk, Industrie und Handel oder um ganz neue Wege zur Erweiterung des Angebots an Ausbildungsplätzen. Damit möglichst viele Jugendliche eine möglichst gute Berufsausbildung erhalten, sollten vordringlich zusätzliche Ausbildungsplätze in Ausbildungsberufen des dualen Systems geschaffen werden.

**393.** Jugendlichen, die keine betriebliche Ausbildungsstelle gefunden haben und deshalb zur Überbrückung der Wartezeit an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen teilnehmen, wird dies nicht als Teil einer formalen Berufsausbildung anerkannt. In den dafür eingerichteten (überwiegend staatlichen) Ausbildungsstätten wurden beachtliche technische und personelle Kapazitäten aufgebaut, die hohe Kosten verursachen. Auch die Bundesanstalt für Arbeit wendet für berufsvorbereitende Maßnahmen erhebliche Mittel auf. Da die Mehrzahl der Teilnehmer anschließend wieder einen Ausbildungsplatz im dualen System sucht, erscheint es sinnvoll, diese Bildungsgänge so anzulegen, daß sie als Teil einer formalen Ausbildung im dualen System vorgesehen werden können.

**394.** Zur vorübergehenden Verstärkung der gesamten Ausbildungskapazität gibt es eine ganze Reihe von Vorstellungen. Der folgende Katalog von Beispielen soll ein Bild davon vermitteln:

— *Ausbau und Aufstockung berufsvorbereitender Maßnahmen beziehungsweise der Berufsgrundbildung bis zur vollen Ausbildung (über das Programm der Bundesregierung für benachteiligte Jugendliche hinaus) für alle Jugendlichen, die sich vergeblich um eine Ausbildungsstelle bemüht haben, das heißt auch für nicht „besonders Benachteiligte“;*

— *Ausweitung des Ausbildungsanteils der Berufsschulen unter Nutzung der dort noch vorhandenen freien Werkstattkapazitäten, gegebenenfalls auch unter zeitweiser Hinnahme einer „Überlast“, bis zur vollen beruflichen Ausbildung;*

— *Nutzung von Werkhallen und anderen Einrichtungen stillgelegter Betriebsteile oder von Konkursbetrieben zur betrieblichen Ausbildung, wobei — so die Vorstellung — die dort zuvor beschäftigten Fachkräfte zugleich als Ausbilder eingesetzt werden könnten;*

— *Stärkere Auslastung der Kapazitäten, die in Berufsfachschulen vorhanden sind;*

— *Ausbau von Handelsschulen in Verbindung mit der Wirtschaft bis hin zur vollen Ausbildung in kaufmännischen Berufen;*

— *Erprobung einer variantenreicheren Aufgabenteilung zwischen Betrieben und Schulen bei der betrieblichen Berufsausbildung;*

— *Verstärkte Unterstützung freier Träger, seien es Einrichtungen der Kirchen und kirchlicher Dienste oder seien es Selbsthilfeeinrichtungen und Initiativen engagierter Bürger, beim Aufbau und Ausbau von Ausbildungseinrichtungen;*

— *Förderung des Ausbildungsverbundes, auch zwischen staatlichen Einrichtungen und Betrieben;*

— *Verstärkung der Ausbildungsaktivitäten von Behörden und öffentlichen Unternehmen auch über den Eigenbedarf an Nachwuchs hinaus;*

— *Nutzung freier Kapazitäten der für die berufliche Rehabilitation eingerichteten Berufsbildungswerke und Berufsförderungswerke, indem diesen auch Ausbildungsaufgaben für Nichtbehinderte übertragen werden;*

— *Aufbau und Ausbau kommunaler Ausbildungseinrichtungen, wie sie seit Jahren beim Berufsamt des Berliner Senats unterhalten werden;*

— *Ergänzende Nutzung von Einrichtungen, die von der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen der Berufsvorbereitung sowie der Fortbildung und Umschulung selbst getragen oder gefördert werden, zur vollen Ausbildung von Jugendlichen für die begrenzte Zeit der hohen Ausbildungsnachfrage.*

Der Sachverständigenrat nimmt im einzelnen zu diesen Vorstellungen nicht Stellung.

**395.** Die Beschäftigungsrisiken an der zweiten Schwelle sind von der breiten Öffentlichkeit bisher kaum zur Kenntnis genommen worden. Dabei werden — nicht zuletzt durch die demographische Entwicklung bedingt — die Übergangsschwierigkeiten nach dem Abschluß der Berufsausbildung noch zunehmen.

Die Jugendlichen der geburtenstarken Jahrgänge wachsen mehr und mehr in die Altersgruppen der 20- bis 25jährigen hinein. Vielfach wird noch davon ausgegangen, mit dem Beginn einer Berufsausbildung sei die Eingliederung ins Berufsleben vollzogen und Folgeprobleme seien Arbeitsmarktrisiken, wie sie jeden Berufstätigen im Auf und Ab des Arbeitslebens treffen können.

Arbeitslosigkeit an der zweiten Schwelle ist indes mehr als ein temporäres, im Rahmen konjunkturel-

ler Schwankungen auftretendes Problem. Eine stabile Berufsposition zu erreichen, setzt nämlich voraus, und dies gilt heute noch viel mehr als früher, das Erlernte anzuwenden, zu vertiefen und zu erweitern. Die Phase des Übergangs ins Erwerbsleben ist zugleich eine Phase erster beruflicher Bewährung, des Erwerbs beruflicher Identität, beruflicher Routine und Sicherheit, kurz der Gewinnung von „Berufserfahrung“. Fehlt es daran, so bleibt die berufliche Eingliederung unvollständig. Am Ende gehen erworbene Fertigkeiten und Kenntnisse gar verloren; die Ausbildungsinvestitionen müssen abgeschrieben werden.

**396.** Damit ist zugleich das Dilemma beschrieben, das sich für eigenständige Maßnahmen an der zweiten Schwelle auftritt. Anders als an der ersten Schwelle, wo es nur um den ersten Schritt zur beruflichen Qualifizierung geht, genügen schulische oder andere von der Berufstätigkeit abgehobene Maßnahmen nicht. Vielmehr geht es hier darum, Hindernisse abzubauen, die der Einstellung als Berufsanfänger entgegenstehen, und jene erste Berufserfahrung zu vermitteln, deren Fehlen die Berufsanfänger gegenüber den Berufserfahrenen benachteiligt.

Anhaltspunkte zur inhaltlichen Gestaltung wirksamer Maßnahmen mögen sich gewinnen lassen durch

- die systematische Erkundung von Programmen, die größere Unternehmen einsetzen, um den eigenen Nachwuchs soweit zu fördern, daß er rasch zu vollwertigen Mitarbeitern heranwächst, die vielseitig verwendbar sind,
- die Beobachtung der Wege, die Unternehmen gehen, wenn sie neue Mitarbeiter in kurzer Zeit einarbeiten, oder wenn Mitarbeiter in andere Abteilungen mit anderen Aufgaben versetzt werden,
- die Analyse des Lehrstoffes, der in Berufsförderungswerken vermittelt wird, um jemanden — über die Regelungen der Ausbildungsordnungen hinaus — so weiterzubilden, daß er auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig ist.

**397.** An Vorstellungen, was im einzelnen getan werden könnte, fehlt es nicht. Auch hier geben wir — abermals ohne Wertung — einen Katalog von Beispielen wieder, die in die Diskussion eingebracht worden sind:

- Modellvorhaben für jene Absolventen der betrieblichen Berufsausbildung, die im erlernten Beruf nicht unterkommen können, mit dem Ziel, ihnen den Einstieg ins Erwerbsleben unter weitestgehender Nutzung erworbener Kenntnisse, aber in einem weiteren Kreis von Berufen zu ermöglichen;
- Zusatzkurse außerhalb der Betriebe, mit deren Hilfe gezielt die beruflichen Fertigkeiten und Kenntnisse verbessert und ergänzt werden sollen, insbesondere im Bereich neuer Technologien und deren Anwendung, die noch nicht oder nicht in der nötigen Tiefe Gegenstand der Berufsausbildung waren;
- Zusatzangebote entsprechend den Förderprogrammen der Betriebe für ihren eigenen Fachkräftenachwuchs oder entsprechend den zusätzlich zur allgemeinen Aus-

bildungsordnung in den Berufsförderungswerken vermittelten Kenntnissen;

- neue, von den Tarifvertragsparteien zu vereinbarende Formen eines beruflichen Praktikums, das dem Berufsanfänger die Möglichkeit gibt, Berufserfahrung zu sammeln, ohne den Betrieb zu verpflichten, ein reguläres Arbeitsverhältnis abzuschließen;
- Teilung von Stellen für Berufsanfänger;
- Erweiterung des Maßnahmeangebots der Arbeitsämter mit dem Ziel, es Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluß möglich zu machen, diesen nachträglich zu erwerben.

Das Instrument des Einarbeitungszuschusses läßt sich bisher für Jugendliche häufig nicht nutzen, weil die entsprechenden Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Es ist deshalb vorgeschlagen worden, eine Gestaltung zu suchen, die eine Förderung ermöglicht, bis die ärgsten Probleme überbrückt sind.

**398.** Bei all dem muß man sich freilich der lediglich flankierenden Rolle der Arbeitsmarktpolitik bewußt bleiben. So dringlich es ist, in beschäftigungspolitisch schwieriger Zeit alle Möglichkeiten auszuloten und auch unkonventionelle Wege zu erproben, um jenen zu helfen, die gegen ihren Willen ohne Beschäftigung oder Ausbildungsplatz sind, so wenig darf aus dem Blick geraten, daß Wirkungstiefe und Wirkungsbreite der Arbeitsmarktpolitik begrenzt sind.

Grenzen ergeben sich einmal daraus, daß es auch bei sorgfältigem Festlegen der Bedingungen, unter denen Mittel der Arbeitsförderung gewährt werden, zu Mitnahmeeffekten, Verdrängungseffekten oder anderen Anpassungsreaktionen kommen kann, die dazu führen, daß die eingesetzten Mittel nur zu einem Teil die ihnen zgedachte Wirkung entfalten. Auch wenn es schwer, wenn nicht sogar unmöglich ist, diesen Teil verlässlich zu bestimmen, so wäre es doch verfehlt, etwa die Anzahl der geförderten Beschäftigungsverhältnisse unesehen als Beleg für den beschäftigungsfördernden Einfluß arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zu nehmen. Schon deshalb kann es nicht einfach darum gehen, hier immer mehr Geld auszugeben.

Grenzen ergeben sich auch, weil die Arbeitsmarktpolitik Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt nicht beheben kann, die Folgewirkungen gesamtwirtschaftlicher Fehlentwicklungen oder auch von Preisverhältnissen am Arbeitsmarkt sind, die nicht zu den Knappheitsverhältnissen passen. Die Arbeitslosigkeit trifft nicht zuletzt aus diesem Grund Arbeitskräfte mit unzureichender Qualifikation und Arbeitskräfte ohne Berufserfahrung besonders hart. Mit dem Mittel der Lohnsubvention oder dem Mittel eines alternativen Beschäftigungsangebots lassen sich solche Probleme nicht an der Wurzel packen.

**399.** Die gegenwärtige Finanzlage der Bundesanstalt für Arbeit gibt Gelegenheit, die Rolle der Arbeitsmarktpolitik, insbesondere die der Bundesanstalt selbst, zu überdenken. In den letzten zehn Jahren war diese vielfältigen Problemen ausgesetzt, in deren Gefolge oft sehr kurzfristig Gesetzesänderun-

gen beschlossen wurden. Konzeptionelle Fragen kamen demgegenüber eher zu kurz.

Solche Grundsatzfragen erwachsen vor allem daraus, daß sich an die Bundesanstalt sehr verschiedenartige Erwartungen richten, die oft in Konflikt miteinander liegen. Die Erwartungen, die sich beispielsweise an ihre Aufgabe als Teil des Sozialversicherungssystems knüpfen, sind teilweise andere als jene, die sich auf ihre Rolle als „automatischer Stabilisator“ im Konjunkturablauf richten oder auf ihren Auftrag als Hauptakteur aktiver Arbeitsmarktpolitik. Keine dieser Erwartungen konnte und kann die Bundesanstalt in anhaltend schwierigen Phasen voll befriedigen, schon gar nicht die Erwartung, daß sie allen Vorstellungen gleichzeitig und gleichermaßen gerecht wird.

Hinsichtlich der Versicherungsaufgabe sind die Grenzen bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit unter den Bedingungen, unter denen die Arbeitslosenversicherung zu operieren hat, eng gesteckt.

Als automatischer Stabilisator — ja geradezu als Musterfall dafür — galt die Arbeitslosenversicherung insbesondere vor der Zeit der aktiven Arbeitsmarktpolitik, also bis Ende der sechziger Jahre. Sie entsprach traditionellen Vorstellungen über die zyklische Automatik der Sozialbudgets: In Abschwungsphasen steigen die Ausgaben und sinken die Einnahmen, in Aufschwungsphasen ist es umgekehrt. Ein Budget kann diese Wirkung aber nur haben, wenn es vor prozyklischen Eingriffen sicher ist. Das ist der Haushalt der Bundesanstalt nicht; die jüngere wie die ältere Vergangenheit haben gezeigt, daß fiskalische Konsolidierungsbemühungen in wirtschaftlicher Notlage, die stets auch eine fiskalische ist, vor der Arbeitslosenversicherung nicht haltmachen (können), und umgekehrt, daß Überschüsse in guten Zeiten immer wieder zur Ausweitung der Leistungen verleiten.

Die Aufgabe der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist es, mit ihren Instrumenten dazu beizutragen, der Arbeitslosigkeit des einzelnen vorzubeugen oder abzuwenden. Als das Arbeitsförderungsgesetz entstand, gab es nicht die Befürchtung, daß hohe und länger anhaltende Arbeitslosigkeit erneut eintreten könnte. Nur noch kurze Konjunkturreinbrüche und daneben Reste von friktioneller und saisonaler Arbeitslosigkeit wären — so die vorherrschende Auffassung — zu finanzieren. Im übrigen sollte die Arbeitsverwaltung neben ihren traditionellen Aufgaben der Information, Beratung und Vermittlung mehr und mehr auch eine strukturpolitische Funktion übernehmen: Sie sollte Engpässe am Arbeitsmarkt vermeiden oder verringern helfen. Im Jahre 1970, nach dem Inkrafttreten des Arbeitsförderungsgesetzes, wurde nur ein Viertel der Ausgaben der Bundesanstalt direkt für Leistungen an Arbeitslose aufgewendet, drei Viertel hingegen für aktive Arbeitsmarktpolitik.

Es wurde nie ganz ausdiskutiert, ob dieser Auftrag der Bundesanstalt stetig und unabhängig von Zyklen verfolgt oder die Stabilisatorfunktion auch auf die neue Ausgabenstruktur übertragen werden sollte, also auch die Ausgaben für die aktive Arbeits-

marktpolitik in der Rezession erhöht und in der Expansion gesenkt werden sollten.

Fragestellungen dieser Art wurden auch bald von den Ereignissen überrollt. Die große Arbeitslosigkeit bewirkte, daß die Versicherungsleistungen an Arbeitslose bei stark angewachsenem Gesamtetat wieder dominieren. Die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik haben zwar auch stark, aber keineswegs stetig zugenommen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch diese Leistungen — wie Arbeitsbeschaffung, Fortbildung und Umschulung — zunehmend an Arbeitslose gehen, also weniger als früher vorbeugende Ausgaben sind.

Überlegungen zur Lösung der Probleme gehen in divergierende Richtungen. Der Rat hat einige Diskussionsrichtungen schon früher einmal skizziert (JG 81 Ziffer 427). Sie jetzt weiter zu verfolgen, hätte den Vorteil, daß die Diskussion ohne Zeitnot geführt werden könnte, weil derzeit ein unmittelbarer Entscheidungsdruck nicht besteht.

## V. Steuerungsfehler im Marktprozeß

### Umweltschutzpolitik:

#### Mehr Beschäftigung durch Umweltschutz?

400. Viele der schlimmen Schäden, die heute alle beklagen, gehen darauf zurück, daß, wer der Natur schadete, dafür nicht oder nicht in angemessener Höhe zu zahlen hatte. Lücken im rechtlichen Rahmen und eine nicht immer wirksame Anwendung des Umweltrechts führten dazu, daß die Belastungen des Naturhaushalts überhand nahmen und sich im Laufe der Zeit viele große und kleine Schäden häuften.

Die Altschäden zu beseitigen und neuen Schäden zu wehren und beides möglichst kostengünstig zu bewirken, ist die Aufgabe marktwirtschaftlicher Umweltschutzpolitik. Über die Dringlichkeit der Aufgabe ist man sich allenthalben einig, und der Bürger ist auch bereit, für eine bessere Umwelt Opfer zu bringen. Über das Wie des Umweltschutzes, seinen Ordnungsrahmen und die Einzelmaßnahmen, sind die Meinungen freilich geteilt. Streitig ist auch, ob Umweltschutz Arbeitsplätze kostet oder Arbeitsplätze schafft.

401. Empirische Untersuchungen in der Bundesrepublik und in anderen Ländern kommen überwiegend zu dem Ergebnis, daß vermehrter Umweltschutz insgesamt die Beschäftigung erhöht.

Mit empirischen Untersuchungen kann die allgemein gestellte Frage jedoch nicht zureichend beantwortet werden. Empirisch lassen sich nur bestimmte einzelne umweltpolitische Maßnahmen untersuchen und deren Beschäftigungswirkungen abschätzen; die Ergebnisse lassen sich schon deshalb nicht ohne weiteres verallgemeinern. Schwerer wiegt, daß empirisch allein die positiven Beschäftigungswirkungen des Umweltschutzes erfaßbar sind. Planung, Kontrolle und Durchführung von

Umweltschutzmaßnahmen erfordern mehr Staatsdiener, mehr öffentliche Investitionen und mehr öffentliche Sachausgaben, und das bedeutet mehr Beschäftigung anderswo. Die Umweltschutzregelungen zwingen Unternehmen zu Investitionen und Umstellungen, die ebenfalls Arbeitsplätze schaffen, sei es im betroffenen Unternehmen selbst, sei es in anderen Bereichen. Die direkten positiven Arbeitsplatzeffekte im öffentlichen und privaten Sektor lassen sich recht gut ermitteln, die indirekten können zumindest abgeschätzt werden.

Die Gegenrechnung der negativen Beschäftigungseffekte läßt sich jedoch empirisch nicht aufmachen. Wie könnte man herausfinden, welche Arbeitsplätze in anderen Teilen des öffentlichen Dienstes wegfallen, wenn der Staat die zusätzlichen Mittel für Umweltschutz an anderer Stelle einspart, wie könnte man die Verdrängung von Nachfrage und Beschäftigung im privaten Bereich abschätzen, wenn der Staat sich die nötigen Mittel durch höhere Abgaben verschafft? Und welche Arbeitsplätze gehen in den durch Umweltschutzmaßnahmen betroffenen Bereichen verloren, weil die Produktion aufgrund von Auflagen oder Mehrkosten eingeschränkt, verlagert oder umgestellt wird? Alle diese negativen Beschäftigungswirkungen bleiben, von Ausnahmefällen abgesehen, für empirische Analysen unsichtbar.

**402.** Eine allgemeine Überlegung hilft weiter. Sie ermöglicht es, die Bedingungen für eine beschäftigungsfreundliche Umweltschutzpolitik zu präzisieren.

Die natürliche Umwelt ist Teil des volkswirtschaftlichen Vermögens. Sie wird zum einen für die Produktion von Gütern nachgefragt, zum anderen dient sie dem Menschen unmittelbar. Die Möglichkeiten, das Naturkapital zu nutzen, sind absolut begrenzt. Aus der Begrenztheit der Vorkommen an Energierohstoffen und mineralischen Rohstoffen folgt, daß eine Ausbeutung heute die Nutzung der Möglichkeiten morgen mindert; bei dem sich erneuernden Teil der natürlichen Umwelt geht die heutige Nutzung nur dann nicht zu Lasten der zukünftigen, wenn sie die Naturkreisläufe intakt läßt; denn nur dann bleibt das Nutzungspotential im ganzen erhalten. Die ökonomische Knappheit nimmt also hier wie dort mit der Intensität der Umweltnutzung zu.

Bei den Rohstoffvorkommen wird zunehmende Knappheit durch steigende Preise signalisiert. Wie die Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts lehren, setzen steigende Energie- und Rohstoffpreise vielfältige Anpassungen in Gang. Der verteuerte Rohstoff wird weniger eingesetzt, durch weniger knappe Rohstoffe und andere Faktoren substituiert. Das Beispiel des Öls zeigt, wie kraftvoll und erfolgreich diese Anstrengungen sein können. Gleich starke Wirkungen können von adäquaten Knappheitssignalen für die Nutzung des erneuerbaren Teils der natürlichen Umwelt erwartet werden. Wollen die Bürger den Versorgungsstand bei den „Sozialproduktgütern“ aufrechterhalten und zugleich die natürliche Umwelt schonen — das heißt, wollen sie die Produktivität bei der Nutzung der Umwelt

ebenso erhöhen, wie es bei der Produktivität der Energienutzung schon gelungen ist —, dann müssen sie sich mehr anstrengen als bisher, das heißt mehr arbeiten, mehr sparen und mehr investieren. Dann ist auch nicht nur Aufrechterhaltung, sondern sogar Steigerung der Beschäftigung möglich, wenn auch nicht leicht zu erreichen.

**403.** Der Grundgedanke ist einfach. Wenn die Menschen eine bessere Umwelt haben wollen und bereit sind, dafür zu bezahlen, dann ist es vorteilhaft für sie, Teile ihres Einkommens — und damit mögliche Nachfrage nach Gütern des Sozialprodukts — herzugeben für andere, die ihnen die Umweltverbesserung besorgen; diese verdienen bei der Beschäftigung mit der Produktion von Umweltschutz eben jene Einkommensteile und verwenden sie ihrerseits dafür, Güter des Sozialprodukts zu kaufen. Im Ergebnis kann die Güterproduktion im ganzen und die dabei eingesetzte Beschäftigungsmenge erhalten bleiben; hinzu käme die Beschäftigung im Umweltschutz. Vom Sozialprodukt haben die einen jetzt weniger, die anderen mehr; gemeinsam haben sie die bessere Umwelt, so daß der Mehrnutzen für alle außer Frage steht. Der Nutzenzuwachs dank besserer Umweltqualität übersteigt den Nutzenverzicht bei den traditionellen Gütern, der so verbleibende Mehrnutzen bildet die treibende Kraft für mehr Produktion und mehr Beschäftigung. Dabei hat man sich die Mehrbeschäftigung für den Umweltschutz nicht einfach verselbständigt und selbstverständlich auch nicht so vorzustellen, daß dafür unmittelbar nur Arbeitslose eingesetzt werden. Über die Märkte wird es vielerlei Substitutionsketten geben, über die auch Arbeitslose in den Produktionsprozeß einbezogen werden, solange es entsprechend qualifizierte Kräfte gibt.

Dies ist nur eine Chance, nicht eine Prognose des Ergebnisses. Damit sich ein so gutes Ergebnis einstellen kann, müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein. Die Maßnahmen des Umweltschutzes verteuern, unveränderte Preise für Arbeit und alle anderen Produktionsfaktoren unterstellt, die Produktion in den unmittelbar und mittelbar betroffenen Bereichen. In den meisten empirischen Studien wird dieser Kosteneffekt ohne weiteres in einen Nachfrageeffekt umgedeutet; danach führen die für Umweltschutz entstehenden Investitionsausgaben und sonstigen Aufwendungen, soweit sie Arbeitsleistungen abgelten, zu einer nachfragebedingt zusätzlichen Beschäftigung. Diese Sicht stellt in ihrer Einseitigkeit die Dinge offenbar auf den Kopf; denn ihr zufolge wären die Beschäftigungswirkungen des Umweltschutzes um so höher, je teurer und damit auch je ineffizienter er wäre. Die Kostensteigerung zeigt an, in welchem Umfang hier Arbeitsleistungen und Kapitalgüter für den Schutz der natürlichen Umwelt eingesetzt werden; sie signalisiert zugleich, in welchem Ausmaß die produzierten Güter die Umwelt beanspruchen und deshalb ihr Preis steigen muß. Die Verteuerung der umweltintensiv produzierten Güter braucht nicht zu einer Erhöhung des Preisniveaus zu führen, wenn die Preise der anderen Güter entsprechend stark nachgeben; es kommt dann nur zu einer Änderung in der Preisstruktur. Notwendig dafür ist die Konstanz des gesamtwirt-

schafflichen Kostenniveaus. Der Einsatz von Arbeit und Kapital für Zwecke des Umweltschutzes bedeutet nun, daß zur Herstellung der gleichen Menge an Gütern des Sozialprodukts mehr Anstrengungen unternommen werden, die Produktivität, gemessen in Gütern des Sozialprodukts, also sinkt beziehungsweise weniger steigt, als sie ohne Umweltschutz gestiegen wäre. Wird diese Verschlechterung der Produktivitätsentwicklung in den Entgelten der an der Produktion Beteiligten berücksichtigt, dann verteuert mehr Umweltschutz die Produktion der Güter des Sozialprodukts im ganzen nicht. Das wiederum bedeutet, daß diese Produktion im ganzen — und damit die dabei eingesetzte Beschäftigungsmenge — von der Kostenseite her nicht gefährdet wird.

Auch von der Nachfrageseite her braucht man in diesem Fall, wie gesagt, im Prinzip nichts zu fürchten; denn was jene, die schon vorher erwerbstätig waren, jetzt weniger verdienen und weniger nachfragen, als sie ohne die Mindersteigerung ihrer Entgelte verdient hätten, das wird von denen, die den Umweltschutz besorgen, verdient und als Nachfrage an den Markt gebracht.

Daß sich die Unternehmen unter solchen Bedingungen in ihren Absatzerwartungen und den davon bestimmten Entscheidungen für künftige Produktion, den Investitionen also, auf ein solches Ergebnis einstellen, sollte man nicht pessimistischer sehen als im Falle anderer Änderungen der Produktionsbedingungen auch. Sicher ist dies freilich nicht, und es ist wichtig für einen guten Ausgang.

Passen sich die Entgeltforderungen nicht dem verringerten Produktivitätszuwachs an, sondern gehen darüber hinaus, dann steigt das Kostenniveau. Die Produktion im ganzen und damit auch die zugehörige Beschäftigung lassen sich dann nur aufrechterhalten, wenn das Preisniveau ebenfalls steigt und dadurch das gesamtwirtschaftliche Verhältnis zwischen Erlösen und Kosten — das reale Kostenniveau — unverändert gehalten wird, was wiederum voraussetzt, daß die dazu erforderlichen allgemeinen Preissteigerungen nicht zum Anlaß für kompensierende Einkommensansprüche genommen werden. Ist diese Bedingung nicht erfüllt, werden bessere Umwelt und mehr Beschäftigung zu rivalisierenden Zielen.

**404.** Der Verzicht auf (zusätzliches) Realeinkommen zugunsten besserer Umwelt — und damit kommen wir zum Hauptproblem — ist nicht leicht zu bewirken, auch dann nicht, wenn viele Bürger das im Grunde wollen. Denn gute Umwelt ist im allgemeinen etwas, das den Menschen nützt, ohne daß sie unmittelbar für das bezahlen müßten, was ihnen zugute kommt. Deshalb kommt es nicht spontan zur erforderlichen Zurückhaltung bei den Entgeltwünschen. Räumlich mobiles, gar international mobiles Kapital ist überhaupt nicht zur Entgeltanpassung zu zwingen. Zwar ist ein großer Teil der Maßnahmen zugunsten einer besseren Umwelt für alle von so großem Nutzen, daß sich keiner schlechter zu stellen braucht, wenn er im Tausch für mehr Umweltqualität auf sonst mögliche Entgeltsteigerun-

gen verzichtet. Doch Umweltschutz in einem Maße, wie es gesamtgesellschaftlich nützlich erscheint, könnte erfordern, auch solche Maßnahmen gutzuheißen, bei welchen nicht garantiert ist, daß die Gesamtheit der Arbeitnehmer Gewinner ist. Um so mehr kommt es darauf an, die gesellschaftspolitische Bedeutung des Umweltschutzes immer wieder und überall ins Bewußtsein zu heben. Äußerungen der Arbeitnehmervertreter begründen die Hoffnung, daß dies von ihnen auch so gesehen wird.

**405.** Eine Umweltpolitik, die den abgewogenen Wünschen der Bürger entspricht, das heißt mehr Nutzen stiftet als kostet, kann mehr Beschäftigung in gleicher Weise anregen wie die Entwicklung und Einführung eines neuen attraktiven Produkts. Ein Teil der Nachfrage wird sich zwar von den Gütern abwenden, die sich durch den Einsatz umweltschonender Technik verteuern müssen. Aber diese Nachfrage wendet sich anderen Produkten zu. Minderbeschäftigung hier geht mit Mehrbeschäftigung dort einher, wobei eine Mehrbeschäftigung im ganzen gewiß ist wegen der Beschäftigung im Bereich des Umweltschutzes, hervorgerufen durch die Neunachfrage nach Leistungen, die die Umweltqualität verbessern. Sie ist gewiß, solange sich die Menschen nicht wegen der Verteuerung der Güter des Sozialprodukts zu mehr Freizeit, Eigenarbeit oder in die Schattenwirtschaft zurückziehen (und dadurch — über Verknappung — eine Verteuerung von Arbeit ins Spiel bringen).

Diese Einschätzung ist im Grundsatz auch nicht zu modifizieren, wenn man die möglichen Veränderungen der Außenhandelsströme bedenkt. Muß Produktion in den vom Umweltschutz betroffenen Bereichen eingeschränkt werden, weil ausländische Anbieter nunmehr wettbewerbsfähiger sind, so fällt zwar Beschäftigung aus, und dies möglicherweise rasch und in erheblichem Umfang. Doch gilt auch hier, daß bei unverändertem Niveau der Kosten an anderer Stelle der Volkswirtschaft die Kosten jetzt niedriger sind, dort also mehr Produktion rentabel wird. Die Risiken, die hinsichtlich der Umsetzungsgeschwindigkeit im Falle gravierender Kostenerhöhungen in einzelnen Bereichen zu bedenken sind, darf man allerdings nicht gering schätzen.

Längerfristig ist von Bedeutung, daß es sich bei vielen Gütern des Umweltschutzes und umweltfreundlichen Industrieprodukten um Güter handelt, für die auch im Ausland Nachfrage schon besteht oder mit der Verschärfung von Umweltschutzanforderungen entstehen wird. Bei diesen Anlagen, Apparaten, Meß- und Kontrollgeräten sowie umweltfreundlichen Produkten handelt es sich meist um technisch anspruchsvolle Güter; bei derartigen Produkten besitzt die Bundesrepublik traditionsgemäß comparative Produktionsvorteile.

**406.** Bei gegebenen Anforderungen an die Umweltqualität fällt die (relative) Produktivitätsminderung und damit die aus Beschäftigungsgründen notwendige Verringerung der individuellen Ansprüche auf Realeinkommen um so geringer aus, je kostengünstiger der Umweltschutz erfolgt. Die Chance auf

198

Mehrbeschäftigung ist deshalb bei kostenminimaler Umweltverbesserung am größten.

Zu den Grundlinien einer Umweltschutzpolitik, die auf Minimierung der Kosten zielt, gehört die strikte Befolgung des Verursacherprinzips. Wer die natürliche Umwelt in Anspruch nimmt, als Produzent oder als Konsument, muß durch die Rechtsordnung gezwungen werden, für die von ihm verursachten Schäden zu zahlen. Der Verursacher hat die Kosten der Schadensvermeidung zu tragen, nicht der Steuerzahler. Der Vorschlag beispielsweise, die Kosten für die Entschwefelung und Entstickung von Kraftwerken, für die Abwässerreinigung und sonstige Entsorgungsaufgaben teilweise durch eine Sonderabgabe oder aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren, kann deshalb nicht gutgeheißen werden. Eine Abwälzung der Kostenlast von den Schadensverursachern auf die Steuerzahler bedeutete, daß die Produkte der umweltbelastenden Betriebe nicht mit den Kosten ihrer Umweltbeanspruchung belastet würden, ihre Preise deshalb zu niedrig ausfielen und es so bei einer übermäßigen Umweltbeanspruchung bliebe.

Nicht überall kann das Verursacherprinzip konsequent angewandt werden. Vor allem bei den im Ausland verursachten Schäden, zum Beispiel der importierten Verschmutzung der Luft und der importierten Verunreinigung der Flüsse, aber auch bei manchen Altschäden, der Naturbelastung durch Altdeponien etwa, mißlingt der Zurechnungsversuch. In anderen Fällen wäre es zu aufwendig, die Verursacher ausfindig zu machen und für die Schadensminderung heranzuziehen. Hier verbleibt nur noch die Finanzierung nach dem Gemeinlastprinzip.

Wo eine Zurechnung möglich ist, sind Kostensenkungen am ehesten zu erreichen, wenn mit marktnahen Lösungen Anreize für die knappheitsgerechte Umweltnutzung geschaffen werden. Da es sich hierbei um wirtschaftspolitisches Neuland handelt, ist verständlich, daß das Für und Wider sowie die Einsatzmöglichkeiten marktwirtschaftlicher Instrumente immer noch umstritten sind; und leicht zu erklären ist, daß Behörden die administrative Mengenregelung bevorzugen. Angesichts der großen und noch zunehmenden Bedeutung der Umweltschutzpolitik sind Grundsatzentscheidungen für diesen Teilbereich der Wirtschaftspolitik nötig. Deshalb ist es wichtig, die Möglichkeiten für marktwirtschaftliche Lösungen im Umweltschutz sorgfältig auszuloten und gegebenenfalls auch Experimente zu wagen, um diese abzuklären. Es geht dabei in der Regel nicht um einen Ersatz des bisherigen Ordnungsrahmens, sondern um eine Ergänzung durch marktwirtschaftliche Instrumente.

407. Große Hoffnungen dürfen in weitere bedeutende Fortschritte der Umweltschutztechnik gesetzt werden, namentlich dann, wenn das Verursacherprinzip möglichst strikt Anwendung findet. Der technische Fortschritt senkt die Kosten des Umweltschutzes und erweitert die Palette der exportfähigen Güter. Die Umweltschutzpolitik hat mit der

Verschärfung ihrer Anforderungen neue, teilweise sehr weitreichende Ziele gesteckt, die neue technische Wege und neue organisatorische Regelungen erforderlich machen. In verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes konnten für neugestellte Aufgaben überraschend schnell technische und organisatorische Lösungen gefunden werden, ganz ähnlich wie bei der Energieeinsparung und der Ölsubstitution, nachdem das Öl so drastisch verteuert worden war. Manche Techniken des Umweltschutzes stehen noch am Beginn ihrer Entwicklung, und auch im organisatorischen Bereich sind nach Auffassung vieler Umweltschutzexperten große Chancen bisher ungenutzt geblieben.

408. Auch wenn Umweltschutz, marktwirtschaftlich organisiert und effizient betrieben, zusätzliche Arbeitsplätze schafft, heißt das nicht, daß sich vorübergehend beschäftigungsmindernde Wirkungen immer vermeiden lassen. Die Maßnahmen des Umweltschutzes erzwingen vielfältige Anpassungen, die zu Verschiebungen des Produktionsgefüges und Änderungen des gesamtwirtschaftlichen Güterbündels führen müssen. Die Kosten des Umweltschutzes verteilen sich höchst ungleichmäßig auf die verschiedenen Produktionsbereiche. Es trifft zwar zu, daß diese Mehrkosten bei vielen Gütern nicht stark ins Gewicht fallen. Die umweltintensiv produzierenden Unternehmen aber werden durch Einschränkungen in der Umweltnutzung, die Kosten der Schadensvermeidung, hart getroffen. Soweit sie von ausländischer Konkurrenz oder vom Substitutionswettbewerb bedrängt werden und die Nachfrage sehr elastisch reagiert, können sie die Kosten für den Umweltschutz nicht im Preis überwälzen. Weil die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Produktion von umweltfreundlichen Gütern und von Umweltschutzanlagen nicht parallel zum Abbau von unrentabel gewordenen Arbeitsplätzen in umweltintensiv produzierenden Betrieben vor sich geht, kann eine Verschärfung der Umweltschutzanforderungen zeitweilig die Arbeitslosigkeit erhöhen. Das gilt vor allem für Gebiete, in denen Krisenbranchen zugleich umweltintensiv produzieren und daher durch Umweltauflagen besonders stark getroffen werden.

Mit der nach Wirtschaftszweigen und Regionen ungleichmäßigen Kostenbelastung durch Umweltschutz verbinden sich Anpassungsaufgaben für die Unternehmen, aber auch Aufgaben für die Wirtschaftspolitik. Wenn eine sorgfältige Lageanalyse zu dem Ergebnis kommt, daß die Einführung verschärfter Umweltschutzmaßnahmen in einzelnen Regionen oder Bereichen bedeutende Produktionseinschränkungen erzwingt und der Arbeitsmarkt dadurch stark belastet wird, mag es vertretbar sein, das Tempo für die Einführung verschärfter Umweltschutzbestimmungen zu verringern. Weichere Standards dürfen jedoch nur für eine kurze Anpassungsdauer gewährt werden. Es macht gesamtwirtschaftlich keinen Sinn, die internationale Konkurrenzfähigkeit von Branchen und die Erhaltung unrentabler Arbeitsplätze in umweltintensiv produzierenden Bereichen mit Umweltschäden zu bezahlen.

409. Es läßt sich festhalten: Umweltschutz und hoher Beschäftigungsstand werden nicht zu rivalisierenden wirtschaftspolitischen Zielen, wenn der Minderung des Produktivitätsanstiegs durch entsprechend verminderte Ansprüche auf das Realeinkommen Rechnung getragen wird. Dann trägt der Umweltschutz zur Verbesserung der Beschäftigungslage bei. Wichtig bei alledem ist, daß die Umweltschutzpolitik einen klaren Kurs fährt. Unklarheit über die Konzeption verursacht Ungewißheit bei den Planungen von Unternehmen und Haushalten. Diese Ungewißheit ist vermeidbar; sie verursacht nur überflüssige Kosten. Eine kurstreue marktwirtschaftliche Umweltschutzpolitik, dem Bürger durchschaubar und damit einsichtig gemacht, trägt nicht nur zur allseits gewünschten Verbesserung der Umweltqualität bei, sondern im Nebenergebnis auch zur Minderung unserer Beschäftigungsprobleme, und zwar mehr, als steuerfinanzierte oder kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramme für den Umweltschutz es vermöchten.

#### Regionale Wirtschaftspolitik: Neue Herausforderungen

410. Die regionalen Unterschiede bei wichtigen wirtschaftlichen Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, Infrastrukturausstattung oder Arbeitslosenquote sind in der Bundesrepublik, vergleicht man sie mit anderen Ländern, gering. Dies ist zu einem guten Teil dem weit in die Geschichte zurückreichenden föderalen Staatsaufbau zu verdanken, der eine polyzentrische wirtschaftliche Entwicklung begünstigte und gravierende Disparitäten zwischen Zentrum und Peripherie gar nicht entstehen ließ. In den letzten drei Jahrzehnten hat die Regionalpolitik dazu beigetragen, das interregionale Wohlstandsgefälle zu verringern. Aber sie hat es selbstverständlich nicht beseitigen können. Es gibt nach wie vor Problemregionen, die merklich hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückbleiben und in denen vor allem die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch ist. Es sind teils die alten Regionen, teils aber auch neue. Bemerkenswert ist, daß inzwischen auch traditionelle Industriestandorte zu den Problemregionen zählen.

— Im Rückstand geblieben sind vor allem die ländlich strukturierten, wenig verdichteten und peripher gelegenen Regionen, die traditionellen Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Die guten Anfangserfolge bei den Bemühungen, das Wirtschaftsgefälle durch Fördermaßnahmen stärker einzuebnen, stellten sich ab Mitte der siebziger Jahre nicht mehr im gleichen Maße ein. Die Arbeitslosigkeit in den meisten ländlichen Räumen ist im Gegenteil überdurchschnittlich angestiegen — zum einen, weil dort wegen der höheren Geburtenraten die Anzahl der Berufsanfänger größer ist als anderswo, zum anderen, weil die Möglichkeiten, in anderen Regionen Arbeit zu finden, geringer sind als früher, also weniger Anreiz zum Abwandern besteht. Die Regionen in der Nähe von Verdichtungsräumen konnten allerdings zumeist weiter aufho-

len. In einzelnen Gebieten, vor allem im Süden der Bundesrepublik, aber nicht nur dort, war die Entwicklung der Beschäftigung sogar bemerkenswert gut. Die Zukunftsperspektiven für die abgelegenen ländlichen Problemgebiete muß man jedoch überwiegend als nicht günstig beurteilen.

— Seit Mitte der siebziger Jahre hat sich auch die Differenzierung zwischen den industriellen Verdichtungsräumen verstärkt. Eine günstige Entwicklung nahmen Ballungsräume, die große Dienstleistungszentren darstellen oder eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung und Anwendung neuer Techniken spielen. In einigen Fällen haben andere Standortvorteile, wie ein hoher Wohnwert, der den Zuzug qualifizierter Kräfte begünstigt, hierzu beigetragen. Altindustrielle Regionen hingegen — die Montanreviere an Ruhr und Saar und die norddeutschen Gebiete, in denen der Schiffbau eine bedeutende Rolle spielt — sind in eine tiefe Beschäftigungskrise geraten. Dort entstehen für die von schrumpfenden Bereichen freigesetzten Arbeitskräfte nicht genügend oder jedenfalls nicht ausreichend schnell genügend neue Arbeitsplätze in anderen Bereichen. Die Arbeitslosenquote in den neuen Problemregionen überschreitet deutlich die im Bundesgebiet. Nur hinsichtlich des Pro-Kopf-Einkommens schneiden diese Gebiete gut ab, auch die Ausstattung mit wirtschaftsnaher Infrastruktur ist bei ihnen im ganzen zumindest befriedigend.

411. Bei der wirtschaftlichen Erneuerung der altindustriellen Regionen scheint es sich um eine Aufgabe zu handeln, die erstmals die Regenerationsfähigkeit von Verdichtungsräumen überfordert. Verdichtungsräume galten bisher wegen ihrer Produktionsvorteile aufgrund von Großserien und Spezialisierungsmöglichkeiten, wegen der Vielfalt ihrer Produktion und wegen ihres differenzierten Arbeitsmarktes als besonders anpassungsfähig und dynamisch. Tatsächlich konnten lokale Auswirkungen von Branchenkrisen und Unternehmenszusammenbrüchen bis vor einem Jahrzehnt weitgehend durch Wachstumsgewinne anderer Branchen und Unternehmen ausgeglichen werden, so daß sich die Arbeitslosigkeit in der Region nicht verfestigte. Die hohe und teilweise noch steigende Arbeitslosigkeit an Ruhr und Saar, in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen oder im Kieler Raum weist auf spezifische Strukturschwächen dieser Regionen hin, die bisher aus eigener Kraft nicht überwunden werden konnten.

Regionen mit einem hinsichtlich der Größenstruktur ausgewogenen Bestand an Unternehmen haben Vorteile bei der Restrukturierung und wirtschaftlichen Erneuerung. Die altindustriellen Problemregionen mit dem hohen Gewicht ihrer Großunternehmen hingegen tun sich damit schwer. Hier ist die Neigung zu defensiven Strategien besonders ausgeprägt, zumal der Staat, der in Notfällen mehr den Großen als den Kleinen hilft, ein solches Verhalten häufig fördert und damit bremsend auf den Strukturwandel wirkt.

**412.** Anders als viele wirtschaftlich zurückgebliebene ländliche Gebiete verfügen die altindustriellen Regionen freilich über ein beträchtliches Entwicklungspotential. Ihre Ausstattung mit traditioneller Infrastruktur ist reichhaltig und, von städtebaulichen Mängeln abgesehen, im ganzen recht gut, auch wenn es bei deren Erneuerung und Modernisierung, etwa beim Aufbau von modernen Kommunikationssystemen, zunehmend Defizite gibt. Überdies ist die Branchenzusammensetzung keineswegs so einseitig und die technischen und ökonomischen Fähigkeiten sind nicht so auf die Krisensektoren ausgerichtet, wie es in der Öffentlichkeit oft hingestellt wird. Zum Teil kann auch die geographische Lage im europäischen Wirtschaftsraum als günstig bezeichnet werden. Deshalb sollte die Hauptaufgabe darin bestehen, die auf mancherlei Art blockierten Wachstumskräfte der Regionen freizusetzen. Dies ist in der Hauptsache eine Aufgabe der Regionen selbst. Ohne angemessene eigene Anstrengungen wird es zu keinem Zustrom von Sachkapital und nicht zur Gründung neuer Unternehmen kommen. Die Hilfe des Staates kann nur subsidiär sein.

**413.** Es stellt sich die Frage, in welcher Weise die regionale Wirtschaftspolitik des Bundes und der Länder sinnvoll helfen kann. Vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten, objektive Kriterien für die Förderungsbedürftigkeit von Regionen aufzustellen und anzuwenden, aber nicht allein vor diesem Hintergrund ist inzwischen die wissenschaftliche Diskussion darüber in Gang gekommen. Kritik an der bisherigen Konzeption der Regionalpolitik richtet sich zum einen gegen die unzureichende Ressortabstimmung im Hinblick auf regionalpolitische und raumordnungspolitische Zielvorstellungen. Zum anderen betrifft sie Abstimmungsschwierigkeiten, die aus der vertikalen Kompetenzverteilung auf Bund, Länder und Gemeinden resultieren. Insbesondere wird an der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, dem traditionellen Kernstück regionalpolitischer Eingriffe, die gleichberechtigte Zuständigkeit von Bund und Ländern kritisiert. Die Bundesbeteiligung, so lautet der Vorwurf, führe hinsichtlich der Ansatzpunkte und der Abgrenzung förderungswürdiger Maßnahmen sowie bei der Festlegung des Förderinstrumentariums zu einer Vereinheitlichung, die zu wenig auf regionalspezifische Bedürfnisse und Wünsche Rücksicht nehme; und die Länderbeteiligung behindere zu stark durchgreifende Änderungen in der Förderungspraxis, weil die Länder vor allem darauf bedacht sind, ihre Förderanteile zu verteidigen, auch wenn im Lichte neuer Erfahrung Änderungen geboten wären. Darüber hinaus gibt es eine lebhaft diskutierte Frage über zentrale Einzelfragen der Gemeinschaftsaufgabe, die die Abgrenzung der Fördergebiete, das System der Schwerpunkttorte, in denen die Fördersätze höher liegen dürfen, die Festlegung der Verwendungszwecke von Fördermitteln in der Region und die konkreten Bemessungsgrundlagen für die Gewährung von Hilfen zur Stimulierung privater Wirtschaftstätigkeit betreffen.

**414.** Immer wieder wird auch die Frage gestellt, welchem Ziel die regionale Wirtschaftspolitik vor-

rangig zu dienen habe, dem Ziel, interregionale Wohlstandsunterschiede auszugleichen, oder dem Ziel, das Wachstumspotential entwicklungsfähiger Regionen besser zu nutzen. Dies ist gewiß vor allem eine normative Frage. Das Gebot des Bundesraumordnungsgesetzes, zu verhindern, daß die Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit in den einzelnen Regionen wesentlich gegenüber dem Bundesdurchschnitt zurückbleiben, steht wohl außer Diskussion, wengleich das nicht heißt, daß die üblichen Indikatoren wie Einkommen, Beschäftigung und Versorgung mit Infrastruktur die Lebensbedingungen hinreichend beschreiben können. Doch muß aus ökonomischer Sicht daran erinnert werden, daß auch interregional nur das verteilt werden kann, was erwirtschaftet wird. Man muß sich fragen, ob das Ausgleichsziel nicht für eine gewisse Zeit in den Hintergrund treten muß, um zunächst einmal Wachstumskräfte zu aktivieren.

Ein Kennzeichen der altindustriellen Regionen ist ohnehin ein vergleichsweise hohes Niveau der Preise für Arbeit und Boden. Diese Regionen sind auch deshalb nicht attraktiv genug, Kapital anzuziehen. So werden hohe Löhne, die alte Industrien aufgrund von Subventionen zahlen, zu einem Hemmnis für die Ansiedlung neuer Unternehmen.

**415.** Tatsächlich wird die Förderung von Regionen zunehmend mit dem Ausgleichsziel gerechtfertigt, die wachstumspolitische Begründung für eine Regionalpolitik ist in den Hintergrund gedrängt worden. Das ist angesichts der großen Schwierigkeiten, das Entwicklungspotential einer Region überzeugend zu bestimmen, nicht verwunderlich. Fast jede Region nimmt gegebenenfalls für sich in Anspruch, ein gutes Entwicklungspotential zu besitzen, und sie kann dabei durch objektive Analysen schlecht widerlegt werden. Hier könnte jedoch angeknüpft werden, wenn es gilt, dem Wachstumsziel in der Regionalpolitik wieder höheren Rang zu verschaffen. Die regionale Wirtschaftspolitik könnte weitgehend in die Verantwortung der Regionen überstellt werden. Über die Entwicklungsperspektiven von Regionen würde dann weniger bürokratisch entschieden, stärker in einem Verfahren, dessen Ergebnisse sich im Wettbewerb bewähren müssen.

**416.** Die Verlagerung von Kompetenzen auf die Regionen ist die Grundidee dessen, was unter dem Stichwort der Regionalisierung der Regionalpolitik als neues Konzept gefordert wird. Eine solche Aufgabenzuweisung, bei der sich eine größtmögliche räumliche Deckung von Einflußbereich und Verantwortungsbereich ergäbe, hätte wichtige Vorteile. Die Politikgestaltung rückte räumlich näher an die Probleme heran, regionalspezifische Engpaßfaktoren könnten eher und präziser ausgemacht, auf neue Entwicklungen und Erfahrungen könnte flexibler reagiert werden, und vielleicht ließen sich in manchen Fällen auch bürokratische Hemmnisse vermeiden. Die dezentral betriebene Suche nach Möglichkeiten, Entwicklungen anzustoßen, würde vermutlich auch zu einem größeren Erfahrungsschatz hinsichtlich der Tauglichkeit und der Kosten verschiedener Förderkonzepte und Instrumente führen. Denn auch für die regionale Entwicklungs-

politik selbst gilt: Gesucht sind neue praktikable Ideen. Und diese sind immer knapp.

417. Eine Revision der Aufgabenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften ist freilich ein schwieriges Problem und nicht von heute auf morgen möglich. Dies gilt um so mehr, als das Regelwerk eines funktionstüchtigen Systems regionalisierter Kompetenzen eine zur Aufgabenverteilung passende Finanzverfassung erfordert. Die Instanzen brauchen nicht nur die Ausstattung mit Einnahmenquellen, die von der fiskalischen Ergiebigkeit her zu ihren Aufgaben passen, sie brauchen vor allem Quellen, die eine möglichst enge Fühlung sichern zwischen regionalen Entwicklungserfolgen und dem finanziellen Spielraum der Instanz. Denn an diese Größe bindet sich das Politikerinteresse, aber auch das Interesse der vollziehenden Verwaltung. Außerdem wären Regeln unentbehrlich, um einen Subventionswettbewerb zu verhindern.

Das Ausgleichsziel wäre in einem solchen System vor allem den Regelungen des Finanzausgleichs anvertraut. Dieser müßte so gestaltet werden, daß ausreichende Anreize für die regionalen Instanzen vorhanden sind, sich einen Wettbewerbsvorsprung zu verschaffen, etwa durch besonders wirksame Ideen zur Wirtschaftsförderung oder durch kostengünstig bereitgestellte und effizient eingesetzte Leistungen, die komplementär zu privatem Wirtschaften sind.

418. Mehr interregionaler Wettbewerb in der regionalen Entwicklungspolitik erfordert nicht unbedingt mehr öffentliches Geld. Er erfordert vor allem mehr Flexibilität und Einfallsreichtum. Soweit es darum geht, den regionalen Strukturwandel zu beschleunigen, sollte man den Regionalinstanzen die Möglichkeit verschaffen, auf solche Regulierungen zu verzichten, die ein Hemmnis für den Strukturwandel darstellen. Was an Lösungsmodellen zulässig sein sollte, brauchte nicht so radikal zu sein, wie es etwa die Errichtung von sogenannten Zonen freier Wirtschaftstätigkeit mit Zoll- und Steuerbefreiungen wäre. Bestimmte Elemente solcher Konzepte sind jedoch erwägenswert.

Zonen mit besonderem Status gibt es bereits in vielen Ländern und in recht verschiedener Ausgestaltung. In Großbritannien beispielsweise sind sogenannte Enterprise Zones geschaffen worden, die der Arbeitsplatzbeschaffung, der Entkernung von Ballungsgebieten und der Neubesiedlung von Flächen mit stillgelegten Betrieben dienen. Unternehmen, die sich dort ansiedeln, erhalten vielfältige Erleichterungen im Bereich der Abgaben und der administrativen Regelungen. Ähnlich verhält es sich mit den Enterprise Zones, die in verschiedener Form in den Vereinigten Staaten, in Belgien oder in vielen asiatischen Entwicklungsländern bestehen.

Die Leitidee der freien Wirtschaftszonen ist es, einen besonderen Freiraum für wirtschaftliches Handeln zu schaffen. Für die Regionen mit überholter Wirtschaftsstruktur, deren Dynamik schwach ist, bietet sich hier eine Chance. Ein erfolgversprechender Weg wäre etwa der Abbau administrativer Hemmnisse und bürokratischer Regulierungen, die als Marktzugangsbarrieren wirken. Erwägenswert

wären beispielsweise auch Regelungen des Umweltschutzes, die es gestatten würden, in den altindustriellen Gebieten das Glockenkonzept anzuwenden (JG 83 Ziffern 509 f.). Erwägenswert wäre weiter die Lockerung hemmender wohnungspolitischer Vorschriften, namentlich der Mietbindung bei Sozialwohnungen, für diejenigen Gebiete, in denen ohnehin von Wohnungsmangel keine Rede mehr sein kann. Gewisse Vorbehalte haben wir aber gegenüber Regelungen, die diese Regionen steuerpolitisch und handelspolitisch begünstigen würden. Immerhin ist zumindest die Anregung weiteren Nachdenkens wert, in der Region neu gegründeten Unternehmen im Falle von Anlaufverlusten handelbare Steuergutscheine zu Lasten des Landeshaushalts zu geben, soweit dies nicht schon allgemein im Rahmen der Ertragsteuern eingeführt wird (Ziffer 464).

Der Vorteil freier Wirtschaftszonen liegt auch darin, daß man in solchen Zonen neue institutionelle Regelungen zunächst einmal in einem „empirischen Experiment“ auf ihre Tauglichkeit hin überprüfen kann. Damit lassen sich auch leichter Widerstände überwinden, die bei einer flächendeckenden Lösung zu erwarten wären.

419. Bedenkt man die Erfordernisse an organisatorischer Neuordnung und die Folgen für die Finanzverfassung, so wird klar, daß die volle Regionalisierung der Regionalpolitik kein Programm auf kurze oder mittlere Sicht ist. Deshalb kann auf die auf Bundesebene organisierte regionale Wirtschaftspolitik vorerst nicht verzichtet werden. Aber es sollte doch in Schritten versucht werden, die Kompetenzen der regionalen Instanzen und deren Interesse am örtlichen Gewerbe und an einem möglichst effizienten Mitteleinsatz zu stärken. Hierzu gehören vor allem Änderungen im System der Gemeindesteuern.

420. Die Einführung einer kommunalen Wertschöpfungssteuer würde das Interesse an allen Arten wirtschaftlicher Betätigung in den Gemeinden stimulieren, gleichviel ob in großen oder kleinen Wirtschaftseinheiten produziert wird. Und in der von der Gemeinde gewählten Höhe des Hebesatzes käme mit zum Ausdruck, in welchem Umfang und zu welchen Kosten die Gemeinde wirtschaftsbezogene Vorleistungen erbringt. Hilfreich wäre auch eine reformierte Grundsteuer, die nur noch vom Bodenwert erhoben wird. Diese würde damit an eine Bemessungsgrundlage anknüpfen, die, wenn man sie auf einem aktuellen Stand hält, am besten die Attraktivität des Standorts — als gewerblicher Standort oder als Wohnort — widerspiegelt, worauf die Gemeinde selbst bedeutenden Einfluß hat.

Ein gutes Gemeindesteuersystem ist dadurch gekennzeichnet,

- daß die Gemeinden im eigenen Interesse — hier dem Interesse an möglichst hohen dauerhaften Steuereinnahmen, namentlich an einem Wachstum der Bemessungsgrundlagen für die kommunalen Steuern — eine Politik verfolgen, die den Interessen ihrer Bürger entspricht,
- daß die Streuung der Steuerkraft als in der Hauptsache gut gerechtfertigt angesehen wird

und deshalb der Bedarf am Finanzausgleich verhältnismäßig gering ausfällt.

Damit das Steuersystem seine Lenkungsfunktion erfüllen kann, muß den Kommunen ein erheblicher Teil dessen verbleiben, was ein Anstieg der Bemessungsgrundlagen an zusätzlichen Gemeindesteuern erbringt. Heute wird in den meisten Bundesländern die Steuerkraft der Gemeinden (zum Teil modifiziert um einen typisierten Ausgabenbedarf) durch den Kommunalfinanzausgleich stark egalisiert. Dies mindert das Interesse einer Gemeinde, Anstrengungen zu unternehmen, durch die sie ihre Steuerbasis dauerhaft erhöhen könnte. Bei den derzeitigen Gemeindesteuern kann das auch nicht viel anders sein, weil die Streuung der Steuerkraft der Gemeinden, die sich aus ihnen ergibt, durch nichts gerechtfertigt erscheint. Der kommunale Finanzausgleich sollte aber im Zusammenhang mit einer Gemeindesteuerreform so gestaltet werden, daß den Gemeinden mehr von einem gemeindeindividuellen Zuwachs an Steuerkraft verbleibt. Auch der Länderfinanzausgleich wäre in dieser Hinsicht zu überdenken, wobei zu einer folgerichtigen Konzeption unter anderem wohl auch gehören würde, daß die gemeindliche Steuerkraft der Länder voll und nicht wie heute nur zur Hälfte berücksichtigt wird.

Zu erhöhen wäre zugleich die Autonomie der Gemeinden gegenüber den Ländern. Dem würde es dienen, wenn sich, wie erwähnt, die Gemeinden mehr als bisher aus eigenen Finanzquellen, seien es Gebühren, Beiträge oder Kommunalsteuern, finanzieren würden. Auch das setzt voraus, daß von der Art der Quellen her die originäre Finanzkraft der Gemeinden besser verteilt ist, der Finanzausgleich also reduziert werden kann. Und soweit die Gemeinden auf Mittel der Länder angewiesen bleiben, wäre den Schlüsselzuweisungen der Vorzug vor den Bedarfszuweisungen und den allgemeinen Zuweisungen der Vorzug vor den zweckgebundenen zu geben. Die Länder und teilweise auch der Bund regieren heute mit den zweckgebundenen Zuweisungen, treffend als goldene Zügel charakterisiert, in die Gemeinden hinein. So wird von den Kommunen oft weniger das getan, was ihnen in Ansehung des Gesamtaufwands am nützlichsten erscheint, sondern das, was den meisten Nutzen im Hinblick auf den eigenen Mitteleinsatz verspricht, der nicht selten wesentlich geringer ist als der Gesamtaufwand. Zweckzuweisungen sollten darauf beschränkt werden, Gemeinden zur Realisierung von Maßnahmen anzuhelfen, von denen nicht nur die Gemeindebürger, sondern auch die Umlandbewohner Nutzen und die anderenfalls — obgleich sinnvoll — von der Gemeinde wegen der hohen Kosten nicht durchgeführt würden. Auch in solchen Fällen ist freilich häufig die Aufgabenerfüllung durch den Gemeindeverband oder einen Zweckverband, gegebenenfalls mit Koordinationshilfe durch das Land, die geeignetere Lösung.

**421.** Bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sind gegenwärtig eine Vielzahl von Änderungsvorschlägen in der Diskussion. Die folgenden Anmerkungen beschränken sich auf wenige Punkte.

Ein Problem ist die Auswahl der Fördergebiete. Sie sollte stärker als bisher das Wachstumsziel berücksichtigen. Dabei wäre mehr Mut zu wünschen, die Förderung definitiv auslaufen zu lassen, wenn anhaltende Mißerfolge ernste Zweifel an der Entwicklungsfähigkeit einer Region begründen. Mit einer stärkeren Berücksichtigung der aktuellen Arbeitsmarktsituation hingegen würde die Bestimmung der Fördergebiete zwar flexibler, doch wüchse zugleich die Gefahr, daß Regionen, die eigentlich gar kein Entwicklungspotential haben, zu Dauersubventionsempfängern werden. Das schließt nicht aus, daß Regionen mit schwierigen Anpassungsproblemen durch Sonderprogramme, wie etwa das Stahlstandortprogramm, vorübergehend gefördert werden. Die Maßnahmen können dann direkt auf das Ziel der Strukturanpassung ausgerichtet werden. Besonders wichtig ist hier, daß sich auf diese Weise die Maßnahmen zeitlich auch leichter begrenzen lassen, damit nicht — wie bei so vielen Regionen der herkömmlichen Förderprogramme — Dauerabhängigkeit entsteht.

**422.** Im Zusammenhang mit den Reformvorschlägen ist verschiedentlich gefordert worden, das Prinzip aufzugeben, die Maßnahmen auf einige Schwerpunkte innerhalb einer Förderregion zu konzentrieren. Wir teilen diese Ansicht nicht. Zum Konzept der regionalen Wirtschaftspolitik als Wachstumspolitik gehört es, Wachstumspole zu schaffen und zu stärken. Deshalb sollte das Prinzip der innerregionalen Konzentration eher gehärtet als aufgeweicht werden.

**423.** Die regionale Wirtschaftspolitik stützt sich vor allem auf das sogenannte Exportbasiskonzept: Gefördert werden Betriebe, deren Produktion der Art nach überregional absetzbar ist. Dieses Konzept wird zunehmend in Frage gestellt. Für seine Beibehaltung sprechen jedoch nach wie vor gute Gründe.

- Da es darum geht, die räumliche Verteilung wirtschaftlicher Aktivitäten zu verändern, setzt man sinnvollerweise bei Unternehmen an, die Standortalternativen haben, und das sind vor allem Unternehmen, die überregional absetzbare Güter herstellen oder Leistungen erbringen.
- Eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung einer bisher strukturschwachen Region läßt sich am besten dadurch erreichen, daß deren Kraft gestärkt wird, Güter herzustellen, mit deren überregionalem Verkauf die Einkommen verdient werden, die die Einwohner für den Kauf von Gütern oder Leistungen von außerhalb der Region verwenden möchten. Eine Region kann normalerweise so wenig wie ein einzelner oder eine Volkswirtschaft im ganzen dauerhaft auf Kredit oder von Transferzahlungen leben.
- Die Bevorzugung zusätzlicher Aktivität im überregional orientierten Bereich ist auch deshalb ratsam, weil dabei die unmittelbaren innerregionalen Verdrängungseffekte zu Lasten der Altansässigen meist geringer sind als bei einer Förderung von neuen Betrieben, die ihrer Art nach auf

die Nachfrage innerhalb der Region angewiesen sind.

- Die Außenorientierung sowie der überregional häufig schärfere Wettbewerb beschleunigen den Transfer neuen technischen Wissens.

Zur Exportbasis einer Region gehören nicht nur Industrieunternehmen. Auch Dienstleistungen sind teilweise selbst oder in Form von Vorleistungen für die in der Region ansässigen Industrieunternehmen Teil des regionalen Exports. Es wird deshalb erwogen, den geförderten Bereich zu erweitern. Dabei sollte man die Prinzipien des Exportbasiskonzepts nicht aufweichen und streng darauf sehen, daß neue Regelungen nicht mehr an neuen Wettbewerbsverzerrungen schaffen als sie beseitigen.

**424.** Bei verschiedenen öffentlichen Hilfen ist es nicht gestattet, diese kumuliert in Anspruch zu nehmen. Manche Förderungsmöglichkeiten sind grundsätzlich nicht kombinierbar, manche sind es nur, soweit der Subventionswert nicht die im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe ausgewiesenen Förderhöchstsätze überschreitet, manche brauchen bei der Ermittlung des Subventionswertes nicht angesetzt zu werden. Es ist nicht einfach, allgemeingültige Kriterien aufzustellen, nach denen zu entscheiden wäre, ob und inwieweit eine Kumulation zuzulassen ist. Erwägenswert wäre, für Investitionen im Bereich der Forschung die Höchstförderungsätze nach dem Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe weiter zu erhöhen, soweit dies mit dem EG-Recht vereinbar ist. Dies würde der Wahrung des regionalen Fördergefälles dienen, das mit der Gemeinschaftsaufgabe zugunsten der Förderregionen beabsichtigt ist. Es sollte allerdings bei Förderhöchstgrenzen bleiben, weil die Ansprüche an die erwartete Rentabilität der geförderten Investitionen nicht beliebig herabgesetzt werden dürfen.

**425.** Oft wird Kritik daran geübt, daß mit der regionalen Wirtschaftsförderung nach dem Investitionszulagengesetz und im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe pauschal die Investitionssumme honoriert wird. Es gibt eine Reihe von Vorschlägen, die einer weniger am Kapitaleinsatz und mehr am Arbeitseinsatz orientierten Förderung, zumindest aber einer Modifikation der Abgrenzung förderungswürdiger Investitionsausgaben, das Wort reden.

Das Prinzip der Investitionsförderung zu verwässern, erscheint uns nicht ratsam:

- In der regionalen Wirtschaftsförderung geht es in erster Linie darum, mobiles Kapital für die Region zu gewinnen, um für schon vorhandene, nur begrenzt mobile Arbeitskräfte zusätzliche oder bessere Erwerbsmöglichkeiten zu erschließen. Deshalb ist bei den Investitionen anzusetzen, will man ein regionales Ungleichgewicht beseitigen.
- Gemessen an der Bewertung durch den Markt, ist in Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen die Arbeit zu teuer. Mehr Beschäftigung durch eine Lohnsubvention zu ermöglichen, wäre wenig sinnvoll; denn bei einer Verbil-

ligung von Arbeit durch öffentliches Geld müßte damit gerechnet werden, daß die Tarifpolitik sich hierauf einstellte; der Zwang, überhöhte Löhne an die Marktgegebenheiten anzupassen, entfielen.

- Eine Förderung, die an den Sachinvestitionen anknüpft, bietet eine größere Gewähr dafür, daß Arbeitsplätze geschaffen werden, die von Dauer sind; denn in der Investitionsentscheidung liegt regelmäßig eine Selbstbindung des Investors für dauerhafte Produktion, wenn auch keine vorbehaltlose. Insoweit ist auch zu billigen, daß die Subventionierung bei hoher Kapitalintensität höher ausfällt als bei niedriger; denn dann ist meist auch diese Bindung größer.
- Wie bei jeder Investitionsförderung geht es nicht zuletzt darum, die Bereitschaft zur Übernahme des Risikos einer zusätzlichen Produktionstätigkeit, hier in der Förderregion, zu gewinnen. Dieses Risiko ist ein Risiko der Kapitalverwertung. Auch deshalb muß die Förderung hier ansetzen.

**426.** Regionale Strukturpolitik kann, wie erwähnt, immer nur Hilfe zur Selbsthilfe bieten. Sie hat nicht die Aufgabe, vermeidbare Fehler von anderer Seite zu korrigieren. Gemeint ist damit vor allem die Lohnpolitik.

Deren Möglichkeiten, durch eine stärkere regionale Differenzierung der Tarifenföhlung, namentlich eine stärkere Rücksichtnahme auf die regional unterschiedliche Knappheit von Arbeit verschiedener Qualifikation, zu einer besseren Ausschöpfung des regionalen Wirtschaftspotentials beizutragen, werden bisher nur unzureichend genutzt. Mehr Rücksicht auf Besonderheiten der regionalen Situation müßte nicht zuletzt im unmittelbaren beschäftigungspolitischen Interesse der Arbeitnehmer liegen, sie würde jedenfalls die regionale Arbeitsmarktlage verbessern und den Bedarf an Zurückhaltung, den sich die Lohnpolitik im ganzen im Hinblick auf das globale Beschäftigungsziel auferlegen muß, mindern.

**427.** Das Auftreten neuer Problemregionen und geänderte Problemdiagnosen bringen die Gefahr mit sich, daß die Förderung immer nur erweitert wird und die regionale Wirtschaftspolitik dadurch immer teurer wird. Deshalb muß sie ständig auf Einsparungsmöglichkeiten hin untersucht werden. Dazu sollte zum Beispiel eine Reduzierung der Anzahl und des Umfangs der Fördergebiete gehören. Es kann nicht darum gehen, mit den Sonderprogrammen die Ausgaben für die regionale Wirtschaftsförderung im ganzen zu erhöhen. Teilweise müssen die Sonderprogramme wohl an die Stelle bisheriger Regionalförderung treten.

#### Agrarpolitik: Ohne Perspektive

**428.** Bei fortgesetzt ansteigender Überschußproduktion auf den Agrarmärkten war eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik unter dem Zwang der leeren Kassen der Europäischen Gemeinschaft nicht mehr zu umgehen. Nur durch einschneidende Maßnahmen konnte die Finanzierbarkeit der ge-

meinsamen Agrarpolitik gesichert werden; denn die längst überfällige, grundlegende Reform war immer wieder herausgezögert worden (JG 80 Ziffern 417 ff.). Harte Anpassungslasten für die Landwirtschaft waren damit vorgezeichnet. Durch differenzierte Regelungen zur Eingrenzung der Überschußproduktion bei Milch und durch umfangreiche flankierende finanzielle Hilfen — allein über die beschlossenen Umsatzsteuervergünstigungen sollen der deutschen Landwirtschaft für den Zeitraum von 1984 bis 1991 mehr als 20 Mrd DM zufließen — hat man versucht, die Anpassungslasten zu mildern. Trotz mehrfacher Nachbesserungen der Beschlüsse ist die Unzufriedenheit groß, nicht nur in der Landwirtschaft, auch in den der Landwirtschaft nachgelagerten Bereichen, dem Landhandel und der Ernährungsindustrie. Die Agrarpolitik kann offenbar die Erwartungen, die sie selbst genährt hat und auch weiterhin nährt, nicht erfüllen.

Zwar waren die Preisbeschlüsse und die Quotenregelung, auf die sich der Agrar-Ministerrat nach langwierigen Verhandlungen einigte, deutliche Zeichen zur Eindämmung der Überschußproduktion. Wie allerdings die Produktionsentscheidungen hiervon beeinflußt werden, hängt nicht nur von den tatsächlichen Beschlüssen, sondern mehr noch von den Erwartungen ab. Da es nach wie vor an einer definitiven Entscheidung über die längerfristige Orientierung der Preise fehlt, sind die Preiserwartungen und damit auch die Einkommenserwartungen der Landwirte höchst unsicher. In dem Bemühen, den Landwirten eine Zukunftsperspektive zu bieten, wird die Hoffnung verbreitet, daß mit der Preispolitik längerfristig wieder Einkommenspolitik für die Landwirte betrieben werden soll und kann. Glaubhaft kann dies nur versichern, wer bereit ist, die Kontrolle über die Agrarproduktion über den Milchsektor hinaus auf andere Produktionszweige immer weiter auszudehnen.

**429.** Die Einführung der einzelwirtschaftlichen Milchquoten — vom Deutschen Bauernverband seit vielen Jahren gefordert — ist bei Milcherzeugern und Milchwirtschaft auf heftige Kritik gestoßen. Zwar wurde die Zuteilung der Quoten, die in der deutschen Sprachregelung auch als Referenzmengen bezeichnet werden, so gestaffelt, daß Milcherzeuger mit niedrigen Liefermengen und geringen Produktionssteigerungen im Zeitraum von 1981 bis 1983 eine geringere Produktionsbeschränkung erfahren als Landwirte mit einer hohen Milchproduktion oder einer starken Produktionssteigerung. Auch sollten in Härtefällen, für die ein umfangreicher Katalog festgesetzt worden war, zusätzliche Referenzmengen vergeben werden. Um die vorgegebene nationale Quote einhalten zu können, sollten durch eine sogenannte Milchrente (Landwirten, die die Milchlieferungen endgültig aufgeben, wird eine Prämie von 1 000 DM je 1 000 kg der ihnen zugeteilten Referenzmenge in zehn Jahresraten bis zu einem Höchstbetrag von 150 000 DM gewährt) Referenzmengen im Umfang von 1 Mio Tonnen aus Bundesmitteln freigekauft werden. Gleichwohl sah sich die Bundesregierung veranlaßt, die zugeteilten Referenzmengen für Kleinerzeuger, die ihr Einkommen überwiegend aus der Milchproduk-

tion erzielen, nachträglich noch einmal zu erhöhen. Wie diese Mengen freigemacht werden sollen, damit die deutsche Quote insgesamt nicht überschritten wird, erscheint noch völlig offen; bisher sind von den Referenzmengen, die für die Härtefälle benötigt werden, über die Milchrente nur etwa 700 000 Tonnen angekauft.

**430.** Die Neuregelung des Grenzausgleichs verlangt eine Senkung des deutschen Währungsausgleichs zum 1. Januar 1985 um 5 Prozentpunkte; der noch verbleibende Rest (1,8 vH) soll bis zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1987/88 abgebaut sein (Ziffer 37). Der Abbau des Währungsausgleichs über die Aufwertung des sogenannten grünen Kurses, zu dem die in ECU festgesetzten Marktordnungspreise in nationale Währungseinheiten umgerechnet werden, kommt einer Senkung der Marktordnungspreise in D-Mark gleich. Um die daraus resultierenden Einkommensverluste für die deutsche Landwirtschaft im Durchschnitt aufzufangen, hatte man zunächst vorgesehen, den Landwirten einen Ausgleich über die Umsatzsteuer in Höhe von 3 vH der Verkaufspreise zukommen zu lassen, und dies nicht erst ab 1. Januar 1985, sondern bereits ab 1. September 1984. Die Landwirte sollten ihren Abnehmern an Umsatzsteuer statt bisher 8 vH einen Satz von 11 vH in Rechnung stellen können, ohne daß sie diesen Mehrbetrag an das Finanzamt abführen müssen. Eine solche Regelung war auch in den Agrarverhandlungen mit den EG-Partnern abgesichert; die Europäische Gemeinschaft sollte sich — mit zeitlich degressiv gestaffelten Beträgen — an der Finanzierung dieser Beihilfen beteiligen. Die Erwartung einer weiteren Preissenkung, die im Durchschnitt zwar, aber doch nicht auf allen Einzelmärkten kompensiert werden sollte, rief heftigen Widerstand in der Landwirtschaft hervor; denn bereits die Preisbeschlüsse und die anderen Maßnahmen zur Sicherung der Finanzierbarkeit des EG-Haushalts hatten auf einzelnen Märkten kurzfristig beträchtliche Erzeugerpreissenkungen nach sich gezogen, und die allgemeine Einkommenslage war aufgrund vorangegangener schlechter Ernten und zyklischer Preisbewegungen ohnehin angespannt. Mit dem darauf folgenden Beschluß, die Beihilfe zeitlich auf den 1. Juli 1984 vorzuziehen und für die Jahre 1984 bis 1988 den Beihilfesatz von 3 auf 5 Prozentpunkte aufzustocken (danach soll dann bis Ende 1991 ein Beihilfesatz von 3 vH gelten), versuchte die Bundesregierung, diesen Protest einzufangen. Der Beschluß widersprach aber völlig den von ihr proklamierten Zielen der Haushaltskonsolidierung und des Subventionsabbaus. Die Beihilfe kommt allen landwirtschaftlichen Erzeugern zugute (ausgenommen sind nur Gewerbebetriebe, das heißt Betriebe, die in der Tierhaltung eine bestimmte Höchstgrenze, bezogen auf ihre landwirtschaftliche Fläche, überschreiten, und einige wenige landwirtschaftliche Betriebe mit sehr großen Viehbeständen), obwohl die einzelnen Produktionsrichtungen von der währungsbedingten Preissenkung sehr unterschiedlich betroffen sind; denn nicht alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse unterliegen dem Währungsausgleich. Auch wird dieser nicht — wie die Umsatzsteuer — auf der Basis von

Marktpreisen, sondern von den — zumeist niedrigeren — Marktordnungspreisen berechnet, und die Erzeugerpreissenkung wirkt sich zum Teil auch als Verringerung von Einkaufspreisen aus, beispielsweise für Futtermittel oder Vieh. So zeigen denn auch Beispielsrechnungen der Bundesregierung, daß von dem agrarpolitischen Maßnahmenpaket insgesamt gesehen nur für die Gruppe der Futterbaubetriebe ein im Durchschnitt deutlicher Einkommensrückgang (-11 vH) vorgezeichnet ist. Für die Gruppe der Veredlungsbetriebe hingegen und für die Gruppe der Dauerkulturbetriebe sind von diesem Paket starke Gewinnsteigerungen (+35 vH beziehungsweise +13 vH) zu erwarten. Mit der Entscheidung, mögliche Einkommenseinbußen aus der Senkung des Grenzausgleichs nicht nur im Durchschnitt, sondern im Einzelfall durch die Beihilfe über die Umsatzsteuer auszugleichen, läßt man der Landwirtschaft insgesamt in hohem Maße zusätzliche Subventionen zufließen.

*Einkommenssteigerung für die deutschen Landwirte wirkt auch, daß die Beihilfe bereits seit dem 1. Juli 1984 gezahlt wird, die Senkung der Marktordnungspreise aber erst zum 1. Januar 1985 erfolgen soll. Bei einer Reihe von Produkten muß dieser Preisbruch nahezu vollständig von der Verarbeitungsindustrie aufgefangen werden, dennoch bekommen die Landwirte die Beihilfe. Allerdings ist die Preissenkung auf einigen Märkten durch die Marktpreisentwicklung bereits vorgezogen worden. Solches hätte vermieden werden können, wenn die mit der Senkung der Marktordnungspreise zum 1. Januar 1985 einhergehende Wertminderung der Lagerbestände kompensiert worden wäre; und es hatte auch zunächst den Anschein, als hätte die Bundesregierung sich eine sogenannte Preisbruchregelung zusichern lassen, das heißt einen — von der Europäischen Gemeinschaft zu finanzierenden — Preisausgleich für die am 1. Januar 1985 vorhandenen Lagerbestände. Die Europäische Gemeinschaft hat einen solchen Ausgleich inzwischen abgelehnt. Um zu vermeiden, daß in großem Umfang Erzeugnisse aus privaten Lagern (bei Landwirten, beim Landhandel, beim Verarbeitungsgewerbe) zu den Interventionsstellen gebracht werden, hat man bei einigen Produkten kurzerhand die Interventionskäufe auf bestimmte Kontingente begrenzt. In der Bundesrepublik Deutschland dürfen die Interventionsstellen bis zum 31. Dezember 1984 beispielsweise nur 3,2 Mio Tonnen Getreide zu dem bis dahin gültigen Interventionspreis aufnehmen.*

*Die Subventionierung der Landwirtschaft über die Umsatzsteuer wirft auch beträchtliche Kontrollprobleme auf. Die Landwirte können ihren Abnehmern Umsatzsteuer in Höhe von 13 vH in Rechnung stellen, müssen diese aber nicht an das Finanzamt abführen. Die Abnehmer ihrerseits erheben auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nur einen Satz von 7 vH; sie können aber einen Vorsteuerabzug von 13 vH geltend machen. Deshalb birgt die Beihilfe über die Umsatzsteuer nicht nur einen Anreiz, die Agrarproduktion in stärkerem Maße dem Handel und dem Ernährungsgewerbe statt anderen Landwirten und dem Verbraucher direkt anzudienen, sondern auch die Gefahr, daß Scheingeschäfte und Karussellgeschäfte zum Zwecke der Erlangung von Beihilfen abgeschlossen werden.*

**431.** In der Agrarpolitik ist noch kein längerfristig tragfähiges Konzept erkennbar, weder für die Europäische Gemeinschaft noch auf der nationalen Ebene. Die Frage bleibt offen, wie das Hauptproblem der Agrarpolitik, die Eindämmung der Agrarüberschüsse, bewältigt werden soll. Zwar sind — vor

allem auf Drängen der EG-Kommission — für einige Marktordnungssysteme sogenannte Garantiemengenregelungen beschlossen worden, durch die die Agrarprotektion auf bestimmte, im voraus festgesetzte Mengen beschränkt werden soll. Diese Garantiemengen sind aber zum Teil so hoch festgesetzt, daß — selbst wenn sie eingehalten würden — beträchtliche Produktionsüberschüsse drücken (Ziffer 34). Und die Garantiemengenregelungen sind zu wenig zwingend auf eine am langfristigen Marktgleichgewicht orientierte Preispolitik ausgerichtet, für die es in einer marktwirtschaftlichen Ordnung keine überzeugende Alternative gibt, wenn einer andauernden Verschwendung von Ressourcen und Finanzmitteln Einhalt geboten werden soll (JG 80 Ziffern 455 ff., JG 83 Ziffern 584 ff.). Regelungen über Garantiemengen könnten diese Verschwendung nachhaltig nur stoppen, wenn an ein Überschreiten dieser Mengen automatisch eine Preissenkung gebunden wäre. Aber die Erfahrung auf dem Milchmarkt zeigt, daß ein solcher Regelmechanismus selbst dann nicht eingehalten wird, wenn er beschlossen war. Hier hat man an die Stelle der Preissenkung eine Quotenregelung gesetzt.

**432.** Auf dem Getreidemarkt steht die Bewährungsprobe der Garantiemengenregelung in diesem Jahr an. Aufgrund hoher Ernteerträge wird die festgesetzte Garantiemenge voraussichtlich so stark überschritten, daß aufgrund der vereinbarten Regel eine deutliche Senkung der Getreidepreise vorgenommen werden muß (gegenüber der „normalen“ Preissteigerung geht es um einen Abschlag von 5 Prozentpunkten), und dies nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in den nächsten Jahren. Man mag geneigt sein, unter Hinweis auf die zur Zeit vergleichsweise hohen Weltmarktpreise für Getreide die Dringlichkeit solcher Preissenkungen in Frage zu stellen und so zu versuchen, der auferlegten Selbstbindung zu entkommen. Das wird aber nicht helfen. Die gegenwärtigen Weltmarktpreise, die bei einzelnen Getreidearten zur Zeit nur wenig unter dem EG-Niveau liegen, sind vor dem Hintergrund des hohen Dollarkurses, einer vergleichsweise hohen Nachfrage und zum Teil einschneidender Maßnahmen zur Produktionsdrosselung in traditionellen Getreideexportländern zu sehen. Längerfristig dürfte die Europäische Gemeinschaft keine Chance haben, ihre Produktionsüberschüsse beim derzeitigen EG-Getreidepreisniveau ohne Exporterstattungen auf dem Weltmarkt unterzubringen.

Man mag auch geneigt sein, wie beim Milchmarkt, auf Kontingentierungen auszuweichen. Davon kann nur eindringlich gewarnt werden. Die hier auftretenden Verwaltungs- und Kontrollprobleme dürften kaum zu bewältigen sein. Zudem muß man folgendes sehen: Wenn den Landwirten die Produktionsmöglichkeit bei Weizen beschnitten wird, werden sie auf andere Getreidearten ausweichen, oder auf Raps oder andere pflanzliche Erzeugnisse; sie mögen auch ihre Tierbestände — soweit es die Kontingentierungen zulassen — aufstocken. Da auf nahezu allen wichtigen Märkten für Agrarerzeugnisse Überschüsse drücken, wird dieser Prozeß weitergehen, bis alle diese Märkte von der Kontingentierung erfaßt sind.

433. Der Widerstand gegen Preissenkungen rührt von den damit einhergehenden Einkommensverlusten für die Landwirte her. Wenn aber vorangegangene Fehlentwicklungen korrigiert werden sollen, dann ist ein solcher Einkommensdruck in einem marktwirtschaftlichen System unvermeidbar. Die Politik kann versuchen, allzu abrupten Einbrüchen in der Einkommensentwicklung entgegenzuwirken. Die Korrektur der Fehlentwicklungen der Vergangenheit muß nicht auf einen Schlag erfolgen. Die durch die Politik hinausgeschobenen Anpassungen können über einen längeren Zeitraum gestreckt, sie müssen aber eingeleitet werden. Wer einen solchen Einkommensdruck gänzlich verhindern will, blockiert die erforderliche Anpassung; er muß dann an die Stelle der Koordination wirtschaftlicher Entscheidungen über den Markt eine Koordination durch Verwaltungsakte setzen. Eine solche verwaltungsmäßige Lenkung der Produktions- und Nachfrageentwicklung kann nur durch weitreichende Eingriffe in die wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit und durch einen umfassenden Kontrollapparat realisiert werden.

434. Der Milchmarkt droht zu einem Beispiel dafür zu werden, daß eine einmal etablierte Quotenregelung nicht wieder abgeschafft werden kann. Zwar ist die derzeitige Regelung nur für die Dauer von fünf Jahren beschlossen (und kurzfristig mag man keinen anderen konsensfähigen Ausweg zur Eindämmung der Milchschwemme gesehen haben), aber wenn diese Regelung nach fünf Jahren wieder entfallen soll, dann muß während dieses Zeitraumes die für einen Marktausgleich erforderliche Anpassung in den Produktionsplänen vollzogen werden. Sonst würde der Milchstrom durch die Quotenregelung nur aufgestaut; nach Aufhebung der Quoten stünde die Agrarpolitik vor den gleichen Problemen wie vor der Einführung des Quotensystems; das Geld für Maßnahmen zur Produktionseinschränkung wäre vertan. Die Anpassung in den Produktionsplänen vollzieht sich aber nur, wenn die Einkommenschancen in der Milchproduktion geringer eingeschätzt werden. Hierfür bedarf es einer konsequent auf den Marktausgleich gerichteten Preispolitik; die erzwungene Produktionseinschränkung muß durch eine „freiwillige“, über die Preispolitik bewirkte Produktionsanpassung nachvollzogen werden. Wird hingegen versucht, den durch das Quotensystem gewonnenen kurzfristigen Handlungsspielraum für Preisanhebungen zu nutzen und dadurch die Einkommenseinbußen, die den Landwirten durch die Mengengrenzung erwachsen sind, auf die Verbraucher zu überwälzen, dann wird das Quotensystem nicht zu einer Übergangsregelung, sondern zu einer Dauereinrichtung. Dann kann man es nur interpretieren als ein mengenbegrenzendes Kartell.

435. Ein solches Kartell, in dem der Staat die Preise überhöht festsetzt und diese Preise dann durch eine von ihm zu kontrollierende Beschränkung der Produktionsmengen absichert, wie es schon lange auf dem EG-Zuckermarkt etabliert ist und sich nun auf dem Milchmarkt festzusetzen droht, kann kein Modell für eine Neuorientierung

der europäischen Agrarpolitik sein. Es funktioniert auf dem Zuckermarkt in dem Sinne, daß diese Marktordnung den EG-Haushalt nur wenig belastet, weil die Kosten der Überschußverwertung über Erzeugerabgaben weitgehend auf die Zuckerrübenbauern umgelegt werden. Es tauchen auch hier keine gravierenden Verwaltungs- und Kontrollprobleme auf. Das liegt daran, daß die Zuckerrüben auf ihrem Weg zum Zuckerverbraucher einen engen Flaschenhals, die Zuckerfabrik, durchlaufen müssen. Alternative Verwendungsmöglichkeiten für die Zuckerrüben sind nicht vorhanden oder nicht rentabel. Bereits beim Milchmarkt ist dieser Flaschenhals, die Molkerei, weniger eng, und es ist auch noch nicht abzusehen, in welchem Maße an den Quoten vorbei Milch und Milcherzeugnisse im Direktabsatz ihre Käufer finden. Zwar hat man auch für den Direktabsatz Referenzmengen festgelegt; faktisch sind diese aber wohl kaum zu kontrollieren. Bei anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen wiegen diese Verwaltungs- und Kontrollprobleme noch viel schwerer. In jedem Fall belastet eine solche kartellartige Organisation die Verbraucher in unangemessener Weise und speist eine ständige Quelle der Unwirtschaftlichkeit. Zudem sind solche Quotenzuteilungen auch unter verteilungspolitischen Aspekten fragwürdig, wie die jüngste Diskussion um die Milchquoten gezeigt haben dürfte. Mit einer Quote, die den Absatz einer bestimmten Menge zu einem überhöhten Preis garantiert, wird gleichsam ein Vermögenstitel zugeteilt. Auch hier zeigt das Beispiel der Milchquotenregelung, daß es dabei um beträchtliche Größenordnungen gehen kann. Die Milchrentenregelung gibt hier mit 1 000 DM je 1 000 kg Referenzmenge von staatlicher Seite gewissermaßen einen Mindestpreis vor. Alle Landwirte, die ihre Milchproduktion steigern möchten — und dies dürften vor allem auch tüchtige Junglandwirte sein, die einen Betrieb übernehmen wollen — müssen von Alteingesessenen Flächen kaufen oder pachten, denn nur auf diesem Wege können die Quoten übertragen werden. Dieser Quotenhandel ist in einigen Regionen sehr schwunghaft angelaufen, und es werden Preise erzielt, die zum Teil beträchtlich oberhalb des Niveaus liegen, welches der Staat durch das Milchrentenprogramm vorgibt. Die hohen Preise, die für die Quoten gezahlt werden, sind Indiz dafür, daß viele Landwirte die Quotenregelung nicht als Übergangsregelung ansehen und mit einem dauerhaften Vorteil aus der Nutzung einer Quote rechnen. Zwar wären sie auch sonst bereit, für den Erwerb von Referenzmengen einen Preis zu bezahlen, etwa um die betrieblichen Anpassungsmöglichkeiten an die veränderte Situation zu erweitern. Sie hätten sich aber darauf einzustellen, daß nach Ablauf der Übergangsfrist eine Quote entwertet, ihr Preis Null wäre. Dies hätte zur Folge, daß sie frühzeitig ihre Produktionsplanung auf eine Preispolitik ausrichten, die für einen Marktausgleich sorgt.

Die hohen Quotenpreise haben die Bundesregierung bereits veranlaßt, wohl auch um mit ihrem Milchrentenprogramm besser am „Quotenmarkt“ zum Zuge zu kommen, den Quotenhandel einzuschränken, indem sie die pro Hektar maximal übertragbare Referenzmenge auf 5 000 kg begrenzte

und die Übertragung gewissermaßen mit einer Umsatzsteuer belegt; denn 20 vH der übertragenen Quoten werden durch den Staat eingezogen.

**436.** Wenn das Problem der Überschußproduktion nachhaltig gelöst werden soll, dann müssen Produktionskapazitäten, die bislang in der Nahrungsmittelproduktion gebunden sind, reduziert werden. Statt aber flankierende Maßnahmen konsequent hierauf auszurichten, wird durch die Agrarpolitik, vor allem durch die Investitionsförderung, der Ausbau von Kapazitäten nach wie vor mit beträchtlichem Mittelaufwand begünstigt. Zwar stellt die Bundesregierung mit ihrem Agrarkreditprogramm, das sie neben der herkömmlichen Investitionsförderung betreibt, vor allem auf Maßnahmen zur Kostenentlastung und zur Verbesserung der Wohnverhältnisse ab. Produktionsneutral ist dies jedoch nicht. Gerade in den kleineren Familienbetrieben, die als Zielgruppe dieser Maßnahme erheblich an Gewicht gewonnen haben, sind Einkommensverbesserungen regelmäßig nur über Produktionssteigerungen zu erreichen. Zwar hat die Bundesregierung den Bau von Milchviehställen aus ihrem Katalog der Investitionsförderung gestrichen. In den anderen EG-Ländern aber läuft diese Förderung — mit finanzieller Beteiligung aus der EG-Kasse — munter fort.

**437.** Was im außerlandwirtschaftlichen Bereich als Vorteil eines marktwirtschaftlichen Anpassungsprozesses gesehen wird, daß nämlich der Wettbewerb diejenigen Produzenten aus dem Markt drängt, die in ihrer Leistungsfähigkeit hinter anderen zurückbleiben, wird in der agrarpolitischen Debatte zunehmend als Schwäche interpretiert. Durch eine Vorzugsbehandlung kleiner Betriebe soll der Verdrängungswettbewerb gebremst werden, durch Ausgleichszahlungen an Betriebe in sogenannten benachteiligten Gebieten sollen natürliche Nachteile ausgeglichen und ein Rückgang der Agrarproduktion an diesen Standorten verhindert werden. Je mehr man aber die marktwirtschaftlichen Mechanismen, über die sich Anpassungen vollziehen könnten, außer Kraft setzt, desto mehr verschärft man das Problem der Überschußproduktion. Mit dem Verweis auf sozialpolitische, ökologische, gesellschaftspolitische oder siedlungsstrukturelle Ziele, die im einzelnen nicht klar offengelegt werden, versucht sich die Agrarpolitik einen Freibrief zu verschaffen, der es ihr erlaubt, Gesichtspunkte der ökonomischen Effizienz immer wieder in den Hintergrund zu drängen. Es kann aber nicht Ziel einer vernünftigen Agrarpolitik sein, die Erzeugung von Nahrungsmitteln allemal auch an solchen Standorten zu halten, an denen die Bedingungen für eine Agrarproduktion besonders ungünstig sind, oder in Betrieben, in denen besonders unwirtschaftlich produziert wird.

Der Begriff der Effizienz darf dabei nicht im Sinne von betriebswirtschaftlicher Rentabilität mißverstanden werden. Wo Nebenwirkungen der Agrarproduktion, insbesondere etwa auf die Umwelt, eine staatliche Einflußnahme auf das einzelwirtschaftliche Entscheidungskalkül nahelegen, sollte man mit den Instrumenten direkt an diesen erwünschten oder unerwünschten Effekten ansetzen. Die uner-

wünschte Nitratbelastung des Grundwassers beispielsweise, die sich aus einem unsachgemäßen und überhöhten Einsatz von Stickstoffdünger ergeben kann, wäre mit einer Stickstoffabgabe und einer Regulierung der Gülleaussbringung eher zu reduzieren, als mit einer Diskriminierung von Großbetrieben oder bestimmten Produktionsrichtungen.

Eine Offenlegung der Ziele der Agrarpolitik erscheint dringend geboten. Nur dann können Konflikte deutlich gemacht und Ziele gegeneinander abgewogen werden. Gerade in der umweltpolitischen Diskussion wird vielfach der Eindruck erweckt, als stünde eine auf das Marktgleichgewicht hin orientierte Preispolitik weniger im Einklang mit ökologischen Zielen als eine auf die Einkommenssicherung von Kleinbetrieben und von Erzeugern an ungünstigen Standorten bedachte Politik. Dieser Eindruck trägt. Eine auf den Marktausgleich hin orientierte Preispolitik führt zu einer weniger intensiv betriebenen Landbewirtschaftung, und dies vertrüge sich durchaus mit ökologischen Zielen. Eine solche Preispolitik wird zudem auf zahlreichen Flächen zur Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung führen; aber auch dies vertrüge sich mit ökologischen Zielen, in vielen Fällen sogar eher als eine Fortsetzung agrarischer Nutzung. Zudem darf bei der Kritik an der Wirkungsweise des Marktmechanismus nicht übersehen werden, daß vielfältig beklagte Schädigungen von Natur und Landschaft, wie sie durch Entwässerung, Kulturbautechnik oder die Flurbereinigung hervorgerufen wurden, nicht in erster Linie dem Marktmechanismus, sondern vor allem der staatlichen Agrarstrukturpolitik zuzuschreiben sind. Deren Maßnahmen waren und sind zum Teil heute — mit hohen staatlichen Zuschüssen von staatlichen Ämtern — vor allem darauf aus, die Bedingungen für landwirtschaftliche Produktion und das heißt eben fast immer für eine Ausweitung der Produktion, zu verbessern.

Es mag durchaus so sein, daß man bei Abwägung aller Effekte alternativer Möglichkeiten der Bodennutzung für einzelne Standorte zu dem Ergebnis kommt, daß ein „Offenhalten“ der Landschaft über eine landwirtschaftliche Bodennutzung wünschenswert sei. Man mag weiter der Ansicht sein, daß für einige dieser Standorte eine landwirtschaftliche Nutzung nicht ohne staatliche Begünstigung aufrechterhalten würde. Dann mag man staatliche Hilfen für erforderlich halten, aber diese Hilfen wären nicht — wie es beim sogenannten Bergbauernprogramm verstärkt geschehen soll — großflächig zu vergeben. Das als benachteiligt bezeichnete Gebiet in der Bundesrepublik, für das nun Ausgleichszahlungen an die Landwirte geleistet werden sollen, umfaßt ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Fläche. Aus umweltpolitischer Sicht müßte ein solcher Ausgleich nicht auf die Fläche als solche oder auf den Viehbestand, sondern auf die gewünschte Hege abgestellt sein. Soll dieser Ausgleich hingegen aus sozialpolitischen Gründen gewährt werden, so müßte er konsequenterweise an sozialen Kriterien anknüpfen. In diesem Falle würden zudem nur Anpassungs- oder Übergangshilfen einen Konflikt mit dem Ziel der Beseitigung der landwirtschaftlichen Produktionsüberschüsse vermeiden.

## VIERTES KAPITEL

### Handlungsspielraum für die Finanzpolitik

**438.** Bei der Konsolidierung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sind in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt worden. Das Staatsdefizit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beträgt in diesem Jahr noch 33 Mrd DM; davon entfallen auf konjunkturbedingte Mehrausgaben und Mindereinnahmen 11½ Mrd DM. Dabei ist berücksichtigt, daß der Bundesbankgewinn sehr viel höher ist, als für normal gehalten werden sollte. Legt man die vom Sachverständigenrat in seinen Jahresgutachten 1979 und vor allem 1981 zur Diskussion gestellten Maßstäbe an, so entspricht der Restbetrag von 21½ Mrd DM gerade einem Verschuldungsverhalten des Staates, das wir aus der Vergangenheit heraus als normal bezeichnet haben (Ziffer 348). Nach dieser Berechnung ist also das strukturelle Defizit vollständig abgebaut. Das bietet Grund genug, darüber nachzudenken, wie es weitergehen soll.

Mit der Rückführung des von konjunkturellen und sonstigen außergewöhnlichen Einflüssen bereinigten Defizits auf den Umfang des staatlichen Verschuldungsverhaltens im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1977 muß nämlich die Konsolidierungsaufgabe weder quantitativ noch qualitativ als erfüllt angesehen werden (Ziffern 448 ff.): In quantitativer Hinsicht gilt es zu überdenken, in welchem Umfang künftig die Besteuerung und die Neuverschuldung zur Finanzierung der Staatsausgaben herangezogen werden sollen. In qualitativer Hinsicht geht es um die Veränderung der Struktur der Ausgaben (und Ausgabenregelungen) sowie der Struktur der Einnahmenregelungen.

#### I. Optionen

**439.** Mit der Eindämmung der Staatsausgaben gewinnt die Finanzpolitik wieder Handlungsspielraum. Die damit gewonnenen Möglichkeiten wollen wir zunächst losgelöst von der Finanzplanung der Bundesregierung diskutieren. Bei der Erörterung dieser Optionen nehmen wir an, daß weder die Staatsquote, die als Verhältnis der Staatsausgaben zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential definiert ist, noch die Steuerquote, unter der wir die Relation des Steueraufkommens zum Bruttosozialprodukt verstehen, künftig zunehmen sollen, weil eine weitere Erhöhung der wirtschaftlichen Aktivität des Staates oder eine Erhöhung der Abgabenlast das wirtschaftliche Wachstum ungünstig beeinflussen würde. Ferner schließen wir aus, daß die Kreditfinanzierungsquote — von konjunkturbedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen abgesehen — das Maß übersteigen soll, das wir in unseren Berechnungen bislang als Normalverschuldung geführt haben. Aus dem verbleibenden Feld

der Möglichkeiten für den mittelfristigen Kurs der Finanzpolitik stellen wir drei heraus, die sich markant unterscheiden:

- (1) Die Staatsquote wird auf dem Niveau des Jahres 1984 konstant gehalten, die steuerlichen Regelungen werden so korrigiert, daß die volkswirtschaftliche Steuerquote gegenüber 1984 nicht dauerhaft steigt und auch das konjunkturbereinigte Defizit im Verhältnis zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential konstant bleibt — erste Option.
- (2) Die Staatsquote sowie die konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote werden gesenkt, die Steuerquote wird auf dem Niveau des Jahres 1984 konstant gehalten — zweite Option.
- (3) Die Staatsquote und die Steuerquote werden gesenkt; wie bei der ersten Option wird die konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote konstant gehalten — dritte Option.

Jeder dieser drei Wege besitzt Vorzüge und Schwächen.

**440.** Die erste Option unterscheidet sich von der zweiten und dritten vor allem dadurch, daß die Staatsquote mittel- und längerfristig konstant gehalten wird. Infolgedessen ist bei ihr die staatliche Aktivität größer als bei den beiden anderen Varianten der Haushaltspolitik. Die erste Strategie basiert außerdem auf dem Gedanken, daß die konjunkturbereinigten Defizite nicht weiter sinken, aber auch nicht erneut steigen sollen. Die Steuerquote wäre ebenfalls mittelfristig konstant. Da sich das Steueraufkommen jedoch nicht proportional zum Sozialprodukt entwickelt, sind auch bei dieser Option von Zeit zu Zeit Anpassungen der Steuersätze notwendig. Sollen dabei die Steuerstruktur und die Belastungsstruktur im wesentlichen unverändert bleiben, so müssen bei progressiven Tarifen, insbesondere bei der Einkommensteuer, die Freibeträge erhöht und gegebenenfalls die Grenzsteuersätze gesenkt werden. Bei den mengenabhängigen Abgaben, namentlich bei bestimmten Verbrauchsteuern, sinkt dagegen das Aufkommen im Verhältnis zum Sozialprodukt allmählich, so daß zum Ausgleich die Steuersätze von Zeit zu Zeit erhöht werden müssen, um das erforderliche Steueraufkommen zu sichern. Die Möglichkeiten für eine Steuerentlastung blieben jedoch im Vergleich zur dritten Strategie sehr beschränkt.

Nachhaltig kann deshalb bei der ersten Option die private wirtschaftliche Aktivität nur über eine Umstrukturierung der Ausgaben und der Steuern vorteilhaft beeinflusst werden. Insofern ist diese Variante der Haushaltspolitik der zweiten und dritten unterlegen. Sie vermittelt keine Perspektiven

für eine dauerhafte Verbesserung der Wachstumchancen.

Allerdings sehen manche es auf kurze Sicht als vorteilhaft an, daß bei dieser Option — insoweit wie bei der dritten — kontraktive Impulse der Finanzpolitik vermieden werden können. Es wird weiter geltend gemacht, daß sich der Spielraum, der bei Konstanz der Staatsquote im Vergleich zu deren Rückführung entsteht, etwa für ein Beschäftigungsprogramm nutzen ließe.

**441.** Dem erklärten politischen Willen bei den meisten Gebietskörperschaften entspricht es, die Staatsquote zu senken. Bei der zweiten und dritten Option ist das der Fall. Bei der zweiten Option wird zugleich die Steuerquote konstant gehalten. Dazu ist es ebenfalls erforderlich, das Steuerrecht regelmäßig anzupassen, wie es für die erste Option beschrieben wurde. Im Gegensatz zur ersten und dritten soll bei der zweiten Strategie die Kreditfinanzierung der öffentlichen Haushalte weiter zurückgeführt werden. Wenn der Defizitabbau nicht in die Strategie einer auf Dauer angelegten Nettoschuldentilgung übergehen soll, dann kommt die zweite Option nur auf Zeit in Betracht und müßte mittelfristig durch einen Übergang zur dritten (oder auch zur ersten) abgelöst werden.

Die Frage, ob der Schuldenstand des Staates reduziert werden soll, wird sich allerdings erst später stellen. Legt man — wie es unseren Annahmen entspricht — für den Zeitraum von 1986 bis 1988 eine Wachstumsrate des Sozialproduktes von 4 1/2 vH zugrunde, so ergibt sich — immer unter der Voraussetzung einer stetigen Zunahme der Staatsausgaben von 3 vH und einer auf dem Niveau von 1984 konstant gehaltenen Steuerquote, die um die Mindereinnahmen wegen der befristeten Investitionszulage bereinigt ist (24,1 vH) — für 1988 noch ein Defizit von 10 1/2 Mrd DM für die Gebietskörperschaften, in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Das entspräche in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einem ausgeglichenen Haushalt.

Wenn der Staat nicht nur seine laufenden Ausgaben, sondern auch seine Investitionen (teilweise) mit Steuern finanziert, so fördert dies die Sachkapitalbildung in der Volkswirtschaft. Durch die Steuerfinanzierung wird nämlich der private Konsum stärker eingengt als die Sachkapitalbildung, immer vorausgesetzt, die erhöhte Sparkapitalbildung wird auch für Investitionen genutzt. Dies ist die wachstumspolitische Begründung für diese Option.

Die Steuerfinanzierung staatlicher Investitionen läßt sich zudem unter dem Gesichtspunkt rechtfertigen, daß auf lange Sicht das zahlenmäßige Verhältnis der aktiven Bevölkerung zu den Älteren spürbar ungünstiger wird. Da die nächste Generation höhere Verpflichtungen aus der Rentenversicherung zu tragen haben wird als die gegenwärtige, sollte sie möglichst wenig durch den Zinsendienst für die Staatsverschuldung belastet werden.

Auch aus konjunkturpolitischen Gründen kann für eine weitere Rückführung der Fehlbeträge in den

öffentlichen Haushalten geworben werden. Danach wären durch den zusätzlichen Defizitabbau die Voraussetzungen dafür zu verbessern, einen möglichen Abschwung durch ein kreditfinanziertes Ausgabenprogramm wirksam zu bekämpfen.

Offen bleibt, wie weit der Defizitabbau getrieben werden soll. Mit zunehmender Annäherung an einen Ausgleich des öffentlichen Gesamthaushalts dürfte es immer schwieriger werden, die Strategie durchzuhalten. Nach allen Erfahrungen ist schon die für eine konstante Staatsquote erforderliche Ausgabendisziplin um so schwerer zu wahren, je günstiger die Haushaltssituation, also je niedriger die vorgesehene Nettokreditaufnahme ist; um wieviel mehr gilt das für eine sinkende Staatsquote.

**442.** Bei der dritten Option wird auf einen weiteren Abbau der konjunkturbereinigten Defizite im Verhältnis zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential verzichtet. Da die Staatsquote — wie bei der zweiten Option — weiter zurückgeführt werden soll, wird Spielraum für eine Senkung der Steuerquote gewonnen. Diese Möglichkeit zu nutzen, ist insofern wünschenswert, als die Wirtschaftstätigkeit im ganzen durch die Abgabenlast beeinträchtigt ist.

Die Steuern, die auf den Investitionen lasten, sind nach wie vor hoch, auch im internationalen Vergleich. Dies diskriminiert Sachinvestitionen gegenüber Anlagen auf den Finanzmärkten und im Ausland. Einen Versuch, die Kapitalrentabilität ähnlich wie in den Vereinigten Staaten durch steuerpolitische Maßnahmen deutlich zu erhöhen, hat es in der Bundesrepublik nicht gegeben. Hier wird die Risikoübernahme außerdem durch den scharfen Zugriff der Progression und Unzulänglichkeiten der steuerlichen Verlustberücksichtigung bestraft.

Die hohen Grenzsteuersätze belasten auch sonst die Leistungsbereitschaft der Unternehmer wie die der Arbeitnehmer. Insbesondere die Grenzbelastung der Arbeitseinkommen ist heute beträchtlich höher als in den sechziger Jahren. Dazu sind immer höhere Belastungen durch die Beiträge zur Sozialversicherung gekommen. Hier ist in Zukunft wohl kaum mit einer Entlastung zu rechnen (JG 83 Ziffern 232 ff.).

Das Ziel einer gleichzeitigen Eindämmung der Staatsausgaben und einer Senkung der Steuern beruht auf der Diagnose, die Abgabenlast liege derzeit so hoch, daß der Grenzertrag der Staatsausgaben geringer ist als die Nutzenverluste, die bei den Steuerzahlern durch die Steuerzahlung selbst und durch die steuerlastbedingte Verminderung ihrer Leistungsbereitschaft entstehen. Die dafür eigentlich notwendige Bewertung der einzelnen Ausgaben- und Einnahmenregelungen ist schwierig und prinzipiell eine politische Aufgabe; insgesamt könnte jedoch bei einer durchdachten Eindämmung bestimmter Teile der Staatsausgaben weniger verloren gehen als durch Steuerentlastungen gewonnen wird. Das gilt besonders auf längere Sicht, wenn es durch eine Senkung der Staatsquote und der Steuerquote gelingt, zu einem kraftvolleren wirtschaft-

Tabelle 37

Optionen für die Finanzpolitik<sup>1)</sup>

	Einheit	1984	1985	1986	1987	1988
<b>Mittelfristige Finanzplanung<sup>2)</sup></b>						
— Staatsquote <sup>3)</sup> .....	vH	31,7	31,3	31,0	30,6	30,2
— Steuerquote <sup>4)</sup> .....	vH	23,8	24,0	24,2	24,4	24,6
— Konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote <sup>5)</sup> .....	vH	- 1,8	- 1,6	- 1,0	- 0,5	+ 0,1
— Tatsächlicher Finanzierungssaldo .....	Mrd DM	-44 <sup>1/2</sup>	-29 <sup>1/2</sup>	-20 <sup>1/2</sup>	-10 <sup>1/2</sup>	+ 1
— Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo .....	Mrd DM	-34	-29 <sup>1/2</sup>	-24	-12	+ 1
<b>Optionen<sup>6)</sup></b>						
I: — Staatsquote .....	vH	31,5	31,5	31,5	31,5	31,5
— Steuerquote .....	vH	24,1	24,1	24,1	24,1	24,1
— Kreditfinanzierungsquote .....	vH	- 1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,8
— Finanzierungssaldo .....	Mrd DM	-34	-35	-36 <sup>1/2</sup>	-38	-39 <sup>1/2</sup>
— Verminderung der Steuerlast <sup>7)</sup> ..	Mrd DM	.	.	3	7	11 <sup>1/2</sup>
II: — Staatsquote .....	vH	31,5	31,3	31,0	30,6	30,2
— Steuerquote .....	vH	24,1	24,1	24,1	24,1	24,1
— Kreditfinanzierungsquote .....	vH	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 0,9	- 0,5
— Finanzierungssaldo .....	Mrd DM	-34	-34	-27	-19	-10 <sup>1/2</sup>
— Verminderung der Steuerlast <sup>7)</sup> ..	Mrd DM	.	.	3	7	11 <sup>1/2</sup>
III: — Staatsquote .....	vH	31,5	31,3	31,0	30,6	30,2
— Steuerquote .....	vH	24,1	24,0	23,6	23,1	22,7
— Kreditfinanzierungsquote .....	vH	- 1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,8
— Finanzierungssaldo .....	Mrd DM	-34	-35	-36 <sup>1/2</sup>	-38	-39 <sup>1/2</sup>
— Verminderung der Steuerlast <sup>7)</sup> ..	Mrd DM	.	<sup>1/2</sup>	12 <sup>1/2</sup>	26	40 <sup>1/2</sup>
<b>Plan der Bundesregierung</b>						
— Staatsquote <sup>3)</sup> .....	vH	31,7	31,3	31,0	30,6	30,2
— Steuerquote nach Steuersenkung <sup>4)</sup> ..	vH	23,8	24,0	23,7	23,9	23,6
— Finanzierungssaldo nach Steuersenkung .....	Mrd DM	-44 <sup>1/2</sup>	-29 <sup>1/2</sup>	-30 <sup>1/2</sup>	-21 <sup>1/2</sup>	-19
— Steuersenkung .....	Mrd DM	.	.	10	11	20
<b>Nachrichtlich:</b>						
Produktionspotential in jeweiligen Preisen .....	Mrd DM	1 836	1 903	1 977	2 066	2 159
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen .....	Mrd DM	1 746	1 838	1 921	2 007	2 098

<sup>1)</sup> In der Abgrenzung der Finanzstatistik. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>2)</sup> Für die Jahre 1984 und 1985 eigene Schätzung und Prognose. Für die Jahre 1986 bis 1988: Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen + 4<sup>1/2</sup>vH pro Jahr; Ausgabenanstieg + 3 vH pro Jahr; Steuereinnahmen: Erhöhung der Steuerquote um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr; sonstige Einnahmen: Zuwachs entsprechend der Wachstumsrate des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen schrittweise vermindert um den anomalen Teil des Bundesbankgewinns (1985: 5,5 Mrd DM) auf Null im Jahre 1988.

<sup>3)</sup> Ausgaben in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

<sup>4)</sup> Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts.

<sup>5)</sup> Finanzierungssaldo in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

<sup>6)</sup> Alle Quoten und Salden konjunkturbereinigt: Tatsächliche Quoten und Salden bereinigt um auslastungsbedingte Mehrausgaben und Mindereinnahmen, um die Investitionszulage (1984 und 1985) und um den anomalen Teil des Bundesbankgewinns.

<sup>7)</sup> Kumuliert.

lichen Wachstum beizutragen und auf diese Weise die hohe Arbeitslosigkeit spürbar zurückzuführen. Wird dies erreicht, so wachsen bei einer stärkeren Erhöhung des Sozialprodukts auch bei einer niedrigeren Steuerquote die Steuereinnahmen schneller, so daß sich die Spielräume für höhere Staatsausgaben und damit für eine bessere Aufgabenerfüllung des Staates wieder erweitern.

**443.** Zur quantitativen Kennzeichnung des Handlungsspielraums der Finanzpolitik in den kommenden Jahren knüpfen wir wieder daran an, daß die mittelfristige Finanzplanung eine mehrjährige Rückführung der Staatsquote vorsieht. Es entsteht dann ein Handlungsspielraum, der von Jahr zu Jahr zunimmt. Er kann alternativ für eine weitere Senkung der öffentlichen Defizite oder für eine Senkung der Steuerbelastung genutzt werden. Bei unseren Überlegungen gehen wir durchweg davon aus, daß die Ausgaben der Gebietskörperschaften bis 1988 um jährlich (nicht mehr als) 3 vH zunehmen, wie es der von Bund, Ländern und Gemeinden im Finanzplanungsrat bekundeten Absicht entspricht. Die Einnahmenentwicklung für die Jahre 1986 bis 1988 schätzen wir auf der Basis unserer Prognose für 1985, des geltenden Steuerrechts und der weiteren unter Ziffer 352 genannten Annahmen. Wir gehen dabei jedoch von einem stabilitätsgerecht erscheinenden Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts aus, nämlich von 4½ vH jährlich statt wie in der mittelfristigen Finanzplanung von 5½ vH (Ziffer 351 ff.). Den Handlungsspielraum ermitteln wir, indem wir die Defizite, die sich bei einer solchermaßen bestimmten Einnahmen- und Ausgabenentwicklung ergeben, vergleichen mit dem Defizit, das zu erwarten wäre, wenn es bei dem Verschuldungsverhalten des Staates im Jahre 1984 bliebe (das zugleich dem Verschuldungsverhalten des Staates im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1977 nahekommt).

**444.** Auf der Basis einer solchen Rechnung beträgt — in der Abgrenzung der Finanzstatistik — der Spielraum für eine Steuersenkung im Sinne der dritten Option im Jahre 1986 etwa 12 Mrd DM; dieser Rahmen erhöht sich im Jahre 1987 (kumuliert) auf etwa 26 Mrd DM und im Jahre 1988 auf rund 40 Mrd DM (Tabelle 37). Die von der Bundesregierung in zwei Stufen vorgesehene Tarifreform bei der Einkommensteuer soll wie erwähnt einschließlich der Erhöhung der Kinderfreibeträge Entlastungen bringen, die für 1986 mit 10 Mrd DM und für 1988 mit insgesamt 20 Mrd DM veranschlagt werden. Der sich bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums abzeichnende Handlungsspielraum wäre damit etwa zur Hälfte ausgeschöpft.

**445.** Sehr viel geringer ist der steuerpolitische Handlungsspielraum im Falle der zweiten Option, bei der nur dafür zu sorgen wäre, daß die Steuerquote gegenüber 1984 (und 1982) nicht steigt, die sich aus der Senkung der Staatsquote ergebende Verringerung des Finanzbedarfs hingegen für eine weitere Rückführung der öffentlichen Defizite zu nutzen wäre. Er betrüge hier für 1986 rund 3 Mrd DM, für 1987 — wiederum kumuliert —

7 Mrd DM, für 1988 etwa 11 Mrd DM. Die für 1986 und 1988 vorgesehenen Steuerentlastungen gingen also schon über das hinaus, was im Rahmen einer solchen Strategie angezeigt wäre.

**446.** Wählte man die erste Option, bei der die Staatsquote gegenüber 1984 konstant gehalten wird, so würden die Staatsausgaben 1985 stärker als schon geplant erhöht werden, und zwar um 4 Mrd DM. Da bei dieser Option jedoch alle Strukturquoten gegenüber 1984 unverändert bleiben, entfällt hier insoweit die Frage eines mittelfristig zu nutzenden Handlungsspielraums. Denn dieser entsteht erst durch eine Eindämmung der Staatsausgaben. Ein ständiges Senken der Staatsquote kommt zwar auch bei den Optionen zwei und drei langfristig nicht in Betracht; deshalb wird ein Übergang zur ersten Strategie früher oder später erforderlich werden. Das Zahlenwerk wäre aber zu spekulativ, das man für alternative Übergänge vorzuführen hätte.

**447.** Nun läßt sich ein für mehr wirtschaftliche Dynamik günstiges finanzpolitisches Klima nicht nur durch eine Senkung der Staatsquote oder der Steuerquote, sondern auch durch eine Umstrukturierung der Ausgaben (oder deren Rechtsgrundlagen) sowie der Einnahmenregelungen, und damit insbesondere der Steuerlastverteilung, erreichen. Deshalb wäre es verfrüht, auf der Basis der bisherigen Überlegungen ein zusammenfassendes Urteil über das Für und Wider der verschiedenen Optionen zu fällen. Zwar scheinen die bislang angestellten Erwägungen mehr Anhaltspunkte dafür zu bieten, daß die dritte Strategie im Ergebnis zu einem höheren Niveau der wirtschaftlichen Aktivität führt als die anderen, doch könnte insbesondere die zweite Variante ähnlich erfolgversprechend oder auch noch mehr erfolgversprechend sein, wenn es durch eine Steuerreform gelänge, selbst bei unveränderter oder wenig gesenkter Gesamtsteuerlast die leistungslähmenden Wirkungen der Besteuerung zu vermindern und vor allem die Investitionsbereitschaft zu stimulieren.

## II. Qualitative Konsolidierung und Steuerreform

### Zur Ausgabenseite

**448.** Obwohl die Politik der Haushaltskonsolidierung erfolgreich betrieben und die Ausgabenexpansion in manchen Bereichen rigoros eingedämmt wurde, sind die Subventionen — entgegen wiederholten Ankündigungen — bislang nicht abgebaut worden. Im Gegenteil, die Subventionen wurden weiter erhöht. Der Sachverständigenrat hat seine Bedenken gegen die Praxis der Subventionierung mehrfach vorgetragen und Anregungen für den Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen gegeben (insbesondere JG 82 Ziffern 258 ff. und JG 83 Ziffern 383 ff.).

Besonders bedenklich ist die verdeckte Subventionierung durch die Förderung mit „Steuervergünstigungen“. Während die Finanzhilfen in den Haus-

haltsplänen Jahr für Jahr veranschlagt und vom Parlament bewilligt werden müssen, wirken subventionsähnliche Steuerermäßigungen — sind die Steuergesetze erst einmal geändert — automatisch und unauffällig fort. Diese verdeckten „Vergünstigungen“ entziehen sich damit einer ständigen Überprüfung in einem stärkeren Ausmaß als offen ausgewiesene Subventionen. Da selektive Steuererleichterungen häufig mit dem allgemeinen Steueraufkommen schwanken, ist ihr Gewicht normalerweise auch schwer quantifizierbar. Deshalb besteht Grund zu der Vermutung, daß manche Stützungsmaßnahme unterblieben oder längst abgebaut worden wäre, wenn statt der „Steuervergünstigung“ eine ausgabenwirksame Hilfe zur Diskussion gestanden hätte.

**449.** Wenn die Ausgabendynamik auch für die Zukunft wirksam gebremst werden soll, gilt es weiterhin, die Expansion der konsumtiven Ausgaben im Staatshaushalt einzuschränken. Bei einer sinkenden Staatsquote verbindet sich mit dem Wunsch, das Gewicht der zukunftswirksamen Aktivitäten der öffentlichen Hand zu erhöhen, nicht notwendigerweise ein kräftiger Anstieg der Investitionsausgaben, weil deren Anteil an den Gesamtausgaben des Staates schon dann steigt, wenn ihre Zuwachsrate größer ist als die der Verbrauchsausgaben. In struktureller Hinsicht ist zu berücksichtigen, daß es Staatsausgaben gibt, die als Staatsverbrauch gebucht werden, obwohl ihre Bedeutung für wirtschaftliches Wachstum unbestritten ist, ebenso wie umgekehrt öffentliche Investitionen nicht schon deshalb das Wachstum fördern, weil sie Investitionen sind. Zur Förderung des Wirtschaftswachstums sollten deshalb vorzugsweise diejenigen öffentlichen Ausgaben verstärkt werden, die zu den privaten komplementär sind. Auch bei Infrastrukturinvestitionen mag im Hinblick auf die großen Aktivitäten namentlich in den sechziger und in den siebziger Jahren sowie wegen der demographischen Entwicklung vielfach eine gewisse Sättigung eingetreten sein, so daß die sinkende staatliche Investitionsquote wohl nicht nur auf ein Sparen am falschen Platze zurückzuführen ist (Ziffer 230). Es gibt jedoch über die Deckung des Ersatzbedarfs hinaus wichtige investive Initiativen in neuen Aufgabefeldern, etwa im Umweltschutz oder in der Stadtсанierung. Im übrigen erscheinen Klagen über die extreme Unstetigkeit der öffentlichen Investitionen in den letzten Jahren berechtigt.

#### Steuersenkung — Steuerreform

**450.** Die Bundesregierung hat beschlossen, die Einkommensteuerbelastungen in zwei Schritten durch Neuregelungen von Tarifvorschriften zu senken. In der ersten Etappe werden die Kinderfreibeträge von 432 DM auf 2 484 DM erhöht (dafür wird die Berücksichtigung der Kinder bei den Sonderausgaben für die Vorsorge entfallen); das Entlastungsvolumen wird für diese Maßnahme rund 5 Mrd DM betragen. Etwa 2 Mrd DM werden für die Aufstockung der Grundfreibeträge um 324 DM auf 4 536 DM (für Verheiratete verdoppelt sich dieser

Betrag) eingesetzt. Schließlich rechnet man mit einem Steuerausfall von reichlich 3½ Mrd DM für den als „Zwischenentlastung“ bezeichneten ersten Teil einer Abflachung der Progression. Anfang 1988 soll dann durch eine weitere Änderung der Tarifformel eine nachhaltige durchgehende Senkung der Grenzbelastung wirksam werden.

**451.** Die Aufstockung der Kinderfreibeträge ist vornehmlich familienpolitisch motiviert und folgt — das gleiche gilt für die Erhöhung des Grundfreibetrages — der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Sie ist nicht in erster Linie Ausdruck wachstumspolitischer Zielsetzungen. Die Steuerermäßigung hat erhebliche Breitenwirkung; denn Kinderfreibeträge werden von weit mehr als einem Drittel der Steuerpflichtigen beansprucht.

Die Erhöhung des Grundfreibetrages und der Kinderfreibeträge mildert die Progression nur indirekt. Für die unmittelbar wirksame Senkung der Grenzsteuersätze wird zwar insgesamt ein beinahe doppelt so hoher Steuerausfall eingesetzt wie für die Aufstockung der Freibeträge, doch bleibt die Minderung der Grenzbelastung bei der jetzt vorgesehenen Regelung nach der Tarifformel T 1A hinter dem zurück, was der Bundesfinanzminister ins Auge gefaßt hatte, als er der Öffentlichkeit seine Vorschläge zur Senkung der Einkommensteuer mit dem Tarif T 1 unterbreitete. Die Vorschläge sahen vor, daß die Einkommensteuerentlastung teilweise durch den Abbau bestimmter „Steuervergünstigungen“ und die Erhöhung bestimmter Verbrauchsteuern finanziert werden sollte (einige Hinweise auf die Gestalt der Tarife T 1A und T 1 finden sich in Tabelle 20).

**452.** Versucht man, sich einen systematischen Überblick über den steuerpolitischen Handlungsbedarf zu verschaffen, so ist in mehrfacher Hinsicht zu differenzieren. Nicht nur die Höhe, sondern nicht minder die Struktur der Steuerbelastung in der Bundesrepublik Deutschland ist reformbedürftig. Die strukturellen Mängel betreffen sowohl die Zusammensetzung der Steuerarten als auch den Aufbau der einzelnen Abgaben. So werden ganze Steuern, aber auch einzelne Regelungen beibehalten, die nach modernen Lastverteilungsgrundsätzen nicht mehr zu rechtfertigen sind oder die ordnungspolitische Bedenken erregen, weil sie — wie die Kapitalverkehrssteuern oder die Wechselsteuer — bestimmte Finanzierungsvorgänge diskriminieren. Andere Unzulänglichkeiten beruhen auf punktuellen dirigistischen Eingriffen in die Systematik einzelner Abgaben aus aktuellem Anlaß. Hierzu gehört neben den schon in anderem Zusammenhang angesprochenen Steuersubventionen auch die gezielte Diskriminierung bestimmter Verhaltensweisen. Diese vielfältigen Schwächen werden sich nur im Rahmen einer echten Steuerreform beseitigen lassen, für die jedoch — nicht zuletzt wegen der mit ihr verbundenen Finanzausgleichsprobleme — zeitaufwendige Vorbereitungen schon jetzt in Angriff genommen werden sollten. Andererseits erfordern die besonders drängenden steuerlichen Probleme schnelleres Handeln, so daß gezielte Belastungsänderungen notwendig werden.

Im folgenden beschäftigen wir uns nur mit den Fragen, die — wie die Regelungen der Familienbesteuerung — im Zusammenhang mit den Gesetzgebungsvorhaben der Bundesregierung besonders aktuell oder unter dem Blickwinkel einer nachhaltigen Förderung des Wirtschaftswachstums besonders dringlich geworden sind.

**453.** Eine wachstumsfördernde Besteuerung kann in Konflikt zum Postulat der Steuerlastverteilung nach der Leistungsfähigkeit und (weiterreichenden) Zielsetzungen der Einkommensumverteilung mit finanzpolitischen Instrumenten stehen. Ob eine solche Spannung überhaupt vorliegt, ist in der normativen Finanztheorie strittig; denn es ist kontrovers, ob das Einkommen oder der Konsum der „richtige“ Indikator der Leistungsfähigkeit ist (JG 82 Ziffer 317). Wer den Verbrauch für den angemessenen Belastungsmaßstab hält, kann in einer Steuerbefreiung der Investitionen oder des Sparens keine Verteilungsprobleme erkennen. Gilt dagegen das Einkommen als Merkmal der Leistungsfähigkeit, dann widerspricht eine Steuerbefreiung der Investitionen oder des Sparens einer gerechten Steuerlastverteilung.

Eine mehr oder weniger starke Einkommensteuerprogression wird im allgemeinen für angemessen gehalten. Das richtige Maß dieses Zugriffs läßt sich wissenschaftlich nicht bestimmen. Da aber davon ausgegangen werden muß, daß die Leistungsbereitschaft der meisten Menschen durch den Anstieg und die absolute Höhe der Grenzsteuersätze, die auf ihrem Einkommen lasten, bestimmt wird und daß die Besteuerung auch des investiv verwendeten Einkommens die Bedingungen für das Investieren beeinträchtigt, ergibt sich eine Konkurrenz zwischen den Zielsetzungen der Wachstumspolitik und der Steuerlastverteilung nach der Leistungsfähigkeit. Sie stellt sich wohlfahrtstheoretisch so dar, daß der soziale Nutzen von mehr Wirtschaftswachstum gegen die Nutzeneinbußen von weniger Verteilungsgerechtigkeit (politisch) abzuwägen ist (und umgekehrt). Die Entscheidung sollte in einer Situation nicht schwer fallen, in der eine bedrückend hohe — und verteilungspolitisch ihrerseits problematische — Arbeitslosigkeit besteht, die nur durch ein kraftvolles Wirtschaftswachstum spürbar abgebaut werden kann. Die Steuerpolitik hat eine Chance, hierzu beizutragen, eine Chance, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

**454.** Da sich Zeitpunkt und Umfang der erwünschten Wirkungen einer wachstumsfreundlichen Steuerpolitik nicht exakt vorhersagen lassen, da insbesondere nicht angegeben werden kann, wann und wie viele Arbeitslose aufgrund einer bestimmten finanzpolitischen Maßnahme wieder Beschäftigung finden werden, ja, solche Wirkungen sich sogar bei einem deutlichen Beschäftigungsanstieg selbst im nachhinein kaum isolieren und insoweit beweisen lassen, wird gelegentlich bezweifelt, daß es sich lohne, die „gerechte“ — oder wenigstens für „gerecht“ gehaltene — Steuerlastverteilung für eine ungewisse Verbesserung des Wirtschaftswachstums aufs Spiel zu setzen. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Verteilungswirkungen der Finanzpolitik kaum zu

verlässiger ermittelt werden können als deren Ergebnisse bei der Wachstumsförderung. Daß die Verbrauchsteuern generell voll überwälzbar seien, läßt sich ebensowenig belegen wie die Hypothese, die Steuern vom Einkommen seien es nicht. Wer bei den Konzeptionen der Lastverteilung auf Plausibilitätserwägungen oder modelltheoretische Ergebnisse vertraut, hat wenig Anlaß, bei einer wachstumsfördernden Besteuerung einen besseren Nachweis der Ergebnisse zu verlangen.

Die Ziele der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit lassen sich schon aus steuertechnischen Gründen nur mangelhaft verwirklichen. So bleibt etwa ein großer Teil der Zinseinkünfte teils legal, teils illegal steuerfrei, und der Staat erstatte die auf Dienstleistungen lastende Umsatzsteuer in vielen Fällen nicht, so daß sie zu einer Sondereinkommensteuer wird. Das Steuerrecht kennt viele Schlupflöcher und Diskriminierungen, die zumindest die „horizontale Gerechtigkeit“ verletzen. Einige von ihnen ließen sich beseitigen, andere dagegen nicht; denn der Preis wäre dafür zu hoch. Eine Gegenleistung in Gestalt von mehr Wirtschaftswachstum dürfen wir in den meisten Fällen solcher Verstöße gegen das Leistungsfähigkeitsprinzip nicht erwarten, im Gegenteil.

Schließlich: Freizeit, Muße und Sicherheit sind Teile des individuellen Wohlstandes, doch können — und sollen — sie im Gegensatz zum Einkommen nicht besteuert werden. Bei einer Senkung von Anstieg und Niveau der Grenzsteuersätze ließe sich die Ungerechtigkeit ein wenig abmildern — und insoweit braucht die Zielsetzung der Wachstumsförderung nicht einmal dann immer mit der Gerechtigkeit der Steuerlastverteilung zu kollidieren, wenn man als Maßstab der Leistungsfähigkeit — genau: als einen Maßstab der Leistungsfähigkeit — das Einkommen ansieht.

**455.** Da eine Verbesserung der Wachstumsbedingungen die wichtigste Voraussetzung für einen spürbaren Beschäftigungsanstieg bildet, genügt es bei den Steuerrechtsänderungen der kommenden Jahre nicht, die Tarife der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer zu senken; es gilt vielmehr auch zu prüfen, wie außerdem die Investitionen steuerlich entlastet werden können. Was die Senkung der Steuersätze anbelangt, so ist die von der Bundesregierung vorgesehene Umstellung der Einkommensbesteuerung auf den Tarif T 1A ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ein erster Schritt — mehr nicht. Es besteht weiterer tarifpolitischer Handlungsbedarf, und zwar aus zwei Gründen:

- Zaghafte Senkungen der Steuersätze reichen nicht aus, das Wirtschaftswachstum wirksam genug zu fördern. Der erforderliche Spielraum für eine deutliche Ermäßigung der Grenzsteuersätze kann nötigenfalls im Rahmen einer großen Steuerreform durch eine Umstrukturierung der Steuern vom Einkommen, daneben auch durch weiterreichende Belastungsverschiebungen innerhalb des Steuersystems gewonnen werden.
- Die Tarifkorrektur ist bei einer progressiv gestalteten Einkommensteuer eine Daueraufgabe.

Um die Steuerquote konstant zu halten, müssen die Steuersätze von Zeit zu Zeit ermäßigt werden, weil das Steueraufkommen schneller wächst als das Sozialprodukt.

456. Zwar dürfte sich eine Senkung der Grenzsteuersätze und insbesondere eine Abflachung der Steuerprogression im Ergebnis auch günstig auf die Investitionsbereitschaft auswirken, doch halten wir daneben weitere Maßnahmen für angezeigt, die einer Verbesserung der Investitionsbedingungen dienen. Zum Teil kommen dafür Maßnahmen in Betracht, die auch unter dem Blickwinkel gerechter Steuerlastverteilung angemessen erscheinen und deshalb dauerhaft eingeführt werden sollten; andere Regelungen sind unter diesem Blickwinkel nicht unumstritten, könnten aber zumindest unter dem Druck der längerfristigen Beschäftigungsprobleme akzeptabel erscheinen, zumal diese ihrerseits ebenfalls Verteilungsprobleme mit sich bringen. Nicht alle Rezepte, die in der steuerpolitischen Diskussion zur Investitionsförderung empfohlen werden, sind wirklich geeignet, ohne neue Wettbewerbsverzerrungen Unternehmen anzuregen, produktive Produktionsumwege einzuschlagen. Einige Möglichkeiten, auch nicht empfehlenswerte, sollen noch einmal beleuchtet werden:

- Verbesserung der Verlustkompensation,
- Steuerermäßigung für nicht entnommene Gewinne,
- Erleichterung der steuerlichen Abschreibung,
- Steuerermäßigung für Investitionsausgaben,
- Änderungen in der steuerlichen Behandlung der Zinsen,
- Die Reform der Gemeindesteuern.

#### Senkung der Grenzsteuersätze

457. Infolge des progressiven Steuertarifs wächst das Einkommensteueraufkommen im allgemeinen überproportional zum Volkseinkommen. Bislang war dieser Effekt so stark, daß er eine unterproportionale Zunahme bei anderen Abgaben überkompensierte. Das ist auch für die Zukunft zu erwarten, obwohl sich die Aufkommenselastizität der Einkommensteuer abschwächen dürfte.

Wirkt der skizzierte Progressionseffekt mit der Geldentwertung zusammen, entsteht das Sonderproblem der kalten Progression. Da das Einkommensteuerrecht die Nominaleinkommen belastet, bewirkt die Inflation in bezug auf das Realeinkommen der Steuerpflichtigen eine heimliche Steuererhöhung, die als besonders ungerecht empfunden wird und die Steuermoral untergräbt. Deshalb sollte bei spürbaren Teuerungsraten die kalte Progression möglichst durch unverzügliche Tarifsenkungen kompensiert werden.

Die bessere wirtschaftspolitische Strategie sucht freilich die Geldwertstabilität zu wahren. In diesem Falle wird nicht nur die heimliche Steuererhöhung,

sondern auch das Entstehen von „Scheingewinnen“ vermieden. Als Teil der Gewinn- und Vermögenseinkünfte entsprechen sie dem Produkt aus der Geldentwertungsrate und dem Reinvermögen. Die Besteuerung der Scheingewinne belastet Unternehmungsgewinne und Vermögenseinkünfte zusätzlich zur kalten Progression und führt verhältnismäßig oft zu Substanzverlusten.

Die Eliminierung der Scheingewinne aus der Bemessungsgrundlage der Einkommen- und Körperschaftsteuer wäre zwar auf verschiedenen Wegen in einem mehr oder weniger weitgehenden Ausmaß prinzipiell möglich, doch sind die Lösungen steuerrechtlich nicht unkompliziert und werfen auch sonst mancherlei Probleme auf (JG 82 Ziffern 304 ff.). Je erfolgreicher die Stabilitätspolitik fortgesetzt wird, um so eher können Scheingewinne vermieden werden und um so eher erscheinen steuerrechtlich komplizierte und steuersystematisch fragwürdige Regelungen zur Lösung dieses Problems entbehrlich; es ist — anders als noch vor einigen Jahren — nicht mehr vordringlich.

458. Eine der wachstumspolitischen Herausforderung entsprechende Tarifsenkung läßt sich nur im Zuge einer großen Steuerreform verwirklichen, bei der Schlupflöcher geschlossen und ungerechtfertigte „Steuervergünstigungen“ aufgehoben werden. Von solchen „Steuervergünstigungen“ sind diejenigen Steuerermäßigungen zu unterscheiden, die dem Ziel dienen, die Steuerbelastung an die individuelle Leistungsfähigkeit anzupassen und für die die Berücksichtigung von Familienlasten und außergewöhnlichen Belastungen Beispiele bieten.

459. Das Ziel einer Reform müßte darin liegen, durch eine Aufhebung vielfältiger Sonderregelungen die Tarifwahrheit bei der Besteuerung wieder herzustellen und durch die so erreichte Verbreiterung der Bemessungsgrundlage eine massive Senkung der Grenzsteuersätze zu ermöglichen. Für die Grundzüge einer solchen Reform hat der Sachverständigenrat schon in seinem letzten Jahresgutachten gewonnen und mögliche Tarifgestaltungen zur Diskussion gestellt (JG 83 Ziffern 406 ff.). Schon dort ist auch darauf hingewiesen worden, daß eine solche Neugestaltung der Einkommensbesteuerung weitgehend verteilungsneutral sein sollte; denn die Reform zielt insoweit nicht auf eine Veränderung der durchschnittlichen Steuerbelastung ab, sondern auf eine Minderung des Anstiegs und eine Senkung der Höhe der Grenzsteuersätze. Eine darüber hinausgehende Senkung der Steuerbelastung käme dann noch hinzu, nach Maßgabe dessen, was man sich an Steuersenkung leisten kann. Mit einer derartigen Tarifumstellung soll vor allem für die Bezieher mittlerer Einkommen erreicht werden, daß die direkte Progression im Vergleich zur gegenwärtigen Einkommensbesteuerung weniger scharf zugreift. Das Ausmaß dieser Abschwächung wird auch bei einem linear steigenden Grenzsteuersatz von der Steilheit dieses Anstiegs bestimmt, so daß der Gesetzgeber über genügend Spielraum verfügt, die Steuerausfälle in vertretbaren Grenzen zu halten. Grenzen für Steuerausfälle schränken die

wachstumspolitisch gebotene Abflachung der Progression um so weniger ein, je konsequenter Steuerprivilegien abgebaut werden. Durch die Schließung von Schlupflöchern und die Belastung bisher nicht erfaßter besteuierungswürdiger Einkommen würde in jedem Falle die Gerechtigkeit der horizontalen, in den meisten Fällen aber auch die Gerechtigkeit der vertikalen Steuerlastverteilung verbessert werden. Bei einer Ausdehnung der individuellen Leistung würde dann ein zusätzlich erwirtschaftetes Einkommen wesentlich niedriger belastet werden als bisher; die Basisbelastung würde sich wenig verändern, nach Maßgabe der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage sogar erhöhen.

**460.** Die steuersystematischen Verbesserungen aus der Körperschaftsteuerreform 1977 sollten bei einer Neuordnung der Einkommensbesteuerung nicht aufs Spiel gesetzt werden. Deshalb ist es notwendig, bei einer Senkung des höchsten Grenzsteuersatzes im Einkommensteuertarif den für Kapitalgesellschaften geltenden allgemeinen Körperschaftsteuersatz auf dieselbe Höhe zu senken. Für diese Ermäßigung wären die übrigen Sätze des Körperschaftsteuertarifs, insbesondere der Steuersatz für die Ausschüttungen der Kapitalgesellschaften, abzustimmen.

**461.** Zusätzliche Spielräume für eine Streckung des Einkommensteuertarifs, das heißt namentlich für eine Abflachung des Progressionszugriffs im Bereich der mittleren Einkommenshöhen, können durch eine Umstrukturierung des Steuersystems gewonnen werden, wenn man das Gewicht der sogenannten indirekten Steuern (wieder) erhöht. Da ergiebige neue Steuerquellen kaum erschlossen werden können — auch die mitunter empfohlene Belastung hochwertiger, vor allem dauerhafter, Konsumgüter erscheint nicht sehr erfolgversprechend —, ist die Erhöhung der Tarife von Verbrauchsteuern in Erwägung zu ziehen.

In erster Linie wird dabei an eine neuerliche Aufstockung der Umsatzsteuersätze gedacht. Die meist als Mehrwertsteuer bezeichnete Abgabe ist nämlich ihrem Wesen nach eine allgemeine Verbrauchsteuer, die im Gegensatz zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer die Investitionen nicht belastet, von Ausnahmen abgesehen. Wenn man einen Teil des Gewichts dieser Abgaben durch geeignete Tarifänderungen aufkommensneutral auf die Umsatzbesteuerung umschichtet, wird das Einschlagen produktiver Produktionsumwege partiell entlastet, was wachstumspolitisch erwünscht ist. Eine solche Umstrukturierung des Steuersystems verbindet deshalb den leistungsstimulierenden Effekt einer Senkung der Grenzbelastung des Einkommens mit einer gezielten steuerlichen Entlastung der Investitionen zu Lasten des Verbrauchs.

Dem werden meist Bedenken entgegengehalten. Im Gegensatz zu den meisten anderen indirekten Steuern hat sich das Gewicht des Umsatzsteueraufkommens über die Jahre gesehen nicht vermindert, sondern leicht erhöht (Ziffer 236). Die Umsatzsteuer ist ohnehin nach der Einkommensteuer die ergiebigste Abgabe; ihre oft gerügte Regressionswirkung ist al-

lerdings umstritten. Wer hinsichtlich der Steuerlastverteilung Vorbehalte gegenüber einer Erhöhung der Umsatzsteuer hat, macht auch geltend, daß die deutsche Verhandlungsposition bei der Steuerharmonisierungsdebatte im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften geschwächt wird; denn wichtige Mitgliedsländer haben wesentlich höhere Umsatzsteuersätze, denen wir uns um so stärker annähern müßten, je höher der deutsche Umsatzsteuertarif im Zeitpunkt der Harmonisierungsverhandlungen ist. Schließlich wird auch vorgetragen, daß die Mehrwertsteuer die Abwanderung in die Schattenwirtschaft nicht weniger begünstigt habe als die Einkommensteuer und daß nicht zuletzt aus diesem Grunde andere Formen der Umstrukturierung des Steuersystems eher zu empfehlen seien als eine Gewichtsverlagerung zwischen diesen beiden Abgaben.

Weniger Vorbehalte werden meist gegenüber einer weiteren Erhöhung der großen speziellen Verbrauchsteuern, insbesondere der steuerlichen Belastung von Tabak, Alkohol und Mineralöl, erhoben. Zwar treffen einige dieser Abgaben nicht nur Konsumgüter — Alkohol, Kraftstoff und Heizöl werden auch als Produktionsmittel eingesetzt —, doch werden mit deren Besteuerung im allgemeinen keine Investitionen getroffen. Das Volumen für Entlastungen bei der Einkommensteuer, das durch eine Tarifierhöhung bei speziellen Verbrauchsteuern gewonnen werden kann, ist allerdings kurzfristig begrenzt. Längerfristig ist zu berücksichtigen, daß die Aufkommenselastizität dieser überwiegend mengenabhängigen Abgaben gering ist, so daß ihr relatives Gewicht bei konstanten Sätzen im Zuge des Wirtschaftswachstums beständig abnimmt. Deshalb erscheint eine Umschichtung von der Einkommensteuer auf diese Abgaben auch unter dem Blickwinkel eines Ausgleichs der unterschiedlichen Aufkommenselastizitäten nötig.

#### Entlastung der Investitionen

**462.** Bei den Einflüssen der Besteuerung auf die Investitionen kann zunächst zwischen den psychologischen und den ökonomischen Effekten und bei den letzteren zwischen den Wirkungen auf die Risikobereitschaft, auf die Finanzierungsmöglichkeiten sowie auf das Investitionskalkül unterschieden werden. Eine Senkung der Sätze der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer verbessert das Investitionsklima. Eine Streckung der Grenzsteuersätze mildert für die Einkommensteuerpflichtigen die Diskriminierung der Risikoübernahme durch eine Abflachung der Progression. Eine steuerliche Entlastung der Gewinne verbessert die Möglichkeiten zur Selbstfinanzierung, erweitert über diese die Eigenkapitalbasis und damit auch die Spielräume für die Fremdkapitalbeschaffung, so daß die Investitionsfinanzierung erleichtert wird. Alle drei Impulse wären um so kräftiger, je stärker die Tarife der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer gesenkt würden.

Wenn zur Steuerentlastung nicht nur die Haushaltsspielräume genutzt werden, die ohnehin zur

Verfügung stehen und die durch einen Abbau von Subventionen und „Steuervergünstigungen“ gewonnen werden können, sondern außerdem die Gewichte stärker von der Einkommens- auf die Konsumbesteuerung verlegt werden, so ergibt sich daraus zugleich eine Entlastung der Investitionen.

463. Die Beschäftigungsprobleme legen es jedoch nahe, mit der steuerlichen Entlastung der Investitionen weiterzugehen. Das gilt selbst, wenn man der Auffassung ist, daß die Investitionsschwäche der vergangenen Jahre nicht in erster Linie auf überhöhte Steuerlasten zurückzuführen ist; denn die Steuererleichterungen könnten dazu beitragen, andere Belastungen — wie beispielsweise Risiken aus der Möglichkeit von Sozialplanverpflichtungen — zu kompensieren. Außerdem enthält das Steuerrecht Regelungen, durch die die Investitionen eindeutig diskriminiert werden.

464. Die Begrenzung des Zeitraums für die Einkommensermittlung auf das Kalenderjahr ist steuerlich notwendig, aber problematisch. Das Einkommensteuerrecht kennt deshalb nicht nur den Ausgleich positiver und negativer Einkünfte innerhalb einer Periode, sondern für alle Steuerpflichtigen ebenso wie das Körperschaftsteuerrecht auch die periodenübergreifende Verlustkompensation. Nicht sinnvoll erscheint indessen, daß die Möglichkeiten des Verlustabzugs nach § 10 d des Einkommensteuergesetzes begrenzt sind, und zwar für den Verlustvortrag zeitlich, für den Verlustrücktrag auch der Höhe nach.

Durch diese Einschränkungen wird die Ungleichheit aus der Besteuerung der Chancen und der begrenzten steuerlichen Berücksichtigung von Risiken verschärft. Mit Wagnissen verbundene Einkünfte werden auf diese Weise diskriminiert. Besonders getroffen wird die Bereitschaft der Unternehmer, risikoreiche Investitionen vorzunehmen, aus denen sich typischerweise zeitliche Gewinnschwankungen ergeben (JG 81 Ziffer 396).

Die Beteiligung des Staates an den Investitionsrisiken kann verbessert werden, wenn die Beschränkung des zweijährigen Verlustrücktrags auf 10 Mio DM und die zeitliche Befristung für den Verlustvortrag aufgehoben werden. Auch in diesen Fällen bliebe die Verlustkompensation unvollkommen, weil sie in der Regel zeitlich verzögert erfolgt und weil sie davon abhängig ist, daß in einer anderen Periode tatsächlich Gewinne erzielt werden. Dieser Mangel ließe sich mildern, indem den Steuerpflichtigen für anrechenbare Verluste übertragbare Steuergutscheine ausgefertigt werden, die sie als Wertpapiere an andere Steuerschuldner veräußern dürfen. Durch eine derartige Regelung könnte insbesondere jungen Unternehmen ein Überleben in der schwierigen Phase erleichtert werden, in der im allgemeinen Anlaufverluste entstehen. Im Hinblick auf die unzulängliche Ausstattung vieler — vor allem mittelständischer — Unternehmen mit Eigenkapital und ihre dadurch sehr begrenzte Fähigkeit, Verluste zu tragen, würde die Ausgabe von Steuergutscheinen für Verlustkompensationen es auch in

vielen anderen Fällen leichter machen, Investitionsrisiken einzugehen.

465. Um die Vergrößerung der Eigenkapitaldecke zu fördern, namentlich bei mittelständischen Unternehmen, wird häufig vorgeschlagen, eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung für nicht ausgeschüttete Gewinne (wieder) einzuführen, um die Voraussetzungen für die Selbstfinanzierung zu verbessern. Gegen die Verwirklichung solcher Vorstellungen sprechen eine Reihe wichtiger Bedenken, mit denen sich der Sachverständigenrat vor zwei Jahren auseinandergesetzt hat (JG 82 Ziffern 333 ff.). Entscheidend ist letztlich, daß die einseitige Begünstigung der Selbstfinanzierung die Kapitalmobilität behindert und zu Kapitalfehlenlenkung führen kann. Der Rat hat deshalb zur Diskussion gestellt, die Anleger von Risikokapital generell steuerlich zu entlasten, gleichgültig, ob sie im eigenen Unternehmen oder anderweitig investieren, und unabhängig davon, ob sie Einkünfte aus Gewerbebetrieb oder andere Einkünfte anlegen (JG 82 Ziffern 327 und 338). Auch das 624-D-Mark-Gesetz könnte, was die geförderten Anlagen angeht, überprüft werden.

Noch zwingender als die Eigenkapitalzuführung zu fördern, erscheint es, deren steuerliche Diskriminierung zu beseitigen. Für die Gesellschaftsteuer, die ausschließlich die Eigenkapitalbeschaffung von Kapitalgesellschaften belastet, gibt es keine vernünftige Begründung. Die Erhebung ist außerdem teuer. Um die Gesellschaftsteuer abschaffen zu können, müßte freilich die der Abschaffung entgegenstehende EG-Richtlinie vom 17. Juli 1969 aufgehoben werden (JG 82 Ziffer 326).

466. Zu den Maßnahmen, die unmittelbar an Merkmale des Investitionsvorgangs anknüpfen, gehören zunächst einmal die Abschreibungserleichterungen. Sie können unter verschiedenen Blickwinkeln gewährt werden, um die Investitionstätigkeit zu beleben. Von den möglichen Zielsetzungen steht die Kompensation der Besteuerung von Scheingewinnen nicht mehr im Vordergrund, nachdem Geldwertstabilität annähernd wieder erreicht ist. Es kann jetzt um eine echte Entlastung gehen.

Wenn die steuerlich wirksamen Abschreibungen größer sind als die betriebswirtschaftlich erforderlichen, entsteht in Höhe der Differenz eine stille Rücklage, durch deren Bildung und Auflösung die an die Gewinnausschüttung anknüpfenden Steuerlasten zeitlich umverteilt werden. Dieser Effekt gleicht einem zinsfreien Kredit, den der Fiskus dem Steuerpflichtigen gewährt, dessen Rückzahlung unter dem Vorbehalt der Erzielung künftiger Gewinne gestellt ist und der die Rentabilitätsrechnung entlastet sowie die Investitionsfinanzierung erleichtert. Abschreibungsfreiheiten können von einkommensteuerpflichtigen Unternehmern auch dazu genutzt werden, kurzfristige Gewinnschwankungen auszugleichen und auf diese Weise die Diskriminierung der Investitionsrisiken durch den Progressionszugriff zu vermeiden oder wenigstens zu lindern.

Vor allen Dingen beeinflussen die Abschreibungsregelungen des Steuerrechts jedoch das Investitionskalkül. Dieser Zusammenhang ist kompliziert und unübersichtlich, weil die Effekte von zahlreichen Bestimmungsgründen abhängen, unter denen die Nutzungsdauer der Anlagealternativen und die Höhe der (Grenz-)Steuersätze besonders bedeutsam sind. Werden steuerliche Abschreibungs erleichterungen nicht nach diesen Kriterien differenziert, so werden längerfristige Investitionen gegenüber kürzerfristigen benachteiligt. Anreize zu einer Fehlleitung der Ressourcen sollten bei der Investitionsförderung jedoch vermieden werden, zumal die vieljährigen Kapitalbindungen — allerdings mit Ausnahme der Bauinvestitionen — besonders riskant zu sein pflegen und deshalb stärker gescheut werden als die Engagements für eine kürzere Dauer (JG 82 Ziffer 318).

Selbst wenn diese Aspekte bei der Ausgestaltung beachtet werden, haben Abschreibungsfreiheiten einige Nachteile: Je größer der Teil der Sachanlagen ist, der mit Fremdkapital finanziert wurde, um so größer ist, bezogen auf das Eigenkapital, die Steuererminderung, die zunächst allein dem Eigenkapitalgeber zusteht und erst über den Kapitalmarkt in der Form höherer Zinsen das Zinskapital erreicht. Dabei schlägt die Entlastung beim Eigenkapital naturgemäß um so stärker zu Buche, je höher die Belastung ist, je höher also der Grenzsteuersatz ist, der für den Eigenkapitalgeber gilt. „Sachvermögen wandert eher in die Hände hochbesteuerter Investoren, weil für diese die Vorverlegung der Abschreibungen mehr wert ist als die korrespondierende Erhöhung des Geldzinses“ (JG 82 Ziffern 319, 312). Ob dieser Effekt den Wettbewerb verzerrt und insbesondere den Mittelstand diskriminiert, ist allerdings umstritten. In jedem Fall ist die im übrigen bestehende steuerliche Privilegierung des Fremdkapitals zu bedenken.

467. Eine nach der Höhe der Steuerbelastung unterschiedliche Entlastung von Investitionen ergibt sich nicht, wenn ein bestimmter Prozentsatz der Investitionssumme von der Steuerschuld abgezogen werden darf. Auch in diesem Falle ist es freilich nötig, die Steuerermäßigung nach der Nutzungsdauer der Investitionsobjekte zu bemessen, wenn eine Bevorzugung der kurzfristigen Anlagen und eine von dieser Begünstigung ausgehende Kapitalfehlleitung vermieden werden soll. An die Stelle des zinsfreien Steuerkredits, den die Abschreibungsfreiheiten vermitteln, tritt bei einem nach der Höhe und der Laufzeit der Kapitalbindung bemessenen Abzug von der Steuerschuld eine Entlastung, die wie eine Zinsermäßigung wirkt.

*Der Grundbetrag der Steuererleichterung müßte in einem Prozentsatz der Investitionsausgabe festgelegt werden. Um die Entlastung nach der Kapitalbindung angemessen zu differenzieren, muß — um eine pragmatische Lösung zu kennzeichnen — der Grundbetrag (unter Berücksichtigung von Zinsezinsen) für die steuerrechtlich zu berücksichtigende Nutzungsdauer aufgezinnt werden. Dabei sollte ein Rechnungszins zugrunde gelegt werden, der deutlich über dem Kapitalmarktzins liegt, weil es nötig ist, die Risiken in den Anätzen der Investitionsrechnung durch solche Zuschläge zu berücksichtigen. Die bei die-*

*sem Kalkül zu veranschlagende Steuerbelastung der „Alternativzinsen“ kann am einfachsten in der Weise eingefangen werden, daß der Abzugsbetrag selbst die Steuerbemessungsgrundlage erhöht. Die für die verschiedenen Laufzeiten der Investitionsobjekte in Betracht kommenden Abzugsbeträge könnten in einer Tabelle zusammengestellt werden, um die Ermittlung für die Steuerpflichtigen wie für die Finanzverwaltung zu erleichtern.*

Eine Staffelung der Steuergutschriften für Investitionen nach der Laufzeit — allerdings in einem sehr groben Raster — entspricht übrigens der amerikanischen Praxis der Gewährung von Investment Tax Credits.

Bei der Erlaubnis, einen bestimmten Teil der Investitionssumme von der Steuerschuld abzuziehen, werden zwar gewisse Nachteile der Abschreibungsfreiheiten vermieden, doch kommt auch hier die Entlastung der Investitionen den Fremdkapitalgebern nur über den Kapitalmarkt — via erhöhte Zinsgebote — zugute. Abermals ist freilich auf die im übrigen schon bestehende Privilegierung des Fremdkapitals zu verweisen.

468. Das Investitionskalkül beruht auf dem Vergleich der unsicheren Rendite möglicher Sachanlagen mit dem Zins, den sichere Finanzanlagen abwerfen. Unsere bisherigen Überlegungen fußten auf der Annahme, daß diese Einkünfte aus Kapitalvermögen ebenso wie die Gewinne besteuert werden, wie es den Prinzipien der Einkommensbesteuerung an sich entspricht. Schon dieser Grundsatz wird jedoch durch unser Steuerrecht in mehrfacher Hinsicht verletzt. Beispielsweise gibt es die „Steuerbefreiung bestimmter Zinsen“ (§ 3 a EStG), und „Außerrechnungsmäßige und rechnungsmäßige Zinsen aus den Sparanteilen, die in den Beiträgen zu Versicherungen auf den Erlebens- oder Todesfall enthalten sind“, bleiben in den in der Praxis bedeutsamen Fällen ebenfalls steuerfrei (§ 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG). Über solche Befreiungen und andere Ermäßigungen hinaus bleibt ein großer Teil der übrigen Zins-einkünfte unversteuert; sei es, daß eine Steuerpflicht wegen der vielfältigen Freibeträge oder Freigrenzen entfällt, sei es, daß die Zinseinnahmen nicht deklariert werden.

Die unterschiedliche Steuerbelastung der Einkünfte aus Kapitalvermögen, die de facto noch stärker als de jure divergiert, privilegiert im Ergebnis Sicherheitsdenken und Fremdkapitalfinanzierung und diskriminiert Risikobereitschaft und Eigenkapitalfinanzierung. Risikobereitschaft zu diskriminieren, heißt die Investitionsneigung beeinträchtigen. Überdies sind die dadurch ausgelösten Substitutionsvorgänge in der Kapitalstruktur der Unternehmen nicht nur ordnungspolitisch unerwünscht, sondern auch deshalb bedenklich, weil eine geringe Ausstattung mit Risikokapital, auch wenn sie wie hier selbstbestimmt ist, die Krisenanfälligkeit der Unternehmen erhöht.

Man bedenke das Ausmaß der Verfälschung des Investitionskalküls: Wenn ein Kapitalanleger — aus welchen Gründen auch immer — nicht mit einer Besteuerung der Einkünfte aus Finanzanlagen zu rechnen braucht, während die Einkünfte aus

Sachvermögen besteuert werden, so muß bei der augenblicklichen Höhe der Grenzsteuersätze die Eigenkapitalrendite (vor Steuern) weit über der Rendite aus Geldvermögen liegen, soll sich eine Sachinvestition lohnen.

Diese Lücke in der Besteuerungspraxis wird auch aus Gründen der Gerechtigkeit weithin als bedenklich angesehen.

469. Es ist indessen kaum möglich, die Zinseinkünfte besser zu erfassen und generell angemessen zu besteuern. Bei freiem internationalen Kapitalverkehr kommt die Einführung des Abzugs von Kapitalertragsteuer auf Zinseinnahmen im Alleingang der Bundesrepublik kaum in Frage. Die daraus resultierende Benachteiligung anderer Einkünfte, nicht zuletzt auch der redlich versteuerten Zinsen, kann nur durch eine allgemeine Senkung der Einkommensteuerbelastung etwas gemildert werden. Vor allem sollte jedoch die Steuerlast auf Investitionen im ganzen reduziert werden. Unter den gegebenen Umständen verlangt dies, mit steuerlichen Erleichterungen beim Investor anzusetzen, um die Diskriminierung der Vermögensanlage in Sachkapital deutlich zu vermindern.

Zu dieser Strategie ist überdies deshalb zu raten, weil im wachstumspolitisch wichtigen internationalen Wettbewerb um Kapital der Standort Bundesrepublik Deutschland nicht im Nachteil sein sollte. Der Kapitalsog Amerikas wird nicht aufhören, wenn Europa nicht bei den Rentabilitätsbedingungen pari bietet. Die Steuerpolitik kann und muß dazu ihren Beitrag leisten.

470. Zur Diskriminierung des Eigenkapitaleinsatzes gegenüber der Fremdfinanzierung sowie zu den beschriebenen abträglichen Folgen aus dieser Benachteiligung des Risikokapitals für die Investitionsneigung und die Investitionsmöglichkeiten trägt nicht zuletzt auch die Gewerbesteuer bei, die sich nach den vielfältigen Gesetzesänderungen der letzten Jahre immer stärker zu einer Sondersteuer auf die Gewinne und das Eigenkapital mittlerer und großer gewerblicher Unternehmen entwickelt hat (SG 82 Ziffern 79 ff., JG 82 Ziffer 240 und JG 83 Ziffern 399 ff.). Wir bekräftigen unsere Auffassung, daß die Gewerbesteuer durch eine Wertschöpfungssteuer ersetzt werden sollte, nicht zuletzt deshalb, weil wir eine Sonderbelastung von Gewinnen und Risikokapital für besonders schädlich halten, während eine Besteuerung der Wertschöpfung, also des Gesamtertrages aus dem Kapitaleinsatz — ohne Rücksicht auf die Finanzierungsform — und dem Arbeitseinsatz, die größtmögliche Wettbewerbsneutralität gewährleistet. In der Diskussion ist allerdings gerade die breite Bemessungsgrundlage auf Bedenken gestoßen, weil „ertragsunabhängige“ Steuern die Unternehmen in einer Rezession besonders stark belasten. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Gemeindesteuern — wenn auch nicht im Sinne einer strengen Äquivalenz — die Kommunen für ihre Leistungen entschädigen und dadurch deren Interesse an der örtlichen Wirtschaft festigen sollen und daß eine ergiebige und einigermaßen

stabile Steuerquelle der Gemeinden Voraussetzung dafür ist, die Gemeinden unabhängiger vom Tropf der Länder zu machen. Im übrigen ist es aus stabilitätspolitischen Gründen erwünscht, daß die Gemeinden anders als Bund und Länder auch im Konjunkturverlauf mit einem kontinuierlichen Einnahmenfluß rechnen können, damit ihr Ausgabenverhalten verstetigt wird. Die Gemeinden neigen nun einmal zu einem einnahmenorientierten Ausgabenverhalten.

Aus ähnlichen Gründen erscheint auch das Argument nicht stichhaltig, eine Wertschöpfungssteuer behindere den Export, weil bei dieser Abgabe ein Grenzausgleich unzulässig ist. Aus Infrastrukturinvestitionen und anderen kommunalen Vorleistungen entstehen — volkswirtschaftlich gesehen — Kosten, die auch beim Export vom Markt erstattet werden müssen, wenn wirtschaftlich produziert werden soll. Im übrigen ist in bezug auf die Belastung durch diese Kosten wie durch die Ertragsunabhängigkeit zu bedenken, daß die Gesamtbelastung der örtlichen Wertschöpfung anders als bei der Gewerbesteuer auf alle Betriebe verteilt werden soll, so daß das einzelne Unternehmen nur mit einer verhältnismäßig geringen Steuerbelastung zu rechnen braucht.

Schließlich: Es kann nicht darum gehen, alle Steuern ertragsabhängig zu machen. Irgendwann verliert man durch die erhöhte Grenzbelastung der Gewinne, die dann nötig ist, mehr, als man durch die Senkung der ertragsunabhängigen Belastungen gewinnt. Das Problem einer ertragsunabhängigeren Gemeindesteuer muß im Rahmen der Gesamtreform des Steuersystems aufgefangen werden. Hier besteht auch die Möglichkeit, ausgleichend der Tatsache Rechnung zu tragen, daß eine Wertschöpfungssteuer die Investitionen mitbelastet.

471. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Dieter Mertens, hat Bedenken gegen einige der hier behandelten steuerpolitischen Vorstellungen, bei deren Verwirklichung seiner Meinung nach größere Umverteilungseffekte zuungunsten mittlerer und kleinerer Arbeitnehmereinkommen unvermeidlich wären. Dies betrifft die — mit Bezug auf das Jahreshgutachten 1983/84 erneut einbezogene — kräftige Senkung auch der Spitzensteuersätze (JG 83 Ziffer 413), die Begünstigung der Gewinne durch erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten oder Investitionszuschüsse (Ziffer 466), die Erweiterung der Möglichkeiten des Verlustvortrags und des Verlustrücktrags bei der Einkommensteuer — dafür gibt es bei Arbeitnehmereinkommen kein Äquivalent — (Ziffer 464), sowie die Anregung, den Anteil der — nach vorherrschender Meinung die niedrigeren Einkommen relativ stärker belastenden — Verbrauchsteuern am gesamten Steueraufkommen zu erhöhen (Ziffer 461).

472. Nicht strittig ist, daß eine gründliche Steuerreform angesichts der Entwicklung der öffentlichen Finanzen möglich und angesichts der gestiegenen Belastung der privaten Haushalte fällig geworden ist.

Unstrittig ist weiter, daß dabei auch — neben der Suche nach mehr Gerechtigkeit — nach Möglichkeiten gesucht werden sollte, die die Dynamik der Wirtschaftstätigkeit beflügeln.

Und es ist schließlich die Notwendigkeit der Güterabwägung außer Streit, also unstrittig, daß bestimmte Verteilungsrelationen in kritischen Situationen, und wenn das gesamtwirtschaftliche Wohl nur durch Umverteilung gesichert oder gefördert werden kann, nicht konstant gesetzt werden können.

Diese Konstellation ist derzeit — nach Meinung dieses Mitglieds — nicht nachzuweisen. Zunächst gilt es festzuhalten, daß steuerliche Umverteilung seit Jahren schon in beträchtlichem Maße stattgefunden hat (Schaubild 35, Tabelle 28). Der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen hat von 1960 bis 1984 von 12 vH auf 33 vH zugenommen, der Anteil der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer nahm von 24 vH auf 14 vH ab, bei ungefähr unverändertem Anteil der Umsatz- und Verbrauchsteuern. (Zwar gibt es Unschärfen in der Abgrenzung zwischen Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer, doch haben diese — nach Einschätzung dieses Mitglieds — wohl eher marginale Bedeutung, so daß die Entwicklung, die der Belastungsanteil der Arbeitnehmereinkommen genommen hat, aus diesen Anteilswerten im Ganzen abgelesen werden kann.) Auch in den letzten Jahren hat sich diese Verlagerung fortgesetzt.

473. Wenn die Mehrheit des Rates dennoch eine weitere Verlagerung für nötig hält, so aus wachstumspolitischen Überlegungen. Sie begründet ihre Auffassung damit, daß die vorgetragenen Schritte der steuerlichen Umverteilung Anreize zu mehr unternehmerischer Aktivität mit sich brächten, insbesondere zu mehr Risikofreude bei der Investitionstätigkeit, deren beschleunigte Steigerung zu mehr Arbeitsplätzen und damit zu mehr Beschäftigung führen werde (Ziffern 308 und Ziffern 462 ff.).

Anscheinend mangelt es wirklich am wünschenswerten dynamischen Wettbewerb, das heißt der Anteil dynamischer Unternehmer dürfte geringer sein als früher (Ziffer 164). Risikoscheue Unternehmer, die die notorische Unsicherheit der Gewinnerzielung in einer Marktwirtschaft weniger als Herausforderung zur Innovation denn als Maßstab in Verteilungsdiskussionen begreifen, oder als Motiv für den Verzicht auf Investitionen überhaupt, stehen an anderer Stelle des Gutachtens Modell (Ziffer 292). Wieweit dieses Unternehmerbild realistisch ist oder solch ein Unternehmertyp wirklich dominiert, mag man in Frage stellen. Einiges spricht dafür — dazu zählt auch die angestiegene Unternehmenskonzentration, also die stark gewachsene Bedeutung wirtschaftlicher Macht —, daß steuerliche Anreize heute weit weniger zuverlässig die erhofften zündenden Auswirkungen zeitigen, als dies in den wettbewerbsstarken Aufbaujahren der Fall war.

Statt dessen könnten in weiten Bereichen Mitnahmeeffekte die Regel sein, also zunächst die Verteilungseffekte allein übrigbleiben, während die er-

hofften zusätzlichen inländischen Investitionen ausbleiben. Denkbare Regelkreise aber, nach denen eine Änderung der Verteilungsrelation stets nur vorübergehende Bedeutung haben würde, mögen theoretisch schlüssiger sein als in einer Wirklichkeit, die den Modellvorstellungen nur unvollkommen entspricht. Insbesondere setzen sie wiederum eben den Investitionseffekt der Steueränderung voraus, und sie gehen auch von einem weit höheren Maß an modellgerechtem Wettbewerb aus, als für unsere heutigen und künftigen Verhältnisse unterstellt werden darf. Erfahrungsgemäß wird man genauso gut damit rechnen können, daß — auch hier — einmal hergestellte Relationen alsbald als Besitzstände zur neuen Norm erhoben und energisch verteidigt werden.

474. Überlegungen, statt des Vertrauens auf automatische allgemeine Stimulierung die Steuerreform sicherheitshalber im besonderen so auszugestalten, daß nur oder mit Vorzug Leistungsbereite und Risikofreudige gefördert, Mitnahmeeffekte aber gering gehalten werden, stoßen sich schnell an den Grenzen steuerrechtlicher Diskriminierung. Realistische Vorschläge dieser Art sind denn auch noch nicht in die politische Diskussion gekommen.

475. Wenn man aber — statt Mitnahmeeffekten — die erwünschten Impulse auf die persönlichen und investiven Aktivitäten der Wirtschaftsteilnehmer auch dadurch wahrscheinlicher machen wollen würde — was der Sachverständigenrat nicht tut —, daß man die Entlastungswirkungen auf bestimmte Einkommensklassen konzentriert, muß man sich ebenfalls auf bestimmte Verhaltensannahmen — diesmal nach Einkommensklassen unterschieden — stützen. Der Mangel an dynamischem Unternehmertum kann dadurch kaum plausibler behoben werden. Einschätzungsfehler sind insbesondere dann möglich, wenn die spezifischen Marktverhältnisse dort, wo viel verdient wird, außer Betracht bleiben.

476. Aber selbst wenn man unterstellt, daß Steuerentlastungen bei den oberen Einkommensklassen am sichersten Investitionen auslösen — beispielsweise wegen der Annahme typischer Ausgabenstrukturen der Einkommensbezieher nach Einkommensniveaus — muß man berücksichtigen, daß auch mehr Konsum in der ersten Runde sodann in der zweiten Runde mehr Erweiterungsinvestitionen auslöst, während Investitionen in der ersten Runde bei unveränderter Endnachfrage auch überwiegend zur Rationalisierung eingesetzt werden können, was unmittelbar erst einmal Arbeitsplätze kostet.

477. Nach Meinung dieses Ratsmitglieds verbliebe also bei einer Steuerreform entsprechend den Vorstellungen der Ratsmehrheit ein sicherer Umverteilungseffekt bei durchaus unsicheren Wirkungen auf Wachstum und Beschäftigung. Bei einem solchen Verhältnis der Wahrscheinlichkeiten kann für verteilungswirksame Strategien nicht unbedingt geworben werden. Insbesondere kann nicht gut dafür geworben werden, Strategien mit Verteilungsfolgen gleichzeitig auf mehreren Stufen des Verteilungssy-

stems zu verfolgen — einmal bei der Befriedigung der Ansprüche der an der Produktion Mitwirkenden an das Produktionsergebnis vor der Besteuerung via Lohnpolitik, und sodann noch einmal durch eine Veränderung der steuerlichen Behandlung der Einkommen.

**478.** Der Rat hat in seinem vorjährigen Gutachten zwar die Wünschbarkeit eines Verteilungsausgleichs für die Verteilungseffekte der vorgeschlagenen Tarifrevision durch andere steuerrechtliche Änderungen beschrieben, gleichzeitig aber auch die große Schwierigkeit, eine solche Verteilungsneutralität zu sichern (JG 83 Ziffer 413). Dieses Mitglied hält diese Schwierigkeiten für weitgehend unüberwindbar, zumindest im Rahmen realistischer Vorstellungen von dem, was Steuerpolitik kann. Die Bundesregierung sucht offenbar einen moderaten Weg. Sie hält in der derzeitigen Ausprägung des Einkommensteuertarifs Prinzipien der Gerechtigkeit und des optimalen Leistungsanreizes im Bereich mittlerer Einkommen gleichzeitig für beeinträchtigt und sieht bei dieser doppelten Begründung wenig Risiken darin, in dieser Besteuerungszone die relativ größte Entlastung vorzunehmen, bei abnehmender Ausstrahlung nach unten und oben. Einer solchen Linie kann man unter den derzeitigen Bedingungen im großen und ganzen zustimmen. Weiterer tarifpolitischer Handlungsbedarf in der von der Ratsmehrheit gewiesenen Richtung besteht nach Meinung dieses Mitglieds des Rates vorerst nicht.

Soweit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

#### Reform der Familienbesteuerung

**479.** Die steuerliche Berücksichtigung der sogenannten Familienlasten entspricht dem Grundsatz der Lastenverteilung nach der individuellen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen. Auf lange Sicht ist eine konsistente Lösung des Problems nur möglich, wenn bei der Besteuerung die durch das Familienrecht begründeten Leistungsverpflichtungen und Ansprüche zugrunde gelegt werden. Dabei ist davon auszugehen, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Leistungsverpflichteten in dem durch die rechtlichen Regelungen begründeten Umfang gemindert, die des Anspruchsberechtigten dagegen entsprechend erhöht wird; denn im Umfang der Einkommensübertragung wird der Wohlstand des Einkommensbeziehers gemindert, der des Empfängers erhöht. Es ist deshalb folgerichtig, die geschuldete Leistung beim Verpflichteten von der Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer abzuziehen, sie dagegen mit etwaigen weiteren Einkünften beim Empfänger zu besteuern (Realsplitting). Das zur Zeit geltende Ehegattensplitting entspricht diesem Grundsatz. Für die steuerliche Berücksichtigung der den Kindern geschuldeten Unterhaltsleistungen könnten die von der Rechtsprechung der Familiengerichte entwickelten schematischen Regelungen zugrunde gelegt werden. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß Familienlasten nicht nur

durch den Unterhalt von Kindern entstehen; auch bestimmte andere Angehörige sind im Bedürftigkeitsfall zu unterhalten. Im Hinblick auf die sich abzeichnende Überalterung unserer Bevölkerung werden in absehbarer Zeit die Unterhaltsleistungen für pflegebedürftige Eltern vielen Steuerpflichtigen zu einer drückenden Belastung werden.

Es ist anzunehmen, daß es bei einer generellen Einführung des Realsplittings zu beträchtlichen Steuerausfällen kommen würde. Die hier skizzierten Grundsätze können deshalb nur als Leitlinien für eine schrittweise Weiterentwicklung der Familienbesteuerung dienen. Zur Wiederherstellung der Leistungskraft unserer Volkswirtschaft und zur Wiedererlangung einer befriedigenden Beschäftigungsentwicklung erscheint es vorerst dringlicher, die Steuerprogression abzuflachen und die Investitionen steuerlich zu entlasten.

**480.** Vor diesem Hintergrund kann die Wiedereinführung der Kinderfreibeträge bei der Einkommensbesteuerung im Jahre 1983 in Höhe von 432 DM und deren für 1986 vorgesehene Erhöhung auf 2 484 DM je Kind als Versuch angesehen werden, im Wege eines Kompromisses die Erfordernisse der Haushaltskonsolidierung mit den Prinzipien der Steuerlastverteilung nach der Leistungsfähigkeit in Einklang zu bringen. Mit diesen Schritten ist zugleich eine Rückkehr zum dualen System der familienbezogenen Finanzpolitik verbunden; denn im Rahmen des Familienlastenausgleichs wird nach wie vor Kindergeld gewährt, das allerdings seit 1983 für Eltern mit hohem Einkommen herabgesetzt wurde und das von 1986 an für Eltern mit geringem Einkommen erhöht werden soll. Beide Bereiche sind schlecht aufeinander abgestimmt.

Kindergeldzahlungen können mit verschiedenen Argumenten gerechtfertigt werden. Als wesentlicher Gesichtspunkt gilt im allgemeinen, daß mit diesen Transferausgaben die Einbuße an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gemildert werden soll, die sich für die Eltern aus dem Aufziehen ihrer Kinder ergibt. Bei dieser Begründung ist es jedoch wenig überzeugend, wenn Kindergeld auch an diejenigen Bürger gezahlt wird, die ein Einkommen zu versteuern haben; denn bei einer Steuerlastverteilung, die dem Leistungsfähigkeitsprinzip genügt, müßten die Familienlasten bei der Zumessung der Steuerschulden berücksichtigt werden. Kindergeld erhielten dann nur diejenigen, deren Einkommen so gering ist, daß sie keine Steuern zahlen. In den anderen Fällen gibt es dagegen für ein Kindergeld keinen Raum mehr; es sei denn, die Tarifgestaltung, die Höhe der Kinderfreibeträge oder beides würden dem Leistungsfähigkeitsprinzip nicht gerecht. Sofern diese Voraussetzungen zutreffen — und das ist in der Bundesrepublik offenbar der Fall —, müssen die Entlastungswirkungen aus dem Kindergeld und den Kinderfreibeträgen zusammen gesehen werden. Es zeigt sich dann, daß die Gestaltung des dualen Systems nicht konsistent ist; denn die Gesamtentlastung aus Kinderfreibeträgen und Kindergeld weist für Familien mit zwei und mehr Kindern Sprünge auf, die kaum beabsichtigt sein können und auf einen Koordinationsmangel der isoliert für

die Besteuerung einerseits, das Kindergeld andererseits getroffenen Regelungen schließen lassen.

Es ist seit langem bekannt, daß Einkommensgrenzen bei Sozialtransfers in der Regel zu sogenannten Umkippeffekten führen, die wegen ihrer leistungslähmenden Wirkungen bedenklich sind. Aus der Kumulation solcher Effekte in den verschiedenen Leistungsbereichen werden die unerwünschten Einflüsse noch verstärkt.

Für das Kindergeld ließen sich die Umkippeffekte dadurch vermeiden, daß man auf Einkommensgrenzen verzichtet, dafür aber das — dann zu erhöhende — Kindergeld als Einkommensbestandteile der Besteuerung unterwirft. Auch für andere Transferausgaben werden solche Lösungen diskutiert.

481. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Dieter Mertens, ist der Auffassung, daß die Besteuerung von Transfereinkommen im allgemeinen angesichts der sachlichen und psychologischen Bedeutung und der methodischen Komplexität der damit verbundenen Fragen nur im Rahmen einer vertieften Analyse zum Thema gemacht werden kann.

### III. Ein Resümee

482. Wenn die Steuerpolitik ihren Beitrag für mehr wirtschaftliche Dynamik und damit für eine spürbare Beschäftigungszunahme leisten soll, kommt es in erster Linie darauf an, den Anstieg und die absolute Höhe der Grenzsteuersätze deutlich zu senken und die auf den Investitionen lastenden Steuern zu verringern. Der Umfang, in dem beides geschehen kann, hängt von den Finanzierungsmöglichkeiten ab. Diese wiederum werden zunächst durch die Entscheidung bestimmt, wie die finanzpolitische Bewegungsfreiheit genutzt werden soll, die aus der Eindämmung der Staatsausgaben erwächst, anders ausgedrückt: in welchem Ausmaß der Handlungsspielraum für Steuersenkungen zur Verfügung steht. Dieses Volumen kann durch eine wachstumsfreundliche Umstrukturierung des Steuersystems nicht unbeträchtlich erweitert werden, indem „Steuervergünstigungen“ aller Art, insbesondere die verdeckten Subventionen, aber auch offene, reduziert und außerdem Verbrauchsteuern erhöht werden.

483. Bei unserem Versuch, den Rahmen der finanziellen Möglichkeiten für eine Steuerreform zu überschlagen, richten sich unsere Überlegungen wie bisher auf das Jahr 1988, also das Ende der gegenwärtig laufenden Periode für die Finanzplanung. Bei der Verteilung des Volumens auf einzelne Schritte der Reform in den Jahren 1986 bis 1988 sollte neben der konjunkturpolitischen Opportunität vor allem das Ziel, die Konsolidierungserfolge nicht zu gefährden, beachtet werden. Für den quantitativen Rahmen, in dem man sich von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der mittelfristigen Ausgabenplanung her zu bewegen hat, haben wir Anhaltspunkte gegeben.

Für den Handlungsspielraum, der sich bis 1988 veranschlagen läßt, steht — in der Abgrenzung der Finanzstatistik — ein Betrag von ungefähr 40 Mrd DM. Wir stellen uns vor, daß er durch einen Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen sowie eine Umstrukturierung des Steuersystems um etwa 10 Mrd DM erweitert werden könnte. Wieviel von diesem Betrage für Steuerentlastungen eingesetzt werden kann, wieviel einer Senkung der öffentlichen Defizite dienen muß, hängt davon ab, welche finanzpolitische Strategie gewählt wird.

Bei der ersten Option gibt es, wie erwähnt, einen mittelfristigen Handlungsspielraum aus einer Eindämmung der Staatsausgaben annahmegemäß nicht. Hier stünde den im Vergleich zur zweiten und dritten Strategie ständig höheren Staatsausgaben der Verzicht auf eine Senkung der konjunkturbereinigten Kreditfinanzierungsquote und der Steuerquote gegenüber. Der Sachverständigenrat teilt die Auffassung, daß dies nicht der bessere Weg zu mehr Produktion und Beschäftigung wäre. Auch mit dieser Strategie könnte sich jedoch eine Umstrukturierung des Steuersystems und ein Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen, der Spielraum für Steuersenkungen schüfe, verbinden.

484. Bei der zweiten Option wird der Handlungsspielraum, der aus der Senkung der Staatsquote erwächst, wie erwähnt, voll für die weitere Rückführung der Neuverschuldung des Staates genutzt; diese würde bis 1988 — konjunkturbereinigt — um etwa 23 Mrd DM sinken. Das damit begründete Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen verbesserte das allgemeine Wirtschaftsklima. Die Entlastung des Kapitalmarktes verbesserte die Bedingungen für private Investitionen, und zwar um so mehr, je länger dieser Weg begangen würde. Im Gegensatz zur ersten und dritten Option ist bei der zweiten auch die Zinsbelastung künftiger Haushaltsjahre wesentlich geringer.

Den Weg der zweiten Option zu gehen, würde allerdings in besonders hohem Maße erfordern, die Möglichkeiten eines Abbaus der Subventionen und Steuervergünstigungen sowie einer Umstrukturierung des Steuersystems zu nutzen, da andernfalls das Problem der zu hohen Abgabenlast ungelöst bliebe und auch für eine besondere steuerliche Entlastung der Investitionen kaum finanzieller Spielraum entstünde. Der Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen und die besondere steuerliche Entlastung von Investitionen wären hier in engem Zusammenhang zu sehen, sachlich, angesichts des engen Spielraums für allgemeine Steuersenkungen, aber wohl auch politisch.

485. Die Steuersenkungspläne der Bundesregierung kennzeichnen einen Weg des Kompromisses, der der zweiten Option näher kommt als der dritten. Er unterscheidet sich von beiden in dem, was wir in diesem Falle ergänzend für notwendig halten. Eine Umstrukturierung in der Steuerlastverteilung ist — im Gegensatz zu den ursprünglichen Plänen des Bundesfinanzministers — nicht mehr vorgesehen.

**486.** Bei der dritten Option wird in Kauf genommen, daß die konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote auf dem Niveau des Jahres 1984 gehalten wird. Hier muß die Nutzung des entsprechend größeren Spielraums für Steuersenkungen für das sorgen, was bei der zweiten Option der Rückzug des Staates am Kapitalmarkt zuwege bringen kann. Eine besondere steuerliche Entlastung der Investitionen würde es am ehesten rechtfertigen, bei der Senkung der öffentlichen Defizite weniger ehrgeizig zu sein als bei der zweiten Option.

Bei einer Politik entsprechend der zweiten Option wird sich in besonderem Maße das Problem verschärfen, daß die Entwicklung der öffentlichen Defizite auf den einzelnen Ebenen des Staates — Bund, Länder und Gemeinden — unterschiedlich ist. Zu einem erheblichen Teil muß es bei der Eigenverantwortung der einzelnen Gebietskörperschaften für ihre Haushaltsentwicklung bleiben. Sparanstrengungen müssen auch ihren Lohn in sich tragen. Viele gesamtstaatlich getroffene und zu treffende Entscheidungen berühren aber zugleich die Haushaltsentwicklung auch der unteren Ebenen. Unsere Analysen knüpfen grundsätzlich am öffentlichen Gesamthaushalt an. Es ist keine analytische, sondern eine politisch zu entscheidende Frage, wie im Falle einer Politik, zu der wir raten, die Einnahmenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verändert werden sollte. Daß sie geändert werden müßte, halten wir allerdings für gewiß.

**487.** Im Gesamtvergleich der hier analysierten Optionen halten wir für gegeben, daß bei entsprechen-

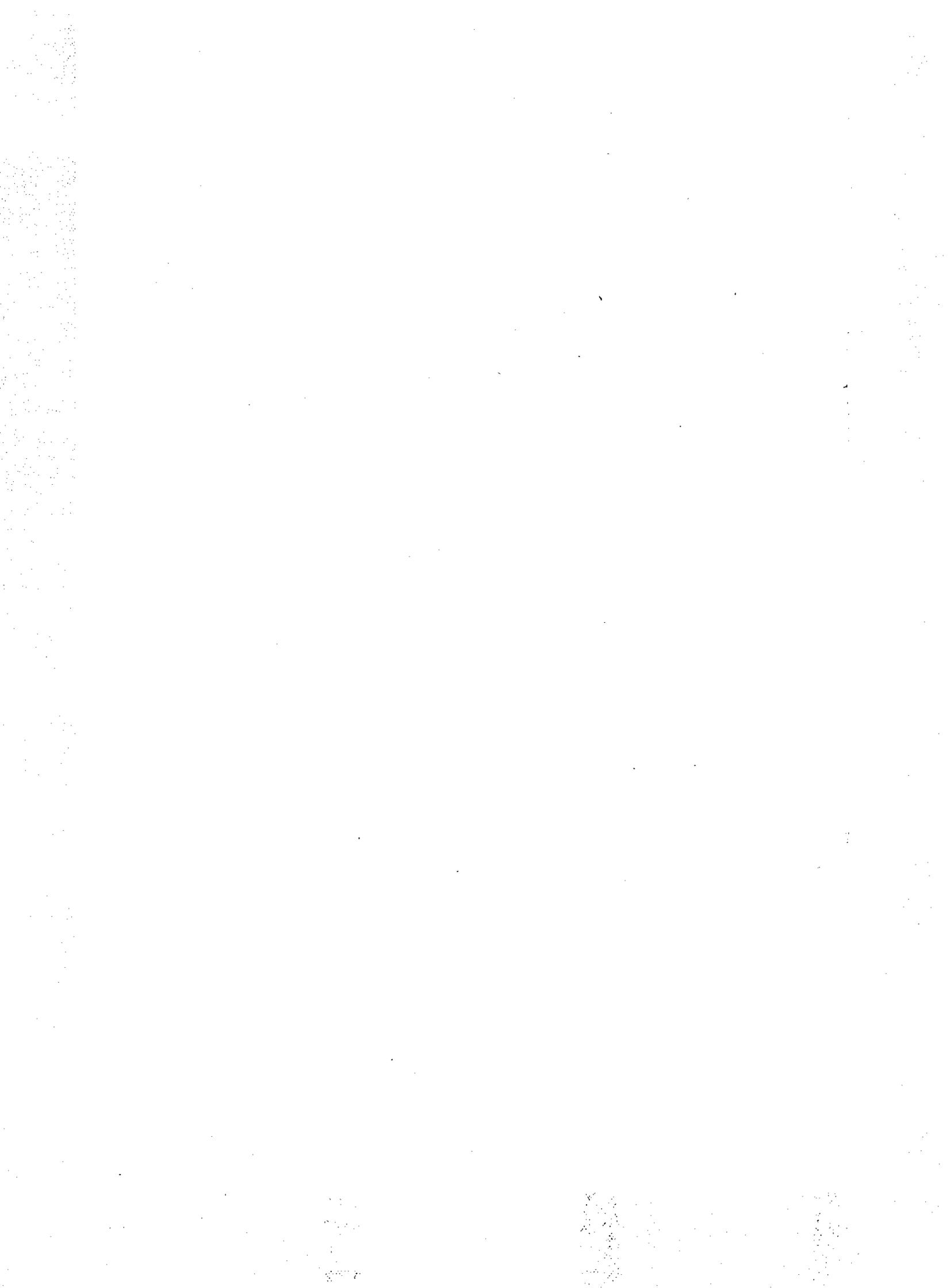
der Ausgestaltung und jeweils unterschiedlicher Ergänzung die Strategiealternativen der Optionen zwei und drei gleichwertig sein können.

Wir sehen wohl, daß beide Wege — und alle zwischen ihnen — durch ein sehr ehrgeiziges gemeinsames Basisziel gekennzeichnet sind, nämlich durch das Vorhaben, trotz neuer Belastungen, etwa im Zusammenhang mit den erhöhten Verpflichtungen gegenüber den Europäischen Gemeinschaften, den Ausgabenpfad der mittelfristigen Finanzplanung für den öffentlichen Gesamthaushalt einzuhalten. Haushälterische Vorsicht drängt die Bundesregierung in Richtung der Option zwei, zumindest in den Planungen und Versprechungen; der größere Handlungsspielraum soll erst geschaffen sein, bevor er genutzt wird. Die Erinnerung an die Bedeutung leerer Kassen für staatliche Ausgaben disziplin mahnt hingegen, mit Steuersenkungsplänen nicht auf die Zeit voller Kassen zu warten. Für eine zielbewußte und ihrer selbst sichere Politik auf längere Sicht gibt es bei dieser Gratwanderung keinen Ersatz. Ehrgeizig heißt nicht unmöglich.

**488.** Jede Diskussion um Steuerreform ist zugleich Teil des Streits um die Einkommensverteilung. Jeder Ökonom weiß, daß die Behinderung durch Verteilungsfragen zu den schwersten Problemen für eine gute Wirtschaftspolitik gehört. Der Sachverständigenrat sieht seine Aufgabe darin, die Fragen einer auf mehr wirtschaftliche Dynamik und mehr Beschäftigung zielenden Steuerreform auch in dieser Hinsicht unbefangen zu erörtern.

**Anhang**

	Seite
I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	225
II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft .....	227
III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates .....	228
IV. Methodische Erläuterungen .....	229
V. Statistischer Anhang .....	238



## I.

## Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582), — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

### § 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

### § 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamt-

wirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

### § 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

### § 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

### § 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

## § 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

## § 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

## § 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

## § 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

## § 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

## § 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

## § 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

## § 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

## II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

**Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums  
der Wirtschaft**

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

## § 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

## § 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient

sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;

3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

## § 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

## § 4

...

## III.

**Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates**

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum“ (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation“ (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität“ (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum“ (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967“

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung“ (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms“ (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht“; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969“; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969“

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —“ (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970“

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —“ (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971“

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert“ (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972“

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung“ (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973“

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen“ (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise“

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung“ (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975“

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren“ (am 24. November 1976)

Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum — Mehr Beschäftigung“ (am 22. November 1977)

Jahresgutachten 1978/79: „Wachstum und Währung“ (am 23. November 1978); darin enthalten: Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978“

Jahresgutachten 1979/80: „Herausforderung von außen“ (am 22. November 1979)

Jahresgutachten 1980/81: „Unter Anpassungszwang“ (am 20. November 1980)

Jahresgutachten 1981/82: „Investieren für mehr Beschäftigung“ (am 20. November 1981); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Juli 1981: „Vor Kurskorrekturen — Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981“

Jahresgutachten 1982/83: „Gegen Pessimismus“ (am 23. November 1982); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Oktober 1982: „Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982“

Jahresgutachten 1983/84: „Ein Schritt voran“ (am 24. November 1983)

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart — Mainz erschienen.

## IV.

## Methodische Erläuterungen

## A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

## 1. Verwendete Symbole:

t	Zeitindex (Jahre)
$K_t$	durchschnittliches Bruttoanlagevermögen
$Y_t$	reales Bruttoinlandsprodukt
$Y_t^*$	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
$P_t^*$	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
$k_t$	empirisch gemessene Kapitalproduktivität
$\hat{k}_t$	trendmäßige Kapitalproduktivität
$k_t^*$	trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (potentielle Kapitalproduktivität)
$\lambda_t$	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung), den Beiträgen des Staates, der Wohnungsvermietung und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck zur realen Bruttowertschöpfung sowie der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt aus dem jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögen und der potentiellen Kapitalproduktivität:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in mehreren Schritten. Zunächst werden für die Jahre 1960 bis 1970 trendmäßige Kapitalproduktivitäten mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

Sodann wird der Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivitäten dadurch ermittelt, daß die Trendlinie parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_0 + \log \hat{k}_t, \text{ mit } a_0 = \max [\log k_t - \log \hat{k}_t]$$

Als Stützbereich für die Ermittlung der Trendwerte der Jahre 1960 bis 1970 wird der Zeitraum von 1960 bis 1974 verwendet.

5. Die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivitäten für die Jahre ab 1971 wird ebenfalls mit Hilfe der genannten Trendfunktion durchgeführt. Es werden jedoch gleitende Zehnjahres-Stützbereiche verwendet. Für die Trendwerte der Jahre 1971, 1972, 1973 usw. werden also die Stützbereiche 1961 bis 1970, 1962 bis 1971, 1963 bis 1972, usw. genommen.

Die potentiellen Kapitalproduktivitäten werden dadurch ermittelt, daß jeweils der Wert des vorangegangenen Jahres nach Maßgabe der Abnahmerate des Trends im zugehörigen Stützbereich fortgeschrieben wird;  $k_t^*$  ergibt sich demnach als Produkt aus  $k_{t-1}^*$  und der Abnahmerate der Trendlinie mit dem Stützbereich  $[t-10 \text{ bis } t-1]$ .

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:

- Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) 1984 um 1½ vH und 1985 um 8½ vH zunehmen.
- Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

7. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von 97¼ vH zugrunde gelegt.

## B. Zur Berechnung der Reallohnposition der Arbeitnehmer

1. Die Rechnungen zur Reallohnposition sollen ein Urteil darüber ermöglichen, ob dem Anstieg der Nominallöhne eine Veränderung der durchschnitt-

lichen Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen zuzurechnen ist. „Zurechnen“ heißt nicht notwendigerweise auf eine aktive Rolle der Lohnpolitik, verstärkten Lohndruck etwa, abheben. Eine Änderung der Reallohnposition würde sich auch ergeben, wenn etwa wegen Nachfrageschwäche die Preise sinken, während die Lohnkosten je Produkteinheit konstant bleiben. Aufgrund der Schwierigkeiten, die Produktivitätsentwicklung im Staatssektor zu messen, und weil es für den privaten Sektor nur auf dessen Kostenniveau ankommt, bleibt der Staat als Produktionsbereich in den Rechnungen zur Reallohnposition außer Betracht.

Die Reallohnposition bleibt nach unserer Definition unverändert, wenn die Löhne mit einer Rate steigen, bei der sich die Löhne je Produkteinheit im Verhältnis zu den Erlösen der Unternehmen je Produkteinheit, diese vermindert um die übrigen Kosten je Produkteinheit, nicht verändern.

2. Einer Lohnerhöhung gleichzusetzen ist, wenn die Beiträge angehoben werden, die die Arbeitgeber für die Sozialversicherung der Arbeitnehmer zu entrichten haben.
3. Die wichtigste Einflußgröße für die Betrachtung von Veränderungen der Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen ist die Veränderung des Realwerts des Sozialprodukts je Erwerbstätigen im privaten Sektor der Volkswirtschaft.

Wir sind bei der Bestimmung dieser Größe bisher zunächst von der Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen je Erwerbstätigen ausgegangen und haben dann in Gestalt des Terms-of-Trade-Effekts eine Bereinigung vorgenommen, da das Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen nicht jene Veränderungen des gesamtwirtschaftlichen Einkommens abbildet, die etwa aus einer Erhöhung der Einfuhrpreise resultieren.

Im Zuge der Überlegungen zur Inflationsbereinigung des Sozialprodukts in diesem Gutachten (Ziffern 246 ff.) sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß das Realeinkommen in der Volkswirtschaft besser durch die von uns „Realwert des Sozialprodukts“ genannte Größe beschrieben wird als durch das Bruttoinlandsprodukt zu konstanten Preisen. Den Realwert des Sozialprodukts erhält man, indem man das nominelle Bruttoinlandsprodukt durchgängig mit dem Preisindex für die letzte inländische Verwendung inflationsbereinigt.

In dem so berechneten Realwert des Sozialprodukts schlagen sich Änderungen in den Austauschbedingungen mit dem Ausland nieder: Er steigt, wenn unter sonst gleichen Bedingungen die im Exportgeschäft erzielten Preise stärker steigen als die Preise für die im Inland verwendeten Güter; er sinkt, wenn die für Importe zu zahlenden Preise stärker steigen als das Preisniveau der letzten inländischen Verwendung.

In Tabelle 18 im Textteil haben wir – zur Verdeutlichung der Kontinuität unserer Rechnungen – weiterhin die als „Produktivitätseffekt“ bezeichnete Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts je Er-

werbstätigen angegeben. Von dieser Größe gelangte man in unserer früheren Rechnung durch Hinzunahme des Terms-of-Trade-Effekts zu der Größe „Gross National Income“, die sich vom Bruttoinlandsprodukt zu konstanten Preisen dadurch unterscheidet, daß der Außenbeitrag zu konstanten Importpreisen bewertet wurde. In der neuen Rechnung gelangt man vom Bruttoinlandsprodukt zu konstanten Preisen zum Realwert des Sozialprodukts, indem ein etwas anders definierter Terms-of-Trade-Effekt einbezogen wird: Der nominelle Außenbeitrag wird nun mit dem Preisindex für die letzte inländische Verwendung inflationsbereinigt. Quantitativ sind die Unterschiede der beiden Berechnungsweisen unbedeutend.

4. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, daß die Unternehmen die Preise für die an die privaten Haushalte und an den Staat abgesetzten Güter verändern; die Preisänderungen für ausgeführte Güter sind bereits im Realwert des Sozialprodukts berücksichtigt. Allerdings ist zu beachten, daß ein Teil der Preisveränderungen ohne Einfluß auf die Reallohnposition ist; werden nämlich die indirekten Steuern erhöht (oder die Subventionen des Staates an die Unternehmen gesenkt) und umgekehrt, dann führen entsprechende Preisveränderungen nicht zu einer Veränderung im Kalkül der Unternehmen. Wohlmerkt, in beiden Fällen kommt es darauf an, wie sich die Größe (Aufkommen an indirekten Steuern, gezahlte Subventionen) im Verhältnis zu den Erlösen der Unternehmen verändert hat. In den Rechnungen zur Reallohnposition wird das Kosten-Äquivalent der Veränderung von indirekten Steuern und Subventionen gesondert ausgewiesen.

5. Schließlich ist bedeutsam, daß die Kapitalkosten, die die Unternehmen zu tragen haben, dauerhaften Änderungen unterliegen können, die wie Veränderungen der Arbeitsproduktivität die Reallohnposition verändern. Eine angemessene Erfassung der Kapitalkostenänderung ist eine sehr schwierige Aufgabe. Das liegt vor allem an den Bewertungsproblemen bei der Erfassung des in den Unternehmen eingesetzten Kapitals und an der Notwendigkeit, den unerwünschten Einfluß konjunktureller Schwankungen auf die Kapitalkosten je Produkteinheit auszuschalten. Die Kapitalkosten setzen sich zusammen aus den Abschreibungen auf das Anlagevermögen und der Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Wir haben uns entschlossen, die Rechnungen zur Abschätzung der Zinskosten vorläufig abzutrennen von dem, was im übrigen die Reallohnposition bestimmt. Es sind methodische Schwierigkeiten, die uns zu dieser Änderung der Rechnung veranlassen (Ziffer 185). Diese gelten jedoch nicht für den Teil der Kapitalkostenänderungen, die auf Änderungen der Abschreibungen vom Anlagevermögen zurückgehen. Dieser Abschreibungseffekt geht weiterhin in die Rechnung ein.

Wir setzen dabei die Abschreibungen vom Anlagevermögen in jedem Jahr in der Höhe an, wie sie bei Normalauslastung der Sachkapazitäten des Unternehmenssektors angefallen wären, nehmen also insofern eine Konjunkturbereinigung vor. Denn eine Lohnpolitik, die wir kostenniveauneutral nen-

nen, würde Schwankungen der Kapitalkosten, die über konjunkturelle Bewegungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials zustande kommen, nicht in Rechnung stellen.

6. Die Reallohnposition ohne Zinskosten ist danach definiert als

$$RLP_t^{oZ} = \frac{BLGS_t^{oSt} + AGB_t^{oSt}}{A_t^{oSt}} \cdot \left[ \frac{BIP_t^{r,oSt}}{E_t^{oSt}} \cdot \frac{RSP_t}{BIP_t^r} - \frac{AK_t^{r,oSt}}{E_t^{oSt}} \right] P_t^{oTS}$$

Die Symbole bedeuten:

<p>BLGS Bruttolohn- und -gehaltssumme</p> <p>AGB Sozialbeiträge der Arbeitgeber</p> <p>A Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer</p> <p>E Anzahl der Erwerbstätigen</p> <p>BIP<sup>r</sup> Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976</p> <p>RSP Realwert des Sozialprodukts in Preisen von 1976</p> <p>oSt Gesamtwirtschaft ohne Staat</p> <p>t jeweiliges Beobachtungsjahr</p>	<p>AK<sup>r</sup> Abschreibungskosten in Preisen von 1976. Sie sind definiert als</p> $AK^r = D^{r,oSt} \cdot \frac{BIP^{r,oSt}}{PP^{r,oSt} \cdot 0,97}$ <p>D<sup>r</sup> Abschreibungen des Anlagevermögens in Preisen von 1976</p> <p>PP<sup>r</sup> Produktionspotential in Preisen von 1976</p> <p>P<sup>oTS</sup> Preisindex für privaten Verbrauch und staatliche Käufe ohne indirekte Steuern und Subventionen</p>
--	---

7. Für die prozentuale Veränderung der Reallohnposition, wie sie in Tabelle 18 ausgewiesen ist, gilt

$$q_{RLP^{oZ}}^{-1} = \frac{\frac{q_{BLGS^{oSt}}}{q_{A^{oSt}}} \cdot \frac{1 + \frac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}}{1 + \frac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}}}{\frac{q_{BIP^{r,oSt}}}{q_{E^{oSt}}} \cdot \frac{q_{RSP}}{q_{BIP^r}} \cdot \frac{1 - \frac{AK_t^{r,oSt}}{BIP_t^{r,oSt}} \cdot \frac{RSP_t}{BIP_t^r}}{1 - \frac{AK_{t-1}^{r,oSt}}{BIP_{t-1}^{r,oSt}} \cdot \frac{RSP_{t-1}}{BIP_{t-1}^r}}} \cdot q_{P^{oTS}}$$

Dabei bedeutet q das Verhältnis des Wertes der jeweiligen durch das Suffix bezeichneten Größe im Jahr t zu dem Wert im Jahr t-1

$$\left[ \text{z. B. } q_{BLGS^{oSt}} = \frac{BLGS_t^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}} \right]$$

Die Werte in den Spalten der Tabelle 18 im Textteil errechnen sich wie folgt. (Die Zahlen in Klammern entsprechen den Spaltenbezeichnungen.)

<p>(1) <math>\frac{q_{BLGS^{oSt}}}{q_{A^{oSt}}} - 1</math></p> <p>(2) <math>\frac{1 + \frac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}}{1 + \frac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}} - 1</math></p>	<p>die Zuwachsrate der Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer</p> <p>der Lohnkosteneffekt der Sozialbeiträge der Arbeitgeber</p>	<p>(3) <math>\frac{q_{BIP^{r,oSt}}}{q_{E^{oSt}}} - 1</math></p> <p>(4) <math>\frac{q_{RSP}}{q_{BIP^r}} - 1</math></p> <p>(5) <math>\frac{q_{BIP^{r,oSt}}}{q_{E^{oSt}}} \cdot \frac{q_{RSP}}{q_{BIP^r}} - 1</math></p>	<p>die Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes in konstanten Preisen</p> <p>der Terms-of-Trade-Effekt</p> <p>die Zuwachsrate des Realwerts des Sozialprodukts je Erwerbstätigen</p>
--	---	---	--

$$q_{P^{OTS}} - 1$$

die Veränderungsrate der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe (ohne indirekte Steuern abzüglich Subventionen). Es gilt

$$q_{P^{OTS}} = \frac{1 - \frac{T_t - S_t}{PV_t + SK_t}}{1 - \frac{T_{t-1} - S_{t-1}}{PV_{t-1} + SK_{t-1}}} \cdot q_P$$

Im einzelnen ist dabei:

$$(6) \frac{1 - \frac{T_t - S_t}{PV_t + SK_t}}{1 - \frac{T_{t-1} - S_{t-1}}{PV_{t-1} + SK_{t-1}}} - 1$$

die Veränderungsrate der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe, soweit sie rechnerisch auf Veränderungen von indirekten Steuern und Subventionen zurückgeführt werden kann.

Die Symbole bedeuten:

P Preisindex für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe

T Indirekte Steuern

S Subventionen

PV Privater Verbrauch in jeweiligen Preisen

SK Staatliche Käufe (Anlageinvestitionen des Staates und Staatsverbrauch abzüglich Bruttowertschöpfung des Staates)

$$(7) q_P - 1$$

die Veränderungsrate der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe

$$(8) \frac{1 - \frac{AK_t^{r,ost}}{BIP_t^{ost}} \cdot \frac{RSP_t}{BIP_t}}{1 - \frac{AK_{t-1}^{r,ost}}{BIP_{t-1}^{ost}} \cdot \frac{RSP_{t-1}}{BIP_{t-1}}} - 1$$

der Abschreibungseffekt

8. Das zu verzinsende Kapital umfaßt das Anlagevermögen, das Vorratsvermögen und das Geldvermögen der Unternehmen. Die jahresdurchschnittlichen Bestände an Anlagevermögen und Vorratsvermögen werden zu konstanten Preisen gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bewertet. Beim Geldvermögen nehmen wir die Entwicklung des Geldvermögens im Sektor Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungen als Maßstab für die Entwicklung des gesamten im Unternehmenssektor gebundenen Geldvermögens; der Geldwertschwund wird entsprechend dem Anstieg der Verbraucherpreise berücksichtigt.

Für die Ermittlung der Zinskosten ist außerdem noch ein Realzins zu bestimmen. Diesen haben wir aus der Umlaufrendite für festverzinsliche Wertpapiere sowie der Veränderung des Preisindex für den privaten Verbrauch abgeleitet; diese beiden Größen bilden am ehesten ab, welchen Nutzen ein Investor aus seinem Kapital hätte ziehen können, wenn er es nicht im Unternehmen eingesetzt hätte.

Da kurzfristige Bewegungen der Zinsen die zu ermittelnde Reallohnposition nicht berühren sollen, müssen diese nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. Ein Trend im Realzins verändert aber durchaus den Spielraum für kostenniveauneutrale Lohnsteigerungen. Wir haben dem Problem früher dadurch gerecht zu werden versucht, daß wir für jedes Jahr den Realzins angesetzt haben, der sich im Durchschnitt der jeweils zwölf vorangegangenen Jahre ergeben hat. (Da Angaben über die Umlaufrendite erst seit 1955 vorliegen, muß für die Jahre bis 1965 mit kürzeren Stützzeiträumen gerechnet werden.)

Schon im vergangenen Jahr ist der Verlauf des dertart bereinigten Realzinssatzes nicht plausibel gewesen (JG 83 Ziffer 154 sowie JG 83 Anhang IV, Abschnitt B, Ziffer 4). Deswegen sind wir von der bis dahin geltenden Berechnungsweise abgewichen. Wir haben uns entschlossen, das Verfahren zur Bestimmung des mittelfristigen Realzinssatzes so zu ändern, daß auch der Realzinssatz des laufenden Jahres berücksichtigt wird und daß die jährlichen Zinssätze in die Durchschnittsbildung mit um so kleineren Gewichten eingehen, je weiter sie in der Vergangenheit liegen (Ziffer 186).

Nicht nur über die kurzfristigen Einflüsse auf die Zinsen, sondern auch über die konjunkturellen Bewegungen im Auslastungsgrad des Kapitalstocks kommt es zu Schwankungen in den Kapitalkosten je Produkteinheit und damit zu Schwankungen der Reallohnposition. Wir nehmen daher bei den Zinskosten – in gleicher Weise wie bei den Abschreibungskosten – eine Konjunkturbereinigung vor.

Es sind demzufolge

ZK<sup>r</sup> die Zinskosten in Preisen von 1976. Sie sind definiert als

$$ZK_t^{r,ost} = (ALV_t^{r,ost} + VV_t^{r,ost} + GV_t^{ost})$$

$$\left. \frac{P_{1976}^{PV}}{P_t^{PV}} \right\} \cdot i_t \cdot \frac{BIP_t^{ost}}{PP_t^{ost} \cdot 0,97}$$

ALV Anlagevermögen in Preisen von 1976 im Jahresdurchschnitt

VV Vorratsvermögen in Preisen von 1976 im Jahresdurchschnitt

GV Geldvermögen der Unternehmen einschließlich Wohnungsvermietung im Jahresdurchschnitt, ohne Aktien

i Mittelfristiger Realzins, ermittelt als gewogenes arithmetisches Mittel aus den Realzinsen im laufenden und den jeweils vorhergehenden elf Jahren. Das jeweils laufende Jahr geht mit einem Gewicht von 20 vH ein; die Gewichte verringern sich von Jahr zu Jahr um den festen Faktor 0,817934. Der Realzins wird für jedes Jahr errechnet, indem die Umlaufrendite für festverzinsliche Wertpapiere mit dem Anstieg des Preisindex für den privaten Verbrauch deflationiert wird.

P<sup>PV</sup> Preisindex für den privaten Verbrauch (1976 = 100)

Der in Schaubild 24 im Textteil ausgewiesene Zinskosteneffekt ist also

$$1 - \frac{ZK_t^{r,ost}}{BIP_t^{r,ost} \cdot \frac{RSP_t}{BIP_t}} + 1 \frac{ZK_{t-1}^{r,ost}}{BIP_{t-1}^{r,ost} \cdot \frac{RSP_{t-1}}{BIP_{t-1}}}$$

Tabelle 1 gibt die zahlenmäßigen Folgen der Verfahrensänderung an. Spalte (1) enthält den Zinskosteneffekt in neuer Rechnung, wie er dem Schaubild 24 im Text zugrundeliegt, Spalte (2) den Zinskosteneffekt in alter Rechnung, das heißt auf der Basis des früher angewendeten Glättungsverfahrens für den Realzins. Spalte (3) enthält den Abschreibungseffekt, wie er schon in den früheren Rechnungen enthalten war und jetzt separat in Tabelle 18 im Text ausgewiesen wird. Abschreibungseffekt und Zinskosteneffekt nach alter Rechnung ergeben zusammen den früher in den Tabellen zur Reallohnposition ausgewiesenen Kapitalkosteneffekt.

9. Wie im JG 80 Ziffer 145 erläutert, wurden die Rechnungen zur Reallohnposition schon einmal im Jahre 1980 verändert. Der frühere Rechengang ist in JG 79, Anhang V, Abschnitt B, dargestellt. Die Unterschiede betreffen vor allem den Ansatz von Kapitalkosten und die Verwendung eines geeigneten Preisindex. Der früher verwendete Preisindex für die Lebenshaltung, korrigiert um die Erhöhung einzelner Verbrauchsteuern, wurde ersetzt durch den Preisindex für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe sowie durch den Kosteneffekt einer Veränderung von indirekten Steuern und Subventionen. Tabelle 23 im JG 80 sowie die Tabelle im JG 82, Anhang V, Abschnitt B, zeigen die Unterschiede beider Rechnungen bei einer Analyse von Jahr zu Jahr.

Tabelle 1

Kapitalkosteneffekt<sup>1)</sup>

Jahr	Zinskosteneffekt		Abschreibungseffekt	Kapitalkosteneffekt <sup>2)</sup>	
	neue Rechnung	alte Rechnung		neue Rechnung (1) + (3)	alte Rechnung <sup>3)</sup> (2) + (3)
	(1)	(2)		(4)	(5)
1963	-0,3	-0,3	+0,4	+0,0	+0,0
1964	+0,2	-0,2	+0,3	+0,6	+0,1
1965	+0,1	+0,2	+0,3	+0,4	+0,5
1966	+0,4	+0,0	+0,3	+0,8	+0,4
1967	+1,2	+0,2	+0,2	+1,5	+0,5
1968	+1,0	+0,5	+0,2	+1,3	+0,8
1969	+0,6	+0,5	+0,2	+0,9	+0,8
1970	+0,2	+0,2	+0,1	+0,3	+0,3
1971	-1,3	+0,2	+0,2	-1,3	+0,4
1972	-1,1	-0,5	+0,2	-1,0	-0,4
1973	-0,7	-0,7	+0,3	-0,5	-0,4
1974	+0,1	+0,3	+0,4	+0,5	+0,8
1975	-0,6	+0,0	+0,1	-0,6	+0,1
1976	+0,4	-0,0	+0,2	+0,7	+0,2
1977	-0,3	+0,1	+0,2	-0,1	+0,3
1978	+0,1	-0,1	+0,1	+0,2	-0,0
1979	+0,3	+0,1	+0,4	+0,7	+0,5
1980	+0,0	-0,3	+0,5	+0,6	+0,2
1981	+1,1	-0,5	+0,4	+1,7	-0,0
1982	+0,4	-0,1	+0,2	+0,7	+0,0
1983	+1,3	-0,2	+0,1	+1,7	-0,1
1984 <sup>5)</sup>	+1,7	+1,0	+0,2	+2,2	+1,2

<sup>1)</sup> Steigende Kapitalkosten: +.

<sup>2)</sup> Multiplikative Verknüpfung; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>3)</sup> Zur Berechnungsmethode siehe JG 83 Anhang IV, Abschnitt B. Realzinsen berechnet aus einem ungewichteten gleitenden Zwölfjahresdurchschnitt, ohne die im JG 83 vorgenommene methodische Abweichung (siehe JG 83, Ziffer 154).

<sup>4)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

<sup>5)</sup> Eigene Schätzung.

### C. Zum Konzept der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge in der von uns verwendeten Abgrenzung ist definiert als

$$(1) Z_t = BG_{oK,t} + MRS_{It} + MRS_{At} + UR_t + KP_t$$

Die Symbole haben folgende Bedeutung:

Z bereinigte Zentralbankgeldmenge

BG<sub>oK</sub> Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute

MRS<sub>I</sub> Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten

MRS <sub>A</sub>	Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten
ÜR	Überschußreserven
KP	Korrekturposten
t	Zeitindex

Zugleich gilt

$$(1') Z_t = BG_t + BR_t + KP_t$$

mit

$$(2) BR_t = MRS_{It} + MRS_{At} - K_t + ÜR_t$$

Dabei bedeuten:

BR	Bankreserven, Zentralbankeinlagen der Kreditinstitute
K	Kassenbestände der Kreditinstitute

2. Der Korrekturposten ist eine Möglichkeit zur Bereinigung der Zentralbankgeldmenge (Geldbasis) um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Die Idee ist, den expansiven oder kontraktiven Impuls, den eine Mindestreservesatzänderung darstellt, in der Zentralbankgeldmenge explizit zu machen. Senkt etwa die Bundesbank die Mindestreservesätze, so wird ein Teil des bisher in der Mindestreserve gebundenen Zentralbankgeldes frei und erhöht die Fähigkeit der Banken zur Geldschöpfung. Der freigesetzte Betrag, die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Reservesatz multipliziert mit dem Einlagevolumen zu Beginn der Periode, wird der Zentralbankgeldmenge hinzugefügt. Um eine Bestandsgröße zu erhalten, werden die durch Mindestreservesatzänderungen freigesetzten oder gebundenen Beträge von einem beliebigen Basiszeitraum aus aufsummiert und der Zentralbankgeldmenge hinzugefügt.

Da für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze gelten und die Zentralbankgeldmenge nur um die reinen Effekte mindestreservelopolitischer Maßnahmen bereinigt werden soll, muß die Bereinigung nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Die Veränderung des Korrekturpostens ist dann ungleich Null, wenn die Bundesbank einen der Reservesätze zwischen zwei Zeitpunkten ändert. Ein von Null verschiedener Wert ergibt sich aber auch, wenn Inländer Einlagen von Banken mit großem Einlagevolumen zu solchen mit kleinem Einlagevolumen verlagern oder umgekehrt. Für Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen sind die Reservesätze nicht nur nach Einlagearten, sondern auch nach Größenklassen der Banken, den sogenannten Progressionsstufen, gestaffelt. Die durchschnittlichen Reservesätze für Sichtverbindlichkeiten, Termineinlagen und Spareinlagen, mit denen wir rechnen, können also selbst dann variieren, wenn die einzelnen Reservesätze unverändert bleiben. Für Auslandseinlagen gilt dies nicht, hier ändert sich der Korrekturposten nur dann, wenn die Bundesbank mindestens einen Reservesatz ändert.

Es ist

$$(3) KP_t = \sum_{i=1}^n KP_{i,t} = \sum_{i=1}^n \sum_{\tau=t_0}^n \Delta KP_{i,\tau}$$

mit

$$(4) \Delta KP_{i,t} = (r_{i,\tau-1} - r_{i,\tau}) E_{i,\tau-1}$$

Dabei bedeuten:

i	Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten
τ	Zeitindex für die Kumulation des Korrekturpostens
t <sub>0</sub>	Zeitpunkt, zu welchem die Kumulation des Korrekturpostens begonnen wird (Januar 1960)
r	Reservesatz
E	reservspflichtige Einlagen

3. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, wie sie die Bundesbank berechnet, ist wie folgt definiert:

$$(5) Z_t^* = BG_{oKt} + \overline{MRS}_t$$

Dabei ist:

Z\* Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen

$\overline{MRS}_t$  Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu konstanten Reservesätzen (Januar 1974)

Die Bundesbank wählt also einen anderen Weg zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Sie legt auf die mindestreservpflichtigen Verbindlichkeiten konstante historische Mindestreservesätze an, bislang die vom Januar 1974.

4. Die Unterschiede zwischen der bereinigten Zentralbankgeldmenge des Sachverständigenrates und der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen der Bundesbank sind zum einen Unterschiede in der Abgrenzung und zum anderen Unterschiede im Verfahren zur Bereinigung um die Wirkung von Mindestreservesatzänderungen. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen enthält, anders als die bereinigte Zentralbankmenge, nicht die Mindestreserven auf Auslandsverbindlichkeiten und die Überschussreserven der Banken, also jenen Teil der Zentralbankguthaben der Kreditinstitute, der das Mindestreservesoll nach Absetzung der anrechenbaren Kassenbestände übersteigt. Beide Größen haben ein geringes Gewicht (das Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten betrug im Jahresdurchschnitt 1983 knapp 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mrd DM, die Überschussreserven beliefen sich auf 0,2 Mrd DM), Veränderungen schlagen daher kaum auf die Zentralbankgeldmenge durch.

5. Im Prinzip ist die Bankeinlage eines Ausländers weder im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß der Einleger sie selbst für Zahlungen an Inländer verwendet, noch im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß die Bank die Einlage — zumal wenn sie als Termineinlage gehalten wird — weiterverleiht, anders zu beurteilen als die Einlage eines Inländers. Auch scheint uns, daß kein zwingender Grund besteht, die freiwillig erhöhte Kassenhaltung der Banken (Überschußreserven) anders zu sehen als die

erhöhte Kassenhaltung von Nichtbanken (Bargeld oder Sichteinlagen bei Banken). Kassenbestände, die nicht zur Liquiditätssicherung erforderlich sind, drängen zur Anlage; das gilt für Banken und Nichtbanken.

Der Geldpolitik ist ein expansiver Impuls — bestehend in der Wirkung auf Vermögen und Liquidität der Banken und Nichtbanken — also auch dann zu attestieren, wenn die zusätzlich bereitgestellte Zentralbankgeldmenge von Banken in der Form der Überschußreserven gehalten wird oder wenn Geld in die Hand von Ausländern kommt (kredithalber oder durch Bezahlung von Einfuhren) und von diesen als Bankeinlage gehalten wird.

6. Größere Bedeutung kommt den Unterschieden in den Verfahren zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen zu. Sie können auch zu stärkeren Abweichungen in den gemessenen Zuwachsraten und damit im Ausweis der Stärke des monetären Impulses führen.

Schließt man sich der Vorstellung an, die der Berechnung des Korrekturpostens in der bereinigten Zentralbankgeldmenge zugrundeliegt, daß jener und nur jener Teil des in einer Periode zusätzlich zur Verfügung gestellten Zentralbankgeldes als monetärer Impuls gelten kann, der nicht zu Beginn der Periode durch eine erhöhte Mindestreserve auf den vorhandenen Einlagenbestand gebunden wird, umgekehrt aber auch jener Teil, der auf entsprechendem Wege freigesetzt wird, dann verzerrt das Verfahren der Bundesbank. Das Ausmaß dieses verzerrenden Einflusses hängt unter anderem davon ab, wie stark die konstanten Basisreservesätze von den aktuellen Reservesätzen abweichen, wie sich die Struktur der Reservesätze wandelt, wie sich im Expansionsprozeß die Relation Bargeld zu Einlagen verschiebt und wie stark sich die Einlagenstruktur selbst ändert. Zugunsten des Verfahrens der Bundesbank könnte angeführt werden, daß der Expansionswert einer bestimmten Menge zusätzlichen Zentralbankgeldes von der Höhe der Mindestreservesätze abhängt. Allerdings sind die Reservesätze hier nur ein Faktor unter mehreren, der Bargeldkoeffizient und die Einlagenkoeffizienten haben eine ähnliche Bedeutung: Sie variieren im Konjunkturverlauf und mit ihnen der Expansionswert einer bestimmten Menge zusätzlichen Zentralbankgeldes.

7. Besondere Probleme ergeben sich, wenn die zugrundegelegten Reservesätze sehr stark von den aktuellen Reservesätzen abweichen, wie es zur Zeit der Fall ist. So hatten die durchschnittlichen Mindestreservesätze für Sichteinlagen, für Termineinlagen und für Spareinlagen im Januar 1974 bei  $16\frac{1}{2}$  vH beziehungsweise  $12\frac{1}{2}$  vH und 8 vH gelegen gegenüber dem Stand vom Oktober 1984 mit etwa 9 vH für Sichteinlagen,  $6\frac{1}{2}$  vH für Termineinlagen und  $4\frac{1}{2}$  vH für Spareinlagen. Eine große positive Differenz zwischen historischen und aktuellen Reservesätzen führt dazu, daß die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen eine höhere Zunahme ausweist als die bereinigte Zentralbankgeldmenge, und dies um so mehr, je stärker die Expansion der

Geldbasis von einem Einlagenzuwachs getragen wird. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen überzeichnet so gesehen den Expansionsgrad der Geldpolitik, ihre Eignung als Indikator der Geldpolitik ist insoweit beeinträchtigt.

Eine Umstellung auf aktuelle Reservesätze hätte zweifellos zur Folge, daß sich Niveau und Struktur der Zentralbankgeldmenge verschieben. Sie hätte ein um fast ein Viertel (44 Mrd DM) niedrigeres Niveau, der Bargeldumlauf erhielte ein größeres Gewicht. Dies muß als ein unerwünschtes Ergebnis gelten, wenn die Zentralbankgeldmenge wie in der Interpretation der Bundesbank stellvertretend für die Geldmenge M3 steht.

Das Element der Willkür, das in der Festlegung bestimmter Basisreservesätze liegt, gibt es im Prinzip auch beim Vorgehen des Sachverständigenrates, hier in der Wahl der Basisperiode für die Kumulation des Korrekturpostens. Das Niveau der Zentralbankgeldmenge wird davon mitbestimmt, mithin auch die ausgewiesene Zuwachsrate, die der — korrekt, also unverzerrt — gemessenen absoluten Veränderung entspricht. Diesem Nachteil kann man aber Rechnung tragen; die im Vergleich zu der von der Bundesbank für ihre Zentralbankgeldmenge errechneten niedrigere Zuwachsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge hängt jedenfalls nicht daran.

#### D. Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts

1. Nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts messen wir konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem wir das tatsächliche Haushaltsvolumen mit einem konjunkturneutralen vergleichen. Ein Haushaltsvolumen ist nach diesem Konzept dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials durch seine Ausgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabilitätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner Einnahmenregelungen (ohne Kreditaufnahmen) die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.
2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundär-

wirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Einnahmen.

3. Gerechnet wird der konjunkturelle Impuls als Abweichung der finanzwirtschaftlichen Quoten (Staatsquote, volkswirtschaftliche Steuerquote, Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen und – davon abhängig – konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote) von ihren mittelfristigen Bezugsgrößen. Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das konjunkturneutral wäre auf der Basis einer mittelfristig konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der durchschnittlichen Staatsquote eines Basiszeitraums und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau; das konjunkturneutrale Preisniveau haben wir definiert als den mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres  $t$  fortgeschriebenen Preisindex des Bruttosozialproduktes des Jahres  $t - 1$ . Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine marktwirtschaftliche Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann; dies ist eine Schätzgröße. Dieses Haushaltsvolumen ist zu bereinigen um das, was der Staat durch seine Einnahmepolitik am Spielraum für seine Ausgabentätigkeit verändert hat. Für die Steuern wird diese Änderung ermittelt als Produkt aus der Abweichung der Steuerquote des Jahres  $t$  von der des Basiszeitraums und dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralem Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahr  $t$ ; für die sonstigen Einnahmen (wie z. B. Gebühren, Beiträge, Gewinne öffentlicher Unternehmen und dergleichen) wird diese Änderung ermittelt als Abweichung der sonstigen Einnahmen im Jahr  $t$  vom Produkt aus dem Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen im Basiszeitraum und dem Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau im Jahr  $t$ . Das so ermittelte konjunkturneutrale Haushaltsvolumen wird mit den tatsächlichen Ausgaben der Gebietskörperschaften verglichen, die Differenz ist der konjunkturelle Impuls. Genauer: Dieser Betrag steht für den konjunkturellen Impuls, den wir den öffentlichen Ausgaben eines Jahres bei den jeweils gegebenen Einnahmenregelungen beimessen.

4. Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

$P_t^f$	Produktionspotential in Preisen von 1976 im Jahr $t$
$p_t$	„Konjunkturneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus (Preisindex des Bruttosozialproduktes) im Jahr $t$ (in vH)
$P_t^p$	Produktionspotential, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialproduktes im Vorjahr ( $t - 1$ ) und der „konjunkturneutralen“ Erhöhung des Preisniveaus ( $p_t$ ) im Jahr $t$
$P_t^i$	Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Preisindex des Bruttosozialproduktes) im Jahr $t$

$l_v$	Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)
$G_t^i$	tatsächliche Staatsausgaben im Jahr $t$
$g_{o,t}$	Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential (Staatsquote) im Basiszeitraum für das Jahr $t$ (in vH)
$G_t^p$	Staatsausgaben im Jahr $t$ bei gleichem Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential wie im Basiszeitraum für das Jahr $t$ : $\frac{(g_{o,t} \cdot P_t^p)}{100}$
$Y_t^i$	Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen im Jahr $t$
$Y_t^v$	Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials ( $P_t^p$ ) im Jahr $t$
$Y_t^p$	Bruttosozialprodukt bei „konjunkturneutralem“ Preisniveau im Jahr $t$
$t_{o,t}$	volkswirtschaftliche Steuerquote (Verhältnis der tatsächlichen Steuereinnahmen zum Bruttosozialprodukt) im Basiszeitraum für das Jahr $t$ (in vH)
$t_t$	volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr $t$ (in vH)
$T_t^i$	tatsächliche Steuereinnahmen im Jahr $t$
$T_t^v$	Steuereinnahmen im Jahr $t$ wie bei normaler Auslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr
$T_t^p$	Steuereinnahmen im Jahr $t$ wie bei normaler Auslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum für das Jahr $t$ : $\frac{(t_{o,t} \cdot Y_t^v)}{100}$
$H_t^p$	konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr $t$
$n_t$	konjunkturneutrale Staatsquote im Jahr $t$ (in vH)
$b_t$	beanspruchte Staatsquote im Jahr $t$ (in vH)
$i_t$	realisierte Staatsquote im Jahr $t$ (in vH)
$s_t$	Verhältnis der tatsächlichen sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential (Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen) im Jahr $t$ (in vH)
$s_{o,t}$	Verhältnis der tatsächlichen sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential (Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen) im Basiszeitraum für das Jahr $t$ (in vH)
$S_t^i$	tatsächliche sonstige Einnahmen im Jahr $t$
$K_t^p$	potentialorientierte Kreditaufnahme im Jahr $t$
$F_t^i$	tatsächlicher Finanzierungssaldo im Jahr $t$
$k_{o,t}$	Verhältnis des auslastungsbereinigten Finanzierungssaldos zum Produktionspotential (Kreditfinanzierungsquote) im Basiszeitraum für das Jahr $t$ (in vH)

## 5. Definition der finanzwirtschaftlichen Quoten im Basiszeitraum

Für die Jahre bis einschließlich 1973 werden die finanzwirtschaftlichen Quoten des Jahres 1966 als Quoten des Basiszeitraums verwendet.

Für die Jahre 1974 bis 1978 sind die Quoten des Basiszeitraums definiert als arithmetisches Mittel der finanzwirtschaftlichen Quoten in den jeweils vorangegangenen zwölf Jahren.

Für die Jahre ab 1978 gelten die Quoten des Basiszeitraums für das Jahr 1978 als neue konstante Quoten.

$$g_{0,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{G_{t-j}^i}{P_{t-j}^n} \cdot 100$$

$$t_{0,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{T_{t-j}^i}{Y_{t-j}^v} \cdot 100$$

$$s_{0,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{S_{t-j}^i}{P_{t-j}^n} \cdot 100$$

$$k_{0,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{F_{t-j}^i + \frac{t_{t-j}}{100} \cdot (P_{t-j}^i \cdot \frac{l_v}{100} - Y_{t-j}^v)}{P_{t-j}^n} \cdot 100$$

## 6. Sonstige Definitionen

$$Y_t^v = \frac{l_v \cdot P_t^n}{100}$$

$$Y_t^n = Y_t^i \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

$$T_t^v = \frac{t_t \cdot Y_t^v}{100}$$

$$T_t^n = \frac{t_{0,t} \cdot Y_t^v}{100}$$

$$H_t^n = \frac{g_{0,t} \cdot P_t^n}{100} + \frac{(t_t - t_{0,t}) Y_t^v}{100} + S_t^i - \frac{s_{0,t} \cdot P_t^n}{100}$$

Die Differenz der Steuerquoten des laufenden Jahres ( $t_t$ ) und des Basiszeitraums ( $t_{0,t}$ ) – als Maß für Veränderungen in den Entzugseffekten des Steuersystems – gewichten wir mit dem Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturalen Preisen ( $Y_t^v$ ). Hierdurch sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen bei der Ermittlung des konjunkturalen Haushaltsvolumens ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen in den Steuerquoten vermögen wir allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau zu erfassen (siehe JG 70 Ziffer 341).

Konjunktureller Impuls:

$$H_t^n > G_t^i : \text{kontraktiv}$$

$$H_t^n = G_t^i : \text{konjunkturalneutral}$$

$$H_t^n < G_t^i : \text{expansiv}$$

$$\text{konjunkturalneutrale Staatsquote: } n_t = \frac{H_t^n}{P_t^n} \cdot 100$$

$$\text{beanspruchte Staatsquote: } b_t = \frac{G_t^i}{P_t^n} \cdot 100$$

$$\text{realisierte Staatsquote: } i_t = \frac{G_t^i}{P_t^i} \cdot 100$$

## 7. Zur Berechnung der Steigerungsrate für eine konjunkturalneutrale Ausweitung der Staatsausgaben (bezogen auf die Ist-Ausgaben des Vorjahres)

$$\left[ \frac{H_{t+1}^n}{G_t^i} - 1 \right] \cdot 100 =$$

$$\left[ \frac{H_t^n \cdot \frac{P_t^i}{P_t^n} \cdot \frac{P_{t+1}^i}{P_t^i} \cdot (100 + p_{t+1})}{100} + \frac{(t_{t+1} - t_t) Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} + \frac{(s_{t+1} - s_t) P_{t+1}^n}{G_t^i \cdot 100} - 1 \right] \cdot 100 =$$

$$= \left[ \frac{\frac{P_{t+1}^i}{P_t^i} \cdot \frac{(100 + p_{t+1})}{100}}{\frac{i_t}{n_t}} + \frac{(t_{t+1} - t_t) Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} + \frac{(s_{t+1} - s_t) P_{t+1}^n}{G_t^i \cdot 100} - 1 \right] \cdot 100$$

Zwischen den Werten der konjunkturalneutralen Steigerungsrate in Zeile (b) der Tabelle 36 und den Werten in den Zeilen (c) bis (g) besteht folgender Zusammenhang:

$$b = \left[ \frac{100 + (c)}{100} \cdot \frac{100 + (d)}{100} + \frac{(e)}{100} + \frac{(f)}{100} - 1 \right] \cdot 100$$

Für die Jahre 1974 bis 1978 ergeben sich dadurch Abweichungen von dieser Rechenvorschrift, daß sich die finanzwirtschaftlichen Quoten, die wir unseren Rechnungen zugrunde legen, wegen des wechselnden Basiszeitraums von Jahr zu Jahr ändern.

## 8. Zur Berechnung des konjunkturalneutralen Finanzierungssaldos

(a) potentialorientierte Kreditaufnahme:

$$K_t^n = \frac{k_{0,t}}{100} \cdot P_t^n$$

(b) auslastungsbedingte Steuerermehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen:

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y_t^n - Y_t^v)$$

(c) inflationsbedingte Steuerermehreinnahmen:

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y_t^i - Y_t^n)$$

Der konjunkturalneutrale Finanzierungssaldo ergibt sich als Summe der Komponenten (a) bis (c).

## V.

**Statistischer Anhang**

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland .....	Seite 239
Tabellenteil .....	Seite 243
A. Internationale Tabellen .....	Tabellen 1* bis 15*
B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland .....	Tabellen 16* bis 73*

## Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

### 1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft, zumindest jedoch annähernd die Kosten deckt. Im einzelnen handelt es sich hierbei um Produktionsunternehmen, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Hierzu gehören aber auch Institutionen, die im allgemeinen Sprachgebrauch nicht oder nicht immer als Unternehmen bezeichnet werden, wie landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die gesamte Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Zum **Staat** gehören die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Im einzelnen: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Kreise, Bezirks- und Landschaftsverbände usw.) sowie Zweckverbände und die Sozialversicherung (die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversorgungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst, die Altershilfe für Landwirte, die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung). Nicht zum Sektor Staat rechnen die im Eigentum der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung befindlichen Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform.

In den Sektor der **privaten Haushalte** (Ein- und Mehrpersonenhaushalte sowie Anstaltsbevölkerung) sind auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle, wissenschaftliche sowie im Erziehungswesen tätige Organisationen, die sich zu einem wesentlichen Teil aus freiwilligen Zahlungen von privaten Haushalten und aus Vermögenserträgen finanzieren, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Institute usw. Aus statistischen Gründen sind in diesem Sektor auch Organisationen

ohne Erwerbszweck einbezogen, die überwiegend vom Staat finanziert werden und vor allem im Bereich von Wissenschaft und Forschung tätig sind.

### 2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto“ als auch „netto“ (das heißt nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten ohne die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die Vorleistungen ab, das heißt den Wert der Güter (ohne Umsatzsteuer), den inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben, so erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Die Addition der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt die gegen unterstellte Entgelte erbrachten Bankdienstleistungen ab, erhält man die bereinigte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Unter Hinzurechnung der auf den Gütern lastenden nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer (Kassenaufkommen des Staates an Mehrwertsteuer, Einfuhrumsatzsteuer sowie die einbehaltene Umsatzsteuer) und der Einfuhrabgaben (Einfuhrzölle, Verbrauchsteuer auf Einführen, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer), die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auf eingeführte Güter erhoben werden, erhält man das **Bruttoinlandsprodukt**. Dieser Rechenschritt läßt sich nur für die Gesamtwirtschaft vollziehen, da eine Aufgliederung der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben nach einzelnen Wirtschaftsbereichen nicht erfolgt.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt

bezogen haben, und zieht man davon die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt geflossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen**.

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen**; nach Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer — Kasenaufkommen und aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen einbehaltene Umsatzsteuer sowie Einfuhrabgaben) und nach Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten**. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

### 3. Verteilung des Volkseinkommens

Das **Volkseinkommen** ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die Vermögenseinkommen des Staates und die unverteilter Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Die **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfassen die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Die **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthalten die Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten und immateriellen Werten, aus Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie von Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Entnahmen und nichtentnommene Gewinne), und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf öffentliche Schulden. Dazu kommen die unverteilter Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.). Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen. Nach Hinzurechnung der empfangenen laufenden Übertragungen von anderen Sektoren und von der übrigen Welt (ohne Subventionen) und nach Abzug der geleisteten laufenden Übertragungen an andere Sektoren und an die übrige Welt (ohne indirekte Steuern) erhält man die Summe der verfügbaren

Einkommen der Volkswirtschaft, das heißt aller Sektoren.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den privaten Verbrauch abzieht.

### 4. Verwendung des Sozialprodukts

Das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen** ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus privatem Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen und Außenbeitrag.

Der **private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie zum Beispiel der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** umfaßt die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellten Verwaltungsleistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbsterstellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen

und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und derjenigen dauerhafter Güter, die in den privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1976) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und End-

beständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Der **Außenbeitrag** ergibt sich als Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen von bzw. an die übrige Welt). Erfasst werden also die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt sowie die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben bzw. an die übrige Welt geflossen sind.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

**5. Die drei Berechnungsarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen**

**I. Entstehungsrechnung**

Produktionswert
- Vorleistungen
-----
= Bruttowertschöpfung (unbereinigt)
- Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
-----
= Bruttowertschöpfung (bereinigt)
+ Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
+ Einfuhrabgaben
-----
= Bruttoinlandsprodukt
± Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt

**II. Verwendungsrechnung**

Privater Verbrauch
+ Staatsverbrauch
+ Ausrüstungsinvestitionen
+ Bauinvestitionen
± Vorratsveränderung
+ Ausfuhr
- Einfuhr

- Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
- Abschreibungen
-----
= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
- Indirekte Steuern
+ Subventionen
-----
= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

**III. Verteilungsrechnung**

Volkseinkommen	
↓	↓
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
- Öffentliche Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern, u. ä.)	- Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber
± Sonstige Zu- und Absetzungen	- Unterstellte Sozialbeiträge
-----	-----
= Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	= Bruttolohn- und -gehaltssumme
	- Lohnsteuer
	- Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer
	-----
	= Nettolohn- und -gehaltssumme

**6. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts**

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1976) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1976. Diese

Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb“ des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1976; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

## Tabellentell

Tabelle 1\*

## A. Internationale Tabellen

**Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern**  
 1 000

Jahr	Bundes- republik Deutsch- land	Belgien	Frank- reich	Groß- britan- nien	Italien	Nieder- lande	Öster- reich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
<b>Gesamtbevölkerung</b>										
1960	55 433	9 154	45 684	52 559	48 967	11 486	7 047	5 429	93 260	180 671
1961	56 185	9 184	46 163	52 932	49 156	11 639	7 087	5 434	94 090	183 691
1962	56 837	9 221	46 998	53 431	49 563	11 806	7 130	5 574	94 980	186 538
1963	57 389	9 290	47 816	53 691	49 936	11 966	7 172	5 694	95 900	189 242
1964	57 971	9 378	48 310	54 033	50 439	12 127	7 215	5 789	96 890	191 889
1965	58 619	9 464	48 758	54 378	50 840	12 295	7 255	5 857	97 950	194 303
1966	59 148	9 528	49 164	54 653	51 227	12 456	7 290	5 918	98 860	196 560
1967	59 286	9 581	49 548	54 933	51 664	12 598	7 323	5 992	99 920	198 712
1968	59 500	9 619	49 916	55 157	52 042	12 730	7 360	6 068	101 070	200 706
1969	60 067	9 646	50 318	55 372	52 376	12 878	7 393	6 137	102 320	202 677
1970	60 651	9 651	50 772	55 522	52 771	13 039	7 426	6 270	103 720	205 052
1971	61 284	9 673	51 251	55 712	53 124	13 194	7 459	6 232	104 740	207 661
1972	61 672	9 709	51 701	55 869	53 548	13 329	7 495	6 281	106 180	209 896
1973	61 976	9 739	52 118	56 000	53 981	13 439	7 525	6 328	108 660	211 909
1974	62 054	9 783	52 461	56 011	54 541	13 545	7 533	6 359	110 160	213 854
1975	61 829	9 795	52 705	55 981	54 967	13 666	7 520	6 349	111 520	215 973
1976	61 531	9 811	52 891	55 959	55 325	13 774	7 513	6 309	112 770	218 035
1977	61 400	9 822	53 077	55 919	55 576	13 856	7 518	6 289	113 880	220 239
1978	61 327	9 830	53 277	55 902	55 806	13 942	7 508	6 291	114 920	222 585
1979	61 359	9 837	53 478	55 946	56 016	14 038	7 503	6 303	115 880	225 055
1980	61 566	9 847	53 714	56 010	56 121	14 150	7 505	6 327	116 800	227 704
1981	61 682	9 852	53 963	56 020	56 292	14 247	7 508	6 363	117 660	229 849
1982	61 638	9 856	54 219	56 010	56 400	14 310	7 571	6 400	118 440	232 057
<b>Erwerbstätige</b>										
1960	25 954	3 447	18 595	23 660	20 289	4 182	3 239	2 701	44 360	65 778
1961	26 238	3 481	18 608	23 978	20 366	4 243	3 249	2 828	44 980	65 746
1962	26 289	3 534	18 737	24 185	20 270	4 328	3 245	2 938	45 560	66 702
1963	26 319	3 560	19 065	24 230	19 982	4 387	3 237	2 983	45 950	67 762
1964	26 297	3 609	19 395	24 522	19 904	4 464	3 238	3 030	46 550	69 305
1965	26 418	3 621	19 540	24 776	19 432	4 502	3 235	3 009	47 300	71 088
1966	26 320	3 635	19 689	24 934	19 095	4 537	3 227	2 997	48 270	72 895
1967	25 461	3 618	19 763	24 570	19 315	4 523	<u>3 182</u>	3 013	49 200	74 372
1968	25 491	3 615	19 730	24 436	19 294	4 565	<u>3 070</u>	3 031	50 020	75 920
1969	25 871	3 683	20 063	24 478	19 112	4 641	<u>2 976</u>	3 082	50 400	77 902
1970	26 169	3 666	20 343	24 373	19 218	4 696	2 971	3 124	50 940	78 678
1971	26 317	3 703	20 438	24 143	19 176	4 724	2 973	3 167	51 210	79 367
1972	26 214	3 697	20 552	24 118	18 875	4 683	2 993	3 189	51 260	82 153
1973	26 411	3 746	20 814	24 696	19 057	4 685	3 010	3 203	52 590	85 064
1974	26 038	3 801	20 959	24 785	19 470	<u>4 687</u>	3 010	3 187	52 370	86 794
1975	25 285	3 748	20 714	24 704	19 594	4 640	2 942	3 017	52 230	85 846
1976	25 059	3 718	20 856	24 492	19 742	4 654	2 947	2 918	52 710	88 752
1977	25 014	3 711	21 036	24 523	19 948	4 710	2 989	2 923	53 420	92 017
1978	25 169	3 711	21 113	24 681	20 044	4 757	3 015	2 940	54 080	96 048
1979	25 507	3 754	21 118	25 010	20 266	4 821	3 051	2 962	54 790	98 824
1980	25 771	3 751	21 127	24 865	20 551	4 532	3 070	3 016	55 360	99 303
1981	25 566	3 669	20 950	23 989	20 623	4 922	3 091	3 054	55 810	100 397
1982	25 100	3 620	20 984	23 636	20 542	4 908	3 189	3 033	56 380	99 526

Quelle: OECD

Tabelle 2\*

**Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern**  
1 000

Jahr	Bundes- republik Deutsch- land	Belgien	Frank- reich	Groß- britan- nien	Italien	Nieder- lande	Öster- reich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
<b>Beschäftigte Arbeitnehmer</b>										
1960	20038	2545	12886	21894	11694	3296	.	.	23700	55179
1961	20377	2594	13047	22228	12032	3369	.	.	24780	55229
1962	20631	2655	13317	22447	12396	3465	.	.	25930	56524
1963	20836	2705	13774	22505	12639	3536	.	.	26720	57952
1964	21028	2782	14220	22812	12519	3623	.	.	27630	59496
1965	21289	2816	14471	23080	12144	3676	.	.	28760	61418
1966	21284	2838	14720	23253	11997	3722	.	.	29940	63627
1967	20565	2823	14893	22808	12245	3718	.	.	30710	66149
1968	20706	2823	15001	22650	12378	3775	2186	.	31480	67798
1969	21267	2897	15450	22625	12568	3865	2150	.	31990	69706
1970	21747	2973	15880	22471	12811	3933	2160	.	33060	70645
1971	22106	3034	16128	22122	12959	3972	2195	.	34120	71286
1972	22103	3046	16398	22121	12973	3942	2244	.	34650	74010
1973	22395	3104	16795	22664	13231	3958	2271	.	36150	76847
1974	22113	3167	17067	22789	13614	3972	2409	.	36370	78460
1975	21489	3118	16938	22710	13815	4033	2368	.	36460	77551
1976	21407	3094	17135	22543	13987	4064	2380	.	37120	80519
1977	21496	3091	17352	22619	14246	4130	2420	.	37690	83481
1978	21734	3090	17458	22777	14248	4175	2470	.	37990	87205
1979	22127	3128	17491	23107	14500	4229	2524	.	38760	89674
1980	22455	3128	17533	22854	14684	4339	2545	.	39710	89950
1981	22311	3047	17412	21701	14698	4329	2575	.	40370	91156
1982	21863	3000	17464	21220	14664	4290	2680	.	40980	89596
<b>Registrierte Arbeitslose</b>										
1960	271	117	239	326	1215	30	.	1,2	750	3852
1961	181	89	203	287	1108	22	.	0,7	660	4714
1962	155	75	230	406	969	23	.	0,6	590	3911
1963	186	62	273	496	807	25	.	0,8	590	4070
1964	169	55	216	349	904	22	.	0,3	540	3786
1965	147	63	269	299	1110	27	.	0,3	570	3366
1966	161	67	280	281	1192	37	.	0,3	650	2875
1967	459	92	365	503	1106	79	.	0,3	630	2975
1968	323	110	427	542	1172	72	49	0,3	590	2817
1969	179	88	477	518	1160	53	62	0,3	570	2831
1970	149	69	510	555	1111	46	42	0,1	590	4093
1971	185	67	569	696	1109	62	38	0,1	640	5016
1972	246	84	595	778	1297	108	35	0,1	730	4882
1973	273	87	576	557	1305	110	33	0,1	680	4365
1974	582	94	615	528	1113	135	41	0,2	730	5156
1975	1074	168	902	838	1230	260	53	10	1000	7929
1976	1060	224	993	1265	1426	278	54	21	1080	7406
1977	1030	257	1073	1359	1545	271	49	12	1100	6991
1978	993	279	1183	1343	1571	273	64	11	1240	6202
1979	876	292	1355	1235	1698	281	65	10	1170	6137
1980	889	311	1452	1513	1698	325	58	6	1140	7637
1981	1272	399	1694	2395	1913	480	80	6	1260	8273
1982	1833	457	1863	2770	2068	655	115	13	1360	10678

Quelle: OECD



Tabelle 4\*

**Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit  
je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern**  
1975 = 100

Jahr	Bundes- republik Deutsch- land	Belgien	Frank- reich	Groß- britan- nien	Italien	Nieder- lande	Öster- reich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1975 je Erwerbstätigen (Produktivität)										
1960	56,1	57,4	53,3	71,4	49,2	57,4	47,2	67,6	32,0	79,1
1961	58,3	59,6	56,2	72,8	53,0	58,3	49,7	69,8	36,2	81,2
1962	60,8	61,8	59,5	72,9	56,6	59,5	51,1	70,4	38,2	84,4
1963	62,6	64,0	61,6	75,8	60,8	60,8	<u>53,3</u>	72,8	41,9	86,5
1964	66,9	67,6	64,5	78,8	62,6	64,7	56,2	75,4	<u>46,8</u>	89,0
1965	70,3	69,7	67,1	79,8	66,2	67,5	57,9	78,3	51,7	92,0
1966	72,4	71,7	70,0	80,8	71,4	68,8	61,4	80,6	56,0	95,0
1967	74,8	74,8	73,1	84,2	75,6	72,7	<u>64,1</u>	82,6	60,9	95,7
1968	79,1	78,0	76,3	88,2	80,7	76,6	69,4	85,1	67,5	97,5
1969	83,8	81,6	80,3	89,2	86,4	80,2	76,1	88,4	75,2	97,7
1970	87,1	87,2	83,7	91,6	90,5	84,6	81,7	92,8	81,7	96,5
1971	89,3	88,4	87,8	94,8	92,2	87,7	85,8	95,2	85,1	98,6
1972	93,3	93,2	92,5	97,0	96,6	91,5	90,5	97,6	92,5	100,4
1973	96,9	97,7	96,2	101,9	102,5	96,7	94,4	100,1	98,1	102,3
1974	98,8	100,5	98,6	100,5	104,4	<u>100,0</u>	98,1	102,1	97,4	99,6
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	106,4	106,4	104,5	104,6	105,1	105,0	104,4	101,9	104,3	101,5
1977	111,4	107,2	106,7	105,7	106,0	106,2	107,4	104,2	108,4	103,0
1978	112,6	110,6	110,4	108,7	108,3	107,7	107,0	104,1	112,4	103,3
1979	115,7	112,1	114,0	109,5	112,4	108,8	110,8	105,9	116,7	102,7
1980	116,7	115,8	115,2	107,2	115,1	116,8	113,4	108,8	121,2	102,0
1981	117,5	117,0	116,5	109,7	114,9	106,6	112,5	109,0	125,0	103,9
1982	118,4	119,9	118,1	114,0	114,9	105,3	110,2	108,4	127,7	102,4
Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer <sup>1)</sup>										
1960	26,2	23,9	21,9	23,0	16,4	19,2	.	25,4	12,4	44,3
1961	29,1	24,7	24,2	24,5	17,7	20,7	.	27,5	14,0	45,6
1962	31,8	26,5	26,8	25,6	20,0	22,1	.	29,7	16,0	47,7
1963	33,8	28,6	29,5	26,9	23,8	24,1	.	32,6	18,3	49,1
1964	36,6	31,3	31,9	28,7	26,9	28,1	.	35,7	<u>20,4</u>	51,3
1965	40,1	34,3	33,8	30,7	29,3	31,4	.	39,0	22,6	53,6
1966	43,2	37,3	35,9	32,6	31,7	34,9	.	41,7	24,9	57,3
1967	44,7	40,1	38,3	34,7	34,3	38,1	.	45,1	27,9	59,1
1968	47,6	42,6	42,5	37,3	36,9	41,6	45,2	47,8	32,1	63,7
1969	52,2	46,0	47,2	40,0	40,1	46,8	50,1	50,7	36,6	68,2
1970	60,6	50,3	52,0	45,1	46,0	52,7	54,5	56,3	43,2	72,0
1971	67,7	56,2	57,9	50,3	52,0	59,8	62,0	64,5	49,8	76,0
1972	74,5	64,2	63,8	56,8	58,0	67,5	68,9	72,8	56,9	80,6
1973	83,5	72,5	71,8	64,2	69,0	77,7	79,7	82,7	68,5	86,7
1974	93,2	85,8	84,3	76,2	83,5	<u>90,0</u>	87,6	92,4	86,1	93,0
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	108,0	116,4	114,7	114,6	120,6	110,3	109,6	104,0	111,3	107,2
1977	115,1	126,5	129,1	126,6	145,1	118,3	119,4	106,3	122,5	114,9
1978	121,5	136,3	145,3	143,5	169,3	126,7	128,1	111,1	131,1	124,2
1979	128,6	143,9	164,3	164,9	199,2	134,7	133,9	116,2	139,0	135,4
1980	137,3	156,9	188,5	197,3	243,3	139,5	143,5	122,9	147,8	148,1
1981	144,7	168,8	215,3	223,7	296,0	142,7	153,6	132,4	157,8	161,7
1982	151,0	181,8	244,3	242,6	346,6	148,2	154,2	143,3	165,1	173,5

<sup>1)</sup> Für Schweiz: Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Erwerbstätigen.

Quelle für Grundzahlen: OECD



Tabelle 6\*

**Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern**  
Mrd Landeswährung<sup>1)</sup>

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-\$
	in jeweiligen Preisen									
1960	171,84	385,27	183,43	17,06	14,56	25,62	96,83	23,33	8,82	322,52
1961	188,33	402,04	200,84	17,95	15,92	27,60	105,75	25,62	10,11	332,90
1962	204,79	422,31	224,39	19,01	17,97	30,05	115,86	28,60	11,75	353,58
1963	216,79	457,38	253,46	20,22	21,02	33,38	<u>125,96</u>	31,06	13,77	372,79
1964	233,50	488,89	276,90	21,58	22,78	37,75	133,05	33,90	<u>16,04</u>	398,93
1965	257,62	533,30	295,39	23,00	24,37	42,18	145,79	36,48	19,12	428,75
1966	275,06	570,13	319,47	24,34	26,87	45,89	155,59	39,33	22,00	463,39
1967	282,63	601,22	345,87	25,59	29,77	49,82	167,22	42,25	25,24	488,94
1968	300,74	651,58	377,45	27,55	31,76	54,46	178,18	45,02	28,85	536,53
1969	330,90	705,98	428,52	29,24	34,84	62,32	189,45	48,79	33,25	581,31
1970	368,85	755,20	469,34	31,75	39,37	70,06	205,29	53,46	38,27	621,61
1971	409,44	833,08	527,87	35,59	42,77	78,18	230,00	59,89	43,16	674,19
1972	452,10	930,16	592,24	40,19	47,06	87,82	259,81	67,96	49,81	739,74
1973	495,36	1063,35	668,98	45,82	56,06	99,65	291,78	76,14	60,23	815,07
1974	533,74	1230,32	781,33	52,75	69,57	112,64	330,61	83,35	72,84	891,25
1975	585,54	1390,43	898,75	64,87	80,57	128,95	368,26	86,27	84,57	979,64
1976	633,50	1569,07	1041,90	75,22	98,43	148,41	410,18	89,15	95,15	1090,27
1977	680,94	1718,98	1171,46	86,04	117,98	164,31	456,86	92,90	105,79	1210,70
1978	725,34	1837,09	1327,83	98,86	136,82	179,17	468,85	95,54	115,91	1349,61
1979	779,25	1994,78	1517,87	117,64	165,23	192,43	509,48	101,00	127,07	1509,80
1980	834,03	2179,51	1745,75	136,00	208,23	205,78	550,88	108,34	137,46	1675,11
1981	873,61	2332,14	2008,39	151,24	250,22	213,61	594,82	116,02	144,85	1873,26
1982	899,38	2532,65	2298,61	165,92	291,88	222,14	640,08	122,28	155,37	2007,74
	in Preisen von 1975									
1960	305,82	792,43	418,64	45,77	37,98	60,02	187,70	49,82	25,42	566,03
1961	324,05	805,42	443,53	46,76	40,82	63,15	197,34	53,21	27,56	577,91
1962	341,77	837,05	474,85	47,80	43,73	67,02	207,94	56,61	30,19	603,79
1963	351,31	874,29	507,61	50,00	47,79	71,74	<u>219,08</u>	59,35	33,08	626,51
1964	369,80	897,12	536,19	51,50	49,37	75,97	230,05	62,15	<u>36,93</u>	660,99
1965	395,21	935,40	557,69	52,30	50,98	81,65	241,63	64,30	42,15	698,31
1966	407,30	960,22	584,64	53,22	54,63	84,25	251,83	66,22	46,25	734,14
1967	411,79	987,51	614,42	54,51	58,67	88,83	260,74	68,16	50,63	756,65
1968	431,26	1040,18	638,86	56,10	61,70	94,69	270,87	70,80	54,83	797,71
1969	464,77	1095,86	677,42	56,40	65,77	102,16	278,73	74,67	60,37	827,15
1970	500,07	1143,72	706,29	57,82	70,77	109,99	290,32	78,68	64,55	846,44
1971	526,19	1176,63	752,95	59,66	72,85	113,28	309,82	82,42	68,34	877,94
1972	550,18	1245,94	798,68	63,19	75,33	116,95	328,66	86,90	74,85	928,29
1973	563,41	1343,37	844,67	66,42	79,75	121,47	346,32	89,30	81,84	966,39
1974	565,90	1384,17	869,25	65,27	81,85	124,73	356,68	88,87	81,28	959,72
1975	585,54	1390,43	898,75	64,87	80,57	128,95	368,26	86,27	84,57	979,64
1976	607,95	1459,28	949,09	65,00	83,34	136,36	385,00	87,19	87,41	1034,15
1977	630,70	1493,47	978,91	64,74	84,51	142,40	406,95	89,83	90,72	1083,17
1978	653,53	1535,82	1020,38	68,30	86,81	148,57	400,31	91,83	94,99	1129,09
1979	674,06	1608,03	1056,27	71,62	91,09	152,99	416,83	93,00	100,63	1159,02
1980	683,69	1643,26	1073,50	71,08	95,48	153,00	423,67	95,44	101,90	1165,41
1981	675,47	1618,18	1095,42	71,18	96,26	149,21	425,67	95,87	102,46	1196,84
1982	660,59	1635,92	1128,09	72,09	96,24	146,80	430,30	95,72	106,77	1212,11

<sup>1)</sup> Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 10\* auf Seite 253. Quelle: OECD



Tabelle 8\*

**Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern**  
 (Mrd Landeswährung<sup>1)</sup>)

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-\$
	in jeweiligen Preisen									
1960	73,58	107,74	59,49	4,19	5,24	10,61	40,66	9,27	4,67	90,28
1961	83,46	122,34	68,54	4,70	6,00	11,53	47,35	11,51	6,37	91,14
1962	92,88	134,78	77,14	4,83	6,86	12,23	49,57	13,44	7,14	98,94
1963	97,71	140,77	89,52	5,07	7,98	12,90	<u>53,91</u>	15,39	7,89	106,67
1964	111,70	170,48	102,87	6,04	8,08	16,28	59,92	17,45	<u>9,39</u>	114,78
1965	119,90	185,51	112,65	6,51	7,54	17,93	67,40	17,47	9,78	129,12
1966	124,17	204,33	124,04	6,92	7,97	20,37	74,76	17,91	11,56	139,85
1967	114,18	218,85	134,72	7,53	9,10	22,44	76,03	18,33	14,29	142,43
1968	119,39	219,67	143,45	8,26	10,28	25,36	78,86	19,20	17,57	157,57
1969	138,90	241,30	164,27	8,56	11,75	26,27	83,95	21,00	21,44	171,63
1970	172,05	286,18	183,04	9,48	13,43	31,08	97,18	24,96	26,04	174,02
1971	196,11	304,81	205,93	10,53	13,95	35,25	116,90	30,13	27,64	194,37
1972	209,17	329,75	232,05	11,60	14,84	36,64	144,91	34,64	31,52	221,04
1973	219,26	375,58	264,98	14,23	18,65	40,86	154,97	38,21	40,94	251,31
1974	212,71	467,37	310,90	16,84	24,78	43,73	175,72	38,89	46,70	261,69
1975	209,41	511,15	337,89	20,45	25,78	45,99	174,92	33,66	48,02	261,58
1976	226,04	568,73	390,67	23,69	31,40	48,78	188,71	29,23	51,88	292,61
1977	243,01	602,94	419,90	25,91	37,20	57,89	212,77	30,24	56,18	349,12
1978	266,79	648,19	458,88	29,85	41,49	63,30	215,26	32,49	62,38	418,07
1979	304,82	662,20	524,52	34,91	50,93	66,49	227,04	34,59	70,25	472,12
1980	337,98	730,13	601,08	39,30	67,02	70,79	251,43	40,50	75,42	481,46
1981	338,22	644,74	656,90	39,01	81,15	68,20	264,61	44,56	78,17	525,63
1982	327,89	668,14	728,12	42,17	89,26	67,28	263,03	45,28	78,24	505,15
	in Preisen von 1975									
1960	143,81	253,54	133,85	12,15	16,60	24,66	78,45	20,09	9,30	172,79
1961	153,65	284,88	148,39	13,34	18,52	26,14	88,32	23,25	11,89	175,58
1962	160,03	301,63	160,99	13,36	20,32	27,03	90,74	25,63	13,24	188,61
1963	162,16	302,08	175,15	13,54	21,97	27,34	<u>93,86</u>	27,50	14,62	202,45
1964	180,33	346,38	193,49	15,81	20,69	32,57	101,82	29,75	<u>17,06</u>	215,69
1965	188,98	360,67	207,01	16,57	18,95	34,30	107,09	29,01	18,24	237,88
1966	191,16	385,28	222,03	16,95	19,77	37,06	116,57	28,77	20,68	249,91
1967	177,95	396,48	235,42	18,40	22,09	40,19	116,66	28,81	24,45	246,55
1968	184,47	391,49	248,44	19,41	24,47	44,68	119,99	29,70	29,35	261,46
1969	203,94	412,37	271,20	19,26	26,37	43,67	125,88	31,46	34,90	267,73
1970	224,13	447,13	283,74	19,85	27,17	47,82	138,24	34,27	40,81	258,09
1971	237,96	440,46	303,91	20,08	26,29	49,45	157,30	37,65	42,55	272,05
1972	243,98	454,95	325,89	20,05	26,53	48,08	176,39	39,53	46,97	295,30
1973	243,46	485,77	345,87	21,21	28,59	50,24	177,01	40,67	53,41	316,78
1974	220,16	519,67	349,10	20,62	29,54	48,35	184,03	38,94	48,55	294,92
1975	209,41	511,15	337,89	20,45	25,78	45,99	174,92	33,66	48,02	261,58
1976	219,05	527,56	350,51	20,73	26,38	44,71	181,60	30,12	49,44	278,08
1977	227,46	526,43	347,71	20,22	26,29	49,93	191,00	30,61	51,83	307,62
1978	238,54	541,51	352,85	20,91	26,26	51,19	183,82	32,47	56,72	337,00
1979	255,85	529,53	366,07	21,10	27,79	50,31	187,32	34,13	60,29	347,22
1980	263,99	556,38	374,79	19,94	30,40	49,84	193,98	37,51	60,95	326,09
1981	252,99	474,40	369,70	18,04	30,60	44,88	190,72	38,41	63,40	331,01
1982	239,33	463,66	371,67	19,09	28,99	42,65	180,44	37,36	64,54	308,50

<sup>1)</sup> Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 10\* auf Seite 253. Quelle: OECD













noch Tabelle 12\*

**Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern**  
1980 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
Durchschnittswerte der Ausfuhr <sup>2)</sup>										
1970	60,5	53	41,7	25,8	22,4	51	66,1	69	59,5	38,2
1971	62,9	52	44,1	27,3	23,6	52	68,4	72	60,7	39,4
1972	64,8	53	44,5	28,9	24,3	53	69,5	75	59,9	40,7
1973	68,0	58	49,0	32,5	28,8	56	73,4	77	63,6	47,4
1974	79,3	73	61,8	41,5	40,8	72	85,5	88	85,4	60,5
1975	85,8	75	65,2	50,9	45,3	76	88,7	90	87,4	67,6
1976	83,8	79	71,2	60,9	55,3	80	88,7	89	86,9	69,9
1977	85,9	80	78,2	72,1	65,9	83	91,5	91	87,1	72,4
1978	86,7	80	82,2	79,0	70,7	81	91,5	88	82,2	77,4
1979	91,3	90	90,2	87,5	82,8	88	95,2	90	89,8	88,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	109	113,0	108,8	122,3	116	106,1	103	103,0	109,2
1982	110,9	125	129,0	116,6	141,7	121	110,9	106	108,4	110,4
1983	112,4	133	142,0	126,5	149,8	120	110,6	109	101,1	111,6
1984 1. Hj.	114,6	...	...	133,8	...	130	115,5	113	101,2	114,3
Durchschnittswerte der Einfuhr <sup>3)</sup>										
1970	51,7	48	38,0	25,2	16,6	46	60,2	69	34,8	25,7
1971	52,4	49	39,3	26,4	17,5	48	62,9	70	35,4	27,0
1972	52,7	49	39,7	27,6	18,0	48	63,1	71	32,5	28,9
1973	56,5	52	42,6	35,3	23,4	52	65,5	76	35,9	34,4
1974	72,6	69	62,6	51,6	40,2	70	78,0	91	62,8	50,9
1975	74,7	71	61,5	58,6	42,4	73	80,9	87	67,9	55,5
1976	76,4	76	67,9	71,6	53,5	77	82,7	83	69,5	57,2
1977	79,1	77	75,8	82,7	62,0	79	85,8	88	67,4	62,0
1978	76,8	78	76,6	85,0	65,1	78	85,7	78	55,3	66,9
1979	85,5	87	84,4	90,7	77,6	87	90,4	83	72,0	79,7
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	113,8	114	118,5	107,7	136,6	116	110,5	97	100,5	105,5
1982	114,5	131	132,9	116,8	148,3	118	110,8	96	104,9	103,8
1983	114,1	141	143,1	127,7	153,2	119	109,5	97	95,2	99,5
1984 1. Hj.	119,3	...	...	135,7	...	125	113,4	102	92,3	101,3
Bruttostundenverdienste in der Industrie <sup>3)</sup>										
1970	46,6	30,3	26,7	23,6	16,6	39	37,3	56,0	29,2	46,1
1971	51,7	34,0	29,7	26,2	18,6	44	42,4	61,4	33,5	49,1
1972	56,3	38,7	33,0	29,6	20,3	49	47,3	66,7	38,8	52,6
1973	62,1	45,0	37,8	33,6	24,9	56	53,3	72,7	46,0	56,3
1974	68,5	54,5	45,2	39,5	30,0	66	61,7	80,2	57,6	60,7
1975	73,9	65,4	53,0	50,0	38,4	74	70,0	86,0	67,9	66,4
1976	78,6	72,7	60,4	57,8	46,4	81	76,3	87,4	76,4	71,7
1977	84,2	79,3	68,1	63,7	59,2	96	82,9	89,2	83,5	78,0
1978	88,7	84,9	76,9	73,0	68,8	92	87,6	91,8	89,4	84,9
1979	93,8	91,5	86,9	84,2	82,0	96	92,7	94,6	94,6	92,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,6	110,1	114,5	113,5	123,9	103	106,1	102,4	105,1	109,9
1982	110,5	116,9	131,9	126,4	145,7	110	112,6	109,0	110,6	116,9
1983	114,0	121,9	146,7	137,2	168,5	113	...	113,1	115,0	121,5
1984 1. Hj.	115,5	126,3	154,2	142,3	...	114	...	...	118,8	125,2
Anteil am Warenhandel <sup>4)</sup> der Bundesrepublik Deutschland in vH										
1979 bis 1983	×	7,4	12,2	7,0	7,9	10,5	4,1	4,4	2,2	7,0

2) Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.

3) Frankreich: Quelle: OECD. — Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste.

4) Einfuhr + Ausfuhr.

Quelle: IWF

Tabelle 13\*

## Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Zeitraum <sup>1)</sup>	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz <sup>2)</sup>	Japan	Vereinigte Staaten
1955	35	42,8	34	59,7	23,2	29	30	.	8,8	39,8
1956	38	45,6	36	60,2	24,8	31	31	.	10,8	41,6
1957	40	48,4	39	61,4	26,8	32	34	.	12,8	42,1
1958	42	44,1	41	60,8	28,2	32	34	.	12,5	39,4
1959	45	45,9	41	63,9	31,4	36	36	49	15,0	44,1
1960	50	49,4	45	68,2	35,9	40	39	54	18,7	45,0
1961	53	52,3	48	69,1	40,1	41	41	58	22,4	45,4
1962	56	55,2	50	69,8	43,9	43	42	61	24,3	49,1
1963	57	59,4	53	71,8	48,0	45	44	64	27,0	52,0
1964	62	63,5	60	77,9	48,5	50	47	66	31,3	55,6
1965	65	64,7	58	80,3	50,7	52	49	70	32,5	61,1
1966	66	66,1	61	81,5	56,6	54	52	73	36,8	66,5
1967	64	67,1	62	82,4	61,3	56	52	75	43,9	68,0
1968	70	70,8	65	87,7	65,2	61	56	78	50,7	72,3
1969	79	77,7	71	90,0	67,7	68	63	85	58,8	75,6
1970	84	80,4	75	90,1	72,1	74	68	92	66,9	73,3
1971	85	82,5	80	89,6	72,0	78	72	94	68,6	74,6
1972	88	87,5	84	91,2	75,2	82	78	96	73,6	81,4
1973	93	93,0	90	99,4	82,5	88	81	101	84,6	88,3
1974	91	96,5	92	97,5	86,2	93	85	103	81,2	88,0
1975	85	87,2	86	92,2	78,3	90	80	88	72,3	80,1
1976	91	94,9	93	95,2	87,9	97	85	89	80,4	88,7
1977	93	94,8	95	100,1	88,9	97	89	93	83,7	93,9
1978	95	96,7	97	103,1	90,6	98	90	94	89,0	99,4
1979	100	101,3	102	107,0	95,2	101	97	95	95,5	103,7
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98	97,4	98	96,4	97,8	98	98	99	101,0	102,6
1982	95	97,5	96	98,1	95,2	94	98	94	101,3	94,3
1983	95	99,3	97	101,2	90,4	96	99	94	104,9	100,4
1981 1. Vj.	98	97,1	97	94,9	96,7	101	99	97	99,5	103,2
2. Vj.	97	96,7	98	95,6	100,9	98	98	99	99,4	103,7
3. Vj.	98	98,1	98	96,9	95,7	97	98	101	101,7	104,1
4. Vj.	98	98,0	98	98,1	98,4	100	99	99	103,2	99,5
1982 1. Vj.	97	96,6	96	97,1	98,1	99	100	97	102,3	96,4
2. Vj.	96	99,4	97	98,4	96,5	97	98	96	101,1	94,8
3. Vj.	93	98,4	95	98,7	94,2	94	97	93	101,6	94,0
4. Vj.	92	96,2	96	98,0	91,7	92	95	91	100,4	92,0
1983 1. Vj.	93	98,2	96	99,9	90,7	96	96	94	101,3	94,2
2. Vj.	95	99,7	97	99,9	88,9	97	98	95	103,2	98,3
3. Vj.	95	99,8	98	101,9	91,1	95	100	93	105,9	103,2
4. Vj.	98	99,6	97	103,4	91,1	97	99	94	109,0	105,8
1984 1. Vj.	99	104,1	99	102,5	...	101	102	...	112,5	108,7
2. Vj.	94	103,9	98	100,1	...	101	...	...	115,6	111,0

<sup>1)</sup> Vierteljahresergebnisse: Saisonbereinigte Werte.<sup>2)</sup> Verarbeitendes Gewerbe.

Quelle: IWF

**Energieerzeugung in ausgewählten Ländern**  
Petajoule<sup>1)</sup>

Land	Insgesamt <sup>2)</sup>		Stein- und Braunkohle		Rohöl		Naturgas		Strom	
	1970 <sup>3)</sup>	1982	1970 <sup>3)</sup>	1982	1970 <sup>3)</sup>	1982	1970 <sup>3)</sup>	1982	1970 <sup>3)</sup>	1982
<b>Bundesrepublik</b>										
Deutschland <sup>4)</sup> ...	5 106	4 798	4 239	3 736	322	181	450	580	86	300
Belgien/Luxemburg	339	255	333	192	—	—	2	1	4	62
Dänemark .....	1	72	1	0	0	72	—	—	0	0
Frankreich .....	1 782	1 638	1 158	604	126	101	271	306	228	627
Griechenland .....	60	210	50	153	0	44	—	—	10	13
Großbritannien ...	4 236	9 124	3 680	3 026	7	4 525	435	1 394	114	179
Irland .....	51	122	49	41	—	—	0	77	3	4
Italien .....	756	846	23	13	64	82	498	557	170	193
Niederlande .....	1 325	2 698	127	0	82	428	1 115	2 256	1	14
EG-Länder <sup>2)</sup> .....	13 656	19 763	9 660	7 765	601	5 433	2 780	5 171	616	1 392
Ägypten .....	719	1 552	—	—	699	1 443	3	74	17	35
Algerien .....	2 123	2 531	0	0	2 057	2 012	64	518	2	1
Argentinien .....	1 093	1 585	15	15	863	1 107	209	393	6	70
Australien .....	1 748	4 513	1 296	3 195	363	865	56	400	33	54
Brasilien .....	548	1 244	57	134	344	548	3	53	144	509
Indien .....	1 986	3 884	1 577	2 751	290	843	19	89	100	201
Indonesien .....	1 872	3 473	5	14	1 816	2 806	47	646	4	6
Irak .....	3 289	1 959	—	—	3 258	1 939	31	17	—	2
Iran .....	8 652	4 644	16	23	8 179	4 245	452	363	6	13
Japan .....	1 064	1 275	526	489	27	18	110	92	402	677
Kanada .....	6 007	8 045	359	1 025	2 967	3 127	2 113	2 825	568	1 068
Katar .....	779	921	—	—	740	701	39	220	—	—
Kuwait .....	6 571	1 914	—	—	6 491	1 839	80	75	—	—
Libyen .....	6 810	2 524	—	—	6 810	2 421	0	103	—	—
Mexiko .....	1 577	7 909	62	172	1 010	6 380	451	1 270	54	87
Nigeria .....	2 321	2 939	2	6	2 310	2 719	4	200	5	14
Norwegen .....	219	2 436	13	14	0	1 047	0	1 040	206	335
Österreich .....	327	260	54	41	119	55	77	53	77	111
Saudi-Arabien ....	8 119	14 379	—	—	8 119	14 329	0	50	—	—
Schweden .....	151	343	1	1	0	1	—	—	150	341
Schweiz .....	115	185	—	—	—	—	—	—	115	185
Sowjetunion .....	35 651	59 010	13 456	14 525	15 063	26 150	6 670	17 414	462	920
Venezuela .....	8 748	5 052	1	1	8 350	4 344	382	650	15	57
Vereinigte Staaten .	61 654	58 500	15 046	18 291	22 764	20 417	22 860	17 635	984	2 157
Welt .....	206 482	261 817	62 965	79 492	100 608	118 253	38 408	54 285	4 501	9 788

<sup>1)</sup> Petajoule = 10<sup>15</sup> (Billiarde) Joule.

<sup>2)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>3)</sup> Für Japan: 1975.

<sup>4)</sup> Die Unterschiede zwischen den Angaben der UN und nationaler Stellen beruhen auf unterschiedlichen Erfassungsmethoden.

Tabelle 15\*

## Energieverbrauch im internationalen Vergleich

1982

Land	Primärenergieverbrauch								Importquote	
	insgesamt	je Einheit BIP <sup>1)</sup>	je Einwohner	nach Energieträgern					insgesamt	von Mineralöl
				feste Brennstoffe	Mineralöl	Gas	Kernenergie	Wasserkraft und sonstige		
in Mio t ÖE <sup>2)</sup>	t ÖE <sup>2)</sup>									
Australien . . . . .	79,0	0,77	5,2	48,9	40,0	12,4	0,0	4,1	- 27,0	34,5
Belgien . . . . .	41,7	0,58	4,2	28,1	47,5	17,0	8,4	0,5	86,6	111,1
Dänemark . . . . .	17,6	0,40	3,5	35,8	63,6	0,0	0,0	0,0	89,2	87,5
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	254,8	0,52	4,1	36,7	43,6	14,7	5,6	1,7	51,0	95,0
Frankreich . . . . .	184,9	0,46	3,4	16,3	49,0	12,0	13,1	8,7	65,4	97,4
Griechenland . . . . .	15,9	0,62	1,6	25,8	69,2	0,0	0,0	5,0	67,9	94,5
Großbritannien . . . . .	196,7	0,78	3,5	37,1	39,1	21,0	5,0	0,7	- 11,2	- 37,6
Irland . . . . .	8,6	0,82	2,5	25,6	52,3	19,8	0,0	3,5	62,8	100,0
Italien . . . . .	134,8	0,58	2,4	11,5	62,0	18,2	1,1	7,8	84,1	104,4
Japan . . . . .	343,7	0,50	2,9	18,6	61,6	6,8	7,3	6,1	84,8	102,2
Kanada . . . . .	217,0	1,13	8,8	14,1	34,7	22,4	3,6	27,2	- 9,1	- 2,1
Luxemburg . . . . .	3,1	1,19	8,6	45,2	32,3	9,7	0,0	3,2	87,1	110,0
Neuseeland . . . . .	11,4	0,80	3,6	14,9	32,5	15,8	0,0	37,7	25,4	83,8
Niederlande . . . . .	56,0	0,58	3,9	10,5	40,4	49,8	1,6	0,0	10,9	123,9
Norwegen . . . . .	23,8	0,66	5,8	7,6	33,2	3,4	0,0	58,8	-155,9	-201,3
Österreich . . . . .	25,9	0,57	3,4	19,3	40,2	14,7	0,0	28,2	54,4	81,7
Portugal . . . . .	12,2	0,62	1,2	9,0	77,0	0,0	0,0	12,3	81,1	102,1
Schweden . . . . .	46,8	0,61	5,6	12,4	42,5	0,0	18,6	26,3	46,4	99,5
Schweiz . . . . .	24,5	0,41	3,8	4,1	46,9	4,1	13,9	34,3	52,2	100,0
Spanien . . . . .	74,1	0,63	2,0	25,5	61,3	3,0	2,7	8,2	69,1	97,8
Türkei . . . . .	36,5	0,78	0,8	46,6	44,7	0,0	0,0	8,8	39,7	84,7
Vereinigte Staaten . . . . .	1 750,1	0,96	7,5	27,6	40,1	25,4	3,8	4,1	10,4	32,7
Insgesamt <sup>5)</sup>	3 559,1	0,73	4,5	25,6	44,3	19,6	4,7	6,9	26,5	55,7

1) Preis- und Wechselkursbasis 1975.

2) Öleinheiten.

3) Anteil der Netto-Importe am Primärenergieverbrauch in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch in vH.

4) Netto-Importe von Mineralöl im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH.

5) Alle Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur einschließlich Frankreich.

Quelle: Internationale Energieagentur

**B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland**

Tabelle 16\*

## Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote <sup>1)</sup>	Erwerbstätige <sup>2)</sup>			Offene Stellen <sup>4)</sup>	Arbeitslose <sup>4)</sup>	Arbeitslosenquote <sup>5)</sup>
				insgesamt	darunter beschäftigte Arbeitnehmer				
					zusammen	darunter Ausländer <sup>3)</sup>			
1 000		vH	1 000			vH			
1950	46 908	21 577	46,0	19 997	13 674	.	116	1 580	10,4
1951	47 413	21 952	46,3	20 520	14 286	.	116	1 432	9,1
1952	47 728	22 289	46,7	20 910	14 754	.	115	1 379	8,5
1953	48 172	22 684	47,1	21 425	15 344	.	123	1 259	7,6
1954	48 710	23 216	47,7	21 995	15 968	73	137	1 221	7,1
1955	49 203	23 758	48,3	22 830	16 840	80	200	928	5,2
1956	49 797	24 196	48,6	23 435	17 483	99	219	761	4,2
1957	50 434	24 602	48,8	23 940	17 992	108	217	662	3,5
1958	51 056	24 807	48,6	24 124	18 188	127	216	683	3,6
1959	51 634	24 857	48,1	24 381	18 508	167	280	476	2,5
1960	52 183	25 027	48,0	24 792	19 005	.	449	235	1,2
1960	55 433	26 518	47,8	26 247	20 257	279	465	271	1,3
1961	56 185	26 772	47,6	26 591	20 730	507	552	181	0,9
1962	56 837	26 845	47,2	26 690	21 032	629	574	155	0,7
1963	57 389	26 930	46,9	26 744	21 261	773	555	186	0,9
1964	57 971	26 922	46,4	26 753	21 484	902	609	169	0,8
1965	58 619	27 034	46,1	26 887	21 757	1 119	649	147	0,7
1966	59 148	26 962	45,6	26 801	21 765	1 244	540	161	0,7
1967	59 286	26 409	44,5	25 950	21 054	1 014	302	459	2,1
1968	59 500	26 291	44,2	25 968	21 183	1 019	488	323	1,5
1969	60 067	26 535	44,2	26 356	21 752	1 366	747	179	0,8
1970	60 651	26 817	44,2	26 668	22 246	1 807	795	149	0,7
1971	61 284	27 002	44,1	26 817	22 606	2 128	648	185	0,8
1972	61 672	26 990	43,8	26 744	22 633	2 285	546	246	1,1
1973	61 976	27 195	43,9	26 922	22 906	2 498	572	273	1,2
1974	62 054	27 147	43,7	26 565	22 640	2 381	315	582	2,5
1975	61 829	26 884	43,5	25 810	22 014	2 061	236	1 074	4,7
1976	61 531	26 651	43,3	25 591	21 939	1 925	235	1 060	4,6
1977	61 400	26 577	43,3	25 547	22 029	1 872	231	1 030	4,5
1978	61 327	26 692	43,5	25 699	22 264	1 857	246	993	4,3
1979	61 359	26 915	43,9	26 039	22 659	1 924	304	876	3,7
1980	61 566	27 191	44,2	26 302	22 986	2 018	308	889	3,7
1981	61 682	27 373	44,4	26 101	22 846	1 912	208	1 272	5,3
1982	61 638	27 465	44,6	25 632	22 395	1 787	105	1 833	7,6
1983	61 426	27 445	44,7	25 187	21 962	1 694	76	2 258	9,3
1980 1. Hj.	61 499	27 070	44,0	26 183	22 850	2 030	322	887	3,7
1980 2. Hj.	61 634	27 312	44,3	26 421	23 122	2 007	295	891	3,7
1981 1. Hj.	61 657	27 287	44,3	26 088	22 824	1 925	238	1 199	5,0
1981 2. Hj.	61 706	27 458	44,5	26 114	22 868	1 899	178	1 344	5,6
1982 1. Hj.	61 676	27 425	44,5	25 637	22 396	1 802	126	1 788	7,4
1982 2. Hj.	61 600	27 505	44,7	25 627	22 394	1 772	84	1 878	7,7
1983 1. Hj.	61 483	27 439	44,6	25 108	21 882	1 696	76	2 331	9,6
1983 2. Hj.	61 368	27 451	44,7	25 266	22 042	1 693	76	2 185	9,0
1984 1. Hj.	...	27 324	...	24 976	21 745	...	86	2 348	9,7

<sup>1)</sup> Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.

<sup>2)</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Erwerbstätige, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).

<sup>3)</sup> Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit).

<sup>4)</sup> Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

<sup>5)</sup> Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer + Arbeitslose).

<sup>6)</sup> Ohne Saarland und Berlin.



Tabelle 18\*

## Ausländer im Bundesgebiet

An

Staatsangehörigkeit	1978	1979	1980	1981	1982	1983
	Wohnbevölkerung <sup>1)</sup>					
Europa .....	3 541 710	3 691 054	3 955 309	4 093 389	4 107 665	3 988 235
Belgien .....	15 328	15 725	16 600	17 320	17 841	18 089
Dänemark .....	10 413	10 806	11 527	12 278	12 656	12 690
Frankreich .....	61 243	64 509	68 620	72 304	72 921	71 863
Griechenland .....	305 523	296 803	297 518	299 300	300 824	292 349
Großbritannien <sup>3)</sup> .....	66 955	72 653	81 090	88 879	90 574	88 036
Irland .....	3 524	4 464	5 677	6 249	6 195	5 865
Italien .....	572 522	594 424	617 895	624 503	601 621	564 960
Luxemburg .....	4 168	4 260	4 444	4 526	4 612	4 613
Niederlande .....	105 586	106 110	107 771	108 746	108 975	108 572
EG-Länder .....	1 145 262	1 169 754	1 211 142	1 234 105	1 216 219	1 167 037
Jugoslawien .....	610 184	620 649	631 842	637 307	631 692	612 798
Österreich .....	159 301	168 915	172 573	176 256	174 988	171 586
Polen .....	46 031	50 779	60 140	82 711	91 371	87 588
Portugal .....	109 924	109 843	112 270	109 417	106 005	99 529
Schweiz .....	27 846	28 805	29 423	29 866	29 699	29 368
Spanien .....	188 937	182 155	179 952	176 952	173 526	165 998
Tschechoslowakei .....	24 920	24 202	24 420	25 573	26 714	26 891
Türkei .....	1 165 119	1 268 307	1 462 442	1 546 280	1 580 671	1 552 328
Ungarn .....	17 901	18 852	20 144	21 722	22 200	21 090
Übriges Europa .....	46 285	48 793	50 961	53 200	54 580	54 022
Afrika .....	79 543	88 517	103 432	115 138	123 955	125 204
Ägypten .....	7 347	7 689	8 587	9 077	9 157	8 762
Marokko .....	28 907	31 933	35 854	39 374	42 590	44 192
Übriges Afrika .....	43 289	48 895	58 991	66 687	72 208	72 250
Amerika .....	102 703	106 782	113 354	118 052	120 190	120 342
Kanada .....	7 143	7 458	7 752	7 871	7 811	7 739
Vereinigte Staaten .....	71 557	73 956	77 436	79 543	80 252	80 074
Übriges Amerika .....	24 003	25 368	28 166	30 638	32 127	32 529
Asien .....	147 813	170 284	219 710	242 016	254 511	241 914
Indien .....	16 137	20 603	27 929	28 630	28 285	24 474
Iran .....	19 516	21 017	28 360	31 287	32 246	33 046
Israel .....	7 478	7 731	8 173	8 812	8 785	8 443
Japan .....	12 170	12 838	14 188	15 233	16 147	16 675
Jordanien .....	12 533	12 881	13 260	13 221	12 870	12 035
Pakistan .....	17 877	20 504	26 220	26 272	24 412	16 757
Übriges Asien .....	62 102	74 710	101 580	118 561	131 766	130 484
Australien und Ozeanien .....	6 089	6 292	6 654	6 687	6 551	6 233
Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit .....	77 890	53 657	54 849	54 447	54 045	52 935
Insgesamt ...	3 981 061	4 143 836	4 453 308	4 629 729	4 666 917	4 534 863

<sup>1)</sup> Jeweils am 30. September; 1978 einschließlich 25 313 und 1979 einschließlich 27 250 Personen, die nicht nach der Staatsangehörigkeit aufgliedert werden konnten.

nach der Staatsangehörigkeit  
zahl

1978	1979	1980	1981	1982	1983	Staatsangehörigkeit
Beschäftigte <sup>2)</sup>						
1 723 349	1 769 500	1 819 897	1 751 838	1 654 479	1 572 645	Europa
9 290	9 424	9 801	9 852	9 357	9 457	Belgien
3 122	3 269	3 439	3 491	3 348	3 424	Dänemark
43 972	47 290	52 428	52 145	48 481	46 604	Frankreich
146 792	140 139	132 980	123 767	116 421	108 800	Griechenland
27 856	30 898	34 828	34 479	33 007	31 227	Großbritannien <sup>3)</sup>
1 321	1 649	2 299	2 148	1 772	1 631	Irland
288 648	300 442	309 226	291 066	261 020	238 850	Italien
1 278	1 338	1 418	1 391	1 343	1 301	Luxemburg
39 938	40 106	40 215	39 569	36 998	37 327	Niederlande
562 217	574 555	586 634	557 908	511 747	478 621	EG-Länder
369 506	367 301	357 427	340 573	320 335	305 945	Jugoslawien
75 245	83 698	87 212	87 441	84 811	82 187	Österreich
7 932	8 952	8 772	8 213	8 575	9 797	Polen
58 771	59 145	58 780	55 085	51 102	46 423	Portugal
7 055	7 886	8 248	8 195	7 935	7 616	Schweiz
92 586	89 992	86 547	81 845	76 754	72 348	Spanien
11 918	12 508	11 486	9 519	8 530	8 989	Tschechoslowakei
514 694	540 471	590 623	580 868	564 567	540 496	Türkei
8 098	8 547	8 060	6 967	6 282	6 408	Ungarn
15 327	16 445	16 108	15 224	13 841	13 815	Übriges Europa
34 835	38 249	41 133	39 266	36 605	34 174	Afrika
2 150	2 481	2 692	2 375	2 025	1 803	Ägypten
15 323	16 214	16 109	15 343	14 622	14 452	Marokko
17 362	19 554	22 332	21 548	19 958	17 919	Übriges Afrika
23 459	26 457	28 822	28 096	26 140	25 514	Amerika
1 916	2 230	2 269	2 163	1 999	1 946	Kanada
13 563	16 310	18 559	18 706	17 460	17 097	Vereinigte Staaten
7 980	7 917	7 994	7 227	6 681	6 471	Übriges Amerika
51 900	62 290	74 982	70 712	63 710	55 688	Asien
7 114	10 376	13 986	12 106	10 129	7 783	Indien
3 308	3 591	4 044	4 285	4 338	4 243	Iran
2 159	2 206	2 265	2 227	2 062	1 861	Israel
2 793	2 735	2 795	2 942	3 008	3 047	Japan
3 931	4 105	3 915	3 339	2 855	2 483	Jordanien
7 857 <sup>a)</sup>	11 366 <sup>a)</sup>	15 060 <sup>a)</sup>	12 657	8 658	5 291	Pakistan
24 738	27 911	32 917	33 156	32 660	30 980	Übriges Asien
2 467	2 504	2 488	2 365	2 167	1 997	Australien und Ozeanien
33 284	34 651	104 336 <sup>b)</sup>	37 460	25 880	23 627	Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit
1 869 294	1 933 651	2 071 658	1 929 737	1 808 981	1 713 645	Insgesamt

<sup>2)</sup> Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer jeweils am 30. Juni.<sup>3)</sup> Einschließlich Nordirland.<sup>a)</sup> Einschließlich Bangladesch.<sup>b)</sup> Aus meldetechnischen Gründen überhöht.

Quelle für Beschäftigte: Bundesanstalt für Arbeit





noch Tabelle 19\*

## Bruttowertschöpfung nach

b) Anteil

Zeitraum	Land- und Forst- wirt- schaft, Fische- rei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Ver- kehr <sup>2)</sup>	Dienst- lei- stungs- unter- neh- men <sup>3)</sup>	Staat	Private Haus- halte <sup>4)</sup>
		ins- gesamt	Energie- und Wasser- versor- gung, Bergbau	Verar- beiten- des Ge- werbe	Bau- gewerbe				
in jeweiligen Preisen									
1960	5,8	53,2	5,2	40,3	7,7	18,5	13,6	7,2	1,7
1961	5,2	53,6	4,7	40,8	8,1	18,2	13,9	7,5	1,6
1962	5,2	53,3	4,5	40,3	8,5	18,5	14,0	7,5	1,5
1963	5,1	52,5	4,4	39,5	8,6	18,5	14,5	7,9	1,5
1964	4,6	53,2	4,2	39,9	9,1	18,2	14,7	7,8	1,5
1965	4,4	53,0	4,0	40,2	8,8	17,9	15,2	8,1	1,5
1966	4,3	51,9	3,9	39,3	8,7	17,9	16,0	8,5	1,5
1967	4,1	50,7	3,8	38,9	8,0	17,8	17,0	8,9	1,5
1968	4,2	51,5	3,9	40,1	7,6	16,8	17,1	8,8	1,5
1968	4,4	50,7	3,8	39,4	7,5	16,5	17,6	9,2	1,6
1969	4,1	51,1	3,5	40,4	7,2	15,9	17,9	9,4	1,6
1970	3,4	51,7	3,5	40,2	8,0	16,0	17,7	9,7	1,5
1971	3,2	50,3	3,4	38,7	8,2	16,2	18,3	10,4	1,6
1972	3,1	49,1	3,3	37,6	8,2	16,4	19,1	10,6	1,7
1973	3,0	48,8	3,3	37,7	7,7	16,0	19,4	11,0	1,7
1974	2,7	47,7	3,5	37,2	7,0	15,6	20,3	11,8	1,8
1975	2,9	45,7	3,8	35,6	6,3	15,8	21,4	12,3	1,9
1976	2,8	46,1	3,9	35,9	6,2	15,9	21,4	11,9	1,9
1977	2,7	45,6	3,7	35,7	6,2	16,0	21,8	11,9	1,9
1978	2,6	45,3	3,7	35,4	6,3	16,1	22,2	11,9	1,9
1979	2,3	45,5	3,6	35,3	6,6	16,2	22,3	11,8	1,9
1980	2,2	44,8	3,5	34,3	7,0	15,8	23,2	12,1	1,9
1981	2,2	43,3	3,6	33,2	6,6	16,0	24,2	12,3	1,9
1982	2,4	42,5	3,8	32,6	6,2	15,8	25,2	12,1	2,0
1983	2,1	42,3	3,7	32,5	6,0	15,6	26,2	11,9	2,0
1977 1. Hj.	1,4	46,8	3,8	37,0	5,9	16,0	22,4	11,6	1,8
2. Hj.	3,9	44,6	3,6	34,5	6,5	16,0	21,4	12,2	1,9
1978 1. Hj.	1,4	46,0	3,8	36,3	5,9	16,3	22,9	11,6	1,8
2. Hj.	3,6	44,7	3,5	34,5	6,6	15,9	21,6	12,2	1,9
1979 1. Hj.	1,1	46,4	4,0	36,4	6,1	16,3	22,8	11,5	1,8
2. Hj.	3,4	44,7	3,3	34,3	7,0	16,1	21,8	12,2	1,9
1980 1. Hj.	1,1	46,0	3,7	35,7	6,7	16,0	23,5	11,6	1,8
2. Hj.	3,1	43,8	3,4	33,1	7,3	15,7	22,8	12,6	2,0
1981 1. Hj.	1,0	44,2	3,8	34,1	6,4	16,2	24,7	11,9	1,9
2. Hj.	3,3	42,5	3,3	32,3	6,9	15,9	23,7	12,6	2,0
1982 1. Hj.	1,1	43,8	4,1	33,9	5,7	16,0	25,6	11,6	1,9
2. Hj.	3,7	41,4	3,4	31,3	6,6	15,6	24,7	12,6	2,1
1983 1. Hj.	1,0	43,0	4,0	33,5	5,5	15,8	26,7	11,5	1,9
2. Hj.	3,1	41,6	3,4	31,6	6,5	15,3	25,6	12,3	2,1
1984 1. Hj.	0,9	42,8	4,1	33,3	5,4	15,7	27,4	11,3	1,9

1) Bezogen auf die Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche.

2) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

3) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

## Wirtschaftsbereichen

in vH<sup>1)</sup>

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr <sup>2)</sup>	Dienstleistungsunternehmen <sup>3)</sup>	Staat	Private Haushalte <sup>4)</sup>	Zeitraum
	insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
in Preisen von 1976									
4,5	46,3	4,7	33,5	8,2	15,6	19,3	11,5	2,8	1960
3,9	46,8	4,5	34,1	8,2	15,7	19,4	11,6	2,6	1961
4,0	46,7	4,4	34,1	8,2	15,7	19,3	11,8	2,4	1962
4,1	46,4	4,4	33,9	8,1	15,7	19,5	11,9	2,4	1963
3,7	47,5	4,3	34,6	8,6	15,7	19,4	11,5	2,2	1964
3,3	47,9	4,0	35,5	8,5	15,8	19,4	11,4	2,1	1965
3,4	47,5	4,0	35,0	8,5	15,7	19,6	11,7	2,1	1966
3,7	46,1	3,8	34,2	8,1	15,6	20,4	12,0	2,2	1967
3,7	47,0	3,7	35,6	7,6	15,6	20,1	11,6	2,0	1968
3,3	48,1	3,7	37,1	7,3	15,9	19,7	11,1	1,9	1969
3,3	48,3	3,9	37,2	7,2	15,9	19,4	11,3	1,9	1970
3,1	47,8	3,8	36,5	7,5	16,0	19,8	11,4	1,9	1971
2,9	47,5	3,7	36,2	7,6	15,8	20,3	11,5	1,9	1972
3,0	47,7	3,8	36,7	7,3	15,7	20,2	11,5	1,8	1973
3,1	46,8	4,0	36,2	6,7	15,7	20,6	11,9	1,9	1974
3,0	45,3	3,8	35,1	6,4	15,8	21,6	12,5	1,9	1975
2,8	46,1	3,9	35,9	6,2	15,9	21,4	11,9	1,9	1976
2,9	45,6	3,9	35,6	6,1	16,3	21,7	11,7	1,8	1977
2,9	44,9	3,9	34,9	6,1	16,5	22,3	11,7	1,8	1978
2,7	45,2	4,0	35,1	6,1	16,5	22,3	11,6	1,8	1979
2,6	44,6	3,9	34,6	6,1	16,6	22,7	11,6	1,8	1980
2,8	43,6	3,9	33,9	5,8	16,7	23,2	11,9	1,9	1981
3,1	42,5	3,9	33,1	5,6	16,5	23,9	12,0	1,9	1982
2,9	42,5	3,8	33,1	5,5	16,6	24,2	12,0	2,0	1983
1,2	46,3	4,1	36,4	5,9	16,2	22,3	12,1	1,9	1977 1. Hj.
4,5	44,9	3,7	34,9	6,4	16,3	21,2	11,4	1,8	2. Hj.
1,1	45,5	4,1	35,6	5,7	16,6	22,9	12,1	1,9	1978 1. Hj.
4,5	44,4	3,7	34,3	6,4	16,4	21,6	11,3	1,8	2. Hj.
1,0	45,5	4,3	35,6	5,6	16,7	22,9	12,0	1,8	1979 1. Hj.
4,2	44,8	3,8	34,6	6,5	16,3	21,7	11,2	1,8	2. Hj.
1,1	45,5	4,1	35,6	5,8	16,6	23,1	11,8	1,9	1980 1. Hj.
4,1	43,8	3,7	33,6	6,4	16,6	22,4	11,4	1,8	2. Hj.
1,2	44,1	4,1	34,5	5,5	16,7	23,9	12,2	1,9	1981 1. Hj.
4,3	43,1	3,7	33,3	6,1	16,6	22,7	11,5	1,8	2. Hj.
1,2	43,5	4,1	34,3	5,1	16,6	24,4	12,3	2,0	1982 1. Hj.
4,9	41,6	3,6	31,9	6,0	16,4	23,5	11,7	1,9	2. Hj.
1,3	42,7	4,0	33,7	5,0	16,7	24,9	12,4	2,0	1983 1. Hj.
4,3	42,2	3,6	32,6	6,0	16,4	23,5	11,6	1,9	2. Hj.
1,3	42,9	4,1	33,8	5,0	16,7	24,9	12,2	2,0	1984 1. Hj.

\*) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

\*) In jeweiligen Preisen: Bruttowertschöpfung einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer.

\*) Vorläufige Ergebnisse.



Tabelle 20\*

## inlandsprodukt, Sozialprodukt

DM

Bruttowertschöpfung, bereinigt <sup>1)</sup>	Nicht-abzugsfähige Umsatzsteuer <sup>2)</sup>	Einfuhrabgaben <sup>3)</sup>	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozialprodukt	Abschreibungen	Netto-sozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
in Preisen von 1976								
574,47	33,08	3,97	611,52	+1,88	613,40	44,92	568,48	1960
603,40	35,03	4,22	642,65	+0,45	643,10	49,22	593,88	1961
629,56	36,75	4,89	671,20	+0,50	671,70	53,84	617,86	1962
648,92	38,42	4,75	692,09	+0,41	692,50	58,49	634,01	1963
691,84	41,00	5,89	738,73	-0,23	738,50	63,26	675,24	1964
729,47	43,63	6,61	779,71	-1,01	778,70	68,29	710,41	1965
748,94	44,89	6,24	800,97	-0,77	799,30	73,25	726,05	1966
748,64	44,70	5,99	799,33	-0,43	798,90	77,59	721,31	1967
794,12	46,40	6,12	846,64	+1,26	847,90	81,58	766,32	1968
853,99	48,94	6,88	909,81	+1,79	911,60	86,14	825,46	1969
895,40	53,39	7,81	956,60	+0,90	957,50	91,75	865,75	1970
919,18	58,29	8,71	986,18	+1,92	988,10	98,04	890,06	1971
956,47	60,96	9,71	1 027,14	+1,86	1 029,00	104,39	924,61	1972
1 002,68	61,31	9,91	1 073,90	+2,00	1 075,90	110,51	965,39	1973
1 012,35	58,76	8,58	1 079,69	+1,11	1 080,80	115,70	965,10	1974
991,74	59,51	10,18	1 061,43	+2,47	1 063,90	119,90	944,00	1975
1 046,50	61,56	11,63	1 119,69	+3,31	1 123,00	123,98	999,02	1976
1 078,47	63,25	12,26	1 153,98	+0,12	1 154,10	128,29	1 025,81	1977
1 111,53	64,95	13,05	1 189,53	+4,47	1 194,00	132,99	1 061,01	1978
1 158,61	67,88	12,68	1 239,17	+2,43	1 241,60	138,34	1 103,26	1979
1 179,60	68,15	14,25	1 262,00	+3,50	1 265,50	144,14	1 121,36	1980
1 179,78	68,35	14,24	1 262,37	+0,63	1 263,00	149,68	1 113,32	1981
1 169,81	65,92	14,30	1 250,03	-1,13	1 248,90	154,44	1 094,46	1982
1 179,55	67,29	15,43	1 262,27	+2,83	1 265,10	158,94	1 106,16	1983
519,71	31,32	5,96	556,99	+0,01	557,00	63,59	493,41	1977 1. Hj.
558,76	31,93	6,30	596,99	+0,11	597,10	64,70	532,40	2. Hj.
532,84	32,91	6,45	572,20	+1,70	573,90	65,86	508,04	1978 1. Hj.
578,69	32,04	6,60	617,33	+2,77	620,10	67,13	552,97	2. Hj.
556,20	33,80	6,42	596,42	+0,48	596,90	68,47	528,43	1979 1. Hj.
602,41	34,08	6,26	642,75	+1,95	644,70	69,87	574,83	2. Hj.
575,15	33,58	6,94	615,67	+1,03	616,70	71,36	545,34	1980 1. Hj.
604,45	34,57	7,31	646,33	+2,47	648,80	72,78	576,02	2. Hj.
570,45	33,72	6,97	611,14	-0,34	610,80	74,19	536,61	1981 1. Hj.
609,33	34,63	7,27	651,23	+0,97	652,20	75,49	576,71	2. Hj.
569,89	32,45	7,08	609,42	-2,52	606,90	76,65	530,25	1982 1. Hj.
599,92	33,47	7,22	640,61	+1,39	642,00	77,79	564,21	2. Hj.
569,15	33,07	7,61	609,83	-0,73	609,10	78,87	530,23	1983 1. Hj.
610,40	34,22	7,82	652,44	+3,56	656,00	80,07	575,93	2. Hj.
582,64	32,96	7,72	623,32	-0,92	622,40	81,28	541,12	1984 1. Hj.

<sup>3)</sup> Einfuhrzölle, Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer.

<sup>4)</sup> Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben.

<sup>5)</sup> In jeweiligen Preisen: Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer.

<sup>6)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 21\*

## Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte <sup>4)</sup>	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilter Gewinne	des Staates <sup>5)</sup>
				brutto <sup>1)</sup>	netto <sup>2)</sup>			
1960	240,11	144,39	104,89	95,72	75,44	81,05	12,60	2,07
1961	260,75	162,81	117,36	97,94	75,12	82,26	13,18	2,50
1962	282,11	180,13	129,26	101,98	77,01	87,09	12,47	2,42
1963	297,80	193,15	138,06	104,65	78,52	88,85	13,19	2,61
1964	327,25	211,17	151,16	116,08	88,14	98,70	14,74	2,64
1965	358,45	234,13	168,32	124,32	96,73	105,72	16,01	2,59
1966	379,78	252,06	178,28	127,72	99,11	110,12	15,30	2,30
1967	380,74	251,84	177,45	128,90	99,81	112,98	14,33	1,59
1968	418,09	270,38	187,05	147,71	116,11	126,89	18,75	2,07
1969	462,94	304,07	206,54	158,87	123,36	133,89	22,88	2,10
1970	530,40	360,64	238,60	169,76	137,28	151,97	15,58	2,21
1971	588,19	409,11	265,22	179,08	144,07	160,06	17,09	1,93
1972	645,34	450,26	290,66	195,08	157,20	171,77	23,06	0,25
1973	721,89	510,93	316,70	210,96	163,29	179,13	31,20	0,63
1974	772,96	563,12	342,40	209,84	161,97	186,63	24,60	- 1,39
1975	803,06	587,02	355,16	216,04	170,46	197,01	23,52	- 4,49
1976	879,23	631,24	369,52	247,99	194,43	222,65	32,51	- 7,17
1977	935,98	675,57	392,15	260,41	194,31	236,71	33,58	- 9,88
1978	1 009,31	720,89	421,76	288,42	223,16	252,70	45,05	- 9,33
1979	1 086,94	776,86	455,37	310,08	244,25	267,12	51,94	- 8,98
1980	1 149,38	842,05	484,92	307,33	245,38	273,29	46,09	-12,05
1981	1 187,78	880,81	503,94	306,97	247,90	271,05	50,56	-14,64
1982 } <sup>6)</sup>	1 226,17	900,51	508,34	325,66	263,83	291,15	48,70	-14,19
1983 } <sup>6)</sup>	1 277,47	915,44	510,21	362,03	297,94	382,39		-20,36
1977 1. Hj.	442,73	320,36	188,47	122,37	90,79	127,68		- 5,31
2. Hj.	493,25	355,21	203,68	138,04	103,52	142,61		- 4,57
1978 1. Hj.	471,21	340,08	201,65	131,13	99,58	136,38		- 5,25
2. Hj.	538,10	380,81	220,11	157,29	123,58	161,37		- 4,08
1979 1. Hj.	509,88	364,78	216,25	145,10	112,94	150,04		- 4,94
2. Hj.	577,06	412,08	239,12	164,98	131,31	169,02		- 4,04
1980 1. Hj.	547,13	396,77	230,15	150,36	119,72	156,54		- 6,18
2. Hj.	602,25	445,28	254,77	156,97	125,66	162,84		- 5,87
1981 1. Hj.	558,95	415,88	240,03	143,07	113,98	151,75		- 8,68
2. Hj.	628,83	464,93	263,91	163,90	133,92	169,86		- 5,96
1982 1. Hj.	579,42	426,83	243,13	152,59	123,17	156,82		- 4,23
2. Hj.	646,75	473,68	265,21	173,07	140,86	183,03		- 9,96
1983 1. Hj.	602,33	431,27	242,90	171,06	140,88	178,21		- 7,15
2. Hj.	675,14	484,17	267,31	190,97	157,06	204,18		-13,21
1984 1. Hj.	623,69	443,61	246,73	180,08	147,38	192,56		-12,48

<sup>1)</sup> Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

<sup>2)</sup> Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.

<sup>3)</sup> Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich öffentlicher Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern vor Abzug der Investitionszulage [ab 1969], Lastenausgleichsabgaben, Pflichtbeiträge der Selbständigen; rückzahlbarer Konjunktarzuschlag [1970/71]) zuzüglich „Sonstige Zu- und Absetzungen“ (Saldo der Sozialbeiträge und der sozialen Leistungen der Unternehmen, der Schadenversicherungstransaktionen sowie den übrigen laufenden Übertragungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit).

<sup>4)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich nichtentnommener Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

<sup>5)</sup> Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.

<sup>6)</sup> Vorläufige Ergebnisse.



Tabelle 23\*

## Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto-		Netto-		Produktivität <sup>2)</sup>		Lohn- kosten je Produkt- einheit <sup>3)</sup>
			lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer <sup>1)</sup>						
	DM	1976 = 100	DM	1976 = 100	DM	1976 = 100	DM	1976 = 100	
1960	4 332	30,3	6 148	26,0	5 178	30,7	23 463	53,5	46,3
1961	4 641	32,5	6 775	28,7	5 661	33,6	24 319	55,4	49,2
1962	4 963	34,7	7 395	31,3	6 146	36,5	25 311	57,7	51,6
1963	5 189	36,3	7 850	33,2	6 494	38,6	26 037	59,4	53,2
1964	5 645	39,5	8 556	36,2	7 036	41,8	27 768	63,3	54,0
1965	6 115	42,8	9 336	39,5	7 736	45,9	29 143	66,4	56,3
1966	6 421	44,9	10 014	42,4	8 191	48,6	29 995	68,4	58,9
1967	6 422	44,9	10 349	43,8	8 428	50,0	30 977	70,6	58,9
1968	7 027	49,2	10 988	46,5	8 830	52,4	32 782	74,7	59,4
1969	7 707	53,9	12 003	50,8	9 495	56,4	34 688	79,1	61,4
1970	8 745	61,2	13 841	58,6	10 726	63,7	36 017	82,1	68,6
1971	9 598	67,2	15 403	65,2	11 732	69,7	36 907	84,2	74,8
1972	10 464	73,2	16 821	71,2	12 842	76,2	38 526	87,8	78,7
1973	11 648	81,5	18 711	79,2	13 826	82,1	39 998	91,2	85,0
1974	12 456	87,2	20 742	87,8	15 124	89,8	40 748	92,9	93,1
1975	12 988	90,9	22 063	93,4	16 133	95,8	41 227	94,0	98,6
1976	14 289	100	23 611	100	16 843	100	43 858	100	100
1977	15 244	106,7	25 226	106,8	17 802	105,7	45 272	103,2	103,3
1978	16 458	115,2	26 577	112,6	18 944	112,5	46 386	105,8	106,4
1979	17 714	124,0	28 077	118,9	20 097	119,3	47 686	108,7	109,6
1980	18 669	130,7	29 922	126,7	21 096	125,3	48 074	109,6	116,1
1981	19 257	134,8	31 391	133,0	22 058	131,0	48 463	110,5	121,2
1982	19 893	139,2	32 695	138,5	22 699	134,8	48 883	111,5	125,3
1983	20 797	145,5	33 800	143,2	23 231	137,9	50 238	114,5	126,4
1977 1. Hj.	7 208	100,9	12 024	101,9	8 613	102,3	21 950	100,1	101,7
2. Hj.	8 036	112,5	13 194	111,8	9 185	109,1	23 315	106,3	104,7
1978 1. Hj.	7 683	107,5	12 626	107,0	9 141	108,5	22 473	102,5	104,6
2. Hj.	8 775	122,8	13 938	118,1	9 797	116,3	23 903	109,0	108,1
1979 1. Hj.	8 315	116,4	13 283	112,5	9 635	114,4	23 131	105,5	107,1
2. Hj.	9 399	131,6	14 780	125,2	10 454	124,1	24 544	111,9	111,9
1980 1. Hj.	8 897	124,5	14 151	119,9	10 072	119,6	23 561	107,4	112,3
2. Hj.	9 771	136,8	15 762	133,5	11 019	130,8	24 509	111,8	119,7
1981 1. Hj.	9 065	126,9	14 809	125,4	10 517	124,9	23 472	107,0	118,3
2. Hj.	10 191	142,6	16 580	140,4	11 541	137,0	24 991	114,0	124,0
1982 1. Hj.	9 395	131,5	15 476	131,1	10 856	128,9	23 826	108,7	121,9
2. Hj.	10 499	147,0	17 219	145,9	11 843	140,6	25 057	114,3	128,6
1983 1. Hj.	9 797	137,1	15 960	135,2	11 100	131,8	24 347	111,0	123,3
2. Hj.	11 001	154,0	17 834	151,1	12 127	144,0	25 885	118,0	129,3
1984 1. Hj.	...	...	16 530	140,0	11 347	134,7	25 018	114,1	124,2

1) Arbeitnehmer, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).

2) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept, nach dem Beschäftigungsort).

3) Berechnet als Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept),

bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit.

4) Vorläufige Ergebnisse.



Tabelle 25\*

## Verwendung des

a) Mrd

Zeitraum	Brutto- sozial- produkt	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats- ver- änderung	Ausfuhr <sup>1)</sup>	Einfuhr <sup>1)</sup>	Außen- beitrag <sup>2)</sup>
				ins- gesamt	Aus- rüstungen	Bauten				
in jeweiligen Preisen										
1960	303,00	171,84	40,45	73,58	27,14	46,44	+ 9,20	60,68	52,75	+ 7,93
1961	331,40	188,33	45,78	83,46	31,32	52,14	+ 6,70	63,20	56,07	+ 7,13
1962	360,50	204,79	52,83	92,88	34,98	57,90	+ 5,70	66,26	61,96	+ 4,30
1963	382,10	216,79	59,39	97,71	35,64	62,07	+ 2,60	72,03	66,42	+ 5,61
1964	419,60	233,50	62,10	111,70	39,21	72,49	+ 6,40	79,86	73,96	+ 5,90
1965	458,20	257,62	69,65	119,90	43,35	76,55	+10,70	87,19	86,86	+ 0,33
1966	487,40	275,06	75,45	124,17	43,98	80,19	+ 5,30	98,42	91,00	+ 7,42
1967	493,70	282,63	80,05	114,18	41,07	73,11	- 0,50	106,41	89,07	+17,34
1968	533,70	300,74	82,73	119,39	43,14	76,25	+11,10	120,21	100,47	+19,74
1969	597,80	330,90	93,12	138,90	53,59	85,31	+17,30	137,34	119,76	+17,58
1970	675,70	368,85	106,47	172,05	65,88	106,17	+14,20	152,93	138,80	+14,13
1971	751,80	409,44	126,82	196,11	72,66	123,45	+ 4,50	169,75	154,82	+14,93
1972	825,10	452,10	141,13	209,17	72,74	136,43	+ 4,80	185,13	167,23	+17,90
1973	918,90	495,36	163,16	219,26	75,27	143,99	+12,50	217,06	188,44	+28,62
1974	985,60	533,74	190,21	212,71	72,36	140,35	+ 5,00	278,98	235,04	+43,94
1975	1028,90	585,54	210,53	209,41	78,05	131,36	- 6,50	273,43	243,51	+29,92
1976	1123,00	633,50	222,27	226,04	86,32	139,72	+12,20	312,60	283,61	+28,99
1977	1196,30	680,94	234,67	243,01	95,69	147,32	+ 8,90	329,76	300,98	+28,78
1978	1290,00	725,34	252,54	266,79	106,37	160,42	+ 7,90	349,72	312,29	+37,43
1979	1395,30	779,25	273,50	304,82	119,66	185,16	+26,60	383,14	372,01	+11,13
1980	1485,70	834,03	297,90	337,98	127,87	210,11	+18,90	430,61	433,72	- 3,11
1981	1545,10	879,20	317,84	338,22	128,65	209,57	- 4,90	494,60	479,86	+14,74
1982 } <sup>3)</sup>	1599,10	910,30	325,33	330,64	126,74	203,90	- 5,30	539,11	500,98	+38,13
1983 } <sup>3)</sup>	1671,60	947,24	334,15	346,54	137,55	208,99	+ 4,90	540,03	501,26	+38,77
1977 1. Hj.	569,20	324,33	108,06	113,69	43,91	69,78	+ 8,90	160,56	146,34	+14,22
2. Hj.	627,10	356,61	126,61	129,32	51,78	77,54	-	169,20	154,64	+14,56
1978 1. Hj.	610,00	348,46	116,13	121,54	48,21	73,33	+ 4,90	169,49	150,52	+18,97
2. Hj.	680,00	376,88	136,41	145,25	58,16	87,09	+ 3,00	180,23	161,77	+18,46
1979 1. Hj.	657,90	374,51	125,82	135,99	54,53	81,46	+11,80	183,25	173,47	+ 9,78
2. Hj.	737,40	404,74	147,68	168,83	65,13	103,70	+14,80	199,89	198,54	+ 1,35
1980 1. Hj.	710,40	400,43	137,48	157,20	58,83	98,37	+14,70	214,23	213,64	+ 0,59
2. Hj.	775,30	433,60	160,42	180,78	69,04	111,74	+ 4,20	216,38	220,08	- 3,70
1981 1. Hj.	732,00	421,12	148,59	157,88	60,11	97,77	+ 5,40	230,27	231,26	- 0,99
2. Hj.	813,10	458,08	169,25	180,34	68,54	111,80	-10,30	264,33	248,60	+15,73
1982 1. Hj.	763,10	440,76	152,46	152,16	58,65	93,51	+ 3,10	266,09	251,47	+14,62
2. Hj.	836,00	469,54	172,87	178,48	68,09	110,39	- 8,40	273,02	249,51	+23,51
1983 1. Hj.	792,40	458,77	154,54	156,04	62,19	93,85	+ 2,50	263,15	242,60	+20,55
2. Hj.	879,20	488,47	179,61	190,50	75,36	115,14	+ 2,40	276,88	258,66	+18,22
1984 1. Hj.	825,70	475,54	159,73	162,38	62,52	99,86	+13,10	285,42	270,47	+14,95

<sup>1)</sup> Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.<sup>2)</sup> Ausfuhr abzüglich Einfuhr.



noch Tabelle 25\*

## Verwendung des

b) Anteil

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr <sup>1)</sup>	Einfuhr <sup>1)</sup>	Außenbeitrag <sup>2)</sup>
			insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
in jeweiligen Preisen									
1960	56,7	13,3	24,3	9,0	15,3	+3,0	20,0	17,4	+2,6
1961	56,8	13,8	25,2	9,5	15,7	+2,0	19,1	16,9	+2,2
1962	56,8	14,7	25,8	9,7	16,1	+1,6	18,4	17,2	+1,2
1963	56,7	15,5	25,6	9,3	16,2	+0,7	18,9	17,4	+1,5
1964	55,6	14,8	26,6	9,3	17,3	+1,5	19,0	17,6	+1,4
1965	56,2	15,2	26,2	9,5	16,7	+2,3	19,0	19,0	+0,1
1966	56,4	15,5	25,5	9,0	16,5	+1,1	20,2	18,7	+1,5
1967	57,2	16,2	23,1	8,3	14,8	-0,1	21,6	18,0	+3,5
1968	56,4	15,5	22,4	8,1	14,3	+2,1	22,5	18,8	+3,7
1969	55,4	15,6	23,2	9,0	14,3	+2,9	23,0	20,0	+2,9
1970	54,6	15,8	25,5	9,7	15,7	+2,1	22,6	20,5	+2,1
1971	54,5	16,9	26,1	9,7	16,4	+0,6	22,6	20,6	+2,0
1972	54,8	17,1	25,4	8,8	16,5	+0,6	22,4	20,3	+2,2
1973	53,9	17,8	23,9	8,2	15,7	+1,4	23,6	20,5	+3,1
1974	54,2	19,3	21,6	7,3	14,2	+0,5	28,3	23,8	+4,5
1975	56,9	20,5	20,4	7,6	12,8	-0,6	26,6	23,7	+2,9
1976	56,4	19,8	20,1	7,7	12,4	+1,1	27,8	25,3	+2,6
1977	56,9	19,6	20,3	8,0	12,3	+0,7	27,6	25,2	+2,4
1978	56,2	19,6	20,7	8,2	12,4	+0,6	27,1	24,2	+2,9
1979	55,8	19,6	21,8	8,6	13,3	+1,9	27,5	26,7	+0,8
1980	56,1	20,1	22,7	8,6	14,1	+1,3	29,0	29,2	-0,2
1981	56,9	20,6	21,9	8,3	13,6	-0,3	32,0	31,1	+1,0
1982 } <sup>3)</sup>	56,9	20,3	20,7	7,9	12,8	-0,3	33,7	31,3	+2,4
1983 } <sup>3)</sup>	56,7	20,0	20,7	8,2	12,5	+0,3	32,3	30,0	+2,3
1977 1. Hj.	57,0	19,0	20,0	7,7	12,3	+1,6	28,2	25,7	+2,5
2. Hj.	56,9	20,2	20,6	8,3	12,4	-	27,0	24,7	+2,3
1978 1. Hj.	57,1	19,0	19,9	7,9	12,0	+0,8	27,8	24,7	+3,1
2. Hj.	55,4	20,1	21,4	8,6	12,8	+0,4	26,5	23,8	+2,7
1979 1. Hj.	56,9	19,1	20,7	8,3	12,4	+1,8	27,9	26,4	+1,5
2. Hj.	54,9	20,0	22,9	8,8	14,1	+2,0	27,1	26,9	+0,2
1980 1. Hj.	56,4	19,4	22,1	8,3	13,8	+2,1	30,2	30,1	+0,1
2. Hj.	55,9	20,7	23,3	8,9	14,4	+0,5	27,9	28,4	-0,5
1981 1. Hj.	57,5	20,3	21,6	8,2	13,4	+0,7	31,5	31,6	-0,1
2. Hj.	56,3	20,8	22,2	8,4	13,7	-1,3	32,5	30,6	+1,9
1982 1. Hj.	57,8	20,0	19,9	7,7	12,3	+0,4	34,9	33,0	+1,9
2. Hj.	56,2	20,7	21,3	8,1	13,2	-1,0	32,7	29,8	+2,8
1983 1. Hj.	57,9	19,5	19,7	7,8	11,8	+0,3	33,2	30,6	+2,6
2. Hj.	55,6	20,4	21,7	8,6	13,1	+0,3	31,5	29,4	+2,1
1984 1. Hj.	57,6	19,3	19,7	7,6	12,1	+1,6	34,6	32,8	+1,8

1) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

2) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

## Sozialprodukts

in vH

Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr <sup>1)</sup>	Einfuhr <sup>1)</sup>	Außenbeitrag <sup>2)</sup>	Zeitraum
		insgesamt	Ausrüstungen	Bauten					
in Preisen von 1976									
52,0	18,6	24,2	7,5	16,7	+2,2	17,0	14,0	+3,1	1960
52,5	18,9	24,7	7,9	16,7	+1,7	16,8	14,5	+2,3	1961
53,0	19,8	24,6	8,2	16,4	+1,2	16,7	15,3	+1,4	1962
52,9	20,3	24,2	8,0	16,2	+0,8	17,4	15,5	+1,9	1963
52,2	19,4	25,2	8,1	17,1	+1,5	17,6	15,9	+1,7	1964
52,9	19,3	25,0	8,2	16,8	+2,3	17,8	17,2	+0,5	1965
53,1	19,4	24,7	7,9	16,8	+1,1	19,0	17,3	+1,8	1966
53,7	20,1	23,0	7,2	15,7	-0,2	20,5	17,1	+3,4	1967
53,0	19,0	22,4	7,3	15,1	+1,8	21,8	18,1	+3,7	1968
53,1	18,5	23,1	8,3	14,8	+2,7	22,2	19,6	+2,7	1969
54,4	18,4	24,2	9,2	14,9	+2,1	22,6	21,6	+1,0	1970
55,5	18,7	24,9	9,4	15,4	+0,6	23,2	22,9	+0,3	1971
55,7	18,7	24,5	8,9	15,6	+0,6	23,7	23,3	+0,5	1972
54,6	18,8	23,4	8,5	14,9	+1,4	25,0	23,2	+1,8	1973
54,6	19,5	21,0	7,5	13,5	+0,5	27,9	23,4	+4,5	1974
57,4	20,6	20,3	7,6	12,7	-0,7	26,6	24,1	+2,5	1975
56,4	19,8	20,1	7,7	12,4	+1,1	27,8	25,3	+2,6	1976
56,9	19,4	20,3	8,1	12,3	+0,8	28,0	25,5	+2,5	1977
57,0	19,5	20,6	8,5	12,2	+0,6	28,2	26,0	+2,2	1978
56,6	19,4	21,3	8,9	12,4	+1,8	28,5	27,5	+0,9	1979
56,3	19,6	21,5	9,0	12,6	+1,2	29,5	28,1	+1,4	1980
56,1	19,9	20,7	8,7	12,0	-0,3	32,0	28,3	+3,7	1981
55,9	19,9	19,9	8,3	11,7	-0,3	33,8	29,3	+4,6	1982
55,8	19,7	20,3	8,7	11,6	+0,3	33,0	29,0	+4,0	1983
} 3)									
56,5	19,5	19,9	7,7	12,2	+1,4	28,4	25,6	+2,8	1977 1. Hj.
57,4	19,4	20,8	8,4	12,3	+0,2	27,7	25,5	+2,2	2. Hj.
57,2	19,7	19,8	8,0	11,8	+0,8	28,7	26,1	+2,5	1978 1. Hj.
56,9	19,4	21,4	8,9	12,5	+0,4	27,8	25,9	+2,0	2. Hj.
57,3	19,7	20,1	8,5	11,6	+1,8	28,8	27,7	+1,1	1979 1. Hj.
55,9	19,2	22,3	9,3	13,0	+1,8	28,1	27,4	+0,8	2. Hj.
56,1	19,6	20,8	8,5	12,3	+1,8	30,4	28,7	+1,7	1980 1. Hj.
56,5	19,5	22,2	9,4	12,8	+0,7	28,6	27,5	+1,1	2. Hj.
56,4	20,3	20,1	8,5	11,7	+0,8	31,3	28,9	+2,4	1981 1. Hj.
55,8	19,5	21,2	8,8	12,3	-1,3	32,7	27,8	+4,9	2. Hj.
56,4	20,3	18,9	7,9	11,0	+0,1	34,7	30,4	+4,2	1982 1. Hj.
55,5	19,5	20,9	8,6	12,3	-0,8	33,1	28,2	+4,9	2. Hj.
56,7	20,0	19,1	8,2	10,9	-0,0	33,6	29,5	+4,2	1983 1. Hj.
55,0	19,3	21,3	9,1	12,3	+0,6	32,4	28,6	+3,8	2. Hj.
} 3)									
55,8	19,7	19,0	7,9	11,1	+1,6	34,7	30,8	+3,9	1984 1. Hj.

3) Vorläufige Ergebnisse.







## Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Ins- gesamt	Ausrüstungen			Bauten				Vorrats- ver- änderung	Zeitraum
	zusammen	Unter- nehmen <sup>1)</sup> ²)	Staat <sup>3)</sup>	zusammen	Unternehmen <sup>1)</sup>		Staat <sup>3)</sup>		
					zusammen <sup>3)</sup>	dar.: Wohn- bauten <sup>4)</sup>			
in Preisen von 1976									
161,70	45,71	44,32	1,39	102,69	85,52	53,14	17,17	+ 13,30	1960
169,25	51,08	49,50	1,58	107,47	88,45	54,64	19,02	+ 10,70	1961
173,23	55,05	53,18	1,87	110,08	88,06	54,98	22,02	+ 8,10	1962
172,53	55,27	53,16	2,11	112,06	86,67	54,77	25,39	+ 5,20	1963
197,38	59,57	57,37	2,20	126,51	95,37	60,93	31,14	+ 11,30	1964
212,61	64,07	61,62	2,45	130,94	99,62	63,38	31,32	+ 17,60	1965
205,76	63,09	60,72	2,37	134,17	102,51	65,66	31,66	+ 8,50	1966
182,23	57,92	55,64	2,28	125,71	96,83	65,72	28,88	- 1,40	1967
205,85	62,01	59,91	2,10	128,34	97,50	65,00	30,84	+ 15,50	1968
234,75	75,69	73,37	2,32	134,76	101,30	64,30	33,46	+ 24,30	1969
251,38	88,31	85,49	2,82	142,97	105,39	63,71	37,58	+ 20,10	1970
251,55	92,91	89,64	3,27	152,64	115,32	70,39	37,32	+ 6,00	1971
258,26	91,15	87,69	3,46	160,61	124,58	79,12	36,03	+ 6,50	1972
266,73	90,96	87,18	3,78	160,27	124,83	80,07	35,44	+ 15,50	1973
232,18	81,12	77,06	4,06	146,06	108,32	68,18	37,74	+ 5,00	1974
208,59	81,03	77,24	3,79	135,06	98,18	61,06	36,88	- 7,50	1975
238,24	86,32	82,78	3,54	139,72	104,02	64,98	35,70	+ 12,20	1976
243,82	93,27	89,43	3,84	141,45	107,23	66,80	34,22	+ 9,10	1977
253,25	101,00	96,85	4,15	145,15	109,91	68,42	35,24	+ 7,10	1978
286,41	110,67	106,18	4,49	153,34	116,68	72,50	36,66	+ 22,40	1979
287,71	113,45	108,78	4,67	158,96	121,74	74,87	37,22	+ 15,30	1980
257,16	109,44	105,26	4,18	151,62	117,56	71,47	34,06	- 3,90	1981
244,65	103,19	99,52	3,67	145,66	114,64	68,46	31,02	- 4,20	1982
260,26	109,45	105,88	3,57	147,01	118,69	71,66	28,32	+ 3,80	1983
118,45	42,94	41,54	1,40	67,71	52,09	31,93	15,62	+ 7,80	1977 1. Hj.
125,37	50,33	47,89	2,44	73,74	55,14	34,87	18,60	+ 1,30	2. Hj.
118,14	46,03	44,45	1,58	67,51	51,63	31,93	15,88	+ 4,60	1978 1. Hj.
135,11	54,97	52,40	2,57	77,64	58,28	36,49	19,36	+ 2,50	2. Hj.
131,08	50,84	49,18	1,66	69,34	53,46	33,05	15,88	+ 10,90	1979 1. Hj.
155,33	59,83	57,00	2,83	84,00	63,22	39,45	20,78	+ 11,50	2. Hj.
139,30	52,71	50,89	1,82	75,59	58,31	35,78	17,28	+ 11,00	1980 1. Hj.
148,41	60,74	57,89	2,85	83,37	63,43	39,09	19,94	+ 4,30	2. Hj.
127,59	51,76	50,12	1,64	71,23	55,58	33,78	15,65	+ 4,60	1981 1. Hj.
129,57	57,68	55,14	2,54	80,39	61,98	37,69	18,41	- 8,50	2. Hj.
115,57	48,03	46,62	1,41	66,74	52,98	31,33	13,76	+ 0,80	1982 1. Hj.
129,08	55,16	52,90	2,26	78,92	61,66	37,13	17,26	- 5,00	2. Hj.
116,32	49,80	48,50	1,30	66,62	54,18	32,43	12,44	- 0,10	1983 1. Hj.
143,94	59,65	57,38	2,27	80,39	64,51	39,23	15,88	+ 3,90	2. Hj.
128,13	49,06	47,70	1,36	68,97	57,17	34,40	11,80	+ 10,10	1984 1. Hj.

<sup>3)</sup> Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellter Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.

<sup>4)</sup> Nur neue Bauten.

<sup>5)</sup> Vorläufige Ergebnisse.





Tabelle 29\*

## Einkommen und Einkommens

Mrd

Zeitraum	Erwerbs- und Vermögenseinkommen				Zinsen auf Konsumentenschulden	Empfangene <sup>3)</sup>	Geleistete <sup>4)</sup>	Verfügbares Einkommen insgesamt <sup>2)</sup>
	insgesamt <sup>2)</sup>	Erwerbseinkommen		Vermögenseinkommen		laufende Übertragungen		
		Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Einkommen aus Unternehmertätigkeit <sup>1)</sup>					
1960	226,35	144,39	76,40	5,56	0,91	44,42	59,48	210,38
1961	246,16	162,81	77,30	6,05	1,09	48,64	68,91	224,80
1962	268,46	180,13	81,79	6,54	1,24	53,35	77,55	243,02
1963	283,35	193,15	82,72	7,48	1,35	57,39	84,42	254,97
1964	311,44	211,17	91,96	8,31	1,57	62,63	91,66	280,84
1965	341,56	234,13	97,63	9,80	1,71	70,38	100,20	310,03
1966	363,95	252,06	99,98	11,91	1,77	77,09	111,58	327,69
1967	366,71	251,84	102,03	12,84	1,89	85,55	114,47	335,90
1968	399,22	270,38	114,51	14,33	1,95	90,34	125,60	362,01
1969	440,38	304,07	118,89	17,42	2,42	98,12	144,11	391,97
1970	515,95	360,64	131,93	23,38	3,34	108,47	174,88	446,20
1971	573,33	409,11	138,56	25,66	4,16	122,40	205,28	486,29
1972	626,87	450,26	147,63	28,98	4,84	139,82	230,26	531,59
1973	696,35	510,93	148,35	37,07	6,29	156,48	276,45	570,09
1974	757,04	563,12	152,47	41,45	7,29	179,25	309,93	619,07
1975	791,10	587,02	161,16	42,92	7,07	218,43	325,76	676,70
1976	861,01	631,24	185,06	44,71	7,12	235,96	367,01	722,84
1977	919,96	675,57	194,83	49,56	7,68	250,70	394,69	768,29
1978	982,18	720,89	211,29	50,00	8,59	284,66	414,92	823,33
1979	1054,52	776,86	220,19	57,47	10,54	282,78	443,97	882,79
1980	1129,38	842,05	214,05	73,28	14,04	303,39	484,25	934,48
1981	1169,65	880,81	197,82	91,02	17,79	330,30	511,84	970,32
1982 } <sup>5)</sup>	1211,40	900,51	212,93	97,96	19,74	349,51	532,37	1008,80
1983 }	...	915,44	...	97,44	18,45	357,20	545,29	...
1977 1. Hj.	436,54	320,36	116,18		3,75	123,39	186,41	369,77
2. Hj.	490,50	355,21	135,29		3,93	127,31	208,28	405,60
1978 1. Hj.	461,33	340,08	121,25		4,17	130,94	193,68	394,42
2. Hj.	522,31	380,81	141,50		4,42	133,72	221,24	430,37
1979 1. Hj.	499,96	364,78	135,18		4,84	140,08	207,71	427,49
2. Hj.	563,77	412,08	151,69		5,70	142,70	236,26	464,51
1980 1. Hj.	544,36	396,77	147,59		6,56	149,44	227,38	459,86
2. Hj.	607,51	445,28	162,23		7,48	153,95	256,87	497,11
1981 1. Hj.	574,75	415,88	158,87		8,43	163,17	240,53	488,96
2. Hj.	641,45	464,93	176,52		9,36	167,13	271,31	527,91
1982 1. Hj.	596,12	426,83	169,29		9,83	173,91	251,15	509,05
2. Hj.	651,44	473,68	177,76		9,91	175,60	281,22	535,91
1983 1. Hj.	606,35	431,27	175,08		9,37	177,83	255,78	519,03
2. Hj.	669,35	484,17	185,18		9,08	179,37	289,51	550,13
1984 1. Hj.	632,57	443,61	188,96		8,90	181,54	267,60	537,61

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

2) Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

3) Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, übrige laufende Übertragungen.

Tabelle 29\*

verwendung der privaten Haushalte<sup>1)</sup>

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne	Sparquote <sup>2)</sup> (vH)	Empfangene	Geleistete	Finanzierungssaldo	Zeitraum
					Vermögensübertragungen			
171,84	38,54	22,42	16,12	8,6	3,01	3,02	16,11	1960
188,33	36,47	17,71	18,76	9,1	4,05	3,72	19,09	1961
204,79	38,23	18,92	19,31	8,6	4,52	4,51	19,32	1962
216,79	38,18	14,39	23,79	9,9	4,11	4,90	23,00	1963
233,50	47,34	17,67	29,67	11,3	4,58	5,86	28,39	1964
257,62	52,41	16,59	35,82	12,2	5,23	6,61	34,44	1965
275,06	52,63	16,56	36,07	11,6	5,25	7,41	33,91	1966
282,63	53,27	17,77	35,50	11,2	5,38	8,95	31,93	1967
300,74	61,27	18,14	43,13	12,5	5,75	10,24	38,64	1968
330,90	61,07	10,43	50,64	13,3	5,86	11,04	45,46	1969
368,85	77,35	18,23	59,12	13,8	8,26	12,71	54,67	1970
409,44	76,85	12,93	63,92	13,5	11,14	15,05	60,01	1971
452,10	79,49	3,40	76,09	14,4	12,58	19,07	69,60	1972
495,36	74,73	- 5,10	79,83	13,9	12,67	20,22	72,28	1973
533,74	85,33	- 5,68	91,01	14,6	15,90	23,67	83,24	1974
585,54	91,16	-12,72	103,88	15,1	17,70	25,36	96,22	1975
633,50	89,34	- 7,50	96,84	13,3	19,34	28,93	87,25	1976
680,94	87,35	- 7,08	94,43	12,2	19,54	30,56	83,41	1977
725,34	97,99	- 1,46	99,45	12,1	19,79	33,20	86,04	1978
779,25	103,54	- 9,21	112,75	12,6	20,07	35,09	97,73	1979
834,03	100,45	-22,49	122,94	12,8	22,00	36,99	107,95	1980
879,20	91,12	-46,55	137,67	13,5	22,28	38,08	121,87	1981
910,30	98,50	-36,16	134,66	12,9	20,28	37,52	117,42	1982
947,24	...	...	121,92	11,4	19,81	39,12	102,61	1983
324,33	.	.	45,44	12,3	9,31	14,47	40,28	1977 1. Hj.
356,61	.	.	48,99	12,1	10,23	16,09	43,13	2. Hj.
348,46	.	.	45,96	11,7	9,71	15,96	39,71	1978 1. Hj.
376,88	.	.	53,49	12,4	10,08	17,24	46,33	2. Hj.
374,51	.	.	52,98	12,4	9,68	17,39	45,27	1979 1. Hj.
404,74	.	.	59,77	12,9	10,39	17,70	52,46	2. Hj.
400,43	.	.	59,43	12,9	10,58	17,75	52,26	1980 1. Hj.
433,60	.	.	63,51	12,8	11,42	19,24	55,69	2. Hj.
421,12	.	.	67,84	13,9	10,72	18,43	60,13	1981 1. Hj.
458,08	.	.	69,83	13,2	11,56	19,65	61,74	2. Hj.
440,76	.	.	68,29	13,4	9,62	18,54	59,37	1982 1. Hj.
469,54	.	.	66,37	12,4	10,66	18,98	58,05	2. Hj.
458,77	.	.	60,26	11,6	9,82	19,18	50,90	1983 1. Hj.
488,47	.	.	61,66	11,2	9,99	19,94	51,71	2. Hj.
475,54	.	.	62,07	11,5	9,12	20,48	50,71	1984 1. Hj.

<sup>1)</sup> Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, übrige laufende Übertragungen.<sup>2)</sup> Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).<sup>3)</sup> Vorläufige Ergebnisse.



Tabelle 31\*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft<sup>1)</sup> und zur übrigen Welt

Staat insgesamt (einschließlich Sozialversicherung)

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt <sup>1)</sup>	Verkäufe von Verwaltungsleistungen <sup>2)</sup>	Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten <sup>4)</sup>
				laufende Übertragungen <sup>3)</sup>	Vermögensübertragungen	
1960	114,88	4,72	4,26	102,10	1,39	+ 2,41
1961	129,55	5,15	4,71	115,56	1,09	+ 3,04
1962	142,32	5,75	4,83	127,22	1,31	+ 3,21
1963	154,36	6,25	5,26	135,73	1,23	+ 5,89
1964	167,38	7,02	5,54	147,30	1,60	+ 5,92
1965	181,49	7,78	5,82	158,01	1,70	+ 8,18
1966	194,67	8,76	6,42	170,51	1,64	+ 7,34
1967	208,33	9,52	6,78	175,77	1,74	+14,52
1968	227,11	10,02	7,45	194,99	1,85	+12,80
1969	249,89	10,94	7,94	227,17	2,00	+ 1,84
1970	283,14	12,33	8,76	250,98	2,47	+ 8,60
1971	327,68	14,79	9,27	287,35	2,72	+13,55
1972	364,76	17,42	8,68	319,74	4,04	+14,88
1973	429,47	20,73	10,80	377,72	4,31	+15,91
1974	474,28	23,77	10,76	411,16	4,92	+23,67
1975	536,51	27,04	9,68	428,99	5,95	+64,85
1976	578,22	30,65	10,27	483,20	7,39	+46,71
1977	615,11	32,36	10,53	529,05	6,26	+36,91
1978	660,08	35,39	12,19	562,20	5,89	+44,41
1979	705,28	38,47	15,11	603,00	6,22	+42,48
1980	765,80	41,85	16,74	644,66	7,23	+55,32
1981	822,06	45,62	20,75	670,70	7,08	+77,91
1982	850,89	49,28	29,69	696,03	6,29	+69,60
1983	871,24	52,10	29,72	724,80	6,37	+58,25

Jahr	Ausgaben insgesamt <sup>1)</sup>	Käufe für		Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen <sup>5)</sup>
		laufende Produktionszwecke <sup>5)</sup>	Investitionszwecke <sup>6)</sup>			laufende Übertragungen <sup>7)</sup>	Vermögensübertragungen	
1960	114,88	23,47	9,86	20,44	2,19	42,60	4,70	+11,62
1961	129,55	26,13	11,56	23,44	2,21	46,83	7,09	+12,29
1962	142,32	31,43	14,44	25,59	2,41	51,02	9,04	+ 8,39
1963	154,36	35,56	17,24	28,38	2,65	54,83	6,40	+ 9,30
1964	167,38	36,19	21,08	30,99	2,90	59,87	7,42	+ 8,93
1965	181,49	39,97	21,11	35,27	3,23	68,57	7,92	+ 5,42
1966	194,67	42,36	21,51	39,39	4,12	73,41	7,41	+ 6,47
1967	208,33	45,20	19,19	41,78	5,19	81,53	7,92	+ 7,52
1968	227,11	45,39	21,05	44,51	5,38	94,25	8,04	+ 8,49
1969	249,89	50,41	24,19	50,45	5,84	99,92	10,72	+ 8,36
1970	283,14	55,95	31,67	59,20	6,55	107,31	12,51	+ 9,95
1971	327,68	66,65	34,32	70,76	7,34	120,66	15,61	+12,34
1972	364,76	74,15	34,56	79,52	8,43	140,09	17,49	+10,52
1973	429,47	85,82	35,95	92,60	10,17	159,25	18,74	+26,94
1974	474,28	100,62	40,61	107,66	12,15	180,73	21,62	+10,89
1975	536,51	115,10	40,25	116,87	14,17	221,06	22,76	+ 6,30
1976	578,22	123,22	39,67	123,29	17,44	238,58	27,97	+ 8,05
1977	615,11	128,54	39,91	131,58	20,41	256,82	30,10	+ 7,75
1978	660,08	139,83	43,99	140,30	21,52	274,33	28,12	+11,99
1979	705,28	152,49	50,23	150,58	24,09	292,15	31,05	+ 4,69
1980	765,80	167,64	55,82	162,66	28,79	308,53	33,70	+ 8,66
1981	822,06	179,69	52,91	173,08	35,39	331,08	31,46	+18,45
1982	850,89	185,05	48,25	177,86	43,88	349,40	31,90	+14,55
1983	871,24	190,71	44,87	183,17	50,08	356,80	32,89	+12,72

Fußnoten siehe Seite 290 und 291.

noch Tabelle 31\*

**Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft<sup>1)</sup> und zur übrigen Welt**  
**Gebietskörperschaften**  
**Mrd DM**

Jahr	Einnahmen insgesamt <sup>1)</sup>	Verkäufe von Verwaltungsleistungen <sup>2)</sup>	Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten <sup>3)</sup>
				laufende Übertragungen <sup>3)</sup>	Vermögensübertragungen	
1960	84,81	4,71	2,95	72,87	1,39	+ 2,89
1961	97,88	5,14	3,23	83,41	1,09	+ 5,01
1962	105,50	5,73	3,30	91,52	1,31	+ 3,64
1963	114,53	6,23	3,36	97,20	1,23	+ 6,51
1964	125,36	7,00	3,47	106,31	1,60	+ 6,98
1965	135,42	7,76	3,55	112,73	1,70	+ 9,68
1966	143,20	8,75	3,73	120,27	1,64	+ 8,81
1967	154,32	9,52	3,89	123,16	1,74	+16,01
1968	165,70	10,02	4,60	137,01	1,85	+12,22
1969	180,14	10,89	5,20	160,73	2,00	+ 1,32
1970	201,49	12,28	5,59	172,06	2,47	+ 9,09
1971	234,62	14,76	5,72	195,88	2,72	+15,54
1972	256,78	17,37	4,72	214,79	3,08	+16,82
1973	302,57	20,66	5,03	253,37	3,30	+20,21
1974	330,12	23,76	5,39	272,08	3,74	+25,15
1975	379,19	27,02	4,54	274,13	4,01	+69,49
1976	390,33	30,64	5,50	307,66	4,83	+41,70
1977	420,29	32,35	6,05	342,40	4,70	+34,79
1978	455,35	35,37	8,24	364,24	4,75	+42,75
1979	484,95	38,46	10,50	388,90	5,19	+41,90
1980	527,02	41,82	11,41	413,45	5,68	+54,66
1981	564,07	45,53	14,41	420,30	6,20	+77,63
1982	578,61	49,17	23,55	429,65	6,29	+69,95
1983	594,38	51,99	24,41	453,15	6,37	+58,46

Jahr	Ausgaben insgesamt <sup>1)</sup>	Käufe für		Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen <sup>3)</sup>
		laufende Produktionszwecke <sup>2)</sup>	Investitionszwecke <sup>2)</sup>			laufende Übertragungen <sup>3)</sup>	Vermögensübertragungen	
1960	78,81	16,08	9,62	19,13	2,19	17,60	4,69	+ 9,50
1961	89,15	17,90	11,40	21,95	2,21	19,12	7,05	+ 9,52
1962	98,25	22,15	14,20	24,00	2,41	20,79	9,00	+ 5,70
1963	106,61	25,28	16,99	26,66	2,65	21,62	6,38	+ 7,03
1964	116,65	24,93	20,85	29,11	2,90	25,10	7,38	+ 6,38
1965	126,10	26,98	20,88	33,20	3,23	30,57	7,87	+ 3,37
1966	132,84	27,03	21,23	37,10	4,12	31,28	7,35	+ 4,73
1967	143,04	28,58	18,88	39,38	5,19	32,91	7,85	+10,25
1968	154,26	27,24	20,79	42,02	5,38	42,44	7,98	+ 8,41
1969	168,35	30,08	23,92	47,69	5,84	43,26	10,67	+ 6,89
1970	189,45	32,66	31,40	55,95	6,55	46,30	12,47	+ 4,12
1971	221,43	37,99	33,96	67,00	7,34	52,44	15,56	+ 7,14
1972	241,04	40,45	34,16	75,24	8,43	61,41	17,42	+ 3,93
1973	284,37	45,42	35,43	87,55	10,17	69,36	18,61	+17,83
1974	309,33	51,54	39,84	101,45	12,15	74,71	21,42	+ 8,22
1975	351,49	57,50	39,46	110,03	14,17	93,83	22,54	+13,96
1976	361,74	61,28	38,97	116,09	17,44	98,34	27,28	+ 2,34
1977	392,14	63,60	39,14	124,06	20,41	106,34	29,18	+ 9,41
1978	423,50	70,17	43,30	132,40	21,52	116,59	26,99	+12,53
1979	452,28	77,53	49,48	141,95	24,09	124,87	29,98	+ 4,38
1980	489,86	85,02	55,03	153,42	28,79	129,73	32,68	+ 5,19
1981	521,90	90,83	51,70	163,09	35,39	137,79	30,48	+12,62
1982	532,74	95,19	46,93	167,29	43,88	140,99	30,84	+ 7,62
1983	553,73	98,38	43,56	172,32	50,08	144,91	31,47	+13,01

<sup>1)</sup> Ohne Einnahmen von bzw. Ausgaben an andere Körperschaften des Staatssektors, jedoch einschließlich der Verkäufe bzw. Käufe von Gesundheitsleistungen an die bzw. von der Sozialversicherung sowie der vom Staat gezahlten indirekten Steuern. — <sup>2)</sup> Einschließlich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. — <sup>3)</sup> Steuern, Sozialbeiträge, Schadenversicherungsleistungen, Strafen, Verwaltungsgebühren der privaten Haushalte, Erstattungen von Sozialleistungen, Beiträge des Europäischen Ausrichtungsfonds und Garantiefonds und ähnliches. — <sup>4)</sup> Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank; einschließlich statistischer Differenz. Ohne Kreditaufnahme von anderen Körperschaften des Staatssektors; Tilgungsausgaben sind abgezogen. — Gebietskörperschaften: Einschließlich Kreditaufnahme von der Sozialversicherung; Sozialversicherung: Einschließlich Kreditaufnahme von den Gebietskörperschaften.

noch Tabelle 31\*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft<sup>1)</sup> und zur übrigen Welt

## Sozialversicherung

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt <sup>1)</sup>	Verkäufe von Verwaltungsleistungen <sup>2)</sup>	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten <sup>4)</sup>
				laufende Übertragungen <sup>3)</sup>	Vermögensübertragungen	
1960	30,62	0,01	1,31	29,23	—	+ 0,07
1961	33,67	0,01	1,48	32,15	—	+ 0,03
1962	37,17	0,02	1,53	35,70	—	- 0,08
1963	40,42	0,02	1,90	38,53	—	- 0,03
1964	43,05	0,02	2,07	40,99	—	- 0,03
1965	47,56	0,02	2,27	45,28	—	- 0,01
1966	52,92	0,01	2,69	50,24	—	- 0,02
1967	55,62	0,00	2,89	52,61	—	+ 0,12
1968	60,72	0,00	2,85	57,98	—	- 0,11
1969	69,14	0,05	2,74	66,44	—	- 0,09
1970	82,03	0,05	3,17	78,92	—	- 0,11
1971	95,10	0,03	3,55	91,47	—	+ 0,05
1972	109,94	0,05	3,96	104,95	0,96	+ 0,02
1973	130,83	0,07	5,77	124,35	1,01	- 0,37
1974	145,69	0,01	5,37	139,08	1,18	+ 0,05
1975	164,51	0,02	5,14	154,86	1,94	+ 2,55
1976	182,85	0,01	4,77	175,54	2,56	- 0,03
1977	192,78	0,01	4,48	186,65	1,56	+ 0,08
1978	203,11	0,02	3,95	197,96	1,14	+ 0,04
1979	219,70	0,01	4,61	214,10	1,03	- 0,05
1980	238,21	0,03	5,33	231,21	1,55	+ 0,09
1981	257,83	0,09	6,34	250,40	0,88	+ 0,12
1982 } <sup>5)</sup>	272,02	0,11	6,14	266,38	—	- 0,61
1983 } <sup>5)</sup>	277,09	0,11	5,31	271,65	—	+ 0,02

Jahr	Ausgaben insgesamt <sup>1)</sup>	Käufe für		Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen <sup>8)</sup>
		laufende Produktionszwecke <sup>5)</sup>	Investitionszwecke <sup>6)</sup>			laufende Übertragungen <sup>7)</sup>	Vermögensübertragungen	
1960	36,62	7,39	0,24	1,31	—	25,00	0,01	+ 2,67
1961	42,40	8,23	0,16	1,49	—	27,71	0,04	+ 4,77
1962	44,42	9,28	0,24	1,59	—	30,23	0,04	+ 3,04
1963	48,34	10,28	0,25	1,72	—	33,21	0,02	+ 2,86
1964	51,76	11,26	0,23	1,88	—	34,77	0,04	+ 3,58
1965	56,88	12,99	0,23	2,07	—	38,00	0,05	+ 3,54
1966	63,28	15,33	0,28	2,29	—	42,13	0,06	+ 3,19
1967	66,90	16,62	0,31	2,40	—	48,62	0,07	- 1,12
1968	72,16	18,15	0,26	2,49	—	51,81	0,06	- 0,61
1969	80,93	20,33	0,27	2,76	—	56,66	0,05	+ 0,86
1970	94,07	23,29	0,27	3,25	—	61,01	0,04	+ 6,21
1971	108,29	28,66	0,36	3,76	—	68,22	0,05	+ 7,24
1972	125,68	33,70	0,40	4,28	—	78,68	0,07	+ 8,55
1973	149,03	40,40	0,52	5,05	—	89,89	0,13	+13,04
1974	166,48	49,08	0,77	6,21	—	106,02	0,20	+ 4,20
1975	192,21	57,60	0,79	6,84	—	127,23	0,22	- 0,47
1976	211,44	61,94	0,70	7,20	—	140,24	0,69	+ 0,67
1977	220,93	64,94	0,77	7,52	—	150,48	0,92	- 3,70
1978	234,96	69,66	0,69	7,90	—	157,74	1,13	- 2,16
1979	252,37	74,96	0,75	8,63	—	167,28	1,07	- 0,32
1980	275,37	82,62	0,79	9,24	—	178,80	1,02	+ 2,90
1981	300,00	88,86	1,21	9,99	—	193,29	0,98	+ 5,67
1982 } <sup>5)</sup>	317,89	89,86	1,32	10,57	—	208,41	1,06	+ 6,67
1983 } <sup>5)</sup>	317,74	92,33	1,31	10,85	—	211,89	1,42	- 0,06

<sup>1)</sup> Einschließlich Käufe für Investitionen in eigener Regie, Vorratsveränderung sowie der vom Staat gezahlten indirekten Steuern. — <sup>2)</sup> Einschließlich Käufe von gebrauchten Anlagen und Land; ohne selbsterstellte Anlagen. — <sup>3)</sup> Subventionen, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, Zuschüsse an die Bundesbahn u. ä. zur Deckung außergewöhnlicher Pensionslasten, Beiträge an die Europäischen Gemeinschaften und andere internationale Organisationen, Zahlungen an die Stationierungstreitkräfte, unentgeltliche Ausfahrten im Rahmen der Entwicklungshilfe, vertragliche Zahlungen an die DDR u. a. m. — <sup>4)</sup> Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank. Ohne Darlehensvergabe an andere Körperschaften des Staatssektors. — Gebietskörperschaften: Einschließlich Darlehensvergabe an die Sozialversicherung; Sozialversicherung: Einschließlich Darlehensvergabe an die Gebietskörperschaften. — <sup>5)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 32\*

## Einnahmen und Aus

Zeitraum	Einnahmen				Aus				
	insgesamt	Steuern	Sozialbeiträge	sonstige Einnahmen <sup>2)</sup>	insgesamt	Staatsverbrauch <sup>3)</sup>	Einkommensübertragungen		
							zusammen	davon	
								private Haushalte <sup>4)</sup>	Unternehmen und übrige Welt
	Mrd								
1960	108,87	69,77	31,21	7,89	99,66	40,45	42,60	37,21	5,39
1961	122,60	79,97	34,42	8,21	113,35	45,78	46,83	40,56	6,27
1962	134,76	87,89	38,12	8,75	129,58	52,83	51,02	44,30	6,72
1963	143,79	93,27	41,16	9,36	140,38	59,39	54,83	47,50	7,33
1964	156,18	101,95	43,83	10,40	153,17	62,10	59,87	51,85	8,02
1965	167,47	107,84	48,52	11,11	170,23	69,65	68,57	58,35	10,22
1966	180,72	114,89	53,82	12,01	181,59	75,45	73,41	63,67	9,74
1967	186,56	117,38	56,42	12,76	193,56	80,05	81,53	71,25	10,28
1968	206,77	129,80	62,20	14,77	211,08	82,73	94,25	74,79	19,46
1969	239,85	152,16	71,43	16,26	233,33	93,12	99,92	80,83	19,09
1970	265,48	161,89	84,94	18,65	264,13	106,47	107,31	88,12	19,19
1971	303,09	183,65	98,51	20,93	304,30	126,82	120,66	99,48	21,18
1972	336,63	201,25	112,61	22,77	340,99	141,13	140,09	113,83	26,26
1973	397,48	236,88	133,59	27,01	386,45	163,16	159,25	127,65	31,60
1974	432,06	253,42	149,68	28,96	444,84	190,21	180,73	148,21	32,52
1975	450,32	254,10	166,51	29,71	508,87	210,53	221,06	184,67	36,39
1976	507,04	285,50	187,79	33,75	545,70	222,27	238,58	199,02	39,56
1977	552,57	317,02	199,83	35,72	581,73	234,67	256,82	211,51	45,31
1978	587,65	334,79	212,08	40,78	620,07	252,54	274,33	222,20	52,13
1979	632,55	358,46	228,96	45,13	670,34	273,50	292,15	236,48	55,67
1980	677,90	381,25	247,46	49,19	724,56	297,90	308,53	252,64	55,89
1981	708,64	386,50	268,17	53,97	768,10	317,84	331,08	274,61	56,47
1982 } <sup>10)</sup>	742,83	395,16	284,46	63,21	797,88	325,33	349,40	291,64	57,76
1983 } <sup>10)</sup>	772,29	414,72	290,29	67,28	817,82	334,15	356,80	296,11	60,69
1977 1. Hj.	261,84	148,07	96,52	17,25	276,88	108,06	126,89	104,43	22,26
2. Hj.	290,73	168,95	103,31	18,47	304,85	126,61	130,13	107,08	23,05
1978 1. Hj.	276,82	157,23	100,60	18,99	293,85	116,13	135,08	110,67	24,41
2. Hj.	310,83	177,56	111,48	21,79	326,22	136,41	139,25	111,53	27,72
1979 1. Hj.	297,07	166,21	108,99	21,87	315,07	125,82	144,32	117,80	26,52
2. Hj.	335,48	192,25	119,97	23,26	355,27	147,68	147,83	118,68	29,15
1980 1. Hj.	321,32	179,77	118,05	23,50	343,64	137,48	152,33	125,09	27,24
2. Hj.	356,58	201,48	129,41	25,69	380,92	160,42	156,20	127,55	28,65
1981 1. Hj.	335,11	180,93	127,78	26,40	368,65	148,59	163,92	136,35	27,57
2. Hj.	373,53	205,57	140,39	27,57	399,45	169,25	167,16	138,26	28,90
1982 1. Hj.	357,25	185,15	136,54	35,56	382,95	152,46	172,51	145,98	26,53
2. Hj.	385,58	210,01	147,92	27,65	414,93	172,87	176,89	145,66	31,23
1983 1. Hj.	366,98	191,00	137,91	38,07	391,76	154,54	176,60	148,31	28,29
2. Hj.	405,31	223,72	152,38	29,21	426,06	179,61	180,20	147,80	32,40
1984 1. Hj.	383,29	206,51	142,22	34,56	404,15	159,73	182,42	150,57	31,85

<sup>1)</sup> Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

<sup>2)</sup> Empfangene Vermögenseinkommen, empfangene Vermögensübertragungen, Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.

<sup>3)</sup> Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, unter anderem auch Sachleistungen der Sozialversicherung (insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung) und der Gebietskörperschaften im Rahmen der Sozialhilfe und Jugendhilfe.

Tabelle 32\*

gaben des Staates<sup>1)</sup>

gaben			Finanzierungs-saldo <sup>4)</sup>	Nachrichtlich				Zeitraum
Zinsen <sup>5)</sup>	Brutto-investitionen	Ver-mögens-über-tragungen		Brutto-sozial-produkt in jeweiligen Preisen	Produktions-potential in jeweiligen Preisen <sup>7)</sup>	Staats-quote <sup>6)</sup>	Abgaben-quote <sup>8)</sup>	
DM						vH		
2,19	9,72	4,70	+ 9,21	303,00	304,0	32,8	33,3	1960
2,21	11,44	7,09	+ 9,25	331,40	334,8	33,9	34,5	1961
2,41	14,28	9,04	+ 5,18	360,50	368,3	35,2	35,0	1962
2,65	17,11	6,40	+ 3,41	382,10	397,3	35,3	35,2	1963
2,90	20,88	7,42	+ 3,01	419,60	428,9	35,7	34,7	1964
3,23	20,86	7,92	- 2,76	458,20	466,2	36,5	34,1	1965
4,12	21,20	7,41	- 0,87	487,40	505,3	35,9	34,6	1966
5,19	18,87	7,92	- 7,00	493,70	529,2	36,6	35,2	1967
5,38	20,68	8,04	- 4,31	533,70	555,4	38,0	36,0	1968
5,84	23,73	10,72	+ 6,52	597,80	599,4	38,9	37,4	1969
6,55	31,29	12,51	+ 1,35	675,70	675,3	39,1	36,5	1970
7,34	33,87	15,61	- 1,21	751,80	763,5	39,9	37,5	1971
8,43	33,85	17,49	- 4,36	825,10	842,0	40,5	38,0	1972
10,17	35,13	18,74	+ 11,03	918,90	932,5	41,4	40,3	1973
12,15	40,13	21,62	- 12,78	985,60	1 025,3	43,4	40,9	1974
14,17	40,35	22,76	- 58,55	1 028,90	1 114,6	45,7	40,9	1975
17,44	39,44	27,97	- 38,66	1 123,00	1 176,4	46,4	42,1	1976
20,41	39,73	30,10	- 29,16	1 196,30	1 245,2	46,7	43,2	1977
21,52	43,56	28,12	- 32,42	1 290,00	1 322,8	46,9	42,4	1978
24,09	49,55	31,05	- 37,79	1 395,30	1 405,3	47,7	42,1	1979
28,79	55,64	33,70	- 46,66	1 485,70	1 501,0	48,3	42,3	1980
35,39	52,33	31,46	- 59,46	1 545,10	1 597,1	48,1	42,4	1981
43,88	47,37	31,90	- 55,05	1 599,10	1 695,2	47,1	42,5	1982
50,08	43,90	32,89	- 45,53	1 671,60	1 775,9	46,1	42,2	1983
10,59	17,57	13,97	- 15,04	569,20				1977 1. Hj.
9,82	22,16	16,13	- 14,12	627,10				2. Hj.
11,38	19,00	12,26	- 17,03	610,00				1978 1. Hj.
10,14	24,56	15,86	- 15,39	680,00				2. Hj.
12,49	20,56	11,88	- 18,00	657,90				1979 1. Hj.
11,60	28,99	19,17	- 19,79	737,40				2. Hj.
14,58	24,93	14,32	- 22,32	710,40				1980 1. Hj.
14,21	30,71	19,38	- 24,34	775,30				2. Hj.
19,35	23,72	13,07	- 33,54	732,00				1981 1. Hj.
16,04	28,61	18,39	- 25,92	813,10				2. Hj.
24,30	20,75	12,93	- 25,70	763,10				1982 1. Hj.
19,58	26,62	18,97	- 29,35	836,00				2. Hj.
27,51	18,74	14,37	- 24,78	792,40				1983 1. Hj.
22,57	25,16	18,52	- 20,75	879,20				2. Hj.
28,30	18,40	15,30	- 20,86	825,70				1984 1. Hj.

<sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.<sup>2)</sup> Zinsen auf öffentliche Schulden.<sup>3)</sup> Überschuf: +, Defizit: -.<sup>4)</sup> Produktionspotential in Preisen von 1976, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.<sup>5)</sup> Ausgaben des Staates in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.<sup>6)</sup> Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.<sup>10)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 33\*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte <sup>1)</sup>

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungs-saldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personal-ausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
Öffentlicher Gesamthaushalt										
1962	106,48	27,38	23,23	2,96	16,55	104,83	86,66	.	- 1,80	2,16
1963	116,34	30,36	24,35	2,75	19,09	110,88	91,63	.	- 5,29	5,42
1964	127,15	33,13	27,86	3,05	22,44	121,45	100,05	.	- 5,56	5,40
1965	139,30	37,38	33,29	3,49	23,47	129,87	106,16	.	- 9,37	6,92
1966	145,02	41,58	35,33	4,37	23,36	137,44	112,71	.	- 7,66	5,82
1967	153,79	44,12	36,87	5,38	22,78	141,68	114,98	.	-12,11	12,96
1968	158,83	46,87	40,96	5,65	23,04	151,29	122,01	.	- 7,38	10,71
1969	174,55	52,85	43,15	6,24	26,39	176,93	145,59	.	+ 2,45	2,46
1970	196,32	61,42	46,87	6,79	32,24	188,29	154,04	.	- 8,09	6,49
1971	226,48	73,36	53,02	7,67	37,57	211,18	172,26	.	-15,61	13,93
1972	252,13	81,87	60,88	8,77	39,13	239,22	196,98	.	-13,09	15,38
1973	280,49	93,90	67,16	10,51	41,35	271,47	224,83	.	- 8,82	11,40
1974	318,26	108,71	76,03	12,44	46,13	290,88	239,59	.	-27,26	22,46
1975	360,51	118,11	99,06	14,51	46,03	296,64	242,08	.	-63,85	53,63
1976	376,76	124,24	105,04	17,81	43,63	328,70	267,51	.	-48,03	46,75
1977	395,17	132,07	109,69	20,65	43,21	364,00	299,05	.	-31,18	31,69
1978	433,40	140,94	122,20	21,74	47,56	393,74	318,96	.	-39,62	40,65
1979	469,85	150,46	128,43	24,73	53,32	423,50	342,71	.	-46,57	43,44
1980	509,24	162,47	137,67	29,35	60,00	452,14	364,90	.	-57,07	53,76
1981	541,76	172,51	151,46	36,41	56,99	466,09	370,20	.	-75,65	69,56
1982	561,55	177,24	156,39	44,88	52,01	491,58	378,54	.	-69,94	68,60
1983	569,36	182,21	153,32	51,01	48,19	514,10	396,30	.	-55,21	56,21
Bund										
1962	49,87	6,55	14,44	0,91	2,95	49,41	45,54	1,00	- 0,61	0,30
1963	54,76	7,43	14,87	0,99	3,43	52,37	49,42	0,07	- 2,22	1,97
1964	58,15	8,18	17,97	1,12	3,68	57,75	54,55	0,15	- 0,26	0,58
1965	64,19	9,11	22,42	1,17	3,77	63,12	59,03	0,15	- 1,00	0,11
1966	66,88	10,24	23,92	1,53	3,88	65,76	62,25	0,16	- 1,19	0,22
1967	74,64	10,90	25,26	2,01	4,67	67,04	63,12	0,17	- 7,61	6,64
1968	75,77	11,42	28,11	1,92	4,15	70,69	66,18	0,16	- 4,92	5,76
1969	82,26	12,83	30,40	2,19	5,01	83,37	78,59	0,09	+ 1,18	0,00
1970	87,99	14,55	32,59	2,46	5,64	88,40	83,71	0,10	+ 0,35	1,11
1971	98,48	17,02	35,19	2,60	6,41	97,40	92,23	0,11	- 1,39	1,44
1972	111,10	18,96	39,70	2,80	6,63	106,34	101,71	0,13	- 4,79	3,98
1973	122,56	21,27	43,19	3,33	6,49	119,79	114,96	0,15	- 2,59	2,68
1974	134,04	24,03	47,33	4,23	7,10	123,57	118,66	0,16	-10,35	9,48
1975	158,80	25,45	62,18	5,21	7,81	123,79	119,21	0,19	-34,99	29,93
1976	165,20	26,25	65,80	6,88	7,01	136,63	130,90	0,21	-28,54	25,78
1977	172,39	27,47	66,62	8,54	7,21	149,76	144,00	0,24	-22,64	21,82
1978	189,66	28,77	75,30	9,56	7,66	163,15	154,09	0,26	-26,47	26,09
1979	203,41	30,17	78,62	11,26	7,98	177,52	166,14	0,27	-26,10	25,66
1980	215,72	32,14	83,29	13,97	8,21	188,09	176,18	0,61	-27,61	27,12
1981	232,99	34,08	92,68	18,00	7,28	195,03	180,45	0,38	-37,94	37,39
1982	244,65	34,40	95,49	22,11	6,96	206,97	183,11	0,35	-37,66	37,18
1983	246,75	35,14	90,52	26,62	7,12	214,81	190,28	0,39	-31,92	31,48

<sup>1)</sup> Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Bis 1982 Rechnungsergebnisse, für die Gemeinden jedoch noch für 1982 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik, zuzüglich nicht mehr erfaßte Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; für 1983 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik einschließlich Sonderrechnungen der Länder sowie Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; mit dem Jahr 1982 nur bedingt vergleichbar.

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte<sup>1)</sup>

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungs-saldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Länder <sup>2)</sup>									
1962	43,51	14,03	5,06	0,66	3,09	43,67	28,89	6,54	+ 0,16	- 0,44
1963	45,96	15,43	5,27	0,64	3,57	45,13	29,77	6,93	- 0,83	- 0,05
1964	50,18	16,77	5,15	0,64	4,28	48,48	32,20	6,94	- 1,70	1,27
1965	54,55	19,02	5,45	0,77	4,68	50,48	33,66	7,02	- 4,07	2,67
1966	57,88	21,02	5,46	0,96	4,66	54,12	36,26	7,56	- 3,75	2,62
1967	60,15	22,32	5,62	1,25	4,52	56,70	37,60	7,59	- 3,44	3,89
1968	63,38	23,86	6,82	1,48	4,53	62,25	40,92	9,02	- 1,14	2,27
1969	67,78	26,88	6,41	1,61	4,94	69,45	48,35	8,37	+ 1,68	- 0,34
1970	77,65	31,65	7,28	1,68	6,40	74,59	52,16	8,28	- 3,06	2,16
1971	89,53	38,08	8,26	2,00	6,96	84,00	58,56	9,66	- 5,54	4,88
1972	100,38	42,38	9,31	2,32	6,73	98,95	69,23	11,53	- 1,44	3,55
1973	115,85	48,94	10,76	2,70	7,37	113,87	79,22	13,18	- 1,98	2,58
1974	134,05	56,82	12,91	3,15	8,66	124,95	87,35	13,89	- 9,10	7,74
1975	146,28	62,30	16,09	3,88	8,59	126,40	85,57	15,31	-19,88	17,00
1976	154,39	66,17	16,39	5,22	8,12	138,88	94,95	16,23	-15,51	15,87
1977	161,60	70,84	17,30	6,38	8,38	153,49	107,76	17,69	- 8,10	8,44
1978	176,52	75,39	19,22	6,88	8,75	164,12	115,55	18,58	-12,40	12,52
1979	191,83	80,80	20,10	7,93	9,35	177,24	125,10	20,40	-14,60	13,34
1980	208,61	87,44	22,26	8,95	10,56	186,17	130,75	21,72	-22,44	21,15
1981	216,63	92,80	23,26	10,89	10,02	190,59	131,55	23,24	-26,05	24,57
1982	224,20	95,83	23,41	13,85	9,94	199,64	135,94	23,88	-24,57	24,03
1983	227,85	98,74	23,92	16,10	9,67	206,37	142,76	23,78	-21,46	21,64
	Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>3)</sup>									
1962	28,04	6,80	2,15	0,79	10,51	26,93	10,12	5,97	- 1,11	2,20
1963	31,48	7,50	2,65	0,90	12,09	29,33	10,61	6,54	- 2,16	2,75
1964	35,81	8,19	3,04	1,07	14,47	32,28	11,34	7,10	- 3,53	3,50
1965	39,02	9,25	3,60	1,30	15,02	34,70	11,81	7,73	- 4,33	4,34
1966	41,03	10,32	4,17	1,59	14,81	37,66	12,66	8,45	- 3,36	3,32
1967	41,02	10,91	4,33	1,81	13,59	39,49	12,70	8,66	- 1,53	2,50
1968	43,19	11,59	4,35	1,92	14,36	41,48	13,32	8,89	- 1,71	2,40
1969	48,42	13,13	4,73	2,08	16,44	48,17	17,16	9,55	- 0,25	2,71
1970	56,49	15,22	5,38	2,40	20,20	50,83	16,60	10,51	- 5,66	3,45
1971	67,42	18,26	6,50	2,81	24,20	58,47	19,18	11,80	- 8,95	7,73
1972	74,72	20,53	8,10	3,39	25,77	67,82	23,13	13,71	- 6,90	7,99
1973	84,08	23,69	8,98	4,21	27,50	79,13	27,28	15,96	- 4,94	6,96
1974	95,85	27,86	11,09	4,85	30,37	87,55	29,54	17,14	- 8,29	5,67
1975	101,23	30,36	12,86	5,25	29,64	92,03	30,22	18,00	- 9,20	6,76
1976	104,08	31,82	14,04	5,53	28,51	100,15	33,86	18,29	- 3,93	5,03
1977	107,65	33,77	15,08	5,58	27,62	106,30	38,06	20,47	- 1,35	2,57
1978	118,19	36,78	16,15	5,28	31,16	116,58	39,68	23,25	- 1,61	2,98
1979	130,35	39,49	16,95	5,66	35,99	125,06	41,10	25,57	- 5,29	3,93
1980	145,47	42,89	19,04	6,57	41,23	139,83	47,26	28,39	- 5,65	4,34
1981	152,13	45,63	21,07	7,58	39,69	142,02	45,99	29,64	-10,11	6,14
1982	153,06	47,01	22,51	8,83	35,12	145,79	46,87	29,94	- 7,26	6,84
1983	151,37	48,33	22,86	8,23	31,40	150,18	49,51	28,79	- 1,19	2,73

<sup>2)</sup> Einschließlich staatlicher Krankenhäuser und Sonderrechnungen.<sup>3)</sup> Einschließlich kommunaler Krankenhäuser.



Verschuldung der öffentlichen Haushalte<sup>1)</sup>

Mio DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt <sup>2)</sup>	Nach Kreditnehmern			Nach ausgewählten Schuldarten			
		Bund <sup>3)</sup>	Länder <sup>4)</sup>	Gemeinden <sup>5)</sup>	Anleihen <sup>6)</sup>	Direktausleihungen der Kreditinstitute <sup>7)</sup>	Darlehen von Nichtbanken	
							Sozialversicherungen <sup>8)</sup>	sonstige <sup>9)</sup>
1950	20 634	7 290	12 844	500	—	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	16 726	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	17 894	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 943	17 868	15 523	4 670	2 022	3 660	2 019	1 371
1956	41 892	17 614	15 741	5 610	1 726	4 340	2 239	1 623
1957	43 614	19 723	13 963	7 010	1 780	5 410	2 433	1 835
1958	46 122	20 077	14 708	8 370	2 303	7 575	2 483	1 883
1959	49 084	20 986	14 920	9 630	3 058	9 450	2 472	1 998
1960	52 182	22 572	14 695	11 169	3 528	10 600	2 667	2 604
1961	56 564	25 941	13 903	12 805	4 810	11 693	4 687	2 811
1962	59 984	27 256	13 402	15 068	5 700	13 227	4 880	3 235
1963	66 687	30 136	13 329	17 686	7 712	15 582	5 066	4 399
1964	73 107	31 338	14 291	21 264	8 974	19 656	5 657	5 121
1965	82 981	33 017	17 401	25 844	11 195	24 749	6 591	6 339
1966	92 291	35 581	20 328	29 465	12 092	29 519	7 245	7 868
1967	107 175	43 468	24 188	31 986	14 230	34 114	8 387	8 690
1968	115 870	47 192	26 339	34 186	16 074	42 536	6 957	9 221
1969	116 141	45 360	25 771	36 663	16 266	50 051	6 101	9 884
1970	125 890	47 323	27 786	40 295	17 491	59 523	5 725	11 104
1971	140 399	48 764	33 037	47 927	20 249	70 665	6 511	12 592
1972	156 063	55 299	36 963	55 984	24 971	81 874	7 374	14 667
1973	167 754	61 356	39 462	63 003	27 379	92 077	14 392	6 222
1974	192 383	72 138	47 323	66 375	30 940	107 795	16 954	6 969
1975	256 389	108 502	67 001	74 411	40 680	150 139	18 426	7 638
1976	296 650	128 449	81 805	79 830	52 101	180 932	12 953	9 581
1977	328 484	150 150	89 583	83 345	63 498	195 219	10 342	10 925
1978	370 811	177 518	102 139	86 700	69 913	227 075	10 144	11 118
1979	413 935	202 632	115 900	90 406	81 414	262 087	10 125	12 517
1980	468 612	232 320	137 804	95 208	87 428	305 724	10 570	20 801
1981	545 617	273 114	165 150	102 639	89 404	378 817	10 691	23 835
1982	614 820	309 064	190 622	109 858	114 128	417 144	10 690	26 798
1983	671 708	341 444	212 026	112 452	140 464	437 908	10 527	30 085
1983 Mär	632 562	324 489	192 439	110 450	119 648	421 615	10 536	27 627
Jun	638 125	323 934	198 083	110 850	123 597	423 872	10 557	28 364
Sep	649 804	331 807	201 854	110 850	130 688	427 130	10 548	28 508
Dez	671 708	341 444	212 026	112 452	140 464	437 908	10 527	30 085
1984 Mär	683 228	349 890	214 138	113 200	151 005	438 165	10 286	31 015
Jun	689 966	353 112	217 596	113 000	155 970	443 994	10 247	27 499

1) Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.

2) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung ÖffA, Länder, Gemeinden. Änderungen der Berichterstattung werden in den Fußnoten 3 bis 8 erläutert.

3) Ab Ende 1972 einschließlich „Auftragsfinanzierung ÖffA“ und „Krankenhausfinanzierung“; ab 1980 einschließlich Lastenausgleichsfonds.

4) Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.

5) Ab 1973 einschließlich Verschuldung der kommunalen Zweckverbände und der kommunalen Krankenhäuser. Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

6) Einschließlich Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen; ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke. Ab Dezember 1981 ohne Kassenobligationen mit einer Laufzeit von über 4 Jahren.

7) Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Bis Ende 1973 Bankkredite, ab 1974 einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommene Darlehen.

8) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe. Ab 1973 einschließlich Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen.

9) Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommene Darlehen.

Quelle: Deutsche Bundesbank





Tabelle 37\*

**Entwicklung der Geldbe-  
Veränderung gegenüber dem**

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland <sup>3)</sup>			
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute			insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	
			zu- sammen <sup>2)</sup>	Unter- nehmen und Privat- personen	öffent- liche Haus- halte			zusammen	darunter mittel- und lang- fristig
1963	+ 26,81	+0,98	+ 25,83	+ 22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 1,25
1964	+ 30,19	-1,03	+ 31,22	+ 25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 1,32
1965	+ 34,17	-0,43	+ 34,61	+ 27,54	+ 7,06	+ 0,47	- 1,31	+ 1,79	+ 1,24
1966	+ 28,20	+0,29	+ 27,91	+ 21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 1,14
1967	+ 32,89	+0,87	+ 32,22	+ 18,33	+13,89	+ 6,28	- 0,17	+ 6,45	+ 1,62
1968	+ 40,02	-2,05	+ 42,06	+ 30,90	+11,17	+10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 6,76
1969	+ 53,48	+0,67	+ 52,81	+ 51,22	+ 1,59	- 2,45	-10,28	+ 7,83	+12,00
1970	+ 50,53	-0,24	+ 50,77	+ 43,81	+ 6,97	+14,23	+21,60	- 7,36	- 0,29
1971	+ 69,05	-0,63	+ 69,68	+ 59,52	+10,16	+11,52	+15,91	- 4,40	- 3,28
1972	+ 86,41	-2,07	+ 88,48	+ 78,22	+10,26	+ 8,66	+15,49	- 6,83	- 6,39
1973	+ 67,55	+2,37	+ 65,18	+ 54,59	+10,59	+23,48	+26,49	- 3,01	- 7,71
1974	+ 59,77	-1,48	+ 61,25	+ 41,18	+20,07	+13,19	- 1,90	+15,09	+ 5,54
1975	+ 85,51	+6,62	+ 78,89	+ 30,87	+48,02	+16,84	- 2,22	+19,06	+15,90
1976	+ 91,21	-5,10	+ 96,31	+ 65,76	+30,55	+ 8,27	+ 8,74	- 0,48	+ 6,84
1977	+ 94,18	-1,62	+ 95,80	+ 69,11	+26,69	+10,15	+10,49	- 0,34	+ 8,25
1978	+125,37	+2,78	+122,59	+ 87,86	+34,73	+ 7,09	+19,77	-12,68	- 1,88
1979	+138,95	-1,95	+140,91	+112,38	+28,53	-21,84	- 4,85	-16,98	-12,14
1980	+126,32	+3,89	+122,43	+100,78	+21,65	-10,58	-27,93	+17,35	+ 7,35
1981	+132,04	+2,12	+129,92	+ 82,41	+47,51	+11,87	- 3,22	+15,09	+ 3,48
1982	+104,44	-1,68	+106,12	+ 66,16	+39,96	+ 4,48	+ 3,07	+ 1,41	+10,23
1983	+113,19	+1,89	+111,29	+ 92,02	+19,28	+ 1,21	- 4,07	+ 5,28	+ 8,08
1981 1. Vj.	+ 19,45	-0,86	+ 20,31	+ 15,48	+ 4,83	- 2,56	+ 1,15	- 3,71	+ 0,31
2. Vj.	+ 32,78	-0,68	+ 33,46	+ 23,39	+10,07	+10,03	+ 5,06	+ 4,97	+ 2,14
3. Vj.	+ 30,66	+0,06	+ 30,60	+ 16,65	+13,96	+ 1,30	- 1,70	+ 3,00	- 1,49
4. Vj.	+ 49,15	+3,60	+ 45,55	+ 26,90	+18,65	+ 3,10	- 7,73	+10,83	+ 2,53
1982 1. Vj.	+ 8,65	+0,24	+ 8,41	- 0,90	+ 9,31	- 0,23	- 0,44	+ 0,20	+ 5,48
2. Vj.	+ 21,41	-1,88	+ 23,29	+ 20,57	+ 2,72	+ 0,87	+ 1,13	- 0,27	+ 2,71
3. Vj.	+ 25,67	-0,53	+ 26,20	+ 17,74	+ 8,47	- 2,22	- 0,43	- 1,79	- 0,11
4. Vj.	+ 48,71	+0,49	+ 48,22	+ 28,76	+19,46	+ 6,06	+ 2,80	+ 3,26	+ 2,15
1983 1. Vj.	+ 4,35	+5,18	- 0,84	- 5,08	+ 4,24	+ 6,74	+12,40	- 5,66	+ 3,79
2. Vj.	+ 30,57	-3,03	+ 33,61	+ 30,22	+ 3,39	- 9,05	-13,71	+ 4,66	+ 2,87
3. Vj.	+ 25,71	-0,21	+ 25,93	+ 25,41	+ 0,52	- 5,03	- 2,44	- 2,59	- 1,25
4. Vj.	+ 52,55	-0,05	+ 52,60	+ 41,47	+11,13	+ 8,54	- 0,32	+ 8,86	+ 2,66
1984 1. Vj.	- 0,99	- 0,99	- 0,00	+ 6,20	- 6,21	+ 7,11	+ 6,81	+ 0,30	- 1,08
2. Vj.	+ 27,92	- 0,92	+ 28,84	+ 25,91	+ 2,93	- 1,78	- 0,70	- 1,08	+ 4,58
3. Vj.	+ 33,13	- 0,85	+ 33,98	+ 24,96	+ 9,02	- 8,82	- 7,24	- 1,58	+ 1,16

1) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.

2) Einschließlich Wertpapiere.

3) Enthält kurz-, mittel- und langfristige Positionen einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich der Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

4) Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

stände im Bilanzzusammenhang<sup>1)</sup>  
vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen <sup>4)</sup>			IV. Zentral- bank- einlagen inlän- discher öffent- licher Haus- halte	V. Sonstige Ein- flüsse <sup>5)</sup>	VI. Geldvolumen M 3 (Saldo I + II - III - IV - V)							Zeitraum
ins- gesamt <sup>6)</sup>	darunter				ins- gesamt	Geldvolumen M 2			Spar- ein- lagen mit gesetz- licher Kündi- gungs- frist			
	Termin- gelder mit Befristung v. 4 Jah- ren und darüber	Sparein- lagen mit ver- einbar- ter Kündi- gungs- frist <sup>6)</sup>				zu- sammen	Geld- volumen M 1 (Bar- geldum- lauf und Sichtein- lagen) <sup>6)</sup>	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld)		darunter unter 3 Monaten		
+15,43	+ 4,77	+ 4,13	- 0,61	+ 1,90	+13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,55	+ 0,47	+ 7,42	1963	
+17,92	+ 4,63	+ 4,82	- 0,85	+ 0,66	+14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	+ 0,66	+ 7,71	1964	
+16,69	+ 3,74	+ 5,13	- 1,11	+ 1,83	+17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	- 0,07	+11,13	1965	
+15,90	+ 3,22	+ 7,81	- 0,53	+ 1,49	+14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	- 0,58	+ 8,46	1966	
+14,63	+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+23,35	+14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967	
+19,74	+ 1,49	+11,03	+ 1,19	+ 0,88	+29,14	+18,15	+ 5,53	+12,62	+ 1,69	+10,99	1968	
+26,29	+ 5,52	+13,26	+ 0,44	+ 1,42	+22,88	+14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969	
+27,79	+ 4,26	+12,94	+ 4,09	+ 8,91	+23,98	+16,41	+ 8,69	+ 7,72	+13,61	+ 7,57	1970	
+32,65	+ 7,07	+14,73	+ 4,20	+ 5,00	+38,71	+24,97	+13,24	+11,72	+ 8,91	+13,75	1971	
+47,00	+ 8,68	+20,62	- 3,85	+ 4,78	+47,14	+33,51	+17,55	+15,96	+6,58	+13,64	1972	
+45,64	+10,22	+17,52	+ 4,22	+ 7,17	+34,00	+31,94	+ 2,57	+29,37	+22,78	+ 2,05	1973	
+34,46	+ 7,95	+13,35	+ 0,44	+ 2,88	+35,18	+13,68	+15,50	- 1,82	+ 7,30	+21,49	1974	
+61,34	+ 9,41	+34,81	+ 1,41	+ 1,17	+38,43	- 0,40	+21,40	-21,79	-17,24	+38,82	1975	
+59,12	+11,45	+22,65	-10,22	+ 9,57	+41,01	+18,92	+ 6,88	+12,04	+ 2,71	+22,09	1976	
+42,92	+13,65	+14,24	- 0,82	+ 3,28	+58,95	+33,47	+21,09	+12,38	+ 9,69	+25,47	1977	
+54,80	+17,01	+17,98	+ 2,51	+10,36	+64,78	+43,50	+29,74	+13,75	+ 2,27	+21,29	1978	
+75,77	+18,68	+18,11	- 1,69	+ 3,80	+39,25	+30,95	+ 9,86	+21,09	+18,24	+ 8,29	1979	
+61,68	+14,57	+15,89	- 1,92	+13,20	+42,78	+33,96	+ 9,35	+24,62	+33,16	+ 8,81	1980	
+86,01	+13,77	+11,94	- 0,25	+22,03	+36,13	+37,39	- 2,16	+39,54	+23,51	- 1,25	1981	
+46,49	+ 7,22	+16,21	+ 0,49	+ 7,17	+54,77	+24,02	+17,74	+ 6,28	+12,08	+30,76	1982	
+67,14	+27,24	+11,03	+ 0,90	+ 1,00	+45,35	+13,14	+22,73	- 9,58	- 9,38	+32,20	1983	
+23,18	+ 3,02	- 4,30	+ 4,61	+13,25	-24,14	-19,11	-24,96	+ 5,85	- 0,75	- 5,04	1981 1. Vj.	
+23,04	+ 2,95	+ 0,30	- 2,30	+ 9,32	+12,74	+22,19	+10,04	+12,15	+ 6,34	- 9,45	2. Vj.	
+15,43	+ 3,70	- 1,44	+ 4,58	+ 9,08	+ 2,88	+ 7,89	- 8,23	+16,11	+11,31	- 5,01	3. Vj.	
+24,36	+ 4,10	+17,38	- 7,14	- 9,63	+44,66	+26,42	+20,98	+ 5,43	+ 6,61	+18,24	4. Vj.	
+13,99	+ 1,00	- 1,70	+ 1,46	+ 6,93	-13,96	-18,12	-17,68	- 0,44	+ 2,77	+ 4,16	1982 1. Vj.	
+ 8,08	+ 2,52	+ 3,69	- 0,08	+ 0,63	+13,64	+13,31	+13,09	+ 0,22	+ 1,34	+ 0,34	2. Vj.	
+ 0,36	- 1,70 <sup>4)</sup>	+ 2,58	+ 4,00	+12,71	+ 6,39	+ 3,95	- 2,26	+ 6,20	+ 7,35	+ 2,44	3. Vj.	
+24,05	+ 5,39	+16,80	- 4,89	-13,09	+48,70	+24,88	+24,58	+ 0,30	+ 0,62	+23,82	4. Vj.	
+12,18	+ 5,90	- 3,37	+ 0,42	+10,49	-12,01	-24,17	- 9,64	-14,52	-11,53	+12,16	1983 1. Vj.	
+18,28	+ 7,01	+ 3,38	+ 1,01	- 4,68	+ 6,92	+ 7,00	+14,46	- 7,46	- 6,13	- 0,08	2. Vj.	
+ 6,34	+ 6,29	- 4,47	+ 0,96	+ 7,20	+ 6,20	+ 2,31	- 3,91	+ 6,22	+ 5,25	+ 3,89	3. Vj.	
+30,35	+ 8,04	+15,50	- 1,49	-12,00	+44,24	+28,01	+21,82	+ 6,19	+ 3,03	+16,23	4. Vj.	
+28,25	+ 6,22	+ 3,28	+ 1,95	+ 5,46	-29,55	-29,64	-23,25	- 6,38	- 6,74	+ 0,08	1984 1. Vj.	
+16,02	+ 5,74	+ 3,27	+ 0,62	- 2,80	+12,30	+16,01	+10,26	+ 5,76	+ 6,46	- 3,72	2. Vj.	
+ 6,83	+ 4,73	- 0,26	+ 2,34	+ 7,52	+ 7,62	+ 8,02	- 1,36	+ 9,39	+ 3,16	- 0,41	3. Vj.	

<sup>5)</sup> Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Kapital und Rücklagen.

<sup>6)</sup> Einschließlich Sparbriefe.

<sup>7)</sup> Saldo der übrigen Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems (von 1972 bis 1976 einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot).

<sup>8)</sup> Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

<sup>9)</sup> Rückgang um 3,7 Mrd DM durch Sonderaktionen der öffentlichen Hand (Gegenposten unter „Sonstigen Einflüssen“).

Quelle: Deutsche Bundesbank







Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup>

c) Ausland (1980 = 100)

Zeitraum	Ins-gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	15,7	15,9	15,8	14,6	28,6	25,1	31,1	23,3
1963	18,4	18,5	18,6	17,4	33,5	30,0	36,1	27,5
1964	20,7	19,8	21,4	19,4	37,0	30,8	40,9	30,3
1965	22,2	21,8	22,6	20,9	38,7	33,8	42,1	32,3
1966	24,8	25,2	24,9	23,4	42,6	38,8	45,4	35,6
1967	27,4	28,5	27,2	25,7	47,1	44,9	49,3	39,4
1968	32,1	31,5	32,6	30,6	55,8	50,5	59,4	48,0
1969	39,2	35,4	41,2	37,7	64,7	53,1	71,4	57,3
1970	39,8	38,2	40,8	38,6	62,3	55,5	66,3	57,9
1971	41,1	39,6	41,5	43,3	62,1	58,7	63,6	63,3
1972	45,7	45,4	45,6	47,7	67,6	68,3	67,4	67,4
1973	61,3	57,1	63,8	57,7	86,0	79,4	90,4	77,5
1974	73,7	78,1	73,5	61,4	89,7	81,8	95,7	74,2
1975	64,5	63,1	66,1	58,6	76,0	70,8	79,5	68,9
1976	81,4	73,9	85,8	76,5	92,4	81,7	98,3	87,6
1977	79,0	75,2	81,0	78,1	88,6	87,6	89,4	86,4
1978	82,5	80,4	83,2	84,8	91,0	93,5	89,5	92,8
1979	94,5	93,7	95,0	93,9	99,9	101,0	99,5	99,0
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	116,7	113,7	118,7	112,9	110,8	106,9	113,3	107,8
1982	114,4	111,9	114,8	119,6	103,9	100,8	104,6	109,9
1983	118,3	121,2	115,9	125,3	105,8	109,6	102,8	112,9
1979 1. Vj.	90,5	92,3	89,5	90,9	97,8	104,2	94,7	98,1
2. Vj.	98,6	95,9	100,1	96,9	104,5	103,8	105,0	102,9
3. Vj.	89,7	90,9	89,7	85,2	93,9	95,9	93,6	88,9
4. Vj.	99,4	95,8	100,7	102,6	103,4	100,2	104,6	106,2
1980 1. Vj.	106,5	112,4	103,2	109,5	107,9	113,5	104,7	111,3
2. Vj.	103,2	103,2	103,5	100,9	103,1	102,9	103,6	101,2
3. Vj.	89,2	88,2	89,9	88,1	88,9	88,1	89,5	87,4
4. Vj.	101,1	96,3	103,4	101,5	100,2	95,8	102,4	100,3
1981 1. Vj.	114,3	117,2	112,9	113,9	111,0	114,0	109,7	110,8
2. Vj.	113,8	116,5	112,9	111,1	108,7	110,5	108,0	106,8
3. Vj.	112,6	109,5	115,1	105,3	105,8	100,9	109,2	99,6
4. Vj.	126,0	111,4	133,8	121,4	117,9	102,1	126,5	113,9
1982 1. Vj.	127,8	128,6	127,2	128,2	117,0	115,7	117,4	118,8
2. Vj.	113,7	109,5	114,8	119,9	103,2	98,4	104,6	110,1
3. Vj.	103,3	101,0	104,1	105,8	93,4	90,7	94,2	96,9
4. Vj.	112,8	108,6	113,2	124,5	102,2	98,5	102,3	113,7
1983 1. Vj.	118,6	118,2	117,5	127,4	106,9	108,0	105,2	115,8
2. Vj.	111,4	114,6	108,4	121,2	100,0	104,7	96,3	109,8
3. Vj.	112,3	118,0	108,6	118,7	100,1	106,3	96,1	106,7
4. Vj.	131,0	134,1	129,0	133,8	116,0	119,5	113,8	119,3
1984 1. Vj.	140,8	148,5	135,0	154,2	123,1	130,4	117,7	136,2
2. Vj.	128,9	142,5	120,7	139,1	111,7	123,5	104,5	121,6
3. Vj.	129,8	133,5	127,6	132,4	111,6	114,4	109,9	114,6

<sup>1)</sup> Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

Tabelle 40\*

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup>

Wertindex 1980 = 100

Zeitraum	Verarbeitendes Gewerbe			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		
	insgesamt	Inland	Ausland	zusammen	Inland	Ausland
1970	60,6	70,9	46,3	83,8	97,5	56,7
1971	58,8	66,7	47,8	59,5	66,5	45,7
1972	54,2	61,8	43,8	63,6	68,8	53,5
1973	65,1	70,4	57,6	97,0	98,7	93,5
1974	72,0	68,7	76,6	128,9	115,0	156,3
1975	78,4	79,4	77,0	77,8	80,1	73,1
1976	80,5	81,2	79,5	85,0	88,9	77,2
1977	80,3	78,7	82,7	74,6	75,4	73,0
1978	84,1	83,5	84,9	80,2	79,4	81,8
1979	95,2	96,7	93,1	99,9	98,7	102,2
1980	100	100	100	100	100	100
1981	104,4	99,3	111,5	94,9	94,8	95,0
1982	103,7	94,6	116,5	90,1	88,3	93,5
1983	102,0	97,7	108,1	93,5	92,6	95,4
1976 1. Vj.	81,6	84,2	77,8	84,3	90,1	72,8
2. Vj.	80,5	83,1	76,8	92,2	96,3	84,0
3. Vj.	80,3	79,6	81,3	88,9	91,3	84,1
4. Vj.	79,6	77,8	82,2	74,5	77,8	67,8
1977 1. Vj.	81,4	80,5	82,8	74,6	75,9	72,0
2. Vj.	82,3	81,0	84,1	77,5	78,5	75,5
3. Vj.	78,5	75,8	82,2	75,1	75,3	74,7
4. Vj.	79,2	77,3	81,8	71,1	71,7	69,9
1978 1. Vj.	81,6	80,6	83,1	77,2	78,8	73,9
2. Vj.	83,7	83,2	84,4	80,1	78,8	82,7
3. Vj.	84,2	84,0	84,5	82,4	80,3	86,6
4. Vj.	86,7	86,0	87,5	81,1	79,6	84,1
1979 1. Vj.	92,1	93,2	90,5	93,7	91,5	98,0
2. Vj.	95,9	98,1	92,9	100,4	98,5	104,1
3. Vj.	95,4	96,4	94,0	106,6	104,7	110,2
4. Vj.	97,5	99,1	95,2	99,0	100,3	96,4
1980 1. Vj.	99,8	100,4	98,9	104,4	105,3	102,8
2. Vj.	102,0	101,6	102,4	106,3	104,7	109,4
3. Vj.	100,3	99,9	100,7	98,1	97,1	100,1
4. Vj.	98,0	98,1	97,9	91,2	93,0	87,7
1981 1. Vj.	101,5	99,2	104,6	94,5	95,4	92,8
2. Vj.	106,1	102,0	111,7	96,7	95,1	99,9
3. Vj.	105,1	98,8	113,7	97,0	96,2	98,6
4. Vj.	104,9	97,0	115,8	91,3	92,6	88,8
1982 1. Vj.	105,9	96,3	119,2	97,2	93,7	104,2
2. Vj.	106,4	96,8	119,8	94,7	93,7	96,6
3. Vj.	102,7	92,8	116,5	86,5	85,7	88,1
4. Vj.	99,9	92,5	110,3	81,9	80,2	85,0
1983 1. Vj.	104,8	101,7	109,2	89,9	90,7	88,3
2. Vj.	104,2	100,8	109,1	91,8	93,0	89,5
3. Vj.	100,7	96,4	106,8	95,3	93,3	99,2
4. Vj.	98,3	91,9	107,1	97,1	93,2	104,6
1984 1. Vj.	99,4	93,3	107,8	114,4	110,9	121,1
2. Vj.	102,4	97,8	108,8	120,9	114,7	133,1
3. Vj. <sup>2)</sup>	103,4	97,5	111,5	119,8	110,5	138,3

<sup>1)</sup> Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer.<sup>2)</sup> Durchschnitt der Monate Juli und August. — Durch die „Verordnung zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (Statistikbereinigungsgesetz)“ wurde die Statistik über den Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe mit Ablauf des Monats August 1984 eingestellt.

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup>

Wertindex 1980 = 100

Zeitraum	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe			Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe		
	zusammen	Inland	Ausland	zusammen	Inland	Ausland
1970	58,6	68,5	45,9	67,8	74,6	39,3
1971	57,8	65,5	47,9	73,2	79,8	45,9
1972	51,9	58,9	43,0	79,4	85,8	52,5
1973	61,2	66,0	55,2	85,5	89,9	67,2
1974	67,1	63,3	72,0	78,4	80,3	70,3
1975	78,8	79,8	77,7	71,6	74,1	61,3
1976	79,7	79,8	79,6	87,3	88,3	82,9
1977	80,5	78,2	83,3	85,5	86,4	81,8
1978	83,9	83,0	85,1	91,1	92,8	84,1
1979	94,6	96,3	92,5	98,7	99,4	95,9
1980	100	100	100	100	100	100
1981	105,6	100,2	112,5	96,3	93,1	109,3
1982	105,4	95,7	117,7	95,1	89,2	119,7
1983	102,8	98,5	108,3	99,4	93,6	123,6
1976 1. Vj.	81,8	84,4	78,4	74,9	76,0	70,3
2. Vj.	78,4	80,3	76,0	97,7	99,5	90,3
3. Vj.	79,5	78,1	81,3	82,6	83,7	78,1
4. Vj.	79,1	76,2	82,7	93,9	94,1	93,0
1977 1. Vj.	82,2	81,2	83,5	77,1	76,7	78,8
2. Vj.	81,8	79,7	84,4	95,6	96,9	90,0
3. Vj.	78,9	75,7	82,9	77,2	78,3	72,4
4. Vj.	79,0	76,3	82,4	92,1	93,5	86,3
1978 1. Vj.	82,2	80,8	83,8	78,6	79,3	75,8
2. Vj.	83,0	81,9	84,3	99,3	101,7	88,9
3. Vj.	84,4	84,2	84,6	83,4	85,4	74,8
4. Vj.	86,0	84,9	87,4	103,2	104,7	96,9
1979 1. Vj.	92,2	93,8	90,1	88,3	88,4	87,7
2. Vj.	94,6	96,8	91,9	110,5	111,9	104,9
3. Vj.	94,7	96,0	93,1	92,3	92,7	90,5
4. Vj.	96,9	98,4	95,0	103,8	104,7	100,3
1980 1. Vj.	99,6	100,4	98,7	95,5	95,2	96,9
2. Vj.	100,9	100,2	101,7	113,4	113,6	112,4
3. Vj.	101,0	100,9	101,1	91,9	92,5	89,5
4. Vj.	98,5	98,5	98,5	99,2	98,7	101,2
1981 1. Vj.	102,9	100,7	105,6	88,1	86,3	95,6
2. Vj.	106,7	102,4	112,2	106,8	104,3	117,2
3. Vj.	106,7	100,2	114,9	89,4	86,1	103,2
4. Vj.	106,2	97,5	117,3	100,7	95,8	121,2
1982 1. Vj.	107,5	97,7	120,1	90,0	83,8	115,8
2. Vj.	107,3	96,7	120,9	107,2	101,3	132,1
3. Vj.	105,0	94,5	118,4	87,4	82,2	109,0
4. Vj.	101,6	93,9	111,5	95,9	89,6	122,0
1983 1. Vj.	107,1	104,6	110,2	87,2	80,5	115,2
2. Vj.	105,0	101,4	109,6	105,8	99,7	131,3
3. Vj.	101,5	97,2	106,9	94,9	89,4	117,7
4. Vj.	97,7	90,7	106,5	109,6	104,7	130,2
1984 1. Vj.	98,1	91,6	106,3	101,4	94,0	132,2
2. Vj.	100,0	95,2	106,2	116,9	109,0	150,2
3. Vj. <sup>2)</sup>	102,3	96,7	109,4	100,1	93,4	128,6

<sup>1)</sup> Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer.<sup>2)</sup> Durchschnitt der Monate Juli und August. — Durch die „Verordnung zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (Statistikbereinigungsgesetz)“ wurde die Statistik über den Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe mit Ablauf des Monats August 1984 eingestellt.

Tabelle 41\*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup>

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuss- mittel- gewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	588 018	12 368	575 650	177 855	226 969	94 229	76 597
1971	626 379	12 830	613 549	181 810	246 627	102 528	82 584
1972	663 187	12 941	650 246	190 592	260 475	111 461	87 717
1973	743 228	14 190	729 038	223 327	288 866	119 604	97 241
1974	836 052	19 643	816 409	278 795	307 671	126 729	103 214
1975	819 311	18 732	800 578	249 427	319 415	123 462	108 275
1976	916 955	20 546	896 409	280 783	361 249	135 765	118 612
1977	963 130	22 058	941 072	281 181	389 358	144 992	125 542
1978	999 929	23 086	976 843	290 083	409 695	148 949	128 116
1979	1 105 354	26 893	1 078 461	345 179	438 254	161 951	133 076
1980	1 196 543	29 240	1 167 303	381 258	470 800	172 936	142 309
1981	1 255 937	32 546	1 223 391	401 681	492 851	172 500	156 358
1982	1 284 376	33 224	1 251 151	401 267	514 966	172 185	162 733
1983	1 312 663	32 274	1 280 388	405 509	531 471	176 770	166 639
1982 1. Vj.	315 865	8 654	307 211	99 927	123 263	44 259	39 761
2. Vj.	322 727	7 890	314 836	103 025	129 614	41 206	40 992
3. Vj.	311 990	7 287	304 703	98 776	123 815	42 537	39 576
4. Vj.	333 794	9 393	324 401	99 539	138 274	44 183	42 404
1983 1. Vj.	313 897	8 042	305 855	97 196	124 302	44 345	40 013
2. Vj.	325 769	7 463	318 306	100 535	133 727	42 525	41 519
3. Vj.	318 170	6 859	311 311	101 786	124 520	43 597	41 408
4. Vj.	354 826	9 910	344 916	105 993	148 922	46 302	43 699
1984 1. Vj.	342 720	9 052	333 668	108 533	135 710	47 978	41 448
2. Vj.	332 769	8 125	324 643	109 899	127 178	44 366	43 201
3. Vj.	345 103	7 915	337 188	110 156	138 498	46 395	42 139

<sup>1)</sup> Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

<sup>2)</sup> Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 41\*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup>

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	480 996	9 872	471 123	146 212	165 393	84 543	74 975
1971	510 886	10 152	500 733	148 919	179 154	91 899	80 761
1972	537 516	10 318	527 197	154 971	186 667	99 958	85 601
1973	591 627	11 232	580 396	178 366	201 826	105 833	94 370
1974	643 198	15 077	628 121	211 526	207 151	110 508	98 936
1975	636 240	14 348	621 891	194 333	215 127	108 575	103 858
1976	704 804	16 350	688 453	218 816	238 864	117 283	113 491
1977	735 533	18 217	717 316	217 760	256 399	125 174	117 983
1978	759 588	18 350	741 238	222 513	270 177	128 519	120 030
1979	839 718	21 601	818 117	265 616	289 422	138 918	124 162
1980	906 046	24 275	881 772	294 417	307 572	147 778	132 005
1981	928 796	27 495	901 302	303 330	309 084	144 994	143 894
1982	936 372	28 796	907 576	300 677	314 947	142 469	149 483
1983	957 428	28 065	929 364	301 094	329 375	146 003	152 891
1982 1. Vj.	229 612	7 610	222 002	73 724	75 217	36 568	36 493
2. Vj.	233 341	6 762	226 579	76 673	78 324	33 929	37 653
3. Vj.	229 784	6 282	223 502	75 339	76 623	35 156	36 385
4. Vj.	243 635	8 143	235 492	74 941	84 782	36 817	38 952
1983 1. Vj.	228 556	7 150	221 406	71 743	76 523	36 526	36 615
2. Vj.	238 308	6 521	231 787	74 916	83 433	35 243	38 195
3. Vj.	234 411	5 914	228 497	76 428	78 079	35 859	38 131
4. Vj.	256 154	8 480	247 673	78 008	91 340	38 375	39 950
1984 1. Vj.	245 263	7 889	237 374	78 410	82 099	39 176	37 689
2. Vj.	239 552	6 900	232 653	80 169	76 955	36 041	39 488
3. Vj.	246 862	6 602	240 261	80 996	83 465	37 498	38 302

<sup>1)</sup> Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

<sup>2)</sup> Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 41 \*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup>

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956 <sup>2)</sup>	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	107 022	2 496	104 527	31 643	61 576	9 686	1 622
1971	115 493	2 678	112 816	32 891	67 473	10 629	1 823
1972	125 671	2 623	123 048	35 621	73 808	11 503	2 116
1973	151 601	2 958	148 642	44 961	87 040	13 771	2 871
1974	192 854	4 566	188 288	67 269	100 520	16 221	4 278
1975	183 071	4 384	178 687	55 094	104 288	14 887	4 417
1976	212 151	4 196	207 956	61 967	122 385	18 482	5 121
1977	227 597	3 841	223 756	63 421	132 959	19 817	7 559
1978	240 341	4 736	235 605	67 570	139 519	20 431	8 086
1979	265 636	5 293	260 343	79 563	148 833	23 034	8 914
1980	290 496	4 965	285 531	86 841	163 228	25 158	10 304
1981	327 141	5 052	322 089	98 351	183 767	27 506	12 465
1982	348 003	4 428	343 575	100 591	200 019	29 715	13 250
1983	355 234	4 210	351 025	104 415	202 096	30 766	13 748
1982 1. Vj.	86 253	1 044	85 209	26 203	48 046	7 691	3 268
2. Vj.	89 386	1 128	88 257	26 353	51 289	7 276	3 339
3. Vj.	82 206	1 006	81 201	23 437	47 191	7 381	3 191
4. Vj.	90 159	1 250	88 909	24 598	53 492	7 366	3 452
1983 1. Vj.	85 341	892	84 449	25 453	47 779	7 819	3 398
2. Vj.	87 462	942	86 519	25 619	50 294	7 282	3 324
3. Vj.	83 759	945	82 814	25 358	46 441	7 738	3 276
4. Vj.	98 672	1 430	97 243	27 985	57 581	7 927	3 749
1984 1. Vj.	97 457	1 163	96 294	30 123	53 611	8 802	3 759
2. Vj.	93 216	1 226	91 990	29 730	50 223	8 325	3 713
3. Vj.	98 240	1 313	96 927	29 160	55 033	8 897	3 837

<sup>1)</sup> Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

<sup>2)</sup> Ohne Saarland und Berlin.



Tabelle 43\*

Beschäftigte im Bergbau und  
in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver-	
					zusammen	
	Be- schäftigte	Arbeiter	Be- schäftigte	Arbeiter	Be- schäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 887	6 606	311	259	8 576	6 347
1971	8 826	6 479	307	254	8 519	6 225
1972	8 628	6 265	283	233	8 345	6 032
1973	8 664	6 258	262	214	8 402	6 044
1974	8 434	6 031	253	207	8 181	5 824
1975	7 888	5 559	255	208	7 633	5 351
1976	7 698	5 436	247	200	7 452	5 236
1977	7 632	5 435	240	195	7 392	5 240
1978	7 584	5 381	233	189	7 351	5 192
1979	7 607	5 392	229	185	7 378	5 207
1980	7 660	5 411	231	187	7 428	5 224
1981	7 489	5 232	235	190	7 254	5 042
1982	7 226	5 000	234	188	6 992	4 812
1983	6 927	4 758	227	183	6 700	4 575
1982 1. Vj.	7 300	5 062	235	189	7 065	4 872
2. Vj.	7 244	5 017	234	188	7 010	4 829
3. Vj.	7 235	5 011	233	188	7 002	4 823
4. Vj.	7 126	4 910	233	188	6 893	4 722
1983 1. Vj.	6 963	4 776	230	185	6 734	4 591
2. Vj.	6 907	4 742	227	183	6 680	4 559
3. Vj.	6 930	4 771	227	182	6 703	4 588
4. Vj.	6 908	4 745	226	182	6 682	4 563
1984 1. Vj.	6 823	4 678	222	178	6 601	4 500
2. Vj.	6 812	4 673	217	174	6 594	4 499
3. Vj.	6 879	4 732	216	172	6 663	4 559

<sup>1)</sup> Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

Tabelle 43\*

im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup>

1 000

arbeitendes Gewerbe								Zeitraum
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter		Nahrungs- und Genussmittelgewerbe		
		produzierendes Gewerbe						
Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 845	1 331	4 137	3 011	2 008	1 609	587	395	1970
1 819	1 295	4 138	2 968	1 975	1 570	587	391	1971
1 776	1 250	4 038	2 855	1 953	1 543	578	383	1972
1 782	1 250	4 118	2 904	1 926	1 511	576	379	1973
1 749	1 216	4 078	2 850	1 795	1 393	559	365	1974
1 653	1 129	3 804	2 612	1 649	1 268	527	342	1975
1 607	1 098	3 725	2 561	1 608	1 243	512	333	1976
1 570	1 078	3 734	2 591	1 592	1 240	496	331	1977
1 542	1 052	3 732	2 580	1 585	1 233	491	327	1978
1 532	1 048	3 765	2 599	1 593	1 235	489	326	1979
1 544	1 053	3 810	2 621	1 583	1 225	491	325	1980
1 502	1 011	3 752	2 549	1 512	1 159	488	322	1981
1 448	962	3 655	2 463	1 418	1 076	472	310	1982
1 394	919	3 511	2 347	1 341	1 013	454	297	1983
1 454	966	3 689	2 493	1 450	1 104	472	309	1982 1. Vj.
1 453	968	3 659	2 468	1 429	1 086	469	307	2. Vj.
1 453	968	3 659	2 467	1 412	1 072	478	316	3. Vj.
1 430	947	3 611	2 424	1 382	1 044	469	307	4. Vj.
1 395	916	3 538	2 362	1 349	1 019	451	293	1983 1. Vj.
1 394	920	3 499	2 337	1 337	1 010	449	292	2. Vj.
1 398	924	3 506	2 347	1 340	1 014	459	303	3. Vj.
1 389	914	3 500	2 340	1 336	1 010	456	299	4. Vj.
1 364	893	3 465	2 312	1 328	1 005	444	289	1984 1. Vj.
1 369	899	3 457	2 307	1 325	1 004	443	289	2. Vj.
1 379	907	3 498	2 343	1 330	1 008	456	301	3. Vj.

<sup>2)</sup> Ohne Saarland und Berlin.











































Tabelle 62\*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise<sup>1)</sup>

1980 = 100

Zeitraum	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden <sup>2)</sup>	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude	gemischtgenutzte Gebäude	Bürogebäude	gewerbliche	landwirtschaftliche			
				Betriebsgebäude				
1960	30,0	30,9	31,4	32,1	30,5	44,4	.	
1961	32,2	33,1	33,5	34,1	32,5	46,6	.	
1962	34,9	35,7	36,2	36,7	35,0	49,7	18,1	
1963 <sup>3)</sup>	36,7	37,5	38,1	38,3	36,9	51,6	20,6	
1964	38,4	39,3	39,6	39,8	38,5	51,2	22,5	
1965	40,1	40,9	41,2	41,4	39,9	48,5	26,7	
1966	41,3	42,3	42,5	42,5	41,1	47,9	28,8	
1967	40,4	41,2	41,5	40,4	40,2	45,7	31,3	
1968	42,2	43,0	43,1	42,6	41,9	47,8	44,6	
1969	44,6	45,5	45,8	46,3	44,2	49,8	46,6	
1970	52,0	53,0	53,6	54,8	51,9	57,2	52,3	
1971	57,3	58,3	59,0	60,7	57,3	61,6	57,9	
1972	61,2	62,0	62,8	63,7	61,2	62,5	61,5	
1973	65,7	66,4	67,3	67,5	65,5	64,4	65,9	
1974	70,5	71,0	71,9	71,5	70,0	70,6	72,3	
1975	72,1	72,6	73,4	73,6	71,5	72,3	75,7	
1976	74,6	75,1	75,8	76,5	74,1	73,4	78,5	
1977	78,2	78,6	79,3	79,7	77,9	75,4	82,3	
1978	83,1	83,4	83,9	83,9	82,8	80,3	86,5	
1979	90,4	90,4	90,6	90,7	90,2	88,7	91,9	
1980	100	100	100	100	100	100	100	
1981	105,9	105,8	106,1	106,1	105,8	102,6	106,6	
1982	108,9	109,2	110,0	110,4	108,9	100,3	111,6	
1983	111,2	111,5	112,6	112,9	111,1	99,5	115,1	
1980 Feb	96,1	96,2	96,5	96,2	96,1	96,2	96,4	
Mai	100,3	100,3	100,1	100,2	100,4	100,6	99,9	
Aug	101,5	101,4	101,3	101,5	101,5	101,8	101,6	
Nov	102,1	102,1	102,1	102,0	102,0	101,3	102,1	
1981 Feb	103,2	103,2	103,5	103,1	103,2	101,6	103,5	
Mai	106,2	106,1	106,1	106,0	106,2	103,4	106,5	
Aug	106,9	106,8	107,0	107,3	106,8	103,5	107,9	
Nov	107,1	107,2	107,7	108,0	107,1	102,0	108,4	
1982 Feb	107,9	108,2	108,9	109,4	107,9	101,2	109,7	
Mai	109,1	109,4	110,2	110,5	109,1	100,7	111,3	
Aug	109,5	109,7	110,6	111,0	109,4	100,0	112,6	
Nov	109,1	109,3	110,3	110,7	109,0	99,2	112,6	
1983 Feb	109,3	109,5	110,6	110,9	109,1	98,8	113,0	
Mai	110,7	111,0	112,0	112,3	110,6	99,1	114,5	
Aug	112,3	112,6	113,7	114,0	112,2	100,0	116,4	
Nov	112,5	112,8	114,1	114,3	112,4	99,9	116,5	
1984 Feb	113,0	113,4	114,9	114,9	112,9	100,0	117,0	
Mai	114,2	114,5	115,9	116,0	114,0	100,8	118,7	
Aug	114,4	114,7	116,2	116,0	114,2	101,2	119,5	

<sup>1)</sup> Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

<sup>2)</sup> Einschließlich Schönheitsreparaturen.

<sup>3)</sup> Ohne Berlin.

Tabelle 63\*

**Index der Ausführpreise<sup>1)</sup>**  
 1980 = 100

Zeitraum	Ins- gesamt	Güter der Ernäh- rungs- wirt- schaft <sup>2)</sup>	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zu- sammen <sup>2)</sup>	Roh- stoffe <sup>2)</sup>	Halb- waren <sup>2)</sup>	Fertig- waren <sup>2)</sup>	Investi- tions- güter <sup>3)</sup>	Ver- brauchs- güter <sup>3)</sup>
1962	54,1	56,8	53,9	53,8	43,2	55,1	48,6	53,7
1963	54,2	62,2	53,9	54,3	42,7	55,1	49,1	54,0
1964	55,5	62,7	55,1	56,4	44,3	56,2	50,2	54,9
1965	56,7	63,1	56,4	56,3	45,5	57,6	51,8	56,2
1966	57,9	64,7	57,6	56,4	46,7	58,8	53,2	58,2
1967	57,8	63,6	57,5	54,4	46,7	58,9	53,8	59,1
1968	57,2	62,4	57,0	53,5	46,4	58,3	53,5	58,8
1969	59,5	63,6	59,3	54,0	47,6	60,8	56,4	59,8
1970	61,4	64,4	61,2	54,8	49,0	62,7	59,3	61,0
1971	63,4	66,0	63,3	58,7	48,9	65,0	63,3	63,8
1972	64,7	69,1	64,5	61,7	47,2	66,5	66,0	65,8
1973	68,9	77,0	68,5	64,8	55,4	70,1	69,3	69,3
1974	80,6	85,0	80,3	75,8	82,1	80,1	75,3	78,1
1975	83,7	85,1	83,6	86,6	76,9	84,1	81,8	82,9
1976	87,0	87,9	86,9	92,4	79,5	87,4	86,5	86,5
1977	88,5	91,9	88,3	91,5	77,4	89,2	90,2	89,0
1978	89,9	91,4	89,8	90,5	76,1	91,0	92,8	91,2
1979	94,1	94,3	94,1	95,3	87,9	94,6	95,5	93,8
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,8	106,5	105,8	109,7	112,7	104,9	104,4	105,4
1982	110,4	107,9	110,6	115,2	115,3	110,0	110,0	109,3
1983	112,3	110,1	112,4	113,7	115,2	112,1	113,1	111,1
1980 1. Vj.	98,9	97,7	99,0	98,8	101,4	98,7	98,6	98,5
2. Vj.	99,8	99,1	99,8	99,1	98,0	100,0	100,1	99,7
3. Vj.	100,2	100,0	100,2	99,8	98,3	100,4	100,4	100,3
4. Vj.	101,2	103,1	101,1	102,3	102,3	100,9	101,0	101,4
1981 1. Vj.	103,2	105,1	103,1	104,8	106,4	102,8	102,7	103,3
2. Vj.	105,3	107,5	105,2	107,5	111,2	104,5	104,1	104,9
3. Vj.	107,2	107,7	107,1	112,5	117,0	106,0	105,2	106,5
4. Vj.	107,4	105,5	107,5	114,1	116,4	106,4	105,6	106,7
1982 1. Vj.	109,6	107,6	109,7	116,4	115,9	108,9	108,4	108,3
2. Vj.	110,4	108,3	110,5	115,2	114,4	110,0	109,8	109,2
3. Vj.	110,8	107,7	111,0	114,5	115,5	110,5	110,6	109,8
4. Vj.	110,8	107,8	111,0	114,7	115,5	110,5	111,0	110,1
1983 1. Vj.	111,2	107,1	111,4	113,3	113,2	111,2	112,1	110,4
2. Vj.	111,7	108,1	112,0	112,1	113,7	111,8	112,9	110,7
3. Vj.	112,9	111,5	112,9	113,3	116,6	112,5	113,5	111,4
4. Vj.	113,5	113,7	113,5	116,2	117,0	113,0	113,9	111,7
1984 1. Vj.	114,8	114,4	114,9	119,9	118,8	114,3	115,1	112,4
2. Vj.	115,8	114,5	115,9	120,5	120,2	115,3	116,0	113,1
3. Vj.	116,6	113,3	116,8	123,7	121,7	116,1	116,7	113,7

<sup>1)</sup> Effektivpreise; fob. Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer, Verbrauchsteuern und Exporthilfen.

<sup>2)</sup> Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.

<sup>3)</sup> Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Index der Einfuhrpreise<sup>1)</sup>

1980 = 100

Zeitraum	Ins- gesamt	Güter der Ernäh- rungs- wirt- schaft <sup>2)</sup>	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zu- sammen <sup>2)</sup>	Roh- stoffe <sup>2)</sup>	Halb- waren <sup>2)</sup>	Fertig- waren <sup>2)</sup>	Investi- tions- güter <sup>3)</sup>	Ver- brauchs- güter <sup>3)</sup>
1962	49,9	67,9	46,9	26,8	34,4	66,7	69,8	50,1
1963	50,9	70,9	47,2	27,0	34,7	67,5	71,5	51,2
1964	51,7	71,8	48,2	27,2	35,9	68,5	72,6	49,4
1965	53,1	75,2	48,9	27,0	37,5	69,2	74,0	48,6
1966	54,0	75,1	50,0	27,5	39,2	70,6	76,1	49,7
1967	52,8	72,6	49,4	26,8	38,6	70,0	75,2	51,1
1968	52,4	70,0	49,5	26,8	39,3	69,3	75,7	52,0
1969	53,3	72,3	50,1	26,3	40,8	70,3	75,9	51,4
1970	52,8	71,9	49,6	25,6	40,8	69,6	74,2	51,3
1971	53,0	70,7	50,0	28,0	38,3	70,2	75,8	53,2
1972	52,7	72,6	49,3	27,3	36,5	70,2	75,7	53,5
1973	59,4	87,5	54,7	32,0	46,6	72,9	76,1	61,4
1974	76,4	95,3	73,2	60,1	65,6	82,1	80,1	70,5
1975	75,1	89,7	72,7	58,2	60,1	85,6	88,0	73,0
1976	79,7	97,1	76,9	63,3	64,0	88,7	92,9	76,8
1977	80,9	105,6	76,9	62,8	62,7	89,5	93,0	78,2
1978	77,9	95,6	75,0	55,8	60,6	90,2	94,6	78,5
1979	87,0	96,7	85,4	67,7	83,5	94,1	95,8	92,8
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	113,6	107,6	114,6	130,8	118,8	107,2	109,4	108,7
1982	116,2	108,9	117,3	130,2	123,0	110,6	112,3	112,2
1983	115,8	113,2	116,3	123,8	120,2	112,1	114,4	111,5
1980 1. Vj.	98,0	101,0	97,5	93,1	99,1	98,6	98,0	99,0
2. Vj.	99,7	99,9	99,7	99,9	98,7	99,9	99,6	100,0
3. Vj.	99,3	97,7	99,5	100,0	97,6	100,1	100,1	99,1
4. Vj.	103,0	101,4	103,2	107,1	104,5	101,4	102,3	101,9
1981 1. Vj.	109,3	107,9	109,6	122,9	110,9	104,3	106,4	105,6
2. Vj.	113,2	108,5	114,0	132,4	115,6	106,7	108,8	107,5
3. Vj.	117,2	106,7	118,8	139,3	125,4	109,0	111,5	111,3
4. Vj.	114,8	107,4	115,9	128,5	123,1	108,7	110,7	110,5
1982 1. Vj.	116,3	111,2	117,0	130,4	122,7	110,1	111,8	110,4
2. Vj.	115,4	110,6	116,1	126,1	121,8	110,5	111,9	111,7
3. Vj.	116,4	106,5	117,9	131,4	123,9	110,8	112,7	112,7
4. Vj.	116,8	107,4	118,3	133,0	123,7	111,0	112,9	114,0
1983 1. Vj.	114,0	109,0	114,8	123,5	117,1	110,8	112,7	110,1
2. Vj.	113,6	109,3	114,3	119,3	117,6	111,3	113,6	110,3
3. Vj.	117,2	114,8	117,5	125,4	123,0	112,7	115,3	112,6
4. Vj.	118,5	119,6	118,4	127,1	123,2	113,4	115,9	112,8
1984 1. Vj.	120,7	122,2	120,4	129,7	127,2	114,6	117,4	113,8
2. Vj.	121,7	123,4	121,4	129,8	130,3	115,2	118,0	113,4
3. Vj.	123,5	119,2	124,1	135,9	133,5	116,5	119,8	114,3

<sup>1)</sup> Effektivpreise; cif. Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

<sup>2)</sup> Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.

<sup>3)</sup> Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.







Tabelle 68\*

 Preisindex für die Lebenshaltung<sup>1)</sup>

1980 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebens- haltung	Nah- rungs- mittel <sup>2)</sup>	Woh- nungs- nut- zung <sup>3)</sup>	Dienst- lei- stungen <sup>4)</sup>	Sonstige Waren <sup>5)</sup>	Gesamt- lebens- haltung	Nah- rungs- mittel <sup>2)</sup>	Woh- nungs- nut- zung <sup>3)</sup>	Dienst- lei- stungen <sup>4)</sup>	Sonstige Waren <sup>5)</sup>
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte <sup>6)</sup>				
1962	49,7	56,7	38,9	40,4	55,0	50,5	56,8	37,3	42,0	54,9
1963	51,2	58,4	41,0	42,4	55,7	52,1	58,7	39,3	44,1	55,6
1964	52,4	59,8	43,3	44,1	56,2	53,3	60,0	41,7	45,6	56,3
1965	54,1	62,3	45,7	45,8	56,9	55,1	62,7	44,1	47,2	57,3
1966	56,0	64,0	49,3	48,8	58,0	57,0	64,2	48,3	49,7	58,6
1967	56,9	63,4	52,6	50,4	58,6	57,8	63,6	51,3	51,1	59,4
1968	57,8	62,0	56,3	53,1	59,1	58,6	62,1	54,9	53,8	60,0
1969	58,9	64,0	59,8	54,2	59,1	59,8	63,9	58,8	54,9	60,0
1970	61,0	65,2	62,4	56,7	61,0	61,7	65,2	61,1	57,4	61,9
1971	64,1	67,8	66,2	61,1	63,8	64,8	68,0	64,5	62,0	64,6
1972	67,7	71,9	70,2	65,3	66,8	68,3	71,9	68,3	66,1	67,6
1973	72,4	77,6	74,3	69,9	71,3	72,9	77,2	72,7	70,8	71,9
1974	77,4	81,8	77,9	75,1	77,0	77,9	81,7	76,7	76,2	77,3
1975	82,0	86,8	82,9	80,1	81,3	82,6	86,6	82,4	80,7	81,7
1976	85,6	91,0	87,0	83,8	84,2	86,3	91,3	86,9	84,2	84,6
1977	88,7	93,1	89,8	87,9	87,3	89,3	93,4	89,6	88,1	87,8
1978	91,1	94,3	92,4	91,2	89,7	91,6	94,4	92,2	91,3	90,1
1979	94,9	95,9	95,3	95,5	94,1	95,0	96,0	95,1	95,6	94,3
1980	100	100	100	100	100	100	100,0	100	100	100
1981	106,3	105,3	104,4	106,2	107,3	106,3	105,2	104,4	106,0	107,6
1982	111,9	110,4	110,2	112,0	112,9	112,0	110,4	110,1	111,8	113,4
1983	115,6	112,1	116,5	116,6	115,9	115,6	112,2	116,3	116,5	116,5
1979 1. Vj.	93,1	95,3	93,9	94,0	91,8	93,3	95,3	93,6	94,2	92,0
2. Vj.	94,4	96,7	94,6	94,8	93,3	94,6	96,8	94,3	95,0	93,4
3. Vj.	95,6	95,6	95,6	96,2	95,3	95,7	95,7	95,4	96,4	95,4
4. Vj.	96,4	95,9	97,0	97,0	96,2	96,5	96,0	96,8	97,0	96,2
1980 1. Vj.	98,3	98,6	98,4	98,0	98,2	98,3	98,7	98,4	97,9	98,1
2. Vj.	99,9	100,8	99,6	99,6	99,8	99,9	100,6	99,6	99,5	99,8
3. Vj.	100,5	100,7	100,6	100,8	100,2	100,5	100,6	100,6	100,9	100,2
4. Vj.	101,4	99,8	101,4	101,7	101,8	101,4	100,1	101,4	101,7	101,8
1981 1. Vj.	103,8	103,8	102,4	103,8	104,3	103,8	103,7	102,4	103,6	104,5
2. Vj.	105,7	106,4	103,8	105,3	106,3	105,7	106,0	103,8	105,0	106,6
3. Vj.	107,2	104,7	105,0	107,3	108,6	107,2	104,7	105,0	107,2	109,0
4. Vj.	108,6	106,3	106,6	108,3	110,0	108,6	106,5	106,6	108,2	110,5
1982 1. Vj.	110,0	109,4	108,1	110,4	110,6	110,0	109,5	108,1	110,2	110,9
2. Vj.	111,3	112,6	109,4	111,5	111,5	111,4	112,2	109,4	111,1	111,9
3. Vj.	112,7	110,4	110,8	112,7	113,9	112,8	110,4	110,7	112,5	114,6
4. Vj.	113,7	108,9	112,4	113,5	115,7	113,7	109,3	112,3	113,2	116,2
1983 1. Vj.	114,4	111,1	114,6	115,1	115,0	114,4	111,4	114,5	114,8	115,6
2. Vj.	115,0	113,1	116,1	115,8	114,9	115,1	113,0	116,0	115,6	115,5
3. Vj.	116,2	112,1	117,1	117,5	116,4	116,2	112,3	116,9	117,6	117,0
4. Vj.	116,7	112,0	118,1	117,9	117,2	116,7	112,2	117,8	117,9	117,7
1984 1. Vj.	117,7	114,5	119,2	118,6	117,8	117,7	114,5	119,0	118,6	118,3
2. Vj.	118,3	115,9	120,3	119,0	118,0	118,3	115,6	120,0	119,0	118,5
3. Vj.	118,3	113,8	121,3	119,7	118,0	118,3	113,9	121,1	119,7	118,5

<sup>1)</sup> Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.

<sup>2)</sup> Ohne Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten.

<sup>3)</sup> Einschließlich Garagennutzung.

<sup>4)</sup> Einschließlich Reparaturen, Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten sowie Beherbergungsleistungen.

<sup>5)</sup> Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter.

<sup>6)</sup> Haushalte mit mittlerem Einkommen.

Tabelle 69\*

## Löhne und Gehälter

1976 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer <sup>1)</sup>	Brutto-			Tarifliche					
		stunden-	wochen-	monats-	Stunden-		Wochen-		Monatsgehälter <sup>3)</sup>	
		verdienste <sup>2)</sup>			löhne <sup>3)</sup>					
		Industrie <sup>4)</sup>	Industrie <sup>4)</sup> und Handel <sup>5)</sup>	Produzierendes Gewerbe <sup>6)</sup>	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe <sup>6)</sup>	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe <sup>6)</sup>	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	
1960	26,0	26,2	28,6	29,1	28,1	27,6	30,8	30,4	32,1	32,8
1961	28,7	28,9	31,5	31,5	30,3	29,8	33,2	32,8	34,8	35,4
1962	31,3	32,3	34,7	34,3	33,5	32,8	35,9	35,5	37,8	38,0
1963	33,2	34,7	37,0	36,6	35,7	35,0	38,0	37,6	39,8	40,2
1964	36,2	37,6	40,0	38,9	38,1	37,3	39,9	39,4	41,6	42,1
1965	39,5	41,3	44,0	42,1	41,0	40,2	42,6	42,2	44,5	44,8
1966	42,4	44,0	46,5	45,2	43,9	43,1	45,4	45,0	47,3	47,5
1967	43,8	45,4	46,2	47,0	46,0	45,0	46,9	46,4	48,5	49,0
1968	46,5	47,4	49,4	49,2	47,9	46,9	48,6	48,1	50,1	50,6
1969	50,8	51,6	54,8	53,0	51,1	50,0	51,7	51,2	53,3	53,7
1970	58,6	59,2	63,0	59,7	57,7	56,7	58,0	57,6	59,0	59,2
1971	65,2	65,7	68,6	65,8	65,2	64,4	65,5	65,2	65,9	65,9
1972	71,2	71,6	74,0	71,5	70,9	70,6	71,2	71,2	71,4	71,6
1973	79,2	79,1	81,8	78,8	77,7	77,6	77,9	78,2	78,1	78,7
1974	87,8	87,2	88,3	86,9	86,8	86,8	87,0	87,2	87,1	87,7
1975	93,4	94,0	92,3	94,0	94,6	94,7	94,6	94,8	94,6	95,0
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	106,8	107,1	107,3	106,9	107,2	106,9	107,2	106,9	107,1	106,5
1978	112,6	112,8	113,1	113,0	112,8	112,7	112,8	112,7	112,0	111,8
1979	118,9	119,3	120,6	119,9	119,2	119,0	119,2	118,9	117,8	117,3
1980	126,7	127,2	127,5	128,3	126,9	126,7	126,9	126,6	124,6	124,2
1981	133,0	134,4	133,3	134,7	134,3	133,9	134,3	133,8	131,4	130,6
1982	138,5	140,6	137,7	141,1	140,2	139,8	140,2	139,5	137,3	136,3
1983	143,2	145,0	141,0	145,7	145,1	144,6	145,1	144,3	142,1	141,1
1981 Jan	119,9	130,6	128,4	131,6	130,6	130,2	130,6	130,1	127,7	127,0
Apr	131,0	133,2	132,1	132,9	134,1	133,5	134,1	133,4	131,0	129,8
Jul	131,8	136,6	136,2	136,9	136,2	135,9	136,2	135,8	133,3	132,7
Okt	149,2	137,0	136,3	137,5	136,4	136,1	136,4	136,0	133,6	132,9
1982 Jan	126,7	137,5	134,8	138,0	136,7	136,4	136,7	136,1	133,8	133,0
Apr	135,4	140,4	137,9	141,1	140,3	139,7	140,3	139,4	137,4	136,0
Jul	136,8	142,2	140,6	142,8	141,6	141,3	141,6	141,0	138,9	138,1
Okt	155,0	142,3	137,4	142,6	142,0	141,6	142,0	141,3	139,2	138,2
1983 Jan	130,9	142,1	134,2	143,0	142,2	141,8	142,2	141,5	139,4	138,4
Apr	139,5	145,0	140,7	145,2	145,3	144,8	145,3	144,5	142,3	141,3
Jul	141,6	146,5	144,7	147,2	146,3	145,8	146,3	145,5	143,3	142,3
Okt	160,5	146,5	144,3	147,5	146,5	146,0	146,5	145,7	143,5	142,4
1984 Jan	138,8	146,1	140,9	148,1	146,7	146,2	146,7	145,9	143,7	142,5
Apr	141,3	147,7	144,6	149,1	147,9	147,6	147,9	147,3	144,4	144,0
Jul	...	150,0	148,9	151,8	150,8	150,1	150,8	149,8	147,7	146,0

1) Für die Gesamtwirtschaft, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2) Jahresergebnis errechnet als Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten.

3) Jahreswerte = Durchschnitt aus den 4 Monatswerten.

4) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

5) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

6) Ohne Herstellung und Verarbeitung von Glas sowie ohne Ausbaugewerbe.

7) Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer: Vierteljahre.

**Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern**  
Petajoule<sup>1)</sup>

Jahr	Ins- gesamt	Mineral- öle	Stein- kohlen	Braun- kohle	Natur- gase <sup>2)</sup>	Kern- energie	Wasser- kraft	Strom <sup>3)</sup>	Sonstige Energie- träger <sup>4)</sup>
1950	3 971	185	2 893	607	3	—	182		103
1951	4 390	208	3 262	645	3	—	176		97
1952	4 637	226	3 470	668	6	—	182		85
1953	4 557	273	3 341	698	6	—	158		82
1954	4 900	352	3 523	759	9	—	176		82
1955	5 375	454	3 854	800	18	—	179		70
1956	5 721	583	4 042	826	23	—	182		64
1957	5 747	633	4 015	847	23	—	164		64
1958	5 589	824	3 655	844	23	—	188		56
1959	5 686	1 038	3 570	826	26	—	161		64
1960	6 199	1 301	3 760	856	32	—	193		56
1961	6 322	1 574	3 617	859	35	0	191		47
1962	6 779	1 955	3 669	897	44	0	167		47
1963	7 295	2 365	3 719	950	56	0	155		50
1964	7 535	2 737	3 570	964	79	0	132		53
1965	7 755	3 165	3 356	879	106	0	153	45	50
1966	7 816	3 573	2 995	826	129	3	165	78	47
1967	7 819	3 728	2 834	800	167	12	157	74	47
1968	8 455	4 173	2 872	841	275	18	158	71	47
1969	9 232	4 701	2 981	876	387	50	132	62	44
1970	9 870	5 242	2 839	896	543	61	166	79	44
1971	9 948	5 443	2 647	859	707	58	122	65	46
1972	10 383	5 756	2 445	907	898	92	120	118	47
1973	11 092	6 122	2 467	969	1 130	116	138	101	49
1974	10 723	5 519	2 423	1 031	1 362	119	160	58	51
1975	10 191	5 304	1 950	1 009	1 443	207	152	76	50
1976	10 853	5 741	2 072	1 101	1 522	233	121	10	53
1977	10 912	5 682	1 962	1 029	1 627	346	156	57	52
1978	11 401	5 959	2 029	1 052	1 771	345	164	30	52
1979	11 964	6 062	2 223	1 116	1 935	407	163	6	52
1980	11 436	5 443	2 259	1 149	1 887	420	167	55	56
1981	10 964	4 909	2 293	1 167	1 760	518	175	76	66
1982	10 596	4 682	2 247	1 125	1 616	613	173	65	75
1983	10 689	4 645	2 277	1 122	1 663	633	163	100	86

<sup>1)</sup> 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.

<sup>2)</sup> Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.

<sup>3)</sup> Außenhandelssaldo Strom.

<sup>4)</sup> Brennholz, Brenntorf, Außenhandelssaldo Kokereigas sowie Klärschlamm, Müll und Abhitze zur Stromerzeugung.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 71\*

**Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern**  
Petajoule<sup>1)</sup>

Jahr	Ins-gesamt	Mineralölprodukte				Kohlen und sonstige feste Brennstoffe <sup>2)</sup>	Gase <sup>3)</sup>	Strom	Fern-wärme
		ins-gesamt	darunter						
			leichtes Heizöl	schweres Heizöl	Kraftstoffe				
1950	2 541	132	3	15	111	2 040	234	123	12
1951	2 940	158	3	20	132	2 336	290	144	12
1952	3 180	191	3	23	161	2 477	340	158	15
1953	3 095	223	6	23	191	2 365	322	173	12
1954	3 329	278	15	38	223	2 497	340	196	18
1955	3 696	363	29	65	267	2 688	407	220	18
1956	3 942	469	59	102	305	2 775	431	246	21
1957	3 948	519	79	123	314	2 702	440	264	23
1958	3 839	674	138	167	366	2 435	428	278	23
1959	3 907	824	185	214	422	2 327	431	299	26
1960	4 270	1 026	281	267	475	2 397	472	340	35
1961	4 390	1 263	381	337	542	2 268	460	360	38
1962	4 771	1 588	572	401	613	2 318	428	387	50
1963	5 170	1 876	744	455	674	2 392	425	419	59
1964	5 281	2 125	838	522	759	2 166	472	457	62
1965	5 399	2 418	1 011	577	824	1 934	478	492	76
1966	5 410	2 655	1 134	610	906	1 682	469	522	82
1967	5 422	2 740	1 196	604	935	1 556	492	542	91
1968	5 818	3 013	1 366	633	1 008	1 518	583	598	106
1969	6 372	3 414	1 641	677	1 087	1 518	654	659	126
1970	6 751	3 791	1 853	733	1 197	1 356	759	718	127
1971	6 761	3 997	1 962	742	1 285	1 057	825	762	120
1972	7 034	4 219	2 064	792	1 355	929	935	824	127
1973	7 442	4 425	2 217	799	1 402	924	1 062	895	136
1974	7 139	3 972	1 926	687	1 352	989	1 118	932	128
1975	6 859	3 967	1 907	622	1 431	781	1 067	912	132
1976	7 293	4 218	2 087	630	1 494	753	1 192	985	145
1977	7 305	4 185	2 007	592	1 580	697	1 268	1 013	142
1978	7 605	4 394	2 131	595	1 662	672	1 320	1 062	157
1979	7 892	4 428	2 121	586	1 715	763	1 424	1 111	166
1980	7 529	4 023	1 748	535	1 736	796	1 432	1 115	163
1981	7 221	3 685	1 546	440	1 694	808	1 437	1 126	165
1982	6 888	3 509	1 403	378	1 723	770	1 334	1 113	162
1983	6 916	3 495	1 398	334	1 758	748	1 361	1 144	168

<sup>1)</sup> 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.

<sup>2)</sup> Steinkohle, Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts und übrige feste Brennstoffe (Braunkohlenschwefelkoks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Brennholz und Brenntorf).

<sup>3)</sup> Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgas.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 72\*

## Energieverbrauch nach Bereichen

Petajoule<sup>1)</sup>

Jahr	Primär- energie- verbrauch	Verbrauch und Ver- luste im Energie- sektor <sup>2)</sup>	Nicht- energe- tischer Verbrauch	Endenergieverbrauch						
				ins- gesamt	darunter Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau				Verkehr	Haushalte, Kleinver- braucher, militä- rische Dienst- stellen
					zu- sam- men	Grund- stoff- und Produk- tions- güter- gewerbe, übriger Bergbau	Investi- tionsgüter produzie- rendes Gewerbe	Ver- brauchs- güter pro- duzieren- des- und Nahrungs- und Ge- nußmittel- gewerbe		
1950	3 971	1 354	76	2 541	1 164	844	91	229	437	941
1951	4 390	1 375	76	2 940	1 345	991	103	252	472	1 123
1952	4 637	1 386	70	3 180	1 471	1 114	108	249	492	1 216
1953	4 557	1 386	76	3 095	1 424	1 064	103	258	501	1 170
1954	4 900	1 477	94	3 329	1 542	1 158	117	267	519	1 269
1955	5 375	1 571	108	3 696	1 750	1 325	138	287	563	1 384
1956	5 721	1 656	123	3 942	1 858	1 410	147	302	598	1 486
1957	5 747	1 676	123	3 948	1 864	1 430	138	296	598	1 486
1958	5 589	1 609	141	3 839	1 808	1 375	147	287	607	1 425
1959	5 686	1 612	167	3 907	1 858	1 421	149	287	651	1 398
1960	6 199	1 726	202	4 270	2 072	1 591	167	314	662	1 536
1961	6 322	1 709	223	4 390	2 081	1 603	170	308	712	1 597
1962	6 779	1 761	246	4 771	2 098	1 574	199	325	759	1 914
1963	7 295	1 832	293	5 170	2 119	1 562	214	343	803	2 248
1964	7 535	1 905	349	5 281	2 268	1 700	220	349	859	2 154
1965	7 755	1 967	390	5 399	2 307	1 715	234	358	885	2 207
1966	7 816	1 937	469	5 410	2 227	1 641	229	358	935	2 248
1967	7 819	1 887	510	5 422	2 210	1 635	217	358	941	2 271
1968	8 455	2 040	598	5 818	2 383	1 761	240	381	991	2 444
1969	9 232	2 210	651	6 372	2 547	1 882	267	399	1 058	2 767
1970	9 870	2 397	722	6 751	2 661	1 948	293	420	1 157	2 933
1971	9 948	2 485	702	6 761	2 584	1 865	289	430	1 246	2 931
1972	10 383	2 584	765	7 034	2 627	1 889	301	437	1 303	3 104
1973	11 092	2 776	874	7 442	2 801	2 045	314	442	1 341	3 300
1974	10 723	2 716	868	7 139	2 804	2 084	286	434	1 283	3 052
1975	10 191	2 644	688	6 859	2 462	1 761	282	419	1 355	3 042
1976	10 853	2 816	744	7 293	2 588	1 851	303	434	1 422	3 283
1977	10 912	2 721	886	7 305	2 580	1 812	317	451	1 501	3 224
1978	11 401	2 860	936	7 605	2 597	1 818	330	449	1 588	3 420
1979	11 964	3 115	957	7 892	2 700	1 913	335	452	1 643	3 549
1980	11 436	3 105	802	7 529	2 581	1 817	325	439	1 666	3 282
1981	10 964	3 018	725	7 221	2 482	1 751	313	418	1 609	3 130
1982	10 596	3 024	684	6 888	2 253	1 560	299	394	1 618	3 017
1983	10 689	3 016	757	6 916	2 221	1 553	290	378	1 650	3 045

<sup>1)</sup> 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.<sup>2)</sup> Einschließlich statistischer Differenzen.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 73\*

## Entwicklung im Mineralölbereich

Jahr	Mineralölverbrauch		Mineralöleinfuhr <sup>1)</sup>		Leichtes Heizöl		Schweres Heizöl		Verbrauch an Motorenbenzin und Dieselkraftstoff im Verkehr	Preise für Kraftstoffe <sup>2)</sup>
	je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976	je Einwohner <sup>2)</sup>	insgesamt	je Einheit Brutto-sozialprodukt <sup>2)</sup> in jew. Preisen	Verbrauch	Verbraucherpreis <sup>3)</sup>	Verbrauch	Erzeugerpreis		
	Petajoule <sup>4)</sup> pro 1 Mrd DM	Gigajoule <sup>5)</sup>	Mio DM	Verhältnis in vH	Petajoule <sup>4)</sup>	1980 = 100	Petajoule <sup>4)</sup>	1980 = 100		
1950		3 944			3		15		100	
1951		4 387			3		20		117	
1952		4 735			3		23		138	
1953		5 667			6		23		167	
1954		7 226			15		38		185	
1955		9 227			29		65		223	
1956		11 708	1 449	0,72	59		102		252	
1957		12 551	1 826	0,84	79		123		270	
1958		16 139	1 909	0,81	138	22,9	167		311	
1959		20 103	2 230	0,87	185	20,7	214		352	
1960	2,13	23 470	2 794	0,92	281	20,1	267		402	
1961	2,45	28 015	3 035	0,92	381	20,0	337		460	
1962	2,91	34 397	3 768	1,05	572	20,5	401	24,5	516	49,0
1963	3,42	41 210	4 357	1,14	744	21,5	455	24,9	563	48,9
1964	3,71	47 213	4 914	1,17	838	20,5	522	22,3	636	48,8
1965	4,06	53 993	4 994	1,09	1 011	19,6	577	21,4	692	48,7
1966	4,47	60 408	5 584	1,15	1 134	18,8	610	22,7	762	46,8
1967	4,66	62 882	6 566	1,33	1 196	20,3	604	23,4	783	50,2
1968	4,93	70 134	7 855	1,47	1 366	21,7	633	22,2	838	53,6
1969	5,17	78 263	7 914	1,32	1 641	20,3	677	22,3	903	49,6
1970	5,48	86 429	8 583	1,27	1 853	21,5	733	24,6	993	48,7
1971	5,52	88 816	11 168	1,49	1 962	23,7	742	32,3	1 080	51,2
1972	5,60	93 332	10 621	1,29	2 064	21,9	792	26,6	1 136	53,8
1973	5,70	98 780	15 009	1,63	2 217	36,3	799	28,4	1 181	60,5
1974	5,11	88 939	32 226	3,27	1 926	47,3	687	56,5	1 129	72,7
1975	5,00	85 785	28 988	2,82	1 907	45,5	622	56,2	1 216	72,2
1976	5,13	93 303	35 264	3,14	2 087	50,1	630	61,1	1 281	77,2
1977	4,92	92 541	34 442	2,88	2 007	50,0	592	62,8	1 361	75,0
1978	5,01	97 168	31 800	2,47	2 131	48,9	595	58,0	1 436	76,7
1979	4,89	98 796	47 791	3,43	2 121	87,2	586	74,4	1 485	84,7
1980	4,31	88 409	62 879	4,23	1 748	100	535	100	1 506	100
1981	3,89	79 586	70 808	4,58	1 546	117,1	440	138,6	1 448	119,5
1982	3,75	75 960	68 094	4,26	1 403	123,8	378	131,1	1 475	117,0
1983	3,68	75 619	63 380	3,79	1 398	113,8	334	132,5	1 506	116,1

<sup>1)</sup> Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse (Spezialhandel).

<sup>2)</sup> Einwohner und Bruttosozialprodukt bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

<sup>3)</sup> Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

<sup>4)</sup> Petajoule =  $10^{18}$  (Billiarde) Joule.

<sup>5)</sup> Gigajoule =  $10^9$  (Milliarde) Joule.

Quelle für Verbrauchsangaben: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

## SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

- Abgabenbelastung** 236, 439
- Abschreibung** 466
- Agrarpolitik** 428 ff.  
— s. a. Europäische Gemeinschaft
- Angebotsbedingungen** 63 ff., 266 ff., 339
- Angebotspolitik** 285 ff., 323 ff.
- Arbeitskräfte**  
— s. Beschäftigung
- Arbeitslosigkeit** 106 ff.  
— finanzielle Absicherung von Arbeitslosen 124, 180, 388  
— in den wichtigsten Industrieländern 1  
— Langzeitarbeitslosigkeit 109 f.  
— Struktur der Arbeitslosigkeit 107 ff.  
— von Absolventen einer betrieblichen Ausbildung 116 f., 395 ff.  
— voraussichtliche Entwicklung 283
- Arbeitsmarktpolitik** 118 ff., 378 ff.  
— für Langzeitarbeitslose 121 f., 384 f.  
— in anderen Ländern 122  
— Rolle der aktiven Arbeitsmarktpolitik 399  
— „Zweiter Arbeitsmarkt“ 123, 387
- Arbeitsproduktivität**  
— s. Produktivität
- Arbeitszeit**  
— Flexibilisierung 129 ff., 367 ff.  
— Verkürzung der Lebensarbeitszeit 139 ff., 296 ff., 367 ff.  
— Verkürzung der Wochenarbeitszeit 126 ff., 296 ff., 367 ff.
- Aufträge** 58 ff.
- Ausbildungsplätze** 111
- Ausfuhr** 59, 189 ff.  
— voraussichtliche Entwicklung 273 f.
- Auslastungsgrad des Produktionspotentials**  
— s. Kapazitätsauslastung
- Außenwirtschaftliches Gleichgewicht**  
— s. Zahlungsbilanz
- Austauschverhältnis** 192
- Auszubildende** 111 ff.
- Bauwirtschaft** 90 ff., 255, 278
- Belgien** 28
- Beschäftigung** 103 f., 275, 302 ff.
- Beschäftigungsförderungsgesetz** 297, 380 ff.
- Bruttoinlandsprodukt**  
— s. Produktion, Gesamtwirtschaft
- Bundesbankgewinn** 216, 241 f., 348, 438
- Devisenmarkt**  
— s. Wechselkurse
- Eigenkapital**  
— s. Kapitalstruktur der Unternehmen
- Einfuhr** 62, 192
- Einfuhrpreise**  
— s. Preisentwicklung
- Einkommen**  
— aus unselbständiger Arbeit 173 f.  
— aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 175 f.  
— Einkommensverteilung 340 f.  
— Transfereinkommen 178 ff.  
— verfügbares Einkommen 181  
— voraussichtliche Entwicklung 276
- Einkommensteuer** 233, 236, 450 ff.  
— s. a. öffentliche Finanzen
- Entwicklungsländer** 5, 32 f.
- Europäische Gemeinschaft** 35 ff.  
— Agrarpolitik 36 ff., 428 ff.  
— Gemeinschaftshaushalt 41 ff.  
— Stahlpolitik 40

- Europäisches Währungssystem** 45 ff., 366
- Finanzierungsprobleme in der Welt** 5, 18, 33 f.
- Finanzierungsrechnung** 70, 220
- Finanzpolitik** 226 ff., 329 ff., 336, 344 ff., 438 ff.
- Frankreich** 24
- Geldbasis**  
— s. Zentralbankgeldmenge
- Geldmenge** 217 ff.
- Geldmengenziel** 211 f., 361
- Geldpolitik** 209 ff., 326 ff., 336, 357 ff.  
— Beurteilung 213  
— Geldversorgung der Wirtschaft 211 f., 214  
— Instrumentarium 215  
— s. a. Zentralbankgeldmenge
- Gemeindefinanzreform** 419 f., 470
- Gemeinschaftsaufgabe**  
— s. Regionalpolitik
- Gesundheitswesen** 245
- Gewerbsteuer** 470
- Gewinne**  
— Gewinnmargen 69  
— s. a. Rentabilität der Unternehmen,  
Unternehmensgewinne 69, 176 f.
- Großbritannien** 23
- Industrieproduktion**  
— s. Produktion
- Inflation**  
— s. Preisentwicklung
- Internationale Wettbewerbsfähigkeit**  
— s. Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem  
Ausland
- Investitionen** 70 ff., 90 f., 291 ff.  
— Investitionshilfeabgabe 237  
— öffentliche 81, 230, 449  
— voraussichtliche Entwicklung 266 ff.  
— Vorratsinvestitionen 74
- Investitionsförderung** 456 ff.
- Italien** 25
- Japan** 22
- Kapazitätsauslastung** 88, 281
- Kapitalkosten** 4, 68, 184, Anhang IV. B.
- Kapitalmarkt** 220 f., 225
- Kapitalstruktur der Unternehmen** 142 ff.
- Kapitalverkehr**  
— s. Zahlungsbilanz
- Konjunkturelle Entwicklung**  
— in der Bundesrepublik 49 ff.  
— in der Welt 1 f., 6 ff., 21 ff.  
— voraussichtliche 254 ff.
- Konjunkturaler Haushalt** 237 ff., 348,  
Anhang IV. D.
- Konsolidierung**  
— der öffentlichen Haushalte  
s. öffentliche Finanzen  
— der Unternehmen  
s. Finanzierungsrechnung  
s. Kapitalstruktur der Unternehmen  
— in der Welt  
s. Finanzierungsprobleme in der Welt
- Kredit** 220
- Kreditzusagen** 222
- Kurzarbeit** 104
- Langzeitarbeitslosigkeit** 109 f.  
— Arbeitsmarktpolitik für  
Langzeitarbeitslose 121 f., 384 f.
- Lehrlinge** 111 ff.
- Leistungsbilanz**  
— s. Zahlungsbilanz
- Löhne**  
— Differenzierung 376, 426, 340  
— Effektivverdienste 65, 128  
— im öffentlichen Dienst 137, 229  
— Lohnstückkosten 66  
— Tariflöhne 65, 126 ff., 375 ff., 340 ff.
- Lohnpolitik** 304 ff., 336, 340 f., 347 ff., 367 ff., 427 ff.

**Lohnquote** 188

**Lohnsteuer**

— s. Einkommensteuer

**Lohnstruktur** 376

**Minderheitsmeinung** 296 f., 339 ff., 369, 382, 471 ff.

**Nachfragepolitik** 294 ff.

**Niederlande** 27

**Öffentliche Finanzen**

- Ausgaben 227 ff., 448 f.
- Einkommensteuertarif 450 ff.
- Familienbesteuerung 450, 479 ff.
- Finanzierungssaldo 226, 237, 346 ff., 438 ff.
- Gemeindefinanzen 230, 419 f., 470
- Investitionen 230, 449
- konjunkturelle Wirkungen 237 ff., 348
- konjunkturneutraler Haushalt 237 ff., 348, Anhang IV. D.
- Konsolidierung 243 f., 344 ff., 438 ff., 448 f.
- mittelfristige Finanzplanung 351 ff., 438 ff., 482 ff.
- Normalverschuldung 240, 348 f., 439
- Staatsnachfrage 78 ff.
- Steuereinnahmen 233 ff., 279, 347
- Steuerpolitik 343, 354, 450 ff.
- Steuerrechtsänderungen 234, 450
- Strukturelles Defizit 244, 349
- Subventionen 231, 413, 430, 448
- voraussichtliche Entwicklung 257, 279, 346 ff.

**Offene Stellen** 105

**OPEC-Staaten** 31

**Preisentwicklung** 165 ff.

- Einfuhrpreise 166, 192
- im Zyklus und im Trend 165, 171
- in wichtigen Industrieländern 3
- internationaler Preiszusammenhang 170
- Rohstoffpreise 3, 67, 166
- unvermeidlicher Anstieg des Preisniveaus 359 f.
- Verbraucherpreise 168
- voraussichtliche Entwicklung 282

**Produktion** 82 ff.

- Gesamtwirtschaft, verarbeitendes Gewerbe 82 ff.

- nach Wirtschaftsbereichen 84 ff.
- voraussichtliche Entwicklung 281

**Produktionspotential** 87 f., Anhang IV. A.

**Produktivität** 87, 89, 301

**Prognose** 254 ff.

**Protektionismus** 5, 207 f.

**Realeinkommen** 181

**Reallohnposition** 182 ff., Anhang IV. B.

**Realwert des Sozialprodukts** 182, 246 ff.

**Regionalpolitik** 410 ff.

**Rentabilität der Unternehmen** 142, 153 ff.

- Rohertragsrendite 159 f.
- Sachvermögensrendite 153 ff.
- Umsatzrendite 159 ff.

**Renten** 179, 245, 350

**Rückkehrhilfe für Ausländer** 106, 379

**Rückstellungen** 149

**Schattenwirtschaft** 309

**Sozialpolitik** 232, 245

**Sozialprodukt, Realwert des** 182, 246 ff.

**Sozialversicherung** 245, 350

**Staatshandelsländer** 30

**Staatsquote** 227, 351, 439 f.

**Staatsverschuldung** 237 ff., 279, 346 ff., 439 ff.

- s. a. öffentliche Finanzen

**Stahlindustrie**

- s. Europäische Gemeinschaft

**Steueraufkommen** 233 ff., 279, 347

**Steuerquote** 235, 352, 439 f.

**Steuerungsfehler im Marktprozeß** 400 ff.

**Strukturelles Defizit**

- s. öffentliche Finanzen

**Strukturpolitik** 410 ff.

- s. a. Steuerungsfehler im Marktprozeß

- Subventionen** 413 ff.  
— s. a. öffentliche Finanzen
- Tarifverträge** 126 ff., 367 ff.
- Terms of Trade**  
— s. Austauschverhältnis
- Umlaufgeschwindigkeit des Geldes** 214, 361
- Umweltschutzpolitik** 310 f., 400 ff., 449  
— Beschäftigungswirkungen 401 ff.
- Unternehmensbesteuerung** 71, 462 ff.
- Unternehmensfinanzierung**  
— s. Finanzierungsrechnung  
— s. Kapitalstruktur der Unternehmen
- Verbrauch, privater** 75 ff., 277
- Vereinigte Staaten** 5 ff., 334 f.
- Vermögensteuer** 234
- Verschuldungsprobleme**  
— s. Finanzierungsprobleme in der Welt
- Vorausschätzung**  
— s. Prognose
- Vorruhestandsregelungen** 139 ff., 369, 379  
— s. a. Arbeitszeit
- Währungspolitik** 363 f.
- Wechselkursentwicklung** 15 ff., 45, 196, 333, 364 ff.  
— reale Bewertung 197
- Welthandel** 1 f., 29 ff., 261, 265
- Weltkonjunktur**  
— s. konjunkturelle Entwicklung
- Wertschöpfungssteuer** 419 f., 470
- Wettbewerb, dynamischer** 314 ff.
- Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland** 197 ff., 273
- Wirtschaftspolitische Aufgabenverteilung** 336 f.
- Wohnungsbau** 94 ff.
- Zahlungsbilanz** 189 ff.  
— Kapitalverkehrsbilanz 194 ff.  
— Leistungsbilanz 190 ff.
- Zentralbankgeldmenge** 210 ff., Anhang IV. C.
- Ziele, gesamtwirtschaftliche** 285 ff.
- Zinsen** 68, 185 ff., 224  
— in der Welt 4, 11 ff.
- „Zweiter Arbeitsmarkt“** 123, 387